L 70.000
35
1917
3/I. - 29/IV.
Appro/B
Landw. Mappe.
9.

Die Zeit 3./I. 1917

— (**Staatsnotwendigkeiten auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft.**) Das große Völkerringen hat neben den staatspolitischen Problemen, die es im Gefolge haben wird, auch die Wirtschaftspolitik vor Aufgaben gestellt, deren Umfang noch heute kaum zu ermessen ist. Insbesondere die Bodenproduktion ist es, deren Entwicklung nach dem Kriege die Aufmerksamkeit aller für sie maßgebenden Kreise in Anspruch nehmen wird und allen beteiligten Faktoren die Pflicht auferlegt, an der Ausnützung der sich darbietenden Hilfsquellen nach Maßgabe ihrer Kräfte und Erfahrungen mitzuarbeiten. Es ist daher ein sehr verdienstliches Werk der Hochschule für Bodenkultur in Wien, in einer soeben der Oeffentlichkeit übergebenen Denkschrift eine Reihe gediegener Anregungen von in ihrem Lehrkörper vereinigten hervorragenden Fachleuten zusammengestellt zu haben. Wenn auch eine erschöpfende Behandlung aller in Betracht kommenden Fragen im Rahmen einer Denkschrift ausgeschlossen ist, so werden gewiß die einzelnen Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen und die Grundlagen für die weitere Behandlung der berührten wichtigen Fragen bilden. Die im Kommissionsverlag von Wilhelm Frick, Wien, erschienene Denkschrift behandelt die Grundlagen, Ziele und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, die Staatsfürsorge auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Unterrichts und Versuchswesens, der Pflanzen- und Tierproduktion, ferner die Notwendigkeiten auf dem Gebiete der technischen Hilfszweige der landwirtschaftlichen Produktion, Maßnahmen zur Hebung und Vervollkommnung der Unternehmertätigkeit des Landwirtes und schließlich die Reformbedürfnisse auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der [illegible].

Frankfurter Zeitung

4. Lt. 1917

3

Winke für den Landwirt.

Berlin, 31. Dezbr. (W. B.) Nach dem Stande vom 1. Januar 1917 zusammengestellt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats, Berlin W 57, Winterfeldtstraße 37.

A. Was darf der Landwirt nicht verfüttern?

1. Brotgetreide, Roggen, Weizen, Spelz, Mengkorn aus Brotgetreide und anderem Getreide, Hinterkorn, Mehl, Brot und Schrot aus Brotgetreide.

2. Gerste, soweit sie zu den abzuliefernden 60 Prozent der Ernte gehört.

3. Hafer Mengkern und Mischfrucht aus Hafer mit anderem Getreide oder mit Hülsenfrüchten, soweit er nicht in bestimmten Mengen zur Verfütterung freigegeben ist, vergl. B. 3.

4. Buchweizen und Hirse.

5. Erbsen, Bohnen, Linsen, Ackerbohnen, Peluschken und Gemenge mit Hülsenfrüchten, vergl. B. 4.

6. Kartoffeln (vergl. B. 7), Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl, Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei.

7. Zuckerrüben. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können im Einzelfall Ausnahmen hiervon zulassen.

8. Kohlrüben, vergl. B. 5.

9. Weißkohl, soweit die Reichsstelle für Gemüse und Obst für den Bezirk des Erzeugers den Absatz geregelt hat. Weißkohl darf in diesem Falle nur verfüttert werden, wenn er zum menschlichen Genusse nicht geeignet ist.

10. Buchekern. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können Ausnahmen zulassen, insbesondere bestimmen, ob und inwieweit das Eintreiben von Schweinen zugelassen werden kann.

11. Vollmilch, vergl. B. 9.

B. Was darf der Landwirt verfüttern?

1. Kleie von Getreide.

2. Von der Gerste 40 Prozent der Ernte; er darf sie zu diesem Zweck schroten.

3. Von Hafer, allein oder im Gemenge bis zum 31. Mai 1917 an ein Pferd oder einen sonstigen Einhufer 6¾ Zentner oder im Durchschnitt täglich 4½ Pfund, dagegen an Zuchtbullen nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde pro Tag und Kopf 1 Pfund.

4. Sojabohnen, Erbsenschalen und Erbsenkleie. Dagegen Erbsen, Bohnen, Linsen, Ackerbohnen, Peluschken und Gemenge (ausschließlich Hafer) mit Hülsenfrüchten nur, wenn sie von der Reichshülsenfruchtstelle in Berlin als für die menschliche Ernährung nicht geeignet erklärt worden sind.

5. Runkelrüben, Wasserrüben, Möhren, Kohl (für Weißkohl vergl. A. 9). Dagegen Kohlrüben, Steckrüben oder Wrucken nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes in Höhe von täglich höchstens ein Zweihundertstel der Vorräte des Tierhalters, z. B. bei 1000 Zentner täglich bis zu 5 Zentner.

6. Zuckerrübenblätter und Zuckerrübenschnitzel.

7. Kartoffeln, die nicht gesund sind oder die Mindestgröße von 1 Zoll (2,73 cm) nicht erreichen. Die Verfütterung darf nur an Schweine und Federvieh erfolgen und an andere Tiere nur dann, wenn die Verfütterung an Schweine und Federvieh nicht möglich ist.

8. Heu, Stroh, Häcksel, Spreu oder Kaff.

9. Vollmilch nur an Kälber und Schweine unter 6 Wochen, Magermilch.

10. Alle nicht genannten und zur Verfütterung nicht verbotenen Erzeugnisse.

Die Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats ist bereit, bei Anfragen auf Postkarte mit Antwortkarte weitere Auskunft zu erteilen.

Kölnische Zeitung
5./I. 1917

Die Sammlung des Menschenharns für die Düngung.

Ein Oberstabsarzt schreibt uns:

In Nr. 1287 d. Bl. (1916) hat Hans Ostwald unter der Überschrift „Dungstoffe im Überfluß" auf den großen Wert hingewiesen, den jetzt infolge des Mangels an Salpeter und Pferdemist der menschliche Harn für die Düngung der Äcker und Gärten gewonnen hat. Ostwald macht den Vorschlag, die im Osten Deutschlands schon für einige tausend Hektar eingerichtete Besprengung der Äcker mit den städtischen Abwässern auf das ganze Reich auszudehnen. Er berechnet die Anlagekosten des Röhrensystems für das Reich auf 8 Milliarden Mark, den jährlichen Mehrertrag des Bodens auf 13¼ Milliarden Mark. Da sich dieser weitausschauende Plan nicht von heute auf morgen verwirklichen läßt und Eile geboten ist, so empfiehlt es sich vielleicht, jetzt für die Kriegszeit zunächst ein einfacheres und leichter durchführbares Verfahren zu wählen. Jede Stadtverwaltung könnte für die Sammlung des Harns Blechtonnen beschaffen, an geeigneten Orten aufstellen, regelmäßig mit Wagen unter Austausch gegen leere abholen lassen und den Inhalt an die einen angemessenen Preis bietenden Garten- und Landbebauer verteilen. Sache der letztern wäre es, sich nötigenfalls zementierte Gruben anzulegen, in die die Tonnen entleert werden. Die Tonnen müßten einen durch eine Flügelschraube festschraubbaren Klappdeckel und zwei seitliche Griffe oder, wenn sie kleiner sind, einen Henkel haben. Sie wären in sämtlichen vorhandenen öffentlichen Bedürfnisanstalten für Männer, und in recht zahlreichen, in einfachster Form aus einigen Wellblechtafeln zu errichtenden neuen Austretegelegenheiten, ferner in den Kasernen, Lazaretten, Fabriken, Schulen, Gastwirtschaften usw. auf den Aborten aufzustellen unter Anbringung eines Schildes an der Wand: „Es wird gebeten, zum Wasserlassen das Faß zu benutzen." Dieses Verfahren hat sich praktisch bewährt und ist zu empfehlen. Vielleicht wäre auch ein Teil der Hausfrauen dafür zu gewinnen, daß sie den Inhalt der Nachtgeschirre in einem auf dem Abtritt aufgestellten Eimer sammeln, dessen Inhalt dann ebenfalls regelmäßig mit abgeholt werden könnte. Die festen Ausscheidungen dagegen können ohne Schaden für die Düngung den städtischen Kanälen zugeführt werden. Es genügt, den Klärschlamm unentgeltlich der Land- und Gartenwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Die Zeit
6. II. 1917

5

(Witterung und Herbstanbau.) Gegen das vorherrschend milde Wetter seit dem Herbst und bis jetzt ist wohl nichts einzuwenden; im Gegenteil ist der Vorteil hervorzuheben, daß die Feldarbeiten durch viel längere Zeit als in sonstigen Jahren besorgt werden konnten. Dieser Umstand ist darum von besonderer Bedeutung, weil bei dem großen Mangel an Arbeitskräften und auch an Zugtieren nichts versäumt werden brauchte und für den Anbau alles Areal benützt werden konnte. Weder die positiven Temperaturen noch die vielen Niederschläge dürften dem Saatenstand bislang geschadet haben; nur ein Bedenken ruft das jedenfalls anormale Wetter hervor: daß das ausgebliebene Winterwetter später doch kommen werde und dann möglicherweise Schäden verursachen könnte. Kommt jedoch dem Frost ein ausgiebiger Schneefall zuvor, so würde der vorangegangene Wettergang ohne Nachteile vorübergehen. Schon seit dem Vorjahre nimmt das Wetter bei uns einen eigenartigen Verlauf, und da ist daran zu erinnern, daß 1916 die Obstbäume frühzeitig in voller Blüte standen, die Felder gut überwintert hatten, dann aber durch das außerordentlich kühle und regenreiche Wetter während des Frühjahres und Sommers gelitten haben und dadurch bei weitem nicht die Hoffnungen erfüllten, die sie anfangs in Aussicht stellten. Was im Vorjahre gewesen, braucht sich aber heuer nicht zu wiederholen, und so kann in diesem Stadium der zur Gänze vollzogene Anbau mit Winterfrucht, also mit den Brotfrüchten Weizen und Roggen hauptsächlich, jene Beruhigung über die absehbare Zukunft bieten, die um diese frühe Zeit zu geben allein möglich ist. Eine nicht geringere Aufmerksamkeit wurde der Feldbestellung in Deutschland gewidmet, und es wurden draußen ebenso alle Anstrengungen gemacht, den Winteranbau möglichst zu verstärken, um heuer eine große eigene Ernte zu erzielen. Auch in England ist man bestrebt, aus den Feldern den besten Ertrag zu ziehen, aber es fehlt dort an Arbeitskräften, da die Einführung der Wehrpflicht und die Munitionsarbeiten alle Kräfte absorbieren. Statt einer Vermehrung ist solcherart eine Verminderung eingetreten, wozu auch die ungünstige Witterung beitrug. Am 1. Dezember wurde in England und Wales eine Reduktion von 15 Prozent gegen das Vorjahr und von 27 Prozent gegen 1914 festgestellt. Frankreich meldet ebenfalls bereits eine Abnahme des Anbauareals, was mit Rücksicht auf die Versorgung im Lande sicher schwer ins Gewicht fällt. Seitens Bulgariens ist man auch daran gegangen, insbesondere in den neu besetzten Gebieten, den Getreideanbau so umfangreich als möglich zu gestalten, und in Rumänien werden gewiß die Verbündeten durch die Truppen alles tun, um auch nach dieser Richtung große Erfolge zu erzielen.

Pester Lloyd
7. I. 1917

7

(Zur Generalversammlung des Landesverbandes ungarischer Grundpächter.) Ein in den ersten Nachmittagsstunden erscheinendes Abendblatt beschäftigt sich heute in Verbidung mit der Generalversammlung des Landesverbandes ungarischer Grundpächter mit den Angelegenheiten des Verbandes und der Genossenschaft und teilt mit, die Leitung der Genossenschaft habe für den Fall, wenn die sie angreifende Minorität abrüstet, dem Verbande 500.000 Kronen angeboten. In dieser Angelegenheit ersucht uns der Generaldirektor der Genossenschaft Dr. Wilhelm Gerö um die Veröffentlichung folgender Erklärung: Es entspricht nicht der Wahrheit, daß ich wen immer der die Leitung angreifenden Herren um eine Zusammenkunft ersucht hätte, und es ist auch nicht wahr, daß ich die vorbereiteten und mir angemeldeten Angriffe durch irgendein materielles Opfer abrüsten wollte. Wahr ist nur so viel, daß Andreas György, auf die Objektivität der Herren vertrauend, die in Fluß gebrachten und entarteten Debatten durchaus gern eliminiert hätte. Deshalb hat er die Intervention eines bloß von dem Interesse des Verbandes geleiteten, im übrigen aber vollkommen uninteressierten Mannes akzeptiert, der in den Lokalitäten des Verbandes eine gemeinsame Beratung mit den sich zum Angriff organisierenden Personen zusammenbrachte. Obgleich ich die Zwecklosigkeit der Besprechung voraussah und dem auch Ausdruck gab, habe ich mich ihr doch aus Loyalität für den Präsidenten nicht verschlossen. In dieser Beratung kam es zur Sprache, daß die Genossenschaft, um jede Debatte über die Verrechnung zu vermeiden, den Verband statt mit der ungewissen 25prozentigen Beteiligung jährlich mit 25.000 Kronen unterstützen will, welche jährliche Subvention einem Kapital von 500.000 Kronen gleichwertig ist. Das ist das Märchen des Bestechungsversuches mit einer halben Million Kronen.

Reichspost
9. I. 1917

8

* **Verwendung von gerebelten Maiskolben.** Durch die Verordnung vom 16. Juni 1916 wurden die gerebelten Maiskolben beschlagnahmt und durch eine weitere Ministerialverordnung vom 15. Juli 1916 wurde der Grundsatz aufgestellt, daß solche Maiskolben zwar von den Produzenten an ihren eigenen Viehstand verfüttert werden dürfen, eine andere Verwendung aber bei Strafe verboten ist. Es dürfen daher Maiskolben nicht, wie dies vielfach üblich war, als Brenn- oder Düngematerial verwendet werden. Verfüttert der Landwirt seine gerebelten Maiskolben nicht an den eigenen Viehstand, so ist er verpflichtet, dieselben an den zuständigen Kommissionär der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu dem festgesetzten Preise von 12 Kronen pro 100 Kilogramm abzugeben. Alle Kommissionäre der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt haben die strengste Weisung, die angebotenen Maiskolben auch zu übernehmen. Obwohl diese Bestimmungen seinerzeit nicht nur in den Tagesblättern, sondern auch durch Anschlag in den Gemeinden verlautbart wurden, werden immer noch Maiskolben vielfach verbrannt oder auf den Düngerhaufen geworfen, so daß die Aufläufe der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt verschwindend gering sind. Da aber Maiskolben insbesondere für die Herstellung von Mischfutter unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein wertvolles Material darstellen, so soll jeder Landwirt es als seine Pflicht erachten, für die vorschriftsmäßige Ablieferung der von ihm für die Fütterung seines eigenen Viehstandes nicht benötigten Maiskolben Sorge zu tragen.

Hamburger Fremdenblatt 9. I. 1917

10

Heranziehung von Stecklingen aus der Kartoffelpflanze.

Die Beschaffung von ausreichendem Kartoffelpflanzgut ist gegenwärtig die wichtigste Frage, mit der sich die Behörden und die Landwirte beschäftigen. Da wir aber an Saatkartoffeln Mangel leiden, sind Mittel und Wege zu finden, um diesem Uebelstand abzuhelfen. Das Augenmerk der Fachleute richtete sich nun auf die Heranziehung von Stecklingen aus der Kartoffelpflanze, auf die wir in einem größeren Aufsatz des Gartenbaudirektors Tutenberg-Altona bereits hingewiesen haben.

Montag abend stand nun diese allgemein bekannte, aber im großen Maßstab bislang noch nicht erprobte Art der Kartoffelerzeugung in einer Versammlung des „Gartenbauvereins für Hamburg Altona und Umgegend", an der Vertreter des Generalkommandos, Herr Rittmeister Nahrkorn teilnahmen, im Logenhaus in der Welckerstraße zur Besprechung.

Zunächst gab Herr Gartenbaudirektor Tutenberg einen Ueberblick über die Anzucht und Verwendung der Stecklinge. Als Vorbedingungen einer guten Ernte bezeichnete er gute Düngung des Bodens und gutes Saatgut. Das Verfahren der Stecklingszucht besteht darin, die ausgekerbten Augen der Kartoffeln zum Austreiben zu veranlassen und aus diesen Trieben die krautartigen Stecklinge zu schneiden. Die Stecklinge für Früh- und Mittelfrühkartoffeln müssen unter Glas oder in Gewächshäusern gezüchtet werden. Der Redner war der Ansicht, daß die Feuchtigkeit der Treibhausluft genügt, um die fehlende Feuchtigkeitszufuhr der Knolle zu ersetzen. Aus den verschiedenen Keimen einer Saatkartoffel können auf diese Weise 50 bis 70 Pflanzen gewonnen werden. Das Verfahren hat nach Ansicht des Redners ferner den Vorzug, daß die Mutterkartoffel, die sonst im Boden verfault, der Volksernährung erhalten bleibt. Nur der Bruchteil von 5 Prozent geht durch das Auslerben verloren. Bis zur Bewurzelung ist der Steckling warm zu halten. Später ist darauf zu achten, daß der Steckling nicht zu geil in die Höhe schießt und daß keine Verfilzung der Wurzeln eintritt. Um den Steckling stark und gedrungen zu erhalten, ist er rechtzeitig an kühle Luft zu gewöhnen. In Töpfen oder Kasten sind die Stecklinge dann auf das Feld zu schaffen und sorgfältig einzusetzen. Das Setzen ist ebenso wie bei den Steckrüben durchzuführen. Vor allem aber ist dafür zu sorgen, daß die Stecklingspflanze tief in den Boden kommt und daß der Sand gut angehäufelt wird. Bei der Spätkartoffel fällt die Stecklingszucht in Töpfen oder Kasten ganz fort. Nach Ansicht des Redners sind die Vorteile des Verfahrens schon bei einer 25fachen Vermehrung der Mutterkartoffel so einleuchtend, daß alle Landleute und Gartenbesitzer praktische Erfolge haben werden.

Im Anschluß an diese Ausführungen wies Herr Professor Winkler vom Botanischen Staatsinstitut auf die praktischen Schwierigkeiten hin, die bei der Beschaffung von den vielen Gewächshäusern, Materialien und Hilfskräften zutage treten würden. Da die Gewächshäuser mindestens ein Vierteljahr lang geheizt werden müssen, so würden große Anforderungen an die Gewinnung und Beförderung der nötigen Kohlen gestellt werden müssen. Außerdem wäre die Beaufsichtigung der Anlagen nur durch geschulte Gärtner zu ermöglichen. Und woher sollte man die Unmenge von Töpfen und Kasten beschaffen, wenn allein für einen Hektar Land ungefähr 60 000 Töpfe erforderlich sind. Schließlich widerlegte der Redner die Ansicht des Gartenbaudirektors Tutenberg, daß die Mutterkartoffel in der Erde nutzlos versaule. In Wirklichkeit ist sie von großer Bedeutung für die Pflanze. Sie liefert alle organischen Nährstoffe. In ihr geht die Umwandlung der Stärke in Zucker vor sich. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß dieses an sich kostspielige und praktisch bislang noch nicht bewährte Verfahren vielleicht für den Kleinbetrieb einer Saatzuchtanstalt verwendbar wäre, aber für den Massenbetrieb nicht in Frage kommen könnte, zumal da wir das wertvolle Saatgut zum Experimentieren nicht übrig hätten.

Töricht und von den Betroffenen selbst nicht gewollt wäre es, ihnen jeden Anteil an der allgemeinen Not abzunehmen. Sie gehören zum deutschen Volke und müßten Fühlung und Zusammenhang sowie das Verständnis für seine Freuden und Leiden verlieren, wenn sie in guten und schlechten Zeiten nicht einen gewissen Anteil nehmen sollten. Unbedingt aber muß vermieden werden, daß der Anteil an der allgemeinen Not über eine verständige Einschränkung hinausgeht und die Beamtenschaft in Verschuldung sinken läßt!

Wir haben deshalb mit Interesse beobachtet, wie nicht nur in dem uns verbündeten Ausland teils recht weitgehende Teuerungsbeihilfen geleistet werden (die sogar in der Türkei sich auf 15 bis 20 Prozent Gehaltszulage belaufen, während Oesterreich bis 14 000 Kronen — Höchstgrenze 900 Kr. —, Ungarn unbeschränkt — Höchstgrenze 1800 Kr. —, Bulgarien ebenfalls unbeschränkt — Höchstgrenze 960 Lewa — ihren Beamten als Kriegsteuerungszulage zahlen), sondern auch in Deutschland (voran Preußen, wenn auch nicht in Höchstleistung) überall mehr oder weniger von Staats- und Stadtwegen einmalige und laufende Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Pensionäre bewilligt und ausgezahlt wurden. Auch Hamburg blieb nicht zurück, wenn es auch reichlich spät auf dem Plan erschien. Wir haben dabei aber konstatieren müssen, daß die Hilfe in Hamburg sich in recht engen Grenzen bewegte.

Nun steht sie zur Debatte. Und da meinen wir, ist auch die Oeffentlichkeit etwas interessiert.

1½ Millionen sollen für eine einmalige Zulage aufgewendet werden. Das hört sich nach viel an; es ist zu viel, wenn der beabsichtigte Zweck damit nicht erreicht wird. Und er wird nach unserer Meinung nicht erreicht!

Es ist zu bekannt, um wieviel die sämtlichen Preise für Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse gestiegen sind, um darüber an dieser Stelle noch Worte zu verlieren. Sollen die Angestellten des hamburgischen Staates unverschuldete Rückstände decken, so genügen die in Aussicht genommenen Beträge nicht. Gar keinen Zweck aber würde es haben, die Staatsangestellten durch eine einmalige Extrazahlung aus der momentanen Bedrängnis zu erretten, um sie sofort in neue Notlagen geraten zu lassen! Es muß also — wie das ja auch inzwischen im Reich und in Preußen geschehen ist — zu der einmaligen eine laufende Zulage treten. Auch diese muß so bemessen werden, daß sie mit dem Gehalt zusammen die Empfänger in die Lage versetzt, natürlich unter den Zeitverhältnissen angepaßter verständiger und weitgehender Einschränkung, doch die drückendsten Sorgen abzuwenden.

Da die Lebenshaltung, Hausstandsführung, Wohnung, Schule der Kinder usw. immer dem jeweiligen Friedensgehalt des Haushaltsvorstandes angepaßt ist und die möglichen Einschränkungen sich auch in den dadurch gezogenen Grenzen bewegen, so erscheint uns eine nach Prozentsätzen des Gehaltes abgemessene laufende Zulage als den besten Ausgleich gestattend; daß dabei eine Abstufung stattfinden müßte dergestalt, daß bei höherem Gehalt der Prozentsatz geringer sein muß, als bei der kleinen Besoldung, dürfte einleuchten (vergleiche das türkische Beispiel).

Die bisher in Hamburg gezogenen Höchstgrenzen erscheinen uns viel zu eng. Gerade in denjenigen Kreisen, deren bessere Lebensführung in diesen Zeiten nicht wesentlich heruntergedrückt werden kann, ohne zugleich eine Gefahr für alle Zukunft heraufzubeschwören (wir meinen Gehälter bis etwa 8000 Mk.), bedürfen der Staatshilfe — soweit eigenes Vermögen sie nicht schon zu gewähren vermag — ebenso dringend wie die anderen. Fraglich kann es nur sein, ob es überhaupt richtig ist, Grenzen zu ziehen.

Wenn Hamburg jetzt für diese Zwecke größere Summen aufwenden muß, so gehören sie zu den Kriegsausgaben, in deren Gesamtbetrag sie immerhin nicht so viel bedeuten, wie wir uns von ihr eine Wirkung versprechen.

Möge der Senatsantrag daher zu einer völligen Klärung der Sachlage und zu einer weitsichtigen, verständigen Lösung dieser Frage führen, die weitere Kreise angeht als diejenigen, die es direkt berührt.

Neue Freie Presse Abend
9. I. 1917

Verwendung von gerebelten Maiskolben.

Durch die kaiserliche Verordnung vom 16. Juni 1916 wurden die gerebelten Maiskolben beschlagnahmt, und durch eine weitere Ministerialverordnung wurde der Grundsatz aufgestellt, daß solche Maiskolben zwar von den Produzenten an ihren eigenen Viehstand verfüttert werden dürfen, eine andere Verwendung aber bei Strafe verboten ist. Es dürfen daher Maiskolben nicht, wie dies vielfach üblich war, als Brenn- oder Düngematerial verwendet werden. Verfüttert der Landwirt seine gerebelten Maiskolben nicht an den eigenen Viehstand, so ist er verpflichtet, dieselben an den zuständigen Kommissionär der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu dem festgesetzten Preise von 12 Kronen per 100 Kilogramm abzugeben. Alle Kommissionäre der Kriegsgetreideverkehrsanstalten haben die strengste Weisung, die angebotenen Maiskolben auch zu übernehmen.

Obwohl diese Bestimmungen seinerzeit durch Anschlag in den Gemeinden verlautbart wurden, werden immer noch Maiskolben vielfach verbrannt oder auf den Düngerhaufen geworfen, so daß die Aufkäufe der Kriegsgetreideverkehrsanstalt verschwindend gering sind. Da aber Maiskolben insbesondere für die Herstellung von Mischfutter unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein wertvolles Material darstellen, so soll jeder Landwirt es als seine Pflicht erachten, für die vorschriftsmäßige Ablieferung der von ihm für die Fütterung seines eigenen Viehstandes nicht benötigten Maiskolben Sorge zu tragen.

Gegen die vorschriftswidrige Verwendung von gerebelten Maiskolben wird mit aller Strenge vorgegangen werden.

Vossische Zeitung
10./I. 1917

Reichsgetreide jetzt und später.

Von

Unterstaatssekretär Michaelis,

Vorsitzendem des Direktoriums der Reichsgetreidestelle.

Wir verbinden unwillkürlich mit dem Gedanken des Friedensschlusses die Hoffnung auf Wiederherstellung der wirtschaftlichen Zustände, wie sie vor dem Kriege waren. Die zwangsweise Erfassung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel ist eine große Last. Wir sind gründlich von dem Gedanken geheilt, daß durch eine staatliche Verteilung der Lebensmittel gerechte Zustände herbeigeführt werden. Jede Rationierung von Lebensmitteln trägt die Gefahr der Ungerechtigkeit in sich. Die Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse ist nicht bis zum letzten möglich. Selbst wenn wir uns bemühen, gerecht abzustufen, den Schwerarbeitern und der heranwachsenden Jugend mehr zu geben als der anderen Bevölkerung, wenn wir den Unterschied zwischen Stadt und Land machen und die Selbstversorger etwas besser stellen als die vom Staate versorgten: es bleiben stets Ungerechtigkeiten; der eine bekommt für seinen Bedarf zu wenig, der andere hat übrig. Dazu kommen nun all die den gewöhnlichen Sterblichen unverständlichen Folgen der rückhaltlosen Erfassung aller Bestände. Es wird dem Landwirt unverständlich bleiben, warum ihm auch das minderwertige, das feuchte, das ausgewachsene, das zerschlagene Getreide genommen werden muß, das doch in Friedenszeiten ohne weiteres dem Vieh gegeben wird, und warum er statt dessen teuere andere Futtermittel kaufen muß. Die Landwirte werden stets darunter leiden, daß sie alles Getreide, das sie nicht selbst verzehren, abliefern und damit die hiervon gewonnene Kleie aus der Hand geben müssen usw. Und trotzdem sind diese Maßnahmen zur Durchführung des gesamten Versorgungsplanes unbedingt nötig.

Nun besteht wohl allgemein die Hoffnung, daß, wenn der Friede kommt, alle diese Unnatürlichkeiten beseitigt werden, daß die Knappheit der Portionen aufhört und daß jeder wieder so viel kaufen und verzehren kann, wie er will. Diese Hoffnung ist leider eine trügerische. Wir werden damit rechnen müssen, daß wir für eine geraume Zeit, vielleicht *für mehrere Jahre*, mit einer weiteren Beschränkung des Verbrauchs und einer Rationierung der wichtigsten Lebensmittel uns abfinden müssen. Deutschland wird auch in den kommenden Friedensjahren zunächst fast ausschließlich auf das angewiesen sein, was in seinen eigenen Grenzen an Lebensmitteln hergestellt wird. Hieran werden in erster Linie unsere Handels- und Währungsverhältnisse schuld sein. Der Schiffsraum zur Einfuhr ausländischen Getreides wird außerordentlich knapp sein und wird für den Import anderer nötigerer Rohstoffe in Anspruch genommen werden. Die Verschlechterung unserer Valuta wird uns nötigen, so wenig wie möglich aus dem Auslande zu importieren und das ganze Streben darauf zu richten, die Ausfuhr zu steigern. Dabei ist noch nicht in Rechnung gezogen, inwieweit durch unfreundliche Zusammenschlüsse unserer Feinde auch über die Kriegszeit hinaus Schädigungen unseres Grenzverkehrs eintreten. Dazu kommt aber auch, daß in allen Nachbarländern und auch in Amerika die Ernten sehr zurückgegangen sind und daß in allen unseren Nachbarländern nach Schluß des Friedens eine gewaltige Knappheit der Lebensmittel — wenn nicht gar eine Not — herrschen wird. Es wird sich das merkwürdige Bild enthüllen, daß Deutschland, das von seinen Feinden ausgehungert werden sollte, schließlich in seiner Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln, insbesondere mit Getreide, das relativ am besten versorgte Land sein wird.

Wenn Deutschland aber somit im wesentlichen auf sich angewiesen sein wird, dann wird — selbst wenn die für uns nutzbaren Flächen noch durch besetzte Gebiete vergrößert werden — eine *Knappheit* an Brot- und Futtergetreide und damit auch an Fett bei uns herrschen. Deutschland ist schon unter normalen Verhältnissen nicht in der Lage, das nötige Brot- und Futtergetreide selbst zu produzieren. Die Ernte kann schon bei vollem Ergebnis nur dann reichen, wenn rationiert wird. Nun ist aber durch die gegenwärtige Kriegswirtschaft die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nicht unerheblich verringert. Es ist zwar dankenswerterweise geschehen, was geschehen konnte. Die Zurückgebliebenen haben mit Aufbietung aller Kräfte gearbeitet; aber die Einschränkung der Zahl der Landarbeiter, insbesondere der eigenen Wirtschafter, die Beschränkung in der Belieferung mit künstlichem Dünger, die Behinderung der landwirtschaftlichen Maschinen wegen Stockung der Kohlentransporte usw. haben doch eine derartig hemmende Wirkung auf die Produktion ausgeübt, daß wir mit vollen Ernten — selbst bei durchweg günstigem Wetter — nur nach Ablauf mehrerer Karenzjahre werden zu rechnen haben.

Es wird also nach dem Frieden nötig sein, den Riemen eng geschnallt zu halten. Wir werden weiter scharf rationieren müssen. Wir werden weiter alles Brotgetreide, auch das minderwertige, für die menschliche Nahrung erfassen müssen, und wir werden bis über den Bäcker hin den Konsum zu regeln haben. Erleichterungen werden erst allmählich eintreten und werden dann mit großer Befriedigung entgegengenommen werden. Man muß aber den Gedanken mit vollem Ernst erfassen, daß zunächst wegen des Friedensschlusses eine *Erleichterung* auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung — soweit es sich wenigstens um die Massengüter handelt — *nicht* eintreten wird. Der Sehnsuchtsruf „Gebt uns Frieden, gebt uns mehr Brot!" hat keine innere Begründung. Dessen müssen wir uns bewußt bleiben und nicht wegen des Mangels, unter dem wir leiden, nach Frieden schreien. Nein, sondern das Unvermeidliche tragen; sich gegenseitig helfen mit voller Selbstentsagung, die Kräfte bis zum äußersten anspannen, um die Güter zu schaffen, die Deutschland hervorbringen kann, und im übrigen volles Vertrauen zu Gott und unserer gerechten Sache haben. Das ist's, was not tut.

Vossische Zeitung
10. II. 1917

13

Getreidemonopole.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Seitdem der Untersaatssekretär Michaelis, der Leiter der Reichsgetreidestelle, zum Beginn des vorigen Monats seinen bekannten Vortrag über die RG. gehalten und darin ziemlich unverblümt auch für die Friedenszeit dem Monopol das Fortbestehen vorausgesagt hatte, ist in den Kreisen des Getreide- und Produktenhandels die Beunruhigung wegen dieser von bedeutungsvoller Seite gefallenen Aeußerungen stetig gewachsen und hat jetzt in einer Eingabe des „Bundes Deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futter- und Düngemittel-Händler" an den Reichskanzler seinen äußerlichen Ausdruck gefunden. Diese Eingabe bittet um eine Aeußerung der Regierung, ob der Unterstaatssekretär Michaelis mit seinem Vortrage den Standpunkt der Regierung gekennzeichnet oder ob er nur seine persönlichen Anschauungen zum Ausdruck gebracht habe. Es ist begreiflich, daß die Getreidekaufleute den dringenden Wunsch haben, bezüglich der Zukunft etwas klarer zu sehen, doch ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß ihnen der Reichskanzler auf ihre Frage eine erschöpfende Antwort geben wird, zumal die Verhältnisse, wie und auf welche Weise nach dem Kriege die Riesenansprüche des Etats zu befriedigen sein werden, noch völlig ungeklärt sind.

Daß die monopolistische Bewirtschaftung im Kriege ernste Mängel gezeigt hat, darüber besteht heute wohl auf keiner Seite mehr ein Zweifel, und auch die Reichsgetreidestelle hat ihre Aufgabe der glatten Brotversorgung nur erfüllen können, indem sie bald die Hilfe der Reichskartoffelstelle, bald die der Reichsgerstengesellschaft in Anspruch nahm, um das von ihr der Landwirtschaft abgenommene Brotgetreide zu strecken. Es ist ihr nicht gelungen, mehr als drei Viertel unserer Ernte an Roggen und Weizen unter ihre Kontrolle zu bekommen, und wenn trotzdem gerade die Brotbewirtschaftung bei uns noch verhältnismäßig befriedigend funktionierte, so ist nicht zuletzt der Umstand dazu die Veranlassung gewesen, daß, wie Exzellenz Michaelis dieses auch selbst zugab, die eigentlichen Grundlagen der RG. von Getreidekaufleuten geschaffen wurden.

Diese Anerkennung der kaufmännischen Tätigkeit wurde dieser Tage auch im Börsenvorstande Berlins seitens der Vertreter der Landwirtschaft unumwunden ausgesprochen, und die Erklärung abgegeben, daß, wenn man nicht den Handel überall beiseite gestoßen hätte, manche trübe Erfahrung im Wirtschaftsleben hätte vermieden werden können. Andererseits wurde bei dieser Gelegenheit von den kaufmännischen Vertretern selbst darauf hingewiesen, daß, wie sich die Dinge nun einmal gestaltet hatten, auch keine Rede davon sein könne, den Handel während des Krieges wieder einzuschalten. Bekanntlich empfiehlt der Präsident des Kriegsernährungsamts, Exzellenz Batocki, den Kommunen für eine Reihe von Landesprodukten, für die die behördliche Bewirtschaftung mißglückt ist, direkte Lieferungsverträge mit Erzeugerorganisationen unter weitgehender Heranziehung des sachkundigen Handels, von der er sich einen vollen Erfolg verspricht. Er vergißt aber, daß die segenbringende Tätigkeit des Handels in erster Reihe verlangt, daß er selbst kaufen kann, wo er die beste Gelegenheit findet und selbst verkaufen muß, wo er den leichtesten Absatz und den besten Gewinn erkennt. Die Einschiebung des Kaufmanns ohne eine gewisse Freiheit des Handels stempelt ihn nur zum Handlanger der städtischen und Reichsbehörden; auch hierbei mag er noch gute Dienste leisten, aber eine Verantwortung für Gelingen oder Mißlingen der neuen Experimente würde er unbedingt ablehnen müssen.

Es gibt in den Provinzen zweifellos eine ganze Reihe von Getreidekaufleuten, die als Kommissionäre und Vertreter der Kriegsgesellschaften und Kommunen finanziell weit bessere Zeiten haben, als sie sie je im Frieden bei dem gewesenen allgemeinen Wettbewerb genossen hatten. Jedes Risiko fällt bei ihnen jetzt fort, sie übernehmen die Ware und versenden bezw. verteilen sie genau nach Angabe und beziehen dafür eine Provision, die bei der Größe des Umsatzes einen ungewöhnlichen Nutzen läßt. Ob sie dieses damit aussöhnt, daß sie ihre frühere Freiheit aufgegeben und für die Intelligenz eigener Entschließungen die sklavische Befolgung der Aufträge ihrer Vorgesetzten eingetauscht haben, bleibe dahingestellt. Soviel steht jedenfalls schon heute fest: bekommen wir die Monopole aus zwingenden finanziellen Gründen, dann ist es auch mit der Herrlichkeit der Provinzkommissionäre aus, dann werden an ihre Stelle Beamte gesetzt, und der Provinzhandel sitzt genau so auf dem Trocknen, wie es heute mit dem Großhandel der Städte der Fall ist.

Es soll hier nicht auf die Frage eingegangen werden, ob die Monopole überhaupt die milchende Kuh für unsere Finanzbehörde sein würden, für die sie Exzellenz Michaelis nach seinem oben erwähnten Vortrage zu halten scheint. Wenn durch die Vernichtung von 80 bis 100 000 Existenzen, um soviel handelt es sich bei den Getreidemonopolen, ein gewaltiges Loch im Steuerbudget entsteht, so ist damit von vornherein ein erheblicher Teil der Monopolerträgnisse wett gemacht, und wenn die für große finanzielle Erträge unbedingt notwendige scharfe Erhöhung der Getreidepreise das Brot außerordentlich verteuert, so richtet sich hiernach auch der Preis aller anderen Lebensmittel und hiernach wieder der Preis der Arbeitskraft. Ein Keil treibt den anderen, die Kaufkraft des Geldes im Lande sinkt, und unsere Konkurrenzfähigkeit am industriellen Weltmarkt, die wir zur Hebung unseres Exports und zur Steigerung einer aktiven Handelsbilanz in erster Reihe und mit allen Mitteln fördern müssen, würde ganz erheblich leiden.

Die Zeit
14. I. 1917

Ein Mahnwort an die Landwirte.

Vom Geheimen Rat Markgrafen Alexander Pallavicini.

Nach dem Echo, das das Friedensangebot der Mittelmächte bei den feindlichen Staaten gefunden hat, ist leider nicht auf einen baldigen Frieden zu rechnen, denn so lange die Hauptschuldigen am Weltkriege sich am Ruder erhalten, ist die Hoffnung gering, daß den Völkern die Binde von den Augen fällt. Nichtsdestoweniger halte ich es nicht für verfrüht, schon jetzt der Einladung der geehrten Redaktion folgend, über die Zukunft der Urproduktion in Oesterreich einiges zu sagen. Land- wie Forstwirtschaft haben während des schauerlichen Krieges eine Hochkonjunktur zu verzeichnen mit Preisen, die noch vor nicht langer Zeit niemand für möglich gehalten hätte. Allerdings sind die Erzeugungskosten, wie alles im Laufe der letzten zwei Jahre, bedeutend gestiegen. Es sei hierbei nicht nur auf den Taglohn, sondern auf sämtliche Materialien hingewiesen, die die Urproduktion benötigt. Trotzdem verzeichnen Land- und Forstwirte sehr schöne Erträge. Wenn aber, was vielseitig geschieht, die Urproduktion als alleinige Ursache der Teuerung von den Konsumenten hingestellt wird, so ist das meiner Ueberzeugung nach unrichtig. Die Knappheit an den notwendigsten Lebensmitteln, verursacht durch drei mindere Ernten, und die viel zu späte Einführung praktischer Verordnungen hat die ganze Bevölkerung der Urproduktion näher gebracht, so daß sich heute jedermann mit landwirtschaftlichen Fragen befaßt, das heißt, die Gebarung der Landwirte scharf kontrolliert, beziehungsweise nicht immer gerecht kritisiert. Ich glaube, daß das Urteil der schärfsten Beobachter über die Landwirtschaft, beziehungsweise über deren Anteil an der Teuerung, wesentlich gnädiger ausfallen würde, wenn sie sich der Mühe unterzögen, die Requisitionspreise für Getreide usw. mit jenen Preisen zu vergleichen, die insbesondere der Städter bezahlen muß. Das gleiche gilt vom Vieh, wobei ich als Kuriosum erwähnen möchte, daß in gewissen Gegenden 20 Prozent des Viehbestandes requiriert wurden, während in anderen sehr viehreichen Gebieten keine Requisitionen vorgenommen werden. Es ist wohl überflüssig, festzustellen, daß die Organisation im allgemeinen bei uns sehr viel zu wünschen übrig läßt, und daß dieser Mangel zu den vielseitigen, sehr berechtigten Klagen der konsumierenden Bevölkerung Anlaß gibt, die aber nur allzu sehr geneigt ist, diese Uebelstände und Leiden ausschließlich auf das Konto der Produzenten zu buchen. Wir aber wollen nicht rechten, sondern mit patriotischer Geduld abwarten, ob es in der Folge besser wird; denn Durchhalten müssen wir.

Die vielen Uebelstände in der Ernährung der Bevölkerung, wurden zweifellos in erster Linie durch die letzten drei ungünstigen Ernten verursacht, die wieder nicht ausschließlich die Folge der ungünstigen Witterung gewesen sind, sondern zum größten Teil mit den Kriegsverhältnissen zusammenhängen, unter denen Anbau sowie Ernte durchgeführt werden müssen.

Ueber dieses Thema könnte ich als Landwirt naturgemäß noch viel mehr sagen, aber das würde wohl weit über den Rahmen eines Zeitungsaufsatzes hinausgehen. Ich will daher unseren Blick in die hoffentlich nicht allzu ferne Zeit der Friedensarbeit schweifen lassen.

Wenn es der Urproduktion während des Krieges nicht schlecht gegangen ist, so erwächst ihr die Pflicht, dahin zu streben, daß sie in der Folge für alle Eventualitäten gerüstet dasteht und im Verein mit unseren Verbündeten ein abgerundetes, sich ergänzendes Ganzes bildet, was wieder allein durch eine Mehrerzeugung möglich ist. Diese Mehrerzeugung wird nicht bloß den Konsumenten, sondern auch den Produzenten selbst zugute kommen, denn nach dem Kriege werden die Erzeugungskosten, staatlichen Lasten usw. nicht geringer werden, dagegen werden die Preise für landwirtschaftliche Produkte ganz gewiß zurückgehen, hauptsächlich aus dem Grunde, weil wir uns nicht vollständig abschließen können und uns ergänzen müssen und weil wir auf dem Balkan jene Stellung einnehmen wollen, die uns gebührt. Daß darin eine große Gefahr für jenen liegt, der ausschließlich von der Bodenrente lebt, ist sicherlich einleuchtend. Es muß daher heute schon jeder Landwirt damit rechnen und dem Uebel vorbeugen. Um die geschwächte Bodenkraft zu heben, den bis an den Rand der Leistungsfähigkeit herabgesunkenen Fundus instructus wieder auf die Höhe zu bringen, wird der Landwirt wohl eine große Summe von Geld und Arbeit einsetzen müssen, will er nicht unter den zu gewärtigenden Verhältnissen den schmerzlichsten Ueberraschungen entgegengehen.

Wenn er jetzt unstreitig gute Geschäfte macht, möge er auf die Zukunft nicht vergessen, denn heute lebt er zum Teile vom Kapital.

Neues Pester Journal
16. I. 1917

15

(Die Beschaffung von Anbausamen.) Da das Ackerbauministerium heuer nur in Ausnahmsfällen, und zwar dorthin Frühjahrs-Anbausamen zuweisen wird, wo die Landwirthe in Folge außerordentlicher Elementarereignisse oder anderer Gründe nicht über den entsprechenden Anbausamen verfügen, wurde bezüglich der Vertheilung ein besonderes Statut erlassen. Der Ackerbauminister wies die Obergespäne an, ihm Bericht zu erstatten, ob sich in ihren Bezirken die unbedingte Vertheilung von Anbausamen und in welchem Ausmaße ergibt. Zum Verkauf gelangen Frühjahrsweizen, Gerste, Hafer, Hirse und diverse Sorten Mais. Der Preis beträgt ab Aufgabsstation inklusive Sack für Weizen, Gerste, Hafer und Qualitätsmais 55 K., für gewöhnlichen Mais 51 K., für Hafer 50 K. Der Betrag für den seitens der Gemeinde bestellten Samen muß bis längstens Ende Januar bei der Kasse des Landwirthschaftlichen Vereins des betreffenden Komitats erlegt werden.

Frankfurter Zeitung 17. II. 1917

16

Ein Aufruf an die deutschen Bauernvereine.

Der Vorstand der „Vereinigung der deutschen Bauernvereine", gezeichnet Freiherr von Kerckerinck zur Borg, wendet sich mit einem Aufrufe an seine Mitglieder. Die schweren Kämpfe, in denen wir stehen, seien nur zu gewinnen, wenn die Daheimgebliebenen ebenso nachdrücklich ihrer Nähr- und Rüstungspflicht genügen, wie die Kämpfer an der Front ihre Wehrpflicht erfüllen. Die Rüstungspflicht obliegt den deutschen Arbeitern, die Nährpflicht der deutschen Landwirtschaft. Der Aufruf stellt folgende Forderungen auf:

Verfüttert kein Körnchen Brotgetreide! Die Verfütterung von Brotgetreide im gegenwärtigen Augenblicke ist ein Verrat am Vaterlande.

Seid sparsam bei der Verfütterung von Hafer, damit möglichst große Hafermengen für die menschliche Ernährung herangezogen werden können, wenn wir im Frühjahre infolge der schlechten Kartoffelernte nicht bloß Kartoffelknappheit, sondern Kartoffelleere bekommen.

Liefert in Gerste nicht bloß Euer Pflichtkontingent ab, sondern trachtet auch von der nicht enteignungsfähigen Menge so viel wie möglich zum Zwecke der menschlichen Ernährung zu verkaufen.

Verfüttert keine Speisekartoffeln! Das wäre Sünde am Vaterlande, eine schwere Gefährdung des inneren Durchhaltens! Seid im eigenen Haushalte sparsam mit der Verwendung von Speisekartoffeln, damit Ihr möglichst viel Eßkartoffeln für die notleidenden Bewohner der Städte abgeben könnt.

Gebet an Eßrüben ab, was Ihr irgendwie ohne Gefährdung des eigenen Haushalts und des notwendigen Viehstapels abgeben könnt!

Erzeugt nach Kräften Milch, Butter und Butterschmalz! Fügt Euch den Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Milch- und Fettversorgung notwendig sind. Der unbedingt notwendige Bedarf für das eigene Haus ist Euch garantiert. Stört die Milch- und Fettversorgung nicht durch übertriebenes Beharren auf alten liebgewordenen Gewohnheiten!

Bebaut, soweit nur immer die Kräfte der Daheimgebliebenen es gestatten, sorgfältig jedes Fleckchen Erde.

Laßt Euch in der Erfüllung Euerer vaterländischen Pflichten nicht entmutigen durch die gewissenlose Hetze, die vielfach von Großstadtblättern, Partei-Agitatoren, nach Popularität haschenden Asphaltpolitikern gegen die deutsche Landwirtschaft getrieben wird.

Das Vaterland muß Euch höher stehen, als das Urteil unvernünftiger Hetzapostel; liefert freiwillig, laßt es nicht zur Enteignung kommen! Nur bei freiwilliger Lieferung können die Bedürfnisse der eigenen Wirtschaft genügend gewahrt werden. Kommt es zum Zwange, dann sind Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten, störende Eingriffe in die Produktion unvermeidlich. Eine nennenswerte Zufuhr von Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial aus dem Auslande ist nicht möglich. Wir müssen die Garantien des Sieges im eigenen Lande schaffen.

Von der restlosen Erfüllung der Nährpflicht hängt der Endsieg ab, hängt die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Vaterlandes und damit auch die Entscheidung über Eure und Euerer Kinder Zukunft.

Deutsche Bauern, folgt den Mahnungen Euerer Führer!

Wir möchten im Interesse der Sache auf das Kapitel der Verhetzung, das in dem Aufrufe in — gelinde gesagt — sehr einseitiger Weise behandelt wird, nicht eingehen und nur das Eine sagen, daß nach unserer Beobachtung die ihrer Verantwortung sich bewußten Großstadtkreise — und sie sind wahrlich nicht gering — in voller Würdigung dessen, was auch die Landwirtschaft in diesem Kriege Großes geleistet hat und noch leistet, sich von Verhetzung durchaus frei wissen. Gewissenloser Hetze aber, von der in dem Aufrufe gesprochen wird, wäre doch gerechterweise auch die Hetze solcher Kreise gegenüber zu stellen, die anstatt die Landwirtschaft zur restlosen Erfüllung ihrer Pflicht immer wieder anzuspornen, versucht haben, die Stimmung dort ungünstig zu beeinflussen und so lähmende Verdrossenheit zu schaffen. Unseres Erachtens wäre es richtiger und verdienstlicher gewesen, auch gegen diese Hetze aus den eigenen Berufskreisen sich zu wenden, anstatt einseitig und in verallgemeinernder Weise gegen unberechtigte Anklagen und Vorwürfe aus Verbraucherkreisen. Das aber nur nebenbei. Das Wesentliche bleibt, daß die Ermahnungen, die der Aufruf an seine Mitglieder und darüber hinaus an die deutschen Landwirte im Ganzen richtet, so beherzigt werden, wie sie es verdienen.

Österr. Volkszeitung
18./I. 1917

18

Melasse als Futtermittel und Eiweißquelle.

Von landwirtschaftlichen Professor H. König, Böhmisch-Leipa.

Die Melasse, die als Nebenprodukt bei der Zuckerfabrikation gewonnen wird, ist ein ausgezeichnetes Futtermittel, das besonders jetzt während des Krieges, wo es uns doch an Futtermitteln überaus fehlt, mehr als bisher zur Fütterung Verwendung finden sollte.

Dem deutschen Forscher Delbrück ist es nun gelungen, unter Verwendung dieser Melasse und anorganischer Salze sogenannte „Mineralhefe" herzustellen, die ein ausgezeichnetes Kraftfuttermittel bildet und bereits in Deutschland besonders als „Eiweiß-Strohkraftfutter" in den Handel kommt. Delbrück war es auch, der schon früher die Hefe der Bierbrauereien in ein trockenes Futtermittel von unbegrenzter Haltbarkeit überführte, doch war die Menge dieser „Trockenhefe" von dem Umfang der Bierproduktion abhängig. Das neue Verfahren Delbrücks zur Gewinnung der Mineralhefe, verwendet als Stickstoffnahrung für die Hefe schwefelsaures Ammoniak, das die badischen Anilin- und Sodafabriken unter Benützung des Luftstickstoffes nach dem Verfahren von Professor Haber synthetisch herstellen. Man kann demnach bei dem Delbrückschen Verfahren mit Recht von einer Eiweißgewinnung aus der Luft sprechen. Ein ungeheurer Fortschritt der Chemie, den wir deutschem Forscherfleiß verdanken und der uns Eiweiß für Tier und Menschen zu liefern imstande ist. Um nun der Viehfutternot zu steuern, hat die deutsche Regierung bereits im Vorjahr die Melasseproduktion der Zuckerfabriken beschlagnahmt und dadurch erreicht, daß erstens die Melasse als Futtermittel erhalten bleibt und daß dieselbe zweitens zur Herstellung von Kraftfutterhefe verwendet werden kann. Die beschlagnahmten Mengen von Melasse belaufen sich auf Hunderttausende von Tonnen und die Produktion an Mineralhefe ist in Deutschland jetzt ungeheuer gestiegen. So beträgt zum Beispiel die tägliche Erzeugung einer großen Zuckerraffinerie allein gegen 50.000 Kilogramm, das sind fünf Waggons eines erstklassigen Kraftfuttermittels.

Durch das von Delbrück entdeckte Verfahren, welches die deutsche Reichsregierung in weiser Voraussicht seiner Bedeutung für den Staat beschlagnahmte, ist Deutschland in den Stand gesetzt worden, ungeheure Mengen von Eiweiß in Form der oben erwähnten Mineralhefe zu erzeugen und sich auf diese Weise vom Auslande vollkommen unabhängig zu machen. Bekanntlich war Deutschland vor Beginn des Weltkrieges in Bezug auf die Deckung seines Eiweißbedarfes (Kraftfuttermittel) für seinen Viehbestand zum großen Teil auf das Ausland angewiesen, von wo gewaltige Mengen eiweißhältiger Kraftfuttermittel bezogen wurden. Ebenso verhält es sich bei uns. Das Delbrückische Verfahren zur Herstellung der Mineralhefe hat nun hier große Aenderungen bewirkt, die auch nach dem Kriege ihren günstigen Einfluß auf die deutsche und folgerichtig auch auf die österreichische Handelsbilanz ausüben werden.

Nebenbei sei bemerkt, daß auch auf anderem Gebiete der Krieg uns und Deutschland vom Auslande unabhängig gemacht hat, nämlich in Bezug auf die stickstoffhältigen Düngemittel (Chilisalpeter). Der Stickstoff der Luft wird als Kalkstickstoff fabriksmäßig in feste Form gebracht. Allerdings wird jetzt der größte Teil dieses wichtigen Stickstoffdüngemittels zur Munitionserzeugung verwendet, doch werden uns nach dem Kriege große Mengen zur Verfügung stehen. Die bestehenden Fabriken werden sowohl bei uns als auch in Deutschland immer mehr vergrößert und neue gebaut.

Wie oben erwähnt, wird jetzt auch Ammoniak synthetisch hergellt, so daß das früher nur von Kokereien und Gasanstalten gelieferte Stickstoffdüngemittel: schwefelsaures Ammoniak — in beliebigen Mengen produziert werden kann.

Zurückkommend auf die Melasse, ist es nun zu verwundern, daß bei uns dieses wichtige Futtermittel noch immer nur in verhältnismäßig geringer Menge verfüttert, zum großen Teil aber in Fabriken auf Zyannatrium, Pottasche, schwefelsaures Kali, Chlorkalium und schwefelsaures Ammoniak verarbeitet wird. Zyannatrium wird in Oesterreich überhaupt nicht, in Siebenbürgen nur in geringen Mengen in der Industrie verbraucht. Pottasche, schwefelsaures Kali und Chlorkalium werden unter anderem auch zur Düngung verwendet. Wir können aber Kalisalze zu billigeren Preisen aus Deutschland beziehen, benötigen also die verhältnismäßig geringe einheimische Produktion an diesen Dungstoffen nicht. Es wäre daher nur zu begrüßen, wenn auch bei uns an maßgebender Stelle für eine reichlichere Verwendung der Melasse als Futtermittel eingetreten würde; vielleicht ließe sich mit der deutschen Reichsregierung ein Abkommen treffen, so daß wir ebenfalls instand gesetzt wären, unter Anwendung des Delbrückschen Verfahrens Mineralhefe unter Verwendung von Melasse herzustellen. Die großen Mengen Futterhefe, die dann erzeugt werde könnten, würden den Kraftfuttermangel auch bei uns bedeutend mildern und eine reichlichere Fleisch-, Fett- und Milchproduktion ermöglichen.

Bekanntlich wird auch bei uns schon seit einiger Zeit die Brauereihefe, welche früher zum größten Teil ungenützt verloren ging, getrocknet. Diese eingangs bereits erwähnte Trockenhefe ist eines der eiweißreichsten Kraftfuttermittel. Entbittert, stellt sie die sogenannte Nährhefe, ein wertvolles eiweißhältiges Nähr- und Kräftigungsmittel für den Menschen, vor. Nach den Versuchen von W. Völtz gilt dasselbe aber auch für die nach dem Delbrückschen Verfahren gewonnene Mineralhefe. Es sind zwar gegen dieses Verfahren von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben worden, doch dürfen diese besonders jetzt während des Krieges nicht gelten, da bei dem jetzt herrschenden Eiweißmangel die Erzeugung von Milch und Fleisch und die Gewinnung eines überaus eiweißhältigen Nahrungsmittels von ungeheurer Wichtigkeit ist. Abgesehen vom Delbrückschen Verfahren wäre es, wie oben erwähnt, schon ein Fortschritt, wenn für eine restlose Verfütterung der Melasse Sorge getragen würde.

Kölnische Zeitung
18./I. 1917

19

Unsre Landwirte.

Wer dereinst die Geschichte des Krieges schreiben wird, der muß mit dem 12. Januar 1917 ein neues Buch beginnen lassen. Abgeschlossen ist das Kapitel von den deutschen Friedensbemühungen und an der Spitze des neuen Abschnitts wird der zündende Aufruf des deutschen Kaisers stehen. Gespräche und Reden, Zeitungsaufsätze und Erklärungen haben in den wenigen Tagen, die seitdem verflossen sind, gezeigt, wie mächtig der Widerhall ist, den diese von heiligem Zorn und flammender Entrüstung eingegebenen entschlossenen Worte beim Volke gefunden haben. In diesen Entschlüssen und Erklärungen lebt der Geist des 4. Augusts 1914 wieder auf, der Geist völliger Eintracht und harter Entschlossenheit, von dem es dann und wann schien, daß er in den 30 Monaten verblaßt sei, der aber nur geschlummert hatte und der jetzt durch die übermütige Antwort der Feinde wieder geweckt worden ist. Von besonderm Klang ist das erneuerte Gelöbnis unsrer Bauerschaft. „Begeistert für einen Kampf, der alles einsetzt und Deutschlands ganze Kraft entfaltet, sind wir bereit, jedes Opfer, jede Leistung und jede Entbehrung zu übernehmen, die in einem solchen noch gesteigerten Kampf für Deutschlands glückliche Zukunft das Vaterland von uns verlangt. So werden auch wir zu Stahl werden." So heißt es in der Erklärung des Bundes der Landwirte, und der Deutsche Landwirtschaftsrat sagt, daß „die deutschen Landwirte in unverbrüchlicher Treue zu Eurer Majestät kein — wenn auch noch so großes — Opfer scheuen werden, um diesen von unsern Feinden in frevelhafter Überhebung verlängerten Krieg zu einem für uns vollkommen siegreichen Ende zu führen." Diese Worte — und es wäre eine Beleidigung unsrer Landwirte, sie nur als Worte hinzunehmen —, enthalten das politisch überaus bedeutsame Gelöbnis, mit dem übrigen Volke, mit den Volksgenossen in den Großstädten und den Industrieplätzen die Opfer und Entbehrungen zu teilen, die in der neuen Kriegsphase in verstärktem Maße gefordert werden, und alles zu leisten, was im Interesse der Gesamtheit, d. h. zur Ernährung des Volkes, in diesem Jahre geleistet und auch geopfert werden muß.

Leugnen wir es nicht, daß zwischen Stadt und Land nicht die Übereinstimmung besteht, die zur Bewältigung der zu leistenden Riesenaufgabe unbedingt notwendig ist, daß namentlich in den Städten bittere Vorwürfe gegen den andern Volksteil erhoben werden und daß wir manches Urteil gehört haben, das als lieblos und ungerecht gekennzeichnet werden muß. Dieser Mißstimmung liegt als gemeinsame Ursache zugrunde, daß sich das Mißverhältnis der Lebensmittelversorgung auf dem Lande und in den Städten immer krasser bemerkbar macht, oder, wie sich der Berliner Hygieniker Geheimrat Rubner vor einigen Tagen an dieser Stelle ausdrückte, die Produzenten auf dem Lande mit anderm Maße gemessen werden als die Konsumenten in der Stadt. Eine Lebensmittelversorgung, die dazu geführt hat, daß die Städter auf dem flachen Lande förmliche Jagden auf Lebensmittel veranstalten, muß große Fehler aufweisen; denn dadurch ist bewiesen, daß die Lebensmittel zwar in reichlicher oder auskömmlicher Menge vorhanden sind, daß es der Verwaltung aber nicht gelungen ist, eine auch nur annähernd gleichmäßige Verteilung zu erzielen. Das aber war von Anfang an das Ziel unsrer Nahrungsmittelpolitik und alle bisherigen Maßnahmen dieser Politik, Beschlagnahme, Höchstpreisfestsetzung, Rationierung usw. hatten nur einen Sinn, wenn sie uns diesem Ziele näher brachten. Sie haben uns auch diesem sozialen Kriegsideal ein gutes Stück näher gebracht, sie haben sehr wohltätig gewirkt, aber sie haben doch nur einen Teil der verfügbaren Lebensmittel in ihren Bereich gezogen, während ein anderer mit Absicht draußen gelassen wurde, ein anderer schließlich trotz aller Bestimmungen sich der Beschlagnahme, den Höchstpreisen und der Verteilung entzog. Wir alle wissen, daß Lebensmittel aller Art in großen Mengen entweder bei den Erzeugern festgehalten, oder dort frei von jeder kriegsmäßigen Beschränkung verzehrt oder auch zu Preisen, die sich von den behördlich festgesetzten ganz wesentlich unterscheiden, unter der Hand verkauft werden und damit auch der planmäßigen Verteilung entgehen. Solange diese Zustände fortbestehen, ist unsre Versorgungsorganisation nur ein Torso, und es ist die höchste Zeit, an ihre Vervollständigung zu gehen.

Die Frage lautet also: Wie können die Landwirte bewogen werden, sich und ihre Erzeugnisse in die staatlichen Einrichtungen einzufügen und von Eigenbröteleien und Extratouren abzulassen? Daß die beliebten moralischen Keulenhiebe keine Besserung erzielen werden, sollte man nachgerade einsehen. Nicht als ob das agrarische Herz gegen vaterländische Mahnungen verstockt wäre! Wer aber im Lauf dieses langen Kriegs nicht dahintergekommen ist, daß der wirtschaftliche Egoismus sich mit den vaterländischen Pflichten selten verträgt, der wird's kaum noch lernen. Die Psyche des Landwirts ist ebensowenig einheitlich wie die des Kaufmanns oder Arbeiters. Welcher Unterschied zwischen der Landedelfrau, die hundert Bande mit Vaterland, Heer und Beamtenkörper verknüpft und in der traditionellen Liebe zum Preußentum erzogen ist, und der Bauersfrau, die Zeit ihres Lebens nur geschuftet hat, der Geschichte und Politik unbekannte Dinge sind, und die nur den Gedanken hat, ihre Milch oder ihren Kohl möglichst teuer loszuschlagen. Beide Frauen sind jetzt typische Vertreterinnen des Agrariertums und doch — wer wird behaupten wollen, daß beide in gleicher Weise auf einen Aufruf ihrer Landwirtschaftskammer oder auf den berühmten Brief Hindenburgs reagieren? Was sollen ihnen gegenüber moraltriefende Reden? Bei der einen rennt man offene Türen ein, und die andere bringt man nicht ab von ihrem wirtschaftlichen Egoismus, wenn man gleich mit Engelszungen redete. Und ist denn dieser wirtschaftliche Egoismus eine Eigenart des Landwirts? Tut er, wenn er seine Schinken in der Kammer läßt für eine ungewisse Zukunft, wenn er seine Eier unter der Hand teuer verkauft, etwas anderes als der Städter, der sich Vorräte einweckt oder einkellert, oder der Kaufmann, der Friedensware zu den Preisen des Tages verkauft? Den wirtschaftlichen Egoismus, den man gern nur bei den Landwirten sucht, findet man heute überall und das ist ebenso bedauerlich wie verständlich. Was beim Volk besonders gepriesen wird, der Wille, sich durchzusetzen, sich zu erhalten, das erscheint dem einzelnen nicht als Verbrechen. Das mag von einer unentwickelten Staatsgesinnung zeugen; aber der Trieb der Selbsterhaltung, von dem jetzt das ganze Volk hochgehalten wird, beherrscht auch den einzelnen. Damit muß man rechnen.

Not tut einmal eine Steigerung unsrer landwirtschaftlichen Erzeugung, dann aber auch die Bereitwilligkeit der Landwirte, mit ihren Erzeugnissen herauszukommen, sie nicht über Gebühr selbst zu verbrauchen und sie nicht dem Schleichhandel zuzuwenden. Daß mit Ermahnungen nichts oder nicht viel ausgerichtet wird, haben wir im bisherigen Kriegsverlauf gesehen. Der Erfolg des Hindenburgschen Aufrufs für die Munitionsarbeiter ist die einzige Ausnahme geblieben. Hemmend und lähmend wirkt aber auch die Preispolitik, die unter dem Beifall der großen Mehrheit auch wieder von Herrn v. Batocki getrieben wird. Abbau der Preise ist gewiß ein verführerisches Bild, und ein weiteres Steigen der Lebensmittelpreise ist eine Aussicht, die erschrecken könnte. Und doch stehen wir vor der Entscheidung: stärkste Steigerung der Erzeugung und die Bereitwilligkeit, sich in die Lebensmittelorganisation einzufügen, vertragen sich nicht mit dem Bestreben, die Preise möglichst niedrig zu halten. Der Wagen, der unsre wirtschaftliche Zukunft trägt, ist vorn und hinten mit Pferden bespannt und kommt infolgedessen nicht vom Fleck. Für uns gilt jetzt vor allem die Notwendigkeit, die Erzeugung von Lebensmitteln möglichst zu steigern und den Landwirten ihre Tätigkeit nicht zu verleiden, sondern zu erleichtern. Wenn dabei eine Erhöhung der Preise herauskommt, so muß sie in Kauf genommen werden. Kein Mensch denkt daran, die Entwicklung der Arbeitslöhne aufhalten zu wollen und Höchstlöhne festzusetzen. Wenn Hände zur Arbeit verlangt werden, dann müssen auch die Löhne bezahlt werden, für die man sie erhalten kann. Daß es bei den Lebensmittelpreisen nicht anders sein kann, das sollten die einsehen, die die Nutznießer der steigenden Arbeitslöhne sind. Und sie sollten weiter längst bemerkt haben, daß sie den Schaden von einer Einschränkung der Produktion haben.

Die Landwirte haben sich in ihrer Kundgebung an den Kaiser bereit erklärt, in dem neuen entscheidenden Abschnitt des Kriegs ihre Opfer, Leistungen und Entbehrungen zu verdoppeln. Diesem Versprechen gegenüber ist nicht Mißtrauen und Argwohn am Platz, sondern Genugtuung und der gute Wille, die Hand anzunehmen. Mit dem gegenseitigen Beschuldigen muß Schluß gemacht werden, und dem Bauer, der uns Munition zum Kriegführen so gut herstellen soll wie der Arbeiter und der Industrielle, ist auch der Kriegsgewinn so gut zu gönnen wie dem Arbeiter und dem Industriellen. Hat der Landwirt bisher im Kriege seine Aufgabe, eine Bevölkerung von 70 Millionen aus den Erträgnissen des heimischen Bodens zu ernähren, erfüllt, so wird er das auch weiterhin unter erschwerten Umständen leisten, wenn er mehr als bisher Vertrauen und Verständnis bei uns Städtern findet.

Fremdenblatt
20./I. 1917

22

Zur Sicherung des Anbaues.

Vorkehrungen für Reserven. — Ein bedingter Produktionszwang.

Das Direktorium des Ernährungsrates hielt vergangenen Dienstag unter dem Vorsitze des Ministers GM. Höfer eine Sitzung, in der eine Reihe wichtiger Angelegenheiten beraten und Beschlüsse gefaßt wurden. Den Hauptgegenstand bildeten Vorkehrungen auf Schaffung von Reserven für einen etwa eintretenden größeren Notfall. Die Versammlung wählte verschiedene Ausschüsse, darunter ein Komitee mit dem Sektionschef v. Keller an der Spitze für die Beschaffung, Ausnützung und Führung von Ersatznahrungs- und Ersatzfuttermitteln; ein Komitee unter der Leitung des Baron Fries für die Förderung des Frühjahranbaues: Dieses Komitee hat die Aufgabe, für die zweckmäßige Durchführung des Anbaues zu sorgen und die Preise zwischen den einzelnen Ernteerzeugnissen in Einklang zu bringen. Die Landwirte sollen über die Art des Anbaues aufgeklärt, es soll ihnen eingeschärft werden, nicht spekulative Ausnützung des Ackerbodens auf Kosten der Allgemeinheit zu betreiben. Die Ueberwachungsbehörde wird strenge darauf achten, und es sollen auch die noch nicht vom Staate erfaßten und für die Volksernährung wichtigen Produkte der staatlichen Bewirtschaftung unterzogen werden, also auch der Preisbildung; vor allem die Futtermittel. Auch die Frage des Produktionszwanges wird erwogen, ins Auge gefaßt wird die Einführung eines bedingten Zwanges, das heißt, dem Landwirt soll der Anbau gewisser Fruchtgattungen verboten werden, damit den wichtigen unentbehrlichen Getreidearten der Vorzug gewährleistet erscheint.

Im Ernährungsamt ist die Organisation des Ernährungsdienstes im Fortschreiten und man hofft auf wohltätige Folgewirkungen dieser Reform.

20. I. 1917

Die Hopfenernte im Jahre 1916.

Von Direktor Theodor Gauba, Vorstandsmitglied der Zentralstelle der Hopfenbau-Vereinigungen.

Unter allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist im Krieg der Hopfen das einzige Produkt, welches im Preise nicht nur nichts gewonnen hat, sondern stark entwertet wurde. Der Hopfenanbau hat im dritten Kriegsjahre 1916 mit schweren geldlichen Verlusten gearbeitet und die Einschränkung der Anbaufläche machte weitere große Fortschritte. So ist denn der Rückblick am Schlusse des Kalenderjahres 1916, wenigstens für die Hopfenproduktion, abermals ein sehr ungünstiger.

Was die Wachstums- und Ernteverhältnisse anbelangt, waren auch diese sehr verschieden. Wie alljährlich hat der Hopfenschnitt zu Ende März begonnen und wurde bei recht günstiger Frühjahrswitterung und gutem Fortgang zu Ende April allgemein beendet. Die aufgedeckten Hopfenstöcke hatten dank des milden Winters sehr gut überwintert. Der Erdflohbefall war stärker wie alljährlich, weshalb viele Pflanzungen schwach blieben und auch einen geringeren als normalen Ertrag abwarfen. Der Stand der Hopfenpflanzungen war daher in allen Gebieten und Ländern bis zur Ernte ein sehr ungleicher. Dazu kam noch, daß nach dem 20. Mai die Aphisfliege und nachher deren Brut, die Hopfenblattläuse auftraten, wodurch auch ein Teil der nicht gespritzten Pflanzungen vollständig verdarb und erträgnislos blieb. Die Blattlaus richtete dagegen im allgemeinen nicht so starken Schaden an als zu Anfang befürchtet wurde. Selbst in den Tieflagen waren die einzelnen Gärten ungleich befallen. Neben Stöcken mit starkem Befall gab es wieder solche, die fast vollständig ungezieferfrei blieben.

Im Saazer Lande wurde die Pflücke am 20. August vereinzelt, am 25. August ziemlich allgemein, also gut 14 Tage verspätet in Angriff genommen. Es herrschte starker Pflückermangel, so daß die ohnehin kleinere Ernte langsam vonstatten ging und erst nach Mitte September beendet wurde. Einzelne Nachzügler, darunter auch Großproduzenten, pflückten selbst bis in die letzten Septembertage. Das Ernteergebnis des Saazer Landes dürfte zwischen 90.000 bis 95.000 Zentner, zu 50 Kilogramm, schwanken, gegen 108.000 Zentner im Jahre 1915 und gegenüber 198.000 Zentner im Jahre 1914. Die Anbaufläche betrug 1916 nur 8900 Hektar gegen 11.000 Hektar im Jahre 1915 und 12.400 Hektar im Jahre 1914, mithin in den Kriegsjahren ein Rückgang von rund 30 Prozent. Von den anderen Hopfenbaugebieten Böhmens dürften Auscha mit der Polepper-Platte annähernd 15.000 bis 18.000 Zentner, das Daubaer Grünland 1500 bis 2000 Zentner, geerntet haben. In Steiermark hat die Ernte 12.000 bis 15.000 Zentner, in Ober-

[illegible]

„Der Bluher hat jetzt übernommen und wird sich um
„Wird eh' bald werden," gibt sie gleichmütig zurück.
tämelt," sagt er einmal so von ungefähr.
„Täte Dir auch schon bald not, daß Du in die Stube
der und wedt die Leute zu neuem Tagwerk und wahrend
die andern an die Arbeit gehen, setzt sich der Louis auf die
Bank hinter und schaut der Hinhandlin gleichmütig zu,
wie sie beim Ofen herumwerkt.
Am nächsten Morgen plättchert die Tachtrauke wie-
gehen." in den Bauernhäusern des Waldes erhält.
und solches ist des Louis Siegerstatt, wie sie jeder "Um-
Stubenhühne ausgebreitet und ein Bett herbeigeholt,
gehen rüsten. Dann wird eine Schütte Stroh auf der
den Mitternacht, bis sich all die andern zum Schlafen-
Hinhandlin lauscht auf der Ofenbank hinten bis fast
So erzählt der Louis von draußen, und selbst die
in der Welt draußen und in der Zeit vor sich geht,
erfahren diese Leute nie, außer wenn ein "Umgeher"
irgendwo nächtigt und an Neuigkeiten erzählt, was
schon lange nimmer wahr ist und was in der Regel ein
sonderbar Gemenge aus Tatsachen und Dichtung dar-
stellt.

Saazer Landes hat im Monate September das Produkt zu 65 bis 75 Kronen, trotz mehrmaliger Warnung seiner Organisation, also tief unter den Gestehungskosten (100 bis 130 Kronen per Zentner) verschleudert.

Zu Anfang Oktober trat dann plötzlich am Saazer Markte eine unerwartete günstige Wendung ein. Eine Wiener Bank hatte sich den von der Regierung den Hopfenbauvertretern gemachten Vorschlag einer „Hopfen-Valorisation" zunutze gemacht und diese Idee in eine Privatspekulation verwandelt, indem sie 15.000 Zentner Saazer Hopfen zum Preise von 120 Kronen von großen Saazer Hopfenfirmen kaufte und dieses Quantum dem Marktverkehr entzog. Als am 6. Oktober der Abschluß perfekt geworden und mehrere Lieferanten, die nicht gedeckt waren, im Kaufe eingriffen, begannen sich die Preise zu heben, vorwiegend in Mittelsorten, und schon am 10. Oktober konnte man Preise von 110 bis 140 Kronen verzeichnen, also eine Steigerung von gut 30 Kronen feststellen. Dadurch entwickelte sich am Saazer Markte eine wilde Hopfenhausse, denn die Preise gingen täglich um fast 10 Kronen in die Höhe, um am 19. Oktober ihren Höchststand von 140 bis 175 Kronen zu erreichen. Farbe und Qualität spielten keine Rolle mehr und Ware, die noch zu Mitte September oder Anfang Oktober mit 60 bis 80 Kronen nicht an den Mann zu bringen war, fand jetzt mit 140 bis 150 Kronen willig Nehmer. Leider hatten bereits bis Ende September 60 Prozent und bis 6. Oktober, dem Beginne der Hopfenhausse, gut 75 Prozent der Hopfenproduzenten ihr Produkt zu äußerst niedrigen Preisen von 60 bis 70 Kronen verschleudert. In der zweiten Oktoberhälfte trat eine leichte Reaktion ein, doch büßte die Ware höchstens 5 Kronen im Preise ein. Schon zu Mitte November war der frühere Preis von 100 bis 175 Kronen wieder erreicht und trotz weiteren ruhigen Verkehrs konnten am 31. Dezember Höchstpreise von 155 bis 185 Kronen verzeichnet werden.

Neue Freie Presse
21. II. 1917

24

Erhöhung der Futterration für Pferde in Wien.

Durch den in Wien eingetretenen Schneefall und die damit verbundenen Verkehrsschwierigkeiten werden an die Arbeitskraft der Pferde erhöhte Anforderungen gestellt. Aus diesem Grunde hat die Futtermittelzentrale die Verfügung getroffen, daß vorläufig für eine Woche, d. i. vom 22. Januar bis inklusive 28. Januar, zu der bisherigen Futterration eine Zubuße von 1 Kilogramm per Pferd und Tag gewährt werde.

Neue Freie Presse
21./I. 1917

25

[Die Schneefälle und der Saatenstand.]
Der Winter hat sich heuer spät eingestellt und ist bis jetzt recht mild gewesen. Dies hatte zunächst den Vorteil, daß sich die Landwirtschaft noch lange in den Winter hinein mit Arbeiten im Freien zu befassen in der Lage war, so daß der Herbstanbau fast überall voll bewerkstelligt werden konnte. Trotz des Mangels an Arbeitskräften haben die Anbauflächen den gewohnten Umfang erreicht, die Saaten sind gut aufgegangen und die jungen Pflanzen haben sich kräftig entwickelt. Die Voraussetzungen für eine gute Ernte im nächsten Jahre waren damit geschaffen. Nichtsdestoweniger mußte bei dem Eintritt von streng winterlichem Wetter auch mit der Frostgefahr gerechnet werden, und in den Berichten der Landwirtschaft wurde immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß ausgiebige Schneefälle sehr erwünscht wären, damit einerseits die Vegetation nicht zu rasch vorwärtsschreite und anderseits die Felder sowie die junge Saat durch eine schützende Schneedecke vor scharfen Frösten geschützt seien. Nun haben sich endlich die Schneefälle zuerst in den Alpengebieten, dann in Ungarn und jetzt auch überall in Oesterreich eingestellt. Damit haben sich die Aussichten für die nächste Ernte wesentlich verbessert. Es ist dadurch sicher, daß die jungen Pflanzen den Winter gut überstehen und noch besser aus dieser Jahreszeit kommen werden als sie in dieselbe eingetreten sind. Die Keimtriebe, die während des Winters und unter der Schneedecke das Wachstum nicht fördern, sind der kräftigen Ausbildung der Wurzeln und des Stammes nützlich und die Saaten werden gegen künftige Witterungseinflüsse widerstandsfähiger. Da in der Monarchie ungefähr die Hälfte der Getreideernte aus Winterfrucht besteht, ist die Sicherung eines guten Ausfalls des Herbstanbaues für die Konsumversorgung von höchster Wichtigkeit.

Tägliche Rundschau
23./I. 1917

26

Starker Mangel an Saatkartoffeln. Man schreibt uns: Der schlechte Ausfall der vorjährigen Kartoffelernte hat die Notwendigkeit bewiesen, einmal den Anbau nach Möglichkeit auszudehnen und außerdem durch Verwendung besten Saatgutes die Erträge des Anbaues zu steigern. Infolgedessen ist gegenwärtig die Nachfrage nach Pflanzkartoffeln, besonders aus Westdeutschland, sehr groß. Zur Deckung des Bedarfs haben die landwirtschaftlichen Körperschaften einen Ausschuß gebildet, dessen Geschäftsstelle die Kartoffelbaugesellschaft in Berlin ist. Bei diesem Ausschuß ist nun ein Bedarf über neun Millionen Zentnern Pflanzkartoffeln angemeldet, dem aber einstweilen Angebote in kaum der Hälfte des Bedarfs gegenüberstehen. Besonders in Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Sachsen, Bayern, Württemberg, Königreich Sachsen, Baden und Hessen ist der Bedarf bei weitem noch nicht gedeckt. Seitens der Reichskartoffelstelle ist die Anordnung getroffen, daß die Saatkartoffeln den Bedarfsverbänden auf die Lieferung von Speisekartoffeln angerechnet werden müssen. Hierdurch wird naturgemäß die Beschaffung eines ausreichenden Saatguts wesentlich erschwert. Denn bei der Knappheit an Speisekartoffeln ist es für die Bedarfsverbände schwierig, die dem Verbraucher zugeteilte Menge noch durch die Saatkartoffeln zu verkürzen. Anderseits muß unter allen Umständen verhindert werden, daß auch die diesjährige Kartoffelernte wieder ähnlich ungünstige Erträge liefert wie die vorjährige. Bei einer Einschränkung des Anbaues oder einer Verwertung unzulänglichen Saatguts wäre aber eine unzureichende Kartoffelernte auch in diesem Jahr unvermeidlich. Der Ausschuß hat sich daher an die Reichskartoffelstelle mit der Bitte gewandt, ihn in seinen Bemühungen, eine Steigerung der kommenden Ernte durch die Bereitstellung der angeforderten Pflanzkartoffeln herbeizuführen, unterstützen zu wollen und den Provinzial- und Landeskartoffelstellen aufzugeben, größere Mengen von Pflanzkartoffeln zur Abgabe an andere Landesteile freizugeben als bisher den zuständigen Landwirtschaftskammern zugesagt sind. Diesem Antrage hat der Ausschuß noch die dringende Bitte hinzugefügt, daß die genannten Stellen angewiesen werden, nicht, wie es wiederholt vorgekommen ist, von den Landwirtschaftskammern gekaufte Pflanzkartoffeln zur Speisekartoffelverwertung heranzuziehen.

Vossische Zeitung
24.1.1917

28

Die Ernährungsverordnungen.

Von einem Getreidefachmann.

Die wirtschaftlichen Verordnungen im Jahre 1916 mit Bezug auf Ernährungsfragen, die hier letzthin (No. 33 vom 19. d. M.), nach den wichtigsten Nahrungsmittelgruppen eingeteilt, gebracht wurden, zeigen, wie das System der öffentlichen Bewirtschaftung im Laufe des verflossenen Jahres und zumal seit Schaffung des Kriegsernährungsamtes am 22. Mai allmählich auf alle wichtigsten Volksnahrungsmittel ausgedehnt wurde. Sie zeigen gleichzeitig, wie reich wir noch bis Beginn 1916 waren und wie wir seither schrittweise auf allen Ernährungsgebieten, bis auf die bereits 1915 mustergültig durchgeführte Brotversorgung, knapper Rationierung anheimfielen. Der Leiter der Reichsstelle für Speisefette hat in der Sitzung des Beirats beim Kriegsernährungsamt am 19. und 20. Januar berichtet, daß nach dem Verfütterungsverbot der Kartoffeln und der Kohlrüben das Viehfutter in der Hauptsache aus Heu und Stroh bestände, diese allein aber nicht zur Milcherzeugung genügten. Daraus erhellt, wie berechtigt die energische Kritik der „Vossischen Zeitung" vom 10. Oktober an der Bundesratsverordnung vom 5. Oktober v. J. war, infolge deren sämtliche Futtermittel nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte abgesetzt werden mußten. Die „Vossische Zeitung" betonte damals, daß diese inländischen, vom Handel in den Verkehr gebrachten Ersatzstoffmischungen, die vor dem Kriege in Deutschland entweder gänzlich unbekannt oder doch nicht zur Vieh- und Geflügelnahrung verwandt waren, durch Analysen erster Chemiker als wertvolle Ersatzfutter erkannt wurden. Der Griff des Händlers hätte sich fast immer als richtig erwiesen, so daß die Pionierarbeit des Handels, der auch ausländische Futtermehle, u. a. Trestermehl und Maiskolbenschrot, eingeführt hatte, den ländlichen Betrieben viele Tausende von Waggons mit Ersatzfutter zuführte, das zusammen mit der Kraftnahrung eine dringend benötigte und willkommene Mischung gab. Seit Erlaß der Verordnung vom 5. Oktober sind diese Futtermittel zum größten Teil verschwunden und ein Ersatz dafür nur in geringem Maße erfolgt. Während die Behörden zu der Verordnung verlauten ließen, daß die Beschlagnahme „meistenteils minderwertiger" zu „beliebigen" Preisen im freien Verkehr bislang verkaufter Futtermittel diesen die Interessen der Konsumenten schädigenden Zustand nunmehr beseitige, wurde schon damals von uns behauptet, „daß das Gegenteil, zumal infolge des Kartoffelausfalles, erreicht werden würde — nämlich eine große Unzufriedenheit der Verbraucher, die wenigstens bislang zu der spärlich verabfolgten Kraftnahrung stets genügend Ersatzfutter bei den Händlern erhalten honnten." Gleichzeitig hoben wir hervor, daß von „beliebigen" Verkaufspreisen nicht die Rede sein könnte, da infolge der Wucher- und Kettenhandelerlasse die Produzenten von Mischfutter überhaupt nur noch an Händler verkauften; die Händler verpflichteten sich ihrerseits, die Ware an den Konsum direkt oder an Fouragehändler, welche in kleinen Partien weiter verhökern, abzugeben.

In bezug auf die Erwartungen einer in bälde reicher strömenden Kraftmittelzufuhr bemerkte Herr von Batocki in der erwähnten Beiratssitzung, daß trotz der in Rumänien vorgefundenen recht erheblichen Vorräte die Ausfuhr nach Deutschland (der beschädigten, d. h. wohl unzulänglichen Transportmittel halber) vorläufig auch nicht annähernd im vollen Umfange durchgeführt werden könne. Es heißt also für die Landwirtschaft, sich mit Mischfutter auch fernerhin zu bescheiden!

Ein weiterer Fehlgriff war u. E. die Kohlrübenverordnung, nicht etwa des Verfütterungsverbotes und der Höchstpreisfestsetzung halber — beides ist durchaus zu billigen —, sondern wegen der Ausschaltung des Handels, sowie der Aufhebung der zahlreichen von diesem mit den Kommunen abgeschlossenen Verträge, die automatisch mit der Beschlagnahme erfolgte und so die rechtzeitige Versorgung vieler Kommunen mit diesem wichtigsten Kartoffelersatz hinderte. Sonst hätten heute die Kommunen, wenigstens die weitaus größte Anzahl derselben, große eiserne Bestände in den städtischen Speichern, konnten bei Zufuhrmangel einem Notstande vorbeugen, und brauchten nicht, wie der Berliner Magistrat am 23. Januar Entschuldigungsschreiben über die Gründe des Ausbleibens der Kohlrüben zu erlassen.

Nun eine weitere Frage: Wird nicht in den Mieten mehr verloren gehen, als in den modernen Speichern der großen Städte? Und was war der Erfolg dieser Verordnung? Vergleicht man heute die Preise für Rüben, Kohl und Gemüse nach den Erlassen des Kriegsernährungsamtes und der dadurch erfolgten Ausschaltung des Handels mit den Preisen vordem, so sieht man, daß sie bei keiner Art billiger geworden, im Gegenteil, bei den meisten Arten gestiegen sind.

Im vergangenen Jahre wurden die bewährten Verordnungen erlassen über Verbot der übermäßigen Preissteigerung für Gegenstände des täglichen Bedarfs (23. März); über die Bekämpfung des Kettenhandels (24. Juni), über den Uebergang der Preisprüfungsstelle für Lebensmittel auf das K. E. A. (1. September), über Konzessionierung des Handels mit Futter- und Lebensmitteln zur Ausschaltung des nicht legitimen Handels und der Außenseiter. Es wurde das Kriegswucheramt geschaffen, und damit gleichsam eine Polizei, die aufs strengste die Nichtbeobachtung obiger Verordnungen zu ahnden bestimmt und gewillt war. Auf der anderen Seite hatte man ferner Höchstpreise so ziemlich für alles, was die Erde birgt und trägt, eingeführt, so daß im Rahmen dieser Maßnahmen und scharfen Einschränkungen dem konzessionierten legitimen Handel in Ruhe freie Bahn gelassen werden konnte. Es zeigen ja gerade die Gemüse- und Kohlpreise, trotz ihrer öffentlichen Bewirtschaftung, daß der reformierte Handel des Herbstes 1916 eine Steigerung nicht hervorrief; denn die im Winter gesetzlich festgelegten Höchstpreise für den Produzenten sind fast ein Drittel niedriger als die ihm kurz vor der Höchstpreisfestsetzung vom Handel gezahlten. Trotzdem sind die Kleinhandelspreise heute darum nicht billiger — teilweise sogar erheblich teurer.

Was soll übrigens aus der Versorgung mit Fischen werden? Wären nicht auch hier Höchstpreise für alle gefangenen Fischarten, außer der bereits angeordneten Festsetzung des Räuchereigewinnes, das ratsamste — und dann volle Freiheit für den hierfür legitimierten und konzessionierten Handel?

Frankfurter Zeitung 24./I. 1917

28

Die Preise für Saatkartoffeln.

Wir haben dieser Tage (Erstes Morgenbl. vom 19. d. M.) durch Veröffentlichung einer an uns gelangten Zuschrift und eigenen Kommentar auf die unberechtigt hohen Preise hingewiesen, die den Landwirten für Saatkartoffeln abverlangt werden, und auf die Mißstimmung, die das unter ihnen, und namentlich unter den kleineren, hervorruft. Während sie für die von ihnen abzuliefernden Kartoffeln 4 Mark für den Zentner bekommen haben — für etwa noch vorhandene Vorräte erhöht sich der Preis ab 15. Februar um 1 Mk. — wird ihnen für Saatkartoffeln ein Preis von 9 bis 12 und für Frühsaat-Kartoffeln, die allerdings wesentlich teurer als Spätkartoffeln waren, ein solcher von 14 bis 17 Mark abverlangt. Was dazu zu sagen war, haben wir jener Zuschrift bereits zugefügt.

Zu unserer Kenntnis ist inzwischen ein von amtlicher Stelle mit dem Ausschuß für Pflanzkartoffeln der landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands in Berlin über den gleichen Gegenstand geführter Briefwechsel gelangt. Darin wird ebenfalls über die zu hohen Preise der Saatkartoffeln Klage geführt. Unbesichtigtes Handelssaatgut — also einfach verlesene Kartoffeln ohne Garantie für Sortenechtheit und Zuchtwert — stellt sich auf 9 Mark der Zentner. Dieser Preis setzt sich wie folgt zusammen: Frühjahrshöchstpreis 5 Mark, Zuschlag (für Verlesen der Kartoffel) 2 Mark, Vermittlungsgebühr der liefernden Kammer bei der Abnahme auf der Empfangsstation des Empfängers (10 Prozent des Wertes) 0.70 Mark, Fracht einschließlich etwaiger Kleinbahnfrachten 1 Mark. Das sind zusammen 8.70 Mark und unter Hinzurechnung einer Vermittlungsgebühr der abnehmenden Kammer mindestens 9 Mk. Für Kartoffeln von besichtigten Feldern erhöht sich der Preis noch um 1 Mark für den Zentner. In Friedenszeiten stellt sich — wie uns zur Erläuterung des vorliegenden Briefwechsels auseinandergesetzt worden ist — für den westelbischen Bezieher von Saatkartoffeln deren Preis nur um ein Geringes höher als der Preis, den er für seine eigenen Kartoffeln erzielt hat, obgleich der Handel mit Saatkartoffeln frei ist und der Händler angemessenen Verdienst hat. Der Grund dafür liegt darin, daß im Frieden die ostelbische Kartoffel, weil weniger wertvoll, wesentlich billiger ist als die westdeutsche und Saatgut daraus, trotz entsprechender Aufschläge, nur wenig über den Preis der wertvolleren westdeutschen Speisekartoffel hinausgeht. Die im Krieg erfolgte Festsetzung eines einheitlichen Kartoffelpreises für das ganze Reich hat den Wert der ostelbischen Kartoffel nicht nur um den allgemein erfolgten Preisaufschlag, sondern darüber hinaus auch noch — gewissermaßen als Extraprämie — um die Differenz des früher gegenüber der westdeutschen Kartoffel bestandenen Preisunterschiedes erhöht. Dazu kommt dann noch die unverhältnismäßig hohe Verlesegebühr von 2 Mark für den Zentner. Mit Recht wird daher in dem Schreiben an den Ausschuß für Pflanzkartoffeln angeregt, den Kartoffelpreis für den Osten um 1 Mark und die Verlesegebühr um ebenfalls 1 Mark den Zentner herunterzusetzen. Das würde eine Verbilligung um 2 Mark bedeuten und so einen Saatkartoffelpreis von etwa 7 Mark bringen, mit dem die Landwirte einverstanden wären. Ob nicht auch an den Nebenkosten sich noch ersparen ließe, entzieht sich unserer Beurteilung; aber es sollte mit allem Ernste erwogen werden.

Wie dringend notwendig es ist, den Preis der Saatkartoffeln zu ermäßigen, hebt das Schreiben selber hervor, indem es der Befürchtung Ausdruck gibt, daß infolge der sehr hohen Preise „einzelne Gegenden auf den Ankauf der Saatkartoffeln verzichten müssen, und da sie über eigenes Saatgut nicht verfügen, bezw. nicht ausreichend verfügen, wird notgedrungen ein Teil der zum Kartoffelanbau bestimmten Länder nicht mit Kartoffeln bestellt werden können". In dem Schreiben wird gebeten, „an zuständiger Stelle auf das nachdrücklichste dahin wirken zu wollen, daß auf irgend eine Weise, wenn anders nicht möglich, durch freie Fracht oder Reichszuschüsse, eine niedrigere Preisbildung ermöglicht wird". Gegen Frachtvergünstigung und Reichszuschüsse wäre nichts einzuwenden, wenn die Situation das durchaus erforderte. So lange aber im Wege — zum mindesten — willigen Geschehenlassens unberechtigt neue Millionengewinne über die schon ohnehin gewaltige Einkommensvermehrung hinaus einer gewissen Schicht von Grundbesitzern zufließen können, bedarf es dieses Mittels nicht. Die verantwortlichen Stellen sollen erst dort einmal zugreifen und einem Wucher ein Ende bereiten, der wegen der Gefährdung des Anbaues und damit der Ernährung der Bevölkerung, die er in diesem besonderen Falle bedeutet, als geradezu gemeingefährlich bezeichnet werden muß.

Frankfurter Zeitung
25. I. 1917

31

Geldflüssigkeit in der Landwirtschaft.

In dem „Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt", der Zeitschrift der Raiffeisen-Organisation, macht Dr. Krebs interessante Mitteilungen über die Geldverschiebungen bei den Raiffeisenkassen während des Krieges, wie sie sich aus dem Kontenstand der angeschlossenen Vereine bei ihrem Zentralinstitut, der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse, ergeben. Am 31. Juli 1914 schuldeten die Vereine der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse insgesamt 84.0 Millionen Mark, wogegen sie bei ihr ein Gesamtguthaben in laufender Rechnung und Depositen von 79.1 Millionen Mark hatten. Am 1. Dezember 1916 betrugen die Gesamtschulden 34.8 Millionen Mark, sind also um 47.2 Millionen Mark gesunken; die Guthaben dagegen beliefen sich auf insgesamt 212.2 Millionen Mark, sind also um 133.2 Millionen Mark gestiegen, das ist eine Zunahme der Geldmittel von zusammen 180.4 Millionen Mark. Nun sind in der gleichen Zeit von der Zentralkasse für sich wie insbesondere im Auftrag der Vereine 363.5 Millionen Mark Kriegsanleihen gezeichnet worden, nämlich: 10 Millionen bei der ersten Kriegsanleihe, 45 Millionen bei der zweiten Kriegsanleihe, 85 Millionen bei der dritten Kriegsanleihe, 127 Millionen bei der vierten Kriegsanleihe und 96.5 Millionen bei der fünften Kriegsanleihe. Rechnet man diese Summen als ebenfalls eingegangenes Geld, so ergibt sich der gewaltige Geldzufluß von nicht weniger als 543.9 Millionen Mark von den Vereinen an ihr Zentralgeldinstitut während des Krieges. Die Kriegsanleihen boten eine günstige Anlage für die großen Barmittel, während einen weiteren großen Teil — bisher rund 160 Millionen Mark — die Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse ebenfalls im vaterländischen und gemeinnützigen Interesse verwandte, indem sie an große Gemeinden, Sparkassen und Kreise zur Erfüllung der ihnen durch Kriegsfürsorge und Kriegsanleihen erwachsenen Aufgaben kurzfristige Darlehen gewährte.

Auch diese Ziffern bestätigen also das starke Anwachsen flüssiger Mittel bei der Landwirtschaft, wobei noch zu bemerken ist, daß die hier ausgewiesene halbe Milliarde nicht etwa die Gesamtsumme der von den Mitgliedern der Raiffeisenorganisation während des Krieges flüssig gemachten Gelder darstellt. Dazu gehörten noch die Verschiebungen bei den einzelnen Vereinen selbst und insbesondere die Rückzahlung von Hypothekenschulden, die nach manchen Anzeichen auf dem Lande recht beträchtlich sein dürften. Daß diese Summen nicht etwa ausschließlich und sogar sehr wahrscheinlich nur zum kleineren Teile Mehrgewinne darstellen, ist in der „Frankfurter Zeitung" wiederholt ausführlich dargelegt worden. Es vollzieht sich in der Landwirtschaft ganz der gleiche Prozeß wie in der Industrie und dem Handel: daß nämlich Kapitalien durch den Krieg und für den Krieg flüssig gemacht und nicht ersetzt, sondern verbraucht werden. Der Krieg ist ein großer Zerstörer und ein gewaltiger Verbraucher von Volkskraft und Volkswohlstand. Ganz richtig betont das auch Dr. Krebs, indem er schreibt:

> Die verkauften Pferde, Wagen, Kühe und Schweine kann der Landwirt nicht ersetzen, wie er möchte, Futter und Düngemittel kann er nicht erhalten, und alles braucht er so nötig, um seinen Betrieb in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, ja, um die Produktion zu steigern, wie es in dieser Zeit der Knappheit an Lebensmitteln so sehr nötig wäre. Darum sieht der Kenner der Verhältnisse mit sehr gemischten Gefühlen auf diesen Geldstrom, welcher auf einen bedenklichen Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung schließen läßt. Der Hände Arbeit schafft's nicht allein, ohne Düngung des Bodens wird Raubbau getrieben, ohne Aufzucht von Jungvieh infolge des Futtermangels droht unser Viehstand einzugehen.

Das ist ganz richtig. Durchaus nicht richtig aber ist es, wenn der Verfasser „gegenüber der falschen und einseitigen Deutung der städtischen Bevölkerung" nun seinerseits sich der Einseitigkeit schuldig macht zu erklären, daß die Ursachen dieses Geldstromes überhaupt „keine Kriegsgewinne, sondern flüssig gemachte Betriebsmittel" seien. Das ist in dieser Absolutheit sicher falsch. Es sind bei den bestehenden Lebensmittelpreisen in der Landwirtschaft, im Großgrundbesitz, wie in der bäuerlichen Bevölkerung, ohne Zweifel auch Kriegsgewinne neben den flüssig gemachten Betriebsmitteln erzielt und erübrigt worden. Und das sollten die Kreise, die Einfluß auf die ländliche Bevölkerung haben, mit allem Ernst und mit aller Deutlichkeit aussprechen. Nicht nur weil gegenwärtig die Steuereinschätzungen für die Besitz- und Kriegssteuer abzugeben sind, sondern vor allem deshalb, weil wichtiger als die oft genug und von allen Seiten ausgesprochene Anerkennung für die Leistungen der Daheimgebliebenen in Land und Stadt jetzt die Mahnung ist, diese Leistungen für die bevorstehende Zeit der Entscheidung von neuem und aufs äußerste zu steigern und jeden Egoismus, jedes Sonderinteresse hinter den Bedürfnissen des Ganzen zurückzustellen. Wir haben kein Wort der Entschuldigung für die übergroßen Kriegsgewinne vieler Industriellen und Kaufleute und für die kleingeistige Hamsterei in den Städten. Aber gerade darum dürfen wir auch immer wieder mit Nachdruck die Nährpflicht der Landbevölkerung mit starken Worten betonen. Vieles ist gerade hier versäumt worden; vor dem Kriege, wo der Bund der Landwirte Jahrzehnte hindurch einen krassen Materialismus auf dem Lande gepredigt hat, während man mit allen Mitteln Bildung und Gesinnung aufs Land hätte tragen müssen; und in dem Kriege, wo manche einflußreichen Kreise auf dem Lande den Unmut über die behördlichen Verordnungen und das Verlangen nach immer höheren Preise zur Vermehrung der „Produktionsfreudigkeit" bedenkenlos geschürt haben, statt umgekehrt das Verständnis für die Anordnungen der Behörden und für die Pflicht zur Ablieferung aller entbehrlichen Nahrungsmittel immer wieder zu schärfen. Der freikonservative Abgeordnete von Kardorff, selbst ein Landrat, hat das dieser Tage im preußischen Abgeordnetenhause offen zugegeben, indem er ausführte:

> Die Ernährungsfragen laufen schlecht, sie könnten besser laufen. Wenn Herr von Heydebrandt davon gesprochen hat, daß man in den ländlichen Kreisen noch nicht ganz den Ernst der Lage erfaßt hätte, so ist das richtig. Da trifft die Schuld einmal die nicht ganz geschickte Handhabung der Zensur, die ja jetzt aufgehoben ist, aber die schon früher mehr die Zügel hätte laufen lassen können, und ferner trifft die Schuld die rechtsstehende Presse. Die rechtsstehende Presse hat die Dinge unzweifelhaft zu sehr in rosa gemalt. Die meisten Leute lesen nur eine Zeitung und sind plötzlich durch den Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg wie aus den Wolken gefallen gewesen, in dem gesagt wurde, die Sache geht nicht so, wie sie gehen müßte.

Das sollten alle, die es angeht, endlich beherzigen. Es ist jetzt nicht die Zeit zu gegenseitigen Lobpreisungen, wie viel jeder einzelne geleistet habe, genau so wenig, wie es jetzt Zeit ist zu Zänkereien. Es ist jetzt einfach die Zeit für jeden einzelnen, ruhig und ohne viele Worte seine Pflicht zu tun.

Reichspost Abendblatt
25. I. 1917

320

300 Waggons Getreide aus Ungarn nach Italien geschmuggelt.

Eisenbahn- und Finanzbeamte im Spiel.

Während man bei uns seit Monaten alle möglichen Ersatzmittel ins Brot tut, um durchzuhalten, während ein eigenes Ministerium geschaffen wird, um durch strenge, drückende Maßnahmen ein Durchhalten mit dem Vorhandenen zu ermöglichen, kommt aus Ungarn die bestätigte Meldung, daß gewissenlose Burschen im Bunde mit pflichtvergessenen Beamten imstande waren, 300 Waggons Getreide in plombierten, der Durchforschung der österreichischen Behörde entzogenen Eisenbahnwaggons über die Schweiz an das damals bereits mit uns im Kriege stehende Italien zu liefern. Die breite Oeffentlichkeit ist heute gegen Lieferungsausbeutungsaffären schon abgehärtet; dank einer ewiggleichen Gilde, die immer dort ungemessene Summen „verdient", wo die Völker ihrer Zukunft, ihrer Ehre alles willig opfern. Aber daß es trotz aller Kriegsvorkehrungen möglich war, derartige Mengen von Getreide aus Ungarn dem Feinde zuzumitteln, ist so traurig und von solcher Schwere, daß nur durch die rücksichtslose Aufdeckung der ganzen Affäre in allen ihren Einzelheiten und durch Namhaftmachung aller Mitschuldigen die öffentliche Meinung eine Beruhigung erfahren kann.

Budapest, 24. Jänner. (Privat.)

Das hiesige Volksernährungsamt hat die vertrauliche Verständigung erhalten, daß aus Ungarn große Mengen Getreide angeblich nach Oesterreich geschmuggelt werden. Sofort wurde eine Untersuchung eingeleitet, an der sich außer Grenzpolizei auch Detektive der Staatspolizei beteiligten. Wie nun aus Neuhäusel gemeldet wird, wurde festgestellt, daß Getreide im Werte von zwölf Millionen Kronen über die österreichische Grenze geführt wurde. Insbesondere auf der Eisenbahnlinie Neuhäusel—Neutra rollten viele mit Weizen gefüllte Waggons. Auf den Aufgabescheinen wurden jedoch von den Aufgebern Zementwaren und Roßkastanien angegeben.

Der Polizei war es sofort klar, daß ein so groß angelegter Schmuggel nur unter Mitwirkung von Eisenbahnbeamten erfolgen konnte. Wie „Magyar Orszag" meldet, hat der Leiter der Grenzpolizei in Neuhäusel zwei Eisenbahnbeamte und einen Finanzbeamten verhaftet.

Nach einer Meldung des „8-Orai-Ujsag" hat der Leiter der Preßburger Grenzpolizei eruiert, daß seit dem Jahre 1915 unmittelbar nach der erfolgten Kriegserklärung seitens Italiens und auch fortsetzungsweise im Jahre 1916 mehrere hundert Waggons Getreide mit falschen Transportzertifikaten nach Oesterreich geschafft wurden. Das hinausgeschmuggelte Getreide gelangte aus den Städten Neuhäusel und Neutra über Oesterreich und die Schweiz nach Italien.

Der stellvertretende Chef der Preßburger Grenzpolizei Oberleutnant Horvath erklärt folgendes: Die Nachricht von dem Getreideschmuggel ist wahr. Leider ist das Getreide bereits in Italien. Wir konnten den Schmuggel nicht mehr verhindern. Es ist aber ein Verdienst des Grenzpolizeileutnants Wölfel, daß die Schuldigen, zumeist Einwohner von Neuhäusel, sich bereits im Gefängnis befinden. Bisher haben wir Beweise, daß 300 Waggons Getreide hinausgeführt wurden.

Fremdenblatt
25./I. 1917

33

Ungarische Getreidelieferungen nach Italien.

D. **Budapest**, 24. Jänner. **(Tel. d. „Fremden-Blatt".)** Die Preßburger Polizei hat festgestellt, daß während des ganzen Jahres 1916 mehrere hundert Waggons Getreide aus Ungarn über die Grenze nach Italien geschmuggelt worden sind.

Das Getreide wurde auf Grund gefälschter Lieferscheine als Zement und wilde Kastanien deklariert und auf dem Wege über die Schweiz nach Italien gebracht.

Das Getreide stammte aus Neuhäusel und Neutra.

Der Grenzpolizei in Preßburg gelang es bisher nachzuweisen, daß mindestens 300 Waggons Getreide im Werte von weit über zwölf Millionen Kronen nach Italien gebracht worden sind.

Bisher wurden eine ganze Reihe von Kaufleuten und Händlern eingesperrt, ferner wurden zwei hohe Eisenbahnbeamte und ein hoher Finanzbeamter verhaftet.

Die Untersuchung wird fortgesetzt und wird in den nächsten Tagen noch große Ergebnisse zeitigen.

Tägliche Rundschau
26./I. 1917

34

* **Mobilmachung der Schuljugend für landwirtschaftliche Arbeiten.** Auf Einladung der herzoglich anhaltischen Regierung, Abteilung für das Schulwesen, fand in Dessau eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaftskammer, des höheren und des Volksschulwesens statt, an der auch der Leiter des Landesernährungsamtes teilnahmen. Es handelte sich dabei um die Mobilmachung der Schuljugend zur Vertilgung des Unkrautes und zur Erledigung sonstiger landwirtschaftlicher Arbeiten im Wirtschaftsjahre 1917. Man einigte sich auf folgende Punkte: es soll die Schuljugend aller Gattungen und beiderlei Geschlechts vom 8. Lebensjahre ab zur Vertilgung des Unkrautes, jedoch, soweit das Bedürfnis besteht, auch zu anderen Erntearbeiten herangezogen werden; für die letzteren würden nur ältere und kräftigere Kinder, etwa vom 13. Jahre ab, in Betracht kommen. Die Teilnahme soll freiwillig und von der Zustimmung der Eltern abhängig bleiben, doch sollen die Schulkinder darauf hingewiesen werden, daß die Teilnahme eine Ehrenpflicht für sie sei. An alle Schüler soll für die geleistete Arbeit eine entsprechende Vergütung gezahlt werden. Als Arbeitszeit werden, abgesehen von den Ferien, die vorzugsweise in Frage kommen, drei Nachmittage in der Woche für ausreichend gehalten. In dringenden Fällen soll es den Schulleitern erlaubt sein, auch ganze Tage für landwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Die Aufsicht auf dem Transport und bei der Arbeit erfolgt durch die Lehrer; ältere Schüler können als Unteraufseher wirken. Die Transportkosten fallen den Landwirten zur Last, die, soweit nicht die Berufsgenossenschaften usw. eintreten, auch für etwaige Unfälle aufzukommen haben würden. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer ist diesen Richtlinien in seiner letzten Sitzung beigetreten.

Österr. Volkszeitung
26. I. 1917

35

Vorbereitung des Frühjahrsanbaues.

Beratungen der Vertreter der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften.

Im Saale der Landwirtschaftsgesellschaft in Wien fand am 20. d. unter dem Vorsitz des Sektionschefs Dr. R. v. Ertl eine vom Ackerbauministerium einberufene Konferenz der Vertreter der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften statt, die den Zweck verfolgte, die Landwirte über die vom Ackerbauministerium zur Durchführung des Frühjahrsanbaues getroffenen Maßnahmen zu unterrichten und Anregungen betreffend etwa noch einzuleitende Schritte entgegenzunehmen. An dieser Besprechung nahmen auch zahlreiche Vertreter des Armeeoberkommandos und des Kriegsministeriums teil.

Der Vorsitzende gab der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die österreichische Landwirtschaft nach wie vor in opferwilligster Weise unter Ueberwindung aller Schwierigkeiten den Anbau bewältigen werde und daß ihre Leistungen, die ebenso wichtig seien wie die Munitionserzeugung, die bewundernswerten Leistungen unserer Truppen an der Front in erfolgreicher Weise ergänzen werden.

Der Berichterstatter Statthaltereirat Doktor R. v. Fürer schilderte die vom Ackerbauministerium bereits eingeleiteten umfassenden Maßnahmen zur Schaffung der Voraussetzungen für die klaglose Durchführung des Frühjahrsanbaues. Insbesondere teilte er das Ergebnis der mit den militärischen Stellen bezüglich der Enthebungen und Beurlaubungen der Landwirte für die Zeit des Frühjahrsanbaues gepflogenen Verhandlungen mit und gab bekannt, daß auch die weitestgehende Beistellung von Kriegsgefangenen, militärischen Arbeitspartien und Gespannen vom Kriegsministerium zugesagt wurde.

Die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen würde vom Ackerbauministerium in jeder Weise gefördert, und es habe das Ackerbauministerium zu diesem Zwecke ein Komitee für Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Maschinenwesens geschaffen, dem auch Vertreter der Maschinenindustrie angehören. Unter Mitwirkung dieses Komitees werde auch eine Vorratsaufnahme der landwirtschaftlichen Maschinen eingeleitet und eine gewisse Evidenthaltung der Preise versucht werden. Für die genügende und rasche Beistellung der Brennstoffe für den Motorenbetrieb (Kohle, Benzin, Benzol) werde Sorge getragen werden.

Den Gegenstand größter Fürsorge des Ackerbauministeriums werde die Saatgutbeschaffung bilden, und es seien im Einvernehmen mit dem Volksernährungsamt alle Verfügungen getroffen worden, um eine rechtzeitige Zuschiebung des in einzelnen Gebieten nicht vorhandenen Saatgutes und dessen richtige Auswahl zu gewährleisten. Die Kunstdüngerpreise seien zwischen den Industrieunternehmungen und den landwirtschaftlichen Organisationen unter Vermittlung des Ackerbauministeriums vereinbart worden, das in jeder Weise bemüht sei, die Kunstdüngerproduktion zu fördern. Auf Grund dieser sachlichen Voraussetzungen hoffe das Ackerbauministerium, daß der Frühjahrsanbau in vollkommen befriedigender Weise erfolgen werde. Irgend welche auf einen Produktionszwang abzielende Maßnahmen erschienen überflüssig und versprächen bei der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes auch von vornherein keinen Erfolg.

Ministerialsekretär Klein machte Mitteilung über die geplanten normativen Verfügungen für den Anbau, die insbesondere auf gegenseitige Hilfeleistung und die Bebauung aller Kulturflächen abzielen. In der Erörterung wurde den eingeleiteten Maßnahmen Anerkennung gezollt. Ministerialsekretär Dvorak gab als Vertreter des Amtes für Volksernährung Aufklärungen über die den Frühjahrsanbau betreffenden Vorarbeiten dieses Amtes und über dessen Bestreben, die Verhältnisse der Landwirtschaft dabei in gerechte Würdigung zu ziehen. Ein vom Ministerialrate Freiherrn v. Rinaldini an die Versammlung gerichteter Appell, den für die Beschaffung von technischen Oelen überaus wichtigen Mohnbau im patriotischen Interesse zu fördern, fand lebhafte Zustimmung.

Frankfurter Zeitung
27. Juli 1917

36

Die neuen Kriegswirtschaftsämter.

Zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion.

In einer vor kurzem im Herrenhaus erfolgten Besprechung hat sich der Chef des Kriegsamtes Generalleutnant Groener über die neuen Kriegswirtschaftsämter geäußert. Seine Ausführungen gipfelten, wie uns mitgeteilt wird, in folgendem:

Zur wirksamen Durchführung der dem Kriegsamt übertragenen, wichtigen Aufgaben bedarf es eines festen Unterbaues im Lande. Der war für militärische Dinge in den stellvertretenden Generalkommandos gegeben, ist für industrielle Angelegenheiten und Arbeiterfragen in den Kriegsamtstellen errichtet worden und soll nunmehr für die Landwirtschaft soweit das Kriegsamt zur Mitwirkung berufen ist, durch die neuen Kriegswirtschaftsämter mit ihren Organen, den Kriegswirtschaftsstellen, geschaffen werden. Die Kriegswirtschaftsämter, deren Einteilung der der Provinzen entspricht, stellen sich sonach als Organe des Kriegsamtes dar, in der gleichen Weise wie die stellvertretenden Generalkommandos und die Kriegsamtstellen. Sie sind diesen beiden nicht untergeordnet, sondern stehen gleichberechtigt neben ihnen oder mit ihnen zusammen; denn nur durch unbedingtes Zusammenhalten und Zusammenwirken dieser drei Stellen, durch den ernsten Willen, an jedem Orte und zu jeder Zeit sich gegenseitig zu helfen, können die großen Aufgaben der Gegenwart gelöst werden. Auch mit den Zivilbehörden in der Provinz ist enges Zusammenwirken geboten. Hier sollen die Landräte als Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstellen die Brücke schlagen.

Als Hauptvoraussetzung für fruchtbare Wirksamkeit der Aemter muß die Forderung gelten, daß der Fachmann den maßgebenden Einfluß erhält. So sind an die Spitze der Kriegsamtstellen durchweg praktische Landwirte gestellt und auch den Landräten als Stellvertreter bei den Kriegswirtschaftsstellen zugewiesen worden. Damit erscheint zugleich ein gutes Verhältnis zu den Landwirtschaftskammern gesichert. Der vorsitzende Offizier eines Kriegswirtschaftsamtes vertritt sämtliche Generalkommandos, zu deren Bereich die Provinz gehört. Er ist also ein militärisches Organ, ebenso ausgestattet mit den Befugnissen der Generalkommandos zu selbständigem Handeln, wie das Kriegsamt seine sämtlichen Vollmachten auf ihn überträgt. Vor jedem Zaudern sich hütend, selbständig, ihre ganze Persönlichkeit einsetzend, werden die Leiter der Kriegswirtschaftsämter an ihr Werk gehen müssen, das nur in steter persönlicher Aussprache und in unmittelbarer Fühlung mit allen Beteiligten durchgeführt werden kann. Dabei wird, wie dies bereits angedeutet wurde, die Unterstützung der Generalkommandos in Anspruch genommen werden müssen, wenn es sich um Herbeiführung militärischer Leistungen oder sonstiger reinmilitärischer Maßnahmen handelt. Im übrigen sind die zuständigen Kriegsamtstellen zur Unterstützung berufen.

Die Aufgaben der Kriegswirtschaftsämter sind in den folgenden Punkten niedergelegt, wobei betont wird, daß sie bei der Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte, die nach wie vor dem Kriegsernährungsamt obliegen, nicht beteiligt sind.

1. Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurückstellung von Betriebsleitern und Arbeitern.

Als Betriebsleiter müssen vornehmlich Leute gewonnen werden, die über den Bereich ihres eigenen Besitztumes hinaus die Produktion übersehen und fördern, mit Rat und Tat den Landwirten beistehen können. An Arbeitern sind vor allem Kräfte zur Bedienung und Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen erforderlich. Im übrigen muß je nach den provinziellen Verhältnissen versucht werden, alle Möglichkeiten auszunutzen, die für die Beschaffung von Arbeitskräften ohne Schädigung des Feldheeres bestehen. Es gilt aber nicht nur Arbeitskräfte zu beschaffen, sondern sich auch um ihre Unterbringung, Verpflegung und Entlohnung zu kümmern, zumal wenn Angehörige anderer Berufe herangezogen werden müssen.

2. Beschaffung von Arbeitspferden.

Grundsätzlich muß erstrebt werden, daß der Landwirt auf Verlangen für abgegebene Pferde Ersatz erhält. Die Militärpferde der Heimat können im Falle der Not auf dem Lande verwendet werden.

3. Beschaffung von Maschinen und Betriebsmitteln (Kohlen, Benzol usw.)

Noch mehr als bisher muß mit Maschinen gearbeitet werden. Die bei der Maschinenbeschaffungsabteilung des Kriegsamtes errichtete landwirtschaftliche Maschinenversorgungsstelle soll zusammen mit den Kriegsamtstellen, den Maschinenausgleichstellen des Vereines Deutscher Ingenieure und den Kriegswirtschaftsämtern dafür sorgen, daß alle landwirtschaftlichen Maschinen, ganz besonders Dampf- und Motorpflüge, auch tatsächlich in Betrieb genommen und restlos ausgenutzt werden. Was die Kohlenversorgung betrifft, so haben die gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten die Lehre gegeben, daß die Kohlenversorgung der Landwirtschaft bereits im Sommer bis zum übernächsten Frühjahr sichergestellt werden muß.

4. Fürsorge für die restlose Bestellung der Felder.

Wo die Herbstbestellung unzulänglich war, muß dies durch die Frühjahrsbestellung nachgeholt werden. An das Kriegsamt sind vielfach Anträge zwecks Uebernahme mangelhaft geleiteter Betriebe in Staats- und Militär-Betrieb gerichtet worden. Diese Frage wird vom Kriegsamt einer besonderen eingehenden Prüfung unterzogen werden.

5. Fürsorge für die Einbringung der Ernte.

Auch hier sind weitausschauende Vorkehrungen zu treffen. Insbesondere sind die entsprechenden Anforderungen an Generalkommandos und Kriegsamtstellen nach genauem Plan recht frühzeitig einzureichen.

Zunächst muß für das Dringendste gesorgt werden, das ist die Frühjahrsbestellung. Dann kommt das übrige. Der Vorsitzende des Kriegswirtschaftsamtes muß sich genau wie ein Feldherr seinen Operationsplan zurecht machen. Nach diesem muß er die einzelnen Aufgaben an seine Mitarbeiter, in erster Linie die ihm beigegebenen Landwirte, verteilen. Die Kriegswirtschaftsstellen haben die Bedürfnisse in ihren Kreisen schleunigst festzustellen, die Kriegswirtschaftsämter für den Ausgleich zu sorgen. Das Kriegsamt wird seinerseits alle Hilfe leisten, die von zentraler Stelle irgend gebracht werden kann. Vor allem aber muß draußen der Grundsatz gelten: „Hilf dir selbst. — so hilft dir Gott!"

Neue Freie Presse
27./I. 1917

37

Justizminister Dr. v. Balogh über den Getreideschmuggel aus Ungarn.

Justizminister Dr. v. Balogh reflektiert auf die im Laufe der Debatte vorgebrachten Bemerkungen. Er erklärt zunächst, daß sich auch die Regierung der Wichtigkeit des Säuglings- und Mutterschutzes bewußt sei. Allerdings könne im Rahmen der gegenwärtigen Vorlage dieses Problem nicht gelöst werden.

Der Minister verweist sodann darauf, daß der teuflische Plan unserer Feinde, uns auszuhungern, gewiß nicht gelingen wird. Aber da dieser Plan besteht, müssen wir damit rechnen und jedermann muß von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß wir gleichsam in einer belagerten Festung leben, wo jeder seine Ansprüche reduzieren, im Interesse der Gesamtheit Opfer bringen und auf gewohnte Bequemlichkeiten verzichten muß. (Allgemeine Zustimmung.) Leider wollen manche Kreise der Bevölkerung dies noch immer nicht einsehen. Sie glauben, daß das, was sie produzieren, unbedingt auch ihnen gehört, und sie wollen die von der Regierung angeordneten Einschränkungen nicht einsehen. So sei es vorgekommen, daß in manchen Gegenden des Landes, wo eine gute Ernte war, viele Hunderttausende Meterzentner Getreide aus schnöder Gewinnsucht hinausgeschmuggelt wurden. Es kamen sechs solche größere Fälle vor. Leider wurde in einem Falle sogar Getreide in Feindesland hinübergeschmuggelt. (Bewegung.) Das ist wohl der schändlichste Hochverrat. (Allgemeine Zustimmung.) Solche Fälle sind aber nur möglich, wenn die Verfügungen, betreffend die Anmeldung und Requirierung des Getreides, nicht mit der notwendigen Strenge durchgeführt werden. Aehnlich der Organisation des deutschen Reichswucheramtes und der auch in Oesterreich getroffenen Maßnahmen wird die Regierung ermächtigt sein, Behörden aus ihrem normalen Wirkungskreise nach anderen Wirkungskreisen zu delegieren, um diese Aufgaben zu versehen. Der Minister erklärt, er denke nicht an ein statuterisches Verfahren, aber es sei notwendig, daß das Vergehen rasch und nachdrücklich gestraft werde. (Allgemeine Zustimmung.)

Österr. Volkszeitung
28/I. 1917

Aufbringung von Futtervorräten mit Militärassistenz.

Amtlich wird verlautbart:

Da die Ablieferung des beschlagnahmten Getreides sowie der Kartoffeln infolge vieler Ursachen, wie Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren und dergleichen, bisher nicht mit jener Raschheit erfolgt ist, wie dies im Interesse der Approvisionierung dringend geboten war, mußte zu außergewöhnlichen Maßnahmen geschritten werden.

Demzufolge hat sich der niederösterreichische Statthalter veranlaßt gesehen, die Aufbringung der noch rückständigen Frucht von Haus zu Haus anzuordnen und als Assistenzkräfte hiefür Militärmannschaft in Anspruch zu nehmen. Den Landwirten wurde hiebei selbstverständlich der Bedarf für ihre Wirtschaft und das zum Frühjahrsanbau notwendige Saatgut belassen.

Die in dem nördlichen Teil Niederösterreichs soeben beendete Aktion hatte ein durchaus befriedigendes Ergebnis und wurde, wie erwartet, von der opferwilligen Bevölkerung mit vollem Verständnis aufgenommen.

30. I. 1917

41

Die Ernährungsfrage und die Landwirte.

Eine Kundgebung des niederösterr. Landeskulturrates.

Der niederösterreichische Landeskulturrat hat sich am 26. d. M. in einer Vollversammlung mit der Frage der Ernährung der Gesamtbevölkerung eingehend befaßt und beschlossen, seinen Standpunkt in diesem Gegenstande folgendermaßen klarzustellen:

Die Erstellung von Höchstpreisen hat sich noch in keinem Falle als ein geeignetes Mittel bewährt, um die Preistreiberei hintanzuhalten. Die Höchstpreise haben dagegen stets

das Verschwinden der Waren

zur nächsten Folge gehabt, wodurch der Uebervorteilung der Konsumenten erst recht Tür und Tor geöffnet wurde. Erleichtert werden diese Machenschaften dermalen noch dadurch, daß unsere Höchstpreise sich fast ausschließlich auf landwirtschaftliche Erzeugnisse erstrecken, während Eisen, Kohlen, Petroleum sowie alle Industrieerzeugnisse überhaupt von diesen Maßnahmen verschont bleiben und sowohl die Bevölkerung als auch der Staat selbst durch die immer größeren Umfang annehmende Kartellwirtschaft in willkürlichster Weise bewuchert und Millionen Gewinne erzielt werden. Dieses verlockende Beispiel hat auch auf dem Gebiete des Ernährungswesens Schule gemacht, denn ein großer Teil jener Personen, welche dem Handelsstande und dem Ernährungsgewerbe angehören, bietet dermalen seine ganze Erfindungsgabe auf, um bezüglich der Preisbestimmung möglichst freie Hand zu erhalten und die Höchstpreise dadurch zu umgehen. Dies gelingt um so leichter, als die aus Ungarn und dem Auslande eingeführten Waren bei uns einer Höchstpreisbestimmung meist gar nicht unterliegen und, wenn für einige derselben Höchstpreise festgesetzt wurden, diese wesentlich höher sind als jene für österreichische Erzeugnisse. Die Händler und Detailisten brauchen daher nur die zu Höchstpreisen eingekauften österreichischen Erzeugnisse als aus Ungarn oder dem Auslande bezogene auszugeben, um der ganzen Höchstpreisverordnung ein Schnipchen zu schlagen und dadurch ganz unberechtigte Gewinne einzusacken. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung dient die allgemein bekannte Tatsache, daß angeblich „ungarischer" Hafer ganz offen bis und oft sogar über 200 Kronen pro Zentner und angeblich „ungarische" Hülsenfrüchte zu noch weit höheren Preisen bei uns verkauft werden sowie auch große Mengen in Oesterreich gekaufter Kartoffeln und in Oesterreich erzeugter Butter als „aus Ungarn" oder dem Auslande bezogene Artikel in den Detailhandel kommen. Dieselben Praktiken werden auch beim Verkaufe von Wild und noch vielen anderen Waren wirksam angewendet. Wenn nun schon an dem Grundsatze der Erstellung von Höchstpreisen für Nahrungsmittel festgehalten wird, so sollten doch wenigstens, um eine derartige Betrügerei unmöglich zu machen, unsere Höchstpreise mindestens den ungarischen gleichgestellt und verfügt werden, daß unsere Höchstpreise auch für alle aus Ungarn und dem Auslande bezogenen Waren volle Geltung haben.

Was die Tätigkeit der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß mangels einer rationell durchgeführten Rationierung die rechtzeitige Versorgung der Mühlen mit Getreide und die Verteilung von Brot- und Kochmehl an die Bevölkerung mit vollem Rechte zu sehr vielen Klagen Veranlassung gibt. Dies gilt in erhöhtem Maße auch

bei den Kartoffeln,

welche als leicht verderbliche Ware aus dem Zentralisationsverkehre ausgeschaltet und deren Bezug mit Ausschaltung jedes Zwischenhandels direkt von den Landwirten möglichst erleichtert und gefördert werden sollte, statt Letzteres im Verordnungswege zu verbieten. Selbst der Vorstand des reichsdeutschen Ernährungsamtes hat offen erklärt, daß die Experimente mit dem Zentralisationsverkehr in Kartoffeln auch dort zu keinem günstigen Ergebnisse geführt haben.

Bezüglich der Futtermittelzentrale muß auf das Mißverhältnis der Preise für Futtergetreide und der von dieser Zentrale in den Verkehr gebrachten,

minderwertigen Ersatzfuttermittel

hingewiesen werden, wie dies durch die Gegenüberstellung des Höchstpreises für Hafer und dem von der Futtermittelzentrale geforderten Preise für die ziemlich wertlose Haferkleie in unanfechtbarer Weise bewiesen erscheint. Der Höchstpreis beträgt nämlich bei Hafer für 1 Zentner nur 28 Kronen, während die Futtermittelzentrale den Preis für Haferkleie mit 40 Kronen pro Zentner festgesetzt hat! Durch diese Vorgänge wird aber die österreichische Viehzucht zum großen Nachteile nicht nur der Landwirte, sondern auch der gesamten konsumierenden Bevölkerung auf das schwerste geschädigt.

In der

Vieh- und Fleischpreisfrage

wird auf die viel zu große Spannung zwischen den Viehrequisitions- und den dermaligen Fleischpreisen hingewiesen. Letztere haben besonders in Wien und in vielen anderen Städten und Bezirken Niederösterreichs eine Höhe erreicht, welche nach keiner Richtung hin gerechtfertigt werden kann und eine eminente Bewucherung der Bevölkerung bezüglich dieses so wichtigen Nahrungsmittels darstellt. Diese Uebelstände, welche besonders im Fleischdetailverkauf empfindlich zum Ausdrucke kommen, könnten durch eine Herabsetzung der Fleischpreise und die strenge Ueberwachung der Einhaltung der diesbezüglichen Verordnung sehr leicht beseitigt werden.

Sehr böses Blut in den weitesten landwirtschaftlichen Kreisen macht es auch, daß einerseits

großkapitalistische Spekulationen

ruhig geduldet werden, während anderseits selbst über die ohnedies durch die Entziehung der männlichen Arbeitskräfte schwer belasteten Landfrauen, wenn dieselben den Milchpreis nur um einige wenige Heller erhöhen, empfindliche Geld-, ja sogar Arreststrafen verhängt werden, ohne daß hiebei das Gutachten der berufenen landwirtschaftlichen Zentralkörperschaften eingeholt wird, ob es sich hier um eine berechtigte oder unberechtigte Preiserhöhung handelt. Es wäre überhaupt im hohen Grade wünschenswert, daß in allen die Ernährung der Bevölkerung betreffenden Fragen den landwirtschaftlichen Zentralkörperschaften und Genossenschaften eine größere Einflußnahme eingeräumt werden würde, als dies leider bisher der Fall war, da viele „von theoretischem und juridischem Standpunkte" als unanfechtbar hingestellte Maßnahmen einer praktischen Beurteilung nicht standhalten können.

Schließlich muß gegen einen von antiagrarischer Seite in agitatorischer und tendenziöser Weise geforderten

„Produktionszwang"

in entschiedenster Weise protestiert und weiters an die Regierung die Bitte gerichtet werden, ihren Einfluß auf die Zensurbehörde dahin auszuüben, daß eine sachlich gehaltene sachliche Kritik der bestehenden Verhältnisse durch allzu strenge Handhabung der Zensur nicht behindert werde, da die Klarstellung vieler wichtiger volkswirtschaftlicher Fragen nur auf diesem Wege möglich ist.

Die Landwirtschaft bedarf gewiß im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft nicht nur mit Rücksicht auf unsere volle Unabhängigkeit vom Auslande in der Ernährungsfrage, sondern auch mit

Rücksicht auf unsere Valuta

sowie die Handels- und Zahlungsbilanz der weitestgehenden staatlichen Förderung und Unterstützung, wobei der Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens eine besondere Fürsorge zuzuwenden wäre, jedoch keineswegs im Sinne eines die Produktion in ihren Grundfesten erschütternden und ihren rationellen Betrieb behindernden Zwanges. Dies offen auszusprechen ist ja die Pflicht jeder mit der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen Oesterreichs betrauten Körperschaft.

Reichspost Abend
30./I. 1917

42 II

Ein Lob der österreichischen Landwirtschaft.

In dem von uns bereits erwähnten Vortrag des Regierungsrates Karl Schwarz, der im Wissenschaftlichen Klub über „Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiete der Vieh- und Fleischversorgung" sprach, findet sich folgende, die Verdienste unserer Landwirtschaft trefflich kennzeichnende Stelle: „Heute muß zugegeben werden, daß es eine Katastrophe gewesen wäre, wenn unsere Fleischapprovisionierung auch nur zum Teile auf die Zufuhren aus überseeischen Ländern gestellt worden wäre. Wie auf anderen Gebieten, so hat der Weltkrieg auch bezüglich der Leistungsfähigkeit unserer Viehproduktion uns erst zum Bewußtsein der eigenen Kraft geführt. Die erwähnte Aktion der Förderung der Viehzucht konnte bis zum Kriegsausbruch schon erfreuliche Erfolge zeigen. Als der Krieg ausbrach, traf er überall im Reiche voll aufgefüllte Stallungen. Der ungeheure Bedarf an Vieh insbesondere für militärische Zwecke konnte glatt befriedigt werden. Ein Bild der großen Viehbewegung bietet schon der Zentralviehmarkt St. Marx, über den vom August 1914 bis Mai 1915 342.077 Rinder gegen 172.366 im gleichen vorjährigen Zeitraum gehandelt wurden. Die Leistung der österreichischen Landwirtschaft verdient um so mehr Anerkennung, als in Friedenszeiten die ungarischen Zufuhren drei Viertel des Auftriebes ausmachten, während sie im Krieg allmählich auf ein Viertel, ja sogar ein Sechstel des Auftriebes sanken. Im Gegensatze zu den Friedenszeiten deckt die österreichische Landwirtschaft den inländischen Bedarf fast zur Gänze."

Pester Lloyd
30./I. 1917

43

(Eine Zirkularverordnung über die Lohnmühlen.) Der Präsident des Volksernährungsamtes Baron Ludwig Kürthy hat jetzt unter Zahl 9100/1916.—IX an sämtliche Munizipien eine Zirkularverordnung über die Lohnmühlen erlassen. Diese führt aus, daß die Munizipien vielfach die Mahllöhne und Ausmahlungsprozente des Getreides nicht dem Geiste und den Intentionen der Regierungsverordnungen entsprechend festgestellt haben. Auch die für Schwund und Verstaubung zulässigen Anrechnungen werden zumeist irrig interpretiert. Dadurch werden nicht allein bemerkenswerte gewerbliche Interessen verletzt, sondern es werden auch die Interessen der öffentlichen Approvisionierung gefährdet. Um für die Zukunft solchen Mißverständnissen zu steuern und die Arbeitsverhältnisse der Lohnmühlen möglichst einheitlich zu gestalten, ordnet das Volksernährungsamt folgendes an: In Munizipien, wo der Mahllohn unter 10 Prozent festgestellt wurde, ist neuerdings zu erwägen, ob diese Verfügung nicht aus gewichtigen Gründen einer Revision zu unterziehen sei, weil der zu niedrig bemessene Mahllohn nur scheinbar die Interessen der vermahlenden Parteien schützt, in Wahrheit vielmehr die öffentliche Approvisionierung bedroht. Was die Ausmahlungsprozente betrifft, so sind bei Weizen von 76 Kilogramm und bei Roggen von 71 Kilogramm Hektolitergewicht zumindest 75 Prozent Mehl auszumahlen, wobei für höheres oder niedrigeres Qualitätsgewicht entsprechende Abweichungen normiert sind. Der Vizegespan kann Ausnahmen zulassen, wenn die Lohnmühle infolge mangelhafter technischer Einrichtung eine 75prozentige Ausmahlung nicht vornehmen kann. Als Schwund und Verstaubung ist ein besonderer Abzug unbedingt zulässig, doch ist dieser mit höchstens vier Prozent normiert. Es bleibt den Munizipien überlassen, innerhalb der Grenze dieses vierprozentigen Maximums den Verstaubungsabzug zu normieren, wie es die besonderen Lokalverhältnisse erfordern. Schließlich wird behufs erfolgreicher Durchführung der Vorratskontrolle angeordnet, daß die Lohnmühlen keinerlei Getreidevorrat verwahren dürfen, über dessen Bestimmung sie nicht Aufschluß geben können. Das zur Lohnmahlung übernommene Getreide darf nur in Säcken verwahrt werden und jede Post muß eine die Sackanzahl und das Gewicht aufweisende Etikette tragen. Diese Verfügungen sind in dringlichster Weise durchzuführen und zu verlautbaren, worüber an das Volksernährungsamt unverzüglich Bericht zu erstatten ist.

Reichspost

44

31./I. 1917.

per 100 Kilogramm geboten werden dürfen.

* **Bekämpfung der Reben-Peronospora.** Der niederösterreichische Landesausschuß versendet soeben eine Kundmachung, deren wesentlichster Inhalt hier mitgeteilt sei: Das Ackerbauministerium hat dem niederösterreichischen Landesausschusse die Lieferung einer ansehnlichen Menge Kupfervitriols zur Bespritzung der Weingärten im Jahre 1917 bestimmt in Aussicht gestellt. Die Weinbautreibenden werden aufgefordert, ihren sehr knapp bemessenen Bedarf an Kupfervitriol für das Jahr 1917 ungesäumt, spätestens aber bis 1. März d. J., beim Bürgermeisteramte (magistratischen Bezirksamte) des Wohnortes in Bestellung zu geben. Das Kilogramm Kupfervitriol kostet Kronen 3.20. Hiezu kommen dann noch die Zustreif- und Verteilungsspesen. Da nach Kriegsschluß die Vitriolpreise wieder stark sinken werden, wäre es sehr unwirtschaftlich, Kupfervitriol auch weiterhin vorrätig zu halten.

Die Zeit
1./II. 1917

47

Die Bodenreform in Ungarn.

Aktion der Agrarier gegen Bankprojekte.

Aus Budapest wird uns berichtet:

Die Budapester Großbanken widmen ihre Aufmerksamkeit schon seit längerer Zeit der Bodenreform. Durch kleinere Aktiengesellschaften, zumeist industrielle Unternehmungen, trachteten sie, größere Komplexe zu pachten oder anzukaufen, um dort Musterwirtschaften ins Leben zu rufen und einzelne Bodenprodukte — die derzeit in Ungarn noch qualitativ und quantitativ zu wünschen übrig lassen — nach westeuropäischem Muster zu pflegen und zu fördern. Einzelne Versuche haben schöne Erfolge gebracht, und nun planten die Großbanken durch die Schaffung neuer und kapitalskräftiger Aktiengesellschaften die Reform auf der ganzen Linie aufzugreifen und den ungarischen Boden durch moderne Bearbeitung ertragsfähiger zu gestalten. Doch diese Bankprojekte fanden keinen Beifall bei den Agrariern, die bereits eine Aktion eingeleitet haben, um die Durchführung der erwähnten Pläne zu verhindern oder doch zu erschweren.

Es wurde in der „Zeit" erwähnt, daß der Bund der ungarischen Landwirte gegen die Großbanken Stellung nahm, weil diese auch landwirtschaftlichen Problemen nähertreten wollen. Die Reden, die in der jüngsten Ausschußsitzung dieser agrarischen Vereinigung gehalten wurden, werden jetzt veröffentlicht und verbreitet, und sie sind gewiß so interessant und charakteristisch, daß man auch in Oesterreich die Anschauungen der Wortführer unserer Agrarier genauer kennenlernen sollte.

Die Beratung eröffnete der ehemalige Ackerbauminister Geheimer Rat Dr. Ignaz Daranyi mit einem Ausfall gegen die Banken, indem er unter anderem wörtlich sagte: „Einzelne Unternehmungen haben in der Kriegszeit ihren Geschäftskreis erweitert und die heterogensten Erwerbszweige ergriffen, um die Konjunktur auszunützen. Wenn sie sich aber mit einem Artikel beschäftigten, so war das Ergebnis vor allem eine Preistreiberei, und leider gibt es heute fast gar keinen wichtigeren Handelsartikel mehr, den die Spekulation nicht an sich gerissen hätte. Nun sehen wir, daß nach den ‚Kriegslieferanten' die heimischen Geldinstitute und Banken sich auf den ungarischen Grund und Boden verlegen, und es ist anzunehmen, daß sich auch die österreichischen und ausländischen Geldinstitute diesem Reigen anschließen werden. Für die ausländischen Geldinstitute bieten die Valutaverhältnisse noch einen besonderen Anreiz und einen ganz besonderen Vorteil. Ich hörte, daß ein österreichisches Geldinstitut um nicht weniger als vierzig Millionen Kronen Ackerfeld in Ungarn kaufen will. Das ist bloß ein Symptom, aber solcher Anzeichen gibt es die Fülle. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß allwöchentlich irgendeine Bank mit agrarischen Projekten vor die Oeffentlichkeit tritt. Das Endergebnis kann man leicht erraten. Wahrhaftig, man müßte sehr kurzsichtig sein, wollte man Freude darüber empfinden, daß der Wert von Grund und Boden sprunghaft steigt. In Wirklichkeit ist diese Preissteigerung auf die erwähnte Konkurrenz der Geldinstitute und dann auf die verminderte Kaufkraft unseres Geldes zurückzuführen. Es kann uns aber nicht gleichgültig sein, in wessen Besitz der ungarische Boden gerät und wer Einfluß auf die Landwirtschaft treibende Bevölkerung hat. Wir zum mindesten betonten immer, daß es die vornehmste Aufgabe der Grundbesitzer sei, einen Teil der Bevölkerung zu leiten und eine segensreiche soziale Tätigkeit zu entfalten. Die Geldinstitute können mit ihren angeblich altruistischen Projekten kein Vertrauen erwecken. Nur mit großer Vorsicht müssen diese Pläne behandelt werden. Was mich betrifft, kann ich nur sagen: Timeo Danaos et dona ferentes!..."

Diese Worte sprach der Präsident. Die Ausschußmitglieder gingen noch weiter. Sie forderten die Maximierung der Industrieartikel und eine Erhöhung der Getreidepreise. „Wenn mir jemand beweisen kann," bemerkte ein Redner, „daß es sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen lohnt, Weizen zu bauen, der 40 Kronen kostet, bin ich bereit, Buße zu tun." In mehr oder minder heftiger Weise nahmen alle Redner Stellung gegen die Banken und Kapitalisten, die Grund und Boden in Ungarn erwerben wollen, und selbst der Vertreter des Ackerbauministeriums, der in der Sitzung anwesend war, bemerkte, daß er „diese in vielfacher Hinsicht berechtigten Klagen" dem Ackerbauminister zur Kenntnis bringen werde.

Zum Schluß wurde für die zweite Hälfte Februar eine Generalversammlung des Bundes der ungarischen Landwirte einberufen, auf deren Tagesordnung neben den Getreidepreisen und Requirierungsfragen auch die Aktion gegen die Bodenprojekte der Banken gestellt wird. Welche Beschlüsse hierbei gefaßt werden dürften, ist nach der im vorstehenden skizzierten Introduktion wohl überflüssig zu sagen. Aber es ist auch wenig wahrscheinlich, daß die Regierung, die sich den Wünschen der ungarischen Agrarier stets willfährig zeigt, diesmal die Aktion gegen die landwirtschaftlichen Unternehmungen der Großbanken behindern werde. Immerhin kann man mit Spannung jene Verfügungen des Ministeriums erwarten, die den Beschlüssen der bevorstehenden Generalversammlung des Bundes der ungarischen Landwirte folgen dürften.

Reichspost
1./II. 1917

48

Sicherung der Erzeugung in der Landwirtschaft.

Der niederösterreichische Landeskulturrat bei Minister Höfer.

Am Dienstag sprach eine aus dem Präsidenten des niederösterreichischen Landeskulturrates Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Karl List, den beiden Vizepräsidenten Abgeordneten Rudolf Gruber und Eugen Graf Braida sowie dem Sekretär landw. Ingenieur Adolf Loibl, dem Vorstand des Landes-Pflanzenbauinspektorates Richard Steinbach, dem Vorstand des Landes-Tierzuchtinspektorates Dr. Franz Hietel bestehende Deputation bei Minister Generalmajor Höfer im k. k. Amt für Volksernährung vor, um der zuständigen Zentralstelle eine Reihe hochwichtiger Vorschläge zur Sicherung und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu unterbreiten. Vom Minister auf das entgegenkommendste empfangen, hatte die Abordnung Gelegenheit, die grundlegenden Maßnahmen für die landwirtschaftliche Urerzeugung eingehendst zu erörtern. Infolge des nahezu völligen Mangels an Kunstdünger und des mit der steten Verringerung des Viehstandes zunehmenden Mangels der notwendigen natürlichen Düngemittel sowie infolge der durch die überall mangelnden menschlichen und tierischen Arbeitskräfte verursachten schlechten Bodenbearbeitung tritt allmählich nicht allein in Niederösterreich, sondern auch in allen anderen Staaten, eine Verringerung des Bodens an den notwendigen pflanzlichen Nährstoffen ein, so daß die Erträge des Bodens qualitativ und quantitativ immer schlechter werden müssen. Es ist eine der allerwichtigsten Aufgaben der staatlichen und autonomen Behörden, dieser fortschreitenden Bodenverschlechterung und damit der Ertragsverminderung vorzubeugen. Die diesbezüglich vom niederösterreichischen Landeskulturrat in einem eingehenden Memorandum Sr. Exzellenz unterbreiteten Vorschläge, welche teils Maßnahmen enthalten, die der niederösterreichische Landeskulturrat in dieser Richtung seit Kriegsbeginn mit bestem Erfolge anwendet, teils Maßnahmen, welche künftighin auf diesem Gebiete zu treffen sein werden, fanden die volle Billigung Sr. Exzellenz, welcher die eingehendste Prüfung derselben zusagte und ein stetes einvernehmliches Vorgehen in allen, die landwirtschaftliche Produktion betreffenden Fragen mit den dazu berufenen landwirtschaftlichen Zentralstellen in Aussicht stellte. Insbesondere eingehend wurden die Maßnahmen zur Sicherung des Frühjahrsanbaues erörtert. Die Abordnung des niederösterreichischen Landeskulturrates gewann die Ueberzeugung, daß vom Amte für Volksernährung durch die Initiative des Herrn Ministers Generalmajor Höfer soweit nur irgend möglich alles vorgesehen wird, was zur Sicherung der Erzeugung in der Landwirtschaft beitragen kann.

Neues Wiener Tagblatt
1/II. 1917

48

* * *

Die Erhöhung der Futterration für die Wiener Pferde neuerdings verlängert.

Die von der Futtermittelzentrale in der Zeit vom 29. Jänner bis inklusive 4. d. verfügte Erhöhung der Pferdefutterration um 1 Kilogramm pro Pferd und Tag bleibt mit Rücksicht auf die andauernden Verkehrsschwierigkeiten auch für die Zeit vom 5. bis inklusive 11. d. aufrecht.

* * *

Die Zeit
2./II. 1917

51

— (**Sicherung und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion.**) Am 30. Januar sprach eine Deputation des niederösterreichischen Landeskulturrates beim Minister Generalmajor Höfer im Volksernährungsamt vor, um als die für die Landeskultur in Niederösterreich kompetenteste Zentralstelle eine Reihe Vorschläge zur Sicherung und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu unterbreiten. Die Deputation hatte Gelegenheit, die grundlegenden Maßnahmen für die landwirtschaftliche Urproduktion eingehend zu erörtern. Infolge des nahezu völligen Mangels an Kunstdünger und des mit der steten Verringerung des Viehstandes zunehmenden Mangels der notwendigen natürlichen Düngemittel sowie infolge der durch die überall mangelnden menschlichen und tierischen Arbeitskräfte verursachten schlechten Bodenbearbeitung tritt allmählich nicht allein in Niederösterreich, sondern auch in allen anderen Gebieten eine Verringerung des Bodens an den notwendigsten pflanzlichen Nährstoffen ein, so daß die Erträge des Bodens qualitativ und quantitativ immer schlechter werden müssen. Es ist eine der allerwichtigsten Aufgaben der staatlichen und autonomen Behörden, dieser fortschreitenden Bodenverschlechterung und damit der Ertragsverminderung vorzubeugen. Die diesbezüglich vom Landeskulturrat in einem eingehenden Memorandum dem Minister Höfer unterbreiteten Vorschläge, die teils Maßnahmen enthalten, die der Landeskulturrat in dieser Richtung seit Kriegsbeginn mit bestem Erfolg anwendet, teils Maßnahmen, die künftighin auf diesem Gebiet zu treffen sein werden, fanden die volle Billigung des Ministers, der die eingehendste Prüfung derselben zusagte. Ueberdies stellte Minister Höfer ein stetes, einvernehmliches Vorgehen in allen die landwirtschaftliche Produktion betreffenden Fragen mit den dazu berufenen landwirtschaftlichen Zentralstellen in Aussicht. Insbesondere wurden eingehend die Maßnahmen zur Sicherung des Frühjahrsanbaues erörtert. Die Deputation des Landeskulturrates gewann die Ueberzeugung, daß seitens des Volksernährungsamtes durch die Initiative des Ministers Höfer, soweit nur irgend möglich, alles vorgesehen wird, was zur Sicherung der Produktion in der Landwirtschaft beitragen kann.

Berner Bund
3./II. 1917

52

Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion

(Mitgeteilt vom Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement)

Am 1. Februar tagten unter dem Vorsitz des Vorstehers des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartments im Ständeratssaale in Bern die kantonalen Landwirtschaftsdirektoren, Vertreter des schweizerischen Bauernverbandes, der Armeeleitung und der an der Lebensmittelversorgung des Landes besonders interessierten Abteilungen der schweizerischen Departemente des Militärs und der Volkswirtschaft. Die Konferenz bezweckte die Besprechung von Maßnahmen zur weitern Vermehrung der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion zugunsten der Lebensmittelversorgung des Landes. Die neuesten Maßnahmen der Kriegführenden zwecks Verschärfung der Blockade zur See, über die der Vorsitzende zu Beginn der Verhandlungen einige Mitteilungen machte, mahnen eindringlich zur höchsten Anstrengung aller Kräfte im Dienste der einheimischen Nahrungsmittelproduktion.

An der Konferenz kam übereinstimmend die Auffassung zum Ausdruck, daß im Sinne der bisherigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion seit Kriegsausbruch eine weitere Ausdehnung des Ackerbaues, besonders des Kartoffel-, des Gemüse- und des Getreidebaues anzustreben sei. Die Anstrengungen zur Beschaffung der erforderlichen landwirtschaftlichen Roh- und Hilfsstoffe, wie Kraftfutter, Hilfsdünger und Saatgut aller Art, sollen nach Möglichkeit gesteigert und verallgemeinert werden.

Durch Belehrung und Aufklärung, die durch Bund und Kantone unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, der landwirtschaftlichen Schulen und Vereinigungen planmäßig zu fördern sind, soll eine vermehrte freiwillige Mitarbeit der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung und aller Familien zu Stadt und Land angestrebt werden. Die Konferenz machte die Anregung, es möchten den Gemeindebehörden durch Vermittlung der Kantone gewisse Kompetenzen eingeräumt werden, um das zur Ausdehnung des Kartoffel- und Gemüsebaues erforderliche Land nötigenfalls zwangsweise in Pacht zu nehmen und bedürftigen Familien zur Anpflanzung abzutreten. Im weitern wurde der Wunsch geäußert, es möchten gewisse Feldarbeiten im Gemeindewerk und unter Mitwirkung der Schulen verrichtet werden. Für Kartoffel- und Gemüsebau sollen besonders auch Rasenplätze mit alter Bodenkraft herangezogen werden.

Die Armeeleitung wird der Anregung der Konferenz, bei der Beurlaubung der Mannschaften den Verhältnissen der Landwirtschaft besonders Rechnung zu tragen, nach Möglichkeit Folge leisten. Die im Felde stehenden Truppen sowie auch die Internierten sollen überdies tunlichst für die landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden.

Der Konferenz konnten die Resultate der soeben beendigten Zusammenstellung der Ergebnisse der Aufnahme der Kartoffelbestände und der mutmaßlichen Anbaufläche für Kartoffeln im Frühjahr 1917 mitgeteilt werden. Diese Anbaufläche wird auf rund 60,263 Hektaren angegeben, wofür aber durchschnittlich nicht ganz 2000 Kilogramm Saatkartoffeln auf die Hektare zur Verfügung stehen. Es wird infolgedessen eine äußerst sparsame Verwendung der vorhandenen und eventuell noch zu beschaffenden Saatkartoffeln und eine weitere Heranziehung der als Speisekartoffeln bestimmten Vorräte als Saatgut notwendig sein. Den Gemeinden, die im Besitze von Kartoffelvorräten sind, wird eindringlich empfohlen, hievon schon heute einen Teil als Saatgut zu reservieren. Die Konferenz vertrat übereinstimmend die Auffassung, es seien den Gemeinden durch Vermittlung der Kantone gewisse Rechte und Pflichten hinsichtlich der Anpflanzung von Kartoffeln und Gemüse zu übertragen. Der Bevölkerung wird eine möglichst sparsame Verwendung der Kartoffeln wie auch aller andern Nahrungs- und Hilfsmittel im Haushalte dringend empfohlen. Nach übereinstimmender Auffassung der Konferenz sollte auch der Ausnützung aller im Haushalte sich ergebenden Abfälle für die Viehfütterung oder zur Gewinnung von Dünger vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die einzelnen Verhandlungsgegenstände der Konferenz sollen unter Leitung der zuständigen Stellen weiter erörtert, und es sollen die erforderlichen Maßnahmen unverzüglich getroffen werden.

Reichspost
6. II. 1917

53

Sammlung der Küchenabfälle in Wien.

In der letzten Sitzung der Handelspolitischen Kommission teilte VB. Hoß auf eine Anregung des Sektionschefs Eglauer mit, daß bereits in der nächsten Zeit in einer Schule mit der Sammlung der Küchenabfälle begonnen werden soll. Die Schulkinder werden angewiesen werden, aus dem Haushalt der Eltern die getrockneten Abfälle in die Schule mitzubringen, von wo aus die Futtermittelzentrale die weitere Verfrachtung besorgen wird. Bezüglich der Verwertung des sogenannten Haustranks sind die Studien so ziemlich abgeschlossen und werden in der nächsten Zeit Beschlüsse gefaßt werden.

Neues Wiener Tagblatt
9. II. 1917

55

Verkehr mit Peluschken und Lupinen.

Mit Verordnung vom 24. Jänner betreffend den Verkehr mit Peluschken und Lupinen hat das Amt für Volksernährung die Sperre für die genannten Waren mit den im § 1 der Verordnung festgesetzten Wirkungen verfügt. Die im § 2 der Verordnung festgesetzte Anzeige der am 24. Jänner 1917 vorrätigen Mengen haben die Besitzer in Wien bis 10. d. bei dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt zu erstatten, welch letztere die nach der Verordnung zu treffenden weiteren Verfügungen (Bestimmung der Mengen, welche zurückbehalten werden können, Verständigung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ɔc.) veranlassen werden.

Tägliche Rundschau
10./II. 1917
56 1⁰

Getreidemonopol und Getreidehandel.

In seinem Jahresbericht für 1916 befaßt der „Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse", eine der bedeutendsten Fachvereinigungen dieser Art, sich mit der Zukunft des Getreide- und Futtermittelhandels, insbesondere mit der Gestaltung der Dinge nach dem Kriege. Er erinnert daran, daß mit der Bundesratsverordnung vom 5. Oktober 1916 die letzten Futterstoffe dem freien Handel entzogen wurden. Mit dem Dazwischentreten der behördlichen Organisationen würde der Handel sich abfinden, wenn er die Gewißheit hätte, daß diese Kriegsmaßnahmen nach Friedensschluß, spätestens nach einer kurzen Uebergangszeit, wieder verschwinden. Befürchtungen erweckt aber eine Aeußerung des Leiters der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Michaelis, daß die Einführung eines Getreidemonopols nach dem Kriege noch eine offene Frage sei, die der gründlichen Erwägung bedürfe. Damit seien alle Hoffnungen des Getreidehandels und des Futtermittelhandels von Grund auf erschüttert und die größte Beunruhigung in die Fachkreise getragen worden. Der Bericht nimmt dazu wie folgt Stellung:

Ganz sicher muß die dauernde Ausschaltung des Handels nach dem Kriege der nationalen Volkswirtschaft zum größten Schaden gereichen. Deutschland erzeugt in normalen Jahren durchschnittlich 11 Mill. To. Roggen, 4½ Mill. To. Weizen, 3½ Mill. To. Gerste und 8 Mill. To. Hafer. Es kann nicht geleugnet werden, daß, abgesehen von Kleinigkeiten die Kriegsorganisationen es verstanden haben, diese ungeheuren Mengen Getreide zu erfassen und der behördlichen Regelung zu unterwerfen. Wollte man aber behaupten, daß mit der behördlichen Regelung der Mehrzahl der deutschen Erzeuger und Verbraucher gedient sei, so würde man damit auf allseitigen Widerstand stoßen. Was die Erzeuger anbetrifft, so ist deren Tätigkeit durch die behördliche Regelung allerdings bisher nicht vermindert, sondern eher verstärkt worden, was naturgemäß auf die großen, das Friedensmaß bei weitem übersteigenden Uebernahmepreise für Getreide zurückzuführen ist. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß nach Friedensschluß die Regierung bei der Einführung eines Monopols die jetzigen Preise weiter zu zahlen gewillt sein wird. Ob aber der Bauer, wenn ihm niedrigere Preise vergütet werden, und besonders wenn in den Qualitäten nicht der große Unterschied gemacht wird, den der Handel bei der Auswahl und dem Weiterverkauf der einzelnen Sorten zu machen pflegte, weiterhin ein nennenswertes Interesse haben wird, seinen Boden und seine Erzeugung nach Möglichkeit auszunutzen und zu verbessern, kann glatt verneint werden. Wenn Höchstpreise oder Einheitspreise für das Getreide vergütet werden sollen (anders ist die Durchführung eines Monopols, wie die jetzige Handhabung beweist, kaum denkbar), so dürfte das zweifellos den Landwirt veranlassen, nach Möglichkeit die Menge seiner Erzeugnisse zu vermehren, die Qualität aber unberücksichtigt zu lassen, selbstverständlich zum Schaden der deutschen Landwirtschaft und der Verbraucher. Aus dem Ausland sind in normalen Zeiten durchschnittlich 400 000 To. Roggen, 2½ Mill. To. Weizen, 3 Mill. To. Gerste, ½ bis 1 Mill. To. Hafer, 1 Mill. To. Mais, 1 bis 2 Mill. To. Oelfrüchte und außerdem geringe Mengen an Mehl, Hülsenfrüchten und ähnlichen Artikeln jährlich eingeführt worden. Gewiß ist während des Krieges auch die Einfuhr von ausländischem Getreide der behördlichen Kontrolle und Regelung unterworfen worden, ob mit oder ohne Erfolg, will der Verein dahingestellt sein lassen. Ein Erfolg liegt jedenfalls insoweit vor, als die ungeheuren, im Kriegsjahr dafür bezahlten Preise auf ein bescheideneres, wenn auch nicht niedriges Maß beschränkt worden sind. Ob die Menge des eingeführten Getreides die Höhe dessen erreicht hat, was der Handel bei freier Betätigung hätte einführen können, muß bezweifelt werden. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft, die die gesamte Regelung der Einfuhr zu beschaffen hat, bisher in der Hauptsache nur einem einzigen Ausfuhrlande gegenübergestanden hat, nämlich Rumänien. Die relativ kleinen, über Holland und die nordischen Staaten eingeführten Mengen Getreide können dabei ihrer Geringfügigkeit wegen unbeachtet gelassen bleiben. Daß die Erfassung und Regelung der Getreide-Einfuhr aus einem Produktionslande verhältnismäßig leichter zu ermöglichen sein muß, ist klar. Trotzdem hat aber die Einfuhrregelung mit Rumänien der Z. E. G. wie bekannt, große Schwierigkeiten bereitet und die größte Erbitterung auf beiden Seiten herbeigeführt. Es ist schließlich soweit gekommen, daß Rumänien die denkbar beste Waffe herausfand und der Monopolstelle in Deutschland eine ähnliche einheitliche Stelle in Rumänien gegenüberstellte. Wie unendlich müssen sich aber diese Schwierigkeiten häufen, wenn Deutschland nach dem Kriege nicht einem Produktionsland, sondern allen Getreide erzeugenden Ländern gegenübersteht, die im Frieden ihren Ueberschuß nach Deutschland auszuführen pflegten. Es dürfte kaum zu vermeiden sein, daß sich in allen Produktionsländern mit einer nennenswerten Ausfuhr nach Deutschland die Erzeuger zusammenschließen, um auf eine möglichste Steigerung der Preise hinzuwirken. Es wird ferner den anderen Getreide einführenden Ländern dann leicht sein, Deutschland den Boden zu untergraben, so daß die Einfuhren nach Deutschland sich mehr nach dem Willen der Verkäufer, nicht nach dem Willen der Käufer regulieren. Abgesehen hiervon hat Deutschland in Friedenszeiten jährlich etwa 1 Mill. To. Roggen und Weizen ausgeführt. Die Ausfuhr war deshalb notwendig, weil das deutsche Mehlgetreide eines Zusatzes von trockenem, Ueberschüssigem ausländischen Getreide bedarf, um seine Backfähigkeit zu erhöhen. Dadurch wurde ein Teil des deutschen Getreides für die Ausfuhr frei und gleichzeitig dem deutschen Ackerbau lohnende Preise verbürgt. Auch in Zukunft wird Deutschland genötigt sein, diesen Ueberschuß an Mahlgetreide nach dem Ausland abzustoßen. Will die deutsche Regierung nach dem Kriege auch diese Ausfuhrtätigkeit übernehmen? Daß sie ganz andere Gefahren als der Import in sich birgt, das ist jedem Getreidehändler, der je exportiert hat, zur Genüge bekannt.

Vielleicht noch wichtiger als die deutsche Erzeugung und Einfuhr an Getreide ist diejenige an Futtermitteln. Der Krieg hat uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie notwendig die umfangreiche Einfuhr von Futtermitteln für die Erhaltung der deutschen Viehbestände und die Versorgung des Volkes mit Fleisch und Fett ist. Die in normalen Zeiten eingeführten Futtermittel überstiegen an Menge ganz erheblich die Getreideeinfuhr. Die für Getreide angeführten Schwierigkeiten werden sich bei den Futtermitteln in erhöhtem Maße zeigen, um so mehr als es sich hier um eine weit größere Zahl von Ausfuhrländern und um eine unendlich große Zahl von Artikeln handelt, die, in sich grundverschieden, als Futtermittel in Deutschland begehrt sind.

Der Bericht geht schließlich auf die Umwälzungen ein, die das Monopol im Getreidehandel verursachen würde. Eine sichere Folge sei die Schwächung der Steuerkraft des einzelnen. Was auf der einen Seite der Staat durch die Ausnutzung des Monopols gewinnen würde, gehe ihm auf der anderen Seite durch die mangelnde Steuerkraft der Bürger verloren. Der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse glaubt deshalb vor einer Monopolisierung des Getreide- und Futtermittelhandels nur eindringlichst warnen zu können.

Neues Pester Journal
10./II. 1917
57

‡ (Staatliche Vertheilung von Kupfervitriol.) Ackerbauminister Baron Ghillány hat an die Munizipien und landwirthschaftlichen Vereine ein Cirkularschreiben über die Vertheilung der zum Schutze gegen die Peronospora in diesem Jahre den Landwirthen zur Verfügung zu stellenden Kupfervitriolquantitäten gerichtet. Im Sinne dieser Verordnung wird der Minister wahrscheinlich in der Lage sein, den Weinbauern per Katastraljoch 15 Kilogramm Kupfervitriol zur Verfügung stellen zu können. Mit der Vertheilung des Kupfervitriols hat der Minister die Munizipien betraut und dieselben angewiesen, die diesmalige Vertheilung auf Grund der in den früheren Jahren gemachten Erfahrungen, völlig unparteiisch und gerecht in der Weise durchzuführen, daß Veranlassung zur Klage nicht gegeben sei und daß alle Weinbauern nach dem gleichen Schlüssel mit Kupfervitriol betheilt werden. Gleichzeitig hat der Minister verfügt, daß das bereits fertiggestellte Kupfervitriol den Munizipien schon jetzt zur Verfügung gestellt werde. Von dieser Quantität entfallen jetzt etwa 5½ Kilogramm auf ein Katastraljoch. Die restlichen Mengen werden nach ihrer Fertigstellung an die Munizipien successive abgegeben werden. Der Preis kann vorläufig nicht endgiltig festgestellt werden, wird jedoch nicht über vier Kronen per Kilogramm betragen. An Spesen dürfen von den Landwirthen per Kilogramm keinesfalls mehr als 20 Heller, demnach zusammen für ein Kilogramm Kupfervitriol K. 4·20 gefordert werden. Im Vorhinein darf höchstens für die auf ein Katastraljoch entfallende Quantität von 15 Kilogramm eingehoben werden.

Neues Wiener Tagblatt
12. II. 1917

58

(Die Bodenproduktion und der wirtschaftliche Wiederaufbau Oesterreichs nach dem Kriege.) In der Gesellschaft österreichischer Volkswirte hielt kürzlich Dr. Siegfried v. Strakosch einen Vortrag über „Die Bodenproduktion und der wirtschaftliche Wiederaufbau Oesterreichs nach dem Kriege". Der Vortragende führte aus: Die Ereignisse des Krieges haben nicht bloß die Notwendigkeit vertieft, zu möglichster Selbstversorgung in Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu gelangen, sondern auch den Staat nachdrücklichst an die wiederaufbauende Kraft der Produktion gewiesen. Deshalb ist es wichtig, die Frage zu untersuchen, was sich in bezug auf Steigerung der Produktion von unsrer heimischen Landwirtschaft erwarten läßt. Bei oberflächlicher Betrachtung der Frage wird man geneigt sein, die Aussichten sehr glänzend einzuschätzen, weil es bei der österreichischen Bodenproduktion an Zeichen vielfacher Rückständigkeit nicht fehlt. Einen Maßstab der Rückständigkeit pflegt man in den um 40 bis 50 Prozent höheren Ackererträgen Deutschlands zu erblicken und in dessen kaum geringerem Vorsprung in bezug auf Viehzucht. Man übersieht dabei, daß die Bedingungen dort und hier nicht so gleich sind, um das in Deutschland Erreichte in Oesterreich einfach nachmachen zu können, denn fast drei Viertel von Oesterreich sind mit Gebirgen oder Bergland bedeckt. Zudem läßt die Kürze der Vegetationszeit und der Bodenbestellungszeit manche dort bewährte Methode der Hochkultur nicht zu. Die Zusammenfassung der natürlichen Bedingungen ergibt also, daß diese wohl unbedingt genug günstig sind, um eine wesentliche Vermehrung der Produktion zu gestatten, aber doch im allgemeinen nicht ganz so vorteilhaft als in Deutschland. Größer jedoch ist der Abstand in den andern Voraussetzungen der Landwirtschaft. Das gilt etwa vom Verkehrswesen, die Frachten der wichtigsten Bedarfsartikel wie der Produkte sind hier wesentlich höher. Ein andres Hindernis liegt im Bildungswesen. Ganz Oesterreich nennt 219 landwirtschaftliche Schulen sein Eigen, das gleichgroße Preußen 4212. Mit dem Errichten landwirtschaftlicher Schulen allein aber wäre deshalb nicht alles getan, weil die Wurzel des Uebels schon im mangelnden Volksschulunterricht zu suchen ist. Theoretisch sind unsrer Landwirtschaft noch ungeheure Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Vieles davon wird zu erreichen sein, wenn man die verfügbaren Mittel technischer und agrarpolitischer Natur großzügig daran zu wenden vermag. Die Entscheidung jedoch, ob sich die höchste Stufe erreichen läßt, wird nicht auf dem Gebiete der Landwirtschaft allein fallen. Diese Entscheidung hängt vielmehr von dem gleichzeitigen Vorwärtsschreiten von Industrie und Verkehr, ja des gesamten Wirtschaftsorganismus ab. Sie ist auf die Hebung des kulturellen und sozialen Niveaus, auf die Milderung nationaler und politischer Gegensätze, auf die Vereinfachung des Verwaltungsapparats und vor allem auf strengeres Pflichtbewußtsein auf manchem Gebiete des öffentlichen Lebens gestellt. Mit einem Wort: auf das Freiwerden so vieler bisher gebundener Kräfte, deren unser Vaterland nach dem Kriege dringender denn je bedürfen wird. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Dem Vortrage wohnten unter andern bei: Geheimer Rat Dr. Freiherr von Plener (als Vorsitzender), Feldzeugmeister v. Rohm, Finanzminister a. D. Dr. Freiherr v. Engel, die Sektionschefs Dr. v. Seidler, Dr. v. Pöschl und Doktor Breycha, die Ministerialräte Dr. Binder, Dr. Krasny, Baron Rinaldini, Dr. Deutsch und Leon, der Rektor der Hochschule für Bodenkultur Professor Leitner, Hofrat Professor Schwiedland, Reichsratsabgeordneter Ritter v. Pantz, die Bankpräsidenten Professor Doktor v. Landesberger und Dr. Brettauer, Generalrat v. Wiesenburg, der Präsident der Futtermittelzentrale Fritz Mendl, Militäroberintendant Meißner, der Sekretär des Handelsmuseums Dr. Drucker.

Vossische Zeitung
15. II. 1917

60

Bestandaufnahme bei der Landwirtschaft

Der Reichskanzler hat an alle Bundesregierungen nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Aus Anlaß der am 15. Februar stattfindenden Erhebung der Bestände an gedroschenem und ungedroschenem Getreide und der für den 1. März angeordneten Aufnahme der Viehbestände und Kartoffelvorräte gestatte ich mir, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die eine Aufklärung aller landwirtschaftlichen Kreise über die Tragweite dieser Maßnahmen besitzt.

Diese Bestandsaufnahmen stellen erneute Anforderungen an die Zeit und Arbeitskraft der Landwirte und der zum größten Teil mit Amtsgeschäften wie mit eigenen landwirtschaftlichen Arbeiten überlasteten ländlichen Ortsbehörden.

Aeußerste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit aller Beteiligten ist bei ihrer Durchführung aber vaterländische Pflicht. Es gilt dadurch die Versorgung unseres Heeres und der zum großen Teil mit Arbeiten für die Rüstung des Heeres beschäftigten städtischen Bevölkerung zu sichern. Ihre Arbeitskraft muß durch richtige Einteilung und geregelte Zuführung der notwendigen Lebensmittel weiter erhalten werden, damit unsere tapferen Truppen mit allem versehen werden, was zum Siege nötig ist. Vorbedingung für das Gelingen des Werkes der Sicherung unserer Volksernährung ist eine möglichst genaue und zutreffende Uebersicht über alle jetzt vorhandenen Vorräte. Millionen von landwirtschaftlichen Betrieben müssen an der Ablieferung des Notwendigen mitwirken. Auf jeden einzelnen Betrieb, mag er noch so klein sein, kommt es an.

Die deutschen Landwirte und Landwirtsfrauen werden auch in diesem Falle ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Sie werden dafür sorgen, daß ihre Bestände so genau als möglich aufgenommen werden, daß sodann die ihnen obliegenden Ablieferungen voll und rechtzeitig geschehen und daß auch die Bestellung zur neuen Ernte trotz aller Schwierigkeiten so gut und sorgsam wie irgend möglich erfolgt. Kein Soldat, kein Rüstungsarbeiter, keine Kriegerfamilie darf Mangel leiden durch eine Versäumnis des Landmannes. Er hat die hohe und heilige Pflicht, dem deutschen Volke sein tägliches Brot zu liefern und es dadurch unüberwindlich zu machen gegenüber dem Aushungerungsplan unserer Feinde, der sich jetzt an ihnen selber rächt."

Die Zeit
17./II. 1917

61

Vorsorgen für den Frühjahrsanbau.

Amtlich wird verlautbart:

Wenngleich der Herbstanbau des Jahres 1916 als ein zufriedenstellender bezeichnet werden kann, so hängt doch das Resultat der heurigen Ernte wesentlich von einer klaglosen Abwicklung des Frühjahrsanbaues des Jahres 1917 ab.

Das Amt für Volksernährung, in dessen Wirkungskreis nunmehr die Sicherstellung des Frühjahrsanbaues fällt, hat veranlaßt, daß nicht nur die für den Frühjahrsanbau bestimmten, sondern auch die durch eventuell im Frühjahr zutage getretene Auswinterung beschädigten und die im Herbst aus was für einem Grund immer unbebaut gebliebenen Ackerflächen im Frühjahr unbedingt bestellt werden müssen.

Wiewohl in der kaiserlichen Verordnung vom 11. Juni 1916 Vorsorgen in der Richtung getroffen wurden, daß den Landwirten das erforderliche Saatgut von Getreide und Hülsenfrüchten belassen wird, so ist doch auch für jene Fälle, in denen es Landwirten nicht möglich wäre, ihren Saatgutbedarf aus der eigenen Ernte zu decken, oder zum Samenwechsel Saatgut fremder Ernte unbedingt benötigt wird, im Sinne der Ministerialverordnung vom 26. Juli 1916 wegen Beschaffung der erforderlichen Saatgutmengen von entsprechender Qualität das Notwendige vorgekehrt worden.

Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, der die Aufbringung und Verteilung des Saatgetreides obliegt, hat bereits mit den Rundschreiben vom 2. September 1916 und vom 1. Dezember 1916 die Zweigstellen angewiesen, nicht nur den im Lande vorhandenen ersten Nachbau von Eigenzuchten und anerkanntes Saatgut in Evidenz zu nehmen und jede Vermittlung des Verkehrs mit solchen zwischen den einzelnen Ländern im Rahmen der durch die Befriedigung des eigenen Saatgutbedarfes gezogenen Grenzen durchzuführen, sondern sie hat auch Verfügungen getroffen, daß der Bedarf an gewöhnlichem Saatgetreide bis längstens 15. Januar d. J. festgestellt und daß zu Saatzwecken geeignete Getreidepartien nach fachmännischer Ueberprüfung ihrer Eignung von Kommissionären aufgekauft und als gewöhnliches Saatgut reserviert bleiben.

Auch bezüglich der Sicherstellung des Saatgutes an Hülsenfrüchten, Erbsen, Bohnen aller Art, Linsen, Wicken, Lupinen und Peluschken, an Hirse und Buchweizen und an Saatgemenge hat die Kriegsgetreideverkehrsanstalt bereits im Monat Januar dieses Jahres ihren Zweigstellen entsprechende analoge Weisungen erteilt, und was speziell den Anbau von Hülsenfrüchten zu Speisezwecken anlangt, den Zweigstellen behufs Gewinnung einer möglichst großen Anbaufläche für Hülsenfrüchte empfohlen, mit verläßlichen großen Grundbesitzern Anbauverträge abzuschließen.

Wie im Vorjahre ist auch heuer vorgesorgt worden, daß ein beschränktes Quantum Saatmais (Pferdezahnmais) für Zwecke der Grünfutterproduktion sichergestellt wird. Nur bezüglich der Zuweisung dieser Saat ist gegenüber dem Vorjahre eine Aenderung in der Richtung eingetreten, daß die Zuweisung im Rahmen der gesamten Saatgutaktion von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in Wien und nicht von der Futtermittelzentrale durchgeführt werden wird.

Tägliche Rundschau

62

17. II. 1917

Die Preispolitik bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Die Hochschullehrer für landwirtschaftliche Betriebslehre Aereboe-Breslau, Brinkmann-Bonn, Fröhlich-Halle, Gisevius-Gießen, Hansen-Königsberg, Hollmann-Berlin, Kirchner-Leipzig, Schnieder-München, v. Seelhorst-Göttingen, Wagner-Weihenstephan, Warmbold-Hohenheim haben angesichts der entscheidenden Bedeutung der Förderung und richtigen Verwendung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Frage der künftigen Preisgestaltung eingehend beraten und das Ergebnis in Leitsätzen aufgestellt, denen wir folgende allgemeine Grundsätze entnehmen:

Das Recht und die Pflicht der Kommunalverbände, zur Bestellung geeigneten Landes, das der Besitzer nicht bestellen kann oder will, anderweit bebauen zu lassen, muß beibehalten werden. Ein darüber hinausgehender Anbauzwang verbietet sich bei der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes. Er würde im Kriege noch verhängnisvoller wirken als im Frieden.

Für die Ernährung der Tiere dürfen Körner und Hackfrüchte in ländlichen und städtischen Betrieben nur in soweit beansprucht werden, wie es nach Deckung des unbedingten menschlichen Ernährungsbedarfes möglich ist. Unter den Tieren geht das Arbeitsvieh vor. Schafe und Rinder müssen in solcher Zahl gehalten werden, wie es zur wirtschaftlichen Ausnutzung der nicht oder nicht mehr für menschliche Nahrung geeigneten Bodenerzeugnisse zweckmäßig ist. Die tierische Höchsterzeugung kann nicht durch möglichst große Bemessung, sondern durch richtige Abgrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden. Die Schweinehaltung erschwert am meisten die Verhinderung widerrechtlicher Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel. Die Anpassung der Schweinezahl an die dafür verfügbare Futtermenge ist also unter Berücksichtigung des Weide- und Abfallfutters besonders wichtig.

Die vorstehenden Ziele sind nicht nur durch Zwangseingriffe, sondern in erster Linie durch eine sachgemäße Preisgestaltung für alle Erzeugnisse des Bodens und der Tierhaltung zu erreichen. Die jetzige Preisgestaltung hat sich im Laufe der Kriegszeit in völlig unrichtiger und auf die Dauer verhängnisvoller Richtung entwickelt. Indem man bei niedriger Preisfestsetzung von Brotgetreide und Kartoffeln die Preisentwicklung der tierischen Erzeugnisse, vor allem des Fleisches, zu lange frei laufen ließ und erst spät durch Höchstpreise regelte, hat sich das falsche und verhängnisvolle Preisverhältnis entwickelt, dessen alsbaldige Berichtigung notwendig ist.

Die gesamte Preisbemessung muß so erfolgen, daß das Hauptziel, die Beschaffung möglichst ausreichender Nahrungsmittel für die Menschen, erreicht wird. Sie ist derart zu gestalten, daß auch für Betriebe in besonders ungünstiger natürlicher und wirtschaftlicher Lage, sowie für die von Frauen geleiteten, von Arbeitskräften stark entblößten Betriebe eine die Lebensfähigkeit gewährleistende Rente sich ergibt. Daß dabei besonders günstig liegende Betriebe eine höhere Rente, als unbedingt notwendig wäre, erzielen, ist unvermeidlich.

Eine höhere Festsetzung der gesamten Preislage, als hiernach erforderlich, ist unzulässig. Die freie Preisbildung für einzelne wirtschaftliche Haupterzeugnisse ist unmöglich, weil sie für weite Volkskreise zur unerträglichen Ueberteuerung führen muß. Die Politik des Anreizes ist zu verwerfen. Nur der Anbau besonders notwendiger und im Frieden zurücktretender Früchte (Oelfrüchte, Hülsenfrüchte, Gespinnstpflanzen) ist zur Deckung des Mindestbedarfs durch verhältnismäßig günstige Preisbemessung zu fördern.

In Einzelheiten werden dann folgende Vorschläge für eine Preispolitik gemacht, wobei betont wird, daß eine möglichste Stetigkeit der Preise im Interesse der Landwirtschaft liege:

Es sind folgende Getreidepreise für die nächste Ernte angemessen, zur Erreichung der aufgestellten Ziele aber auch unbedingt erforderlich:

für Roggen	260 M.	je Tonne
„ Weizen	300 „	„ „
„ Gerste	270 „	„ „
„ Futtergerste	260 „	„ „
„ Heereshafer	270 „	„ „
„ Hafer	260 „	„ „

Unter Berücksichtigung eines Roggenpreises von 260 M. ist ein Zuckerrübenpreis von 40 M. zu niedrig, ein solcher von 50 M. je Tonne angemessen. Der Zwang zum Anbau einer bestimmten Fläche führt nicht zum Ziel.

Der diesjährige Kartoffelpreis ist zur Aufrechterhaltung der Erzeugung ungenügend. In Westdeutschland steht er zum Teil noch unter dem Friedenspreis der Winterkartoffel. In Ostdeutschland ist er zwar erheblich höher als dieser, aber er berücksichtigt nicht voll die schweren Nachteile, die dort die Ablieferung der normalerweise zur Aufrechterhaltung der eigenen Wirtschaft erforderlichen Kartoffeln den meisten östlichen Betrieben bringt. Angemessen erscheint für ganz Deutschland ein Mindestpreis von 100 M. die Tonne im Herbst mit der Berechtigung der Landeszentralbehörden, in Gebieten mit besonders hohen Friedenskartoffelpreisen den Preis in angemessenen Grenzen darüber hinaus zu erhöhen. Im ganzen Reiche ist den Landeszentralbehörden die Regelung der Frühjahrskartoffelpreise zu überlassen.

Reichliche Gemüsepreise sind schon bei dem großen Arbeitsbedarf dieser Früchte geboten. Eine Gefährdung des Anbaues anderer nötiger Früchte durch Gemüsebau ist nicht zu befürchten, im Gegenteil ist eine möglichste Ausdehnung des Gemüsebaues erwünscht.

Kohlrüben (Wruken) und Runkelrüben werden überwiegend zur Verfütterung im eigenen Betriebe erzeugt. Ein Höchstpreis muß aber zur Vermeidung unerwünschten Wettbewerbs mit Kartoffeln und Zuckerrüben festgesetzt werden. Angemessen erscheinen folgende Preise ab Hof mit der Möglichkeit der örtlichen Preiserhöhung für bestimmte Gebiete wie bei Kartoffeln:

Wruken (Kohlrüben, Steckrüben)	30 M. je Tonne
Futterrüben	25 „ „ „
Futtermöhren	40 „ „ „

Ein mäßiger Preis für die käuflichen Kraft- und Ersatzfuttermittel, nötigenfalls mit Reichszuschüssen, ist nötig, um die großen Schwankungen in den Kosten der Hervorbringung der Vieherzeugnis zu vermeiden.

Die Preise für Schlachtrinder sind im Vergleich zu den Preisen der Bodenerzeugnisse zu hoch. Dadurch ist auch eine vom landwirtschaftlichen Standpunkt bedenkliche Steigerung der Preise für Zucht- und Magervieh hervorgerufen. Da für dieses Höchstpreise nicht durchführbar sind, kann die Minderung dieser Preise nur mittelbar durch Herabsetzung der Schlachtviehpreise erfolgen. Ein verhältnismäßig hoher Preisstand ist trotzdem beizubehalten, weil durch den Wegfall eiweißreicher Kraftfuttermittel eine starke Verminderung und Verteuerung der Erzeugung eingetreten ist. Gegenüber dem heutigen mittleren Höchstpreis von 195 M. für den Doppelzentner erscheint ein mittlerer Preis für Schlachtrinder von 165 M. angemessen.

Die Preise für Schlachtschafe sind aus den gleichen Gründen zu hoch. Da die Schafhaltung, insbesondere des dringlichen Wollbedarfs wegen, der Förderung und Ausbreitung bedarf, müssen die jetzigen Wollpreise für mindestens drei Jahre zugesichert werden. Für Schlachtschafe ist ein mittlerer Höchstpreis von 165 M. für den Doppelzentner angemessen.

Auch die Schweinepreise sind zu hoch. Die Herabsetzung der jetzt geltenden Preise der Schlachtschweine unter 80 Kilogramm um 20 v. H., über 80 Kg. um 25 v. H. erscheint gebaten.

Die Frischmilchpreise sind infolge der außerordentlichen Knappheit eiweißreicher Futtermittel in den meisten Gebieten erheblich zu niedrig. Die Butterpreise sind im Verhältnis zu den bisherigen Milchpreisen, wenn man den höheren Wert der Magermilch in Betracht zieht, verhältnismäßig hoch. Frischmilchpreise bedürfen daher einer erheblichen Erhöhung, die allerdings erst zur Winterfütterungsperiode einzutreten braucht, da im Sommer die Erzeugungskosten durchschnittlich erheblich niedriger sind. Unter Berücksichtigung des höheren Wertes der Magermilch ist der Butterpreis so festzusetzen, daß die Milchverwertung bei Butterherstellung nicht vorteilhafter als beim Frischmilchverkauf wird. Hiernach ist für das Berliner Preisgebiet 30 Pfennig ab Hof für 1 Liter Vollmilch angemessen.

Für die übrigen Gebiete haben die Landeszentralbehörden eine angemessene Heraufsetzung der Milchpreise vorzunehmen.

Frankfurter Zeitung
18./II. 1917

65

Preisgestaltung und landwirtschaftlicher Anbau

Berlin, 17. Febr. (W. B.) Die verschiedene Behandlung des Hafers und der Gerste hinsichtlich des Preises und der Ablieferungspflicht hat schon im vorigen Jahre dazu geführt, daß Gerste auf mehr zu Haferbau geeigneten Böden gesät und daß der Ertrag des Landes dadurch zum Schaden der Volkswirtschaft herabgesetzt wurde. Um einem ähnlichen Mißstand bei der diesjährigen Frühjahrsbestellung vorzubeugen, werden die Landwirte schon jetzt darauf hingewiesen, daß in den demnächst bekannt zu gebenden Bestimmungen die bisherige Bevorzugung der Gerste vor dem Hafer nicht beibehalten werden wird.

Nach zahlreichen Nachrichten besteht auf dem Lande die Neigung, anstelle der Kartoffeln in vermehrtem Maße Futterrüben oder Kohlrüben anzubauen, weil letztere Früchte bei den diesjährigen Preisen und der diesjährigen schlechten Kartoffelernte erheblich höhere Einnahmen gebracht haben. Auch vor dieser Maßregel ist eindringlich zu warnen. Die in nächster Zeit bekanntzugebenden Preise der Kartoffel und der als Ersatz in Frage kommenden Feldfrüchte werden so bemessen sein, daß ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der Kartoffeln und denen der Ersatzfrüchte nicht wieder eintritt. Den Kartoffelanbau soweit wie möglich, mindestens in bisherigem Umfange aufrecht zu erhalten, muß jeder Landwirt als seine vaterländische Pflicht betrachten.

Frankfurter Zeitung

18./II. 1917

18
66

Die künftige Preisgestaltung wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse

N Berlin, 17. Febr. (Priv.-Tel.) Die Eingabe der Hochschullehrer für Landwirtschaftsbetriebslehre, in der eine Umgestaltung der Preisverhältnisse für die wichtigsten Nahrungsmittel vorgeschlogen wird, wird in allen Morgenblättern wiedergegeben. Dabei wird in verschiedenen Zeitungen darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichung anscheinend auf das Kriegsernährungsamt selbst zurückgehe, oder zum mindesten von diesem gebilligt werde. und der „Lokalanzeiger" behauptet auf Grund einer ihm gewordenen Information, daß das Kriegsernährungsamt mit dem in der Eingabe ausgesprochenen Grundgedanken völlig einverstanden wäre. Diese Behauptung stützt das Blatt durch folgende Erläuterung:

Eine Herabsetzung der Preise für Schlachtvieh auf Grund der jetzt bestehenden Preise für Bodenfrüchte (besonders für Brotgetreide und Kartoffeln) wird bei den außerordentlich gestiegenen Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft fraglos zu kämpfen hat, als gefahrbringend für die gesamte landwirtschaftliche Produktion angesehen. Bei voller Würdigung aller Bedenken gegen die Erhöhung der Brotgetreide- und Kartoffelpreise hat sich aber doch die Ueberzeugung durchgesetzt, daß die Erhaltung des gegenwärtigen Umfanges der Erzeugung und damit die ausreichende Versorgung der Bevölkerung eine Neuordnung der Nahrungsmittelpreise erfordert. Wenn auch vom sozialen Standpunkt die Erhöhung des Brotgetreidepreises (nach einer Gewöhnung von mehr als 2 Jahren) bedauerlich ist, wird doch erwartet, daß das unberechtigte Verfüttern von allen zur menschlichen Ernährung geeigneten Stoffen durch die vorgesehene Preisgestaltung von selbst aufhören dürfte. Statt durch besonders hohe Preise einen Anreiz zur Produktion zu geben, will man eine Ausgleichung der Preise unter einander derart anstreben, daß die für die menschliche Ernährung wichtigsten Bodenerzeugnisse auch mit den höchsten Preisen ausgestattet werden sollen, wodurch sich der Umfang des Anbaues den Bedürfnissen entsprechend wohl von selbst regeln wird."

Der „Vorwärts" erhält eine Zuschrift, in der es heißt, daß das Kriegsernährungsamt dem Bundesrat tatsächlich eine Preiserhöhung des Getreides vorschlagen dürfte, und diese Getreidepreiserhöhung dürfte natürlich auch eine Erhöhung des Brotpreises nach sich ziehen. Die Erhöhung des Brotpreises solle sich in einer erträglichen Grenze halten, nämlich 9—10 Pfennig für das Brot von 1900 Gramm Gewicht betragen. Diese 1900 Gramm stellten die wöchentliche Brotration dar. Der Viehpreis werde eine Verbilligung des Fleisches, und zwar für ½ Pfund Fleisch, also die wöchentliche Fleischration, um 10 bis 15 Pfennig erzielt. Nach statistischen Feststellungen würden die Fleischkarten bis über 98 Prozent ausgenützt, das besage, daß ein kleiner Teil unsers Volkes nicht in der Lage sei, die gegenwärtigen Fleischpreise aufzubringen. Die Entscheidung dürfte jedenfalls nicht lange auf sich warten lassen.

Der „Vorwärts" bemerkt aus eigenem zu dieser Aenderung der Preisgestaltung der Nahrungsmittel, daß eine entsprechende Erhöhung der niedrigen Einkommen, besonders auch der Familienunterstützungen, bei der beabsichtigten Brotpreiserhöhung unausbleiblich sei. Kinderreiche Familien in schlechten Einkommensverhältnissen müßten die Milchpreiserhöhung zurückerstattet erhalten. Dann fährt der „Vorwärts" fort: „Im allgemeinen ist das Gutachten der Professoren dahin zu kennzeichnen, daß es sowohl den Grundsatz des Zwanges, wie den des Preisanreizes verwirft und durch Herstellung angemessener Preisrelationen innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion das gestörte Gleichgewicht wieder herstellen will. Dieses wohlüberdachte System wäre aber für die Verbraucher erst dann erträglich, wenn es auch auf die Einkommensverhältnisse weiter fortgesetzt, also jedem ein Einkommen sichern würde, das ihm den Ankauf der notwendigen Lebensmittel ermöglicht. Besonderes Gewicht wäre auch darauf zu legen, daß jede vermeidbare Preiserhöhung, die sich auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher vollzieht, wirklich vermieden wird. An diesen beiden Punkten — Erhöhung der niedrigen Einkommen und Verbilligung der Verteilung — werden dann, wenn sich ein anderer Ausweg nicht finden läßt, alle Hebel angesetzt werden müssen. Darüber darf man sich allerdings nicht täuschen, daß die Annahme der Professorenvorschläge, soweit sie Preiserhöhungen vorsehen, ein Streichen der Segel vor den subjektiven wirtschaftlichen Interessen der Landwirte bedeutet. Denn diese Vorschläge haben doch nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß alle Verfütterungsverbote nichts helfen, sondern, daß die besser lohnende Viehzucht bisher immer einen Anreiz gebildet hat, diese Verbote zu übertreten. Der Produktionszwang scheint uns immer noch möglich, wenn er vernünftig geübt wird, und wenn eine entsprechende Verwaltungsbehörde vorhanden ist, und daran — nicht an seiner inneren Unmöglichkeit — scheitert der Produktionszwang.

In der „Voss. Ztg." lesen wir in einer Besprechung, die im wesentlichen auf eine vorsichtige Empfehlung des Vorschlages hinausläuft, doch folgende kritischen Sätze: „Ob der der neue Vorschlag uns von den Schwierigkeiten und Mängeln, die sich namentlich in den letzten Monaten verschärft haben, befreien wird, vermag niemand mit Sicherheit vorauszusagen, sie scheinen aber immerhin so bedeutsam, daß man wünschen muß, der Leiter des Kriegsernährungsamtes Herr von Batocki werde sie eingehend prüfen."

In den einzelnen Blättern wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß heute der deutsche Landwirtschaftsrat zusammentritt, und man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß er gegen das Gutachten der Professoren, soweit es Preisherabsetzungen verlangt, Sturm laufen werde.

Tägliche Rundschau
18/II. 1917

67

45. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Am 17. d. M. trat in Berlin der Deutsche Landwirtschaftsrat unter dem Vorsitz von Graf v. Schwerin-Löwitz zu seiner 45. Plenarversammlung zusammen. An derselben nahmen die Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften sämtlicher Bundesstaaten teil. Außerdem waren zahlreiche Vertreter der Reichsbehörden und der einzelnen Bundesstaaten erschienen. Der Präsident **Graf v. Schwerin-Löwitz** begrüßte die Gäste und hielt folgende von tiefem vaterländischen Geist erfüllte Ansprache:

Auch die heutige 45. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats steht noch ganz unter dem Zeichen des furchtbaren Weltenbrandes, welcher mehr und mehr die Kultur unseres ganzen Weltteils zu vernichten droht. — Ja! wenn nicht alle Zeichen trügen, so stehen wir gerade erst jetzt unmittelbar vor dem Höhepunkt der schwersten Entscheidungskämpfe. Die ganze Menschheit blickt heute mit fieberhafter Spannung auf diese weltgeschichtliche Entscheidung.

Man könnte glauben, daß bei einer solchen Lage nicht die Zeit dafür wäre, Kulturarbeit an der Förderung unseres landwirtschaftlichen Gewerbes zu treiben. Und dennoch hat Ihr Vorstand, hat Ihr Ständiger Ausschuß geglaubt, auch in dieser hochgespannten Zeit den Deutschen Landwirtschaftsrat zu einer Plenarversammlung einberufen zu sollen. — Warum das? — Antwort: weil, wie ich das auch an anderer Stelle ausgesprochen habe, es noch niemals zuvor eine Zeit gegeben hat, in welcher die ganze Zukunft unseres Volkes so sehr von den Leistungen der deutschen Landwirtschaft, von der Leistungsfähigkeit und dem Leistungswillen der deutschen Landwirtschaft bedingt war, als in der gegenwärtigen. Ganz ungeheuer sind deshalb die Aufgaben, schier unermeßlich ist die Verantwortung, welche heute die deutsche Landwirtschaft und ihre berufenen Vertretungen zu tragen haben.

Ich habe kürzlich einer hiesigen Zeitung auf deren Ansuchen, mich doch zu dem am 1. Februar d. J. verstärkten U-Boot-Krieg zu äußern, geantwortet: „Unser Heer ist siegreich geblieben und wird auch ferner siegreich bleiben. Jetzt brauchen wir noch zwei Sieger: den einen, unsere U-Boote, und den anderen die deutsche Landwirtschaft." Und wir hoffen, daß sie sich beide recht brav in diesen uns aufgezwungenen Aushungerungskampf unterstützen werden. Endlich steht nun Seesperre gegen Seesperre, und nun werden wir ja sehen, wer es länger aushält. (Bravo!) M. H., wir täuschen uns nicht, wir wissen, welche ungeheuren, gewaltigen Opfer an Entbehrungen und Einschränkungen unser Volk schon zu tragen hat und noch weiter zu tragen haben wird. Und man kann nur mit tiefer Bewunderung das Haupt neigen vor diesem stillen und doch so großen Heldentum, mit dem unser Volk in allen seinen Schichten diese ungeheuren Opfer trägt — trägt in dem festen unerschütterlichen Willen zum Siege.

Und, m. H., wir wollen auch ganz ehrlich sein: Wohl mag es auch mancher Bauernfrau oder Landarbeiterfrau blutsauer werden, sich unter den jetzigen Schwierigkeiten noch durchzuschlagen, — aber dennoch ist es ja natürlich, daß in einer Zeit der Knappheit und des Mangels an Lebensmitteln wie jetzt, daß in einer solchen Zeit dieser Mangel auf dem Lande — d. h. an der Quelle des großen breiten Stroms unserer Lebensmittel, welcher ja auf dem Lande entspringt, dort weniger schwer empfunden wird, als in der breiten Masse der städtischen und gewerblichen Bevölkerung, in welche er sich ergießt. Darin liegt eine gewisse Entschädigung der Landbevölkerung für manche Entbehrungen, welche die Landbevölkerung gegenüber der städtischen und gewerblichen Bevölkerung zu tragen hat.

Aber, m. H., die deutschen Landwirte wollen ja auch, wie es die schönen Erfolge der Hindenburgspende wieder so deutlich gezeigt haben, — gern die gemeinsame große Not unseres Volkes auch gemeinsam mit demselben tragen, — wollen gern sparen, entbehren und abgeben, was nur irgend zu entbehren ist. Ja, sie wollen darüber hinaus ihre ganze Kraft aufs äußerste anspannen, um aus unserem Boden, aus unsern Wirtschaften herauszuarbeiten, was nur irgend herauszuarbeiten ist.

Ich will aber diesen Gedanken nicht weiter verfolgen, um unseren Verhandlungen über unsern Wirtschaftsplan für das kommende Jahr nicht vorzugreifen.

Nur an ein Wort unseres Kaisers will ich noch erinnern, welches Se. Majestät in der letzten Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, an welcher Se. Majestät teilnahmen, hier von dieser Stelle aus am Schluß einer längeren Rede an die deutsche Landwirtschaft richteten. — Dasselbe ist ihnen ja bekannt, aber ich will es heute doch noch einmal in Erinnerung bringen. — Es lautete:

„M. H., es steht außer jedem Zweifel, daß die deutsche Landwirtschaft technisch imstande ist, nicht nur die jetzige Bevölkerung des Reichs, sondern auch die künftige vermehrte Volksmenge mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brot, Fleisch und Kartoffeln in genügender Weise zu versorgen. M. H., das können wir, und das müssen wir."

M. H.! Wer von uns hätte damals geglaubt, daß wir sobald vor eine so schwere Probe dieser unserer Leistungsfähigkeit gestellt werden würden! —

Aber die deutschen Landwirte werden ihren Kaiser und ihr Volk in der Zeit schwerer Not nicht im Stiche lassen und nicht enttäuschen. — Und darum werden wir — wie auf allen unsern Kriegsschauplätzen —, so auch in dem uns aufgezwungenen Wirtschaftskampf in vollstem Maße die Sieger bleiben. —

Und so fordere ich Sie auf, wie immer, am Beginn unserer Beratungen, mit mir einzustimmen in den Ruf: Gott, der Herr, schütze unsern geliebten Kaiser, unser tapferes Heer und unser herrliches, deutsches Volk!

Der Staatssekretär des Innern **Helfferich** dankte namens der Reichsregierung für die Begrüßung und machte längere Ausführungen, die von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten trat man in die Verhandlungen des in der jetzigen Kriegszeit überaus wichtigen Gegenstandes betr. Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplanes für das Erntejahr 1917/18. Ueber denselben referierten folgende Herren: Kammerherr Frhr. v. Ledebur, Crollage, Reichsrat Frhr. v. Thüngen, Thüngen, Frhr. v. Marenholtz, Gr. Schwülper, und Geheimer Regierungsrat v. Klitzing, Nieder-Zauche. Den Beratungen lagen Anträge der für den obigen Gegenstand eingesetzten Kommission zugrunde, die auch die Billigung der Versammlung fanden.

Reichspost

20. II. 1917

70

Oesterreichische und ungarische Getreidehöchstpreise.

Bereits vor längerer Zeit hat der niederösterreichische Landeskulturrat in einer Kollegialberatung zu den Verhältnissen Stellung genommen, die sich aus dem Unterschied in den Getreidehöchstpreisen Oesterreichs und Ungarns ergibt. Schon damals wurde der Anschauung Ausdruck gegeben, daß der Umstand, daß die Höchstpreise für ungarisches Getreide höher sind als die in Oesterreich, Schuld daran sei, daß mit den Höchstpreisen nicht jene Ziele erreicht wurden, welche der Regierung bei Herausgabe der Höchstpreisverordnung vorschwebten. Im Gegenteil: Es haben sich im Getreidegeschäft Erscheinungen eingestellt, für welche der Anwurf der Preistreiberei nicht ungerechtfertigt erhoben werden kann. Einem vielfach aus Kreisen der Landwirtschaft geäußerten Wunsche wird der Landeskulturrat in einer am Freitag den 23. Februar stattfindenden Plenarversammlung neuerlich zu dieser Frage Stellung nehmen und an die k. k. Regierung das dringliche Ersuchen zu stellen, daß zwischen den Höchstpreisen für österreichische landwirtschaftliche Produkte und jenen für ungarische endlich Parität erreicht werde.

Neues Pester Journal
21./II. 1917

P 21

76

Die Landwirthe und die Lebensmittelpreise.

— Zur morgigen agrarischen Landeskonferenz. —

Morgen treten hier die Vertreter der landwirthschaftlichen Interessenkreise des ganzen Landes zu einer bereits seit einigen Wochen vorbereiteten Konferenz zusammen, in welcher die Lage der Landwirthe — worunter in erster Reihe die Produzenten zu verstehen sind — einer eingehenden Erörterung unterzogen und Mittel und Wege erwogen werden sollen, um zahlreiche von den Landwirthen als ganz besonders drückend empfundene Uebelstände zu beheben. Unter Uebelständen versteht man in den Kreisen, von denen hier die Rede ist, eine „Regelung der Preispolitik", die ausschließlich in der Festsetzung einer womöglich je höheren Preislage gesucht wird. Die Führer der Landwirthe werden in der morgigen Konferenz in rührseligem Tone ihren „Jammer" schildern und an das ihnen nie entfremdet gewesene Herz der Regierung, besonders jenes der Leitung des Ackerbauministeriums appelliren, damit die Regierung den Landwirthen angesichts der nach ihrer Ansicht durch die zu niedrigen Preise bewirkten schweren Heimsuchung zu Hilfe komme. Die diesbezüglich einzubringenden Resolutionen werden von den versammelten Landwirthen unbedingt einstimmig angenommen werden, denn eine eventuell winkende Erhöhung überbrückt alle ansonst etwa bestehenden Gegensätze und macht die Herren eines Sinnes.

Wir wollen den Geschehnissen in der angekündigten Versammlung nicht vorgreifen, täuschen uns jedoch gewiß nicht, wenn wir angesichts des Verlaufes der während des Krieges und auch vordem abgehaltenen Berathungen der Landwirthe die Behauptung aufstellen: diese Konferenz werde ihren Vorgängern in Allem und Jedem gleichen. In der letzten Zeit hat es keine einzige derartige Versammlung gegeben, in welcher nicht gegen die Industriellen losgezogen, deren wirthschaftliche Lage gegenüber derjenigen der Landwirthe in den glänzendsten Farben dargestellt und auf die Nothwendigkeit der Erhöhung irgend eines wichtigen Lebens- oder Genußartikels hingewiesen worden wäre. Daß die Preise mancher landwirthschaftlichen Artikel gegenüber den Friedenspreisen sich mitunter um Hunderte Perzente erhöht haben, das spielt bei den Großgrundbesitzern keine Rolle und sie benützen jedes Mittel und verachten keines, das ihnen geeignet erscheint, ihren Preishunger, wenn auch nur vorübergehend, zu stillen. Die Getreidepreise, die Tabak- und Gemüsepreise haben geradezu schwindelnde Höhe erreicht, und trotzdem wird diese Höhe von den meisten hiebei interessirten Faktoren als noch nicht genügend erachtet. In Anhoffung noch höherer Preise werden, trotz angedrohter und zum großen Theil auch durchgeführter Requirirungen, Getreide und Vorräthe und sonstige landwirthschaftliche Produkten versteckt, dem Konsum vorenthalten und dadurch die Versorgung der Bevölkerung erschwert, wenn nicht gar ganz unmöglich gemacht.

Die Landwirthe, die sich mit dem Tabakbau beschäftigen, haben bisher schon eine etwa 75perzentige Erhöhung der Einlösungspreise durchgesetzt, sie jammern aber trotzdem weiter und es hat den Anschein, daß ihr Jammern Gehör finden wird. Auch die Knappheit der Milch und anderer wichtiger Lebensmittel wird auf deren verhältnißmäßig niedrigen Preis zurückgeführt. Es herrscht auf der ganzen Linie eine Preistreiberei ohne Ende.

Momentan stehen zur Abwechslung die Kartoffeln im Vordergrunde der, wenn auch vorläufig indirekten Preistreiberei. Es gibt hier und auch anderwärts derzeit keine Kartoffeln. Im März tritt ein neuer Höchstpreis für Kartoffeln in Kraft und man wartet eben mit den Vorräthen, bis der neue Höchstpreis kommt. Daß es angesichts der schweren Entbehrungen, die besonders die ärmeren Volksschichten durch den Kohlen-, Holz- und Petroleummangel bedrücken, zumindest unverantwortlich ist, der Bevölkerung auch den Bezug dieses so dringend nothwendigen Bedarfsartikel zu erschweren, das sieht gewisse Kreise nicht weiter an.

Dagegen gäbe es nur ein einziges Radikalmittel, welches untrüglich den gewünschten Erfolg zeitigen würde. Wenn die Regierung heute erklärt, daß die Kartoffelpreise auch im März und April, überhaupt bis zur neuen Ernte, unverändert bleiben, dann werden die jetzt versteckt gehaltenen Kartoffelvorräthe unbedingt zum Vorschein kommen und es wird der Bevölkerung ein unschätzbarer Dienst erwiesen sein. Daß die Landwirthe die Kartoffeln dann etwa zur Verfütterung des Viehs benützen sollten, ist kaum anzunehmen, weil beim Verkauf der Kartoffeln denn doch mehr Nutzen herausschaut.

In der morgigen Versammlung wird auch gegen die sich seitens unserer Finanzkreise bemerkbar machenden Anzeichen einer neuen Bodenpolitik gewettert werden, für die große Masse der unter der bereits ganz uferlos gewordenen Preistreiberei leidenden Bevölkerung wird jedoch aus dieser Versammlung kein Heil erwachsen, und das ist traurig, sehr traurig. Für die Bevölkerung hätten nur Verfügungen einen Werth, welche einen Abbau der ganz unberechtigt in die Höhe geschraubten Erzeugerpreise, besonders aber der Preise der Lebensmittel zur Folge haben würden, wofür jedoch derzeit leider noch jede Aussicht fehlt.

Tägliche Rundschau
22./II. 1917

75

Hauptversammlung des Bundes der Landwirte.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Roesicke-Görsdorf, Bundesvorsitzender, über Ernährungsverhältnisse. Seine Rede war eine Rechtfertigung der wirtschaftlichen Forderungen des Bundes, gerechtfertigt durch die Erfahrungen unserer Zeit. Scharf kritisierte er manche öffentliche Maßregel. Die Ermahnungen der Landwirte habe man nur zu oft in den Wind geschlagen. Immer war man klüger als der Bauer, der dann freilich merkte, daß er — am klügsten war. Aber was nützt diese Genugtuung dann? Roesicke zeigte an den Weltmarktpreisen, daß die deutsche Landwirtschaft am billigsten die Erzeugnisse liefere. Frankreich und England müssen die Kartoffeln zwei- bis dreieinhalbfach bezahlen. Milch kostet in Berlin 32 Pf., in London 46—50 Pf., Zucker bei uns 26, in Frankreich 60 Pf. Ist das Wucher der deutschen Landwirtschaft? Nein, darauf können wir stolz sein! (Stürmischer Beifall.) Deutschland hat jetzt die billigsten Nahrungsmittel: das ist die Politik des Bundes der Landwirte! (Lebhafte Zustimmung.) Rücksichtslos gab Dr. Roesicke jene Landwirte preis, die den nachfragenden Städtern Butter zu 9—10 M. das Pfund verkaufen. Das wollen wir brandmarken; denn räudige Schafe gibt's überall. Aber ist daran der Bauer bloß schuld? Doch auch der Städter, der herausgeht aufs Land und zu solchen Preisen sich Butter verschafft. (Lebhafte Zustimmung.) Als eine Erlösung begrüßte auch Dr. Roesicke den ungehemmten U-Boot-Krieg. Wenn jetzt die neue Kriegsanleihe kommt, so wird die Landwirtschaft gern das Dreifache geben, um zu zeigen, wie glücklich sie darüber ist, daß die Brot frei ist. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube an den deutschen Sieg, glaube daran im Vertrauen auf Gott, unseren Kaiser, Hindenburg und das deutsche Volk. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als Vertreter der Industrie sprach darauf der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Landrat a. D. Röiger. Er konnte aussprechen, daß Landwirtschaft und Industrie trotz der gewaltigen Schwierigkeiten glänzend ihre Aufgaben erfüllt haben. Damit war der Beweis geliefert für die Richtigkeit der Bismarckschen Wirtschaftspolitik. Dann legte er dar, daß wir zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie einer Erweiterung unserer Grenzen nach Westen bedürfen. Macht ist mit auf Kohle begründet. Darum kann es uns nicht verdacht werden, wenn wir sagen: halte, was du hast! (Laute Zustimmung.) Es wäre leichtfertig, wenn wir anders handelten. Longwy und Briey sind überaus wichtig für uns. Aber die Kanonen von Verdun werden auch dorthin reichen. Darum müssen wir unsere Einflußsphäre nach Westen erweitern. Ein gesunder Egoismus soll unsere Losung sein. Wenn wir der Welt nicht auch beweisen, daß wir die Sieger sind, und wenn wir Belgien, das sich seiner Stellung unwürdig gezeigt hat, nicht unter scharfe Kontrolle nehmen, so ist unser „Prestige" dahin und das englische ist gestiegen. Dann aber hätten wir diesen Krieg verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Landrat Roetger bemerkte weiter, daß er selbst für nötig halte, die Engländer aus Calais zu tun. Dieser Stahl im Fleische Frankreichs nützt uns nichts, gibt aber England immer wieder die Möglichkeit, herüberzukommen. Der Reichskanzler hat sich ja einmal in diesem Sinne ausgesprochen. (Ruf: Ist schon lange her!) Nun, hoffentlich wird ihn der Reichstag nötigenfalls daran erinnern. (Heiterkeit.) Auch Antwerpen dürfen wir keinesfalls im Interesse auch unserer Industrie wieder aufgeben. Des Deutschen Reiches Macht sänke, wenn die deutsche Industrie zu Siechtum verurteilt wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Aber zum Gedeihen der Industrie braucht es noch anderer Umstände. Erstens einer Befreiung von allen den Fesseln, die dem freien Spiel der Kräfte auferlegt worden sind. Zweitens einer Gesundung unserer geldlichen Grundlagen. Wer als Sieger oben bleibt, der muß Mittel finden, seinem Volke die Kriegslasten abzubürden. (Lebhafter Beifall.) Drittens endlich ist zu fordern die Beibehaltung der im Kriege glänzend bewährten Wirtschaftspolitik des letzten Menschenalters, zu welchem Zwecke wir auch Siedlungsland im Osten brauchen. (Lebhafter Beifall.) Auf solchen Grundlagen werden Industrie und Landwirtschaft uns gegen alle Wechselfälle des Schicksals sichern können. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Frhr. v. Wangenheim dankte dem Vertreter der Industrie mit besonderer Wärme. Landwirtschaft und Industrie seien auch in Zukunft gesonnen, zusammen zu arbeiten. (Allseitige Zustimmung.)

Hierauf sprach Reichstagsabg. Dr. Wildgrube (Dresden) über

die politische Lage,

wobei er unter großer Heiterkeit zu einem „Reste-Essen" einlud. Er verbreitete sich über drei Punkte besonders: über die Ablehnung des deutschen Friedensangebots, die diplomatische Niederlage des Herrn Wilson und unser Kriegsziel. Dabei streifte er unter häufigem Beifall mancherlei Tagesvorgänge und kritisierte manche Verständigungspolitiker. Gott müsse man danken, daß jetzt der blindwütige Deutschenfresser Lloyd George in England regiert. Wer weiß, ob wir nicht sonst noch heute mit England auf Treu und Glauben verhandelten, während sich die Munitionslager an der Somme und die Kohlenlager in Frankreich und Italien zum Ueberlaufen gehäuft hätten. Bei dem naiven Optimismus und der Standhaftigkeit im Notenwechsel unserer Diplomaten durften wir auf alles gefaßt sein. Da aber hat der Kaiser und die Heeresleitung den diplomatischen Tintendeckel mit dem Schwerte zugeschlagen. Bei der Erwähnung des Namens Tirpitz brach die Versammlung in anhaltenden Beifall aus. Von Verständigung will Herr Wildgrube nicht das mindeste wissen und beleuchtet scharf gewisse Stimmen von Dr. Thimme, Dr. Rohrbach und auch des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, der noch fünf Tage nach Erklärung des ungehemmten U-Boot-Krieges von Verständigung sprach. Es gibt nur ein Mittel, sich mit England zu verständigen: es niederschlagen oder mindestens auf die Knie zwingen sonst muß man sich von England erwürgen lassen. Unsere Soldaten wollen als Sieger, die sie sind, heimkehren, nicht aber auf den elenden Krücken der „Verständigung" Wilsons. Das muß die Richtschnur für jeden deutschen Staatsmann sein.

Die Ausführungen über Amerika wurden besonders begeistert aufgenommen. Seit Herr Gerard sein Berliner Spionagebüro geschlossen hat, atmen wir auf, nur darf er nicht vor Friedensschluß wieder auf der Bildfläche erscheinen. (Lebhafter Beifall.) Amerika ist in diesem Kriege nächst England unser schlimmster Feind gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben nicht leichtfertig mit Amerika anbinden wollen; aber an dem Narrenseil des Völkerrechts lassen wir uns nicht erwürgen! (Stürmischer Beifall.) Dazu fühlen wir uns nicht ohnmächtig genug unter dem siegenden Arme Hindenburgs, dem Sterne Scheers und dem Seelöwen unserer U-Boote von Tirpitz. Die Gefühle des deutschen Volkes sind völlig geklärt. Das deutsche Volk hat keine Sehnsucht mehr nach Herrn Gerard, begleitet ihn vielmehr mit besten Wünschen für die Heimfahrt. (Allseitige Zustimmung.) Deutsches Interesse ist die siegreiche Beendigung des Kriegs. Darin darf uns niemand im Wege stehen, weder drüben in Amerika, noch in Berlin, noch in Wien, noch sonstwo!

Endlich äußerte sich der Redner noch über unsere Kriegsziele. Er forderte hier vor allen Dingen ebenfalls eine diplomatische Befreiung von Amerika und im übrigen die bekannten nationalen Sicherungsforderungen. Die Entschließung (bereits im Abendblatt mitgeteilt) wurde angenommen. Im Schlußworte betonte Frhr. v. Wangenheim nochmals den Ernst der Stunde und forderte die Landwirtschaft auf, freudig ihre Pflicht zu tun zur Ernährung des Volkes. Ein Scheidemann-, Wilson- oder Geschäftsfrieden des „Tageblatts" wäre unser Untergang. Kein Parlamentarismus. Die Neuorientierung sei: gemeinsam alles fürs Vaterland. Damit schloß die Versammlung.

Österr. Volkszeitung
22./II. 1917

77

Futterrunkelrüben- und Gemüsesamen.

Der Leiter des Ackerbauministeriums hat gestern folgende Verordnung erlassen:

Sendungen von Futterrunkelrübensamen und Gemüsesamen dürfen von Eisenbahnen und Dampfschiffahrtsunternehmungen nur dann zur Beförderung angenommen werden, wenn den Frachtdokumenten für jede Sendung eine von der politischen Bezirksbehörde des Aufgabeortes oder von der Futtermittelzentrale nach dem im Anhange vorgeschriebenen Formulare ausgestellte Transportbescheinigung beigegeben ist.

Die Versendung von Futterrunkelrübensamen und Gemüsesamen mittels Post ist nur mit Bewilligung der politischen Bezirksbehörde des Aufgabeortes gestattet. Diese Bewilligung ist durch einen amtlichen Vermerk auf der Postbegleitadresse nachzuweisen.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Sendungen der Militärverwaltung, auf Sendungen, die mit direkten Frachtdokumenten aus den Ländern der ungarischen Krone, aus Bosnien und der Herzegowina oder aus dem Zollauslande eintreten, sowie auf Sendungen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung der Transportanstalt bereits aufgeliefert sind, keine Anwendung.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

Pester Lloyd
23./II. 1917

79

(Der Gemüseanbau.) Der Ackerbauminister hat an sämtliche Munizipien eine Zuschrift gerichtet, worin er mit Hinweis darauf, daß die Gemüse- und Grünzeugarten zum Ersatze anderer Lebensmittel sich vortrefflich eignen, die Munizipien auffordert, die städtische Bevölkerung zu einer je intensiveren Produktion von Gemüse und Grünzeug anzuhalten. Diese Produkte sind für die Approvisionierung der Städte von besonderer Wichtigkeit, da in den Städten bekanntlich wenig landwirtschaftliche Produkte zur Verfügung stehen. Angesichts der schwachen Ernteergebnisse der letzten Jahre muß mit allen Mitteln für einen entsprechenden Ersatz der unzulänglichen Vorräte gesorgt werden. Der Magistrat besprach in seiner jüngsten Sitzung die Zuschrift des Ministers und wies, wie schon im ersten Kriegsjahre, sämtliche Aemter, Behörden und Betriebe an, rechtzeitig das Nötige zu veranlassen, daß alle unter ihrer Verwaltung stehenden Gründe mit Gemüse und Grünzeug bebaut werden. Gleichzeitig richtete der Magistrat auch an das große Publikum das Ersuchen, alle zur Verfügung stehenden Territorien zu ähnlichen Zwecken auszunützen und für eine entsprechende Verwertung der gewonnenen Produkten rechtzeitig zu sorgen.

Frankfurter Zeitung
23. II. 1917

80

Weinwucher.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der jetzigen Zeit ist die Hochflut der Weinversteigerung. Jede Woche bringt uns in der Pfalz eine neue Ueberraschung. Denn die dabei erzielten Preise steigen von Woche zu Woche, erreichen eine schwindelnde Höhe. Die Folge ist, daß der Handel auch mit Konsumweinen hierdurch in ganz bedenklicher Weise ungünstig beeinflußt wird. Denkt doch kein Weinhändler oder Weinerzeuger, daß es sich bei den Versteigerungen, wenigstens zum großen Teil, um auserlesene Produkte handelt, für die oft mit Recht Liebhaberpreise — allerdings im Verhältnis zur Qualität und zu früheren Jahrgängen unsinnig hohe — gezahlt werden, und hält natürlich dafür, daß sein Wein im Preise eine entsprechende, keineswegs zu engherzig bemessene Steigerung vertrage. Ein Weinhändler, der zu solch hohen Preisen Wein verkauft hatte und dem das Gericht gelegentlich eines Rechtsstreites wegen der Höhe des Preises Vorhalt machte, erklärte mir: „Ja, bei mir nennt man es wucherisch, bei den Deidesheimer usw. Größen, die bei den Versteigerungen die schönen Preise erzielen, heißt es dann Liebhaberpreise."

Und bei der heutigen gesteigerten Nachfrage ist der Weinverkäufer, der die Versteigerungen besucht, nicht um Wein zu kaufen, sondern nur, um zu sondieren, ob nicht wieder die Stunde zu einem neuen Preisaufschlag und zu weiterem Zurückhalten seiner im vollen Keller lagernden Vorräte gekommen sei, tatsächlich in der Lage, seinen Käufern jeden beliebigen Preis herauszupressen. Die Praxis in den Weingegenden lehrt dies.

Es ist schon oft betont worden, daß der Wein kein Nahrungsmittel sei und als Genußmittel jede Preissteigerung vertrage. Ist dies auch heute noch zutreffend? Der Wein wird heute in der größeren Menge nicht mehr in der Heimat getrunken, er wird unseren Feldgrauen geschickt, er kommt in die Lazarette als Stärkungsmittel. Und die Kranken und Gebrechlichen zu Hause, die Großväter, die heute freiwillig die Arbeit der Jungen verrichten, trinken sie den Wein etwa nur zum Genuß? Auch der Arbeiter und Bürger ist bei dem Mangel an Bier auf Wein als Anregungsmittel angewiesen, von übermäßigem Genuß kann heute kaum mehr die Rede sein, da auch der Ausschank in erheblichem Maße durch die Polizeistunden eingeschränkt ist. Warum hat nicht die Regierung wie beim Bierpreis eingegriffen, um zu verhüten, daß der Wein dem Verkehr durch uferlosen Wucher entzogen wird? Wenn aber wirklich die Einführung von Preiskontrollen so unbeliebt ist, so wende man wenigstens sein Augenmerk auf die gröbsten Auswüchse, die Weinversteigerungen.

Durch die Weinversteigerungen wird vor allem die Spekulation auf den Wein gelenkt. Man hat bei Kriegsbeginn die Börsen für Wertpapiere geschlossen; die Weinbörse dagegen besteht weiter. Auch durch die neuerlichen Verordnungen über Weinhandelsberechtigung wird hieran nichts geändert. Auch wird durch die Versteigerungen bei Privaten ein Anreiz geschaffen, sich in mitunter ganz unsinniger Weise mit Wein zu versorgen. Jeder, der die unerhörten Preise von Weinversteigerungen liest, will, bevor sie noch höher kommen, sich ein Quantum sichern, und jeder, der selbst Wein besitzt, wird abwarten wollen, bis die Preise noch höher sind, um dann zu verkaufen, aber er wird nicht verkaufen, um für lange Zeit für sich selbst einen genügenden Vorrat zu haben. Hinzu kommt, daß gerade der Staat als Aufkäufer viel sündigt, indem er jeden verlangten Preis zahlt. Die Weinversteigerungen haben sonach ein enormes Steigen des Preises und eine völlige Leere des Marktes zur Folge, die selbst wieder ein weiteres Emporschnellen des Preises bewirkt. Sie sind die wesentliche Ursache der Weinverteuerung und Weinknappheit. Diesen für die Volkswirtschaft nicht unbedenklichen Erscheinungen könnte und sollte man durch das Verbot der Abhaltung von Weinversteigerungen abhelfen. Die soliden Firmen werden ihre erlesenen Sorten auch im Frieden an den Mann bringen, wenn sie auch dann keine Millionengewinne einzuheimsen haben werden.

Das Interesse der Gesamtheit steht über dem des einzelnen. Mögen die Generalkommandos, die durch ihre fortschrittliche und schnellwirkende Gesetzgebung im Kriege schon manches Gute gestiftet haben, sich der Sache annehmen. Sie werden sich gewiß Dank verdienen, auch wenn so manche Weingröße es lebhaft bedauern wird, daß sie von dem ihr nunmehr nicht mehr zufließenden Gewinn nicht einen Teil dem Staate in Form der Kregsgewinnsteuer zuführen darf! X. X.

*

Weiter erhalten wir folgende Zuschrift:

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß für ein Fuder (1000 Liter) 1915er Pfalzwein 48 000 Mark (in einem anderen Falle sogar 52 000 Mark; D. Red.) gezahlt wurden. Beim Weinproduzenten kostet die Flasche also bereits 36 Pf. So erfreulich an und für sich eine solch hohe Bewertung unserer heimischen Weine ist, so muß doch auch einmal auf eine solche Inkonsequenz hingewiesen werden. Eine Flasche Sekt im Preise von 4 Mark ab Fabrik kostet 1 Mark Steuer und allgemein verlautet, daß nach dem Kriege die Sektsteuer, die angeblich typische Luxussteuer, erhöht werden soll. Wäre es nicht ein Gebot ausgleichender Gerechtigkeit, wenn auch solche Luxusweine hoch besteuert würden? Sch.

Tägliche Rundschau
24./II. 1917

81.

Der Ruf nach genügenden Saatkartoffeln.

In der Hauptversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland, die heute stattfand, gelangte in der Aussprache zu den Vorträgen eine für den Ertrag der nächsten Kartoffelernte höchst bedeutsame Angelegenheit zur Besprechung:

Es wurde von einem Mitgliede mitgeteilt, daß er fürchte, die Saatkartoffelmenge werde zugunsten des Speisebedarfs in stärkstem Maße beschränkt werden. Darauf teilte Dr. Störmer von der Landwirtschaftskammer Stettin mit, daß soeben in der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft von Rekordernten gesprochen worden sei, die sogar mit 4 Zentnern Pflanzkartoffeln auf den Morgen erzielt worden seien. Es handelte sich dabei um Ergebnisse, die unter ganz besonderen Verhältnissen erzielt wurden. Solche Ausführungen wären, so meinte Dr. Störmer an und für sich in der Jetztzeit bedenklich, aber sie seien geradezu gefährlich, wenn sie vor den Ohren der Vertreter von Behörden, die über die Zuteilung und Belassung des nötigen Saatgutes zu befinden haben, gemacht werden. Wenn man solches Verfahren auf gewöhnlichem Kartoffelboden etwa in Pommern durchführen wollte, dann würden nachher die Sachverständigen sich nur an die Worte jenes Kellners halten können, der die Löcher im Käse für das wertvollste hielt. Wenn jetzt gesagt wurde, daß den Landwirten nicht besondern empfohlen worden sei, im vorigen Jahre nur 8 Zentner Saatgut zu verwenden, dann sei der Unterschied zwischen diesen Worten ein so geringer, daß er eben auf dem Wege vom Landwirtschaftsministerium zum Landratsamt verschwinde.

Rittergutsbesitzer Gans Edler Herr zu Putlitz-Gr. Pankow zeigte, daß nach dieser Methode so viel Dünger benötigt werden würde, daß das Drei- bis Vierfache der im Frieden verfügbaren Stickstoffmenge nicht ausreichen würde. Die Versammlung beschloß unter dem Eindruck der Gefahr für das Vaterland einstimmig: „Der Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland erklärt in letzter Stunde nochmals, daß ohne die Belassung genügender Mengen von Saatkartoffeln der deutsche Kartoffelbau auf das schwerste gefährdet ist und schließt sich den Beschlüssen des 1. Deutschen Kartoffeltages mit allem Nachdrucke an."

Neues Wiener Tagblatt
24. II. 1917

Höchstpreise für Rotkleesamen.

Der Leiter des Ackerbauministeriums hat im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern, wie die heutige „Wiener Zeitung" verlautbart, eine Verordnung betreffend die teilweise Aenderung der im § 1 der Ministerialverordnung vom 24. November 1916, RGB. Nr. 396, festgesetzten Höchstverkaufspreise für Rotkleesamen erlassen, wonach zu den im § 1 unter Kategorie IV festgesetzten Höchstverkaufspreisen im Kleinverkauf von nicht über 20 Kilogramm Rotkleesamen ein Zuschlag von 10 Prozent berechnet werden kann.

Hamburger Fremdenblatt
24./II. 1917

83

Die Familiengärten der Patriotischen Gesellschaft

sahen mit Ablauf des Jahres 1916, wie uns geschrieben wird, auf eine zehnjährige Entwicklungszeit zurück. Im Jahre 1907 waren es zunächst 36 000 Quadratmeter, teilweise schon zu Gärten hergerichteten Landes an zwei Stellen des hamburgischen Stadtgebietes, das der Patriotischen Gesellschaft von der Finanzdeputation zur Verfügung gestellt wurde. Außer den bereits bestehenden 39 Garten konnten auf diesem Gelände 57 neu angelegt werden.

Allmählich hat sich seither der Gesamt-Flächeninhalt der vom Staate zugewiesenen Ländereien auf rund 1 870 000 Quadratmeter erhöht. Hiervon waren etwa 245 000 Quadratmeter an Schrebervereine abgegeben und 1 625 000 Quadratmeter von der Patriotischen Gesellschaft unmittelbar an 4088 Familien zu einem Durchschnittspreise von 2,4 Pfg. das Quadratmeter vermietet.

Schon im Herbst 1914 erkannte man die Notwendigkeit der Ausnutzung aller geeigneten Flächen für vermehrten Kartoffel- und Gemüsebau. Die Finanzdeputation stellte deshalb im Frühjahr 1915 weitere 550 000 Quadratmeter als sogenanntes Kriegsland, das heißt nur für die Dauer des Krieges zur Verfügung. Auf diesem Lande wurden 1925 Familien untergebracht. Durch Zuweisung weiterer Flächen wurde das Kriegsland im Jahre 1916 auf 1 030 000 Quadratmeter vermehrt, die an 3222 Einzelmieter verteilt waren. Da von der Patriotischen Gesellschaft besondere Aufwendungen für Einfriedigungen und Wasseranlagen auf dem Kriegslande nicht zu machen waren, konnte dieses Land den Mietern zu eineinhalb Pfennig das Quadratmeter überlassen werden.

Im ganzen hatte die Patriotische Gesellschaft im Jahre 1916 rund 290 Hektar Land mit 7310 Einzelgärten unter ihrer Verwaltung. Dabei beliefen sich die Verwaltungskosten auf weniger als ein Zehntel Pfennig für das Quadratmeter. Es ist jetzt eine zweite Kraft, eine Gartenaufseherin, angestellt, die auch in der Geschäftsstelle, Große Allee 4, Montags und Freitags von 1½ bis 3 Uhr Sprechstunden in gärtnerischen Angelegenheiten abhält. Alles übrige der Miete-Einnahmen, außer der an den Staat zu zahlenden Pacht, wurde zu Betriebskosten verwandt oder für das nächste Jahr zur Verfügung gestellt, besonders für erforderlich werdende Neueinfriedigungen. Trotz bedeutend erhöhter Arbeitslöhne und Rohstoffkosten, konnte die Verwaltung der Familiengärten auch in diesem Jahre wieder für mehrere neu eingerichtete Flächen in der Horner Feldmark Wasserleitung einrichten, ebenso auf dem besonders des Wassers bedürftigen Gelände an der Bullstraße.

Die Entnahme künstlichen Düngers auf Gutschein zu ermäßigten Preisen belief sich auf 10 000 Kilogramm Mischdünger, enthaltend Kali, Phosphor und Stickstoff, 10 000 Kilogramm Düngekalk und 1000 Kilogramm Kainit, Thomasmehl und Blutmehl. Die Witterung während der Wachstums- und Erntezeit war im verflossenen Jahre leider recht feucht und nicht so wie der Kleingärtner sie sich wohl gewünscht hätte, so daß die Ernte nur zufriedenstellend genannt werden konnte. Aber darum wird der Kleingärtner nicht verzagen, sondern aufs neue auch in diesem Frühjahr mit aller Kraft und doppelter Sorgfalt seinen Garten bestellen. Gilt es doch, an seinem Teile dazu beizutragen, daß die Ernährungsschwierigkeiten zum Wohle des Vaterlandes überwunden werden.

Die Zeit
25. II. 1917

84

— (Die Versorgung mit Getreidefrüchten.) Der nicht mehr in weiter Ferne sichtbare Frühlingsbeginn bildet für die Landwirtschaft zugleich den Anfang umfassender Vorbereitungen für die kommende Kampagne, deren Ergebnis für die Geschicke der Länder und Völker so wichtig und hochbedeutsam sein kann, wie kaum jemals zuvor. Daß sich die Landwirte des Deutschen Reiches der ihnen daraus entspringenden ungeheuren Verantwortung voll bewußt sind, geht aus dem Verlauf und dem Ergebnis der letzten Berliner Verhandlungen deutlich hervor; sie gaben hier der Oeffentlichkeit das Versprechen, alle ihre Kräfte einzusetzen, um zu schaffen, was Menschenkraft zu leisten vermag, und herzugeben, was sie besitzen. Anders, ganz anders stellen sich die Beratungen der ungarischen Landwirte dar, die bei einer ebenfalls kürzlich abgehaltenen Tagung nur Klagen über zu geringe Berücksichtigung ihrer Wünsche und Beschwerden gegen die Regierung erhoben. Durch die Tätigkeit der Tauchboote ist auch in England die Frage der Versorgung mit Getreidefrüchten in den Vordergrund gerückt. Die Regierung trifft, nach der letzten Rede Lloyd Georges, weitgehende Vorkehrungen, um aus dem Boden des Inselreiches so viel als möglich herauszuschlagen. Die gegenseitige Blockade der kriegführenden Mächte berührt nicht nur die Nahrungsmittelversorgung der neutralen Staaten in Europa, sondern greift sogar auf Amerika über, wie die letzten Hungerkrawalle in New-York, die öffentliche Verteilung von Brot in Philadelphia und ähnliche Erscheinungen zeigen. Der Krieg hat die Ernährung der ganzen Welt erschwert, und in der kommenden Kampagne wird schwere Arbeit zu leisten sein.

Arbeiterzeitung
25./II. 1917

85

Die Preise für Bodenerzeugnisse.

Der niederösterreichische Landeskulturrat hat im Kriege wenig Ersprießliches von sich hören lassen. Die Landeskulturräte hätten sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen gehabt, worunter die Organisation eines lückenlosen Anbaues und einer raschen Ernte die dringendsten gewesen wären. Leider haben sie sich unter dem Einfluß der Hohenblumschen Schule beinahe auf die ewige Wiederholung des Hohenliedes von den „Lockpreisen" beschränkt. Alles und jedes sollte der Preis leisten; er sollte die Initiative und die Organisation, die vaterländische Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit ersetzen; tunlichst hohe Preise galten immer als der Weisheit letzter Schluß. Diese Haltung muß natürlich das Mißtrauen der ganzen übrigen Bevölkerung erwecken, denn gerade die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind im Kriege den kühnsten Träumen der Nichts-als-Agrarier vorausgeeilt. Ohneweiters geben wir jedermann zu, daß eine richtige Preiserstellung einer der entscheidenden Erzeugungsantriebe ist, aber lange nicht der wichtigste. Diese Einseitigkeit muß auch in der neuesten Kundgebung des niederösterreichischen Landeskulturrates vom 23. Februar beanstandet werden. Diese gibt uns zu erwägen:

Daß Oesterreich und Ungarn ein einheitliches zoll- und handelspolitisches Vertragszollgebiet darstellen, wo die Freizügigkeit der Waren aus der einen Reichshälfte in die andere weder erschwert noch irgendwie behindert werden sollte; daß durch den Wettbewerb der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion die österreichische Landwirtschaft unter normalen Verhältnissen, hauptsächlich bezüglich der Preisbildung ihrer Erzeugnisse wesentlich geschädigt wird; daß dermalen durch die Behinderung der Freizügigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Versorgung der österreichischen Bevölkerung wesentlich erschwert wird, daß diese beklagenswerte Tatsache im vollen Widerspruch zu den mit Ungarn vereinbarten Ausgleichsbestimmungen steht.

Dinge, auf die wir schon im Herbst 1914 sehr ernst hingewiesen haben! Daran schließt die Kundgebung die

Erwägung, daß der Verkehr zwischen den beiden Reichshälften schon dadurch fast unmöglich wird, daß die Höchstpreise in Ungarn für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedeutend höher sind als die unsrigen, obwohl wir mit viel höheren Produktionskosten zu rechnen haben, und daß durch diese Ungleichheit in den Höchstpreisen der Schwindelspekulation des ungarischen Zwischenhandels Tür und Tor geöffnet und unsere Groß- und Kleinhändler durch falsche Provenienzangaben der von ihnen verkauften Waren unsere Höchstpreisbestimmungen ganz beliebig umgehen.

Daraus wäre natürlich zu folgern, daß unsere Regierung die Abstellung des Schwindels und die Herabsetzung der ungarischen Höchstpreise fordern müsse. Die Kundgebung schließt umgekehrt, unsere Regierung habe „alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit unsere Höchstpreise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit den in Ungarn geltenden in vollkommene Parität gebracht werden, um dadurch nicht nur einen Ansporn zur Erhöhung unserer österreichischen Bodenproduktion zu geben, sondern auch den Schwindelspekulationen mit ungarischen Waren auf Grund falscher Provenienzangaben ein Ziel zu setzen". Ueber die Preisfrage wird noch ausführlich zu reden sein. Verwahrung muß dagegen schon heute gegen die folgende Forderung eingelegt werden:

Der niederösterreichische Landeskulturrat bittet die Regierung, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß bei allen vorzunehmenden Requisitionen in Getreide und Kartoffeln darauf Rücksicht genommen werde, daß den Landwirten nicht nur die zum Anbau und zur Ernährung des Hauspersonals erforderliche Menge von Getreide und Kartoffeln belassen, sondern auch darauf Bedacht genommen werde, daß eine bestimmte Menge von Getreide und Kartoffeln, welche zur Versorgung der Erntearbeiter benötigt wird, von der Requisition ausgenommen werde.

Die Landwirte können bei dem gegenwärtigen Stande der Versorgung unmöglich Vorbehalte für eine spätere Zukunft beanspruchen, Vorbehalte noch dazu, die ganz an die ungarischen Rückkäufe erinnern, von denen wir bei dem Beispiel von Neuhäusel gehört haben. Die Landwirte und Erntearbeiter müssen eben in den allgemeinen Versorgungsplan aufgenommen werden wie alle anderen Staatsbürger auch. Die Vorbehalte der Selbstversorger haben die allgemeine Versorgung nicht gefördert, sondern gefährdet!

Fremdenblatt
25./II. 1917

86

Arbeitskräfte für den Frühjahrsanbau.

In der letzten Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes wurde von der Deutschen Agrarpartei der nachstehende Antrag gestellt und vom Verband einstimmig angenommen:

„Alle mit der Lieferung landwirtschaftlicher Verpflegsartikel betrauten Organisationen rechtfertigen ihre unzureichenden Einlieferungen mit der Angabe, daß auf dem landwirtschaftlichen Produktionsgebiete ein allzu großer Mangel an Arbeitskräften und Betriebsmitteln vorherrscht. Ungeachtet dieser Tatsachen werden viele selbständige Landwirte und ihre Söhne, welche nur zu Hilfsdiensten geeignet sind, einberufen, bei den diversen Ersatzkörpern und Sammelkadern in Arbeitspartien eingeteilt und mit diesen als Arbeiter industriellen Unternehmungen zur Verfügung gestellt. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes wird ersucht, bei dem Ministerpräsidenten vorstellig zu werden, um diesen im Interesse der Lebensmittelversorgung zu ersuchen, bei den betreffenden staatlichen und militärischen Zentralstellen dahin zu wirken, daß bei Verwendung der Arbeitskräfte auf dem industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsgebiete, dem Bedürfnisse der Armee und der Bevölkerung angepaßt, ein entsprechender Ausgleich getroffen werde, bei welchem Rücksicht zu nehmen ist, daß die selbständigen Landwirte und ihre Söhne zur Bearbeitung ihrer eigenen Besitzungen verwendet werden."

Gleichzeitig wurde die Forderung ausgesprochen, daß zwecks Vornahme des Frühjahrsanbaues und der Felderbestellung in weitestgehender Weise Beurlaubungen und Enthebungen von Landwirten sowie von Angehörigen und Arbeitern der Landwirtschaft vorgenommen werden. Diese Enthebungen und Urlaube haben sich auf alle Landwirte und deren Angehörige zu beziehen, die nicht an der Front sind und nicht in ganz besonders notwendigen Dienstleistungen. Aber auch bei an der Front befindlichen Landwirten und deren Angehörigen sollte im Falle der Zulässigkeit in berücksichtigungswürdigen Fällen eine Enthebung oder Beurlaubung zum Zweck des Feldanbaues möglichst platzgreifen oder wenigstens eine Auswechslung vorgenommen werden können, damit die Landeskultur keinen Schaden leide.

Reichspost
25./II. 1917

85

Regelung des Verkehrs mit Futtermöhren und Futterzuckerrüben.

Durch eine morgen zur Verlautbarung gelangende Verordnung des k. k. Amtes für Volksernährung werden die Bestimmungen der im Oktober vorigen Jahres erlassenen Ministerialverordnung über den Verkehr mit Futterrüben auf Futtermöhren und Futterzuckerrüben ausgedehnt. Es dürfen auch diese Rübengattungen nur an die zuständige Landesfuttermittelstelle, beziehungsweise in Niederösterreich an die Abteilung für Niederösterreich der Futtermittelzentrale veräußert werden. Der Uebernahmspreis für Futtermöhren wurde mit 6 Kronen, für Zuckerrüben mit Kronen 4.50 per 100 Kilogramm festgesetzt. (Für Futterzuckerrüben gilt der Höchstpreis der Futterrüben [Burgunder]). Ferner wurde, um eine Kontrolle über die Verarbeitung von Futterrüben zu verschiedenen Produkten, wie z. B. zur Herstellung von Kaffee-Ersatz oder von Marmeladen u. dgl., zu ermöglichen, eine derartige Verwendung von der vorherigen Genehmigung des k. k. Amtes für Volksernährung abhängig gemacht. Weiter wurde für den Fall, als durch die freiwilligen Anlieferungen von Futterrüben der allgemeine Bedarf nicht sichergestellt werden kann, der politischen Landesbehörde die Berechtigung zur Inanspruchnahme eines perzentuellen Teiles der gesamten Futterrübenernte nach vorheriger Genehmigung des k. k. Amtes für Volksernährung eingeräumt. Schließlich wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sowohl die Bestimmungen der Futterrübenverordnung vom Oktober 1916 als auch die nunmehr getroffenen Ergänzungen auch auf die Futterrüben der kommenden Ernte Anwendung zu finden haben. Die Vorratsanzeige bezüglich der Futtermöhren und Futterzuckerrüben ist nach dem Stande vom 25. Februar 1917 spätestens am 8. März 1917 an die zuständige Landes-Futtermittelstelle (für Niederösterreich an die Abteilung für Niederösterreich der Futtermittelzentrale, Wien, I. Trattnerhof 1) zu erstatten.

25. II. 1917

88

Landwirtschaftliche Produktion

Unsere Lage inmitten kriegführender Staaten ist infolge der neuesten Ereignisse nochmals schwieriger geworden. Die regelmäßige Zufuhr von Lebensmitteln ist in Frage gestellt. Vorläufig haben wir noch Brotfrucht für einige Monate. Uns stehen auch die Produkte der Viehhaltung zur Verfügung. Aber die Sorglosigkeit, in welcher die Bevölkerung dahingelebt, wird doch durch den Ernst der Zeit verdrängt werden müssen, wenn wir nicht eines Tages ohne ausreichende Nahrung dastehen wollen. Die Behörden haben die sparsamste Verwendung der Vorräte angeordnet. An der Bevölkerung ist es nun, die harte Notwendigkeit als Tatsache anzuerkennen, sich einzuschränken und namentlich die angestrebte sorgsame Verteilung der Vorräte zu erleichtern.

In paar Wochen wird der strenge Winter unser Land verlassen. Unsere Wiesen werden sich in zartes Grün kleiden. Und nicht lange wird es dauern, bis die Milch- und Fleischproduktion eine wesentliche Vermehrung erfährt. Auf den Feldern wird die junge Saat keimen und nach abermals wenigen Wochen gehen wir den ersten Ernten entgegen. Wie stark das Interesse an der landwirtschaftlichen Erzeugung seit dem Kriegsausbruch gewachsen ist, haben wir jeden Tag Gelegenheit, in allen Schichten der Bevölkerung zu hören. An gutem Willen der Landwirte, das Mögliche zu leisten, wird es nicht fehlen. Sie werden ihre Feldkulturen nochmals ausdehnen. Schon heute sind sie, unterstützt durch die Behörden, darauf das nötige Saatgut bereitzustellen. Mit der Praxis wohlvertraut, nehmen sie doch Winke und Ratschläge, wie die Produktion verbessert und vermehrt werden könnte, wie am besten für den nächsten Winter vorgesorgt wird, dankbar an. Die für die Frühjahrspflanzung bereitstehenden Kulturflächen dienen dem Anbau von Sommergetreide, von Gemüsen aller Art und namentlich von Kartoffeln. Im Bestreben, unsere Ernährung nach Aufbrauch der Getreidevorräte zu sichern, würden wir augenblicklich durch starke Ausdehnung des Getreidebaues einen Fehlgriff tun. Sommerweizen und Sommerroggen, welche beiden Getreidearten zu diesem Zwecke in Betracht kämen, sind wenig abträglich. Wir würden also den Zweck auch bei größtmöglicher Ausdehnung nicht erreichen. Einzig der Haferanbau verdient aus besondern Gründen, die nicht alle mit der direkten Ernährung des Volkes zusammenhängen, volle Aufmerksamkeit. Mehr als Sommergetreide, mehr als überhaupt jede Getreideart leistet auch in ungünstigen Jahren die Kartoffel. Sie erzeugt auf der gleichen Kulturfläche mindestens doppelt soviel Nährwert wie die abträglichste Kornfrucht. Dieser Tatsache tragen Behörden und Bauern Rechnung. Die Aufnahme der vorhandenen Kartoffelvorräte vom 10. Januar hatte zum Hauptziel die Sicherung der Saatkartoffeln und sodann die möglichst genaue Feststellung der Anbaufläche. Zu wünschen bleibt, sie möchte noch hier oder dort zu einer weitern Ausdehnung der ursprünglich in Aussicht genommenen Fläche anregen. Die Aufnahme der Bestände hat augenscheinlich ergeben, daß das vorhandene Saatgut den Bedarf nicht decken wird. Die Landwirtschaft wird, angesichts der Schwierigkeit, das Fehlende aus dem Auslande zu bekommen, den Verbrauch von Speisekartoffeln einschränken und aus den Restvorräten der zu Speisezwecken bestimmten Bestände die Saatmenge ergänzen. Das ist ihr allerdings nur möglich, wenn sie besser, als das jetzt der Fall ist, von den Behörden mit Ersatznahrungsmitteln, namentlich mit Mais und Reis versorgt wird.

Der Krieg hat die Fruchtbarkeit unserer Felder gefährdet. Jahrelang hat die Landwirtschaft durch Zukauf von Düngemitteln Reserven an Pflanzennährstoffen im Kulturboden angelegt. Das Ausbleiben dieser Stoffe verhindert den Ersatz der durch die Ernten entzogenen beträchtlichen Mengen. Ebenso wirkt der Mangel an Kraftfutter ungünstig ein auf die Zusammensetzung und den Nährgehalt des Stallmistes. Beide Faktoren verkleinern die Erträge. Die Bemühungen, aus dem Auslande vermehrte Mengen Düngemittel zu erhalten, dürfen deshalb nicht aufgegeben werden. Sollten einzelne Sendungen verspätet eintreffen, so wären sie nach der Aussaat zu verwenden. Die Landwirtschaft wird hier vor neue Probleme gestellt. Ebenso verlangen die Auswahl und die Verteilung des Saatgutes, die Zuteilung der Anbauflächen auf die verschiedenen Kulturen und andere auftauchende Fragen eine gewisse Neuorientierung. Diese Notwendigkeit hat die Behörden bestimmt, an die landwirtschaftlichen Vereine mit dem Wunsche heranzutreten, sie möchten durch kurze Kurse und Vorträge anregend und aufklärend wirken. Das wird in den nächsten Wochen geschehen, und in unsern Bauerndörfern wird das Interesse für unsere Selbstversorgung geweckt und sachverständige Anleitung gegeben, wie die sich bietenden Schwierigkeiten überwunden werden können. Die erstrebte Mehrproduktion durch den Anbau von Pflanzen mit kurzer Vegetationsdauer und der Fähigkeit, verhältnismäßig große Nährstoffmengen hervorzubringen, wird uns erlauben, die Vorräte an eingeführtem und selbstgebautem Getreide zu strecken und uns mit Erfolg vorzubereiten auf den nächsten Winter.

Reichspost Abendbl 27. II. 1917 89

Gründe der Knappheit und Verteuerung:

Enthüllungen auf der Tagung des ungarischen Landwirtebundes.

Wir entnehmen dem Bericht des „Pesti Hirlap" über die kürzlich abgehaltene außerordentliche Tagung des „Bundes der ungarischen Landwirte" einige auch für die österreichische Oeffentlichkeit wissenswerte Aeußerungen einzelner Redner. Auf der Tagung hat sich der Bund, der die Interessen des mittleren und kleinen Grundbesitzes vertritt, vom bisherigen Zusammengehen mit der von der Regierung patronisierten landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft (OMGE) losgesagt, weil, wie gesagt wurde, die Regierung auf die Interessen der ihr nahestehenden Bankkreise mehr Bedacht nehme, als auf jene der landwirtschaftlichen Produktion. Auf der Tagesordnung standen: Die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktion, die Festsetzung von Höchstpreisen der für die Landwirtschaft unentbehrlichen Industrieartikel und dringende Maßnahmen der Bodenpolitik. Der Vorsitzende, der gewesene Ackerbauminister Daranyi übte an dem Fernbleiben der Regierung von der Tagung Kritik und sagte, man sei nur gegen den Landwirt und den kleinen Verbraucher energisch, aber gegenüber dem Kartell, den großen Preistreibern und Großunternehmern versage der Mut. Für Industrieartikel gebe es keine Höchstpreise, nur für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, obwohl viele Industrieartikel für die landwirtschaftliche Erzeugung unbedingt nötig sind. Die Leitung der Bodenpolitik sei eine Staatsaufgabe und es sei falsch, diese Rolle dem in- und ausländischen, seinen eigenen Vorteil suchenden Bankkapital zu überlassen.

Eine Reihe von Rednern klagte über große Ungleichheit bei der Requisition. Man nehme dem Landwirt die Fechsung ab, wenn er als Saatgut braucht, müsse er es zu Sündpreisen zahlen. Der Mais werde derart requiriert, daß jeder Unternehmer Schweine mästen kann, nur der Landwirt nicht. Durch die enorme Teuerung der Industrieartikel, für welche keine Preisschranken bestehen, werde die an Höchstpreise gebundene Landwirtschaft schwer gefährdet. Die große Spannung zwischen den Getreide- und Mehlpreisen sei vollkommen ungerechtfertigt und der übermäßige Nutzen der ungarischen Mühlen sollte zwischen dem Verbraucher und dem Erzeuger des landwirtschaftlichen Produktes gerecht aufgeteilt werden. Eine ebenso ungerechte Preisspannung zeige sich zwischen den Preisen des Mais und denen der Schweinemastprodukte. Auch diese müssen derart in Einklang gebracht werden, daß der Ueberschuß, den gegenwärtig die Großaktionäre und Direktoren der Schweinemästereien in die Taschen stecken, zwischen dem Urproduzenten und dem Verbraucher aufgeteilt werde. Die kartellierten Fabriken und Industrien sollen strenge überwacht werden, damit sie die mit Höchstpreisen zu belegenden Artikel nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe auch wirklich herstellen und in Verkehr bringen. Was die Regierung dem Landwirt wegnehme, das möge sie direkt dem Heere oder den städtischen Verbrauchern zukommen lassen, nicht aber auf erwerblicher Grundlage organisierten und Privatinteressen dienenden Unternehmungen; wenn diese sich „gemeinnützig" nennen, so mögen sie den Landwirten Einsicht in ihre Bücher gewähren, damit sie sehen können, wohin der Gewinn kommt, den jene vorwiegend aus der Zwangslage der Landwirtschaft ziehen.

Abg. Gaal sagte, als 1915/16 die Schweinemästung in der Höchstkonjunktur stand, der Fettpreis 18 bis 20 Kronen betrug und die Mästung fast ausschließlich in der Hand der Banken konzentriert war, sei es der Regierung nicht eingefallen, Höchstpreise festzusetzen; erst als sich die Banken ihres Besitzes mit ungeheurem Gewinn entäußert hatten, wurden Höchstpreise für Lebendschweine festgesetzt. Nun verkauften aber die Landwirte ihre Schweine nicht, worauf eine Schweineübernahmskommission ins Leben gerufen wurde, welche die Landwirte ermunterte, zu mästen und ihnen die Belassung des nötigen Futtermais, ja sogar dessen Beschaffung zusicherte. Als nun die Landwirte sich der Mästung zuwandten, wurde der Mais requiriert und die Landwirte waren gezwungen, die Schweine halbgemästet auf den Markt zu werfen. Redner wisse, daß die Uebernahmskommission die ihm abgenommenen halbgemästeten Schweine einem Großmäster nach Steinbruch gesendet hat, der, wie es scheint, genug Mais hatte, um die Schweine, deren Mästung der Urproduzent abbrechen mußte, weiter zu mästen. Die Mühlen liefern das Nebenprodukt (Kleie) dem Landwirt auch dann nicht, wenn ihnen schon längst der Preis bezahlt wurde.

Offenbar deshalb, um die Zinsen der eingesandten Beträge möglichst lange zu genießen. Den Hanf habe man dem Landwirt um 300 Kronen für den Meterzentner abgenommen, zur selben Zeit, als er den zum Ersatz der Manilaschnüre nötigen Werg um 1200 Kronen den Zentner zahlen mußte. Die Wicke sei zum Preis von 40 Kronen beschlagnahmt worden, die Firma Mautner und andere waren aber ermächtigt, sie um 75 Kronen einzukaufen, um später den Samen um 86 Kronen zu verkaufen. Gegenwärtig bezahle die Heeresverwaltung 50 Kronen. Welches ist nun der wirkliche Preis? Der Preis eines Kilogramm Rohleders war im Frieden Krone 1.30 bis 1.40, heute ist er 2.— bis 2.20. Wenn man es zu Hause im kleinen durch einen Gerber ausarbeiten läßt, kommt das Kilogramm auf 10 Kronen. Die Firma Wolfner und die Lederzentrale verkauft es aber nicht unter 60 Kronen!

Man habe dem Landwirt den Mästergewinn geneidet und habe ihm die Schweine abgenommen, um sie mit dem gleichfalls ihm abgenommenen Mais zu mästen. Dieselbe Verwaltung aber zahle dem Manfred Weiß Millionen für etwas, das sie in eigener Regie erzeugen könnte. Die Mühlen dürfen nach der neuen Mahlvorschrift außer dem 10prozentigen Abzug 4 Prozent für Verstäuben berechnen, gegenüber 2 Prozent des alten Maximums, während in Wirklichkeit die Verstaubung kaum ein halbes Prozent beträgt. Jene Pester Mühle, welche täglich 40 Waggons vermahlt, kann also täglich 140 Meterzentner Getreide verstecken, über das sie nicht Rechnung zu legen braucht, und es dann um einen beliebigen Preis verkaufen. Ueberdies sei davon die Rede, daß man den kleinen und mittleren Mühlenbetrieb einstellen und nur die Budapester Großmühlen in Betrieb lassen will, wodurch der gesamte aus der Erhöhung des Verstaubungsprozents fließende Gewinn den Großmühlen zufiele.

Graf Bethlen stellte fest, daß die Großbanken mit ihrer gegenwärtigen Aktion des Güteraufkaufs nicht die Landwirte unterstützen, sondern lediglich ihr Geld in einem guten Geschäft auf lange Zeit anlegen wollen, das sie früher dem kreditbedürftigen Landwirt mit der Begründung verweigert hatten, daß das Bankkapital nur kurzfristige Anlagen sucht. Die Tätigkeit der Banken gewährleiste nicht, daß sie tatsächlich mehr produzieren werden, weil sie bei sehr vielen Waren bisher eine Erhöhung der Produktion nicht zugelassen haben, um so höhere Preise zu erzielen.

Die Tagung beschloß schließlich u. a., sich um Schutz an Se. Majestät zu wenden, falls die Beschwerden der Landwirte nicht endlich Gehör finden. — Jedenfalls verdienen die Mitteilungen der Redner in Oesterreich aufmerksames Gehör.

Kölnische Zeitung

27./II. 1917

Unsre Landwirte und die Produktionsregelung in der Landwirtschaft.

Von Karl-Günther Frhrn. v. Danckelmann,
Zieverich bei Bergheim (Erft).

Es gibt wohl keinen Stand im deutschen Vaterland, dem jetzt in der Kriegszeit mehr Vorwürfe gemacht werden als der Landwirtschaft. Um so wohltuender berührte der Leitartikel in der Ersten Morgen-Ausgabe der Kölnischen Zeitung vom 18. Januar, überschrieben: „Unsre Landwirte". Hier ist der Versuch gemacht, den Landwirten gerecht zu werden, und das muß anerkannt werden. Erschöpfend war dieser Artikel in der Kölnischen Zeitung nicht und sollte es wohl auch nicht sein. Erschöpfend werden auch meine Zeilen nicht sein, aber sie sollen dazu dienen, daß der Städter den Landwirten etwas mehr Verständnis entgegenbringt. Auch die Landwirte schränken sich ein, aber zu leben haben sie und das neiden ihnen die Städter. Sie brauchen nicht mit Karten zu wirtschaften und stundenlang vor den Läden zu stehen, denn sie haben alles zu Hause. Wir gönnen den Städtern auch ihre Vergnügungen, welche sogar jetzt noch nicht fortfallen, wir gönnen den Städtern auch ihre bedeutend kürzere Arbeitszeit. Warum gönnt man uns nicht, daß für uns die Lebensmittelversorgung eine leichtere ist? Ein ferneres Moment des Neides der Städter auf die Landwirte ist, daß sie angeblich zuviel Geld verdienen. Zuzugeben ist, daß die Landwirtschaft sich nicht schlecht steht, ja sogar, daß sie sich gut steht. — Aber — ja das große Aber! 1915 war für die Landwirte ein ausnahmsweise gutes Jahr. Daran zehren wir noch. 1916 war viel schlechter und 1917 wird und muß noch viel schlechter werden. Für den Städter schreiben wir Landwirte aber immer noch 1915 und nicht 1917. 1914 konnte die Landwirtschaft noch friedensmäßig ihren Acker bestellen. Der Boden war durch die jahrelange intensive Kultur so angereichert mit Nährstoffen, daß wir 1915 noch eine gute Ernte machen konnten. Mit Kali und Phosphorsäure kann man den Boden etwas anreichern, aber nicht mit Stickstoff. Dieser letztere ist der wichtigste und teuerste Dünger in der Landwirtschaft, aber er ist ein sehr windiger Bursche. Er hält sich nicht lange in der Ackerkrume auf, sondern löst sich im Wasser und verschwindet in den Untergrund. So kam es, daß 1916 die Ernte viel schlechter wurde als erwartet. Phosphorsäure und Kali waren noch im Boden, aber Stickstoff fehlte. Und dieses Jahr wird sich noch der Mangel an Phosphorsäure und Kali bemerkbar machen. Wenn ich dächte, daß unsre Ernte nicht ausreichen könnte, uns zu ernähren, würde ich dies nicht schreiben. Wir kommen aus, davon bin ich überzeugt, aber das so glänzende Geschäft der Landwirte ist nicht mehr so glänzend wie 1915. Viele Städter ziehen als Hamster über Land, bieten den Leuten für ihre Ware, welche sie rechtmäßig für sich behalten können, ein Heidengeld, und schimpfen hinterher über den Wucher der Landleute.

Nun zu dem Artikel des Herrn Joseph Rosemeyer in der Morgen-Ausgabe vom 22. Januar, überschrieben: Die Produktionsregelung in der Landwirtschaft. Herr Rosemeyer kann m. A. n. kein Landwirt sein, sonst hätte er diesen Artikel nicht geschrieben. Herr Rosemeyer fordert einen Produktionszwang für die Landwirte, indem er fragt, was wohl aus uns werden sollte, wenn wir der Industrie es überließen, dasjenige zu produzieren, was sie für einträglich hält. Dieser Vergleich zwischen Industrie und Landwirtschaft hinkt nicht nur, er ist gänzlich unmöglich. Herr Rosemeyer führt selber an, daß ein Unterschied bestände, denn die Industrie wäre gewohnt, auf Bestellung zu arbeiten. Sehr richtig. Nur mißt Herr Rosemeyer diesem Punkte nicht genug Wert bei. Es ist der entscheidende Punkt. Ich kann auf ein und demselben Gelände Granaten drehen, Käse fabrizieren oder Kanonen bauen, je nach Befehl, aber ich kann nicht auf demselben Gelände Kartoffeln oder Rüben oder Gras bauen, jedenfalls nicht, ohne die Allgemeinheit zu schädigen. Wir brauchen alles im deutschen Vaterland, gleichgültig ob Milch, Fleisch, Getreide, Kartoffeln, Gespinstpflanzen oder dergleichen. Läßt man jeden Landwirt seine Wirtschaft so führen, wie er will, dann wird er das produzieren, wofür sich seine Wirtschaft nach Boden, Klima, Verkehrs- und Absatzverhältnissen, Neigungen usw. eignet. Er wird höchste Erträge erzielen, nicht nur für sich, sondern auch für die Allgemeinheit. Wir Landwirte haben genug Erfahrungen mit dem Einmischen des Staates gemacht, nicht nur zu unserm Schaden, sondern in noch größerm Maße zum Schaden der Allgemeinheit. Man sagte den Landwirten: „Züchtet und mästet Schweine, aber eure Gerste, die ihr dafür nötig habt, liefert ab für Brauereien und Brennereien. Wir zahlen euch auch 15 M für den Zentner gute Gerste, dafür könnt ihr euch von uns schlechtes Mischfutter wiederkaufen für 80 M den Zentner". — Exerzierplätze, Spielplätze usw. wurden in Ackerland umgewandelt. Arbeitskräfte und Kunstdünger wurden dem guten Boden entzogen und auf den Exerzierplätzen wächst — nichts. — Man sagte den Landwirten: „Der Zwischenhandel muß ausgeschaltet werden, das Fleisch wird zu teuer für die Städter". Man setzte dementsprechend die Viehpreise herunter. Der Staat übernahm den Viehhandel. Erfolg: Für Rindvieh bekommt der Landwirt rund 90 ₰ für das Pfund Schlachtgewicht, das Fleisch kostet 2,50 M. Für das Pfund Schweinefleisch bekommt der Landwirt 1,20 M, das Pfund Schweinefleisch kostet in der Stadt 3,60 M. Der Städter schimpft auf den Landwirt, daß er das Fleisch verteuert. Im freien Handel hätte es mal ein Fleischer wagen sollen, 160 Prozent vom Einkaufspreis zu nehmen! Derselbe wäre vors Gericht gekommen. Der Staat nimmt den Handel in die Hand, um die Preise zu verbilligen. Wie er sie verbilligt, habe ich eben gezeigt. Die Preise für Getreide sind um 20 bis 30 Prozent aufgeschlagen, die Löhne um 50 Prozent und der Preis für Kunstdünger um 150 bis 300 Prozent. Wo bleibt da der große Verdienst für den Landwirt? Höhere Getreidepreise für 1917 sind absolut notwendig. Selbst wenn Mehl und Brot dadurch etwas teurer werden. Geld ist genug da im deutschen Vaterland, aber Brot muß geschafft werden. Herr Rosemeyer führt die schlechte Kartoffelernte 1916 darauf zurück, daß der Staat vorher nicht genug eingegriffen hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Sowohl die Kartoffelknappheit im Frühjahr 1916, als auch die schlechte Kartoffelernte ist durch Eingreifen des Staates verursacht worden. Wieviel hunderttausende Zentner, kann man wohl sagen, sind verfault durch unsachgemäßes Aufbewahren seitens des Staates. Die schlechte Kartoffelernte ist zum Teil verursacht durch Krankheiten. Noch nie wurde eine so schlechte Kartoffelernte gemacht, trotzdem es auch früher Jahre gab, in welchen viel Krankheiten auftraten. Der Staat ist aber die Hauptursache, denn er gab viel zu wenig Pflanzkartoffeln aus. Ferner wurden die Höchstpreise für Frühkartoffeln so enorm hoch gesetzt, daß viele Landwirte aus eigennützigem Antriebe Spätkartoffeln als Frühkartoffeln ernteten und verkauften. Überall wohin der Landwirt blickt, was das Eingreifen des Staats in die Produktionsregelung der Landwirtschaft betrifft, erblickt er nur Unkenntnis. — Nicht nur in unserm Interesse, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit, denn beide gehen Hand in Hand. Fordern wir, daß den Landwirten mehr Freiheit gelassen wird. Von maßgebender landwirtschaftlicher Seite ist die verantwortliche Regierungsstelle darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Beschaffung von Stickstoffdünger so notwendig wäre, wie die Herstellung von Munition. Die Möglichkeit war und ist noch vorhanden. Stickstoffdünger ist aber kaum zu erhalten und nur zu einem wahnsinnigen Preise. Einem Eingreifen der Regierung in die Landwirtschaft zum Zwecke der Produktionsregelung sieht die Landwirtschaft mit größtem Mißtrauen entgegen. Das mindeste, was der Landwirt verlangen kann ist, daß, wenn Höchstpreise für Getreide und Vieh festgesetzt werden, diese Preise so bemessen werden, sie in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen und daß für Kunstdünger gesorgt wird. Derselbe muß zu angemessenem Preise zu kaufen sein, oder die Getreidepreise müssen höher gesetzt werden. Aber damit haben wir noch immer keine bessere Ernte, die wird es wieder geben, wenn die Landwirtschaft mehr Zügelfreiheit genießt.

Vossische Zeitung
27. II. 1917

Milliardenbeisteuer durch Getreide ohne Monopol.

Von einem hervorragenden Fachmann des Getreidehandels gehen uns die nachstehend wiedergegebenen Ausführungen zu, welche sich mit Vorschlägen einer Reichsabgabe für Getreide beschäftigen. Der Verfasser sieht in einer solchen Abgabe, im Vergleich mit einem Getreidemonopol, das kleinere Uebel. Wir stellen seine beachtenswerten Vorschläge, ohne sie uns zu eigen machen zu wollen, hiermit zur öffentlichen Erörterung.

Es steht fest, daß das Getreide mit erfaßt werden wird, wenn nach dem Kriege das Geld für die gewaltig gestiegene Zinsenlast des Reiches aufgebracht werden muß. Sicher ist ebenfalls, daß das als Rettungsanker letzthin viel genannte Getreidemonopol nur bei stabilen hohen Preisen die Landwirtschaft zufriedenstellen sowie ihre Produktion steigern wird. Nicht minder gewiß ist, daß der behördliche Apparat, den ein derartiges Monopol verlangt, ein gewaltiges Beamtenaufgebot heischen, folglich sehr kostspielig sein und somit die hohen Preise noch um ein Beträchtliches heraufschrauben wird. Ein System dieser Art würde aber andererseits den Verbraucher hart treffen und zumal in Jahren guter Welternten und dementsprechend billiger Weltmarktpreise seine Unzufriedenheit aufs höchste steigern, mithin ein sehr gefährliches politisches Agitationsmittel darstellen. Es würde ferner die deutsche Regierung bei allen Handelsverträgen mit Getreide ausführenden Staaten, wie Rußland, Amerika, Kanada, Rumänien, Bulgarien, Argentinien und Australien, aufs empfindlichste hindern und schädigen. Auf der anderen Seite könnte ein Monopol mit seinem bei einem Staatsbetriebe unvermeidlichen Schematismus die Qualitätenfrage, die beim Getreide eine so überaus wichtige Rolle spielt, unmöglich lösen; es müßte zu großen Ungerechtigkeiten führen. Das bislang für Ausstichware erzielte hohe Aufgeld, das für den Landwirt den Ansporn bildete, Verbesserungen vorzunehmen, würde verloren gehen und damit die Belohnung eines Strebens, das den deutschen Ackerbau an die Spitze aller Länder führte. Die Folgen wären: geringerer Ertrag und geringere Güte der Bodenfrüchte sowie Unzufriedenheit gerade bei der Auslese der Landwirte. So heißt es nun, einen Weg finden, der Erzeuger und Verbraucher allzugroße Härten erspart und gleichwohl dem Reiche den unbedingt hohen Ertrag gewährleistet. Nachstehender flüchtiger Entwurf möchte diesen Weg in seinen Umrissen skizzieren:

Nehmen wir für das Deutsche Reich eine Ernte von 10 Millionen Tonnen Roggen und 4 Millionen Tonnen Weizen an und für Aussaat 10 pCt. dieser Erträgnisse herunter, so verbleiben 12 000 000 To. Brotgetreide oder nach Abzug für Verlust und Verfütterung 12 Millionen Tonnen. Hiervon soll der Müller 2 Pf. per Pfund Roggen oder Weizen als Reichsabgabe bezahlen.

Eine derartige Abgabe würde zirka 480 Millionen Mark eintragen und doch nur die geringe Belastung von jährlich 7 M. pro Kopf der Bevölkerung bedeuten, während dem Verbraucher die weitaus wichtigeren Vorteile billiger Getreidepreise bei guten Ernten gewahrt blieben. Zur Kontrolle ist kein größerer Apparat vonnöten. Im wesentlichen würde sie von nur wenig vermehrten Magistrats- und Landratsbeamten ausgeübt werden können. Natürlich müßten nicht nur die Großmüller, sondern jeder, auch der kleinste Lohnmüller ordnungsmäßig Buch über das gekaufte bzw. zum Vermahlen erhaltene Getreide sowie über Ein- und Ausgang führen. Diese Bücher wären mindestens einmal monatlich zu kontrollieren.

An Gerste erzeugt Deutschland ungefähr 3 Millionen Tonnen, wovon für Malzkaffee, Graupen, Grütze und sonstige Fabrikate zirka 500 000 To., für die Bierbrauereien 1 700 000 Tonnen in Betracht kommen. Hier möchten wir für die an die Brauereien gelieferte Gerste eine Abgabe der Brauereien von 1½ Pf. per Pfund und für die Fabriken, welche oben genannte Fabrikate herstellen, eine solche von 1 Pf. per Pfund in Vorschlag bringen. Dies würde dem Staatssäckel über 60 Millionen Mark eintragen.

An Hafer bringt das Inland zirka 8 Millionen Tonnen hervor. Hier möchten wir für jeden Hafer, den der Landmann verkauft, eine Abgabe von 1 Pf. per Pfund anregen, und zwar hätte die Entrichtung derselben seitens des ersten Käufers, gleich ob Behörde oder Privatmann, zu erfolgen. Eine derartige Abgabe würde sicherlich den Betrag von 100 Millionen überschreiten.

Natürlich müßte der Zwang, ordnungsmäßige Bücher zu führen, für alle Landwirte, die mehr als 5 Hektar eigenen Landes besitzen, gesetzlich eingeführt werden.

In bezug auf Zölle für ausländisches Getreide möchten wir sie für Weizen, Roggen und Malzgerste auf 60 M. per Tonne normieren. Allzuviel dürfte freilich von diesen Artikeln, zumal in Roggen, während der ersten Friedensjahre nicht ins Land kommen. Vor dem Kriege betrug der Import an Weizen zirka 2 700 000 To., an Roggen zirka 700 000 To. und an Malzgerste zirka 250 000 To.

Was Futterstoffe anlangt, an denen wir im Frieden aus den fremden Agrarstaaten zirka 3 500 000 To. Gerste, 1 300 000 Kleie, 800 000 To. Oelkuchen und Oelkuchenmehl, 15 000 To. Futterbohnen, 800 000 To. Mais und 800 000 To. Hafer importierten, möchten wir statt der bisher geltenden Zollsätze für Gerste, Kleie, Oelkuchen sowie Futterbohnen 30 M. per Tonne, für Mais 45 M. und für Hafer 60 M. per Tonne in Vorschlag bringen, d. h. Zölle, deren Höhe weder für die Exportländer prohibitiv ist, noch auch der Landwirtschaft angesichts des trotz jetziger märchenhafter Futterpreise seit Mitte vorigen Jahres wieder stark ansteigenden Viehbestandes ihre Produkte in fühlbarer Weise gegen Friedenszeiten verteuern würde.

Natürlich wird es noch einige Jahre nach Kriegsende dauern, ehe wir wieder auf die Friedensimportziffern gelangen, schon der Valuta und des Frachtraums wegen. Wir glauben aber, daß die Frachtenhausse in längstens zwei Jahren ungeachtet der zeitigen starken Tonnageverminderung ihr Ende erreicht haben dürfte. Dies wird der Lastdampfer-Einheitstyp ermöglichen, der in allen Ländern eingeführt werden und einen ungeahnt schnellen Aufbau der Handelsflotten zur Folge haben dürfte. Und es soll uns nicht wundernehmen, wenn im Verlaufe einer knappen Dekade die Vereinigten Staaten, welche schon jetzt ein größeres Raumquantum auf ihren neu geschaffenen Helligen herstellen, als Großbritannien jemals im Frieden, auch im Schiffsbau gleichwie in der Automobilindustrie infolge des gleichen Arbeitsprinzips die Führung an sich gerissen haben werden.

Was sodann ausländische Oelsaaten anbetrifft, deren Import im Frieden zusammen etwa 450 000 To. betrug, so bitten wir hierfür 80 M. per Tonne als Zoll in Erwägung zu ziehen und schließlich den gleichen Zollsatz für die zirka 300 000 To., die vor dem Kriege an Erbsen, Linsen und Speisebohnen eingeführt wurden, festzusetzen. Diese Artikel vertragen, was nach den jetzigen Erfahrungen wohl nicht streitig sein wird, unschwer einen derart gesteigerten Importzoll, der dem Reiche etwa 60 Millionen zuführen würde.

Obige Vorschläge werden natürlich Widerspruch herausfordern, aber wie bereits erwähnt, sollen sie auch nur eine Anregung geben und die Kritik möge erweisen, ob die darin enthaltenen Grundgedanken wert sind, in feste Form gegossen zu werden, um das erstrebte Ziel zu erreichen, nämlich das Getreide, unter Vermeidung des sozial- und handelspolitisch gleich gefährlichen Getreidemonopols, dennoch zur Deckung des Geldbedarfs des Reiches nicht unwesentlich beisteuern zu lassen.

Pester Lloyd
27./II. 1917

82

(Förderung der Schweinemastung.) Das Landes-Volksernährungsamt hat die Vizegespäne mittels Zirkularverordnung angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Speiseabfälle bei der Schweinemastung zur Verwendung gelangen. Besonders in großen Speisebetrieben sammeln sich viele Abfälle an, die heute im Kehricht verloren gehen. Durch entsprechende Sammlung dieser Abfälle können große Werte der öffentlichen Approvisionierung nutzbar gemacht werden. Die Verordnung fordert die Vizegespäne auf, nach dieser Richtung je eher Vorschläge zu erstatten.

Die Zeit
27. II. 1917

Die Ueberwinterung der Saaten der Welt.

Bericht des Internationalen Landwirtschaftsinstituts.

Die Frostwelle, die sich im Januar über alle Gegenden Europas erstreckt und in zahlreichen Ländern die Temperatur auf ganz außerordentlich niedrige Grade hat fallen lassen, hat den Kulturen geschadet, und die landwirtschaftlichen Arbeiten des Monats, mit dem sich das Februarheft der Nachrichten zur Landwirtschaftlichen Produktions- und Handelsstatistik des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom beschäftigt, beträchtlich beeinträchtigt.

In Frankreich hat man das Umpflügen und die Aussaaten unterbrechen müssen, und nur das Dungfahren wurde von den außergewöhnlichen Temperaturverhältnissen begünstigt. In diesem Lande fällt eine sehr bemerkenswerte Verminderung der Ausdehnung der Getreidesaatflächen während des Herbstes 1916 auf. Die Weizensaatflächen bedeckten am 1. Januar 1917 nur 4,277.000 Hektar, das heißt 85 Prozent der Saatenfläche am selben Zeitpunkt des Vorjahres, die Roggenflächen erstreckten sich auf 828.000 Hektar (90 Prozent), die des Hafers auf 651.000 Hektar (96 Prozent). Nur die mit Gerste besäte Fläche weist eine Vermehrung um 10 Prozent hinsichtlich der Saatenfläche des Vorjahres auf und beläuft sich dieses Jahr auf 100.000 Hektar. Der Winterkulturenstand war am 1. Januar 1917 für Weizen, Gerste und Hafer jenem am gleichen Datum des Vorjahres unterlegen, für Roggen war er in praktischer Hinsicht gleich.

In Großbritannien und Irland beklagt man sich darüber, daß reichliche, von eisigen Winden begleitete Schneefälle, die während des größten Teiles des Monats niedergegangen sind, die Feldarbeiten sehr verzögert haben. Dennoch präsentieren sich die schon aufgegangenen Saaten dort, wo kein Schnee den Boden bedeckt, gut, aber trotz ihres guten Aussehens befinden sich diese Kulturen der Saison gegenüber im Rückstand.

In Italien war die Witterung auch nicht milder als in den vorgenannten beiden Ländern. Der Saatenstand ist mittel, aber die Bestellungsarbeiten für die Frühjahrssaaten haben nur in einigen Nordprovinzen ihren Anfang genommen.

In Britisch-Indien war die Saison der Weizenaussaat im allgemeinen günstig; trotz reichlichen Regens in einigen Provinzen, die übrigens nur zirka 25 Prozent der Gesamtfläche der Getreidefelder des Landes ausmachen. Hingegen haben die sehr wichtigen, reisbauenden Gegenden Bengalen, Bihar und Orissa (die Hälfte der indischen Produktion stammt gewöhnlich aus diesen Provinzen) starke Regengüsse und Ueberschwemmungen erlitten, die nicht unbeträchtlichen Schaden angerichtet haben. In Japan befindet sich die Aussaat von Weizen und Gerste wegen des Regens im Rückstand.

Gehen wir nun zu den Ländern der südlichen Erdhälfte über, die dabei sind, ihre Getreideernten 1916/17 zu Ende zu führen, so sehen wir, daß Australien seine Voranschläge modifiziert hat und sie jetzt wie folgt festsetzt: Weizen 39,048.000 Meterzentner, das heißt 100 Prozent der Ernte 1915/16, Roggen 34.000 Meterzentner, Gerste 912.000 Meterzentner, Hafer 3,012.000 Meterzentner, Mais 2,159.000 Meterzentner. Die Gesamternte 1916/17 der beiden wichtigsten Länder der südlichen Erdhälfte (Argentinien und Australien) stellt sich für den Weizen auf 60,111.000 Meterzentner gegen 85,907.000 im Jahre 1915/16 oder 70 Prozent dieser letzteren Ernte; gegenüber der fünfjährigen Durchschnittsernte 1909/10 bis 1913/14 liefert die diesjährige Ernte nur 92 Prozent.

Hinsichtlich der Ergebnisse der Ernte 1916 in der nördlichen Erdhälfte sind keine größeren Veränderungen zu verzeichnen. Bezüglich der Kartoffeln kommt das Februarheft des Instituts, indem es die Produktion Frankreichs, Großbritanniens und Irlands, Italiens, der Niederlande, Kanadas, der Vereinigten Staaten und Japans zusammenzählt, zu dem Gesamtresultat von 286,634.000 Meterzentner derzeit gegen 331,701.000 im Jahre 1915 und 364,578.000 im fünfjährigen Durchschnitt 1909 bis 1913, beziehungsweise 79 Prozent letzterer beiden Produktionen.

Das ist ein recht wenig erfreuliches Resultat, zumal, wenn man dem Umstand Rechnung trägt, daß auch die Getreideernte nicht brillant war und daß man darauf hingewiesen wurde, auf die Kartoffeln mehr als in normalen Zeiten zu rechnen.

Der landwirtschaftliche Teil des Februarheftes enthält auch Schätzungen über die Zahl des Viehes in den verschiedenen Ländern. In Großbritannien und Irland ist die Zahl der Pferde vom Juni 1915 bis zum Juni 1916 um sechs Prozent gestiegen, die der Rinder und Schafe um zwei Prozent, während die der Schweine um fünf Prozent gefallen ist. In den Vereinigten Staaten waren am 1. Januar 1917 nur Rindvieh und Maultiere zahlreicher als am 1. Januar 1916, Pferde, Schafe und Schweine waren an beiden Zeitpunkten fast in gleicher Zahl vorhanden.

Reichspost
28/II. 1917

94

Der Frühjahrsanbau.

Die Regierung hat verordnet: Jeder Landwirt ist verpflichtet, alle seine anbaufähigen Ackergründe, insoweit sie nicht bereits bestellt sind, dem Frühjahrsanbaue und erforderlichenfalls dem Nachbaue zu unterziehen. Die Erntekommissionen haben dafür Sorge zu tragen, daß der Frühjahrsanbau auch im Jahre 1917 rechtzeitig und vollständig durchgeführt werde. Zu diesem Behufe obliegt ihnen insbesondere: die Feststellung der noch nicht angebauten Grundstücke und unter diesen vornehmlich jener, die infolge Einberufung ihrer Besitzer oder Bewirtschafter zur militärischen Dienstleistung oder infolge sonstiger durch den Krieg verursachter Hemmnisse einer Hilfeleistung bedürfen; die Aufstellung eines Arbeitsplanes für die Bestellung und den Anbau der hilfsbedürftigen Grundflächen und die Ueberwachung seiner Ausführung; die Vorsorge, daß kein zum Frühjahrsanbau geeignetes Grundstück unbebaut bleibe; die Zuweisung der Arbeits- und Zugkräfte sowie der Gerätschaften. Brachliegende landwirtschaftliche Grundstücke, auf denen bis zum 15. April von den Berechtigten keine vorbereitenden Arbeiten für den Frühjahrsanbau vorgenommen werden, obwohl die Bodenfeuchtigkeitsverhältnisse dies gestatten, können von der Gemeinde, in deren Gebiet sie gelegen sind, für die Zeit bis zur Einbringung der Ernte zum Zwecke des Anbaues von Früchten, die der Nahrung für Menschen oder Tiere dienen, verwendet werden. Macht die Gemeinde von diesem Rechte bis zum 23. April keinen Gebrauch, so kann die politische Bezirksbehörde Nachbargemeinden oder dritten Personen die Bebauung solcher Grundstücke gestatten. Jede Gemeinde hat bis längstens 25. April 1917 der politischen Bezirksbehörde ein Verzeichnis sämtlicher in ihrem Gebiete unangebaut gebliebenen Grundstücke vorzulegen. Diese Bestimmungen finden nicht oder nur mit zeitlicher Beschränkung des Bebauungsrechtes Anwendung, wenn der Eigentümer bis zum 31. März der politischen Bezirksbehörde anzeigt und glaubhaft macht, daß das Grundstück im Jahre 1917 der Verbauung zugeführt oder für Zwecke verwendet werden soll, die einen Anbau überhaupt oder von einem bestimmten Zeitpunkte an ausschließen. Der Bebauer solcher Grundstücke kann alle zur ordentlichen Bewirtschaftung des Grundes erforderlichen Maßnahmen treffen. Es steht ihm das Recht des Zuganges und der Zufahrt über fremde Privatwege zu. Zugang und Zufahrt über fremde Grundstücke für Zwecke der Bewirtschaftung sind dem Bebauer insofern gestattet, als dies ohne erheblichen Nachteil für den fremden Besitz möglich ist. Dagegen dürfen durch die Bewirtschaftung des Grundes bestehende Wegerechte nicht beeinträchtigt werden. Der aus der Bebauung dieser Grundstücke erzielte Ertrag des Grundstückes gehört dem Bebauer. Der Eigentümer hat keinen Anspruch auf den Ertrag. Ein Entschädigungsanspruch gegen den Bebauer steht ihm nur insoweit zu, als jenem bei Ausübung des Bebauungsrechtes ein Verschulden zur Last fällt. Nach Einbringung der Ernte erlischt jedes Recht des Bebauers auf Benützung des Grundstückes.

Fremdenblatt Abendb
28./II. 1917

Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten.

Eine heute verlautbarte Verordnung des Leiters des Ackerbauministeriums im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern vom 26. Februar 1917, betreffend die Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten und die Bebauung brachliegender landwirtschaftlicher Grundstücke im Frühjahre 1917, enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten für den Frühjahrsanbau 1917.

Jeder Landwirt (Grundbesitzer, Pächter, Nutznießer usw.) ist verpflichtet, seine sämtlichen anbaufähigen Ackergründe, insoweit sie nicht bereits bestellt sind, dem Frühjahrsanbau und erforderlichenfalls dem Nachbaue zu unterziehen. Von dieser Verpflichtung kann die politische Bezirksbehörde über Antrag der Erntekommission bezüglich jener Ackergrundstücke Ausnahmen bewilligen, deren Bebauung wegen ihrer geringen Bonität oder wegen ihrer Höhenlage oder wegen einer zufälligen, infolge des Krieges entstandenen bedeutenden Verschlechterung ihres physikalischen Bodenzustandes offenkundig nicht möglich oder aus allgemein wirtschaftlichen Gründen nicht rationell wäre.

Die Erntekommissionen.

Die Erntekommissionen haben dafür Sorge zu tragen, daß der Frühjahrsanbau auch im Jahre 1917 rechtzeitig und vollständig durchgeführt werde. Zu diesem Behufe obliegt den Erntekommissionen insbesondere: 1. die Feststellung der noch nicht angebauten Grundstücke und unter diesen vornehmlich jener, die infolge Einberufung ihrer Besitzer oder Bewirtschafter zur militärischen Dienstleistung oder infolge sonstiger durch den Krieg verursachte Hemmnisse einer Hilfeleistung bedürfen; 2. die Aufstellung eines Arbeitsplanes für die Bestellung und den Anbau der hilfsbedürftigen Grundflächen und die Ueberwachung seiner Ausführung; 3. die Vorsorge, daß kein zum Frühjahrsanbau geeignetes Grundstück unbebaut bleibe; 4. die Zuweisung der Arbeits- und Zugkräfte sowie der Gerätschaften gemäß der §§ 3, 6 und 7 der Ministerialverordnung vom 5. August 1914 und die Antragstellung bei der politischen Bezirksbehörde gemäß § 6, Absatz 2, dieser Verordnung in der Fassung des Artikel 1 der Ministerialverordnung vom 25. September 1914; 5. die Beratung der Landwirte über die Auswahl der anzubauenden Fruchtarten, über Ort und Art des Bezuges von Saatgut und Düngemitteln; 6. die Bekanntgabe jener Liegenschaften an die Gemeinde, deren rechtzeitiger Anbau infolge Einberufung ihrer Besitzer oder Bewirtschafter zur militärischen Dienstleistung oder infolge einer anderen durch die Kriegslage hervorgerufenen Verhinderung ihrer Besitzer oder Bewirtschafter durch die unter Zahl 4 oder 5 dieses Paragraphen vorgesehenen Maßnahmen allein nicht gesichert werden kann; 7. die Antragstellung über die gemäß § 1, Absatz 2, von der Anbauverpflichtung auszunehmenden Grundstücke an die politische Bezirksbehörde; 8. die Berichterstattung an die politische Bezirksbehörde über Wahrnehmungen, die besondere Maßnahmen der Regierung geboten erscheinen lassen.

Bebauung brachliegender landwirtschaftlicher Grundstücke.

Brachliegende landwirtschaftliche Grundstücke, die sich zum Anbau eignen und auf denen bis zum 15. April 1917 von den hiezu Berechtigten keine vorbereitenden Arbeiten für den Frühjahrsanbau vorgenommen werden, obwohl die Bodenfeuchtigkeitsverhältnisse dies gestatten, können von der Gemeinde, in deren Gebiet sie gelegen sind, für die Zeit bis zur Einbringung der Ernte zum Zwecke des Anbaues von Früchten, die der Nahrung für Menschen oder Tiere dienen, verwendet werden. Macht die Gemeinde von diesem Rechte bis zum 23. April 1917 keinen Gebrauch, so kann die politische Bezirksbehörde Nachbargemeinden oder dritten Personen die Bebauung solcher Grundstücke gestatten. Jede Gemeinde hat bis längstens 25. April 1917 der politischen Bezirksbehörde ein Verzeichnis sämtlicher in ihrem Gebiet unangebaut gebliebenen Grundstücke vorzulegen.

Die politische Landesbehörde kann, wenn es die örtlichen Verhältnisse erfordern, diese Fristen für ihr Verwaltungsgebiet oder Teile desselben abändern.

Vossische Zeitung
28. 7. 1917

96

Zu den neuen Getreidepreisen.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Das mildere Wetter nimmt allmählich den Feldern die Schneedecke. Noch ist die Erde gefroren, und das Schneewasser bleibt auf den Feldern stehen, so daß für den Augenblick sich über das Aussehen der Saaten wenig sagen läßt. Zu wünschen bleibt, daß ein baldiges Auftauen der Erde die Wurzeln der jungen Pflanzen aus der Frostumklammerung befreit, die um jetzige Zeit bei leicht eintretendem Wechsel zwischen mildem und kaltem Wetter immer ihre Bedenken hat.

Mit dem Näherrücken der Bestellzeit tritt nun das Ernährungsamt an das Aufstellen seines Wirtschaftsplanes für das kommende Erntejahr. Ein solcher Plan bedeutet zunächst eigentlich weiter nichts als das Bestreben, die neue Produktion zu fördern, soweit das durch die Zusicherung lohnender Erzeugungspreise für den Landwirt möglich ist. Alles andere ergibt sich erst aus dem, was die Natur wird wachsen lassen. Wenn man vorher auch schon Regeln für die Verteilung der erhofften Bodenerzeugnisse aufstellt, so erfahren diese doch durch die sich erst im Laufe des neuen Erntejahres ergebenden wirklichen Verhältnisse ihre Bestätigung oder Abänderung. Was der Kaufmann im Laufe seiner jahrzehntelangen Erfahrungen alljährlich gesehen hat, das lernen jetzt auch unsere Behörden kennen.

Persönliche Weisheit ist im Wirtschaftsleben nichts, die Macht der Verhältnisse alles. Die Grundregel ist, daß nur die Preise auf die Dauer das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Bedarf herstellen, und daß die Wechselwirkung der Preise der verschiedenen einander ersetzenden bzw. ergänzenden Boden- und Viehprodukte beim Angebot der Ware eine kaum geringere Rolle spielt als das Maß der durch die Natur veranlaßten größeren oder kleineren Produktion. Man braucht sich heute wohl nicht mehr darüber zu täuschen, daß das frühere Verhältnis des Marktes keineswegs im Kriege bei der Zentralbewirtschaftung ganz ausgeschaltet ist. Wohl gibt es jetzt nur einen Käufer, der aber alles Angebot aufnimmt und immer mehr beansprucht, als vorhanden ist, also den Geldkurs in Permanenz erklärt. Das Angebot soll eigentlich bestehen in der Auslieferung aller gewachsenen und großgezogenen Acker- und Viehprodukte, soweit sie nicht dem Erzeuger für eigenen persönlichen und Wirtschaftsbedarf freigegeben sind. Aber glaubt nach den bisherigen Erfahrungen noch eine Behörde daran, daß es ihr wirklich gelingt, restlos alle diese Produkte in ihre Hand zu bekommen? Der Futterertrag hat für alle Ackerprodukte eine unerschöpfliche Aufnahmefähigkeit und der Verschlußdeckel für ihn läßt sich nur in Tätigkeit setzen, wenn der genau rechnende Landwirt für seine Bodenfrüchte direkt höhere Preise von den Bewirtschaftungsbehörden bekommt als indirekt von ihnen durch die Verwertung seines Viehs. Soviel Futter, wie das landwirtschaftliche Zug- und Zuchtvieh bedarf, findet sich in der Regel immer, ohne daß dadurch die Ernährung der Menschen und der für die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse notwendigen Zugtiere in Frage gestellt wird.

Die Tendenz des gegenwärtig in Beratung stehenden Planes für die dem Landwirt zu gewährleistenden Preise: höhere Preise für Brotfrüchte und Kartoffeln und wenig veränderte für Futtergetreide, dagegen niedrigere als bisher für Schlachtvieh kann im Interesse der Volksernährung nur als vorläufig richtig anerkannt werden. Der Plan geht dahin, für Roggen 260 Mark statt bisher 220 Mark, für Weizen 300 statt 260, für Gerste und Hafer 260—270 Mark für die Tonne und 5 Mark für den Zentner Spätkartoffeln festzusetzen. Es ist damit, abgesehen vom Weizen, für Getreide eine ungefähre Gleichpreisigkeit geschaffen, und das ist im Interesse einer quantitativ möglichst starken Produktion das richtige Mittel. Denn bei gleichem Preise seines Getreides wird der Landwirt nicht mehr fragen, welches Getreide ihm den höchsten Preis bringt, um hiernach die Wahl seines Anbaues zu treffen, sondern er wird, wenn er für alle gleichen Erlös erhält, diejenige Frucht wählen, die auf seinem Boden den größten quantitativen Ertrag verspricht. Festlegungen im Plan, während der ganzen Erntesaison immer den gleichen Preis zu zahlen, würden nach den bisherigen Erfahrungen nur auf dem Papiere stehen, Verordnungen zur Ablieferung der Ware finden oft in den Naturgewalten hindernde Widerstände, und will man trotz derselben mehr Ware zu Zeiten der Knappheit herausziehen, so muß man durch gleichgültig wie bezeichnete Zuschläge besondere Anregungen geben. In dieser Beziehung hat sich eben nichts gegenüber den Zeiten des freien Handels geändert.

Fremdenblatt
1./III. 1917

98

In elfter Stunde!

Sonntags-, Nacht- und Frauenarbeit in der englischen Landwirtschaft.

K. **Amsterdam**, 28. Februar. In England versucht man in elfter Stunde die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Der Generaldirektor für Erzeugung von Lebensmitteln empfiehlt nach einem Telegramm des „Allgemeen Handelsblad" aus London folgende Maßregeln:

1. An allen sieben Tagen der Woche zu arbeiten;
2. in den Kirchen von der Kanzel herab die Sonntagsarbeit anzuordnen;
3. Tag und Nacht zu pflügen;
4. die gelernten Arbeiter nicht zum Militärdienst einzuberufen;
5. bürgerliche und Militär-Gefangene zur Landarbeit zu verwenden und auch die zur Landesverteidigung bestimmten Truppen jeweilig dazu heranzuziehen;
6. Frauen für die Landarbeit zu rekrutieren;
7. die kleinen Landwirte zu unterstützen.

Der Generaldirektor für Lebensmittelversorgung erklärte, daß nur mehr sechs Wochen übrig seien, um das Land für die heurige Ernte zu bestellen. Mit der Sonntagsarbeit würde man eine volle Woche gewinnen. Es sollen überall Motorpflüge eingestellt werden, die nach Einbruch der Dunkelheit beim Licht von Azethlenlaternen weiterarbeiten sollen.

Hamburger Fremdenblatt 2./III. 1917

99

Getreidefragen.

Die etwas aufgeregt gewesenen Gemüter der Getreidekaufleute wegen des bekannten Vortrages des Unterstaatssekretärs Michaelis, nach dem man auf das Kommen des Getreidemonopols nach dem Frieden glaubte schließen zu müssen, beginnen sich allmählich zu beruhigen. Eine Erklärung von Exzellenz Michaelis deutet an, daß er nach dieser Richtung hin mißverstanden sei, und eine neuerdings bekanntgewordene Antwort des Staatssekretärs Helfferich, die unsere Leser bereits kennen, sagt ganz direkt, daß eine derartige Absicht zunächst nicht bestehe, und daß beim Import der Handel überhaupt nicht zu entbehren sei. Eine Gewähr für das Freibleiben des inländischen Getreidehandels geben solche Erklärungen zwar auch noch nicht, und es kann auch mancherlei Formen geben, in denen der Handel bei der Einfuhr mit herangezogen wird, wofür die Verhältnisse in Portugal seit vielen Jahren ein Beispiel geben. Immerhin haben zunächst noch diejenigen Optimisten, die auf eine spätere Wiederaufnahme ihres Getreidehandels rechnen, mindestens ebenso recht wie diejenigen, die die Monopolisierung befürchten. Daß Getreide stark zu den Geldleistungen für unsere Zinsenschuld herangezogen werden wird und muß, liegt auf der Hand, es ist aber durchaus die Frage, ob ein Monopol oder eine direkte Steuerbelastung das wirtschaftlich und finanziell Richtigere ist, und man wird gerade in Sachverständigenkreisen vielfach der letzteren Art den Vorzug geben.

Ein nicht unerhebliches Interesse wendet sich den gegenwärtigen Berathungen über die vom Kriegsernährungsamt festzusetzenden Preise der Bodenfrüchte für das kommende Erntejahr zu. Es handelt sich zunächst darum, dem Landwirt eine Gewißheit zu schaffen, auf welche Preise er beim Anbau der einen und anderen Frucht rechnen kann, und das Bestreben der Behörde geht natürlich dahin, durch die Höhe der Preise und ihr Verhältnis zueinander die Erzeugung gerade derjenigen Früchte zu fördern, die für die menschliche Ernährung am unentbehrlichsten sind. Man glaubt, und wohl nicht mit Unrecht, dieses Mittel in der Heraufsetzung der Preise für Brotgetreide, in nur geringer Aenderung derjenigen für Futtergetreide und in einer Erhöhung der Kartoffelpreise zu finden. Die Absicht geht dahin, für Roggen 260 Mark, statt bisher 200 Mark, für Weizen 300 Mark, statt 260 Mark, zu bestimmen, für Gerste und Hafer Preise von 260 bis 270 Mark für die Tonne und für Spätkartoffeln 5 Mark, für Zuckerrüben 2,50 Mark für den Zentner auszusetzen, während für Rüben, damit diese nicht dem Kartoffelbau einen zu starken Wettbewerb machen, die heutigen Preise ganz erheblich zurückgeschraubt werden sollen. Für Getreide beabsichtigt man also, abgesehen vom Weizen, eine gewisse Gleichpreisigkeit herzustellen, und man darf wohl sagen, daß dies das richtige Mittel für die größtmögliche Erzeugung von Getreide sein dürfte. Denn bisher hat der Landwirt immer die Frage gestellt, welche Frucht den höchsten Preis brachte, und hiernach hat er, so weit die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatteten, seinen Anbau eingerichtet. Weiß er, daß er fortan für die verschiedenen Getreidesorten ungefähr den gleichen Preis erzielt, so wird er immer diejenige Frucht anbauen, die auf seinem Acker den höchsten Ertrag liefert, und das ist die richtigste Art, um die allgemein größte Erzeugung zu fördern.

Inzwischen steigt im Auslande weit mehr als bei uns die Sorge auf, wie die Volksernährung bis zur neuen Ernte und dann von deren Beginn an durchzusetzen ist. Hatten schon vorher die ungewöhnliche Schwäche der Welternte und der Mangel an Frachtraum ernste Befürchtungen nach dieser Hinsicht erweckt, so ist das Gespenst der Hungersnot seit Beginn unserer Seesperre besonders in den Ententeländern ernst und drohend geworden. In England und in Frankreich wird man alle Anstrengungen machen, um zum Frühjahr den Anbau von Sommergetreide zu verstärken. Aber man überschätzt die möglichen Wirkungen dieser Bestrebungen, denn wenn England selbst statt seiner bis jetzt erwarteten 5½ Millionen Quarters Weizen deren 9 Millionen erreichen sollte, was kaum anzunehmen ist, so würde damit doch nur ungefähr der vierte Teil des Landesbedarfes für das kommende Jahr gewonnen sein, und wenn eine ganz außerordentliche Einschränkung des Weizenbedarfes erfolgen sollte, kann der dritte Teil, ganz abgesehen davon, daß der Einfuhrbedarf für alle übrigen Getreidearten und Lebensmittel bleibt. England hat aber bis zu seiner neuen Ernte noch sechs Monate, Frankreich fünf Monate vor sich, und wie sie diese überstehen werden, das muß erst die Zukunft lehren.

Reichspost
3./III. 1917

100

Die gemeindeweise Organisierung der ländlichen Produktion.

Damit einerseits die städtischen Verbraucher über Ort und Menge der verfügbaren Lebensmittelvorräte unterrichtet sind und der verteuernde, unbefugte und unkontrollierbare Zwischenhandel, der zumeist die Form des Kettenhandels annimmt, gänzlich überflüssig würde, aber auch, damit die Landwirte zur Abgabe ihrer überschüssigen Produkte eine ihr Vertrauen genießende Stelle erhalten, ist ein alter Lieblingsgedanke einsichtiger Volkswirte. Für einzelne Produkte, wie Wein und Obst u. dgl., ist der Gedanke da und dort in Form von Kellereigenossenschaften (Tirol), genossenschaftlichen Lagerhäusern u. dgl., bereits verwirklicht worden. Ein alter Vorkämpfer des Gedankens ist der bayrische Bauernführer Zentrumsabg. Dr. Heim, der auch während des Krieges wiederholt die Durchführung forderte. So schreibt er in Nr. 3 der Kriegswirtschaftlichen Beilage des „Bayrischen Kurier“: „In jedem ländlichen Kommunalverband wäre ebenso eine Zentralisation des ganzen Lebensmittelverkehrs notwendig, wie sie anderseits in den Städten durch die Lebensmittelorganisation bereits durchgeführt ist. Hier ist die Lücke in der Organisation. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß in jedem ländlichen Kommunalverband Ernährungswirtschaftsämter ins Leben gerufen werden. Jeder Erzeuger- und jeder Verbrauchskommunalverband muß wissen, an welche Stelle er sich zu wenden hat. Diese Klarheit besteht heute nicht, und das ist ein Beweis dafür, daß eine lückenlose Organisation fehlt: Erzeugerorganisationen einerseits in der Person von Ernährungswirtschaftsämtern in jedem ländlichen überschüssigen Kommunalverband und Verbraucherorganisationen anderseits.“

Schon vorher hatte die Elsässer „Zentralstelle für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege“ vorgeschlagen, in allen Gemeinden die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe zu einem Ortsverein zusammenzufassen, der den Zweck haben soll, die in der Gemeinde gewonnenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse festzustellen und die Anlieferung der Produkte an eine Sammelstelle durchzuführen. Die Ortsvereine hätten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Schaffung besonderer Einrichtungen verbrauchsfertig herzustellen und sie an die Kommunalverbände zu vermitteln. Außerdem sollen sie nach Bedarf gemeinsam landwirtschaftliche Betriebsmittel beschaffen und die gemeinsame Benützung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte organisieren, die Frühjahrs- und Herbstbestellung ermöglichen und einen gegenseitigen Ausgleich der Arbeits- und Spannkräfte herbeiführen. Die örtlichen Vereine wären für bestimmte größere Bezirke zusammenzufassen.

In gleicher Richtung bewegt sich ein Vorschlag, den der Generalsekretär des Kgl. Oekonomiekollegiums, Oekonomierat Fr. Keiser in Heft 2 der „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ zwecks besserer Durchführung der Lieferungsverträge macht. Auch er will die Gründung von landwirtschaftlichen Ortsvereinen nach dem Elsässer Vorbilde in jeder Gemeinde. Da die einzelnen Gemeinden meist nicht so viel Lebensmittel abgeben können, daß sie allein größere Verbraucherbezirke versorgen können, sollen mehrere Gemeinden zu einem Lieferungsverband zusammengefaßt werden, der neben der Versorgung seiner eigenen Bevölkerung die vertragsmäßige Belieferung eines entsprechenden Verbraucherbezirkes übernimmt. Für Versorgung sehr großer Verbraucherbezirke sollen eine Reihe solcher Lieferungsverbände zusammengefaßt werden, die auf diese Weise für die Lieferung ihrer Ueberschüsse vertragsmäßige Vereinbarungen treffen. — Um wie vieles leichter wäre bei einer solchen die ganze Produktion erfassenden Organisation der Uebergang zur Kriegswirtschaft gewesen! Man wäre stets genau darüber unterrichtet gewesen, was vorhanden ist und hätte sich danach einrichten können. Die ganze wüste Jagd landauf, landab nach Lebensmitteln, der Wettlauf der Behörden und der Privaten, der Aemter und der Hamster, die Lieferungsschweinereien und Provisionshamstereien, Kettenhandelskandale und Warengeheimlager — all dies wäre uns erspart geblieben. Auch die nicht durchwegs ermutigenden Erfahrungen mit den Gebarungen der kriegswirtschaftlichen Zentralstellen mit ihren a tempo-Verfügungen und aufs Geratewohl-Anordnungen hätten unterbleiben können, wenn, ja wenn ...

Arbeiterzeitung
3./III. 1917

101

Zum Kapitel „Höchstpreise". Aus Wieselburg in der Erlauf wird uns geschrieben: Die Landwirte der hiesigen Gegend, die im Requisitionswege Stroh an das k. u. k. Kriegsgefangenenlager liefern müssen, erhalten hiefür den Höchstpreis, der neun Heller für das Kilogramm beträgt. Hingegen bekommen jene Landwirte, die durch Vermittlung des Lagerhauses in Pöchlarn an das k. k. Staatsgestüt in Wieselburg Stroh liefern, für das Kilogramm 14 Heller. — So werden die Bauern zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Höchstpreise erzogen!

Arbeiterzeitung

3./III. 1917

1

106

Die Verwendung des ungarischen Getreides.

Die im letzten Erntejahr gewonnenen Ernteerträge Ungarns können allein die Versorgungsschwierigkeiten, über die Graf Tisza so beweglich klagt, nicht erklären. Nicht in der Erzeugung, sondern in der Verbrauchsregelung müssen also die Ursachen der Verlegenheit gesucht werden. Die Fehler, die nach unserer Auffassung dabei der ungarischen Gesetzgebung unterlaufen sind, liegen in folgenden Punkten: Erstens hat Ungarn die Gerste nicht in die Brotfrucht einbezogen; das sind allein 12 Millionen Meterzentner. In Oesterreich sind 75 Prozent der erzeugten Gerste zur Mehlgewinnung verwendet worden; hätte Ungarn denselben Vorgang beliebt, so stünden neun Millionen Zentner Brotfrucht zur Verfügung. Schon der Vorbehalt von 25 Prozent Gerste zum Schroten, den man unseren Landwirten eingeräumt hat, war ein schwerer Mißgriff, denn wir haben die Brotfrucht um so schärfer ausmahlen, also einen hohen Bruchteil unverdaulicher Kleie dem menschlichen Konsum zugewiesen und einen beträchtlichen Vorrat an Vollfrucht verfüttern lassen. Hätte Ungarn in dem Fehler nur das gleiche Maß gehalten wie wir, so besäßen wir heute neun Millionen Zentner Gerste, somit mehr, als unser Ausfall jemals betragen könnte! Zweitens hat Ungarn ganz ungenügende Schutzwehren gegen das Verfüttern von Edelfrucht aufgerichtet — wir ja leider auch, aber der Unterschied in der Handhabung der Verbote war doch gewaltig. Dazu kommt, daß Ungarn über 20 Millionen Meterzentner Mais zu Gunsten seines Viehstandes verfügt hat. Alle Sachkenner melden und ungezählte Zeugen bestätigen, daß Ungarns Landwirtschaft die so gebotenen Hilfsmittel zu einer überreichlichen Nachzucht des Viehstandes benützen konnte. Bei der Räumung siebenbürgischer Komitate zum Beispiel ergab sich zur Ueberraschung der Behörden, daß Landstriche, wo aus diesem Anlaß gezählt wurde, die doppelte Stückzahl flüchten mußten, als sie vorher einbekannt haben. Das ungarische Nationalkapital an Vieh ist auf solche Weise schon in natura beträchtlich vermehrt worden, im Geldwert aber ganz gewaltig, da die Viehpreise in bewußter, absichtlicher und berechnender Weise hochgehalten worden sind.

Die dritte und, wie wir meinen, entscheidende Ursache des geringen Erfolges, den die ungarische Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft bei der Aufbringung hatte, liegt in der Art der ungarischen Verbrauchsregelung, die von der österreichischen und reichsdeutschen weit abweicht. Sie wurde durch Ministerialverordnung Nr. 1750 am 30. Mai 1916 vorgenommen. Diese Verordnung ist in der deutschen Ausgabe der ungarischen Reichsgesetze abgedruckt. Danach darf jeder landwirtschaftliche Erzeuger für jede jener Personen, die bei ihm für gewöhnlich Naturalverpflegung genießen, für jeden Monat 18 Kilogramm Brotfrucht, also für die Zeit bis Mitte August 1917 216 Kilogramm zurückbehalten — der städtische Verbraucher in Oesterreich kann, je nach der Ausmahlung, auf 90 bis 100 Kilogramm Brotfrucht rechnen.

Der Begriff der „landwirtschaftlichen Erzeuger" ist dabei maßlos ausgedehnt. Als solche sind im § 1 dieser Verordnung auch alle jene anzusehen, die Frucht in natura als Schnitteranteil, Druschanteil oder „Konvention" (Deputat) an Lohnes Statt bekommen. Bei uns sind die Vorrechte der Deputatisten längst beseitigt.

Damit ist in dem überwiegend agrarischen Ungarn fast die ganze Landbevölkerung auf eine Kopfquote von 2·16 Meterzentner gestellt. Denn da es solcher „Erzeuger" in Ungarn insgesamt 5,544.206 gibt und diese 7,751.213 Angehörige in natura verpflegen, so haben 13,295.419 Köpfe in Ungarn das Recht auf diese Jahresquote und damit das Recht, sich 28,720.000 Meterzentner Brotfrucht vorzubehalten. Das geht sehr, sehr weit über das hinaus, was sich nach unseren Erfahrungen für nötig und ersprießlich erwiesen hat, und erschwert uns, von unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung die unvermeidlichen Opfer einzufordern. Es kann nicht ausbleiben, daß die Landwirte von dies- und jenseits der Grenze Vergleiche anstellen, und diese Vergleiche beeinträchtigen unter allen Umständen die Opferfreudigkeit.

Wären diese sogenannten „Erzeuger" bloß mit diesen Vorbehalten ausgerüstet, so blieben immerhin noch beträchtliche Vorräte frei. Aber zu ihnen kommen noch Begünstigungen, die auf die Rückständigkeit der ungarischen Arbeitsverfassung zurückgehen. Die Entlohnung in Geld ist keinesfalls noch die Regel, Naturalentlohnung und Truckſystem herrschen allgemein vor und ermöglichen den Gutspächtern in Friedenszeiten vielfache Beeinträchtigung ihrer Arbeiter im Maße und in der Beschaffenheit des Naturallohnes. In den Arbeitsverträgen wird in der Regel Vergütung in Getreide ausbedungen. Der Pächter und der Großbauer können nun auch alle jene Mengen von Brotfrucht, die sie ihren Leuten (Beamten, Angestellten, Gesinde, Arbeiter) für gewöhnlich in natura liefern, zu diesem Zwecke zunächst bei sich zurückbehalten — sie liefern sie meist an den vierteljährlichen Löhnungstagen aus. Dies dürfen sie ohne Rücksicht darauf, ob diese Menge den gestatteten, oben berechneten Konsumbedarf übersteigt, denn sie beruht auf privatrechtlicher Vertragspflicht. Man hat diese nicht aufgehoben und nicht in Geldlohn umzuwandeln befohlen!

Arbeiterzeitung 3./III. 1917

II

Die Verwendung der ungarischen Getreide

103

Nun bekommt jener Teil des Gesindes (Kutscher, Knechte, Gärtner u. s. w.), der in Ungarn als Konventionsgesinde bezeichnet wird, in Naturalien im Durchschnitt zehn bis zwölf Meterzentner Brotfrucht (Gerste nicht gerechnet) und überdies auch noch ein bis zwei Joch Ackerboden. Diese Menge würde aber einem Familienstand von sechs bis neun Personen entsprechen, während doch im Durchschnitt auf einen Erwerbenden in Ungarns Landwirtschaft nur etwa 1·4 Erhaltene fallen. Dieser geringe Prozentsatz Erhaltener ist natürlich, da in der Landwirtschaft schon ein Teil der Kinder, vom fünfzehnten Jahr jedoch schon fast jedermann Erwerbender ist und in einer kinderreichen Gesinde- oder Arbeiterfamilie gewöhnlich die Mehrzahl der Familienangehörigen schon für ihre Arbeit entweder Naturalverpflegung oder eine Teilkonvention bekommt. (Es gibt auch für jüngere Arbeitskräfte halbe oder Viertelkonventionen.) Welcher Ueberschuß über den wirklichen Bedarf hier zurückgehalten werden darf, ergibt sich daraus, daß Ungarn nach der Statistik von 1910 10.197 landwirtschaftliche Beamte und 551.722 Gesindeleute zählte, die alle Konvention bekamen. Erst Ende Dezember 1916 erschien die Verordnung, daß bei den Konventionisten der Ueberschuß über den gestatteten Bedarf zu requirieren sei. Anstatt aber diesen Ueberschuß bei den eigentlichen Erzeugern mit Beschlag zu belegen, schont man deren Herrengefühl, heißt die Konvention an das Gesinde ausliefern und requiriert den Ueberschuß erst dort, womit die Arbeit nicht nur verhundertfacht, sondern auch das Ergebnis stark in Frage gestellt ist.

Der Lohn für das Jahresgesinde wird vierteljährlich, zum erstenmal am 1. Oktober, geleistet, die Schnitter und Drescher erhalten ihren Teil sofort nach Drusch, die Schnitter meist ein Zehntel, die Drescher drei bis vier Prozent des Druschergebnisses. Das gibt nach der durchschnittlichen Arbeitsergiebigkeit zwölf bis achtzehn Meterzentner auf den Mann — sie sind schon im Herbst ausgefolgt worden.

Die ungarischen Gutsherrschaften werden zum großen Teil durch Saison- und Wanderarbeiter bestellt, für die heute meist Kriegsgefangene eintreten. Für die im kommenden Wirtschaftsjahr voraussichtlich zu beschäftigenden Arbeiter kann der Gutsherr weiter achtzehn Kilogramm Brotfrucht für den Kopf und Mann zurückbehalten. Hiezu kommt noch Saatgut nach eigener Schätzung.

Man begreift, daß bei so viel Vorbehalten die ungarische Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft sehr bald mit ihrem Latein zu Ende war und sich zu größeren Aufbringungen außerstande erklären mußte, obschon die Schuttböden noch reichliche Vorräte aufwiesen!

Der vierte, nicht minder folgenschwere Mißgriff wurde gemacht bei der Anordnung, wie sich der Nichterzeuger selbst eindecken kann. Es darf nämlich nicht bloß jeder Erzeuger, der nicht selber so viel produziert, als er für seinen Haus- und Wirtschaftsbedarf zurückhalten darf, den Fehlbetrag bei anderen Produzenten einkaufen, sondern es war bis 15. Oktober 1916 jedermann erlaubt, seinen Hausbedarf an Brotfrucht bis 15. August 1917 zu decken, und zwar unter folgenden Bedingungen: Jedermann durfte für sich und für alle jene, die für gewöhnlich in seinem Hause verköstigt werden, nachdem er sich hiezu die behördliche Erlaubnis geholt, für Kopf und Monat zehn Kilogramm Brotfrucht kaufen, doch nur innerhalb seiner Gemeinde oder dort, wo die Regierung hiezu die spezielle Erlaubnis gibt, auf dem Gebiete des Munizipiums (Komitats), in dem der Betreffende wohnt. Auf Grundlage dieser Erlaubnis hat sich dann der größte Teil der wohlhabenden Bevölkerung auf dem platten Lande, in den Kleinstädten und jenen großen Städten, zu denen viel Ackergebiet gehört, zum Beispiel Szegedin, Debreczin, Szabadka u. s. w., mit Brotfrucht und Mehl reichlich versehen, während die ärmere, nicht landwirtschaftliche Bevölkerung in diesen Gebieten nur schlecht versorgt ist, die Bevölkerung der eigentlichen Städte aber, zum Beispiel Budapest, Preßburg, Raab, Stuhlweißenburg, Temesvar u. s. w., die ein gesondertes Munizipium bilden und kein Ackergebiet umfassen, absolut nicht versorgt ist, weil ja ihrer Bevölkerung das Recht, ihren Bedarf an Brotfrucht vielseitig zu decken, nicht eingeräumt war. Aber auch diese Bevölkerung wurde nicht gleichmäßig behandelt. Den Gutsbesitzern, die in den Städten wohnen, den höheren Beamten, den Journalisten und sonstigen einflußreichen Leuten wurde gestattet, ihren Hausbedarf an Brotfrucht oder Mehl im vorhinein für das ganze Wirtschaftsjahr, also bis 15. August 1917 zu decken, und zwar für den Kopf und Monat entweder zehn Kilogramm Brotfrucht oder 7·2 Kilogramm Mehl.

Und der fünfte Mißgriff war die Organisation der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft selbst, die nicht als behördliche Staatsanstalt, sondern bloß als staatlich beschränktes und kontrolliertes Privatunternehmen eingerichtet wurde. Man wollte dem Monopol eben möglichst weit aus dem Wege gehen, hat dadurch Mißbräuche ermöglicht, über die im einzelnen zu reden zu weit führen würde, und vor allem ihre Aufbringungsarbeit wenig wirkungsvoll gestaltet.

Kein objektiver Beurteiler wird behaupten können, daß im Getreidedienst Ungarns und Oesterreichs nur halbwegs jene Gleichartigkeit angestrebt wurde, die aus den Ausgleichsgesetzen nach unserer Auffassung zu folgern gewesen wäre! Und niemand kann mit auch nur einiger Begründung behaupten, daß in der Anlage wie im Erfolg, in den Vorteilen wie in den Lasten hier irgend etwas wie Gleichheit vorwaltet. Eine zahlenmäßige Nachprüfung unserer Angaben verrät sofort, wie vieles heute anders stehen könnte, als es tatsächlich steht! Eine offene Aussprache über diese Dinge kann wenigstens den einen Nutzen bringen, daß wir uns im kommenden Jahre besser einrichten und Uebel vermeiden, die verhängnisvoll werden können.

Neue Freie Presse
4./III. 1917

109

[Der Nachwinter und die Saat.] Wenn auch die Temperatur der vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechend langsam zunimmt, kann doch wegen des Nachwinters, der in weiten Gebieten eingetreten ist, mit der Aufnahme der Feldbestellungen für den Frühjahrsanbau nicht begonnen werden. Gleichwohl kann man jetzt von einem verspäteten Einsetzen dieser Arbeiten nicht sprechen, denn sie kommen in den meisten Kronländern immer erst im Laufe des Monates März in Schwung. Nicht von dem Beginn der Arbeiten, sondern davon, wie sie weiterhin vom Witterungsverlauf gefördert werden, hängt es ab, ob alle für Sommerfrucht bestimmten Felder aufgearbeitet werden können. Deswegen ist ja auch erst Ende Februar durch eine Regierungsverordnung verfügt worden, daß jeder Landwirt verpflichtet ist, sämtliche anbaufähigen Ackerbaugründe mit Frühjahrssaat zu bestellen und gegebenenfalls auch dem Nachbau zu unterziehen. Für die rechtzeitige und vollständige Durchführung dieser Anordnungen haben die bestehenden Erntekommissionen zu sorgen. Zur vollen Ausnützung des Bodens — auch Grundstücke, die sonst brach bleiben, sollen, wenn tunlich, bestellt werden — können von den Kommissionen Aushilfen an Saatgut, Arbeitskräften und Gespannen angesprochen werden. Es ist sicher, daß die Saaten gut aus dem Winter kommen, weil die jungen Pflanzen, die sich im vergangenen langen Herbst befriedigend entwickelt haben, von der strengen Kälte nicht überrascht wurden. Daß sich bald mildes Frühjahrswetter einstelle, wird von der Landwirtschaft schon deswegen gewünscht, damit sich die Arbeiten dann nicht zu sehr häufen und jedes Stück Land, das einen Ertrag verheißt, dem Anbau gewonnen werden kann.

Die Zeit
4. VIII. 1917

105

Landwirtschaftliche Mehrproduktion.

Agrardebatte im ungarischen Parlament.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Die Berichte der ungarischen Regierung über ihre Inanspruchnahme der Ausnahmsgewalt bieten seit Wochen Anlaß zu mehr oder minder erregten Auseinandersetzungen im Budapester Abgeordnetenhaus. Alle Parteien beteiligen sich an den Debatten, und wenn auch die Leidenschaften oft kraß zum Ausdruck kommen und die schroffen Gegensätze zwischen den Parteien mehr als bisher in Erscheinung treten, machen sich doch auf einem wichtigen politisch-wirtschaftlichen Gebiet geringere Differenzen zwischen Regierungspartei und Opposition geltend, so daß man hoffen kann, es werde ein einträchtiges Vorgehen in den Fragen der Bodenreform, denn um diese handelt es sich, möglich werden.

Es wurde schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Bund ungarischer Landwirte einstimmig Beschlüsse faßte, die darin gipfeln, daß einerseits die Industrieartikel Maximalpreise erhalten, und andererseits den Banken Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen, damit die geplanten Neugründungen agrarischen Charakters beschränkt werden mögen. Obgleich die Regierung selbst diesen Forderungen kühl ablehnend gegenübersteht, sich auch in der Generalversammlung des Bundes der Landwirte nicht vertreten ließ, stimmten trotzdem die in der Generalversammlung anwesenden Mitglieder der Regierungspartei den erwähnten Beschlüssen zu. Nichtsdestoweniger dürfte die Regierung ihren deutlich umschriebenen Standpunkt nicht verlassen, dagegen jedoch alle Bestrebungen der Agrarier unterstützen, die eine Mehrproduktion der Landwirtschaft bezwecken.

Das beweist die derzeit stattfindende Debatte im ungarischen Parlament deutlich. Aus der Fülle der Reden kann man immer wieder die Forderung hören, daß der fruchtbare ungarische Ackerboden fruchtbarer gemacht werden müsse. Es ist bekannt, daß in Ungarn der beste Boden nicht so viel Körnerfrüchte produziert, wie der minder gute Boden in Deutschland oder Oesterreich, und man muß darüber staunen, daß die seit Jahr und Tag theoretisch bis zum Ueberdruß erörterte Frage der Mehrproduktion praktisch nicht mit mehr Erfolg der Lösung zugeführt wurde. In Ungarn herrscht leider da und dort eine gar zu große Gleichgültigkeit den großen Angelegenheiten der Volksernährung gegenüber, und wenn dies schon in früheren Jahren ein arger Fehler war, so ist es jetzt in der Kriegszeit, wo die Approvisionierung der Armee und der Bevölkerung von der allergrößten Wichtigkeit erscheint, geradezu eine Sünde. Und doch sind leider große und fruchtbare Gebiete in Ungarn im letzten Jahre unbebaut geblieben — es sei nicht untersucht, warum? —, und auf die Mehrproduktion der Landwirtschaft legte man im allgemeinen weniger Gewicht als unerläßlich gewesen wäre. In den parlamentarischen Debatten wurde konstatiert, daß die ungarische Regierung die ihr im Vorjahre aus Deutschland angebotenen Dampfpflüge nicht ankaufte, weil ihr die Kosten zu hoch schienen und dadurch der Ertrag der Ernte weit geringer werden muß, als dies bei rationell-modernem landwirtschaftlichen Betrieb der Fall gewesen wäre. Auch über die Aufteilung des Anbausamens wurde vielfach im Parlament Klage geführt und betont, daß die ungleiche, zum Teil vexatorische Art der Requirierung die Ernte schädigte. Alle diese Kritiken betreffen die Vergangenheit, und insofern sie den Tatsachen entsprechen, können sie doch Geschehenes nicht mehr ungeschehen machen, höchstens für die Zukunft Warnung und Lehre sein.

Und da kann man bereits feststellen, daß alle maßgebenden Faktoren Ungarns mit vereinten Kräften eine Bodenreform und in dieser eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion schaffen wollen. Es machen sich Bedenken gegen die Güter der toten Hand, gegen die staatlichen Felder und Wälder, gegen die enorme Größe der Latifundien überhaupt geltend, und es ist charakteristisch, daß, wie ein Redner ausführte, in Preußen ein Majorat im Durchschnitt 3400 Joch, in Oesterreich 6700 Joch, in Ungarn aber 25.000 Joch beträgt, wobei bemerkt werden muß, daß einzelne Fideikommisse bis zu 200.000 Joch umfassen. In Preußen gibt es bei 3,500.000 Joch 1200 Besitzer, während in Ungarn auf 2,300.000 Joch (Majorate) bloß 94 Besitzer kommen. Schon diese Ziffern sprechen für sich, wenngleich auch Verteidiger dieser Verhältnisse zum Worte kamen, die eine Entschuldigung darin finden wollen, daß Kroatien noch ungünstigere statistische Daten aufweist. Der gebundene Besitz in Ungarn macht 33½ Prozent (16 Millionen Katastraljoch von 48,800.000) aus, während in Kroatien diese Ziffer auf 40·72 Prozent (2,900.000 Joch von 7,300.000) steigt. Doch auch diejenigen, die nichts gegen die Fideikommisse einzuwenden haben, müssen auf den enormen Bodenbesitz der Städte und Gemeinden mit zirka 6 Millionen Joch hinweisen, der wenig ausgenützt ist und bei rationeller Bearbeitung reiche Früchte tragen würde.

Pester Lloyd Abendblatt
4. III. 1917
106

(Versuchsinstitut für landwirtschaftliches Maschinenwesen.) Ein vom Landes-Agrikulturverein entsendetes Fachkomitee beschäftigte sich unter dem Vorsitze des Grafen Ladislaus Somssich mit der Organisierung eines Versuchsinstituts für landwirtschaftliches Maschinenwesen. Hiebei verwies Referent Hugo Kroloppp darauf, daß der Landes-Agrikulturverein die Errichtung eines solchen Instituts schon seit Jahren plant, was beweist, wie notwendig eine solche Institution wäre. Professor Paul Sporzon junior legte sodann das detaillierte Programm des geplanten Instituts vor, das von der Kommission genehmigt wurde.

Pester Lloyd
5. III. 1917

107

(Surrogat für Schweinefutter.) Die Notwendigkeit, mit Kartoffeln, Mais und anderen Bodenprodukten, die für menschliche Nahrung verwendet werden, zu sparen, zwingt zur Heranziehung von Surrogaten für Schweinefutter. Laut einer Mitteilung der Handels- und Gewerbekammer in Zagreb wurde unsere Heeresverwaltung von Fachkreisen aufmerksam gemacht, daß zum genannten Zwecke insbesondere gemeiner Adlerfarn (Pteridium aquilinum) in Betracht kommen kann. Dies ist eine Art heimischen Farns, die in Kroatien und Bosnien in großen Mengen in Wäldern und auf Hutweiden als Unkraut vorkommt. Als Futtermittel dient bloß die Wurzel, die nur wenig verzweigt ist und 20 bis 25 Zentimeter unter der Oberfläche liegt; diese muß im Herbst oder im zeitigen Frühjahr, ehe die jungen Blätter austreiben, gewonnen werden. Die Wurzeln müssen vom Erdreich gereinigt, an der Luft getrocknet und auf trockenem Orte aufbewahrt werden. Der gemeine Adlerfarn enthält mehr Stärkewert als Kartoffel und überhaupt verschiedene Nährstoffe in dem Verhältnis, wie sie das Schwein braucht. Beim hohen Nährwert gibt man einem ausgewachsenen Tiere Rationen von höchstens zwei Kilogramm Farn, und es gedeiht bei diesem Futter sehr gut. Die Heeresverwaltung hat angeordnet, daß die Mannschaft in ihrer dienstfreien Zeit, sowie die Rekonvaleszenten sich mit der Einsammlung dieser kostbaren Wurzeln beschäftigen und sie hat zu diesem Behufe eine besondere Belohnung ausgesetzt. Die Heeresverwaltung ist geneigt, auch von der Zivilbevölkerung jede Menge gereinigter, an der Luft getrockneter und gesunder Adlerfarnwurzeln zum Preise von K 15 pro 100 Kilogramm zu übernehmen. Als Ablieferungsstellen sind die k. u. k. Militärverpflegsmagazine bestimmt.

Pester Lloyd
6./III. 1917

(Der Haus- und Wirtschaftsgebrauch von Getreide.) Anläßlich der Getreiderequirierungen werden häufig die für den eigenen Haus- und Wirtschaftsgebrauch benötigten Mengen nicht entsprechend berücksichtigt. Den Produzenten steht in solchen Fällen der Rekurs an den Oberstuhlrichter und in zweiter Instanz an das Landes-Volksernährungsamt zu. Das letztere Amt gestattet bei der Beurteilung der Rekurse die Zurückhaltung folgender Getreidemengen: a) für Saatgut: Sommerweizen 90, Roggen 100, Gerste 85, Hafer 80, Haferwicke 45 Kg., Mais 20, Grünfutter 90, Reps 10 Kg.; b) Viehfutter: bis zur neuen Ernte pro Tag und Tier: Zuchthengst 3·40, leichtes Zugpferd 1·40, schweres Zugpferd 2, Fohlen unter einem Jahr 0·5, Kälber unter einem halben Jahr 0.5, Lämmer 0·1 Kg. Hafer. Ist kein Hafer vorhanden, wird ausnahmsweise ebensoviel Mais oder Gerste überlassen. Mastschweine bis zum Schluß der Mastperiode drei Meterzentner Mais. Für Geflügel darf nur Ausreuter zweiter Qualität verwendet werden; c) für das Gesinde: monatlich 16 Kg. Weizen, Roggen oder Gerste für drei Monate, für Erntearbeiter für zweieinhalb Monate. Die Schnitteranteile sind in vertragsmäßiger Menge auszufolgen, von der betreffenden Familie jedoch auf Grund der Kopfquote nicht benötigte Mengen zu requirieren.

Frankfurter Zeitung
6. III. 1917

6

109

Beschleunigte Ablieferung von Brotgetreide, Gerste und Hülsenfrüchten.

Berlin, 4. März. (W. B.) Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt:

Die Abnahme von Hafer für die Heeresverwaltung wurde im Februar auf solche Landwirte, die kein Brotgetreide und keine Gerste mehr abzuliefern haben, beschränkt. Diese Einschränkung bleibt mit Zustimmung der Heeresverwaltung auch noch im März bis auf weiteres bestehen. Die Landwirte müssen daher noch weiterhin in erster Linie Brotgetreide und Hülsenfrüchte ausdreschen und abliefern, bis die Bestände hiervon die unbedingt erforderliche Höhe erreichen. Nicht betroffen wird durch die angeordnete Einschränkung der Haferabnahme die Lieferung von Hafer für die Hafernährmittel-Fabriken, auf die zur Vermeidung von Stockungen in der Hafernährmittelherstellung größtes Gewicht gelegt werden muß. Auf die Versendung von Hafer für Nährmittelzwecke bezieht sich auch die gleichzeitig verfügte Einschränkung der Wagengestellung für Haferversendungen nicht. Auf Beschleunigung der Stellung von Wagen und Lieferung der Säcke für Brotgetreide, Gerste und Hülsenfrüchte ist hingewirkt worden.

Hamburger Fremdenblatt
7. III. 1917

7
110

Bekanntmachung

betreffend

Abgabe von Geflügelfutter im Stadtgebiet Hamburg.

Auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 25. September und 4. November 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung wird angeordnet:

§ 1.

Geflügelfutter wird in der Stadt Hamburg an Geflügelhalter nur gegen Eierlieferung verabfolgt, und zwar werden für das Ei 250 Gramm Geflügelfutter verabfolgt.

§ 2.

Das Geflügelfutter wird durch die folgenden Hamburger Geflügelzuchtvereine abgegeben:

Geflügelzuchtverein **Ohlsdorf** bei Herrn Strohmeyer, Ohlsdorf, Nebenwerkstatt, und zwar ab Dienstag, den 13. März, fortlaufend alle 14 Tage nachmittags von 2—4 Uhr.

Geflügelzuchtverein **Hamburg-Altona** bei Herrn Max Falkenberg, hier, Herrengraben 2, ab Dienstag, den 13. März, fortlaufend alle 14 Tage nachmittags von 4—6 Uhr.

Geflügelzuchtverein **Winterhude** bei Herrn Werner Ellerbrock, Barmbeckerstr. 168, ab Dienstag, den 13. März, fortlaufend alle 14 Tage von morgens 8 bis abends 8 Uhr.

Geflügelzuchtverein **Geestgebiet** bei Herrn W. Jobst, Ohlsdorf, Fuhlsbüttelerstr. 835, ab Dienstag, den 13. März, fortlaufend alle 14 Tage abends zwischen 7 und 9 Uhr.

Geflügelzuchtverein **Eppendorf** bei Herrn Bülow, Wallstr. 4, ab Dienstag, den 13. März, fortlaufend alle 14 Tage vormittags zwischen 9 und 10 Uhr.

Geflügelzuchtverein **Eilbeck** bei Herrn Fürries, Papenstr. 62, ab Dienstag, den 13. März, täglich von 2—6 Uhr nachmittags.

Geflügelzuchtverein **Barmbeck** bei Herrn Krochmann, Fuhlsbüttelerstr. 31, ab Dienstag, den 13. März, täglich vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr.

Geflügelzuchtverein **Groß-Borstel** bei Herrn Joh. Goinn, Borstelerchaussee 65, ab Dienstag, den 13. März, fortlaufend alle 14 Tage vormittags von 8—12 Uhr.

§ 3.

Da Geflügelfutter nur in beschränktem Umfange vorhanden ist, kann nur abgegeben werden, soweit der jeweilige Vorrat reicht. Die Abgabe von Eiern berechtigt daher nicht zum sofortigen Bezuge des Futters.

Hamburg, den 6. März 1917.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Tägliche Rundschau
7. III. 1917

Preiserhöhungen für Getreide.

Im Reichstagsausschuß für Ernährungsfragen hat der Leiter des Kriegs-Ernährungsamtes vor kurzem mitgeteilt, daß der Bundesrat am Sonnabend, den 10. oder am Montag, den 12. März über den neuen Wirtschaftsplan beraten und die Preise für Getreide usw. festsetzen werde. Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß diese Festsetzung eine Reihe von Preiserhöhungen bringen wird. In einer früheren Sitzung des Ausschusses war Herr v. Batocki der Beantwortung der Frage eines konservativen Abgeordneten, wie das Kriegs-Ernährungsamt über die neuen Preise im einzelnen denke, ausgewichen, anderseits hatte Herr v. Batocki den Ausführungen eines Mitgliedes der Fortschrittlichen Volkspartei, die dahin gingen, daß nach Lage der Verhältnisse eine Erhöhung des Brotgetreidepreises angezeigt erscheine, nicht widersprochen. Kommen die Preiserhöhungen, so sind die Gründe dafür in der allgemeinen Verteuerung, namentlich aber in den immer höher steigenden Löhnen zu suchen.

Reichspost

Abendblatt
v. 1. III. 1917

112

Die Mehl- und Getreiderationen in Ungarn.

Vom 25. d. an soll bekanntlich in Budapest eine Herabsetzung der bisherigen Mehlration erfolgen. Statt der bisher pro Tag und Kopf erlaubten Menge von 24 Dekagramm Mehl oder 32 Dekagramm Brot, soll vom 25. d. an nur mehr eine Menge von 20 Dekagramm Mehl oder 28 Dekagramm Brot pro Tag und Kopf zugewiesen werden. In „Wiener Zeit", die in vierzehntägigen Mehlperioden zählt, umgerechnet wird also vom Ende dieses Monats ab in Budapest jeder Einwohner 280 Deka Mehl oder 392 Deka Brot erhalten. (In Wien seit Einführung der Karte 100 Deka Mehl und 252 Deka Brot oder 392 Deka Brot, vorausgesetzt, daß man die volle Quote erhält, was bekanntlich in Wien nicht immer, in der Umgebung und in vielen Gegenden Oesterreichs fast niemals der Fall ist.) Theoretisch wäre damit endlich zwischen Wien und Budapest die „Parität" in der Mehl- und Brotversorgung wenigstens hinsichtlich der Menge hergestellt: ob auch in der Praxis, hängt davon ab, ob man auch bei etwa notwendigen Kürzungen der Ration paritätisch verfahren wird. Hinsichtlich der Qualität des Mehles, die übrigens das minder wichtige ist, bleibt der Unterschied aufrecht, wenn auch seit März in Budapest die Mehlmenge nur mehr zu drei Vierteln aus Feinmehl und zu einem Viertel aus Maismehl (aber vernünftigerweise unvermischt!) besteht. Feinmehl hat man in Oesterreich überhaupt schon, man kann sagen, seit Jahren höchstens noch — wenn man von „guten Eltern" war — in Form von Mazzes erhalten können, was übrigens jetzt, so hoffen wir, auch nur mehr seltener zutrifft.

Aber von großer Wichtigkeit ist folgendes. Während man in Wien und im übrigen Oesterreich wiederholt in den Haushaltungen Mehlbestandsaufnahmen erlebte und das Mehlbezugsrecht entsprechend den festgestellten Mengen gekürzt wurde, wurde in Budapester Blättern zugleich mit der Mitteilung der Neuregelung „von zuständigen kommunaler Stelle" verkündet:

> „Es ist auch die Frage aufgetaucht, wie die Maßregel bezüglich jener Haushaltungen durchgeführt werden könnte, die bis zur neuen Ernte mit Feinmehl versehen sind. Um einer gleichen Behandlung des Publikums willen müßten auch diese Haushaltungen gezwungen werden, sich gleich den übrigen einzuschränken und in demselben Maße wie diese Maismehl zu verwenden. Allein dies ist aus verschiedenen Gründen einfach undurchführbar und die betreffenden Haushaltungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach ungestört ihre Vorräte an Feinmehl verwenden können."

Die „verschiedenen Gründe", aus welchen in Budapest „undurchführbar" sein soll, was in Wien mehrmals durchführbar war, wären wissenswert. Man kann sich das Erzieherische solcher Verlautbarungen denken. Eine andere, begreiflichere Ausnahme besteht darin, daß die neue Beschränkung des Mehlbezuges für Personen, die schwere körperliche Arbeit verrichten, nicht gilt, und daß diese außerdem noch auf die Ersatzkarte Anspruch haben.

Den Produzenten werden Ungarn folgende Getreidemengen für die Selbstversorgung zugebilligt: a) für Saatgut: Sommerweizen 90, Roggen 100, Gerste 85, Hafer 80, Haferwicke 45, Mais 20, Grünfutter 90, Reps 10 Kilogramm; b) Viehfutter: bis zur neuen Ernte pro Tag und Tier: Zuchthengst 3.40, leichtes Zugpferd 1.40, schweres Zugpferd 2, Fohlen unter einem Jahr 0·5, Kälber unter einem halben Jahr 0·5, Lämmer 0·1 Kilogramm Hafer. Ist kein Hafer vorhanden, wird ausnahmsweise ebensoviel Mais oder Gerste überlassen. Mastschweine bis zum Schluß der Mastperiode drei Zentner Mais. Für Geflügel darf nur Ausreuter zweiter Qualität verwendet werden; c) für das Gesinde: monatlich 16 Kilogramm Weizen, Roggen oder Gerste für drei Monate, für Erntearbeiter für zweieinhalb Monate. (Die Reihenfolge der Aufzählung entstammt ungarischen Veröffentlichungen.) Die Schnitteranteile sind in vertragsmäßiger Menge auszufolgen, von der betreffenden Familie jedoch auf Grund der Kopfquote nicht benötigte Mengen zu requirieren. — Gegen Requirierungen kann in Ungarn der Rekurs an den Oberstuhlrichter und in zweiter Instanz an das Landesvolksernährungsamt ergriffen werden.

Reichspost Abend
8. III. 1917

113

Rechtzeitige Vorsorge für den Frühjahrsanbau.

Christlichsoziale Beschwerden über die Zusammensetzung der Konferenzen beim Ministerpräsidenten. — Landeshauptmann Hauser beim Kriegsminister.

KA. In der gestrigen Sitzung der Christlichsozialen Vereinigung brachten bei Besprechung der Ernährungsfragen die Vertreter aller Länder verschiedene Beschwerden über das Ausmaß und die Art und Weise der Requisitionen bei den Landwirten vor. Allseits wurde es bemängelt, daß bei der Ernährungskonferenz im Ministerratspräsidium am letzten Freitag der Mittelstand, die Gewerbetreibenden und Landwirte, zur Beratung nicht zugezogen wurde, sondern seitens der Regierung sowohl bezüglich der Standes- als der Parteizugehörigkeit die Einladung sehr einseitig beliebt wurde. Abg. Fink gab auf verschiedene Anfragen Auskünfte über die Enthebung von Landwirten zu Anbau- und Erntezwecken. Mehrfach gelangte die Meinung zum Ausdrucke, daß es ohne entsprechende Vorkehrungen unmöglich sei, den Frühjahrsanbau in ausreichendem Maße und in befriedigender Weise zur Durchführung zu bringen.

•

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Prälat Hauser, erschien gestern beim Kriegsminister Generaloberſten v. Krobatin, um demselben neuerdings die Wichtigkeit des Frühjahrsanbaues in Oberösterreich darzulegen und um die Enthebung der für denselben notwendigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu erbitten. Gleichzeitig erinnerte er an seine wiederholte Bitte, die eingerückten 50jährigen und noch älteren Landsturmmänner an der Front so bald als möglich ins Hinterland zu transferieren, tunlichst in die Nähe ihrer landwirtschaftlichen oder Geschäftsbetriebe, um ihnen Gelegenheit zu bieten, ab und zu in ihren Geschäften nachzusehen. Eindringlichst erneuerte Hauptmann Hauser nochmals das Ersuchen, die Einrückung der 18jährigen Rekruten, die am 10. d. M. erfolgen soll, bis über die Zeit des Frühjahrsbaues zu verschieben. Der Kriegsminister sagte die tunlichste Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen zu.

•

Ein Wort zu den landwirtschaftlichen Enthebungen.

Es wird uns geschrieben: Aus Anlaß der demnächst beginnenden Anbauzeit wird wieder eine große Anzahl von eingerückten landsturmpflichtigen Landwirten, deren Söhne und Angestellte, von der militärischen Dienstleistung enthoben werden müssen, um diese wichtige, volkswirtschaftliche Angelegenheit, die gerade jetzt in das Staatsleben so tief eingreift, einer günstigen Erledigung zuzuführen und um auf diese Weise den Aushungerungsplan unserer nun mehr denn je erbitterten Feinde zunichte zu machen.

Die Wichtigkeit der Landwirtschaft in der dermaligen Zeit zu begründen, glauben wir dahingestellt sein lassen zu können.

Unsere Ausführungen wollen nur bezwecken, den maßgebenden militärischen Stellen, denen das Enthebungsrecht zusteht, nachstehende Vorschläge zur Begutachtung und eventuellen Darnachachtung zu unterbreiten:

Es wollen in Hinkunft a) für mindertaugliche Landwirte (deren Söhne, Angestellte usw.), soweit sie tatsächlich als unentbehrlich reklamiert werden, ebenso wie zum Beispiel Arbeitern in öffentlichen Betrieben usw., Enthebungen auf unbestimmte Zeit b) tauglichen Landwirten Enthebungen bis zum Abschluß der Ernte, Drusch- und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten, das ist bis Ende November, gleich jetzt gewährt werden, wobei man von dem Standpunkte ausgehen möge, daß ja ein Landwirt, bezw. dessen Vertreter, der ohne männliche Hilfskräfte (Knechte), die ja in der jetzigen Zeit unmöglich aufzutreiben sind, jahraus, jahrein Arbeit in Hülle und Fülle hat und beinahe ununterbrochen zu Hause ist (man denke nur an die Ablieferung des Getreides, Heues, Klees usw.) und durch niemanden ersetzt werden kann. Die Verwendung von Kriegsgefangenen ohne männliche Beaufsichtigung hat sich vielfach als untunlich erwiesen.

Der Kriegsgefangene kann im besten Falle einen „zweiten" Knecht ersetzen, nie aber als selbständige Hilfskraft — natürlich schon gar nicht als Stellvertreter des Leiters der Landwirtschaft — in Betracht kommen.

Die Frauen und Mägde müssen für die meist zahlreichen Kinder und für das Vieh sorgen und die trüben Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, haben bewiesen, daß weibliche Personen zwar längere Zeit die Männer vertreten können, aber es auf die Dauer nicht aushalten, krank und arbeitsunfähig werden.

Wir möchten diesfalls den militärischen Zentralstellen auch empfehlen, größere Besitzer oder deren Stellvertreter, selbst wenn sie im Felde stehen, und zuhause keine geeignete Hilfskraft oder ein Stellvertreter vorhanden ist, auf die unbedingt notwendige Dauer zu entheben, da der mit der langen Abwesenheit eines Besitzers in Verbindung stehende Niedergang des Gutes in gar keinem Verhältnisse zu den sonstigen Staatsinteressen steht. Man möge diesfalls zwar rigoros aber nicht engherzig sein!

•

Reichspost

8./III. 1917

1115

Der Verkehr mit Futtermöhren und Futterzuckerrüben.

Amtlich wird mitgeteilt: Eine Verordnung des Amtes für Volksernährung dehnt die Bestimmungen der im Oktober des Vorjahres erschienenen Ministerialverordnung über den Verkehr mit Futterrüben auch auf die Futtermöhren und Futterzuckerrüben aus, setzt die Uebernahmspreise für 100 Kilogramm Futtermöhren mit 6 Kronen, für Futterzuckerrüben mit 4 Kronen 50 Heller fest und bestimmt, daß jede Art der Verarbeitung von Futterrüben der Genehmigung des Amtes bedarf. Sowohl die Ergänzungsverordnung als auch die Verordnung vom Oktober 1916 gilt für die Ernte des Jahres 1917.

Fremdenblatt 9./III. 1917

116

Eine Denkschrift der Hochschule für Bodenkultur.

Von Dr. Siegfried v. Strakosch.

Die Hochschule für Bodenkultur in Wien hat in einer Denkschrift: „Staatsnotwendigkeiten auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft" Stellung zu dem großen Problem der Entwicklung unserer Agrarproduktion nach dem Kriege genommen. Wer wäre berufener dazu als sie, deren Lehr- und Forschungstätigkeit den Bedingungen der Bodenwirtschaft im weitesten Sinne gewidmet ist. Jetzt, da die Ereignisse nicht bloß weitgehendste Selbstversorgung predigen, sondern auch aus anderen Gründen die Förderung jeglicher Produktion als wichtige Zukunftsaufgabe erscheinen lassen, wird die Berechtigung, ein gewichtiges Wort mit in die Wagschale zu werfen, zur unabweisbaren Pflicht. Die Hochschule erfüllt diese, indem sie die reichen Erfahrungen und Beobachtungen der hervorragenden Fachleute, welche ihr Lehrkörper vereinigt, in jener Schrift zum Ausdruck bringt.

Vorläufig ist der erste, der Landwirtschaft gewidmete Teil der Arbeit im Druck erschienen.*) Von sieben Abschnitten behandelt einer Grundlagen, Ziele und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in mehr allgemein gehaltener Form, während die anderen der Reihe nach Notwendigkeiten der Staatsfürsorge auf dem Gebiete des Unterrichts- und Versuchswesens, der Pflanzen- und Tierproduktion, der technischen Hilfszweige, der Hebung und Vervollkommnung der Unternehmertätigkeit der Landwirte und schließlich der Agrarpolitik und Agrarpflege gelten. Es gibt kaum eine Frage, die irgendwie mit der landwirtschaftlichen Produktion zusammenhängt und hier nicht zumindest berührt würde. Manche ist mit der Gedankentiefe des Gelehrten und erfahrenen Sachkenners behandelt, manche nur andeutungsweise.

Zu der ersten Kategorie wird man gleich die ausgezeichneten Ausführungen über das Unterrichts- und Versuchswesen zählen müssen. Großzügig beginnen sie dort, wo der Kern des Uebels zu suchen ist: Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, vor allem den Elementarunterricht und die niederen landwirtschaftlichen Schulen auszugestalten. Sie fordern weiter die Errichtung von bäuerlichen Beispielswirtschaften und die Bestellung landwirtschaftlicher Bezirksfachmänner mit Beamtencharakter. Daran anknüpfend, werden die Mängel des mittleren und höheren landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, seiner Kontrolle und Leitung gezeigt. Man hört, wie ganz ungenügende materielle Mittel die persönliche Leistungsfähigkeit der Hochschullehrer herabdrücken und das Arbeitsfeld sowohl der Lehrkanzeln wie der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten verengen. Lebhaft wird eine enge Verbindung beider befürwortet.

Ernsteste Beachtung verdienen dann die Forderungen, die sich auf die Pflanzen- und Tierzucht und auf die Bekämpfung pflanzlicher und tierischer Krankheiten beziehen. Das Deutsche Reich hat zielbewußten Zuchtbestrebungen einen ansehnlichen Teil seiner erstaunlichen Fortschritte in den Ackererträgen zu danken und nicht minder die Erfolge seiner Viehzucht. Die Denkschrift bezeichnet als Leitsatz für letztere die Leistungszucht, während die im Gegensatz hiezu bei uns noch vielfach übliche „Abzeichenspielerei" scharf gegeißelt wird.

Viehzucht und -Haltung haben zur unerläßlichen Voraussetzung Sicherung des Futterbaues, der Wiesen- und Weidennutzung. So wird folgerichtig der ganze Komplex von Uebelständen und Schädlichkeiten aufgerollt, der hiebei zutage tritt. Dazu gehört das Vorhandensein ausgedehnter Oedländereien, zu deren Verringerung drastische Mittel, unter Umständen sogar der Heimfall an den Staat empfohlen werden. Um die Aufsaugung und Benützung von Alpwiesen und Alpweiden und von anderem landwirtschaftlichen Weideland durch den Großjagdbesitz zu verhindern, wird vorgeschlagen, daß, ähnlich wie jetzt die Umwandlung von Waldland in Acker- und Wiesenland an eine behördliche Genehmigung gebunden ist, umgekehrt auch die Umwandlung von Acker-, Wiesen- und Weideland in Wald- oder Wildweide der behördlichen Zustimmung zu unterwerfen wäre. Weniger greifbare Resultate als von dieser Anregung dürften von einer anderen zu erwarten sein, die durch entsprechendes Bepflanzen von Straßen, Feldwegen, Dammkronen und Bergkuppen mit Bäumen und Sträuchern die Windgeschwindigkeit herabsetzen und dadurch für manche Pflanzen, wie den Mais, bessere Vorbedingungen schaffen will, und durch Anlage von Teichen Verbesserung der Niederschlagsverhältnisse trockener Gegenden. Die Denkschrift weist selbst sehr richtig darauf hin, daß die praktische Nutzanwendung klimatologischer Erkenntnisse noch in den Kinderschuhen steckt, und so wird man sich wohl vorläufig auf eine Fortsetzung von bereits bewährten Aktionen, namentlich der Karstaufforstung, beschränken müssen.

In der hochwichtigen Kommassierungsfrage wird gesetzliche Festlegung des Kommassierungszwanges und ein beschleunigtes Tempo bei der Durchführung eingeleiteter Operationen verlangt. Das letztere setzt weit größere Mittel voraus, als heute dem Ackerbauministerium für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Den Wunsch nach einer zwangsweisen Kommassierung begreift man, wenn man sich des gänzlichen Versagens der bisherigen Aktionen erinnert. Seit 30 Jahren ist es nicht besser, sondern eher schlechter geworden, trotzdem der landwirtschaftlichen Produktivität und damit dem Nationalvermögen dadurch alljährlich Millionenwerte verloren gehen. Das Ackerbauministerium hat sich in den letzten Jahren vergebens bemüht, wenigstens eine Verbesserung des unglücklich gefaßten Kommassierungsgesetzes zu erreichen, nachdem bisher jedes Projekt durch die an seiner Durchführung nichtinteressierten Stimmen des Kleinbesitzes geworfen werden konnte. Eine in diesem Sinne verfaßte Novelle zum Zusammenlegungsgesetze wurde dem niederösterreichischen Landesausschusse Anfang 1909 übermittelt, vom niederösterreichischen Landtage aber 1912 abgelehnt. Die Hoffnung, die gesetzgebenden Körperschaften für eine noch weitergehendere Regelung der Kommassierungsfrage zu gewinnen, ist demnach gering.

*) Kommissionsverlag von Wilhelm Frick.

Interessant ist die Forderung eines Befähigungsnachweises für die Ausübung des landwirtschaftlichen Berufes. Folgerichtig als Mittel zur Verbreitung neuzeitlicherer Betriebsweisen gedacht, begegnet sich diese Anregung von fortschrittlichster Stelle mit den Plänen, die man auf dem Gebiete anderer Gewerbe als reaktionär zu empfinden gewohnt war. Eine, dem Zweck wirklich entsprechende Durchführung müßte freilich aus mancherlei Gründen auf kaum zu bewältigende Schwierigkeiten stoßen. Das Verlangen, die Industrie möge zur Lösung der Landarbeiterfrage durch den Verzicht auf einen Teil ihrer Arbeiter während der Zeit des dringendsten landwirtschaftlichen Bedarfes beitragen, setzt bei unseren Industriellen doch zu viel staatssozialistisches Empfinden voraus. Eine andere Forderung, die nach Schaffung einer administrativen und wissenschaftlichen Zentralstelle für Volksernährung hat einstweilen den Kriegszeiten ihre Erfüllung zu danken gehabt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß einem solchen Amt auch zur Friedenszeit im Dienste der Verbesserung und Sicherung der Volksernährung große Aufgaben gestellt wären. Die Denkschrift möchte im Zusammenhang damit auch den Weg von der Produktion zum Konsum unter Einflußnahme des Staates verbilligt sehen. Sie weist damit auf eine der wundesten Stellen des heimischen Wirtschaftslebens hin. Es ist erstaunlich, daß unsere Volkswirte die Preise, welche die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse erhält, stets fürsorglich verfolgen und dabei so wenig beachten, um wieviel mehr der Konsum in Oesterreich bei gleichen Produktenpreisen als landwirtschaftlicher Erzeugungsstätte für die Nahrungsmittel zahlen muß, als in Deutschland. Während der Kriegszeit entsprach dem Erzeugerpreis für Kartoffeln von 9 Kronen in Wien ein Händlerpreis von 18 Kronen. In Deutschland waren die korrespondierenden Preise 8 Mark und 12 Mark. Die Höchstpreise in Weizen und Roggen betrugen 1916 in Oesterreich 38 Kronen, resp. 31 Kronen, in Deutschland mehr, und zwar 39 Kronen, resp. 33 Kronen per 100 Kilogramm. Dabei kostet das Kilogramm Brot in Wien 57,5 Heller und im Durchschnitt des Königreichs Preußen nur 54 Heller.

Im Rahmen dieser Ausführungen ist es nicht annähernd möglich, nur die wichtigsten der Anregungen zu besprechen, welche die „Staatsnotwendigkeiten" der Hochschule in Fülle darbieten. Man wird nicht alle Wünsche und Forderungen, die darin enthalten sind, als wirkliche Staatsnotwendigkeiten im strengsten Sinne des Wortes bezeichnen können, doch gewiß viele davon als solche empfinden müssen.

Nicht jeder Vorschlag mag widerspruchslos entgegengenommen werden, wie denn auch das Urteil über die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften bereits die scharfe Opposition der Präsidentenkonferenz der Landeskulturräte und Landwirtschaftsgesellschaften ausgelöst hat. Trotz des Auseinandergehens der Anschauungen aber wird niemand an diesem Dokument pflichterfüllten, begeisterten Vorwärtswollens vorübergehen dürfen, dem die Zukunft unserer Landwirtschaft am Herzen liegt.

Die Zeit
9. III. 1917

118

(Getreidehöchstpreise.) Solange der Krieg dauert, ist an einen Abbau der Zentralen nicht zu denken, obwohl sich bereits die früheren Gegner des Handels für Wiedereinsetzung der legitimen Berufskreise aussprechen. Es ist daher vorläufig weiter mit der Fortführung der Getreidebeschaffung und -Verteilung durch die Kriegsgetreideverkehrszentrale zu rechnen. Ist die neue Ernte auch noch weit im Felde und in Deutschland noch ferner als in Oesterreich und namentlich in Ungarn, so schweben doch im Reiche bereits Unterhandlungen über die künftigen Höchstpreise. So gilt bereits als sicher, daß die Differenzierung der Preise von Brotgetreide und den anderen Zerealien auf anderer Basis gestaltet werden wird, und es sprechen sich auch Berufene für Stetigkeit der Preise während der ganzen Kampagne aus, so daß die Prämie für frühere Lieferung, in manchen Artikeln aber auch für spätere Lieferung entfallen würde. Präliminiert werden für Weizen M. 300, für Roggen M. 260 gegen jetzt M. 260, beziehungsweise M. 220, und für Gerste (ganz allgemein) und Hafer M. 270. Für Spätkartoffeln werden M. 10 pro Meterzentner in Aussicht genommen; durch diesen Hochpreis gegenüber stark ermäßigten Rübenpreisen soll die Konkurrenz im Anbau verringert werden. Es existiert auch eine Richtung, die für die vier Fruchtsorten, also Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, den ganz gleichmäßigen Preis von M. 270 bestimmen will. Das Verlangen der österreichischen Landwirtschaft, die Preise aller Produkte nicht unter dem Niveau einzustellen, das in Ungarn vorgeschrieben werden wird, kann auf alle Fälle als berechtigtes angesehen werden, denn für das bisherige Gegenteil fehlt jede Begründung. Der Hauptfaktor für die nächsten Höchstpreise ist aber jedenfalls der Ausfall der Ernte selbst; nächstdem ist wohl damit zu rechnen, daß die kürzlich ins Leben gerufene neue Ernährungsstelle für Oesterreich und Ungarn jene ausschlaggebende Institution sein wird, die bei diesem Anlaß Gerechtigkeit nach allen Seiten üben wird.

Fremdenblatt
9./III. 1917

Die ersten rumänischen Zuschübe in Steiermark.

Wie das „Grazer Volksblatt" meldet, sind kürzlich die ersten Zuschübe aus der rumänischen Ernte des Vorjahres in einer allerdings bescheidenen Anzahl zur Verfügung der Grazer Zweigsstelle der Kriegsgetreideverkehrsanstalt gestellt worden. Es sind dies 30 Waggons rumänischen Weizens guter Beschaffenheit, von denen 14 zur Deckung des dringendsten Bedarfes der Stadt Graz bestimmt sind. Diese rumänischen Zuschübe ermöglichen die weitere Ausgabe von Speisemehl im bisherigen Ausmaße.

Frankfurter Zeitung
10./III. 1917

Ländliche Hilfsarbeit.

Die Reihen unserer landwirtschaftlichen Produzenten sind arg gelichtet; zu Millionen stehen Bauern und Landarbeiter im Felde. Die Zurückgebliebenen mühen sich hart, um mit Alten, Frauen und Kindern und den zum Glück zahlreichen Kriegsgefangenen die Ackerbestellung durchzuführen. Aber es will nicht langen, zumal da es auch an Gespannen mangelt. Und doch ist es eine Lebensfrage für das deutsche Volk, daß unser Land soviel wie möglich an Nahrungsmitteln für Mensch und Tier hervorbringe. Das haben in den letzten harten Monaten auch die Städter, ja, vor allem die Städter, am eigenen Leibe zu verspüren gehabt.

Darum soll es nicht als eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft, sondern als eine allgemeine, für alle Schichten des Volkes, und gerade auch für die städtischen Kreise, überaus bedeutsame vaterländische Aktion betrachtet werden, wenn sich Frauen aus den Städten zum Hilfsdienst in der Landwirtschaft melden. In Betracht kommen natürlich nur solche Frauen und Mädchen, die nicht bereits in wichtiger kriegswirtschaftlicher Arbeit stehen. Wer heute in der Kriegsindustrie, in der Krankenpflege usw. beschäftigt ist, soll natürlich darin verbleiben. Nur bisher brachliegende Kräfte leisten dem Reich einen Dienst, wenn sie sich zur landwirtschaftlichen Arbeit melden.

Vor allen ergeht der Ruf an alle deutschen Frauen und Mädchen, die vom Lande stammen, mit den landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind und die dafür erforderliche körperliche Rüstigkeit und Widerstandskraft besitzen. Die Erfahrungen, die die Landwirte im Herbst 1914 mit ungeübten Städterinnen gemacht haben, ermutigen nicht zur Fortsetzung des Versuches: der heilige Eifer, mit dem die freiwilligen Helferinnen damals ans Werk gingen, konnte doch zumeist die mangelnde Kraft und Uebung nicht ersetzen. Aber die vom Lande stammenden Helferinnen werden überall hochwillkommen sein, auch wenn sie ihre Kinder mitbringen! Zahlreiche Bauern und Gutsbesitzer werden sich bereit erklären, Frauen mit ihren Kindern aufzunehmen und so reichlich zu beköstigen, wie die Not der Zeit es irgend erlaubt, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Mutter sich als brauchbare Hilfskraft in der Wirtschaft erweist. Mit Sicherheit kann erwartet werden, daß viele Frauen gern die Gelegenheit ergreifen werden, um ihren kärglich ernährten, in der Großstadt von Luft und Licht abgesperrten Kleinen einige Monate gesunden Landlebens zu verschaffen.

Mehr noch als bisher muß in allen Kreisen des deutschen Volkes der Wille geweckt werden, an der Erzeugung der für Heer und Heimat gleich wichtigen Nahrungsmittel tätig mitzuarbeiten. Es geht nicht an, daß Frauen und Mädchen vom Lande in die Fabriken abwandern, weil ihnen dort höherer Lohn winkt. Wer soll denn an ihrer Stelle für Brot, Kartoffeln und Milch sorgen?

Ist es schon vaterländische Pflicht aller Frauen, die irgend dazu in der Lage sind, Arbeit auf dem Lande zu übernehmen, so muß es Ehrensache aller bereits auf dem Lande befindlichen Frauen sein, jetzt in dem Entscheidungskampf mit unseren Feinden dort zu bleiben, wo sie die nützlichste Kriegsarbeit verrichten können: auf heimischer Scholle! Nicht laut und eindringlich genug kann immer wieder dieser Grundsatz verkündet werden, damit wir siegen!

Die Arbeitsvermittlung übernehmen die bei den Landwirtschaftskammern eingerichteten landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise.

Kölnische Zeitung
10./III. 1917

Oesterreich-Ungarn.

Die Steigerung des ungarischen Bodenertrags.

✡ **Wien**, 5. März. In der gegenwärtig im ungarischen Abgeordnetenhause stattfindenden Aussprache über die Berichte der ungarischen Regierung über die Inanspruchnahme der Ausnahmegewalt ist auch eingehend die Frage der Bodenreform und der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung Ungarns erörtert worden. Das ist eine Angelegenheit, die sowohl im allgemeinen als ganz besonders für die augenblickliche Lage Ungarns und seiner Verbündeten von großer Bedeutung ist. Denn bekanntlich erzeugt Ungarn auf seinen 35- bis 39 000 Quadratkilometern allerbesten Weizenbodens im Durchschnitt nur 13 Doppelzentner Weizen pro Hektar, während Österreich aus dem Hektar 15, Deutschland 24 Doppelzentner gewinnt, und sein Hektarertrag an Gerste beträgt 14, an Kartoffeln 75 Doppelzentner gegenüber 16 und 100 Doppelzentnern in Österreich, 22 und 159 Doppelzentnern in Deutschland. Bei bedeutend ungünstigerer Beschaffenheit des Bodens und des Klimas erzielt also Deutschland gegenüber Ungarn den doppelten Weizenertrag. Aus der trefflichen Rede des gewesenen ungarischen Abgeordneten, nunmehrigen Sektionschefs in der handelspolitischen Abteilung des Ministeriums des Äußern, Dr. Gratz, wissen wir, daß der Aufschwung der ungarischen Landwirtschaft, der 1867 nach Schaffung des Dualismus eingesetzt hatte, im Jahre 1890 ins Stocken geraten ist infolge der Errichtung der Zollmauer, hinter der sich die ungarische Landwirtschaft auf die Bärenhaut legte, um, ungestört von jeglichem Wettbewerb, den aus dem hohen Schutzzoll sich ergebenden Gewinn, den sie durch Erhöhung des Ernteertrags bei fast gleichbleibender Absatzmöglichkeit nur hätte verringern können, auf dem gesicherten österreichischen Absatzgebiet einzuheimsen, wie auf der andern Seite die österreichische Industrie aus den hohen, den bequemen Gewinn auf dem ungarischen Markt gewährleistenden Industriezöllen keinerlei Antrieb erhielt zu einer wesentlichen Produktionssteigerung, von der sie aus denselben Gründen ein Sinken der Preise befürchten mußte. Infolge dieser hemmenden Wirkung der Schutzzölle trat die ungarische Landwirtschaft mit einer viel geringern Leistungsfähigkeit in den Weltkrieg ein, als sie hätte haben können. Es liegt ja auf der Hand, daß es mitten im Weltkrieg nicht möglich ist, den Ertrag der ungarischen Ernte auf die Höhe der deutschen zu bringen. Aber gesteigert werden könnte er gewiß. Soviel man aus der Erörterung des ungarischen Abgeordnetenhauses entnehmen konnte, wird auch jetzt der Versuch dazu gemacht. In erster Linie scheint das Bestreben dahin zu gehen, alles fruchtbare Land unter den Pflug zu nehmen. Bisher war das leider nicht der Fall. Viele Großgrundbesitze — die Fideikommisse allein, deren einzelne bis 200 000, bloß 94 zusammen 2,3 Millionen Joch umfassen, machen in Ungarn 33,5 Prozent (16 Millionen Katastraljoch von 48,8 Millionen), in Kroatien-Slawonien gar 40,72 Prozent (2,9 Millionen Joch von 7,3 Millionen) aus, und 6 Millionen Joch sind im Besitz von Städten und Gemeinden — haben auch während des Kriegs bisher die althergebrachte extensive Wirtschaft beibehalten und weite, zur Bestellung geeignete Strecken brach liegen lassen. Und die ungarische Regierung scheint nicht den nötigen Nachdruck ausgeübt, noch die geeigneten Mittel bereitgestellt zu haben, um diese unter den obwaltenden Verhältnissen besonders beklagenswerte Lässigkeit zu brechen. Wurde doch in der Erörterung des Abgeordnetenhauses unwidersprochen festgestellt, daß die ungarische Regierung die ihr im vorigen Jahr aus Deutschland angebotenen Dampfpflüge wegen zu hoher Kosten nicht ankaufte und die Aufteilung von Saatgut nicht entsprechend durchführte. Wie die Dinge liegen, wäre aber gerade das Vorhandensein so großer zusammenhängender Güter, mag es sonst volkswirtschaftlich ungesund sein, für die intensive Kriegswirtschaft vorteilhaft gewesen, weil es den großzügigen Anbau mit Dampfpflug und Maschinen unter Verwendung geringen Personals begünstigt hätte. Man muß es daher im Interesse der Versorgung der Mittelmächte mit den zum Durchhalten unbedingt nötigen Feldfrüchten, so sehr vom Standpunkt der künftigen Friedenswirtschaft von oppositionellen Abgeordneten Klage darüber geführt worden, begrüßen, daß es die ungarischen Großbanken, natürlich aus Gewinnsucht, die aber in diesem Falle auch allgemeinen Nutzen stiftet, unternommen haben, mit ihrem Kapital hier helfend einzugreifen. Hoffentlich erweist sich auch die Tätigkeit des gemeinsamen Ernährungsausschusses, der auf Wunsch des Kaisers eingesetzt worden, in dieser Hinsicht als wirksam. In diesem Jahre sollte jedenfalls alles darangesetzt werden, um aus Ungarns gesegneten Gefilden das herauszuholen, was es an Feldfrüchten hergeben kann.

Kölnische Zeitung
10./III. 1917

112

Deutschland.

Ländliche Hilfsarbeit.

Die Reihen unsrer landwirtschaftlichen Produzenten sind arg gelichtet; zu Millionen stehen Bauern und Landarbeiter im Felde. Die Zurückgebliebenen mühen sich hart, um mit Alten, Frauen und Kindern und den zum Glück zahlreichen Kriegsgefangenen die Ackerbestellung durchzuführen. Aber es will nicht langen, zumal es auch an Gespannen mangelt. Und doch ist es eine Lebensfrage für das deutsche Volk, daß unser Land soviel wie möglich an Nahrungsmitteln für Mensch und Tier hervorbringe. Das haben in den letzten harten Monaten auch die Städter, ja, vor allem die Städter, am eignen Leibe zu verspüren gehabt. Darum soll es nicht als eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft, sondern als eine allgemeine, für alle Schichten des Volks und gerade auch für die städtischen Kreise überaus bedeutsame vaterländische Aktion betrachtet werden, wenn sich Frauen aus den Städten zum Hilfsdienst in der Landwirtschaft melden. In Betracht kommen natürlich nur solche Frauen und Mädchen, die nicht bereits in wichtiger kriegswirtschaftlicher Arbeit stehen. Wer heute in der Kriegsindustrie, in der Krankenpflege usw. beschäftigt ist, soll natürlich darin verbleiben. Nur bisher brachliegende Kräfte leisten dem Reiche einen Dienst, wenn sie sich zur landwirtschaftlichen Arbeit melden. Vor allem ergeht der Ruf an alle deutschen Frauen und Mädchen, die vom Lande stammen, mit den landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind, und die dafür erforderliche körperliche Rüstigkeit und Widerstandskraft besitzen. Die Erfahrungen, die die Landwirte im Herbst 1914 mit ungeübten Städterinnen gemacht haben, ermutigen nicht zur Fortsetzung des Versuchs: der heilige Eifer, mit dem die freiwilligen Helferinnen damals ans Werk gingen, konnte doch zumeist die mangelnde Kraft und Übung nicht ersetzen. Aber die vom Lande stammenden Helferinnen werden überall hochwillkommen sein, auch wenn sie ihre Kinder mitbringen! Zahlreiche Bauern und Gutsbesitzer werden sich bereit erklären, Frauen mit ihren Kindern aufzunehmen und so reichlich zu beköstigen, wie die Not der Zeit es irgend erlaubt, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Mutter sich als brauchbare Hilfskraft in der Wirtschaft erweist. Mit Sicherheit kann erwartet werden, daß viele Frauen gern die Gelegenheit ergreifen werden, um ihren kärglich ernährten, in der Großstadt von Luft und Licht abgesperrten Kleinen einige Monate gesunden Landlebens zu verschaffen. Mehr noch als bisher muß in allen Kreisen des deutschen Volkes der Wille geweckt werden, an der Erzeugung der für Heer und Heimat gleich wichtigen Nahrungsmittel tätig mitzuarbeiten. Es geht nicht an, daß Frauen und Mädchen vom Lande in die Fabriken abwandern, weil ihnen dort höherer Lohn winkt. Wer soll denn an ihrer Stelle für Brot, Kartoffeln und Milch sorgen? Ist es schon vaterländische Pflicht aller Frauen, die irgend dazu in der Lage sind, Arbeit auf dem Lande zu übernehmen, muß es Ehrensache aller bereits auf dem Lande befindlichen Frauen sein, jetzt in dem Entscheidungskampf mit unsern Feinden dort zu bleiben, wo sie die nützlichste Kriegsarbeit verrichten können: auf heimischer Scholle! Nicht laut und eindringlich genug kann immer wieder dieser schöne Grundsatz verkündet werden, damit wir siegen! (Anmerkung: Die Arbeitsvermittlung übernehmen die bei den Landwirtschaftskammern eingerichteten landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise.)

Reichspost

12. III. 1917

124

Das neue Statut der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt.

Der mit der Leitung des k. k. Amtes für Volksernährung betraute Minister hat das bisherige Statut der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt außer Kraft gesetzt und ein neues Statut erlassen. Nach diesem neuen Statut hat die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt die ihr durch die einschlägigen Vorschriften zur Bewirtschaftung zugewiesenen Bodenfrüchte und die daraus gewonnenen Erzeugnisse nach Maßgabe dieser Vorschriften anzubringen und für deren fachgemäße Behandlung zu sorgen. Sie hat die aus den Ländern der ungarischen Krone sowie aus dem Auslande zu beziehenden Mengen an solchen Sachen zu übernehmen und die zu diesem Zwecke erforderlichen Vereinbarungen mit den berufenen Organen der königlich ungarischen Regierung und den ausländischen Stellen zu treffen. Sie hat für die vorschriftsmäßige Verarbeitung der übernommenen Sachen und deren entsprechende Behandlung zu sorgen. Sie hat die Verteilung der gesamten ihr somach zur Verfügung stehenden Vorräte nach Maßgabe des vom k. k. Amte für Volksernährung genehmigten Versorgungsplanes vorzunehmen.

Was ihre organische Stellung betrifft, so besteht die Anstalt aus einer Geschäftsgruppe der Verwaltung und einer des kaufmännischen Dienstes. Sie ist dem mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betrauten Minister unterstellt, der die näheren Bestimmungen über das dienstliche Zusammenarbeiten der Anstalt mit den Organen des Amtes für Volksernährung und über die Behandlung der seiner Genehmigung vorbehaltenen Angelegenheiten trifft. Er ernennt im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern Regierungskommissäre zur Ausübung der Staatsaufsicht. Zur Durchführung der mit der Aufbringung und Verteilung der Vorräte in den einzelnen Königreichen und Ländern verbundenen Geschäfte bestehen außer der Zentralstelle in Wien Zweigstellen in den einzelnen Verwaltungsgebieten.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung erhält die Anstalt zur Durchführung ihrer Aufgaben fallweise staatliche Vorschüsse, die nach dem für den Wechseleskompt bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank geltenden Satz zu verzinsen sind. Die näheren Bestimmungen über die Art der Anweisung und Abrechnung der Vorschüsse trifft der Finanzminister. Der Wechselkredit darf von der Anstalt, und zwar nur von der Zentralstelle, dann in Anspruch genommen werden, wenn das Erfordernis an Zinsen und Provision niedriger ist als der Wechselzinsfuß der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Ueber Art und Höhe der Wechselverbindlichkeiten ist dem Finanzminister laufend Bericht zu erstatten. Die Anstalt hat dem Amt für Volksernährung über dessen Verlangen über ihre Geschäftsgebarung jederzeit Rechnung zu legen und über den Stand ihrer Geschäftsführung Bericht zu erstatten.

Sonderbegünstigungen?

Wie das Wiener sozialdemokratische Organ gestern mitteilte, habe Hofrat Baron Frieß vom Ernährungsamte einer bei ihm erschienenen sozialdemokratischen Abordnung, bestehend aus den „Genossen" Eldersch, Wiedenhofer und Weber und der Genossin Emmy Freundlich, „zugesagt, sich zu bemühen, für den Mehlausfall Ersatz zu schaffen. ... Nun wird mitgeteilt, daß dem Lebensmittelverband für die Kriegsleister und Arbeiterkonsumvereinen Kochbrein zugewiesen wird, so daß die Ausgabe von einem Viertelkilogramm Mehl und einem Achtelkilogramm Kochbrein möglich sein wird."

Die Abgabe eines Ersatzes für die Kürzung der Mehlration an die Minderbemittelten wäre sicherlich nur dringendst zu wünschen und wurde in diesen Spalten wiederholt den zuständigen Behörden nahegelegt. Aber wenn nur die „Arbeiterkonsumvereine" die Möglichkeit erhielten, solchen Ersatz abzugeben, so ließe dies auf eine Begünstigung jener hinaus, die Mitglieder oder doch Kunden der Sozialdemokratie sind. Dagegen müßte in der allerentschiedensten Weise Einspruch erhoben werden. Gleiches Recht für alle! Man wird sich im Ernährungsamt schon bemühen müssen, neuen Verteilungsmodus zu finden, der nicht einer einzigen politischen Partei zurechtgeschmiedet ist.

Frankfurter Zeitung
12./III. 1917

12

N5

Hilfe für die Landarbeit!

Frankfurt a. M., 11. März.

Der deutsche Boden muß Deutschlands Heer und Volk ernähren! Eine restlose Bestellung der Felder ist daher für unser wirtschaftliches Durchhalten erste Voraussetzung! Haupterfordernis ist rechtzeitige und gründlichste Bearbeitung! Sie vermag den vielfach mangelnden Dünger wenigstens teilweise zu ersetzen!

Ausreichende Arbeitskräfte bedeuten ausreichendes Brot! Sie zu beschaffen ist ernstes Gebot der Stunde. Mannschaften aus dem Feldheer, den besetzten Gebieten und den Besatzungstruppen können nur in beschränktem Umfange freigegeben werden, da der ausgedehnte Kriegsschauplatz und der Kampf nach den verschiedenen Fronten eine Schwächung der Wehrkraft verbietet.

Die Frauen und Mädchen der Stadt werden aufgerufen und nach Möglichkeit landwirtschaftlicher Arbeit zugeführt werden: So mancher kräftige Arm, der früher auf dem Lande erstarkt ist, kann ihm wieder nutzbar gemacht werden. Wo sich geeignete weibliche Arbeitskräfte zur Mitarbeit auf dem Lande bereit finden, ist es Pflicht der Landwirtschaft, sie willig aufzunehmen und ihre fleißigen Hände sich rühren zu lassen in Haus und Hof, auf Acker und Wiese. Nur wenn alle zusammenstehen, Stadt und Land sich die Hände reichen zu gemeinsamer Arbeit, ist neben den militärischen Erfolgen auch der wirtschaftliche Erfolg gesichert!

Das Kriegswirtschaftsamt Frankfurt a. M.

Vossische Zeitung

14. III. 1917

127

Unwirtschaftliche Transporte.

Man schreibt uns: Infolge der außerordentlichen Beanspruchung der deutschen Eisenbahnen durch die großen Transporte zu unseren weit entfernten Fronten ist im Binnenlande eine außerordentliche Knappheit an rollendem Material entstanden, die gerade im Herbst und Winter sich unangenehm bemerkbar gemacht hat.

Man sollte nun annehmen, daß alle Reichsstellen bemüht wären, auf eine Vereinfachung des Warenumlaufes und eine Entlastung des Eisenbahnverkehrs hinzuwirken. Ein typisches Beispiel, daß das Verständnis für eine solche selbstverständliche Forderung noch nicht Allgemeingut geworden ist, bietet die Tätigkeit der Reichsstelle für Milchkraftfutter, die aus den Küchenabfällen der Großstädte Futtermittel herstellt. Zu diesem Zwecke sind an zwei oder drei Stellen größere Trockenanlagen errichtet, zu denen aus weiten Bezirken Deutschlands die Küchenabfälle hinbefördert werden, um dort getrocknet und vermahlen zu werden.

Wer sich einmal der Mühe unterzogen hat, die Zusammensetzung der städtischen Küchenabfälle näher kennen zu lernen, wird zugeben, daß hier eine außerordentliche Verschwendung mit Ernährungsstoffen wie auch an Beförderung getrieben wird. Kartoffelschalen, mehr oder weniger angefault, Gemüseabfälle in der gleichen Beschaffenheit werden nach mehrtägigem Lagern in den Abfalleimern gesammelt und zur Bahn gebracht, um nach einer Eisenbahnreise von einigen Tagen bis zu einer Woche in halbverfaultem Zustande an ihrem Bestimmungsorte verarbeitet zu werden. Man fährt also etwa 90 Prozent Wasser und faule Bestandteile zur Bahn, läßt einen großen Teil des darin noch vorhandenen Nährwertes unterwegs zu Grunde gehen und gewinnt aus den Resten dann Viehfutter. Eine jede Großstadt hat eigene Betriebe, Schlachthof, Gas- und Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Fuhrpark und Gutswirtschaft. Auf allen sind Kraftanlagen vorhanden oder lassen sich mit Leichtigkeit schaffen, es wäre also ein Leichtes, die Abfälle hier zu trocknen und zu verarbeiten, selbst wenn die Betriebskosten in diesen zersplitterten Betrieben sich etwas höher stellten als in einzelnen größeren Zentralen, so spielt das keine Rolle angesichts des Umstandes, daß man das weitere Verderben der Abfälle auf dem Eisenbahntransport vermeidet und die Eisenbahnen entlastet.

In dieses Kapitel gehören auch die Transporte von Heidekraut zu Frachtkosten weit unter den Selbstkosten der Bahnverwaltung. Man hat im Jahre 1916 Heidekraut aus der Lüneburger Heide nach Schlesien befördert, um dieses dort zu trocknen und zu Heidemehl zu verarbeiten. Durch diese Maßnahmen wird in erster Linie das private Unternehmertum, das heute infolge Wagenmangels weder Rohstoffe erhalten noch seine Erzeugnisse verfrachten kann, betroffen. Man hat zur Beseitigung des Wagenmangels dann lange Zeit Warensendungen nach dem Auslande eingestellt, damit die Ausfuhr nach dem neutralen Auslande lahmgelegt, zum Schaden der Industrie und auch unserer Handelsbilanz und Valuta.

Es dürfte sich empfehlen, zu den bis jetzt errichteten dreißig bis vierzig Reichsstellen noch eine weitere zur Verhütung unwirtschaftlicher Transporte zu errichten. Der Erfolg würde verblüffend sein. Man wird dann hoffentlich nicht mehr Steckrüben und anderes Gemüse in großen Mengen aus Pommern nach der Rheinpfalz oder aus Schleswig-Holstein nach dem Main und Rhein spazieren fahren. Man trifft jetzt Vorsorge für die kommende Ernte und verweist die Kommunalverbände und Verbrauchergruppen auf den Weg der direkten Verständigung mit den Produzenten, hoffentlich werden auch hierbei obige Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen.

Anstatt weitere große Trocknungsanlagen in den Großstädten oder in dem in der Gemüsetrocknung weit entwickelten Westen Deutschlands zu errichten, sollten die zuständigen Stellen durchsetzen, daß diese direkt auf den Gütern errichtet werden, mit denen die Gemüsetrocknungsverträge abgeschlossen werden. Hieraus würden sich ganz außerordentliche Vorteile ergeben. Zunächst würden alle Frachten für die Rohwaren in Wegfall kommen, die Anlagen könnten im Sommer für landwirtschaftliche Zwecke zur Trocknung von Rauhfutter, Getreide, Obst, im Herbst auch zur Trocknung von Rübenblättern und im Winter dann zur Gemüsetrocknung Verwendung finden. Die Anlagen brauchten also nicht wie die bisher für die Kriegsdauer errichteten Anlagen sofort getilgt zu werden, sondern würden über die Dauer des Krieges hinaus bleibenden Wert für die Landwirtschaft behalten. Endlich würden die bisher vielfach gar nicht verwerteten Abfälle der Gemüsetrocknung als Viehfutter Verwendung finden.

Pester Lloyd
14. III. 1917

128

(Die Wünsche der Landwirte.) Unter dem Vorsitze des Geheimen Rates Grafen Robert Zselénßky fand gestern eine Sitzung des Exekutivkomitees des Landesverbandes der landwirtschaftlichen Vereine statt. Direktor Julius v. Rubinek berichtete, daß die Regierung den Kohlenbedarf der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Maße gesichert hat. Wegen der Transportschwierigkeiten empfiehlt er den Landwirten, die notwendige Kohle ehestens zu beschaffen. Was den Sommersaatgutbedarf betrifft, ist es notwendig, in diesem Belange bei der Regierung dringend vorstellig zu werden. Ferner soll die im Vorjahre gebildete Kommission für die Feststellung der Produktenhöchstpreise heuer wieder einberufen werden. Graf Ladislaus Somssich erörtert die Requirierung und die Arbeiterfrage. Baron Géza Pap plädiert für die Erhöhung der Kopfquote für landwirtschaftliche Arbeiter. Sigmund Kende urgiert die Feststellung von Höchstpreisen für Industrieprodukte. Julius Schlesinger wünscht die Behebung der Anomalien bei den Getreide- und Mehlpreisen. Johann v. Serbán berührte die Frage der Preismaximierung von lebendem Vieh. Nach den Bemerkungen der Mitglieder Ernst Elek, Hugo Kroloppy, Árpád Falussy und des Grafen Ladislaus Esterházy erteilte Staatssekretär Josef v. Bartóky verschiedene Aufklärungen vertraulicher Natur. Zum Schlusse gelangte das Ersuchen des Landesverbandes der Weinproduzenten zur Verhandlung, die Verwendung von Kupfervitriol zur Saatgutbeize zu verbieten. Das Komitee beschloß, dieses Ansuchen abzulehnen.

Die Zeit
14. III. 1917

128

— **(Vereinigung der Forstbesitzer Galiziens.)** Die Eigentümer der großen Waldkomplexe Galiziens haben kürzlich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, zu deren Teilhabern Fürst Witold Czartoryski, Fürst Kasimir Lubomirski, Graf Siegmund Zamoyski, Graf Alfred Potocki u. a. gehören. Das bereits eingezahlte Betriebskapital beträgt vorläufig eine Million Kronen, das jedoch demnächst auf drei Millionen Kronen erhöht werden wird. Der Zweck der Vereinigung ist im allgemeinen darauf gerichtet, die Forstwirtschaft des Landes, das neben der der Bukowina über den größten Waldreichtum in der Monarchie verfügt, zu heben und diesen vor allem in den Dienst des Wiederaufbaues Galiziens zu stellen. Im besonderen haben sich die nunmehr vereinigten Forstbesitzer Galiziens folgende Aufgaben gestellt: 1. die Industrialisierung des Waldeigentums und Entwicklung der Sägewerkindustrie unter Mitbeteiligung der Waldeigentümer; 2. die Sicherung des für den Wiederaufbau des Landes benötigten Holzmaterials, mit dem sowohl die Gesamtheit wie auch die staatlichen und autonomen Behörden zu versehen wären; 3. die Beobachtung einer weitgehenden Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beim Gebrauch des Holzes; 4. die Zentralisierung des Handels an gefälltem Material; 5. die Einschränkung des Einflusses der auswärtigen Spekulation im Produktionswesen und im ländlichen Handel, die Herstellung neuer Kommunikationsmittel, Sägewerke, Zimmermannwerkstätten usw., ferner die Ermöglichung einer rationellen und ökonomischen Exploitation; 6. die auf das Interesse der Mitglieder gerichtete Vermittlungstätigkeit bei Ausarbeitung von Plänen, bei der Exploitation der Waldbestände, bei Schätzungen, und die Erteilung fachmännischer Ratschläge; 7. die Finanzierung und Gewährung von Erleichterungen bei öffentlichen Lieferungen.

Neues Pester Journal

14./III. 1917

14 b

130

Die Veterinärreform.

— Ein neues Gesetz zum Schutze der Viehzucht. —

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte die Regierung zwei Gesetzentwürfe ein, die den Zweck verfolgen, das Veterinärwesen auf eine neue moderne Basis zu stellen. Der Gesetzentwurf präveniert in gewisser Hinsicht den Zuständen nach dem Kriege, indem er Verfügungen stipulirt, welche die Einschleppung von Seuchen unmöglich machen, zumindest aber möglichst verhindern sollen. Der zweite mit dem ersten in engem Zusammenhang stehende Gesetzentwurf stipulirt die Taxen für die Ausstellung der neuen Viehpässe. Der vom Ackerbauminister Baron Ghillány unterbreitete Gesetzentwurf über das Veterinärwesen unterstellt dasselbe der Kompetenz des Ackerbauministeriums. Er regelt die Einfuhr und Durchfuhr lebenden Viehs mit dem Auslande, trifft Maßnahmen, um die Einfuhr verseuchter oder seuchenverdächtiger Thiere zu unterbinden. Zur Durchführung dieser Maßregeln wird die Finanzwache, Gendarmerie, Grenzpolizei und nothwendigerweise auch das Militär verwendet. Der Viehverkehr mit Bosnien-Herzegowina und Kroatien-Slavonien untersteht denselben Bedingungen wie jener mit dem Auslande.

Der Entwurf stipulirt die verschiedenen Schutzmaßnahmen, unter welchen in erster Reihe die Anmeldungspflicht erkrankter oder als krankheitsverdächtiger Thiere vorgeschrieben ist. Es sind 16 Seuchen namentlich angeführt, die der besonderen Aufmerksamkeit der behördlichen Organe vorgeschrieben werden. Viehmärkte, Viehausstellungen und Viehprämiirungen dürfen nur unter Heranziehung veterinärbehördlicher Organe abgehalten werden. Viehtransporte per Schiff und Eisenbahn dürfen nur nach vorheriger thierärztlicher Kontrolle erfolgen. Die Ausladung solcherart transportirten Viehs ist verboten. Besondere Regelung und namentlich scharfer Kontrolle ist der Transport des Viehs per Achse oder durch Treiber unterworfen. Schlachtvieh darf mit Zuchtvieh nicht gemeinsam transportirt werden. Eingehend sind die Vorschriften betreffs der Fleischuntersuchung gehalten. Das dem Konsum zugeführte Fleisch darf erst nach veterinärärztlicher Prüfung verwendet werden. Munizipien, Städte mit geregeltem Magistrat, Groß- und Kleingemeinden sind verhalten, je nach dem Umfange des auf ihrem Gebiete befindlichen Viehbestandes eigene Schlachthäuser zu errichten, kleinere Städte und Gemeinden können sich diesbezüglich mit ihren benachbarten Gemeinden verbinden. Städte mit Munizipalrecht müssen für das Schlachten der Schweine separate Schlachtbrücken errichten. Zur Deckung der Kosten der veterinärpolizeilichen Maßnahmen ist die Einhebung von Gebühren gestattet. Hiezu dient auch der Erlös der für die Ausstellung der Viehpässe einzuhebenden Gebühren. Als Schutzmaßnahme zur Verhütung der Einschleppung von Seuchen dient in erster Reihe die Sperre, örtliche oder Gebietssperre, Absonderung, Verkehrsbeschränkung, Impfung, Vernichtung verseuchter Thiere.

Für die auf behördliche Weisung erfolgte Vernichtung von Vieh gebührt dem Besitzer ein Schadenersatz, der sich auf 60—100 Perzent des Werthes erstreckt. In diese Summe wird der Werth der dem Besitzer zur Verfügung gestellten Körpertheile und der Versicherungsbetrag eingerechnet. Kein Schadenersatz wird geleistet, wenn die Anmeldungspflicht unterlassen oder die Einfuhr überhaupt nicht erlaubt war. Veterinärärztliche Funktionen können nur diplomirte Thierärzte ausüben, die sich ihr Diplom in Ungarn erworben oder ihr ausländisches Diplom hier nostrifizirt haben. Diese Funktionen vollziehen Gemeinde-Thierärzte oder kön. ungarische Thierärzte, deren verschiedene Kategorien der Gesetzentwurf regelt. Die erste Veterinärinstanz ist die Gemeindevorstehung, in Budapest die Bezirksvorstehung, die zweite Instanz der Magistrat oder der Vizegespan, die dritte Instanz der Ackerbauminister. Die Strafbestimmungen enthalten Freiheits- und Geldstrafen bis zur Höhe von einem Jahr und 1000 Kronen.

Der vom Finanzminister Teleßky unterbreitete Gesetzentwurf über die Stempelgebühr der Viehpässe schreibt vor, daß der Paß nach jedem Stück Schaf, Ziege und Schwein einer Stempelgebühr von 6 Hellern, nach jedem Pferd, Rindvieh und Büffel unter zwei Jahren, Esel oder Maulesel 30 Heller, und nach jedem Pferd, Rindvieh oder Büffel über zwei Jahre 50 Heller beträgt. Die gleichen Gebühren müssen auch bezahlt werden, wenn der Paß auf einen Besitzer überschrieben wird.

Hamburger Fremdenblatt

15./III. 1917. 132

Pflückt keine Weiden- und Haselbuschkätzchen.

Das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps verbietet das Abschneiden, Feilhalten, Annahme und Abgabe von Weiden- und Haselbuschkätzchen. Hoffentlich wird durch dies Verbot erreicht, was von einsichtigen Leuten schon zu Friedenszeiten immer und immer wieder gepredigt wurde. So hübsch sich auch diese Weiden- und Haselbuschkätzchen als Zimmerschmuck machen, so bedeutet ihr Abpflücken doch für den betroffenen Baum und Strauch eine Schädigung des Wachstums. Und wenn das Abschneiden noch mit Sorgfalt geschehen wäre; aber wie hat Unverstand und Erwerbsgier die Bäume und Büsche oft mitgenommen, so daß jeden Naturfreund ein Gefühl der Scham überkam für die, die sich so vergingen.

Aber nicht nur um eine Verstümmelung der Bäume handelt es sich, es wird in der futterarmen Vorfrühlingszeit den ausschwärmenden Bienen die Nahrung entzogen; denn die Blüten der Tal- und anderer Weiden und der Haselbüsche bieten in dieser Zeit den Bienen fast ausschließlich Nahrung. Beschneiden wir den Bienen die Ernährungsmöglichkeiten, so schädigen wir uns unmittelbar selbst; denn der Honig der Bienen ist für unsere Volksernährung von großer Bedeutung.

Das Verbot hat auch für die Eigentümer der Weiden- und Haselbüsche bindende Kraft

Es ist also verboten:

Weiden- oder Haselbuschkätzchen abzuschneiden, abzubrechen oder auf andere Weise abzutrennen; mit abgetrennten Weiden- oder Haselbuschkätzchen zu handeln, sie in den Verkehr zu bringen, anzubieten, feilzuhalten oder aufzustellen; sie entgeltlich oder unentgeltlich abzugeben, anzunehmen oder aufzubewahren.

Im Grunde ist es ja traurig, daß etwas unter Strafe gestellt werden muß, was schon die einfachste Einsicht einem verbieten sollte.

Fremdenblatt
15./III. 1917

133

Kunstdünger für Kriegsgemüsegärtner.

30.000 Kilogramm Kunstdünger hat kaiserlicher Rat Karl Heilinger neuerdings der Gemeinde Wien zum Frühjahrsanbau von Kriegsgemüsegärten und Kartoffeln gespendet und hat der Gemeinderat für diese Widmung dem Spender in der öffentlichen Sitzung am 13. März den Dank ausgesprochen.

Fremdenblatt
15./III. 1917

134

Sammeln von Unkraut und Futterkräutern.

(Eine Anregung.)

Jetzt, da der Frühling — wie es scheint — nun doch seinen endgiltigen Einzug gehalten hat, ist es an der Zeit, eine Anregung zu geben. Schon im Vorjahre hat man versucht — allerdings ohne jedwede fachliche Organisation und viel zu spät — Unkraut und wild wachsende Gemüse, die ohne besonderen Anbau gedeihen, zu sammeln. Es handelt sich dabei nicht nur um wildwachsende Gemüsearten, sondern besonders um Kräuter zu Futterzwecken. Es ist nun jetzt an der Zeit, daß die Sammelaktion richtig organisiert wird und unter entsprechender Leitung vor sich geht. Wir denken da vor allem an die Mitarbeit der Schulkinder, die sich schon verschiedene Male so erfolgreich erwiesen hat. Die Schulkinder sollten unter der Leitung ihrer Lehrer auf die Felder gehen und Gemüse und Kräuter sammeln und ihre Früchte an noch zu bestimmenden Sammelstellen abliefern.

Neues Pester Journal

15. III. 1917

8/15

135

* **Achten wir auf die Fechsung!** Der Minister des Innern hat in einer Verordnung die Behörden aufgefordert, das Publikum auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welcher die Fechsung des Landes seitens der Agenten fremder Staaten ausgesetzt ist. Aus verläßlicher Quelle verlautet, daß zum Zwecke der Schwächung der Wehrkraft des Landes Agenten der feindlichen Staaten unsere Futter- und Lebensmittelvorräthe in Brand stecken, um sie zu vernichten, unseren Vieh- und Pferdebestand aber durch Verbreitung der Rotzkrankheit ausrotten wollen. Das Feuer wird durch Gläser, die zehn bis elf Centimeter lang sind und einen Durchmesser von drei bis dreieinhalb Centimeter besitzen, gelegt. Die Gläser enthalten wahrscheinlich eine Flüssigkeit und verschiedene Ziffern an den Gläsern zeigen an, wie lange dieser Gegenstand bei dem entzündlichen Stoff liegen muß, damit dieser Feuer fange. Die Infizirung der Thiere sollte in der Weise erfolgen, daß von den Agenten der feindlichen Staaten in die Brunnen und Tränken Bacillen von an der Rotzkrankheit verendeten Thieren geworfen werden. Diese Bacillen befinden sich in weißen Tabletten, die etwas kleiner sind als jene, in welchen Aspirin verkauft wird. Die Tabletten dürfen mit der bloßen Hand nicht berührt werden. Der Minister hat verfügt, daß dieses in Vorbereitung befindliche hinterlistige Attentat der Oeffentlichkeit zur Kenntniß gebracht und das Publikum darauf aufmerksam gemacht werde, daß Jener, dem ein derartiges Attentat zur Kenntniß gelangt, der Behörde unverzüglich davon Mittheilung mache, da er sonst wegen Theilnahme an einem Verbrechen mit schwerem Kerker von fünf bis zwanzig Jahren bestraft wird.

Reichspost

16. III. 1917 · 136

H. Die Wünsche der nordwestböhmischen Rübenbauer. Aus Brüx wird gemeldet: Die nordwestböhmische Rübenverwertungsgenossenschaft hat in ihrer letzten Vollversammlung beschlossen, zu fordern, daß die Zuckerfabriken die von den Rübenproduzenten wiederholt aufgestellten und begründeten Ansprüche erfüllen und insbesondere durch Errichtung von Depots und Filialwagen und durch Bezahlung der Zufuhrgebühren den Wirtschaftsbetrieb der Landwirte sichern. Da der für das Jahr 1917 bestimmte Rübenpreis mit Rücksicht auf die geringen Bodenerträge infolge Mangels an ausreichendem Kunstdünger, geschulten Arbeitskräften, der hohen Arbeitslöhne, der Schwierigkeiten und Kosten in der Ernährung der Arbeiterschaft und des Mangels an Zugvieh, sowie der gesteigerten Kosten aller Betriebs- und Bedarfsartikel nicht entspreche, sei eine Erhöhung nach deutschem und ungarischem Muster notwendig. Die Regierung wird gebeten, die Durchsetzung dieser berechtigten Forderungen der rübenbauenden Landwirte zu fördern, die in Aussicht gestellte Beihilfe bei Beschaffung von Kunstdünger, Arbeitern, Futtermitteln, Zugvieh und Gespanne usw. in vollem Maße durchzuführen.

Fremdenblatt
16. III. 1917

137

Die Verfütterung von Heu eingeschränkt.

Durch eine Verordnung des Volksernährungsamtes werden die Landesstellen zur Hinausgabe von Anordnungen ermächtigt, mit welchen die Verwendung von Heu zur Fütterung des Wildes und zu Packungszwecken Beschränkungen unterworfen wird. Solche Verfügungen werden sich dort als notwendig erweisen, wo angesichts der eingetretenen Knappheit der Heuvorräte sonst zu besorgen wäre, daß die Aufbringung der Heereslieferungen gefährdet oder die Deckung des eigenen Bedarfes der Viehhälter beeinträchtigt würde. Mit Rücksicht auf die gesteigerte Bedeutung des Wildes für die Approvisionierung wird aber darauf Bedacht genommen werden, daß, insolange die natürliche Aesung noch nicht möglich ist, durch entsprechende Ersatzfuttermittel, Auslegen von Weichholz u. dgl., das Durchhalten der Wildbestände ermöglicht werde. Zu Packungszwecken dürften wohl ohne Schwierigkeit Ersatzmittel für Heu beschafft werden können, zumal Holzwolle, Sägespäne, Papier- und Textilabfälle in den meisten Fällen hiefür geeignet sein werden.

Arbeiterzeitung
18./III. 1917
138

Beschränkungen der Pachtzinse für Schrebergärten.

Um der wucherischen Hinauftreibung der Pachtzinse zu begegnen, wird (in einer heute kundgemachten Verordnung) bestimmt, daß für Grundstücke dieser Art mit gewissen, ausdrücklich angeführten Ausnahmen kein höherer als der in der Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 30. September 1916 durchschnittlich für gleiche oder ähnliche Grundstücke derselben Gegend gezahlte Pachtzins vereinbart werden darf. In entsprechender Weise hat bezüglich der vor dieser Verordnung, aber nach dem 30. September 1916 abgeschlossenen Pachtverträge eine Verringerung der künftig zu zahlenden Pachtzinse einzutreten. Da das bloße Verbot einer nicht gerechtfertigten Steigerung der Pachtzinse den Pächtern von Schrebergärten zwar einen Schutz gegen Ausbeutung durch die Verpächter geboten, jedoch den vom Standpunkt der Approvisionierung so überaus erwünschten Fortbestand dieser Gärten nicht gesichert hätte, bestimmt die Verordnung weiter, daß Pachtverträge über solche Grundstücke nur aus wichtigen Gründen (wie zum Beispiel wegen nicht rechtzeitiger Bezahlung des Pachtzinses) gekündigt werden dürfen. Zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Zulässigkeit der Erhöhung des Pachtzinses, ebenso zur Entscheidung über die Frage, ob ein Grundstück als ein Schrebergarten anzusehen sei oder nicht, ist das zuständige Bezirksgericht berufen, das im Verfahren außer Streitsachen entscheidet. Insoweit ein vereinbarter Pachtzins das nach der Verordnung zulässige Maß übersteigt, ist die Vereinbarung ungültig. Das etwa freiwillig Gezahlte kann zurückgefordert werden. Wer zur Umgehung oder Vereitlung der Bestimmungen der Verordnung unwahre oder unrichtige Angaben macht, wird von der Polizeibehörde mit Geld bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Die Gültigkeit der Verordnung währt bis 31. Dezember 1918.

Reichspost

18/III. 1917

139

Noch ein Heimatskriegsdienst.

Ein Aufruf des Amtes für Volksernährung.

Die heimatliche Erde ist einer unserer treuesten Bundesgenossen. Wenn erst der strenge Winter dieses Jahres der Sonnenwärme des Frühlings weicht, dann bieten auch Wald und Feld alle ihre hilfreiche Kraft gegen den grausamen Aushungerungsplan unserer Gegner. Der Boden lohnt nicht nur die Arbeit der Landwirtschaft, er bringt auch selber reiche Schätze zum Geschenk. Man muß sie nur zu finden wissen; man muß sie sammeln; man muß sie sichten, ordnen, man muß haushalten mit der Fülle.

Beraten von erfahrenen Fachmännern, wendet sich das Amt für Volksernährung mit einem Plan der Sammelaktion an die Bevölkerung. Was soll gesammelt werden? Vor allem Brennesselstengel für Militärbekleidungszwecke, Erdbeer- und Brombeerblätter als Tee-Ersatz, Weißdornfrüchte als Kaffee-Ersatz, alle Arten von Beeren; zu Futterzwecken: Roßkastanien, Lindenfrüchte, Eicheln, Ahornfrüchte, Vogel- und Mehlbeeren, Akaziensamen, Brennesselblätter und Maikäfer; zur Oelgewinnung: Bucheln, Sonnenblumenkerne, Kürbis-, Melonen- und Gurkenkerne, die Kerne von Aepfeln, Birnen, Zwetschken und Aprikosen, schließlich Kaffeesud, Maisspindeln, Queckenwurzeln, Sonnenblumenstengel und -köpfe, Mohnstroh, Leinspreu und Unkrautsamen aller Art.

Das Kriegsministerium hat sich der gemeinsamen Aktion angeschlossen und gegen den Anteil, der seinem Bedarf entspricht, die dienstfreie Mannschaft zur Verfügung gestellt. Das Unterrichtsministerium erließ Weisungen zur Mitwirkung an die Lehrerschaft und die Schuljugend. Das Amt für Volksernährung ruft alle anderen zur Mitarbeit an der Organisation jener Stellen auf, denen die praktische Durchführung obliegen wird. Zentralisiert wird die gesamte Aktion in der Hauptsammelstelle in Wien, 1. Bezirk, Trattnerhof, zu deren Leiter Professor Dr. H. Kaserer von der Hochschule für Bodenkultur bestellt wurde. Die Mitwirkung aller verfügbaren Kräfte ist notwendig für die Unterorganisationen, die Bezirkssammelausschüsse und die lokalen Uebernahmsstellen. Die Hauptsammelstelle organisiert die Sammlung, sie wird die Aufklärungstätigkeit und die Propaganda, die Verwertung der gesammelten Gegenstände und ihren Versand durchführen.

Die politische Bezirksbehörde wird am Sitze jedes Bezirksgerichtes einen Bezirkssammelausschuß einsetzen. Den Bezirksausschüssen obliegt in erster Linie die Schaffung der Uebernahmsstellen für die gesammelten Waren. Zur Führung der Uebernahmsstellen sind in erster Linie landwirtschaftliche Genossenschaften, ortsansässige Kaufleute und solche Personen heranzuziehen, die über geeignete Lagerräume und Hilfskräfte verfügen. Die Uebernahmsstellen werden gegen Entlohnung die gesammelten Waren übernehmen, pfleglich behandeln und nach den Weisungen der Hauptsammelstelle abtransportieren; sie haben auch die Abrechnung und Auszahlung an die Sammler durchzuführen.

Im Interesse der Allgemeinheit ruft das Volksernährungsamt alle Kräfte auf, die bereit sind, sich für diesen ehrenvollen Heimatskriegsdienst freiwillig zur Verfügung zu stellen, sei es als Mitglied des Bezirkssammelausschusses, sei es als Sammler. Eine schöne und frohe Arbeit ist zu leisten. Die Freude am Ergebnis, Erfahrungen, die auch in künftigen friedlicheren Zeiten wertvoll sein werden, das Gefühl, eine patriotische Pflicht erfüllt zu haben, das ist der stolze Lohn der Helfer an diesem Werke. Das Amt ist der sicheren Ueberzeugung, daß sein Ruf nicht ungehört verhallen wird. Es gilt die Hilfe aller zur Selbsterhaltung und zum Schutz des Vaterlandes.

Fremdenblatt
18/III. 1917

160

Das eigene Feld.

Von Claire Patel.

Es gehört einmal heuer dazu, ein eigenes Feld zu haben und es allein zu bebauen. Es ist eben eine Notwendigkeit geworden, so wie vieles andere in diesen Zeiten. Viele Frauen (leider noch nicht alle) haben eingesehen — man hat es ihnen ja ziemlich oft vorgeworfen — daß sie mit Bridgespielen allein nicht weiterkommen können, daß es nun einfach zum guten Ton gehört, im wahrsten Sinne des Wortes, im Schweiße seines Angesichtes für den Mittagstisch zu sorgen und weil sie eben zeigen wollten, daß sie gute Staatsbürger sind, haben sie das Wort „Anbau", „eigene Scholle", „mein Feld" 2c. sehr ernst genommen und sich in den meisten Fällen ihr Stückchen „Erde" rechtzeitig gesichert. Aber nun stehen sie da — obwohl sie brave, folgsame Staatsbürger waren — und wissen nicht recht, wie sie es anfangen sollen, um ihr Stückchen Erde zu bebauen, um ihm durch rationelle Arbeit, durch richtiges Anbauen das abzuschmeicheln, was sie alle dringend brauchen: frischen Spinat, Zwiebel, Kohl, Kraut, Kartoffel und wie sie sonst alle heißen, die wundervollen Dinge — die wir seit langer Zeit so schwer erreichen ...

Ja, ein Parterre Kartoffelblüten, ein rotblühendes Gelände Bohnen, ein Busch voll duftender Petersilie, eine Staude Hetscherln, all dies blühend und knospend heranwachsen zu sehen, all dies sein eigen zu nennen — das muß wohl ein herrliches Hochgefühl sein — und so philosophische Frühlingsgedanken zu fassen, wenn der Frühling duftend und grünäugig zwischen den Bäumen hervorlugt — das eben ist ein Zeichen der Zeit, in der wir leben! —

Also jetzt haben wir endlich die Frauen so weit, wie viele Welt- respektive Frauenverbesserer es haben wollen, jetzt, wo sie erwacht sind zu tatkräftiger Arbeit, jetzt dürfen wir sie nicht im Stich lassen, jetzt heißt es, ihnen Rat um Rat an die Hand geben und sie nicht wieder mutlos an die Bridgetische zurückzwingen. Verzweifelnd dürfen sie nicht vor ihrem Fleckchen Erde stehen und nur die Sonne und den Regen bei „ihrem Felde" mitwirken lassen. Sie müssen in ihrem kleinen Schrebergärtchen unterwiesen werden, wie sie recht tun und wie sie sich durch den Erfolg schöne Sommerfreuden schaffen können.

Und so habe ich mich denn — um vielen Ratlosen zu helfen — an den liebenswürdigen Generalsekretär und Direktor der Gartenbaugesellschaft gewandt, Herrn Dr. Kurt Schechner, der, seit Kriegsbeginn an der Front stehend, eben in Wien eingetroffen ist, um einiges über den nun so zeitgemäßen Anbau, den so viele Frauen betreiben wollen, zu erfahren.

Es soll vom Volksernährungsamte eine neue Stelle eröffnet werden, unter Leitung des Herrn Dr. Schechner, die sich einzig und allein damit befaßt, Anzuchtgärten einzuführen, um Setzlinge, das sind kleine, wohlgezogene Pflänzchen aller Arten Gemüse, abgeben zu können an Schrebergärtenbesitzer, kurz an jedermann, der ein Stückchen Erde richtig bebauen will. Erstens wird durch diese Abgabe das Wachstum der Gemüsesorten verbürgt, weil der Samenanbau in Mistbeeten ordnungsgemäß vollzogen wurde, zweitens spart ein rationeller Anbau unendlich viel Samen, der sonst verständnislos zu unserem größten Nachteil vergeudet wird. Dies und die kostenlose Entsendung von Fachorganen, Inspektoren des Gartenbaues in die Kriegsgärten zur Besprechung und Nachhilfe wären unschätzbare Hilfsmittel des Gemüsebaues für die „Freiwilligen" und „Amateure"!

Die zehn Gebote des Anbaues sind, kurz gefaßt, etwa folgende: Schatten und Schotterboden sind aussichtslose Vorbedingungen. Künstliche Bewässerung bei Gemüsekulturen unerläßlich. Das Feld soll, wenn die Arbeitskräfte nicht allzugroß sind, klein sein, dann wird es bei guter Bewirtschaftung ergebnisreich werden. Bodenlockerung ist gut, bereits im Herbst betrieben, bei lockerem Boden 30 Zentimeter tief, bei festem — 60 Zentimeter. Entfernung aller Unkräuter mit Wurzel. Dünger ist mit dünner Schichte Erde zu bedecken. Alle Gemüse mit starker Blattentwicklung vertragen reichlich Stalldünger. Wurzelgemüse am besten auf die im Vorjahre gedüngten Parzellen gebaut, ohne Nachdünger. Und nun kommen wir zu dem für uns wichtigen Auspflanzen von Setzlingen, da ist die Regenzeit die beste Hilfe. Wie dies geschieht, das erfährt man dann bei der neu gegründeten Stelle des Volksernährungsamtes.

Und nun sei noch gesagt, daß für den Kriegsgarten vor allem die sämtlichen Kohlarten in Betracht kommen und Wurzelgemüse, wie Karotten, Petersilie, Salatrüben, Sellerie, Rettige, Radieschen, Schwarzwurzel und — Kartoffel! Die letzteren zum Anbau bestens zu empfehlen, ist wohl überflüssig. Sie gedeihen am besten in warmem, etwas sandigem Boden. Anfangs April können die in flachen Kistchen ordnungsgemäß vorgetriebenen Triebe als Setzlinge ausgesetzt werden. Diese genauen Angaben finden sich in dem Merkblatt der Gartenbaugesellschaft vor. Dort steht auch von Salatgemüsen, die man das ganze Jahr haben kann, von Gurken, die schwer zu behandeln sind, Kürbissen, die erst die Maiensonne lieben, Spinat, der sich glänzend mit dem August abfindet. Als Spinatersatz kommt Mangoldspinat in Betracht — Anbauzeit April—Mai, Neuseeländerspinat anfangs April in Töpfen gebaut, ausgesetzt im Mai. Hülsenfrüchte gedeihen in nicht zu heißem, unkrautfreiem Boden. Zwiebeln sagt ein milder Lehmboden am meisten zu. Setzlinge von Zwiebeln sollen Mitte Mai ins Freie kommen.

Wollen wir noch von den prächtigen Paradeisäpfeln sprechen, die sich auf gar keinen Fall mit Kartoffeln vertragen und erst Mitte Mai als Setzlinge im Freien erscheinen, von den Küchenkräutern, die überall dort gebaut werden, wo sie als Lückenbüßer Platz finden, so haben wir — allerdings nur oberflächlich — allen jenen, die ratlos ihrem heißumstrittenen Fleckchen Erde gegenüber stehen, die wichtigsten Ratschläge gegeben.

Und wenn dann die Sonne vom blanken Himmel lacht, sich wie schillernder Samt an die Bäume schmiegt, die rot- und weißblühenden Kastanien verschwenderisch ihre Blüten durch die Lüfte streuen, wenn es so richtig duftender Wiener Frühling geworden ist — dann werden die Kriegsgärtnerinnen gar wundervoll kleine Freuden an ihren Pflanzen und Pflänzlein erleben, dann werden sie schon verständnisvoll ihr Wachsen und Gedeihen mitmachen, den hoffentlich sonnigen, gesegneten Lebenslauf ihres „Parterres" von Zwiebeln, Kohl, Rüben und Kartoffeln, besonders von Kartoffeln, mit Freuden genießen und mit keinem Gartenprotz tauschen, der über ein unabsehbares, blühendes Gelände von teuer erkauften Rosen und exotischen Blumen verfügt und nicht weiß, wie schön, wie wunderbar es ist, in arbeitsreichen Stunden all diese Naturpracht verstehend zu genießen. Denn nicht nur die Ernte ist ein Genuß — das richtige Glücksempfinden gewährt das Wachsen der Pfleglinge, das Gedeihen der Pflanzen, die man selbst großzieht — das allerdings kann nur der verstehen, der selbst dabei Hand anlegt ...

Neue Freie Presse
18./III. 1917

1612

[Der Saatenstand bei Frühjahrsbeginn.] Mit stark vermehrtem Interesse verfolgen heuer im dritten Kriegsjahre die weitesten Kreise, darunter auch solche, welchen sonst die Zusammenhänge zwischen Witterungsverlauf und Wachstum der Halmfrüchte ferne lagen, die Aussichten der kommenden Ernte. Hat doch der auf Grund der Ernteergebnisse rationierte Verbrauch jedermann mit diesen Verhältnissen in enge Fühlung gebracht. Zum Glück kann konstatiert werden, daß der Herbstanbau, also hauptsächlich jener von Brotstoffen, gut vonstatten gegangen ist, da der Witterungsverlauf ihn entschieden begünstigt hat. Der lang andauernde milde Herbst wurde von der Landwirtschaft so viel als möglich zur Vornahme der Arbeiten im Freien ausgenutzt, und allen Nachrichten zufolge hat auch dadurch der Herbstanbau gegen normale Jahre keinen Rückgang erfahren. Bei Eintritt der Schneefälle wären die Saaten gut entwickelt und zeigten ein frisches, gesundes Aussehen. Da die Schneedecke die Pflanzen vor dem Erstarren schützte, besitzen sie jetzt, wie nach der Schneeschmelze allgemein berichtet wird, Widerstandskraft genug, um etwaige Kälterückfälle gut zu überstehen. Die Frostwelle, die im Januar über ganz Europa hereinbrach, hat demnach den Saaten in der Monarchie nicht geschadet. Da nun bei Eintritt des kalendarischen Frühlingsbeginnes eine Wärmezunahme erfolgt ist, der Boden Feuchtigkeit genug besitzt und anderseits durch das windige Wetter rasch trocknet, sind für eine weitere gute Entwicklung des Herbstanbaues die Voraussetzungen gegeben. Die Vorarbeiten für den Frühjahrsanbau sind in Ungarn schon im Gang und werden in Oesterreich, soweit es nicht schon geschehen ist, überall aufgenommen, wenn auch infolge der früheren Tieftemperatur und späterhin infolge der Nässe der Beginn des Frühjahrsanbaues in manchen Gegenden später als sonst erfolgt. Eine Verzögerung, die nicht etwa durch den Eifer der Landwirtschaft oder durch ein einige Zeit anhaltendes günstiges Wetter bald hereingebracht werden kann, ist nirgends zu konstatieren. Saatgut für den Anbau ist genügend vorhanden und auch an Arbeitskräften sowie Gespannen fehlt es jetzt nicht. Als ausgeschlossen gilt, daß nicht jedes Feld, das einen Ertrag verspricht, bearbeitet wird und es wird deshalb auch die Anbaufläche für Frühjahrssaat gegen frühere Jahre eher eine Zunahme als eine Verringerung erfahren. In Deutschland liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Auch dort hat der Herbstanbau gut überwintert und wird nunmehr der Frühjahrsanbau mit aller Kraft gefördert. Im Gegensatz hiezu macht das Internationale landwirtschaftliche Institut selbst aufmerksam, daß durch die Kältewelle im Januar die Länder des Vierverbandes stark gelitten haben. In Frankreich mußte man das Pflügen und Säen im Spätherbst vorzeitig abbrechen. Die Anbaufläche für Weizen zeigt gegen das Vorjahr eine Abnahme um 15 Prozent, jene für Roggen um 10 Prozent; aber auch im Vorjahre waren schon die Bestellungsarbeiten in vielen Departements gegenüber normalen Zeiten weit zurück. Das erklärt auch die Höhe der Anbauprämien, die von der Regierung festgesetzt wurden. In Großbritannien und Irland sind die Saaten infolge der Kälte nicht so weit als sonst im Wachstum vorgeschritten. Die Vorarbeiten für den Frühjahrsanbau sind auch in Italien weit zurückgeblieben, nur in einigen nördlichen Provinzen ist man mit dem Saatenstand zufrieden.

Reichspost Abendbl
20./III. 1917
162

Warum die Lebensmittel knapp werden.

Statt Aecker und Wiesen — Jagdgründe und Fabriken.

Man schreibt uns: Zwischen Schneeberg und Raxgebiet durchs Höllental flußaufwärts führt der Weg in ein sich weitendes Tal. Dort liegt die an Flächenausdehnung größte Gemeinde Niederösterreichs, Schwarzau im Gebirge. Und diese Gemeinde ist vom Weltverkehr nun fast ganz abgeschnitten und vergessen. Fünf Wegstunden sind vom Mittelpunkte, vom Markte aus, zur Bahn nach Payerbach. 5 Stunden nach Gutenstein, 3 Stunden nach Hohenberg. Die Männer sind, wie anderswo, im Kriege, die Pferde auch größtenteils assentiert, mit der „Schnellpost" von Ochsengespannen werden dann und wann Lebensmittel aus weiter Ferne hineinbefördert. Die einst so stark bevölkerte, wirtschaftlich so reiche Gemeinde hat fast keine Lebensmittel. Die Ackerböden sind bis auf wenige verschwunden, der Viehstand dezimiert, die Bauernhäuser aufgesaugt durch das Großkapital von Fabriksbesitzern und anderen Herrschaften. Von den einstigen 84 Bauernwirtschaften der Gemeinde sind nur mehr 34 vorhanden, alle übrigen sind verschwunden, einige davon dem Erdboden gleichgemacht. Endlose Jagdreviere treten an die Stelle der fruchtbringenden Felder und Wiesen. Mühsam ausgerodeter Boden ist übersät mit neuem Waldsamen, und wo einst die Axt der Holzknechte erklang, ertönt nun das Geröhre der Hirsche, und wo einst junge, kräftige Bauernjungen sich tummelten, da tummelt sich nun das Wild. Tausende von Joch sind ihm eingeräumt worden, und für Hirschfutter ist reichlich gesorgt. Für die Menschen — nicht! „Die ‚Landwirte' sollen verhalten werden zum Anbauen." — „Grund und Boden soll ordentlich ausgenützt werden." — So und ähnlich lese ich in den Verordnungen des Ernährungsamtes. Wird man diese guten, vernünftigen Verordnungen auch auf jene „Landwirte", die in Schwarzau im Gebirge soviel Grund und Boden an sich gebracht haben, ausdehnen oder wird man auf jene weltferne Gegend wieder „vergessen"? Wenn die Gemeinde Wien, soweit sie dort begütert ist, jetzt im Kriege bestrebt ist, die Wirtschaften zu pflegen, die Viehzucht zu heben, warum sollten die anderen „Herrschaften" es nicht tun können? Aushungern wollen uns unsere Feinde. Das ist unmöglich. Aber eines ist möglich —, daß wir uns selbst aushungern. Und das soll das Ernährungsamt verhüten!

Österr. Volkszeitung
22./III. 1917

163

Der Lehrer als Landwirt.

Die sogenannte „gute, alte Zeit" war arm an Geld, entschädigte aber zahlreiche Arbeiten durch Naturalien, wie das zum Teil heute noch bei vielen Landwirtschafts- und Forstbeamten der Fall ist. Heute, wo infolge des Weltkrieges wichtige Lebensmittel, wie Milch, Eier, Butter, Fleisch, oft selbst Kartoffel schwer zu bekommen und sehr teuer sind, taucht der Gedanke, die Naturalwirtschaft im Lehrerhause einzuführen, wieder mehrseitig auf. In Steiermark fanden im abgelaufenen Jahre offizielle Beratungen bei der Statthalterei statt, welchen die Bezirksschulinspektoren, Schulleiter und landwirtschaftliche Fachmänner beigezogen wurden, um bei den Volksschulen die Aufzucht von Schweinen, Kaninchen und Geflügel anzuregen und den betreffenden Schulleitungen wirtschaftliche Erleichterungen beim Bezuge geeigneter Zuchttiere zu ermöglichen. Die Zeit seither ist noch zu kurz, um schon erhebliche Ergebnisse dieser gewiß zeitgemäßen Bestrebungen konstatieren zu können. Wir machen hier nur auf einige Punkte aufmerksam. Es gibt auch in anderen Ländern, besonders im Gebirge, viele Schulen, wo sich seit Jahren Stallungen für Schweine und Geflügel befinden. Auch in Niederösterreich ist mit einigen Landschulen der Fruchtgenuß eines Ackers, einer Wiese für den Schulleiter verbunden, ja es wird dem Besitzer sogar der grundbücherliche Katastralreinertrag vom Gehalte abgezogen. Da und dort wird also schon im Lehrerhause Geflügel- und Schweineaufzucht betrieben. Heute ist allerdings die Futterbeschaffung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Milch ist für junge Ferkel unentbehrlich, wird aber von den Wirtschaftsbesitzern sehr ungern verkauft, weil sie dieselbe selbst zur Butterbereitung und die Magermilch zur Schweinefütterung verwenden. Empfehlen würde sich daher für viele Lehrersfamilien die Haltung von Ziegen und Jungschweinen, welch letztere man in einem Alter kaufen könnte, wo sie keine Milch mehr benötigen. Bei Aufzucht von Geflügel könnten Lukullus, Kleien, gestoßene oder gemahlene Knochen, in Gärten oder auf kleinen Pachtacker selbstgebaute Kartoffeln, Burgunderrüben, Küchen- und Gartenabfälle und dergleichen als Futter verwendet werden. Halbenglische Fleischschweine können im Alter von 6 bis 7 Monaten leicht zu einem Schlachtgewicht gebracht werden. Als Kaninchen empfehlen sich besonders belgische Riesen für Fleischzucht. Kaninchen sind sehr genügsam im Futter, nehmen mit Wiesen- und Kleeheu, etwas Burgunderrüben vorlieb und werden in 6 bis 8 Monaten schlachtreif. Die Herstellung der Stallungen verursacht mäßige Kosten, sollte jedoch in Schulhäusern in mustergültiger Weise geschehen. Es könnte so der Anfang gemacht werden, daß durch die Schule, die spätere landwirtschaftliche Fortbildungsschule, der Anstoß gegeben würde, auch die Kleintierzucht auf eine höhere Stufe zu bringen. Hand in Hand damit geht die Errichtung von Kriegsgemüsegärten, wie sie im letzten Verordnungsblatt empfohlen wird. E. N.

* *

Vossische Zeitung
24. III. 1917

144

Nachprüfung des Getreidebestandes.

Schärfere Maßnahmen zur Erfassung der Vorräte.

Die neueste Nummer des Reichsgesetzblattes enthält eine Bekanntmachung über die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten. Es werden durch diese Bekanntmachung die noch in Händen der Erzeuger befindlichen Vorräte an Brotgetreide, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten, allein oder mit anderen Früchten gemengt, desgleichen auch Schrot (Graupe und Grütze) und Mehl, das aus diesen Früchten hergestellt ist, für die Ernährung des Volkes in Anspruch genommen.

Von der Beschlagnahme frei bleiben gewisse Mengen, die zur Ernährung des Unternehmers des landwirtschaftlichen Betriebes und der Angehörigen seiner Wirtschaft (Selbstversorger), für die Fütterung der in den landwirtschaftlichen Betrieben gehaltenen Tiere und für Saatzwecke unbedingt notwendig sind und außerdem die Mengen, die auf Grund eines bestimmten Kontingents den Nährmittelbetrieben überlassen sind.

Durch diese Bekanntmachung wird ferner die Nachprüfung der unbefriedigend ausgefallenen Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar 1917 und die Beschlagnahme der Vorräte gesetzlich angeordnet. Es werden beschleunigt Ausschüsse gebildet, die unter Zuziehung von Militärpersonen die Nachschau bei den Landwirten durchzuführen haben. In jeder Gemeinde soll der Gemeindevorsteher als Auskunftsperson beteiligt werden. Die abzuliefernden Mengen sollen möglichst sofort entnommen und in einem von der Gemeinde zu stellenden Lager aufbewahrt werden. Soweit Getreide und Hülsenfrüchte auch jetzt noch nicht ausgedroschen sind, soll eine möglichst sorgfältige Schätzung der Körnermengen erfolgen. Es werden Vorbereitungen getroffen, die erforderlichen Dreschsätze und Kohlen durch Vermittlung der Kriegsamtsstellen zu beschaffen und Arbeitskräfte bereitzustellen.

Vorräte, die nicht freiwillig abgeliefert werden, werden den Eigentümern durch die Ausschüsse weggenommen, solche, die verheimlicht oder absichtlich verschwiegen werden, verfallen ohne Entschädigung dem Kommunalverbande.

Bei der Entschädigung wird von den jeweils geltenden Höchstpreisen ausgegangen; falls die Ware nicht vollwertig ist, wird ein entsprechend niedrigerer Preis bezahlt. Die zurzeit geltenden Höchstpreise für Brotgetreide der Ernte 1916 (in Berlin für Roggen 220 M., für Weizen 260 M.) bleiben bestehen.

Österr. Volkszeitung
24./III. 1917

145

(Frühjahrsanbau und Saatenstand.) Erst mit dem Eintritt des kalendermäßigen Frühjahrs hat sich die Witterung gebessert. Im Süden der Monarchie konnte schon mit dem Frühjahrsanbau begonnen werden und in den anderen Gegenden dürften diese Arbeiten gleichfalls bald einsetzen. Wie man hört, werden jetzt alle verfügbaren Kräfte eingesetzt, um weit größere Flächen als im Vorjahr zu bebauen. In Deutschland wurde bereits eine Erhöhung der Richtpreise für die neue Ernte vorgenommen und auf eine ähnliche Maßnahme ist auch hier zu rechnen. Große Landstriche wurden bereits vorausbestellt und was noch verfügbar ist wird jetzt gepflügt. Für reichliches gediegenes Saatgut wurde gleichfalls rechtzeitig vorgesorgt. Aber nicht nur Brotgetreide soll viel angebaut werden, auch Hülsenfrüchte, Oelsaaten, Knollengewächse und Futtermittel, die mindestens ebenso wichtig sind und gleichfalls hohen Nutzen abwerfen. Mit der Ueberwinterung des Herbstanbaues ist man überall zufrieden. Unter der reichlichen Schneedecke haben die Saaten allen Witterungsverhältnissen besten Widerstand geleistet und zeigen sich kräftig und weiter glänzend entwicklungsfähig. Ausackerungen dürften kaum in beachtenswertem Umfange vorzunehmen sein und bleibt das Wetter weiter immer günstig, so ist auf eine gute frühzeitige Ernte zu rechnen, denn die Natur holt rasch etwaige Rückstände ein. Im Gegensatz zu uns und Deutschland wie unseren anderen Verbündeten sind die Aussichten bei unseren Feinden recht triste. Schon der Herbstanbau ist in Frankreich und Italien viel kleiner als sonst und die gewährten Prämien werden daran kaum viel ändern können. Bis auf Mais zählt der Anbau von Sommerweizen und -roggen dort wenig, denn der Boden eignet sich dazu nicht besonders. Auch aus Amerika wird eine Verkleinerung der bisherigen Anbaufläche gemeldet, wie über den Stand der Herbstpflanzen vielfach geklagt.

Neues Wiener Tagblatt
25./III. 1917

146

(**Reorganisationspläne in der Landwirtschaft.**) Alle Staaten werden nach der Wiederkehr friedlicher Verhältnisse auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft vor neuen Fragen stehen und deren Lösung in Angriff nehmen müssen. Manche Vorarbeiten sind im Zuge, hier sowohl wie in Ungarn. Auch das Kreditwesen wird hiebei in mehrfacher Beziehung Reformen erfahren. Damit hängt offenbar auch folgende Meldung zusammen, die uns telegraphisch aus Budapest übermittelt wird: „Wie in politischen Kreisen verlautet, steht eine vollständige Reorganisation des ungarischen Bodenkreditinstituts bevor, die über Anregung des Ackerbauministeriums auf moderner Grundlage aufgebaut werden soll." — Für die Friedenszeit wird sich als nächste naturgemäße Aufgabe ergeben, alle jene Maßnahmen ins Werk zu setzen, welche geeignet sind, den Ackerboden, dem es während des Krieges der nährenden Düngung fehlte, zu einer Ertragssteigerung zu bringen, die nicht nur den alten Stand erreicht, sondern die frühere Produktion erhöht. Dabei wird das Augenmerk darauf gerichtet sein, den Hektarertrag zu erhöhen, der in Oesterreich und in Ungarn hinter jenem Deutschlands bedeutend zurückgeblieben ist, obgleich die Qualität des Ackerbodens namentlich in Ungarn vielfach erheblich besser ist. Es wird sich also darum handeln, hinreichende Quantitäten von Kunstdünger zu beschaffen, um die auch im Interesse der Unabhängigkeit in der Ernährung erwünschte Produktionssteigerung zu erreichen. Auf eine neue Grundlage wird wohl das Kommassationswesen gestellt und eine Ausgestaltung der agrarischen Operationen ins Auge gefaßt werden, wobei auch das Meliorationswesen auf eine breitere Basis gebracht werden dürfte.

Hamburger Fremdenblatt
26. III. 1917

148

Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten. Die neueste Nummer des „Reichsgesetzblattes" enthält eine Bekanntmachung über die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten. Es werden durch diese Bekanntmachung die noch in Händen der Erzeuger befindlichen Vorräte an Brotgetreide, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten, allein oder mit anderen Früchten gemengt, desgleichen auch Schrot (Graupe und Grütze) und Mehl, das aus diesen Früchten hergestellt ist, für die Ernährung des Volkes in Anspruch genommen. Von der Beschlagnahme frei bleiben nur gewisse Mengen, die zur Ernährung des Unternehmers des landwirtschaftlichen Betriebes und der Angehörigen seiner Wirtschaft (Selbstversorger), für die Fütterung der in den landwirtschaftlichen Betrieben gehaltenen Tiere und für Saatzwecke unbedingt notwendig sind, und außerdem die Mengen, die auf Grund eines bestimmten Kontingents den Nährmittelbetrieben überlassen sind. Durch diese Bekanntmachung wird die schon zu der Presse kürzlich erwähnte Nachprüfung der unbefriedigend ausgefallenen Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar 1917 und die dort angegebene Requisition der Vorräte gesetzlich angeordnet. Es werden beschleunigt Ausschüsse gebildet, die unter Zuziehung von Militärpersonen die Nachschau bei den Landwirten durchzuführen haben. In jeder Gemeinde soll der Gemeindevorsteher als Auskunftsperson beteiligt werden. Vorräte, die nicht freiwillig abgeliefert werden, werden den Eigentümern durch die Ausschüsse weggenommen, solche, die verheimlicht oder absichtlich verschwiegen werden, verfallen ohne Entschädigung dem Kommunalverband.

Frankfurter Zeitung

26. III. 1917

26

149

Jugendkompanien für die Landarbeit.

Die Beschaffung der für die Frühjahrsbestellung erforderlichen Arbeitskräfte bildet eine der dringendsten Aufgaben aller beteiligten Militär- und Zivilbehörden. Denn die landwirtschaftliche Erzeugung muß unter allen Umständen auf der bisherigen Höhe gehalten und womöglich noch gesteigert werden. Man hat deshalb bereits im vergangenen Jahre den Versuch gemacht, Jugendkompanien zu landwirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen. Die guten Erfahrungen, die man mit diesen Versuchen gemacht hat, haben das Kriegswirtschaftsamt der Rheinprovinz veranlaßt, die Verwendung der militärisch organisierten Jugendkompanien zur Frühjahrsbestellung in diesem Jahre einheitlich für die ganze Rheinprovinz zu organisieren.

Es werden, wie wir dem „Zentralblatt der preußischen Landwirtschaftskammern" entnehmen, eine größere Zahl von Hilfskommandos gebildet, die nach strengen militärischen Grundsätzen ausgerüstet und geleitet werden. Die Mannschaften werden sehr sorgfältig ausgesucht, so daß nur wirklich brauchbare Leute aufs Land geschickt werden. Die Kommandos sollen möglichst kaserniert in Gemeindehäusern, Schulen, Scheunen u. dergl. untergebracht und während der Arbeitszeit auf die einzelnen Bauernwirtschaften verteilt werden. Die Arbeiten der Kommandos können auch im Akkord ausgeführt werden. Diese Art der Arbeitsausführung hat insbesondere den Vorzug, daß die Landwirte frühzeitig disponieren und mit der rechtzeitigen Ausführung der einzelnen Arbeiten (Rübenverziehen, Jäten, Reinigen, Hacken usw.) seitens der geschlossenen und stets beaufsichtigten Arbeitskolonnen bestimmt rechnen können. Dadurch werden die Landwirte namentlich auch Gelegenheit haben viele Ackerparzellen zum Zwecke einer vermehrten Nahrungsmittelbeschaffung in ausgiebigster Weise auszunutzen und zur Bebauung mit Frühgemüse u. dgl. in noch größerem Umfange als bisher eine weitere zweite Ernte möglich zu machen.

Die Anmeldungen sind an die Kriegswirtschaftsstellen (Landratsämter) zu richten. Für die Provinz Westfalen sollen bereits 350 Jungmannen angefordert worden sein, die Anfang März ausrücken.

Frankfurter Zeitung

26./III. 1917 150

Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten.

N Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Die heute erschienene Nummer des Reichsgesetzblattes enthält eine Bekanntmachung über die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten. Es werden durch diese Bekanntmachung die noch in Händen des Erzeugers befindlichen Vorräte an Brotgetreide, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten, allein oder mit anderen Früchten gemengt, desgleichen auch Schrot (Graupen und Grütze) und Mehl, das aus diesen Früchten hergestellt ist, für die Ernährung des Volkes in Anspruch genommen.

Von der Beschlagnahme frei bleiben nur gewisse Mengen, die zur Ernährung des Unternehmers des landwirtschaftlichen Betriebes und der Angehörigen seiner Wirtschaft (Selbstversorger), für die Fütterung der in den landwirtschaftlichen Betrieben gehaltenen Tiere für Saatzwecke unbedingt notwendig sind, und außerdem die Mengen, die auf Grund eines bestimmten Kontingents dem Nährmittelbetrieb überlassen sind.

Durch die Bekanntmachung wird die gestern vom Präsidenten Batocki in der Ernährungskommission als notwendig bezeichnete Nachprüfung der unbefriedigend ausgefallenen Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar 1917 und die dort angegebene Requisition der Vorräte gesetzlich angeordnet. Es werden beschleunigt Ausschüsse gebildet, die unter Zuziehung von Militärpersonen die Nachschau bei den Landwirten durchzuführen haben. In jeder Gemeinde soll der Gemeindevorsteher als Auskunftsperson beteiligt werden. Die aus den einzelnen Betrieben abzuliefernden Mengen sollen möglichst sofort entnommen und in einem von der Gemeinde zu stellenden Lager aufbewahrt werden.

Soweit Getreide und Hülsenfrüchte auch jetzt noch nicht ausgedroschen sind, soll eine möglichst sorgfältige Schätzung der Körnermengen erfolgen. Es werden auch Vorbereitungen getroffen, die erforderlichen Dreschsätze und Kohlen durch Vermittlung der Kriegsamtsstellen zu beschaffen und Arbeitskräfte bereit zu stellen, damit der Ausdrusch möglichst überall zu Ende geführt werden kann. Vorräte, die nicht freiwillig abgeliefert werden, werden den Eigentümern durch die Ausschüsse weggenommen. Solche, die verheimlicht oder absichtlich verschwiegen werden, verfallen ohne Entschädigung dem Kommunalverbande. Bei der den Landwirten zu gewährenden Entschädigung wird von den jeweils geltenden Höchstpreisen ausgegangen; falls die Waren nicht vollwertig sind, wird ein entsprechend niedrigerer Preis bezahlt.

*

h Fulda, 19. März. Bei einer Revision der landwirtschaftlichen Vorräte, Nahrungsmittel etc. fand die Kreiskommission bei dem wohlhabenden Landwirt A. Pfeffermann in dem benachbarten Dietershan über 90 Zentner Frucht im Stroh versteckt, außerdem eine Menge feinstes Mehl, über 7 Zentner Speck etc. vor. Pfeffermann wurde vom Landratsamt das Recht der Selbstversorgung entzogen; außerdem wurde er zur Anzeige gebracht.

○ Aus Sachsen, 21. März. Im Regierungsbezirk Bautzen bestimmte die zuständige Behörde, daß alle von der öffentlichen Kartoffelversorgung ausgeschlossen werden sollen, die es unterlassen, Kartoffeln anzubauen, obwohl sie dazu in der Lage sind. Eine Besichtigung der landwirtschaftlichen Betriebe zu diesem Zweck wird erfolgen.

w Viersen, 21. März. Die hiesigen Landwirte haben sich bereit erklärt, in diesem Jahre die doppelte Fläche von der des Vorjahres mit Kartoffeln zu bepflanzen.

Vossische Zeitung
27. III. 1917

151

Ernährungsfragen im Ausschuß.

Die Getreidenot.

Der Ausschuß des Reichstags für Ernährungsfragen setzte heute die Beratung der neuen Maßnahmen des Kriegsernährungsamts fort. — Nachdem von Regierungsseite nochmals ein Ueberblick über die Maßnahmen und eine Begründung der Beschlagnahme gegeben worden war, wies ein sozialdemokratischer Redner auf die Stimmung im Lande hin, deren Wogen recht hoch gingen, da man nicht begreifen könne, daß so vieles fehle, zumal seinerzeit die Ernte als gut bezeichnet worden sei. Die bisher bekanntgegebenen Gründe für die Knappheit seien nicht stichhaltig. Unbegreiflich sei, daß die Betrügereien mit angefeuchteten Brotmarken zur Erzielung eines höheren Gewichts nicht sofort aufgedeckt worden seien. Schon seit langer Zeit hätten seine Freunde betont, daß zuviel Getreide verfüttert und daß nicht rechtzeitig ausgedroschen werde; aber solche Einwendungen seien leicht genommen worden. Jetzt ständen viele Arbeiter am Ende ihrer Kraft. Es solle versichert werden, daß fortan die 5 Pfund Kartoffeln pünktlich geliefert würden. Mit äußerster Schärfe solle man zugreifen und es nicht den Landwirten überlassen, zwischen Futter- und Speisekartoffeln zu unterscheiden. — Ein Zentrumsredner erklärte, der Vorwurf der Getreideverfütterung treffe, wie die Statistik zeige, für Bayern nicht zu, auch der Ausdrusch sei in Bayern nur in geringem Umfange zurück, wohl aber im Norden des Reiches. Gesorgt werden müsse, daß durch den jetzt geforderten Ausdrusch die Frühjahrsbestellung nicht leide. 80 Prozent der Gerste seien in Bayern bereits abgeliefert, dagegen in Preußen vielfach nicht einmal die pflichtmäßigen 60 Prozent. In der Versorgung der Schwerstarbeiter fehle die Gleichmäßigkeit, so seien in einer Gemeinde mit 28 000 Bewohnern 12 000, in einer anderen von 64 000 Einwohnern nur 8000 als Schwerstarbeiter berücksichtigt worden. In bezug auf den Hafer ständen die Verhältnisse in Bayern günstig. Mehr als 2 Millionen Zentner seien zum Abruf bereit. Die Heranschaffung der rumänischen Bestände müsse mit äußerster Anspannung erfolgen. — Ein nationalliberaler Redner erklärt, er habe die Erfahrung gemacht, daß ein Viertel bis ein Drittel der auf dem Felde stehenden Aehren taub gewesen sei, daraus erkläre sich das geringe Ernteergebnis. In vielen Fällen seien Zusatzkarten geradezu aufgedrängt worden, auch höre man, daß an das neutrale Ausland in freigebiger Weise Mehl verteilt worden sei. Aus Rumänien sei wenig nach Deutschland gekommen, hier scheine sich das Wort zu bewahrheiten: Die Pferde, die den Hafer verdienen, bekommen ihn nicht. Redner ermahnte schließlich, die Viehbestände nicht zugrunde gehen zu lassen. Nach einer scharfen Kritik eines Fortschrittlers, der mit ausgiebigem, als vertraulich bezeichnetem Zahlenmaterial diente, vertagte sich der Ausschuß.

Neues Pester Journal

30./III. 1917

153

(Die Saatgutbeschaffung.) Nachdem der Herbstanbau beizeiten besorgt wurde und die Regierungsverordnungen die Möglichkeit dazu boten, den Frühjahrssaatgutbedarf noch im Herbst zu beschaffen, hat das Ackerbauministerium für eine großzügige Saatgutverteilung im Frühjahr nicht vorgesorgt, sondern nur verfügt, daß solche Landwirte, bei denen inzwischen ein Elementarereignis einen neuerlichen Bedarf hervorgerufen hat, nachträglich Saatgut erhalten. Die hiezu notwendigen Mengen wurden im Wege der Komitate oder Exposituren bereits verteilt. Da weitere Saatgutzuwendungen nicht mehr erfolgen können, erscheint es zwecklos, an das Ackerbauministerium solche Gesuche zu richten. Die den Komitaten zugewiesenen Saatgutmengen verteilen ausschließlich die Lokalbehörden.

Pester Lloyd

30./III. 1917

30

154

(Die Versorgung mit Anbausamen.) Da noch immer Ansuchen an das Ackerbauministerium wegen Zutheilung von Anbausamen gelangen, wird von kompetenter Seite mitgetheilt, daß das Ministerium alle diese Gesuche abweislich erledigt. Die Zutheilung wird durch die Lokalbehörden besorgt, welche die erforderlichen Quantitäten von der Komitatsverwaltung zur Verfügung gestellt erhalten.

Neues Wiener Tagblatt

30./III. 1917

155

(Ein Getreideausfuhrverbot in Argentinien.) Aus Buenos Aires, 28. d., liegt folgende Meldung des Reuterschen Bureaus vor: Die Ausfuhr von Getreide und Mehl aus Argentinien ist verboten worden, um dem Lande die nötigen Vorräte zu sichern. — Schon vor einiger Zeit war an den Getreidebörsen in Chicago von einem argentinischen Getreideausfuhrverbot die Rede. Die schlechten Ernteaussichten in Argentinien für 1916/17 haben nun tatsächlich zu einem Ausfuhrverbot für Getreide und Mehl geführt. Der Export Argentiniens an Weizen ist von 3 Millionen 1913/14 auf 1 Million Tonnen 1914/15 zurückgegangen. Für ein wichtiges Exportprodukt Argentiniens, Mais, stehen die Ernteaussichten besonders ungünstig. Nach einer Schätzung des argentinischen Ackerbauministeriums von Mitte März dieses Jahres zeigt die Anbaufläche für Mais für das Jahr 1916/17 eine Abnahme von nahezu einer Million Acres gegenüber der Vorjahre. Die Anbaufläche wird mit 8,966,000 Acres angegeben gegen 9,929,000 Acres im Vorjahre und 10,381,000 Acres im Jahre 1914/15. Man schätzte den für die Ausfuhr verbleibenden Ueberschuß von Mais für die kommende Erntezeit auf 8 Millionen Quarters gegen rund 13 Millionen Quarters, die während der letzten Erntezeit ausgeführt worden sind. Nach englischen Berechnungen braucht England, Frankreich und Italien rund 43½ Millionen Quarters Einfuhrgetreide, wovon aber nach den schlechten Welternteergebnissen überhaupt kaum die Hälfte zur Verfügung wären. Durch das Ausfuhrverbot Argentiniens hat sich das Getreideproblem der Entente, auch wenn die Wirkungen des U-Boot-Krieges außer Betracht gelassen werden, weiter verschärft.

Tägliche Rundschau
31./III. 1917
156

Zur Aufklärung der Landbevölkerung hat Exzellenz Groener, Präsident des Kriegsamts, folgenden Aufruf erlassen:

Im Einvernehmen mit dem preußischen Staatskommissar für Volksernährung, Exzellenz Michaelis, ordne ich an, daß die Kriegswirtschaftsämter sich sofort mit den ihnen unterstellten Kriegswirtschaftsstellen in Verbindung setzen, um in weitesten Kreisen die Landbevölkerung in allen Teilen des Landes auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuweisen, in der sich die städtische Bevölkerung und die der Industrie, besonders der Rüstungsindustrie, befindet. Die Kriegswirtschaftsstellen müssen durch ihre landwirtschaftlichen Mitglieder und andere geeignete Persönlichkeiten jedem Landwirt dies klarmachen. Es nützt nichts, wenn schriftliche Anordnungen erlassen werden, auch größere Versammlungen allein haben keinen Zweck; nur das von Mund zu Mund gesprochene Wort kann hier helfen. Lehrer und Geistliche müssen herangezogen werden. Es muß jedem Landwirt zum Bewußtsein kommen, daß jedes Pfund Korn, das er über das unbedingt notwendige Maß in seiner Wirtschaft verbraucht, ein Unrecht gegen die Gesamtheit ist und unseren Feinden nützt. Jede Kartoffel und Kohlrübe, die noch irgend zur menschlichen Nahrung gebraucht werden kann, muß der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Können die Kohlrüben nicht voll sofort jetzt verwendet werden, so sind sie einer Trocknungsanstalt schleunigst zuzuführen, damit sie nicht verderben. Auf eine restlose Abführung von Molkereiprodukten ist immer wieder hinzuweisen. Kein gesunder Erwachsener sollte auf dem Lande Vollmilch trinken. Vollmilch ist nur für Kinder und Kranke und zur Bereitung von Butter. Es dürfen nur zur Zucht geeignete Kälber aufgezogen und diese nur in den ersten Wochen mit Vollmilch gefüttert werden.

Es muß in diesen Besprechungen darauf hingewiesen werden, daß es keinen Zweck hat, sich über Maßnahmen, die bisher getroffen sind, zu unterhalten und sonstige rückwärtige Betrachtungen zu machen, sondern nur mit allem Nachdruck muß gefordert werden, daß alle Nahrungsmittel restlos den zuständigen Stellen zugeführt werden.

Ich erwarte, daß die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen sich des Ernstes der Lage bewußt werden, und daß die Leiter der Kriegswirtschaftsämter sich persönlich davon überzeugen, daß in allen Kreisen mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet wird, alle Lebensmittel den städtischen und Industriearbeitern zuzuführen.

Frankfurter Zeitung
1./IV. 1917

157

Zur Aufklärung der Landbevölkerung.

Notwendige Hergabe aller entbehrlichen Lebensmittel!

Berlin, 30. März. (W. B.) An die Kriegswirtschaftsämter ist folgende Anweisung ergangen:

Im Einvernehmen mit dem Preuß. Staatskommissar für Volksernährung, Exz. Michaelis, ordne ich an, daß die Kriegswirtschaftsämter sich sofort mit den ihnen unterstellten Kriegswirtschaftsstellen in Verbindung setzen, um in weitesten Kreisen der Landbevölkerung in allen Teilen des Landes auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuweisen, in der sich die städtische Bevölkerung und die der Industrie, besonders der Rüstungsindustrie, befindet. Die Kriegswirtschaftsstellen müssen durch ihre landwirtschaftlichen Mitglieder und andere geeignete Persönlichkeiten jedem Landwirt dies klar machen. Es nützt nichts, wenn schriftliche Anordnungen erlassen werden, auch größere Versammlungen allein haben keinen Zweck; nur das von Mund zu Mund gesprochene Wort kann hier helfen. Lehrer und Geistliche müssen herangezogen werden. Es muß jedem Landwirt zum Bewußtsein kommen, daß jedes Pfund Korn, das er über das unbedingt notwendige Maß in seiner Wirtschaft verbraucht, ein Unrecht gegen die Gesamtheit ist und unseren Feinden nützt. Jede Kartoffel und Kohlrübe, die noch irgend zur menschlichen Nahrung gebraucht werden kann, muß der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Können die Kohlrüben nicht voll sofort jetzt verwendet werden, so sind sie einer Trocknungsanstalt schleunigst zuzuführen, damit sie nicht verderben. Auf eine restlose Abführung von Molkereiproduktion ist immer wieder hinzuweisen. Kein gesunder Erwachsene sollte auf dem Lande Vollmilch trinken. Vollmilch ist nur für Kinder und Kranke und zur Bereitung von Butter. Es dürfen nur zur Zucht geeignete Kälber aufgezogen und diese nur in den ersten Wochen mit Vollmilch gefüttert werden.

Es muß in diesen Besprechungen darauf hingewiesen werden, daß es keinen Zweck hat, sich über Maßnahmen, die bisher getroffen sind, zu unterhalten und sonstige rückwärtige Betrachtungen zu machen, sondern nur mit allem Nachdruck muß gefordert werden, daß alle Nahrungsmittel restlos den zuständigen Stellen zugeführt werden. Ich erwarte, daß die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen sich des Ernstes der Lage bewußt werden, und daß die Leiter der Kriegswirtschaftsämter sich persönlich davon überzeugen, daß in allen Kreisen mit allen Nachdruck darauf hingearbeitet wird, alle Lebensmittel den städtischen und Industriearbeitern zuzuführen.

Groener.

Kölnische Zeitung

1./IV. 1917

188

Die Nachprüfung der Getreidebestände.

Der Bürgermeister einer rheinischen Landgemeinde schreibt uns: Dem Artikel „Man greift durch“ in Nr. 300 Ihrer geschätzten Zeitung kann man auch in Kreisen der rheinischen ländlichen Ortsbehörden vorbehaltlos zustimmen. Namentlich gilt dies hinsichtlich der Beteiligung des Gemeindevorstehers bei den Nachprüfungen der Bestände, dessen Obliegenheiten bei der rheinischen und westfälischen Gemeindeverfassung ausschließlich vom Bürgermeister wahrgenommen werden. Auf dem Bürgermeister lastet die ganze örtliche Verwaltung, während ihm nur in den auswärtigen, zu der Bürgermeisterei gehörenden Gemeinden als Organ der Gemeindevorsteher zur Seite steht. Die Gemeindevorsteher sind hier im Westen durchweg selbst Landwirte und durch ihren landwirtschaftlichen Betrieb voll in Anspruch genommen. In der Wohnsitzgemeinde und in den nur aus einer Gemeinde bestehenden Bürgermeistereien ist im allgemeinen der Bürgermeister selbst zugleich Gemeindevorsteher. Dem Bürgermeister wird also auch ausschließlich die Mitwirkung bei der Bestandsaufnahme zufallen. Ohne weiteres zustimmen wird man auch der Forderung, daß die Ortsbehörden die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachprüfung übernehmen, freilich nur unter der Bedingung, daß den Ortsbehörden das nötige Personal zur Verfügung gestellt wird. Die kürzliche Forderung des Oberbürgermeisters Wallraf im Herrenhaus und in der Kölner Stadtverordneten-Versammlung auf Stärkung des Unterbaues auf dem Lande ist vollauf berechtigt. Den ländlichen Ortsbehörden fehlen zur wirksamen Durchführung der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen die erforderlichen Hilfskräfte, einmal, weil viele ihrer Angestellten eingezogen sind, dann aber auch sind die finanziellen Verhältnisse vieler, namentlich kleiner Gemeinden, so angespannt, daß sie zu der bereits erfolgten erheblichen Erhöhung ihrer Bureauunkosten weitere Kosten nicht übernehmen können. Gerade die vielen Erhebungen sind für die Ortsbehörden eine Mehrbelastung, die das gewöhnliche Personal unmöglich sachgemäß ausführen kann. Kurz vor der Zählung geht das Zählmaterial ein, in größter Hast, ohne daß ein persönliches Benehmen mit den Zählern möglich ist, muß das Material verteilt werden, dann erfolgen an einem einzigen Tage die Zählungen, manchmal verschiedener Art. Die Zähler sind gerade auf dem Lande freiwillig sich meldende, häufig wenig schreibgewandte Personen. Infolge der von den höhern Behörden viel zu kurz gesetzten Erledigungsfristen muß das Material meistens von den Zählern innerhalb weniger Stunden zusammengestellt und bei der Ortsbehörde eingereicht werden. Die Ortsbehörden ihrerseits haben dann wieder das Material in der größten Eile zu prüfen, zusammenzustellen und einzureichen. Daß bei dieser Beschleunigung schon ein in etwa brauchbares Ergebnis erzielt wird, ist ganz ausgeschlossen. Man sollte hier den Ortsbehörden mehr Zeit zur Verfügung lassen. Dann kommt die Nachprüfung und Überwachung der Ablieferung, die vielfach den Ortspolizeibehörden, die sich hier im Westen auch in den Bürgermeistern verkörpern, übertragen ist. Wer soll hier die Nachprüfung genau machen? Der einzige Polizeibeamte, der vielleicht noch für mehrere Gemeinden angestellt ist und der ohnehin durch alle möglichen Verwaltungssachen mehr als überlastet ist? Die Folge dieser Mängel ist dann das falsche, unzutreffende Bild, das fast bei jeder Erhebung herauskommt. Bei den jetzigen Zuständen kann unmöglich etwas Brauchbares erzielt werden. Schuld an den unzureichenden Erfolgen ist die Ausführung der Erhebung, der Nachprüfung sowie der Überwachung selbst, sie liegt bei den Ortsbehörden, denen erstens nicht die nötigen Kräfte zur Verfügung stehen, um die Erhebung, Nachprüfung und Überwachung gewissenhaft vorzunehmen, und denen zweitens keine Zeit gelassen wird, das Erhebungsmaterial ruhig und gewissenhaft durchzuarbeiten: Wenn hier nicht Wandel geschafft wird, gibt es nie ein richtiges Bild über das, was da ist, und das, was nicht da ist. Stelle man darum den Ortsbehörden für die Durchführung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen (Bestandserhebungen, Ablieferungen der Vorräte usw.) geeignete, vielleicht militärische Hilfe zur Seite, dann werden bei dem guten Willen der ländlichen Behörden, der zweifellos vorhanden ist, mehr Lebensmittel als bisher für die städtische Bevölkerung zur Verfügung stehen und von der Ablieferungspflicht erfaßt werden.

1./IV. 1917 158

— (Der Saatenstand in Ungarn.) Aus Budapest wird uns telegraphiert: Die Saatenstandsberichte der letzten Tage, die an das Ackerbauministerium und an die landwirtschaftlichen Korporationen gelangten, sind im großen und ganzen befriedigend. Bedauerlich ist, daß an manchen Orten eine solche Feuchtigkeit besteht, daß eine Bearbeitung des Bodens momentan nicht angezeigt erscheint und eine Verzögerung der Frühjahrsarbeiten da und dort in den Bereich der Möglichkeit tritt. Andererseits aber darf festgestellt werden, daß solche Gegenden, die früher unter Hochwasser im Frühjahr zu leiden hatten, heuer verschont blieben, die Saaten prächtig aufgegangen sind und die Feldmäuse wenig Schaden verursachten, so daß die Meldungen über angebliche Verheerungen durch Feldmäuse als irrig bezeichnet werden können. Auch die lange Dauer des Winters hat insofern eine gute Seite, als die Obstbäume in ihrer Entwicklung nicht weit vorgeschritten sind und die jüngsten Nachtfröste nicht den geringsten Schaden zufügen konnten. Die Anbaufläche nimmt zu und wird wesentlich größer werden als im Vorjahr, weil auf weiten Gebieten jetzt Gemüse aller Art gebaut werden und die Regierung durch ihre Organe darüber wachen läßt, daß keinerlei Ackerboden unbebaut bleibe. In einigen Gegenden hat die Komitatsverwaltung direkt eingegriffen, um brachliegende Felder an Pächter zu bringen, und auch österreichischen und reichsdeutschen Pächtern wurde die Möglichkeit geboten, Territorien zu erwerben, damit sie Landwirtschaft betreiben können. Mit größter Umsicht wird von Amts wegen die Wirksamkeit der agrarischen Korporationen kontrolliert. Man kann darauf rechnen, daß die diesjährige Ernte nicht hinter der vorjährigen zurückbleiben dürfte und durch energische Tätigkeit der Ausfall wettgemacht werden wird, den die bisherige ungünstige Witterung möglicherweise im Gefolge haben könnte. Die maßgebenden Kreise sehen heute, wie man bereits konstatieren kann, mit voller Beruhigung dem Ernteergebnis pro 1917 entgegen.

Reichspost

4./IV. 1917

161

Militärische Pferde für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten.

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Anordnung des Kriegsministeriums werden zur Durchführung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten möglichst viele Pferde zur Verfügung gestellt werden. Die Bewerber (Gemeinden, Einzelbesitzer usw.) haben ihre Anforderungen im Wege ihrer Bezirksbehörde oder an die in der Hauptstadt ihres Kronlandes befindliche Landes-Arbeitsnachweisstelle zu richten. Die Beistellung verfügt der betreffende militärische Ersatzkörper, und die Bewerber werden von diesem telegraphisch von dem Abgehen der Pferde an ihren Bestimmungsort verständigt. Die Pferde werden vor ihrem Abgange mit gutem Beschlage versehen und mit Stallhalfter, Pferdedecken, mit Obergurten und den Pferderequisiten sowie zwei Reserveeisen ausgerüstet. Soweit verfügbar, wird jedenfalls auch Kummet oder Sielgeschirr beigegeben werden. Zur Beaufsichtigung wird der Ersatzkörper für je zwei Paar Pferde je einen Mann, für je 20 bis 30 Pferde je einen verläßlichen Unteroffizier abkommandieren. Für Unterkunft und Verpflegung der Pferde und Begleitmannschaften einschließlich Brot in natura hat der Arbeitgeber aufzukommen. Der für die Verpflegung der Mannschaft entfallende Betrag wird an den Arbeitgeber gegen Bestätigung abgeführt. Naturgemäß erfolgt die Zahlung nur für jene Tage, für die die Mannschaft die Verpflegung tatsächlich erhalten hat. Ueberdies hat der Arbeitgeber jedem Begleitmann (auch dem Unteroffizier) eine der ortsüblichen Entlohnung entsprechende Zulage auszufolgen. Die Höhe dieser Arbeitszulage bestimmt die Bezirksbehörde, sie muß jedoch pro Arbeitstag mindestens drei Kronen betragen. Für die Beistellung des Futters haben die Arbeitgeber selbst aufzukommen. Die Ausgabe der Pferde erfolgt nur gegen jederzeitigen Widerruf.

Frankfurter Zeitung
5./IV. 1917

162

Aufruf zur Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Landwirtschaft!

Die Frühjahrsbestellung steht vor der Tür. Mehr als je gilt es jetzt, dem heimischen Boden das Aeußerste abzuringen! Frauen vom Lande, Ihr seid für die Landwirtschaft unersetzliche Facharbeiterinnen! Darum geht für Euere Männer und Brüder zurück an den Pflug! So helft Ihr am treuesten dem Vaterland!

Alle öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise und die Hilfsdienstmeldestellen in Stadt und Land weisen Euch Beschäftigung, Unterkunft, gute Beköstigung und Entlohnung nach!

Auf denn, Frauen und Mädchen, zur Hilfsarbeit bei der Erzeugung unserer Nahrungsmittel! Das Vaterland rechnet auf Euch wie auf jeden Mann!

Und Landwirte, laßt Euch Euere wertvollen Kräfte nicht nach der Stadt entziehen! Greift zu, wenn Euch Hilfe aus den Städten kommt, damit alles Euerer Arbeit restlos dienstbar gemacht werden kann!

Eile ist geboten!

Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M.
Kriegswirtschaftsamt Frankfurt a. M.

Die Zeit
6./IV. 1917
165

Die heurige Getreidebewirtschaftung.

Die Ernte von 1917 ist für die gesamte Kulturwelt von außergewöhnlicher Bedeutung, und die weitestgehenden Anstrengungen werden darum zur Förderung der Produktion überall gemacht. Durch den großen Minderertrag in den überseeischen Gebieten im vergangenen Jahre, dem infolge des Weltkrieges zudem ein stark vermehrter Verbrauch an allen Zerealien gegenübersteht, müssen alle Reserven nahezu gänzlich aufgebraucht werden. Unter diesen Umständen ist vorauszusehen, daß die Bestände, mit denen in die neue Verbrauchsära eingetreten werden wird, seit langer Zeit nicht so geringfügig gewesen sein werden wie in diesem Jahre. Das gilt auch von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die in den drei Kriegsjahren ganz ungenügende Erträge als Gesamtmenge einbrachten, dabei aber, von jedem Außenverkehr abgeschlossen, sich aus den eigenen Erzeugnissen allein versorgen mußten.

Die Ernteresultate sind aber nicht bloß aus elementaren Gründen in der Vergangenheit zurückgegangen, sondern sie werden durch die Kriegsverhältnisse auch heuer vielseitig eine Abnahme erfahren. Das begründet sich, trotz aller Gegenbestrebungen, in den Tatsachen, daß das Arbeitspersonal und das Zugvieh in weitestem Maße der Landwirtschaft entzogen sind; ferner aber macht sich auch immer stärker der Mangel an künstlichen oder natürlichen Düngemitteln fühlbar. Die Erwartungen für die nächste Ernte werden denn auch, trotz aller Anbauprämien, trotz Hinaufsetzung der Höchstpreise und derlei Stimulanzen, nirgends hoch gestimmt. Man rechnet solcherart schon mit längerdauernder Knappheit an Material, wozu auch nach Beendigung des Krieges die fehlenden Uebersee-Transportmittel nicht wenig beitragen werden.

Durch die ungewöhnliche Dauer des heurigen Winters, und zwar eines Winters mit großen Schneefällen und strengen Frösten, ist noch jedes Urteil über die Ueberwinterung zurückzuhalten. Warmes, schönes und trockenes Wetter bleibt je eher erwünscht, denn Nässe und Kälte haben die ersten drei Monate des Jahres schon mehr als genug beschert. Die Witterung bildet ja, und zunächst bis Ende August, den Hauptfaktor für das Gedeihen des Winter- und Sommeranbaus in Europa und Nordamerika (in der ganzen mittleren Zone), denn die Ernte verteilt sich für die gewichtigsten Fruchtgattungen in diesen Gebieten zumeist auf die Periode von Ende Juni bis Ende August. Alle Bedingungen sind wohl auf Jahre hinaus gegeben, daß die Landwirtschaft mit guten Preisen rechnen darf, und da sie ihre Interessen nach allen Seiten selbst gut zu wahren versteht, so wird im Interesse der Konsumenten dafür zu sorgen sein, daß die Agrarier sich keine zu argen Uebertreibungen zuschulden kommen lassen oder gar ihre Produkte nicht dem Bedarf entsprechend hergeben. Die landwirtschaftlichen Arbeiten sind dagegen mit allen Mitteln zu unterstützen, um die eigene Unabhängigkeit in der Ernährung zu sichern und womöglich Reserven anzusammeln. Die beiden Mittelmächte können bei einiger Wettergunst dieses Ziel auf dem ihnen zur Verfügung stehenden Areal heuer erreichen. — Frankreich und Italien werden dagegen unter den besten Bedingungen große Ausfälle brauchen, und England, das nahezu für seinen ganzen Getreideverbrauch auf fremde Zufuhren angewiesen ist, wird trotz aller Anstrengungen im eigenen Lande sowie der angeblich bereits geschlossenen Ernte Kanadas mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wenn der Kampf auf den Schlachtfeldern auch noch bis in oder über die künftige Ernte dauern sollte.

Da die Vereinigten Staaten von Amerika dermalen der einzige Staat sind, wo aus den Preisen (Kursen) die reale Lage des Getreide-Weltmarktes abzulesen ist, sei erwähnt, daß Mitte November 1916 der bisherige Rekordpreis für Hardwinter Weizen in New-York 196 Cents pro Bushel war (gegen normal zwischen 90 und 100 Cents); von diesem Stand ging er zeitweilig 40 Cents zurück, um seitdem eine Avance bis über 223 Cents wieder zu erreichen — der Spring-Weizen (Frühjahrsweizen) durchlief in der gleichen Zeit die Skala von 209 bis 240 Cents. Darin zeigt sich vornehmlich, daß die geringen Vorräte drüben die wegen der U-Boote und wegen Schiffmangels geringen Ausfuhren mehr als paralysieren. Der eigene Bedarf der Amerikaner spricht sich in diesen Ziffern deutlich aus, nicht minder aber auch in der Umschau nach Ware in Argentinien und Australien, wo sie mit den Entente- und neutralen Ländern Europas konkurrieren müssen. Erhöht werden diese Nöte durch die gleichzeitig kleinen Bestände von Mais in Amerika, was wieder am besten dem Hochpreisstand bis 140 Cents pro Bushel zu entnehmen ist. Normal notierte Mais immer etwa die Hälfte von Weizen, also bei 100 Cents Weizen zirka 50 Cents. Augenblicklich ist das Verhältnis 240 gegen 140 Cents. Bis zur neuen Ernte haben die Amerikaner für Weizen noch 3 bis 4, für Mais 7 bis 8 Monate vor sich, und die bisherigen Meldungen über Winterweizen lauten nichts weniger als glänzend. England hat noch 5 bis 6 Monate, bis es aus der eigenen Ernte auf fertigen Weizen rechnen kann.

Die drei Kriegsjahre haben die Wichtigkeit des Ernteausfalles für die Ernährung der Bevölkerung erwiesen, und es sind insbesondere die Brotfrüchte und Kartoffeln, die immer mehr in den Vordergrund gelangten. Neuestens tritt dementgegen die Fleischnahrung, speziell in Deutschland und in unserer Monarchie, einigermaßen in den Hintergrund, denn die Viehzüchtung soll eine Abnahme erfahren, wodurch große Mengen Zerealien, die bislang erst auf indirektem Wege den Menschen zugute kamen, denselben nun unvermittelt zugewendet werden. Es ist darum auch nur zu begrüßen, daß nächstens die Preise der menschlicher Ernährung dienenden Früchte hinauf-, jene der tierischer Ernährung heruntergesetzt werden. Mit der nächsten Erntekampagne beginnt das vierte Wirtschaftsjahr während des Krieges. Speziell die Mittelmächte hatten in dieser Zeit reichlich Gelegenheit, Erfahrungen im Wege der Organisationen und Rationierungen zu sammeln, und sie brauchen diese Erfahrungen — positiv und negativ — nur anzuwenden, um die künftige Versorgung in befriedigender Weise zu besorgen. Die Hauptsache bleibt allerdings eine gute Ernte.

Arbeiterzeitung
6./IV. 1917

167

Auch der Mist wird teurer! Ein Leser schreibt uns: Gegenwärtig werden in Wien Plakate angeschlagen, mit denen das Volksernährungsamt die Bevölkerung auf die Wichtigkeit des Gemüsebaues verweist und zur Ausnützung des kleinsten Winkels auffordert. Bei einem Teile der Bevölkerung hat es dieses Hinweises nicht bedurft. An der Peripherie der Stadt harren eine Menge Kleingärten, die auf dem rohen Wiesenboden parzelliert sind, nur noch des schon heiß ersehnten schöneren Wetters, um in Kultur genommen zu werden. Besonders die die armen Leute so drückende Kartoffelnot ist in der Sache der Kleingartenbewegung ein mächtiger Ansporn. Aber trotz aller Liebe der öffentlichen Körperschaften für diese Sache scheint es mit den Saatkartoffeln zu hapern. Außerdem kommt noch ein anderer Uebelstand zu Tage. Ohne Dünger keine entsprechende Ernte. Davon redet auch das erwähnte Plakat. Kunstdünger ist jetzt fast nicht zu haben und außerdem für die rohen Böden nicht recht zu verwenden, ferner für den Laien eine Aufgabe, der er nicht gewachsen ist. Der beste Dünger ist da der Stallmist. Nun gibt es in Wien infolge des Krieges eine Menge Militärkadres, die reichlich Pferde haben und dadurch über viel Stallmist verfügen. Die Nachfrage danach hat aber bei den Kommandanten dieser Abteilungen eine richtige Preistreiberei hervorgerufen. Eine Fuhre Stallmist, die für die Berufsgärtner im Frieden 2 Kronen kostete, kostet jetzt in der Meidlinger Trainkaserne 6 Kronen. In den Barackenställen der Artillerie in der Huttengasse in Breitensee kostete eine Fuhre Mist vor zwei Jahren 5 Kronen, vergangenen Herbst 10 Kronen, vor vier Wochen 14 Kronen, jetzt 16, auch 20 Kronen. Eine Ministerialverordnung setzt Höchstpreise für die Pacht von Schrebergärten fest. Sollten die militärischen Ministerien nicht die ihnen unterstehenden Kommanden der mit Pferden versehenen Unterabteilungen anweisen können, einmal einheitliche, dann aber auch keine „getriebenen" Preise für den Stallmist zu verlangen?

Österr. Volkszeitung
6/IV. 1917

168

* **Die Zuteilung von Kriegsgefangenen an Landwirte.** Ein Leser aus Nordmähren schlägt für die Zuteilung von Kriegsgefangenen zu Feldarbeiten einen anderen Weg als den bisherigen vor. Die Bestellung von Kriegsgefangenen durch den einzelnen Landwirt ist umständlich, die bäuerliche Bevölkerung entschließt sich nur schwer dazu und läßt sich oft durch Bedenken davon abhalten. Es wäre statt dessen der offenkundige Bedarf an Arbeitskräften für jede Gemeinde von der Behörde festzustellen und eine entsprechende Anzahl arbeitswilliger Gefangener unter den einfachsten Bedingungen zuzuweisen. In jedem größeren Dorf sind leere Schulzimmer, wo die Gefangenen untergebracht und verpflegt werden könnten. Den Unterhalt dürfte die Gemeinde wohl auch so billig besorgen können wie die Gefangenenlager, und sollte auch eine Mehrleistung für die Gemeinde herauskommen, so wäre dies kein Unglück. Wenn aber die Leute im Dorf sind, könnten sie da und dort gegen Taglohn verwendet werden. Niemand wäre an einen bestimmten Mann oder eine besondere Zeit gebunden, die Arbeiter aber würden fleißig gemietet werden und sich dabei wohl fühlen. Man könnte sich dann nicht mehr auf Mangel an Arbeitskräften ausreden und viele Ackerflächen würden nicht unbebaut bleiben.

Österr. Volkszeitung
Z. IV. 1917
168

Ein Erlaß über die Anbauflächen.

Der Ernährungsrat hat sich, wie uns von besonderer Seite mitgeteilt wird, in der letzten Zeit wiederholt mit der Frage der Preisrelationen befaßt. Es wurden Sachverständige gehört, die über die richtige Preisrelation gesprochen haben. Hauptsächlich handelt es sich darum, daß durch eine spekulative Bevorzugung der einen oder anderen Gattung von Nahrungsmitteln nicht eine Schädigung der Allgemeinheit eintrete, das heißt, die Preise müssen so gestellt werden, daß sie dem Landwirt keine besonderen Vorteile und keinen Anreiz geben, Nahrungsmittel zu verfüttern. Insbesondere muß das Augenmerk darauf gelenkt werden, daß die Vieh- und Fleischpreise in eine richtige Relation zum Getreidepreis gesetzt werden. Die Aufgabe ist schwer zu lösen, und es werden auch Verhandlungen mit Ungarn erforderlich sein. Diese Frage wird in der nächsten Sitzung des Arbeitsausschusses des Ernährungsamtes den Hauptgegenstand der Beratung bilden.

Selbstverständlich ist folgendes: Das Ernährungsamt beschäftigt sich, so wie es jetzt intensiv damit beschäftigt ist, für die allernächste Gegenwart zu sorgen, auch intensiv damit, die Ergebnisse der nächsten Ernte möglichst sicherzustellen und alle die großen Schwierigkeiten, die sich durch die Verringerung der Saatgutmengen, durch Entkräftung des Bodens, durch den Mangel an Arbeitskräften und vielleicht sogar auch durch bisher unrichtige Preisrelationen ergaben, möglichst zu beseitigen, gleichzeitig aber auch die genaueste und rascheste Kenntnis des künftigen Ernteergebnisses durch eine radikale Verbesserung der Anbauflächenstatistik und durch eine richtige Erfassung der Ernte zu erzielen.

Es liegt im eigensten Interesse der Landwirtschaft, in der Anbauaktion und in der Frage der Erfassung der Ernte die Behörde möglichst zu unterstützen, weil durch eine richtige Statistik und eine richtige Erfassung der Ernte die Möglichkeit gegeben ist, die Landwirtschaft von allen späteren Unannehmlichkeiten — Requisitionen usw. — zu befreien und weil man ja auch, wenn man rechtzeitig Vorsorge treffen kann, gewiß mit geringerer Menge sein Auslangen zu finden imstande ist.

Der Erlaß wegen der Anbauflächen dürfte schon in den nächsten Tagen herausgegeben werden.

Rübenanbau und Rübenpreise.

In der Vollversammlung der Nordwestböhmischen Rübenverwertungsgenossenschaft in Brüx wurde, wie uns von dort berichtet wird, am 11. v. M. eine Entschließung angenommen, worin erklärt wird, daß der Anbau von Rübe im Ausmaße des Vorjahres eine vaterländische Pflicht der Mitglieder sei. Die Mitgliederschaft wird auch im heurigen Jahre dieser Pflicht nachkommen, fordert aber, daß die Zuckerfabriken die wiederholt aufgestellten begründeten Ansprüche der Rübenproduzenten erfüllen und insbesondere durch Errichtung von Depots und Filialwagen und durch Bezahlung der Zufuhrgebühren den Wirtschaftsbetrieb der Landwirte sichern. Die Versammlung erklärte weiter, daß der für 1917 bestimmte Rübenpreis den Gestehungskosten nicht entspricht, und erachtet eine Erhöhung nach deutschem und ungarischem Muster als notwendig.

Neue Freie Presse
7. IV. 1917

Der amerikanische Krieg und die Getreide-Weltversorgung.

In Newyork notierte heute Weizen neuer Kampagne 240 Cent für den Bushel, Weizen der laufenden Kampagne, also alter Ernte, 225 Cent. Ein Meterzentner Weizen neuer Ernte kostet also heute in Newyork über 43 Kronen, prompter Weizen beinahe 41 Kronen, wobei noch der heutige Stand der Wechselkurse unberücksichtigt gelassen wird. Es sind dies Preise, welche überhaupt, solange statistische Daten zur Verfügung stehen, nicht gezahlt wurden. Der höchste Weizenpreis der letzten 50 Jahre war in Amerika zur Zeit des Leiter-Ringes erreicht worden; selbst der damalige Preis betrug nur die Hälfte des gegenwärtigen. Es muß daran erinnert werden, daß vor dem Einsetzen des verschärften U-Boot-Krieges und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staten der Weizen 198 Cent notierte. Von dieser Höhe sank er rasch auf 170 Cent herab, weil damals die Meinung vorherrschte, daß nur die großen Ausfuhrmöglichkeiten und der Getreidehunger Englands diese Preise rechtfertigen könnten. Die Veröffentlichung der statistischen Daten über die Getreidevorräte der Vereinigten Staaten führte jedoch sofort zu einem Umschwung in der Preisbewegung. Man kam zur Ueberzeugung, daß die Bestände nur knapp hinreichen würden, um den amerikanischen Inlandskonsum zu decken, daß Exportüberschüsse überhaupt nicht mehr vorhanden seien und daß angesichts dieser Situation auch bei Unterbindung des Exportes das hohe Preisniveau gehalten werden könnte. Sowohl der Getreidehandel wie die Farmer der Vereinigten Staaten widersetzten sich jedem Preisrückgang, und so gelang es, sukzessive den Weizenpreis wieder auf 190 Cent hinaufzusetzen. Mittlerweile hatte aber die Ansicht die Oberhand gewonnen, daß sogar Getreideimporte notwendig sein würden, um den Bedarf Amerikas bis zur neuen Ernte zu decken, und amerikanische Kaufofferten trafen auf den australischen und argentinischen Märkten ein. Mit der Erklärung des Kriegszustandes erhielt die Aufwärtsbewegung einen neuerlichen Impuls. Weiß man doch, daß erfahrungsgemäß kriegerische Verwicklungen infolge des Mehrbedarfes der Armeen sowie der Konzentrierung der Erfordernisse in einigen Händen, welche weniger auf den Preis, als auf die Erlangung der Ware unbedingtes Gewicht legen, Preissteigerungen des Getreides zur Folge haben müssen. Mit der Erklärung des Kriegszustandes gingen die Weizenpreise neuerlich sprunghaft in die Höhe, an einem Tage um 35 Cent; so kostet heute in Newyork Weizen mehr als in Deutschland, mehr als in Oesterreich-Ungarn, ja noch mehr als in Frankreich, und selbst die hohen englischen Getreidepreise übersteigen nur um ein geringes die Newyorker Notierungen. Dies ist vielleicht nur für die nächsten Monate von Bedeutung. Man weiß, daß in der Spanne Zeit, welche die einzelnen Länder von der neuen Ernte trennt, die Weizenvorräte (dies gilt auch für die Vereinigten Staaten) relativ geringe sind und energische Streckungsmaßnahmen notwendig sein werden, um das Durchhalten zu ermöglichen.

Die Frage wird aber heute denn doch schon zu einer brennenden, ob die Aussichten für die heurige Ernte die begründete Hoffnung zulassen, daß die Sorge um Mehl und Brot verschwinden kann. Die Zentralmächte Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben die Erfahrungen von drei Kriegsjahren hinter sich. Die militärischen Erfolge in Rumänien haben die Sicherheit geschaffen, daß auch dieser fruchtbarste Boden für die Getreideversorgung ihnen zur Verfügung steht. Die Anbauarbeiten sind im Herbst mit aller Energie durchgeführt worden. Die Nachrichten über die Ueberwinterung lauten günstig. Der Frühjahrsanbau hat zwar eine Verzögerung erfahren, aber die Vorbereitungen sind getroffen, daß durch intensive Arbeit dieser Rückstand wieder wettgemacht wird. Die Bewohner haben in drei harten Kriegsjahren gelernt, sich allen Streckungs- und Verteilungsmaßnahmen zu fügen, und angesichts dieser landwirtschaftlichen Situation ist die Besorgnis, daß wir im nächsten Jahre nicht unser Auslangen finden werden, absolut unbegründet, ja man kann ohne übertriebenen Optimismus sogar hoffen, daß das nächste Jahr eher eine Besserung der Verhältnisse bringen werde.

Anders liegt die Situation in den Ländern der Entente sowie in den Vereinigten Staaten. England ist und bleibt trotz aller Versuche, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, mit 70 Prozent seines Bedarfes auf die Einfuhr angewiesen. In Frankreich sind die Ernteaussichten die denkbar ungünstigsten. Für den Herbstanbau wird eine Mißernte besorgt und um den Frühjahrsanbau mit aller Anspannung durchzuführen, ist der Anreiz einer wesentlichen Erhöhung der Höchstpreise geboten worden. Auch in Italien hat ein ungewohnt harter und langer Winter die Saaten geschädigt. England, Frankreich und Italien sind daher, zumal in den beiden erstgenannten Ländern die Ernte erst sehr spät eingebracht wird, auf die amerikanische Einfuhr angewiesen. Nun kommt wie ein Donnerschlag die plötzliche Nachricht, daß die Aussichten der Ernte in den Vereinigten Staaten sich wesentlich verschlechtert haben und die Kurse für Weizen neuer Ernte steigen in wenigen Tagen um 50 Cent per Meterzentner. Noch vor wenigen Tagen hat ein englisches Blatt den zu erwartenden Ernteertrag in den Vereinigten Staaten auf 1000 Millionen Bushel geschätzt und angenommen, daß die Vereinigten Staaten dann ihren Alliierten 400 Millionen Bushel zur Verfügung stellen können: damit wäre der dringendste Importbedarf der Ententeländer und der Neutralen insolange gedeckt, bis die Ernten der südlichen Hemisphäre heranreifen, allerdings unter der Annahme, daß der amerikanische Inlandbedarf durch eine Nationierung etwa auf zwei Drittel des normalen herabgedrückt wird. Auch bei einem Ernteertrag von 1000 Millionen Bushel, also einer glänzenden Ernte, würden die Vereinigten Staaten nur dann den Importbedarf Europas decken können, wenn sie sich selbst Opfer auferlegen. Wenn die ungünstigen Anschauungen, welche heute über die Chancen der amerikanischen Ernte bestehen, durch den Ernteausfall bestätigt werden, so kann von einem Ertrag von 1000 Millionen Bushel kaum die Rede sein und die Ernte würde bestenfalls 700 Millionen Bushel liefern. Wie steht es dann mit den Aussichten der Weltweizenversorgung? Es ist klar, daß unter den normalen Verkehrsverhältnissen von einer Welthungersnot nicht die Rede sein kann. Dann müßten eben die letzten Reserven von überall herangezogen werden, also die ohne Zweifel im Europäischen und Asiatischen Rußland noch abseits von den großen Verkehrsstraßen lagernden Getreidemengen, die Reste der argentinischen, australischen und indischen Bestände; bei freiem Weltverkehr würde sich dann, wenn auch mit Opfern, der Ausgleich zwischen Vorrat und Bedarf vollziehen. Diese wichtige Voraussetzung des freien Weltverkehres besteht aber nicht. So laden diejenigen, welche auf der Fortsetzung des Krieges unter allen Umständen beharren, eine schwere Verantwortung auf sich. Die Nahrungssorge müßte in zwei Weltteilen ihren Einzug halten und von ihr würden nicht bloß die kriegführenden Länder betroffen, sondern auch die zahlreichen kleinen neutralen Staaten Europas, welche auf die Getreideeinfuhr angewiesen sind. Den Zentralmächten ist durch den Krieg die wirtschaftliche Autarkie aufgezwungen worden und sie haben es verstanden, sich derselben anzupassen, weil die klimatischen und kulturellen Voraussetzungen dies ermöglichten. Aehnliche Mittel, um der Gefahr der Absperrung vom Weltverkehr zu begegnen, besitzen weder die kleinen noch die großen Staaten Europas und auch sicher nicht die Vereinigten Staaten; so kann die Sorge um Brot und Mehl in den kriegführenden Ländern der Entente und in den neutralen Staaten angesichts der Bedrohung der amerikanischen Ernte ein Moment bilden, welches alle Berechnungen unserer Feinde zerstört.

Pester Lloyd

8. IV. 1917.

771

(Daránnyi über die aktuellen Fragen der Landwirtschaft.) Der Präsident des Bundes ungarischer Landwirte Geheimer Rat Ignaz Darányi befaßt sich in einem Osterartikel des Gazdaßövetség mit den aktuellen Fragen der Landwirtschaft. Er führt aus, daß der Zollschutz und der Veterinärschutz die Gewähr einer reichlicheren Versorgung der Armee und der Zivilbevölkerung bieten. Diejenigen, die fordern, daß der ungarische Boden mehr produziere, sollten sich auf die Seite der Landwirte stellen, wenn sie erhöhten Zollschutz verlangen. Dies ist jedoch nicht wahrzunehmen. Dagegen wünscht man, wenn es sich um den industriellen Zollschutz handelt, nicht nur seine Aufrechthaltung, sondern in gewissen Beziehungen auch seine Steigerung, ohne daß man daran denken würde, daß das Gesetz der Landwirtschaft den gleichen Zollschutz sichert wie der Industrie. Die Vertreter der Landwirtschaft haben nicht nur keine Kenntnis von den mit Oesterreich getroffenen Ausgleichsvereinbarungen, sondern sie wissen auch nicht, auf welcher Grundlage die Verhandlungen mit Deutschland gepflogen werden sollen. Es heißt wohl, Deutschland wolle uns günstiger behandeln als bisher, allein selbst für diese Annahme haben wir keine sicheren Stützpunkte. Und doch müßten wir wissen, inwiefern wir auf eine günstigere Behandlung von seiten Deutschlands rechnen können und welche Haltung das Deutsche Reich dem Balkan und Rußland gegenüber einnehmen wird. Allein selbst wenn wir darüber beruhigt sein könnten, daß die Bedingungen unserer Einfuhr aus dem Orient nicht ungünstiger sein werden als die unserer Ausfuhr nach dem Westen, müßten wir fordern, daß die überaus verteuerten Kosten unserer Produktion gegenüber den wohlfeilen Bedingungen der Produktion des Orients in wirksamer Weise in den Zöllen zum Ausdruck gelangen. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß die Aufrechthaltung der bisherigen Zölle im Hinblick auf die Aenderung der Währungsverhältnisse nicht eine Aufrechthaltung des Statusquo, sondern einen großen Rückfall bedeuten würde. Die sich in der Approvisionierung ergebenden Mängel und Verkehrtheiten dürfen nicht zur Durchbrechung des Veterinärschutzes benützt werden. Die Einfuhr lebender Tiere kann für den Orient vorläufig nicht von Wichtigkeit sein, für uns würde sie aber eine große Gefahr bedeuten. Laut der mit Deutschland geschlossenen Veterinärkonvention würde die Einschleppung der orientalischen Rinderpest auch nur in einem einzigen Falle Deutschland das Recht geben, sich uns gegenüber abzuschließen. Wir müssen eine engere, innigere wirtschaftliche Annäherung an Deutschland anstreben. Wenn im Interesse der Sicherung der Ernte die Getreidepreise auch erhöht würden, würde dies ohne Feststellung von Höchstpreisen für Industrieartikel nicht genügen, um das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Das ganze System der Feststellung von Höchstpreisen hat übrigens versagt und wir müßten auf ein ganz neues System übergehen. Was die auf die Besitzpolitik bezügliche Aeußerung des Ackerbauministers anlangt, so ist es wohl dringend notwendig, daß auf diesem Gebiete etwas geschehe, doch müssen wir sehr darauf achten, daß die Frage nicht in der Weise gelöst werde, daß die Arznei ärger wäre als die Krankheit. Obwohl Darányi die Details der projektierten Lösung nicht kennt, muß er doch schon jetzt bemerken, daß er ihr gegenüber die größte Reserve beobachtet und das Projekt nicht für ein glückliches hält. Zum Schluß fordert er die ungarischen Landwirte auf, sich zu organisieren.

Die Zeit
8./IV. 1917

772

Mehrproduktion und Bodenpolitik.

Vom **Geheimen Rat Dr. Alexander Wekerle,**
ungarischer Ministerpräsident a. D.

Die zu gewärtigenden enormen Kriegslasten fordern gebieterisch eine Neuorientierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik aller kriegführenden Staaten. Selbst die neutralen Staaten werden von diesen Sorgen nicht befreit sein. Die wichtigste und brennendste aller Fragen wird die Bestreitung der Kriegslasten sein, die selbstverständlich mit der Dauer des Krieges allmählich anwachsen. Gar manche Pläne tauchen in finanz- und wirtschaftspolitischen Kreisen auf, mitunter auch ganz unmögliche Ideen.

In zwei Beziehungen sind aber alle Finanz- und Wirtschaftspolitiker einig, namentlich, daß einerseits eine große Sparsamkeit einsetzen muß, insbesondere in betreff ausländischer Bezugsartikel, andererseits aber mehr, viel mehr erzeugt werden muß, denn der stärkste Faktor der Ertragsfähigkeit ist die Arbeit und ihr Ergebnis: die Mehrproduktion. Auch bei uns in Ungarn wird hierüber im Parlament und in der Oeffentlichkeit viel gesprochen und geschrieben. Allmählich klären sich die diesbezüglichen Ansichten. Ueberwiegend herrscht aber bei uns die Ansicht vor, daß nur eine Mehrproduktion notwendig ist, und fast immer wird unter Mehrproduktion nur die Landwirtschaft verstanden. Meiner Ansicht nach ganz irrtümlich, denn wenn mit der rationellen Förderung der Landwirtschaft nicht auch eine gleichzeitige Förderung und Steigerung der industriellen Produktion einsetzt, dann können sich eventuell Resultate ergeben, die zumindest nicht als wünschenswert betrachtet werden dürfen, weil sie eine Einseitigkeit des Wirtschaftslebens herbeiführen würden, die im Endergebnis für die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes bedenklich werden könnte.

Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß die Landwirtschaft allein weder die enormen Lasten des Staates decken, noch für die Beschäftigung der Bevölkerung sorgen kann. Ohne Industrie gibt es keine Möglichkeit der Regelung der Staatsfinanzen und keine Bindung der Bevölkerungsmassen. Daher muß es als Grundaxiom gelten, daß die Notwendigkeit der Mehrleistung an Arbeit gleichzeitig bei der Landwirtschaft und bei der Industrie einsetzen muß.

Was speziell die landwirtschaftliche Mehrproduktion betrifft, wird diese bei uns zumeist mit der Bodenreform in Verbindung gebracht und so hingestellt, als ob nur der Klein- und der sogenannte Bauerngrundbesitz zur Förderung der Mehrproduktion geeignet schiene. Ich habe diesbezüglich schon wiederholt vor Uebertreibungen gewarnt, denn wenn die Frage so eingestellt wird, kann sie sehr leicht zu Trugschlüssen führen, und das muß vermieden werden, sonst kann sehr leicht eine Kompromittierung der so wichtigen Frage der Mehrproduktion entstehen, was gewiß nicht erwünscht ist, denn es würde der guten Sache für lange Zeit schaden.

Die Bodenreform hängt in erster Linie mit sozialen und nationalen Gesichtspunkten zusammen, und nur in einzelnen speziellen Beziehungen kann sie in Verbindung zur Mehrproduktion gebracht werden. Niemand kann es zum Beispiel bestreiten, daß der Klein- und Bauerngrundbesitz für die Förderung des Viehstandes in erster Reihe in Betracht kommt und in diesem Zweige der Landwirtschaft eine prädominierende Rolle zu spielen hat. Auch in der vom Standpunkt der Verpflegung der städtischen Bevölkerung immer wichtiger werdenden Gartenbauproduktion gebührt dem kleinen Besitz die führende und fast ausschließliche Rolle, da die Natur des Großbetriebes eine solche Produktion nur in den seltensten Fällen gestattet, weil dabei der unmittelbaren Handarbeit die Hauptrolle zufällt, während beim Großbetrieb auch in der Landwirtschaft die maschinelle Arbeit vorherrschend ist. Für eine Mehrproduktion in Brotgetreide und ähnlichen Bodenprodukten ist der maschinelle Betrieb unumgänglich notwendig, und das ist beim Klein- und Bauerngrundbesitz viel schwieriger als beim Großgrundbesitz.

Das will nicht heißen, daß ich dem ersteren die Möglichkeit einer rationellen Mehrproduktion abspreche. Beileibe nicht, denn schließlich gibt es schon sehr bewährte Mittel der Vereinigungen, Genossenschaften und ähnlichen Organisationen, die beim Klein- und Bauerngrundbesitz in Anwendung gebracht und gut benützt werden können. Es soll damit nur darauf verwiesen sein, daß Mehrproduktion und Bodenreform in jenem Sinn, wie dies gar oft miteinander in Verbindung gebracht wird, nicht unbedingt voneinander abhängig sind. Auch soll nicht unerwähnt sein, daß eine Mehrproduktion mit der Bodenreform noch nicht erledigt wäre. Sollte sie von dieser abhängig sein, um die Produktion ständig auf der Höhe zu erhalten und die Möglichkeit einer Steigerung zu sichern, so bedarf es gar mancher institutiven Garantien nach wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Richtungen. Dies will ich nur erwähnt haben, um vorzubeugen, daß man nicht glaube, die Sache der Mehrproduktion sei schon gesichert, wenn eine ihrer Bedingungen erfüllt ist.

Fremdenblatt
11./IV. 1917

Gemüsesamen für den Frühjahrsanbau.

Die vom Amte für Volksernährung autorisierte Gemüse- und Obstversorgungsstelle hat für den unmittelbar bevorstehenden Frühjahrsanbau Saatgut im Auslande angekauft und gibt nachstehende Sämereien ab:

1. In größeren Mengen: Weißkraut, Rosenkohl, Blätterkohl, Blumenkohl, Spinat, Petersilie (besonders gekrauste), Kerbelkraut, Salatrüben, Zwiebel, Radieschen, Rettich. 2. In kleineren Mengen: Rotkraut, Kohl, Kohlrabi, Spargel, Dill, Kümmel, Karotten (gelbe Rüben, Golbrüben oder Möhren), Erbsen, Busch- und Stangenbohnen, Schwarzwurzeln, Sellerie, Herbstrüben und Steckrüben.

Diese Sämereien werden nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte in erster Linie an jene abgegeben, die sich zu Anbau- und Lieferungsverträgen mit der Gemüse-Obststelle verpflichten, dann für die Selbstgebraucher (Schrebergärten und ähnliche Vereinigungen), erst dann an die Samenhändler. Die Samenausgabe durch die Futtermittelzentrale entfällt und die Samen werden von der Gemüse-Obststelle unter den gleichen Bedingungen zum Wiederverkauf abgegeben wie die von der Futtermittelzentrale veröffentlichten. Interessenten für Steckzwiebeln, die für die genannte Stelle in zwei Waggons aus Serbien schon auf dem Wege sind, haben ihren Bedarf sofort anzumelden.

Die Steckzwiebeln werden in Originalsäcken zu 50 Kilogramm, das Kilogramm zu Kr. 6.80, abgegeben. Alles Nähere durch die Gemüse-Obststelle (Wien, 1. Bezirk, Kohlmarkt 1), bei der auch gedruckte Samenkataloge für den Frühjahrsanbau erhältlich sind.

Vossische Zeitung
11.IV.1917

Liefert ab!

Amtliche Mahnungen an die Landbevölkerung.

„Eine nachdrückliche Einwirkung auf die Landbevölkerung" soll nach einem den Landwirtschaftskammern zugegangenen Erlaß des Landwirtschaftsministers in nachstehendem Sinne ausgeübt werden. „In jedem Bauern- und ländlichen Tagelöhnerhause muß die Ueberzeugung lebendig bleiben, daß nur durch restlose, bestmögliche Bebauung der letzten Scholle mit den notwendigsten Nahrungsmitteln — auch unter Verzicht auf größere Geldgewinne — und nur durch vollständige Abgabe aller irgendwie entbehrlichen Erzeugnisse an das Heer und die städtische Bevölkerung die Aushungerungsabsichten unserer Feinde zunichte gemacht werden können. Lediglich um dieser Verelendung willen sind die vielen Verordnungen, Erlasse und Preisfestsetzungen wie die sonstigen, oft unliebsam und störend empfundenen Eingriffe in den landwirtschaftlichen Betrieb ergangen und erfolgt. Sie müssen ertragen werden und bei richtiger Aufklärung als geringe Kriegsopfer erscheinen, gemessen an den Anforderungen, die unausgesetzt an unsere Truppen herantreten, gemessen insbesondere auch an den furchtbaren Schädigungen und Leiden, die über unser Vaterland und nicht zuletzt über die Landbevölkerung und den Bauernstand kommen würden, wenn es je dem Feind gelingen sollte, den Krieg auf Deutschlands Boden hereinzutragen oder dauernd deutsche Gebiete zu erobern."

Der Landrat des Kreises Teltow v. Achenbach erläßt einen Aufruf, in dem es unter Hinweis auf die jetzigen Uebergangsschwierigkeiten bis zur neuen Ernte heißt:

„Trotzdem müssen und werden wir bis zur neuen Ernte durchhalten. Dazu gehört aber, daß jeder Landmann und jede Landfrau im Gedenken an unsere Krieger und Rüstungsarbeiter ihre Ablieferungspflicht voll erfüllen und sich und die Ihrigen, wenn es sein muß, denselben Entbehrungen unterwerfen, die der Städter ertragen muß. Leider sind mehrere Einzelfälle bekannt geworden, wo Landleute Getreide, Kartoffeln oder sonstige Erzeugnisse, die sie abzuliefern verpflichtet waren, entgegen dem Gesetz selbst verbraucht und verfüttert haben und wo sie, um das weiter tun zu können, bei den letzten Bestandsaufnahmen Vorräte verschwiegen oder gar arglistig versteckt haben. Diese Leute sehen ihrer Bestrafung entgegen. Sie haben sich schwer am Vaterlande versündigt. Knapp wird die Nahrung der Landleute bei ihrer schweren Arbeit und ihren bisherigen Lebensgewohnheiten für die nächsten Monate werden. Aber ihre städtischen Volksgenossen haben zum großen Teil schon seit Monaten in noch größerer Knappheit gelebt; und sie können überhaupt nur dann bis zur neuen Ernte weiter bestehen, wenn die Landleute alles jetzt Vorgeschriebene schnell und restlos abliefern. Wer vaterlandslos genug sein sollte und trotz dieser Mahnung irgendwelche Vorräte vor dem Nachprüfungsausschuß zu verheimlichen, beiseite zu schaffen und widerrechtlich zu verfüttern sucht, wird streng bestraft werden, und die Vorräte werden ihm ohne Vergütung fortgenommen. Es wird uns schwer, wegen der Vergehung einzelner gerade in der beginnenden Bestellungszeit, die besondere schwere Anforderungen an die Hingabe und den Fleiß der Landleute stellt, so harte Maßnahmen zu treffen; aber wo es um das Schicksal des Vaterlandes geht, müssen alle anderen Rücksichten schweigen."

Hamburger Fremdenblatt
12./IV. 1917

12

775

Saatkartoffeln für Kleingärtner.

Der Kleingartenbund Hamburg, Geschäftsstelle Große Theaterstraße 1, schreibt uns: Die Beschaffung der Saatkartoffeln ist für alle hiesigen Kleingarten- und Schrebergartenbesitzer durch die Bekanntmachung der Landherrenschaften zu einer Frage von großer Wichtigkeit geworden, da es nicht angängig ist, daß sich die Gartenbesitzer allein auf das Stecklings- oder andere Verfahren, deren Erfolg sehr zweifelhaft ist, verlassen. Der Kleingartenbund hat es daher unternommen, den Senat in einer Eingabe zu bitten, Anweisungen zu erlassen, daß die Verteilung der Saatkartoffeln hier nach andern Grundsätzen geregelt wird. Gleichzeitig wird im Laufe dieser Woche eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der auch Vertreter der Behörden und Lieferanten eingeladen werden, um eine Aussprache über die Beschaffung von Saatkartoffeln herbeizuführen. Eine rege Beteiligung von seiten aller Gartenbesitzer ist daher dringend erwünscht. Die Bekanntgabe einer Rundfrage an verschiedene Behörden, Landwirtschaftskammern, Gartenbauverbände Deutschlands wird dort erfolgen und hat ergeben, daß allerorts eine bessere Versorgung der Gartenbesitzer mit Saatkartoffeln als in Hamburg vorgesehen ist. Der Termin und das Lokal der Versammlung wird noch bekanntgegeben. Ueber die Streckung der Kartoffel als Saatgut ist in letzter Zeit recht viel veröffentlicht worden, und da es feststeht, daß das Saatgut knapp ist, so müssen auch die Gartenbesitzer dazu beitragen, die Ernte durch Streckung vergrößern zu helfen.

Reichspost

13./IV. 1917 Abendbl.

776

Das „Kriegsgeschäft" der Landwirte.

Zu diesem von der gewissen Händlerpresse allezeit in den grellsten Farben behandelten Thema steuert eine Zuschrift aus dem Etschtal an den „Tir. B." eine lehrreiche Illustration bei:

Zur Steuerung der allgemeinen Lebensknappheit ließ es sich eine Gemeindevorstehung des Etschtales, nicht weit von der Sprachgrenze (es dürfte sich um die Gemeinde Auer südlich von Bozen handeln! D. R.) pflichtgemäß sehr angelegen sein, die Bebauung früher brach gelegenen Grundes mit Mais zu besorgen. Die Maisernte sollte nach Vorschrift um den bestehenden Höchstpreis von 28 Kronen per 100 Kilogramm an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt abgeliefert werden. Aber abgesehen davon, daß dieser Mais infolge der schwierigen Arbeiten des neuen Ackergrundes der Gemeinde selbst höher zu stehen kam, als der Höchstpreis beträgt, brauchte die Gemeinde diesen Mais für die Versorgung des Maisbedarfes in der eigenen Gemeinde. Diese schrieb daher an den Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bozen, als Kommissionärin der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, es möge der Gemeinde der Mais für den eigenen Gebrauch in der Gemeinde belassen werden. Als Antwort traf von der Genossenschaft vom 25. Februar d. J. an die Gemeinde ein, daß von Seite der Kriegsgetreideverkehrsanstalt der Gemeinde bei Belassung des Maises ein Betrag von Kronen 49.20 per 100 Kilogramm in Rechnung gestellt werde.

Also wenn die Gemeinde den von ihr angebauten und geernteten Mais an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt abliefert, erhält sie von dieser den Höchstpreis von 28 Kronen; wenn sie ihren eigenen Mais aber zur Ernährung der eigenen Bevölkerung behalten will, wird der nämliche Mais von der nämlichen Kriegsgetreideverkehrsanstalt mit Kronen 49.20 bewertet und die Gemeinde muß die Differenz von Kronen 21.20 als Tribut an unbeteiligte Dritte abliefern! Mit anderen Worten: Die Gemeinde muß ihre eigene Maisernte, wenn sie davon zur Ernährung der heimischen Bevölkerung Gebrauch machen will, der Kriegsgetreideverkehrsanstalt um Kr. 21.20 abkaufen! Eine 21·20prozentige Sondersteuer auf Mais, die Nahrung der Minderbemittelten! Und das nennt man dann Produktionsförderung, „Kriegsgeschäft" der Landwirte usw.! Das hat die Etschtaler Gemeinde, die in ihrem patriotischen Eifer Felder umrodete und unter hohen Kosten und Mühen Mais anbaute, von ihrem Sonderfleiß. Wenn mit diesem System der Bestrafung aller landwirtschaftlichen Produktionstätigkeit nicht bald aufgeräumt wird, dann darf sich über die bedenkliche Abnahme der Produktionsfreude niemand wundern.

Arbeiterzeitung

13./IV. 1917

777

* **Ein Besuch bei den Schrebergärtnern.** Endlich ist die Frühlingssonne Siegerin geblieben. Ihre Strahlen spenden eine so behagliche Wärme, als ob nicht noch wenige Tage vorher ein nicht endenwollender Nachwinter seine Schneestürme gesendet hätte. Der erste wirklich schöne Tag! Die Schrebergärtner am Laaerberg nützen ihn voll aus und sind bemüht, die Versäumnisse so gut als möglich nachzuholen, die der so lange Winter verschuldet hat. Meist sind es Frauen und Kinder, die hier fröhliche, gesunde Arbeit im Freien tun, die Erde auflockern und Samen hineinlegen. Nur vereinzelt sind auch Männer tätig; meist solche, die in einer Fabrik in der Nachtschicht beschäftigt sind und tagsüber einige Stunden zur Arbeit im Freien gewinnen. Einige sind daran, ein „Lusthäuschen" zusammenzuzimmern, und sie legen ihren Ehrgeiz darein, es womöglich schöner zu machen, als alle die anderen sind, die sich verstreut über der braunen Erde erheben. Jeder will eine solche Holzhütte haben, die als Schutz bei Regen und zum Aufbewahren der Werkzeuge dient. Einige Buben haben sich schon der Fußbekleidung entledigt und springen munter um die Wette herum. Ein friedliches, lebhaftes Treiben überall. Nur klagt alles über die Schäden, die der lange Winter verursacht hat. „Den Spinat sollen wir schon essen können, nun schau'n erst die Spitzen ein wenig heraus. Auch die Radieschen sind nicht einmal noch aufgegangen." Zwiebeln sind bereits gepflanzt, ebenso die Petersilie gesät. Was zunächst daran kommt, ist der Salat. Am kommenden Sonntag sollen die Salatpflanzen beschafft werden, die aber heuer erschreckend teuer sein sollen. Man spricht davon, daß für 100 Stück 2·40 Kronen verlangt werden. Nun hat die städtische Feuerwehr in Favoriten einen großen Garten, in dem sie die Pflanzen selber züchtet. Den Ueberschuß an Pflanzen überließ sie im vorigen Jahre kostenlos den Schrebergärtnern, deren Dank sie sich damit sicherte. Heuer verlangt sie aber für 100 Stück 1 Krone. Dieses Vorgehen erregt Unwillen bei den Schrebergärtnern, da ja wohl den Garten der städtischen Feuerwehr die Gemeinde in ihrer Verwaltung hat und diese damit nicht gerade zu der notwendigen Förderung des Schrebergärtnerwesens beiträgt. Wenn sie die Pflanzen schon nicht herschenken will, soll sie doch wenigstens nicht gleich diesen Preis fordern. Eine weitere Sorge der Schrebergärtner bildet die Erlangung von Saatkartoffeln. Der Verband der Schrebergärtner, der im vorigen Jahre gegründet wurde und dem sich beinahe alle Schrebergärtnervereine ohne Unterschied der Färbung angeschlossen haben, ein Verband, der sich die Förderung des Schrebergärtnerwesens zur Aufgabe macht, der Gründe pachtet und sie an einzelne abgibt und der auch den Verkehr mit den Behörden vermittelt, hat schon mehrfach vergebens Eingaben ans Ernährungsamt und an das Ackerbauministerium zur Erlangung von Saatkartoffeln gemacht. Das erschwert natürlich auch das „Durchhalten". So stehen die Schrebergärtner heuer mancherlei Sorgen gegenüber. Wir hoffen, daß sie ihrer in der nun doch hereinbrechenden warmen ihrer Arbeit günstigen Jahreszeit bei einiger Mithilfe und Einsicht der maßgebenden Behörden und der Gemeinde Wien voll Herr werden können.

Neues Wiener Tagblatt

13./IV. 1917 Abendbl

778

(Die Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung.) Auf Grund einer heute verlautbarten kaiserlichen Verordnung wird verfügt: Die Bestimmungen der Verordnung vom 6. Mai 1915 betreffend Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung im Jahre 1915 haben mit folgenden Abänderungen auch für das Jahr 1917 zu gelten: a) Die Frist zur Vorlage des Grundstückverzeichnisses durch die Erntekommissionen wird mit 1. Mai 1917, b) die Frist zur Erbringung des Nachweises der eigenen Benutzung durch die Grundeigentümer mit 15. Juni 1917 bestimmt.

Tägliche Rundschau
14./IV. 1917

779

* **Gegen den Bodenwucher.** In der letzten Zeit ist mehrfach Klage wegen übermäßig hoher Pachtpreise für Kleingärten in Laubenkolonien geführt worden. So ist in Wilmersdorf von dem Besitzer eines umfangreichen Grundstückes der unerhörte Pachtpreis von 2 M. für 1 Geviertmtr. Brachland mit dem Bemerken begründet worden, daß andere Grundbesitzer bis zu 4 M. Jahrespachtzins für 1 Geviertmtr. Brachland erhielten. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach der Bundesratsverordnung vom 4. April 1916 in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern Grundstücke zum Zwecke gärtnerischer Nutzung nicht zu höheren als den von der unteren Verwaltungsbehörde, d. h. den Magistraten, festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen. In Wilmersdorf darf nach der Verordnung des Magistrats vom 25. Januar 1917 der Pachtzins für Kulturland 12 Pf. für 1 Geviertmtr. und Jahr, für Brachland 6 Pf. für 1 Geviertmtr. und Jahr bei Verpachtungen für den reinen Gemüse- und Kartoffelbau im Kleingartenbetriebe nicht übersteigen. Die Festsetzung der Pachthöchstpreise durch die Magistrate bezieht sich selbstverständlich auch auf die Verpachtung von Privatland. Daß es sich nur um eine Umgehung der Preisfestsetzung handelt, wenn übermäßige Preise für Nebenleistungen des Verpächters, wie Benutzung der Wasserleitung usw. gefordert werden, bedarf keiner Hervorhebung. Streitigkeiten über die Höhe der Pachtpreise werden nach der Verordnung vom 4. April 1916 unter Ausschluß des Rechtsweges durch die untere Verwaltungsbehörde, den Magistrat, endgültig entschieden. Dabei kann der Magistrat bestimmen, daß der zuviel erhobene Betrag in dreifacher Höhe an die Kasse des Ortsarmenverbandes zu entrichten ist.

Reichspost
14./IV. 1917

781

Abgabe von Saatkartoffeln in Wien.

Die Rathauskorr. meldet: Da die Regierung derzeit für die dringenden Anbaubedürfnisse in den südlichen Gebieten Oesterreichs Vorsorge treffen muß, so kann die Versorgung der Gemeinde Wien mit Saatkartoffeln erst in der zweiten Hälfte April stattfinden. Bei dieser Sachlage wird die Abgabe von Saatkartoffeln durch den Magistrat erst gegen Ende April vorgenommen werden können. Mit Rücksicht auf die täglich einlaufenden zahlreichen Anfragen werden daher die Kriegsgemüse- und Schrebergärtner, sowie die sonstigen Bewerber um dieses Saatgut ersucht, noch kurze Zeit zuzuwarten.

Vossische Zeitung
14. III. 1917

182

Besonnenheit.

Ein Wort an die oben und die unten.

Am nächsten Montag tritt eine neue Brotkarte in Kraft, die dem Einzelnen für die Woche 1600 Gramm Brot zuweist. Die Brotkarte hat mit Rücksicht auf die Getreidebestände für die Uebergangszeit zum neuen Wirtschaftsplan 1917/18 um 300 Gramm verkürzt werden müssen. Daß mit dieser Einschränkung gerechnet wurden mußte, war deutlich, seit sich das Erträgnis der letzten Ernte als unter dem Mittelmaß erwiesen hatte.

Es ist zweifellos eine schwere und ernste Einschränkung, die dem deutschen Volke damit auferlegt wird. Es ist auch sicher, daß die Minderung der Brotrate im sprichwörtlichsten aller Lebensmittel um so fühlbarer wird, je geringer das Einkommen, der Arbeitsverdienst des Einzelnen ist. Um so sicherer darf man annehmen, die Kriegsernährungsbehörden, in der Gesamtheit ihrer zusammenarbeitenden Teile, werde sich zu dieser Herabsetzung der Brotrate nur schwer und nur nach gründlichster Untersuchung der ganzen Brot- und Getreidefrage entschlossen haben.

Ein Ausgleich für die geringere Brotrate ist geschaffen worden: Die Fleischrate wird verdoppelt; es sollen Grieß und Graupen, Haferflocken und Kartoffeln, Marmelade, Dörrgemüse und anderes das Fehlende nach Möglichkeit ersetzen. Herr von Batocki, immer noch eingekeilt in eine vielköpfige und schwierig zu meisternde Fülle von zuständigen Ministerien, Kriegsgesellschaften, Beiräten, hohen und höchsten Ernährungskommissaren, wird arbeitsreiche Tage gehabt haben. Kurz, man bemüht sich. Und kein ruhig Denkender wird verkennen, wie schwer es jetzt ist, Lösungen in harten Notwendigkeitsfragen zu finden, durch die alle befriedigt werden. Damit soll nicht entschuldigt werden, daß die Verteilung der Lebensmittel noch immer nicht den Grad der Annäherung an das Ideal einwandfreier Gerechtigkeit erreicht hat, den die Masse des deutschen Volkes mit verständlicher Nachdrücklichkeit wünscht, und daß man noch immer allzu oft an den Symptomen doktert, statt an der Wurzel die Heilung zu beginnen. Du lieber Gott, man bedenke doch, daß die deutsche Beamtenschaft von 1914 in drei Jahren mehr umlernen mußte, als ganze Geschlechter von Beamten zusammen. Diese „Neuorientierung" kann mit der Abänderung und Neugeburt staatsrechtlicher Formen und Gesetze beginnen, sie wird vollendet erst durch die Neuordnung des Geistes und der Geister. Und auch diese, deucht uns, hat begonnen. Doch soll die Kritik nie vergessen, was es für Deutschland bedeutet, daß wir vor, wie im Kriege, wie hoffentlich auch nach ihm, uns des unbestechlichsten und pflichtgetreuesten Beamtentums rühmen dürfen, das es in der weiten Welt gibt.

Wo alles lernt, sich unter Entbehrungen bemüht zu lernen, sollte keiner sich anmaßen, nur Lehrer sein zu wollen. Unsere Feinde spitzen in London und Paris die Feder und freuen sich auf ein Fressen, das ihnen das deutsche Volk gewiß nicht auf den immer magerer besetzten Tisch setzen wird. Sie warten dort auf Nachrichten, daß die Herabsetzung der Brotrate unsere Arbeiter zu unbesonnenen und ihnen selbst als Teil des Ganzen schließlich schädlichen Handlungen bestimmen werde. Wir hoffen, daß der gesunde Sinn unserer Arbeiter sich der Verantwortung bewußt bleibt, die jeder einzelne jetzt mit seinen Handlungen für das Schicksal der Gesamtheit und für ihre Zukunft übernimmt. Nicht Stimmungen, sondern nur die nüchterne Beobachtung und Erwägung von Tatsachen dürfen jetzt unser aller Handlungen lenken. Stimmungen sollte in dieser Zeit jeder, vom Höchsten bis zum Geringsten, im Zaum halten können.

Es ist bedauerlich, feststellen zu müssen, daß diese selbstverständlichste aller Forderungen so oft gerade auch in den Bevölkerungskreisen mißachtet wird, die von den 300 Gramm Brot weniger keineswegs so betroffen werden, wie die Minderbemittelten. Sind sich die Damen (oft auch Herren), die in der elektrischen Bahn oder in der Hochbahn mit seligem Augenzwinkern laut erzählen, sie hätten wieder drei Pfund Mehl oder ein halbes Pfund Schinken „bekommen", dessen bewußt, welches Gift sie mit den wenigen Worten dem Volkskörper einimpfen? Ethisch vielleicht weniger anfechtbar, aber um so gedankenloser sind die Leute, die in der Oeffentlichkeit aller Orten die Luft mit Klagen erschüttern, daß ihr Bäcker mal wieder scheußliches Brot liefere, oder daß sie gestern weiß Gott nur eine Suppe mit Kartoffeln zu Mittag gehabt hätten. Ob denn das noch so weiter gehe? Und die Behörden — und wenn man dann hört, wie auf dem Lande .....

Meist machen diese Klageweiber im Pelz und düsteren Propheten im Schneiderulster durchaus den Eindruck, daß sie noch immer nicht von Brot allein leben, und daß auch die Spartanersuppe eine Ausnahme in ihrem Speisezettel ist. Eine Aufgabe für Psychologen mag es sein, zu ergründen, weshalb gerade unter dieser schädlichen Gruppe auch die Gläubigen und geschäftigen Verbreiter der dümmsten Gerüchte zu finden sind.

An die Gebildeten und Wohlhabenden muß mit nachdrücklichem Ernste die Forderung gestellt werden, durch ihr Verhalten nicht Gemüt, Seele und Verstand der wirklich schwer kämpfenden Bevölkerungsklassen zu reizen und irre zu machen. Wird von der Regierung — war wir für unerläßlich, aber auch für selbstverständlich halten — gleichzeitig alles getan, auch gegenüber den Erzeugerkreisen auf dem Lande, was für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel geschehen muß, so wird das deutsche Volk einig und als Einheit im Notfall auch noch Schwereres überwinden, als die Herabsetzung der Brotrate um 300 Gramm. K. E. K.

Vossische Zeitung
14./IV. 1917
183

Wie sät und pflanzt man?

Ein Vortragsnachmittag für Gartenfreunde und Laubenkolonisten.

Es ist etwas anderes, in einem Gartenbuch nachzulesen, zu begreifen, was man zu tun hat, um ein Fleckchen Erde erfolgreich zu bebauen — und etwas anderes, diese theoretischen Kenntnisse nachher wirklich sachgemäß zu benutzen. Denken wir nur an die Versuche des ersten Kriegsjahres, als jeder sich beeilte, auf einem rasch gepachteten Stück Land, auf dem Balkon oder im Hofe zu säen, zu pflanzen, wie man — zur Zeit der Ernte — nachher enttäuscht dastanden hat und verwundert war, daß trotz aller Mühe aus dem teueren Samen nichts geworden: Die Goliath-Radieschen hatten aus einem stricknadeldünnen, rötlich angehauchten Stengel bestanden, der Kohlrabi aus einem haselnußgroßen Holzkopf, die Erbsen waren zwar sehr schön gewachsen, hatten aber keine Früchte getragen, und der Grünkohl hatte einer Art Präriegras geglichen.

Also — irgendetwas war falsch gemacht worden, aber was? Wer das in der „Praktischen Berlinerin" jetzt erscheinende Tagebuch der zur Großstadtbäuerin gewordenen Stadtdame Johanna Putlitz liest, wird aus ihren Berichten, in denen sie getreulich von Erfolgen und Mißerfolgen erzählt, allmählich gemerkt haben, daß es, auf dem Gebiet des Pflanzens und Säens, eine Geheimwissenschaft gibt, die kein Gartenbuch lehren, die nur die praktische Betätigung und eigene Erfahrung geben können. Man lese nur nach, welche Schwierigkeiten Frau Putlitz hatte, ein klenes Obststämmchen richtig in die Erde zu setzen.

Tausend Zweifel und Bedenken entstehen trotz aller Bücherweisheit, wenn man endlich ans Werk gehen will und — den Samen in der Hand — auf dem Lande steht oder Spaten und Harke auf dem Boden ansetzt: Die Tücke der Materie zeigt sich. Diesen Zweifeln ein Ende und die Tücke unschädlich zu machen, dazu dienen die Belehrungen und praktischen Vorführungen, die Obergärtner Franz Rochau jetzt, im Rahmen der Vortragsnachmittage der „Praktischen Berlinerin", allen denen gibt, die willenskräftig und entschlossen zur Selbstversorgung durch Bebauung eines Stückes Pachtland schreiten wollen.

Gestern sprach' er im Oberlichtsaale der Philharmonie über das Thema: „Was und wie soll man jetzt auf Garten- und Laubenland pflanzen?" Er begann damit, selbst denen Mut zuzusprechen, die nur ein Stück Oedland besitzen, erklärte, durch welche Anpflanzungen es nutzbar zu machen sei, und kam dann zu dem Punkt, der alle quält und mit Unruhe erfüllt: Wie verhalten wir uns in diesem Jahre mit seiner außergewöhnlichen Kälteperiode? Kommen wir nicht viel zu spät mit der Aussaat und dem Anpflanzen, lohnt es sich überhaupt jetzt noch, zu beginnen? Der Samen müßte doch längst schon in der Erde sein, keimen, durch sein Wachstum die ersten frohen Hoffnungen auf eine erste baldige Ernte erwecken! Herr Rochau wußte auch da Trost, gab an, was schon jetzt, trotz der ungünstigen Witterung, gesät werden könnte, ohne daß das Saatgut verschwendet würde, verriet auch, wie man durch Anquellen des Samens einholen könne, was durch das lange Warten bisher an Zeit verloren worden ist. Eingehend sprach er dann vom Legen der Früh- und Spätkartoffeln, glitt dabei unmerklich auf einen der wichtigsten Punkte hinüber, zu der Frage: „Wie wird gepflanzt?"

Und befand sich plötzlich mitten in der praktischen Vorführung am Pflanzmaterial, dem interessantesten Teil des ganzen Abends. Aeußerst lehrreich waren nachher auch seine Demonstrationen an Obstbäumen und Obststräuchern, deren Wurzel- und Zweigbeschneidung er ausführlich erläuterte und zeigte.

Dem Vortrag folgte schließlich noch eine Beantwortung von Fragen aus dem Publikum, das nicht müde wurde, für viele Spezialfälle Rat und Belehrung zu erbitten.

E. Gr.

Tägliche Rundschau
15./IV. 1917

Die Welt-Getreidenot.

Die neueren Vorgänge an den Getreidemärkten der Vereinigten Staaten zeigen, daß es mit den Folgen der Kriegsrüstungen auf die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse und mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit einer kommenden Welthungersnot bitterer Ernst wird. Eine gewaltige Ueberraschung brachte vor acht Tagen der amtliche Saatenstandsbericht der Union für Winterweizen, einmal durch die außerordentlich niedrige Durchschnittsziffer des Standes der Weizenfelder von 63,4 % an sich, dann aber durch die Tatsache, daß der Regierungsbericht noch weit pessimistischer lautete, als die vorangegangene private Ermittlung. Vergleicht man die Ziffer des Aprilstandes, die die Art der Ueberwinterung der Weizensaaten angibt, mit früheren Jahren, so finden wir eine ähnlich ungünstige Ziffer überhaupt nicht. Wenigstens ist in den letzten dreißig Jahren der niedrigste Stand immer noch etwa 10 % besser als diesmal gewesen. Die Schätzung des zu erwartenden Ertrages der amerikanischen Winterweizenernte stellt sich nach der amtlichen Durchschnittsziffer auf nur 11,7 Mill. To. Winterweizen gegen 17,4 Mill. bzw. 27,5 Mill. in den beiden Vorjahren. Damit sagt die Regierung, daß die neue Winterweizenernte nicht einmal genug Ware für den Eigenbedarf des Landes zu liefern verspricht.

Das erste Bekanntwerden dieser Angaben verursachte an den überseeischen Terminmärkten ein sprungweises Aufschnellen der hinteren Termine, also derjenigen der neuen Saison, von etwa 20 M. für die Tonne, dem vordere Lieferung zunächst langsam folgte. Denn man fragte sich nicht ohne Grund, welche Berechtigung die gegen Loko- und Mailieferung so viel niedrigeren Preise für Juli- und Septemberlieferung hätten, wenn die alten Bestände sich bis zum Erscheinen des neuen Gewächses fast vollständig unter Aufbrauchung des eisernen Bestandes räumen müssen und wenn eine äußerst geringfügige neue Ernte allein die Aufgabe haben wird, den täglichen Bedarf zu decken. Mindestens bis zu dem Zeitpunkt im September oder Oktober, von welchem an auch die Sommerweizenernte ihre Zufuhren zu Markt schickt, ist damit äußerste Knappheit garantiert. Zunächst bekamen aber die amerikanischen Börsen durch die erwähnte scharfe Preiswirkung des amtlichen Ernteberichts vor sich selbst einen Schreck. Die Spekulation besorgte, daß die eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Nahrungsmittelverhältnisse ähnliche drastische Eingriffe in das Börsen- wie überhaupt in das Getreidegeschäft machen könnte, wie dies in Europa ziemlich allgemein der Fall war, so daß starke Realisationen zeitweise auf die Markt- und Preisbewegung einen Dämpfer ausübten. Bald aber entwickelte sich aus der Lage des Effektivgeschäfts heraus eine neue scharfe Preissteigerung, die diesmal neben den Lokopreisen besonders Mai- und Julilieferung in die Höhe trieb. Die Lokopreise in Neuyork zeigen gegenwärtig, nach dem Friedenskurse umgerechnet, einen Stand für Winterweizen von 385 M., für Sommerweizen von 415 M., beides also wahre Hungersnotpreise, wenn man bedenkt, daß die Vereinigten Staaten das größte Ueberschußland der Welt sind, und daß bisher von dorther Europa erst seine Ware holte.

In den letzten Tagen griff die steigende Preisbewegung drüben auch besonders auf Mais über, der bis jetzt in seinen Preisen noch 75 bis 100 M. für die Tonne billiger ist als Weizen. Die Frage nach Mais zum Ersatz für das außerordentlich knappe und teurere Hauptbrotgetreide ist sehr stark geworden. Da anderseits das Maisangebot in den Vereinigten Staaten aber kaum dazu ausreicht, den Bedarf für Futterzwecke zu decken, und die Hoffnung auf Zuschuß vom Auslande drüben durch die Mißernte Argentiniens fortgefallen ist, so hat die Kauflust für Mais, noch verstärkt durch Aufträge des Auslandes, auch die Maispreise lebhaft gesteigert.

Für die Deckung des Brotbedarfs der Welt sind die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von ernster Bedeutung. In den letzten Jahren war Nordamerika das einzige Gebiet, von wo Europa noch sehr große Massen Brotgetreide herausholen konnte. Hört das auf, und zum Teil ist das selbst ohne die U-Boot-Sperre schon jetzt der Fall, so bleibt keine Aussicht, anders woher Ersatz zu schaffen. Die sonstigen Hauptlieferanten in Friedenszeiten sind die Donauländer, Rußland, Nord- und Südamerika, Australien und Indien. Die Donaugebiete liefern nur für die Mittelmächte, Rußland kann, seine eigene Hungersnot gar nicht in Rechnung gestellt, größere Mengen nach dem Weltmarkt nur durch die Dardanellen schicken, und diese sind gesperrt. Argentinien hat eine Mißernte und Ausfuhrverbot, Nordamerika hat nur wenig abzugeben, und zunächst jedenfalls für Winterweizen eine ganz leistungsunfähige Ernte im Felde stehen. Australiens Ueberschüsse sind schon zum Teil bezogen, und mehr und mehr wird weiterer Export durch den täglich wachsenden Mangel an Schiffsraum und durch die lange Dauer der Schiffshin- und -herfahrt behindert, während Indiens Export unter gleichen Verhältnissen leidet und im besten Falle 1 Mill. To. Europa zur Verfügung stellen kann. Europa braucht in Friedenszeiten für das Jahr 16 bis 17 Mill. To., und jetzt selbst bei starker Einschränkung 13 bis 14 Millionen, zumal in England und Frankreich die Ernteaussichten schlecht, in Italien nur mäßige sind, und alle neutralen europäischen Gebiete bei dem Mangel jeglicher Vorräte mindestens so viel wie in regelmäßigen Zeiten zu kaufen wünschen. Woher die Deckung dieses Bedarfes in 1917/18 kommen soll, ist vorläufig noch ein vollkommenes Rätsel und man muß daher auf eine Verschärfung des allgemeinen Notstandes im Auslande als Folge des Krieges gefaßt sein.

Österr. Volkszeitung

15/IV. 1917

785

Weltgetreidenot.

Als die Engländer vor Jahr und Tag den teuflischen Plan ersannen, durch die Blockade jedwede Lebensmittelzufuhr an die Mittelmächte zu verhindern, ahnten sie und ihre Bundesgenossen nicht, daß sich schließlich und endlich diese Waffe gegen sie selbst kehren würde. Im Zeichen des U-Boot-Krieges, der mit der gebotenen rücksichtslosen Schärfe geführt wird, ist England und mit ihm Frankreich und Italien schachmatt gesetzt und schon spukt in dem Lande der Prasser und Genußmenschen das Gespenst einer Hungersnot. Hat doch selbst ein der Regierung so nahestehendes Organ wie die Pall Mall Gazette erklärt, daß es dringend notwendig sei, angesichts der beständigen Abnahme des Schiffsraumes der Oeffentlichkeit mit der größten Energie klarzumachen, daß eine Hungersnot tatsächlich im Bereich der Möglichkeit stehe, zumal die englischen Vorräte durch Gleichgültigkeit und Wohlleben unnötig verringert worden sind.

In der neuen Welt hat schon vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg infolge der unbefriedigenden Ernte bedenkliche Getreideknappheit geherrscht, seither hat sie sich jedoch ganz außerordentlich erhöht. Vor wenigen Tagen hat, wie eine führende englische Zeitung meldete, nach dem Eintreffen der amtlichen Nachricht, daß die amerikanische Winterernte infolge der schlechten Witterung nur 430 Bushels Getreide erbracht hat, an der Newyorker Börse eine scharfe Panik geherrscht. Hiedurch ist Amerika natürlich auch bei allen guten Absichten materiell nicht in der Lage, die England und Frankreich zugesagten Getreidelieferungen zu vollführen. Ein schwerer Schlag war bereits das argentinische Getreideausfuhrverbot, welches in Amerika ein selbst in diesem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten noch niemals dagewesenes Emporschnellen des Weizenpreises zur Folge hatte. Er hat gegenwärtig den höchsten Stand seit dem Jahre 1864, somit seit mehr als einem halben Jahrhundert, erreicht und ist um K. 150 höher als der deutsche Weizenpreis! Während man in Amerika sowohl wie in England bis vor wenigen Monaten noch mit einer Ausfuhrmenge argentinischen Weizens von mehr als drei Viertelmillionen Tonnen gerechnet hatte, berechnet man jetzt dieses Ausfuhrquantum auf den dritten Teil, nämlich auf eine Viertelmillion. Von Mitte Februar bis Mitte März wurden insgesamt aus Nordamerika rund 400.000 Tonnen Getreide gegen rund 700.000 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgeführt — wie viel davon versenkt wurde, erfährt man ja aus den so gewissenhaften und genauen Berichten des deutschen Admiralstabes, der erst vorgestern die Zahl der im März versenkten Bruttoregistertonnen mit 861.000 angab.

Nun kauft die amerikanische Regierung, deren Bedarf sich durch die Erfordernisse für das eigene Heer naturgemäß sehr erhöht hat, selbst Weizen in großen Mengen und England ist lediglich auf australischen und indischen Weizen angewiesen. Freilich fehlen zur Herüberbringung dieses Weizens zwei Kleinigkeiten: der Schiffsraum und die Sicherheit. Amerikanische Blätter lassen bereits trotz aller Sympathien für das Inselreich durchblicken, daß mit der Möglichkeit einer Welthungersnot gerechnet werden müsse. Es ist auch bezeichnend, daß ein englischer Politiker, das Mitglied des Unterhauses Gardiner, jüngst sagte, daß in Deutschland und Oesterreich wohl ein gewisser Mangel an Lebensmittel vorhanden sei, die Bevölkerung aber genau wisse, wo sie einzusetzen habe. Wird aber der englische Lebensmittelimport verringert, so könne England unmöglich so lange aushalten, als seine Gegner, ja wahrscheinlich nicht einmal einige Monate.

Hamburger Fremdenblatt
16. IV. 1917

Die Saatkartoffelbeschaffung in Hamburg

beschäftigte eine vom Kleingartenbund zum Sonnabend in den Conventgarten einberufene Versammlung der Kleingärtner. Der Berichterstatter Rienaber (Gartenbau-Verein für Hamm, Horn und Umgegend) setzte in seinen Ausführungen auseinander, daß mit dem größten Nachdruck auch hier der heimische Kartoffelbau betrieben werden müßte. Voraussetzung sei aber die rechtzeitige und ausreichende Beschaffung guter Pflanzkartoffeln durch unsere Landherrenschaften. Diese haben aber in bezug auf die Versorgung der städtischen Bevölkerung vollkommen versagt. Aus Bekanntmachungen in den Tageszeitungen habe man ersahren, daß in erster Linie die Landbevölkerung beliefert werden solle. Man könne seinen Unwillen nicht darüber verhehlen, daß eine Behörde Hamburgs die Interessen unserer Stadt in diesem Punkte so mißachte. Als im vergangenen Sommer der Frühkartoffelsegen begann, haben die Landherrenschaften die Ausfuhr nach Hamburg gesperrt. (Hört! hört!) Auf das Keimlings- und Stecklingsverfahren können sich die Kleingärtner nicht verlassen. Andere Bezirke verfolgen eine großzügigere Kartoffelpolitik als Hamburg, so z. B. die Provinz Schlesien und die Stadt Frankfurt a. M. Da Hamburg in den letzten Monaten angeblich wegen des strengen Frostes fast gar keine Kartoffeln erhalten habe, müssen diese ja noch in den zur Versorgung verpflichteten Gebieten vorhanden sein und es käme nur darauf an, sie schnellstens nach Hamburg zu schaffen, um die Saatkartoffelfrage zu lösen. Der Kleingartenbund sei im Besitze eines Schreibens einer Hamburger Firma, in dem diese mitteilt, daß sie wohl in der Lage sei, Saatkartoffeln hierher zu schaffen. Aber was tue man hier in Hamburg? Man verweigere die Einfuhrerlaubnis und beschlagnahme das etwa eintreffende Saatgut.

Den Ausführungen folgte ein sehr lebhafter Meinungsaustausch, in dem scharfe Angriffe gegen das Verhalten der Landherrenschaften gerichtet wurden. Von allen Seiten wurde dringend Selbsthilfe angeraten, da wichtige Ernährungsfragen auf dem Spiele stehen. Berichtet wurde in mehreren Fällen, in denen örtliche Vereinigungen mit Erfolg in Mecklenburg selbst größere Mengen Saatgut aufgekauft und auch die Einfuhrerlaubnis hierzu erhalten haben. Entrüstung rief die von einer Seite abgegebene Erklärung hervor, daß Hamburg kürzlich 40 000 Zentner Kartoffelsaatgut angeboten erhalten hätte, das aber infolge des säumigen Verhaltens der Landherrenschaften für Hamburg verlorengegangen sei.

Die Versammlung faßte sodann folgende Entschließung, die von einem Ausschuß auch dem Vorsitzenden des Kriegsversorgungsamtes überreicht werden soll:

„Die durch den Kleingartenbund Hamburg eingeladenen, im Conventgarten versammelten hamburgischen Kleingärtner protestieren nachdrücklichst gegen das rücksichtslose und ungerechte Verfahren der Landherrenschaften, durch das die Landbewohner bevorzugt werden sollen. Sie fordern einmütig und dringlich, daß die Interessen der Kleingärtner in erster Linie berücksichtigt werden und ihnen das rechtzeitig angemeldete Saatgut voll zugeteilt werde, da sie unter der Not der Zeit viel schlimmer zu leiden haben als jene. Sie fordern auch, daß diejenigen, deren Gartenland auf preußischem Gebiet liegt, ebenso beliefert werden, wie die übrigen Hamburger.

Ferner erwarten sie, daß die Landherrenschaften unverzüglich angewiesen werden, der Einfuhr jede nur denkbare Erleichterung zu gewähren, wenn eine zum Saatkartoffelhandel zugelassene Firma Saatkartoffeln herbeischaffen kann."

Eine unbeabsichtigte Wirkung.

In der „Deutschen Tageszeitung", der wir es überlassen müssen, für ihre Angaben die Verantwortung zu übernehmen, lesen wir:

„Bekanntlich haben alle beteiligten Behörden und Verwaltungen alles Denkbare getan, um der Bevölkerung die Uebergangszeit der Brotkürzung so erträglich wie möglich zu gestalten durch reichliche Sondergaben von Lebensmitteln. Auch die drei Eier sind meist schon ausgegeben, und Kartoffelvorräte sieht man bereits in manchen Kellern für die nächste Woche liegen. Diese fürsorglichen Vorkehrungen haben freilich eine recht unbeabsichtigte Wirkung — wie es scheint an den verschiedensten Stellen in Berlin — gehabt. Recht viele haben für die nächste Woche auf die Beteiligung an der Speisung aus der Stadtküche verzichtet."

Die „Deutsche Tageszeitung" schließt mit einer bissigen Bemerkung auf den Lohnarbeiterstand, die sie sich im Interesse des Burgfriedens hätte schenken können. Immerhin beleuchten die obigen Angaben, wie überall die Versorgung mit Lebensmitteln zur Uebergangszeit am 15. April eingehend geregelt worden ist, so daß die Berliner sogar Kartoffelvorrat haben können.

Hamburger Fremdenblatt
16. IV. 1917

IV

187

Dungstoffe für Schrebergärten

Da in den Zeitungen häufig von mangelnden Dungstoffen die Rede ist, möchte ich aus eine möglicherweise nützliche Anregung meine Erfahrungen aus China bekanntgeben. — Aehnlich wie der hiesige Schrebergartner treibt der Chinese Gartenkultur; jedoch in viel ausgedehnterem Maße, da eigentlich in China jedes bebaute Feld unter intensiver Gartenkultur steht. Der Zwang der Umstände, wie häufig erlebte Hungersnot, wenn die Erhaltung der enormen Volksmenge des Landes als Felde und die großen Abgaben an Landeigentümer und Beamtenschaft, haben den Chinesen schon lange dazu gedrangt, aus seinem Felde den größtmöglichsten Ertrag herauszuwirtschaften, und erstaunlich ist es, was ein solcher orientalischer Schrebergärtner durch geschickte Fruchtfolge und intensivste Arbeit aus einem kleinen Stückchen Erde alles herauszuholen vermag. Dabei handelt es sich nicht etwa um ein besonderes Klima, denn Mittel- und Nord-China sind den hiesigen Verhältnissen ähnlich.

Interessiert hat mich nun stets die scheinbare Unerschöpflichkeit des chinesischen Bodens, da der Eingeborene den künstlichen Dünger unserer Landwirtschaft nicht kennt, und auch sonst durch mangelnde Viehzucht sich in üblicher Art nicht helfen kann. Jedoch der chinesische Schrebergärtner und Landwirt hat andere Quellen. Man sieht ihn auf der Landstraße den abgefahrenen Steinstaub zusammenkehren und damit sorgfältig das Feld bestreuen. Er sammelt das ganze Jahr eifrigst Ofenruß und seine Holzaschen für gleiche Zwecke, und schließlich werden im Herbst alle Pflanzenabfälle durch Verbrennen gleichfalls zur Herstellung von Feldstreuasche verwertet. Sehe ich nun bei uns hier an einzelnen Abfuhrstellen Berge von Tannenzweigen liegen, und sehe ich viele Schrebergärten mit enormen Reisigzäunen umgeben, so sitzt darin jeweilig eigentlich eine gewaltige Aschenkraft für den Boden, die nur zu leicht verwertet werden könnte. Nimmt dann der hiesige Schrebergärtner auch noch den Straßen- und Chausseestaub mit aufs Feld, so würde vielleicht mancher Klage abgeholfen sein.

H. D.

Neue Freie Presse

12/IV. 1917

188

Landwirtschaft und Volksernährung.

Im Handels- und Industrieverein hielt Direktor Wilhelm Herzel am 11. d. einen Vortrag über „Unsere Landwirtschaft und das Problem der Volksernährung". Der Vortragende behandelte eingehend die Frage, wie die Ernährung der Bevölkerung am besten zu sichern wäre und kam zu der Schlußfolgerung, daß durch die Erfüllung einer Reihe alter Forderungen der Landwirtschaft, Zollschutz für Bodenprodukte, ausgiebige Durchführung der Zusammenlegung zerstreut liegender Aecker, Durchführung von Meliorationen, Heranziehung des unproduktiven Moorlandes und Schaffung von genossenschaftlichen Organisationen zur Verwertung von feldmäßig gebautem Gemüse und Kartoffeln für die Lösung des für die gesamte Bevölkerung so überaus wichtigen Ernährungsproblems in Verbindung mit einer rationellen Hebung der Rindviehzucht und des milchwirtschaftlichen Betriebes durch Schaffung von Zuchtgenossenschaften, Kontrollvereinen und einer Neuorganisation des durch den Krieg nunmehr unmöglich gewordenen Abmelkbetriebes, in der Heranziehung von Jagdgründen und vernachlässigten Alpenweiden zur Aufzucht wirksame Mittel erblickt werden können, um Oesterreich nicht nur zu befähigen, seine Bevölkerung ausgiebig zu ernähren, sondern auch Ueberschüsse für den Export zu erzielen. Den Bezirkshauptmannschaften wären landwirtschaftlich gebildete Kommissäre beizuordnen, um sämtliche mit dem landwirtschaftlichen Betriebe zusammenhängenden Agenden in Hände von Fachleuten zu legen. Auch müßte eine einheitliche Organisation des ganzen Ernährungsdienstes einsetzen, einseitige Absperrungen und Beschränkungen unmöglich gemacht, bäuerliche Musterbetriebe eingerichtet und der Landflucht durch Verbesserung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten vorgebeugt werden. In dem äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag wurden noch Wünsche bezüglich Anstellung landwirtschaftlicher Kommissäre bei den Bezirkshauptmannschaften und gewisser Aenderungen im niederen landwirtschaftlichen Unterrichtswesen geäußert.

Hamburger Fremdenblatt
1. IV. 1917 189

Bekanntmachung

betreffend

den Kleinhandel mit Saatgut von Hülsenfrüchten.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 14. März 1917 wird auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers über Hülsenfrüchte vom 23. März 1917 und der Verordnung des Kriegsernährungsamtes zur Aenderung der Bekanntmachung über Saatgut von Buchweizen und Hirse, Hülsenfrüchten, Wicken und Lupinen vom 23. März 1917 in Verbindung mit der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 mit Zustimmung Eines Hohen Senats für das Gebiet der Stadt Hamburg und der Landherrenschaften der Geestlande, Marschlande und Bergedorf bestimmt:

§ 1.

Saatgut von Hülsenfrüchten darf ohne Saatkarte nur in Mengen von nicht mehr als 125 Gramm von jeder Sorte und 2,5 Kilogramm von allen Sorten zusammen gerechnet abgegeben werden und dies auch nur, wenn zugleich der Einwohnermeldeschein und ein Ausweis über den Besitz von Land (Miete-quittung oder dergleichen) vorgelegt wird.

Saatkarten sind für Land im Gebiete der Stadt Hamburg bei der Polizeibehörde, für Land im Gebiete der Landherrenschaften bei den Landherrenschaften zu beantragen.

§ 2.

Die Händler mit Saatgut von Hülsenfrüchten haben ein genaues Verzeichnis über die Namen und die Adressen der Käufer und die Mengen des an die einzelnen Käufer abgegebenen Saatgutes von Hülsenfrüchten zu führen. Die Händler haben ferner die ihnen vorgelegten Saatkarten einzubehalten und an die Stelle, die sie ausgestellt hat, zurückzuliefern.

Den Beauftragten der Polizeibehörde, des Kriegsversorgungsamts und der Landherrenschaften sind die Verzeichnisse und Saatkarten jederzeit einzureichen und vorzulegen, auch ist ihnen über jede Eintragung und jede Saatkarte Aufklärung zu geben.

§ 3.

Der Absatz von Saatgut von Hülsenfrüchten im Kleinhandel ist für Bohnen mit Ausnahme der Großen Bohnen bis zum 15. April 1917 einschließlich verboten.

Als Kleinhandel gilt der Absatz in Mengen bis zu 5 Kilogramm einschließlich, sämtliche Hülsenfrüchte zusammengerechnet.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Hamburg, den 28. März 1917.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.
Die Landherrenschaften.

Reichspost

17/IV. 1917 Abendblatt 190

* **Landwirtschaftliche Arbeiter aus dem Küstenlande gesucht.** Dem Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften Oesterreichisch-Friauls („Federazione dei Consorzi agricoli del Friuli", zurzeit Wien, VIII., Alserstraße 19, I. Stock, Tür 27) sind, wie er uns mitzuteilen ersucht, von verschiedenen Seiten aus Kreisen der Guts- und Gartenbesitzer Anfragen zugekommen, ob es nicht möglich wäre, tüchtige Landwirte, namentlich solche aus Görz und Gradiska zu bekommen, die Praxis im feldmäßigen Gemüsebau haben. Die „Federazione", welche es selbstverständlich als ihre ganz besondere Pflicht ansieht, nach Kräften dazu beizutragen, daß der Anbau aller verfügbaren Grundstücke, ganz besonders im laufenden Jahre, unter Anspannung aller erreichbaren Kräfte auf breitester Grundlage durchgeführt werden könne, ist gerne bereit, sich sowohl mit Landwirten, und ganzen Familien aus Görz-Gradiska, welche landwirtschaftliche Arbeiten übernehmen wollen, als auch mit Guts- und Gartenbesitzern, welche von diesen landwirtschaftlichen Arbeitern brauchen, in Verbindung zu setzen. Anfragen sind an die genannte Körperschaft zu richten.

Die Zeit

17/IV 1917.

181

Die Anbauaktion der Gemeinde.

Die Gemeinde Wien hat heuer wieder auf den Gründen der Bodenkreditanstalt in Leopoldau, die ihr zur Verfügung gestellt wurden, eine große Anbauaktion in die Wege geleitet. Auf den weiten ebenen Gefilden werden 36 Hektar Winterkorn, 25 Hektar Hafer und 70 Hektar Kartoffeln, außerdem noch 8 Hektar Bohnen angebaut. Bei dem Anbau der Kartoffeln wird es sich noch um die Beschaffung der Saatkartoffeln handeln. Außer in Leopoldau wurde auch auf anderen Gründen der Anbau vorbereitet. Um die Verpflegung der Kriegsgefangenen, die für die Arbeiten der Kartoffelmieten notwendig sind, im nächsten Winter zu erleichtern, wurden in der Umgebung der Kartoffelmieten, und zwar bei den Stationen Klein-Schwechat und Stadlau, Gemüse- und Kartoffelfelder angelegt, deren Ertrag für die Kriegsgefangenen-Arbeiter bestimmt ist. Schließlich wird auch die private Anbautätigkeit in den Schrebergärten und Kriegsgemüsegärten von der Gemeinde durch Abgabe von Saatkartoffeln und anderem Saatgut nach Möglichkeit gefördert. Auch die Eisenbahner entwickeln auf den ihnen in Hütteldorf und anderen Stationen zur Verfügung gestellten kleinen Grundstücken eine rege Anbautätigkeit. Infolge der Ernährungsschwierigkeiten ist der Wert des selbst gezogenen Gemüses allgemein erkannt worden, und die Nachfrage nach Kriegsgemüsegärten ist daher groß. Freilich wird sich ein besserer Ueberwachungsdienst der Gemüsegärten als notwendig erweisen, denn es ist zu befürchten, daß das Gemüse und die Kartoffeln auf den frei zugänglichen Feldern noch vor ihrer völligen Reife mitunter von Unberufenen fortgetragen würden.

Pester Lloyd Abendbl
17./IV. 1917 192

(Volkszählung und Aufnahme der Saatflächen.) Das amtliche Blatt veröffentlicht heute unter Zahl 1877/1917 M. E. eine Verordnung des Ministeriums, mit der die zu Zwecken der Sicherstellung der Volksernährung notwendige Datensammlung angeordnet wird. Danach ist in der Zeit vom 1. bis 3. Mai l. J. die Zivilbevölkerung nach dem Stand vom 31. April l. J. haushaltungsweise mittels Listen zusammenzuschreiben, in denen die männliche und die weibliche Bevölkerung nach Alters- und Beschäftigungsgruppen zu detaillieren sind. In Verbindung damit sind die Bestände von Hornvieh, Pferden, Borstenvieh und Schafen zu konskribieren. Bis einschließlich 5. Mai l. J. ist ferner eine Aufnahme der Saatflächen vorzunehmen, die sich auf alle mit Weizen, Roggen, Gerste und Hafer bebauten Flächen erstreckt. Die Verordnung tritt heute in Kraft; ihre Geltung erstreckt sich auf Kroatien-Slawonien nicht.

Vossische Zeitung
18/IV. 1917
193

Landwirtschaftliche Arbeitshilfe

Ein Erlaß des Oberkommandos in den Marken.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Kessel, veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand ist männlichen und weiblichen Personen, die in der Land- oder Forstwirtschaft beschäftigt sind, verboten, ohne schriftliche Genehmigung des Amtsvorstehers (in den Städten des Bürgermeisters) in eine andere als land- oder forstwirtschaftliche Beschäftigung überzutreten. Jugendliche Personen, die in einem Arbeitsverhältnis noch nicht gestanden haben, dürfen ohne Genehmigung eine andere als landwirtschaftliche Beschäftigung nicht annehmen. Die Genehmigung ist nur zu erteilen, sofern die landwirtschaftliche Erzeugung nicht beeinträchtigt wird.

Jede männliche oder weibliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung der zuständigen Behörde ihrer Wohnsitz- oder Nachbargemeinde gegen den ortsüblichen Lohn eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende landwirtschaftliche Arbeit zu übernehmen, soweit es ohne wesentliche Schädigung ihrer eigenen Verhältnisse geschehen kann.

Die Aufforderungen erfolgen in den Städten durch den Bürgermeister, im übrigen durch den Amtsvorsteher. Sie dürfen nur ergehen, wenn sie unbedingt erforderlich sind, um den Ertrag des Bodens, insbesondere die Bestellung der Felder oder die Einbringung der Ernte, sicherzustellen. Unter dieser Voraussetzung ist eine Heranziehung auch an Sonntagen zulässig.

Zeugnisse von Kreis- oder anderen beamteten Aerzten befreien, soweit sie die Unfähigkeit zu der aufgetragenen Arbeit bescheinigen, ohne weiteres von der Verpflichtung zur Arbeitshilfe.

Gegen die Verweigerung der Genehmigung sowie gegen die Heranziehung zur Arbeit und gegen die Festsetzung der Entlohnung steht die Beschwerde an den Landrat und gegen dessen Bescheid die weitere Beschwerde an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung des Regierungspräsidenten ist endgültig. Wer der Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem 18. April bis zum 15. Oktober 1917 für die Landkreise der Provinz Brandenburg in Kraft, mit Ausnahme folgender Bezirke im Kreise Teltow: Köpenick, Britz, Friedenau, Grunewald, Johannisthal, Lankwitz, Lichterfelde, Mariendorf, Marienfelde, Niederschöneweide, Schmargendorf, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Nikolassee, Wannsee, Zehlendorf; im Gutsbezirke Berlin-Dahlem, Berlin-Heerstraße und Grunewald-Forst; im Kreise Niederbarnim: Amtsbezirke Oberschöneweide, Pankow, Reinickendorf, Tegel, Weißensee und Landgemeinde Stralau.

Vossische Zeitung
18/IV. 1917

Zukunftsfragen für den Getreidehandel.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Die Frage der Uebergangswirtschaft spielt für alle Interessenten der durch die Kriegsgesellschaften ausgeschalteten Gewerbe- und Handelszweige gegenwärtig eine wichtige Rolle. Soweit es sich um den Getreide- und Futtermittelhandel dreht, besteht die durch die Erfahrungen des Krieges gebotene allgemeine Forderung, daß schnell und mit möglichster Abkürzung einer Uebergangszeit der unbeschränkte freie Handel wieder in Tätigkeit trete. Wir haben hierbei zwei Abteilungen des Handels zu unterscheiden, die des Vertriebs der Inlandsware und das Einfuhrgeschäft mit fremdem Material und dessen Verteilung an den Konsum. Einige Zeit hindurch war immer noch die Frage, ob nach dem Frieden nicht das ganze Getreidegeschäft oder Teile desselben monopolisiert werden dürften, ein gewisses Hindernis für die freie Besprechung einer langsameren oder schnellen Beseitigung der zentralisierten Bewirtschaftung. Nach den Erfahrungen, die man mehr und mehr mit der letzteren gemacht, glaubt man jetzt um so weniger an eine kommende Monopolisierung, als der Zweck einer solchen, das Getreide zur künftigen Steuerquelle zu machen, zuverlässiger und einfacher auf verschiedenartige andere Weise erzielt werden kann.

Was das inländische Getreidegeschäft betrifft, so weiß man heute jedenfalls so viel, daß man dem Erzeuger nicht ohne Schädigung der außerordentlich verschiedenen Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse bestimmte Vorschriften für die Art seines Anbaues machen kann. Man weiß auch, daß Behörden nie imstande sein werden, die Summe des wirklich Gewachsenen beim Erzeuger zu erfassen. Die Schätzungen der Ernten seitens der Kriegsgesellschaften blieben schon erheblich hinter den privaten Annahmen und hinter den regelmäßigen Ziffern der Friedensjahre zurück, das wirklich erfaßte Getreide erreichte aber im Durchschnitt auch nicht einmal die gehegten Voraussetzungen. Das Prinzip, die Preise schon eher zu bestimmen, als das Getreide gewachsen ist, ja sogar noch ehe es eingesät ist, hat wohl den Zweck, wie es z. B. diesmal der Fall ist, den Anbau des Brotgetreides gegenüber Futtergetreide zu verstärken und dadurch auf Grund der Erfahrungen des letzten Erntejahres die Verhältnisse des neuen zu regulieren. Aber die Ueberraschungen im Getreideverkehr, mit denen der Kaufmann von jeher zu rechnen hatte, und denen er sich in seiner geschäftlichen Beweglichkeit auch stets sofort anzupassen suchte, sind nach den Erfahrungen der Kriegsjahre eine außerordentliche Gefahr für die bewirtschaftenden Zentralgesellschaften. Einmal festgesetzte Preise vor dem Anbau sind gewissermaßen garantierte Mindestpreise für die einzelnen Artikel. Sie erweisen sich aber, sobald die Ernte da ist, keineswegs immer als passend. Wir haben beispielsweise für das neue Erntejahr für Roggen, Hafer und Gerste annähernd den gleichen Preis. Wird nun für die eine oder andere Getreideart die Ernte schlechter als für die der anderen Arten, so wird der Landwirt das reichlicher gewonnene Getreide verkaufen, das minder geerntete trotz der alsdann nicht ausbleibenden Aufforderungen nur schwer herausgeben. Der Zwang tritt ein, den Preis für das schlechter geerntete Getreide zu erhöhen. Damit ist aber die Situation für die auf Ablieferung wartenden Behörden nach zwei Seiten verpfuscht. Einmal werden diejenigen Landwirte vergrämt, die schon pflichtschuldigst vor der Erhöhung ihre Ware abgeliefert haben und denen dadurch der höhere Preis entgangen ist, dann aber werden die Besitzer der reichlicher gewonnenen Getreidesorten die sehr natürliche Folgerung ziehen, durch Zurückhaltung ihrer Ware für Preiserhöhung derselben gleichfalls Sorge zu tragen. Auf diese Weise bleibt die Ernte länger in der Hand der Erzeuger, als den Zentralbehörden lieb sein kann, da hierdurch der Anreiz, mehr von dem Material in den eigenen Wirtschaften zu verbrauchen, als vorgeschrieben ist, erfahrungsgemäß einen erheblichen Prozentsatz der Ernte allmählich verschwinden macht. Alles dies sind Tatsachen, über die es heute keine verschiedenen Ansichten mehr geben kann, und die sich bis zu einem gewissen Grade auch in Friedenszeiten beim Monopol wiederholen, wenn, wie es dabei nicht zu umgehen ist, bestimmte Durchschnittspreise vorgeschrieben werden.

Die Beweglichkeit der Preise, wie sie sich in regelmäßigen Zeiten aus dem Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage ergibt, ist tatsächlich der Hauptregulator für das Gleichgewicht der Verhältnisse. Die niemals schwindende Ungewißheit, ob die Preise steigen oder fallen werden, läßt die Landwirte ihre Dispositionen allein gemäß den Anforderungen ihrer Wirtschaften ausführen, während die Kaufleute je nach ihrer Beurteilung der Situation, die indessen stets auf ungarantierten Voraussetzungen beruht, teilweise sich mehr oder weniger große Bestände hinlegen, oder im voraus, in der Hoffnung, billiger eindecken zu können, auf spätere Ablieferung verkaufen. Für das Risiko, das der Kaufmann eingeht, steht er mit seinem Vermögen. Es schaut für ihn beim Getreidegeschäft ebenso oft Verlust wie Vorteil heraus, doch hat er den ersteren bisher immer durch die Versicherung im Terminhandel, bzw. im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft zu verringern gesucht.

Der zweite Teil des Getreidegeschäftes, der Einfuhr und des Vertriebes der fremden Ware, ist nach der heutigen Ueberzeugung auch der Behörden besonders bezüglich der Einfuhr schon während der Uebergangswirtschaft nicht ohne Mithilfe des Handels zu erfüllen. Bekanntlich glaubt man die Einfuhr mit Rücksicht auf Valuta und Schiffsfrachten nicht ohne weiteres nach Friedensschluß freigeben zu können. Ueberlegt man aber die wirkliche Sachlage, so wird man doch zu einem anderen Schlusse kommen müssen. Zunächst ist die Gefahr, daß die Kaufleute zu viel Ware ins Land nach dem Frieden ziehen könnten und dadurch nicht nur unsere Währung schädigen, sondern auch die Frachten zu hochtreiben könnten, gar nicht vorhanden. Ganz Europa ist mit Getreide ausgehungert, die Erzeugungsgebiete haben mehr oder weniger Mißernten und daher nur geringe Ueberschüsse. Der Einkauf wird außerordentlich schwer werden, wenn wir noch in diesem Jahre Frieden bekommen, und er wird nicht leichter, wenn sich der Erschöpfungskrieg und die Absperrung der europäischen Länder noch weiter hinausziehen. Die Auslandspreise sind höhere wie in Deutschland. Jeder Importeur wird sein Risiko schon mit dem Ankauf kleinerer Mengen bedenklich hoch spannen. Es besteht somit durchaus keine Aussicht, daß mehr als das allerdringendst Notwendige ins Land gezogen wird, wenn der private Händler selbst die Preisgefahr übernimmt, während umgekehrt, falls die Behörde während der Uebergangswirtschaft das Risiko auf Kosten der Steuerzahler trägt, die Einfuhr den dringenden Bedarf leicht übersteigen und die abzuwendenden Währungs- und Frachtgefahren verwirklichen kann.

Nachdem der Getreidehandel während des Krieges so gut wie ausgeschaltet war, und zweifellos dazu auch der Umstand beigetragen hatte, daß er nicht allgemein organisiert war, hat er natürlich das energische Bestreben, den gleichen Vorgang bei der Uebergangswirtschaft zu vermeiden. Es besteht daher zunächst für den Einfuhrhandel die Absicht, für jede Eventualität einen Zusammenschluß der Importeure zu schaffen, bei welchen zunächst von einem Grundkapital von 50 Millionen M. die Rede war, das je nach Bedarf beliebig erhöht werden könnte. Es würde hierbei das selbständige Einkaufen des Händlers im Auslande nicht berührt werden, immerhin würde diesem das Risiko ebenso, als ob er direkt für die Behörden kauft, abgenommen, und das würde gerade ein Mangel sein für die nötige Vorsicht, mit der das Auslandsgeschäft eingeleitet werden muß.

Sind wir erst aus diesen Uebergangsverhältnissen in regelmäßige Zustände zurückgekehrt, dann wird eine lebhafte Tätigkeit des Einfuhrgeschäftes und die Bildung großer Bestände von Getreide zur allmälichen Schaffung einer Vorratswirtschaft nur zu wünschen sein. Es wird die Zeit kommen, in der festgestellt wird, mit welchen Beständen ausländischer Ware wir in die Kriegsjahre eingetreten waren. Diese Bestände waren zur Zeit sehr erhebliche und sie waren nur möglich, weil die Kaufleute sich das Preis-Risiko im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft zu größerem Teil abwälzen konnten. Die Absicht besteht, daß diese Vorräte in Friedenszeiten zur Vorversorgung für mögliche neue Kriegsgefahren noch viel stärkeren Umfang gewinnen. Für den Staat ist diese Sache nicht durchzuführen. Wir haben in den letzten Jahren zur Genüge gesehen, daß die Unhaltbarkeit des Getreides das geschulte und persönliche Interesse der Tausende von Kaufleuten verlangt, um die Gefahren des Verderbens abzuwenden. Der Kaufmann kann die Gewähr für das Vorhandensein der erforderlichen großen Vorräte innerhalb seines Betriebes übernehmen, aber als Instrument, um sich gegen Preisschaden zu sichern, ist das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft ungenügend. Es bedarf dazu des in anderen großen Getreideländern eingeführten Warensystems und des wichtigen, nicht durch Beschränkungen aller Art gebundenen Terminhandels.

Frankfurter Zeitung
19/IV. 1917

Die Aufklärung der Landbevölkerung.

Ein Erlaß des Kriegsamts an die Kriegswirtschaftsämter.

N **Berlin**, 18. April. (Priv.-Tel.) Der Leiter des Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner, richtete einen Erlaß an alle Kriegswirtschaftsämter, worin er sie anweist, die Landbevölkerung auf jede Weise über unsere Ernährungsschwierigkeiten aufzuklären und sie zur vollen Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Der Erlaß lautet:

Im Einvernehmen mit dem preußischen Staatskommissar für Volksernährung, Exzellenz Michaelis, ordne ich an, daß die Kriegswirtschaftsämter sich sofort mit den ihnen unterstellten Kriegswirtschaftsstellen in Verbindung setzen, um in den weitesten Kreisen der Landbevölkerung, in allen Teilen des Landes auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuweisen, in der sich die städtische Bevölkerung und die der Industrie, besonders der Rüstungsindustrie befindet. Die Kriegswirtschaftsstellen müssen durch ihre landwirtschaftlichen Mitglieder und andere geeignete Persönlichkeiten jedem Landwirt dies klar machen. Es nutzt nichts, wenn schriftliche Anordnungen erlassen werden, auch größere Versammlungen allein haben keinen Zweck; nur das von Mund zu Mund gesprochene Wort kann hier helfen. Lehrer und Geistliche müssen herangezogen werden. Es muß jedem Landwirt zum Bewußtsein kommen, daß jedes Pfund Korn, das er über das unbedingt notwendige Maß in seiner Wirtschaft verbraucht, ein Unrecht gegen die Gesamtheit ist und unseren Feinden nutzt. Jede Kartoffel und Kohlrübe, die noch irgend zur menschlichen Nahrung gebraucht werden kann, muß der städtischen Bevölkerung zugeführt werden. Wenn die Kohlrübe nicht voll sofort jetzt verwendet werden, so sind sie einer Trocknungsanstalt schleunigst zuzuführen, damit sie nicht verderben. Auf eine restlose Abführung von Molkereiprodukten ist immer wieder hinzuweisen. Kein gesunder Erwachsener sollte auf dem Lande Vollmilch trinken. Vollmilch ist nur für Kinder und Kranke und zur Bereitung von Butter. Es dürfen nur zur Zucht geeignete Kälber aufgezogen und diese nur in den ersten Wochen mit Vollmilch gefüttert werden. Es muß in diesen Besprechungen darauf hingewiesen werden, daß es keinen Zweck hat, sich über Maßnahmen, die bisher getroffen sind, zu unterhalten und sonstige rückwärtige Betrachtungen zu machen, sondern nur mit allem Nachdruck muß gefordert werden, daß alle Nahrungsmittel restlos den zuständigen Stellen zugeführt werden. Ich erwarte, daß die Kriegswirtschaftsämter und die Kriegswirtschaftsstellen sich des Ernstes der Lage bewußt werden, und daß die Leiter der Kriegswirtschaftsämter sich persönlich davon überzeugen, daß in allen Kreisen mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet wird, alle Lebensmittel den städtischen und Industriearbeitern zuzuführen.

*

Es finden gegenwärtig, wie schon mitgeteilt, bei den landwirtschaftlichen Erzeugern vom Staatskommissar angeordnete Revisionen über die noch vorhandenen Bestände an Kartoffeln und Getreidearten statt. Die Nachschau wird vorgenommen durch Kommissionen mit militärischer Hilfe. Die über die Tätigkeit dieser Nachschau-Ausschüsse bisher vorliegenden Berichte ergeben, daß sie ihre Aufgabe mit gebührendem Ernst erfassen und mit dementsprechender Gewissenhaftigkeit ausführen. Ein sozialdemokratischer Vertrauensmann, der die Nachschau im Bezirk des 4. Armeekorps begleitet hat, berichtet darüber im „Vorwärts“:

„Von den Kommissionen, denen ich mich im Laufe der Tage anschloß, arbeitete natürlich die eine etwas schneller, die andere etwas langsamer. Aber recht gründlich arbeiteten sie alle, davon habe ich mich überzeugt. Treppauf und treppab ging es, unermüdlich... Genau wird für jedes Getreide und für jeden Kartoffelvorrat ermittelt, wieviel vorhanden ist, wieviel von dem Besitzer noch verbraucht werden darf bis zur nächsten Ernte und wieviel er abgeben muß...

Wenn ich meine Eindrücke zusammenfassen soll, so habe ich gesehen, daß die Nachschau jedenfalls mit allem Ernst betrieben wird, daß sie keine Rücksichten nimmt und auch keine zu nehmen braucht. Genau so wie in den Dörfern erfolgt die Nachprüfung auf den selbständigen Gütern... Jedenfalls, worauf es uns Städtern ankommt, das habe ich gesehen: so wenig wie bei uns, so wenig gibt es jetzt noch auf dem Lande eine unangebrachte Schonung.“

Diese Feststellung ist, da sie von einem Unbeteiligten kommt, gewiß von Wert und sie kann da, wo man der Nachschau zweifelhaft gegenüberstand, jedenfalls beruhigend wirken. Ueber das Verhalten der Bauern bei der Nachschau urteilt der Gewährsmann des sozialdemokratischen Zentralorgans:

„Alle die Bauern sind ruhig und freundlich. Sie zeigen willig, was sie haben und machen kein böses Gesicht, wenn ihnen nach der Prüfung gesagt wird: So und soviel hast du, so und soviel brauchst du für dich, deine Familie und deine Leute, schließlich so und soviel für die Aussaat. So und soviel für die Aussaat und soviel hat du noch übrig, und das mußt du abgeben. Man hat in der Tat den Eindruck, daß die Bauern, wenigstens in dieser Gegend wissen, wie ernst unsere Lage ist... Bei vielen Bauern standen die Vorräte bereits in Säcken und waren abgewogen, um der Kommission die Arbeit zu erleichtern.“

Der Ausfall der Nachschau ist natürlich verschieden. Daß die Schätzungen bei Kartoffeln in Mieten oder bei ungedroschenem Getreide nicht immer die Vorräte haarscharf erfassen, liegt in der Natur der Dinge. Fand sich bei den einzelnen Bauern auch nicht mehr viel, so war der Berichterstatter doch erstaunt, wenn er hörte, was bei dem einzelnen Dorf im ganzen noch heraus kam.

Neues Pester Journal

19/III. 1917

19

196

‡ (Saatenstandsbericht.) Die bezüglich der Ueberwinterung der Herbstsaaten einlangenden Berichte lauten überwiegend günstig. Eine amtliche Aufnahme des Anbauareals für die vier Hauptfruchtsorten wurde per 31. April angeordnet, doch verlautet schon jetzt, daß sich gegen das Vorjahr eine Vergrößerung zeigt. Die Frühjahrsarbeiten haben sich zufolge ungünstigen Wetters verzögert, auch klagt man in einzelnen Theilen des Alfölds über Hochwasser. Ein Theil der Landwirthe kam auch verspätet zu Saatgut, und wäre nun schon der Eintritt ständigen wärmeren Wetters erwünscht. Immerhin steht es mit Rücksicht auf die Jahreszeit zu erwarten, daß dies auch bald der Fall sein wird, so daß die bisher noch unbestellten Felder durch nachträglichen Anbau benützt werden können. — Aus Berlin wird uns telegraphirt: Die deutschen Saaten haben nach einer Mittheilung des deutschen Landwirthschaftsrathes gut überwintert. Immerhin aber werden manche Weizenfelder umgepflügt werden müssen. Von der wärmeren Witterung verspricht man sich eine gute Wirkung auf die Vegetation und die Ernte.

Arbeiterzeitung

20./IV. 1917.

187

Wie die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt amtiert!

Aus dem Etschtal wird Innsbrucker Blättern berichtet: Zur Steuerung der allgemeinen Lebensmittelknappheit ließ es sich eine Gemeindevorstehung des Etschtals (Auer), nicht weit von der Sprachgrenze, pflichtgemäß angelegen sein, die Bebauung früher brachgelegenen Grundes mit Mais zu besorgen. Die Maisernte sollte nach Vorschrift um den bestehenden Höchstpreis von 28 Kronen für 100 Kilogramm an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abgeliefert werden. Nicht nur daß dieser Mais infolge der schwierigen Arbeiten des neuen Ackergrundes der Gemeinde selbst höher zu stehen kam, als der Höchstpreis beträgt, brauchte die Gemeinde diesen Mais für die Versorgung des Maisbedarfes in der eigenen Gemeinde, da bekanntermaßen die Bevölkerung in jener Gegend größtenteils nur davon lebt. Die Gemeinde schrieb daher an den Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bozen, als Kommissärin der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, es möge der Gemeinde der Mais für den eigenen Gebrauch in der Gemeinde belassen werden. Die Gemeindeväter mochten aber nicht wenig erstaunt gewesen sein, als ihnen mit Schreiben vom 25. Februar 1917 mitgeteilt worden war, daß von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt der Gemeinde bei Belassung des Maises ein Betrag von 49·20 Kronen für 100 Kilogramm in Rechnung gestellt werde, was doch so viel heißen soll, daß die Gemeinde für ihren eigenen Mais, den sie um 28 Kronen für 100 Kilogramm hätte abliefern sollen, nun 49·20 Kronen zu bezahlen habe, wenn die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt ihr den Mais beläßt. Was der von der Gemeinde an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt eingebrachte Protest für eine Wirkung hatte, weiß ich gar nicht, ist aber auch ganz nebensächlich, denn ich wollte ja nur davon berichten, daß es auch heute noch ehrliche und doch lohnende Geschäfte gibt, freilich nicht gerade lohnend für jene Gemeinde, aber lohnend für andere.

Aus dem Imster Bezirk schreibt jemand dem „Tiroler Anzeiger": Der Fall von Auer steht nicht allein da, das zeigt zum Beispiel folgender Vorfall in einer Gemeinde des Oberinntales. Die Bauern hatten den Auftrag zur Ablieferung von Mais erhalten, den sie in der Mühle abzuliefern hatten. Zur Uebernahme in der Mühle erschien der Händler Giacomuzzi aus Silz als Vertreter der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Die Bauern erhielten für den Mais 28 Heller für das Kilogramm, die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt berechnete dem Müller aber den gleichen Mais mit 60·3 Heller. Nachdem die Bauern den Mais in der Mühle abzuliefern hatten, hatte die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt keinen Heller Auslagen für Transport, Verpackung u. s. w. und trotzdem werden mehr als hundert Prozent zugeschlagen. Umständlich ist dann auch der Weg, den die Nichtselbstversorger unserer Gemeinde machen müssen, um etwas von dem Mehl aus diesem Mais zu erhalten. Jede Woche müssen sie, um ein Kilogramm zu bekommen, zur Bezirkshauptmannschaft nach Imst gehen, um sich dort die Karte abstempeln zu lassen. Von unserer Gemeinde ist das ein Weg von anderthalb Stunden ohne Fahrgelegenheit. Man stelle sich nur vor, was da an Schuhen draufgeht, von der Zeitverschwendung gar nicht zu reden!

Ueber den Fall der Gemeinde Völlan bei Lana berichten die „Neuen Tiroler Stimmen": Diese auf dem südlichen Mittelgebirge gelegene Gemeinde erzeugt von allen Getreidearten so viel, daß sie hoffen durfte, knapp das Auslangen bis zur nächsten Ernte finden zu können. Die Leute haben Korn, etwas Weizen und als wichtige Nachfrucht den Schwarzplenten. Der Vorsteher der Gemeinde genießt das allgemeine Vertrauen und die Gemeindemitglieder muteten ihm zu, daß er die Aufbewahrung und Verteilung der Brotfrucht richtig durchführen würde. So wendete sich die Gemeinde Völlan an die Kriegs-Getreidegesellschaft um Belassung des in der Gemeinde erzeugten Getreides, wogegen die Gemeinde auf keinerlei Zuschub von auswärts Anspruch erheben würde. Das wurde der Gemeinde zugestanden. Die Völlaner haben ihr eigenes Erzeugnis auf den Bauernmühlen vermahlen und es auf die Besitzer und Nichtbesitzer klaglos verteilt. Die Kriegs-Getreidegesellschaft hatte mit ihnen keine Arbeit. Und trotzdem präsentierte sie der Gemeinde eine gesalzene Rechnung. Ihr habt soundso viel Weizen, Roggen und Plenten erzeugt. Dieses Getreide hättet ihr um soundso viel an die Kriegs-Getreidegesellschaft abzuliefern gehabt, also euer Guthaben soundso viel. Aus dem Getreide habt ihr an Mehl und Kleie soundso viel erzeugt. Dieses Mehl und die Kleie wären um soundso viel von der Kriegs-Getreidegesellschaft zu beziehen gewesen. Das ergibt die Schuldigkeit der Gemeinde Völlan an die Kriegs-Getreidegesellschaft. Die Differenz zwischen dieser Schuldigkeit für das nichtbezogene Mehl und dem Uebernahmspreis für ihr Getreide soll nun die Gemeinde Völlan bezahlen! Die Leute haben ihr eigenes Bodenprodukt verzehrt und sollen jetzt der Kriegs-Getreidegesellschaft, die nichts dazu getan hat und keine Hand zu rühren brauchte, eine Wuchersumme abführen! Den Leuten soll einfach von der Zentrale der Preis für ihr aufgezehrtes Getreide und Mehl auf das Doppelte und mehr hinaufgetrieben werden, ohne daß die geringste Gegenleistung für diesen Anspruch der Zentrale ersichtlich ist.

Da kann man nur sagen: Arme Bauern, die mit den Filialen dieser Zentrale zu tun haben!

Hamburger Fremdenblatt
20. IV. 1917

198

Unzulässigkeit des freien Handels in Futtermitteln.

Die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, macht nochmals darauf aufmerksam, daß durch die Futtermittelverordnung vom 5 Oktober 1916 grundsätzlich sämtliche Futtermittel pflanzlichen und tierischen Ursprungs, soweit der Verkehr mit ihnen nicht durch andere Verordnungen geregelt ist ergriffen worden sind. Ausgenommen sind nur Grünfutter, Futterrüben aller Art, Pferdemöhren, Heu, Häcksel und Stroh. Die Erzeugnisse aus diesen Stoffen unterliegen indessen wiederum der Futtermittelverordnung. Hiernach ist der Absatz von Futtermitteln grundsätzlich auf die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte beschränkt, die von ihrem Uebernahmerecht in allen Fällen Gebrauch macht. Der freie Handel mit Futtermitteln ist daher völlig unterbunden. Dies gilt in Sonderheit für Gerste, Hafer, zuckerhaltige Futtermittel, Milchkraftfutter aus Speiseabfällen, Kartoffeln und Kleie. Daß Brotgetreide der Verwendung als Futtermittel bei Vermeidung der strengsten Strafen entzogen ist, ist bekannt. Eine besondere Regelung ist für die ausländischen Futtermittel getroffen. Vor dem freien Handel mit Futtermitteln wird, unter Hinweis auf die strengen gesetzlichen Strafen, sowie die Bestimmungen des Bundesratsbeschlusses über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, hiermit nochmals gewarnt.

Hamburger Fremdenblatt
20./IV. 1917.

109
109

Bauet Gemüse.

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Flugblatt der Reichsstelle für Gemüse und Obst G. m. b. H. „Bauet Gemüse" bei, das wir der Beachtung aller Landwirte und Kleingärtner dringend empfehlen. Mehr denn je gilt es in diesem Frühjahre, keine Mühe zu scheuen, um aus dem deutschen Ackerboden herauszuholen, was er herzugeben vermag. Unserer Feinde seiner Plan, uns auszuhungern, wird zuschanden werden, wenn der Landmann seine Pflicht tut. Vor allem wird er sein Sinnen und Trachten auch auf eine starke Ausdehnung des Gemüsebaues zu richten haben. Wenn er sich zum erhöhten Gemüsebau entschließt, so nützt er sich selbst am meisten damit. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat mit Billigung des Kriegsernährungsamts Bestimmungen getroffen, durch die dem gemüsebauenden Erzeuger, sobald er mit den Organen der Reichsgemüsestelle Hand in Hand geht, besondere Vorteile erwachsen.

Das Flugblatt, das in beliebiger Anzahl von der Reichsstelle für Gemüse und Obst G. m. b. H., Berlin W., Potsdamerstraße 75, bezogen werden kann, ist besonders wertvoll durch die Ratschläge für den Kriegsgemüsebau und eine Zeittafel die Auskunft gibt, wann die verschiedenen Gemüsesorten angebaut werden müssen.

Hamburger Fremdenblatt

20./IV. 1917

200

Sichert die Kleingärten!

Man schreibt uns: eine ungemein starke Entwicklung des Kleingartenwesens gezeitigt und überhaupt den Hunger der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land, das sie selber bebauen kann, in weitem Umfange geweckt. Es ist aber zu erwarten, daß diese starke Nachfrage der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land auch nach Friedensschluß andauern wird. Schon die hohen Lebensmittelpreise und die Lebhaftigkeit des nun einmal erwachten Wunsches nach Leben und Tätigkeit im Freien werden dafür sorgen. Andererseits werden aber die Schranken, die einer rücksichtslosen Preisausnutzung des in Frage kommenden Landes durch die Eigentümer jetzt noch entgegenstehen, mit Friedensschluß zum großen Teile fallen. Vielfach sind Pachtverträge mit niedrigen Preisen für die Kriegsdauer abgeschlossen, die dann hinfällig werden, und ganz allgemein wird dann der moralische Zaun fallen, den jetzt doch der Ernst des Krieges der Preistreiberei anlegt. Es ist also dringende Gefahr vorhanden, daß nach Kriegsbeendigung große Preiserhöhungen des für die städtische und gewerbliche Bevölkerung benötigten gärtnerischen — und landwirtschaftlichen Geländes eintreten. Daß sich eine lebhafte Spekulation entwickelt und das die jetzigen schönen Anfänge durch eine unheilvolle Entwicklung in der Zukunft wieder weggespült werden. Das darf aber nicht geschehen und dagen muß jetzt schon Vorsorge getroffen werden.e Abhilfsmittel stehen ja auch mancherlei zur Verfügung, z. B. die dauernde Ueberführung von möglichst viel Land durch Ankauf usw. in öffentliche und gemeinnützige Hände, planmäßige Vereinbarungen mit den Eigentümern über Preise und Verpachtung des Landes usw. für längere Zeit durch die Gemeindeverwaltungen und andere Stellen von Einfluß und Erfahrung, ebenso auch Verpachtung größerer Landflächen durch die Gemeinden auf längere Zeit. Auch die dauernde Aufnahme der Kleingartenkolonien in die Bebauungspläne und überaaupt die entsprechende Gestaltung der Bebauungsbestimmungen ist berufen eine Rolle zu spielen. Endlich kommen auch die Festsetzung von Höchstpreisen und dergleichen auf Grund der vom Bundesrat in der Kriegszeit erlassenen Verordnungen in Betracht. Auf alle Fälle muß beizeiten ein Damm errichtet werden, um das so schön begonnene Werk der Wiederannäherung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung an den Boden zu sichern und ihm eine weitere Entfaltung möglich zu machen.

Neues Pester Journal
21./IV. 1917
201

(Die staatliche Kunstdüngerfabrik und die Fabriksindustriellen.) In der gestern unter dem Vorsitz Dr. Franz Chorin's abgehaltenen Direktionssitzung der Fabriksindustriellen brachte Dr. Albert Hirsch die Angelegenheit der unter staatlicher Mitwirkung zu schaffenden Kunstdüngerfabrik zur Sprache. Er sieht in der Mitwirkung des Staates an einer solchen Gründung eine Verletzung der Industrieinteressen, eine Negligirung der Privatindustrie. Das neue Unternehmen werde mit den Steuergeldern und dem staatlichen Einfluß der ungarischen Industrie Konkurrenz machen. Er beantragt, gegen dieses Vorgehen energische Stellungnahme. Baron Adolf Kohner gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß man mit Staatsgeldern und staatlichem Einfluß den vorhandenen legitimen Unternehmungen den Markt entreißen wolle. Er ist gleichfalls für eine Stellungnahme gegen dieses Vorhaben. Derselben Ansicht geben auch Dr. Lorand Hegedüs und Béla Rechnitz Ausdruck. Nachdem noch Dr. Franz Chorin auf die der Privatindustrie durch die staatliche Konkurrenz drohende Gefahr hingewiesen, wurde beschlossen, die Bedenken der Fabriksindustriellen der Regierung zur Kenntniß zu bringen.

Frankfurter Zeitung

21./IV. 1912.

202

Schutz des bäuerlichen Bodens?

Unser Leitartikel vom 13. d. Mts., der nach der Osterbotschaft des Kaisers die Absetzung des Fideikommißgesetzentwurfs von der Tagesordnung des Preußischen Landtags forderte, hat der „Deutschen Tageszeitung" nicht gefallen. Das war zu erwarten; die Freude des großagrarischen Blattes über diesen Gesetzentwurf, der die Fideikommißfrage noch schnell vor der Neuorientierung, mitten während der entscheidenden Schlachten des Weltkrieges, zu Gunsten der Feudalität und des Großkapitals gegen den Bauern und sein Bodenbedürfnis erledigen soll, ist zu bekannt und zu begreiflich, als daß es sich lohnte, sich damit nochmals zu befassen. Nur gegen eine geflissentlich immer wiederholte Irreführung des Bündlerblattes müssen wir uns wenden. Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet auch heute noch, daß die Bestimmungen des Gesetzes über Stammgüter gerade einen „Schutz des bäuerlichen Bodens gegen Aufsaugung bezwecken und darstellen", und sie sucht damit der bäuerlichen Bevölkerung die Gefahr, die ihr von dem Fideikommißgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung droht, zu verhüllen. In Wahrheit sind sich heute alle Sachkenner darüber einig, daß auch derjenige Teil des Fideikommißgesetzentwurfes, der von den Stammgütern handelt, für den bäuerlichen Besitz kein Schutz ist, weil die Bauern aller Voraussicht nach von diesen Bestimmungen so gut wie gar keinen Gebrauch machen werden, daß aber andererseits auch diese Bestimmungen über die Stammgüter von dem Großbesitz sehr leicht gegen den Bauern mißbraucht werden können und daß deshalb die Gefahr des Fideikommißgesetzes für den Bauern dadurch noch aufs äußerste verschärft wird.

Es mag nützlich sein, diese Urteile nochmals anzuführen. So hat Professor Max Weber im Ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 1. März d. Js. geschrieben:

> Je kleiner das Fideikommiß desto kapitalsärmer und schlechter die Wirtschaft des Besitzers, dem ja die Unterlage für den persönlichen Betriebsbesitz fehlt. Als wahre Mißgeburten haben sich daher überall die Bauernfideikommisse bewährt. Tüchtigkeit als Landwirt vererbt sich nicht mechanisch auf einen durch Gesetz oder Statut bestimmten und oft überhaupt auf keinen Sohn. Die Einführung von Stammgütern durch den Entwurf für selbständige Bauerngüter ist daher lediglich ein Feigenblatt für den eigentlichen Zweck: die Schaffung von Parvenu-Adel. Unglaublicherweise scheint aber ein Teil der Zentrumspartei in diese plumpe Falle zu gehen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Böhme, der Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, schreibt schon Ende Januar d. Js. im „Deutschen Kurier" über die Frage der bäuerlichen Stammgüter:

> Es ist keine Rede davon, daß innerhalb des Bauernstandes selbst ein lebhaftes Interesse nach einer solchen Regelung durch die Gesetzgebung vorhanden ist. Ganz besonders aber nicht im gegenwärtigen Augenblick. Im allgemeinen entspricht schon die heutige Gesetzgebung, die Bestimmungen über die Höferolle, die Sitte des Anerbenrechts, den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung in ausreichender Weise . . Einer besonderen Gesetzgebung in Verbindung mit dem Fideikomißgesetz bedarf es deshalb nicht. Eine dahingehende Bewegung innerhalb des Bauerntums ist nicht vorhanden, eher dürfte das Gegenteil der Fall sein.

Am schärfsten aber hat sich Geheimrat Sering in der „Täglichen Rundschau" über diesen angeblichen Schutz des bäuerlichen Bodens durch die Stammgutsbestimmungen ausgesprochen.

Professor Sering wies darauf hin, daß Stammgutsstiftungen, wie der Entwurf sie vorsieht, niemals bäuerliches Recht gewesen sind und daß auch nicht anzunehmen sei, daß Bauern in nennenswertem Maße von solcher ihnen gebotenen Gelegenheit Gebrauch machen würden. „Also den bäuerlichen Besitz zu festigen, sind die Stammgüter völlig ungeeignet. Umsomehr werden die Stammgutsstiftungen beim Großgrundbesitz in Aufnahme kommen; sollen sie doch bis zur oberen Grenze von nicht weniger als 20 000 Mark Reinertrag und bei Zukauf von Land noch darüber hinaus zulässig sein. Diese Grenze umfaßt den weitaus größten Teil aller unserer Rittergüter. Tatsächlich unterscheiden sich von den Fideikommissen die Stammgüter des Entwurfes hauptsächlich nur dadurch, daß die Vorkehrungen gegen Mißbrauch und soziale Schädigungen fehlen oder abgeschwächt sind. Hier ist also die breite Brücke gebaut, auf der die reich gewordenen Kriegslieferanten den Einzug in das gelobte Land des befestigten und demnächst adligen Grundbesitzes halten werden. Ich empfinde die Bestimmungen über Stammgüter wie einen Schlag für alle diejenigen, denen es auf die Mehrung und Festigung des ländlichen Kleinbesitzes ankommt. Wer es gut meint mit der Bauernschaft und der Ansiedlung von Kriegsinvaliden, muß die vollständige Beseitigung dieser Bestimmungen fordern.

Geheimrat Sering fordert dann umgekehrt einen positiven Schutz der Bauerngüter, von denen jetzt zehntausende von Höfen des Wirtschafters beraubt und dem Ankauf durch das Großkapital preisgegeben sind: er verlangt als Mittel dafür, wie das auch vorher schon in der „Frankfurter Zeitung" angeregt worden war, die Einräumung des Vorkaufsrechtes an die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften der inneren Kolonisation.

Dies die Urteile von drei Fachkennern über den angeblichen „Schutz des bäuerlichen Bodens" durch die Stammgutsbestimmungen. Wir haben nicht gesehen, daß diese Aeußerungen irgendwo widerlegt worden wären, ebensowenig sind uns ernsthafte Ausführungen zu Gunsten der Stammgutsbestimmungen während der ganzen Zeit seit der Veröffentlichung des Gesetzentwurfes zu Gesicht gekommen. Wir sind gespannt, wie lange die „Deutsche Tageszeitung" es noch wagen wird, angesichts solcher vernichtenden Urteile über diesen Teil des Fideikommißgesetzentwurfes noch weiter von dem „Schutz des bäuerlichen Bodens" gerade durch diese Bestimmungen zu reden. „Wer es gut meint mit der Bauernschaft, muß die vollständige Beseitigung dieser Bestimmungen fordern." Mit dem „Feigenblatt" zusammen ist dann aber der ganze Entwurf im Sinne einer wirklich bauernfreundlichen, bauernschützenden Agrarpolitik gerichtet.

Frankfurter Zeitung

21./IV. 1917.

Forderungen des bayerischen Landwirtschaftsrates.

München, 18. April. In der Vollversammlung des baerischen Landwirtschaftstages wurde zunächst die Bildung eines kriegswirtschaftlichen Ausschusses zur raschen Erledigung dringender Fragen kriegswirtschaftlicher Natur beschlossen, der nach Bedarf zusammentritt. Gegen die Senkung der Viehpreise wurde als schwere finanzielle Schädigung der Landwirtschaft aufs entschiedenste Einspruch erhoben. Um die Wirkung der Herabsetzung der Viehpreise zu mildern, bedürfe es, wenn nicht eine weitgehende Milch- und Fettnot im nächsten Winter eintreten soll, einer ausreichenden Heraufsetzung der Milchpreise. Wegen der Herabsetzung der monatlichen Brotgeteidemengen für die Selbstversorger von 9 auf 6½ Kilogramm wird eine ungesäumte Nachprüfung verlangt. Auf jeden Fall müsse wenigstens für die Erntezeit den landwirtschaftlichen Arbeitern die erhöhte Fleischration wirklich gewährt werden können. Die Schaffung eines Ersatzes durch erhöhten Verbrauch von Milch und Butter durch die landwirtschaftliche Bevölkerung müsse erleichtert werden. Alle landwirtschaftlichen Arbeiter seien während der Bestell- und Erntezeit als Schwer- bezw. Schwerstarbeiter zu erklären. Für die Erntezeit sei den Landwirten das bisherige Quantum Bier zur Verfügung zu stellen. Bezüglich der Gerstenernte 1917 wird beantragt, daß Qualitätszuschläge zulässig sein sollen, und daß den Landwirten die Möglichkeit bleibt, eine gewisse Mindestmenge der eigenen Gerstenerzeugung, wenigstens aber die eigene Produktion bis 20 Zentner im eigenen Betriebe zu verwenden. Vor allem sei auch der in Bayern übliche Haustrunk in Bier für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Da die Durchführung dieser Maßnahmen praktisch auf die allergrößten Schwierigkeiten stoßen wird, wird eine möglichst weitgehende Ueberlassung von Hafervorräten aus militärischen Beständen für die Zivilbevölkerung gefordert.

Die Zeit
22./IV. 1917.

205

Quedenwurzeln als Futtermittel.

Amtlich wird verlautbart: Jetzt, da die Heranziehung des letzten Haferkorns zur Saat und zur menschlichen Ernährung in vielen Gegenden eine harte Notwendigkeit darstellt, ist es die Pflicht aller, dahin zu wirken, daß die Quedenwurzeln nicht mehr wie bisher nach ihrer Beseitigung aus dem Acker vernichtet werden. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit wird es sich empfehlen, bei der Einsammlung der Quedenwurzeln aus dem Acker die trockenen Tage zum Einsammeln, die Regentage zum Abtransport und zur Reinigung zu benützen. Wo die Verfütterung im eigenen Betrieb nicht zweckmäßig erscheint, kann durch Ablieferung der gewaschenen und gebündelten Wurzeln, die zum Preise von 25 Kronen pro 100 Kilogramm lufttrockene Ware übernommen werden, eine lohnende Einnahmsquelle geschaffen weren. Die Uebernahmsstellen, die von der Hauptsammelstelle beim k. k. Amt für Volksernährung (Wien, 1. Bezirk, Trattnerhof Nr. 1) in ganz Oesterreich eingerichtet werden, nehmen ihren Betrieb in kurzer Zeit auf.

Reichspost
24./IV. 1917
206

An die Großgrundbesitzer Oesterreichs.

Von Gutsbesitzer **Anton Weimar**, Mitglied des Ernährungsrates.

Um die Verpflegung der Bevölkerung namentlich in den Städten und Industrieorten sicherzustellen, müssen alle Möglichkeiten der Produktion rechtzeitig ausgenutzt werden. Um einer Knappheit in den billigen Lebensmitteln insbesondere in den letzten Monaten vor der Verbrauchsfähigkeit der neuen Ernte vorzubeugen, muß eine großzügige Förderung der Gemüsezucht eintreten, weil die rasch reifenden Ergebnisse des Gartenbaues am schnellsten und besten etwaige Lücken ausfüllen können. Die kolossalen Importe von Gemüsen aller Art im Vorjahre haben uns den Weg gewiesen. Es ist nicht einzusehen, warum wir nicht imstande sein sollen, den Großteil unseres diesbezüglichen Bedarfes selbst zu erzeugen.

Manches ist in dieser Hinsicht schon eingeleitet. Die Aufforderung an die Bevölkerung, Gemüse für den eigenen Bedarf zu bauen, ist stellenweise von Erfolg begleitet gewesen. Auch die berufsmäßige Gemüsegärtnerei bemüht sich, soweit dies mit den reduzierten Kräften möglich ist, den Bedarf zu decken. Aber den kommenden außerordentlichen Anforderungen können nur außerordentliche Anstrengungen genügen. Es müssen Kreise für den Gemüsebau im großen herangezogen werden, welche bisher dieesr Produktionsform fernegestanden sind. Von der bäuerlichen Bevölkerung ist in dieser Beziehung, außer wo der Gemüsebau schon eingeführt ist, wenig zu erwarten. Der Kleingrundbesitzer erzeugt wohl das ihm selbst notwendige Gemüse, aber es mangelt ihm der geeignete Grund, die Arbeitskraft und wohl auch die Kenntnis, um diesen Betrieb zu entwickeln. Diese Voraussetzungen treffen dagegen zu beim größeren und großen Grundbesitzer, dessen Wirtschaftsplan durch die Zuweisung einzelner Parzellen für Gemüsebau kaum gestört wird. Die großen Opfer, welche der Großgrundbesitz in dieser Kriegszeit schon willig auf sich genommen hat, lassen es nicht zweifelhaft erscheinen, daß dieser Stand ausnahmslos und überall, wo es klimatische und Bodenverhältnisse erlauben, sich freudig in den Dienst dieser für die Volksernährung so wichtigen Sache stellen wird.

Aber ein Hindernis müßte beseitigt werden, das den Gemüsebau bei den größeren Grundbesitzern derzeit unmöglich macht, nämlich der Mangel an Gärtnern.

Wie alle anderen, sind auch die Gärtner bis fünfzig Jahre eingerückt, und an ihre Stelle traten ihre Frauen oder sonstige ungelernte Personen. Mit Nichtfachleuten läßt sich aber Gemüsebau im großen nicht treiben. Erkundigungen an maßgebenden Stellen lassen es nicht zweifelhaft erscheinen, daß dort volles Verständnis für die ganz außerordentliche Wichtigkeit der angeregten Maßregel herrscht und auch die Geneigtheit besteht, Enthebungsgesuche um Gärtner der Betriebe des größeren und Großgrundbesitzes sowie der gewerblichen Gemüsegärtnerei zu bewilligen. Möge insbesondere der Großgrundbesitz die Tragweite dieser volkstümlichen Aktion begreifen, eiligst darangehen, jeweils einige Hektar geeigneter Böden aus dem Anbauplan der Sommerfrüchte auszuscheiden, und sich sofort um den etwa eingerückten Gärtner bewerben. Ebenso sollen andere Grundbesitzer, welche über genügende Flächen verfügen und diese gärtnerisch zu verwerten sich verpflichten, um die Zuweisung von Gärtnern aus den Gefangenenlagern sich bemühen. Diejenigen Großgrundbesitzer, die ihrem Gärtner Hilfskräfte für den Anbau größerer Flächen sichern wollen, werden mit russischen und serbischen Gefangenen nicht schlecht fahren. Alle solche Gesuche müßten jedoch die bindende Zusage enthalten, daß eine angemessene Fläche mit Mairüben, Kraut, Kohl, Kohlrüben, Möhren usw. bebaut werden wird. Die Sämereien werden im Wege des Ernährungsamtes erhältlich sein.

Die Gesuche sind individuell zu stellen d. h. sie haben auf den bestimmten Mann zu lauten und sind vom Grundbesitzer oder Betriebsbesitzer einzubringen und zwar im Wege der Gemeinde, in welcher der Gärtner seine Tätigkeit ausübt oder den Sitz seiner Tätigkeit hat. Selbständige Gesuche von solchen Personen, die als Angestellte eines anderen für die Enthebung in Frage kommen, werden nicht angenommen. Es muß also immer der Unternehmer bezw. Brotherr ansuchen. Dieser bekommt vom Gemeindevorstand eine Bescheinigung, worin die Tatsache der Einbringung bestätigt wird. Wenn eine Abwartebewilligung notwendig ist, so ist darum auf Grund der Bescheinigung bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft anzusuchen, die dann darüber zu entscheiden hat. Irrtümlich oder an unrechter Stelle eingebrachte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Es ist eine Ehrensache, mehr eine Pflicht der größeren Grundbesitzer, in diese Aktion einzutreten, um ihre enthobenen Gärtner, unter Angabe der zum Gemüsebau bestimmten Fläche, rechtzeitig, d. h. sofort anzusuchen, u. zw. im Wege der Gemeinde, um dann mit Hilfe der geschulten Leute möglichst viel und schnell zu produzieren. Der Grundbesitz wird sich ein ausschlaggebendes Verdienst um unser gutes, geduldiges Volk erwerben, wenn es ihm durch Energie und guten Willen gelingt, auf dem Gebiete des Gemüsebaues Bedeutendes zu leisten, das Durchhalten zu erleichtern und damit den Endsieg zu sichern.

Kölnische Zeitung
24./IV. 1917

207

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Beschaffung der Saatkartoffeln.

Die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz teilt uns mit:

Infolge der geringen Ernte ist die Beschaffung der erforderlichen Saatkartoffeln mit großen Schwierigkeiten verknüpft, besonders da sich der Bedarf der Rheinprovinz an Saatkartoffeln aus dem Osten auf so hohe Mengen herausgestellt hat, die nicht vorauszusehen waren. Es sind seitens der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz alle möglichen Bemühungen aufgewandt worden, wenigstens die unbedingt erforderlichen Mengen zu beschaffen, und sind aus den Überschußprovinzen des Ostens bis jetzt 1 200 000 Zentner zugesagt worden.

Wenn damit auch nicht der volle Bedarf gedeckt ist, so ist doch anzunehmen, daß auch für die in der letzten Zeit noch eingegangenen Nachforderungen wenigstens zu einem gewissen Teil sich Deckung wird schaffen lassen, sobald die Mieten im Osten geöffnet sind und die vorhandenen Vorräte sich bestimmt feststellen lassen. Die Heranschaffung solch großer Mengen erfordert natürlich längere Zeit, und muß damit gerechnet werden, daß die Lieferung und damit die Anpflanzung der Kartoffeln etwas später erfolgt, als dies bisher in der Rheinprovinz erfolgen konnte. Durch den anhaltenden starken Frost konnte eine frühere Lieferung nicht in die Wege geleitet werden ohne Gefahr für Erfrieren der Kartoffeln. Nachdem jetzt auch in den östlichen Provinzen weiches Wetter eingetreten ist, hat man überall mit dem Verladen begonnen, und ist Vorsorge getroffen, daß ganz besonders die Frühkartoffeln so schnell als möglich verladen werden und die Spätkartoffeln in möglichst kurzer Zeit folgen; irgendwelche Verzögerung durch langsame Gestellung von Waggons, die allgemein befürchtet wurde, ist bis jetzt nicht vorgekommen, und ist damit zu rechnen, daß sich heute schon zirka 1000 Waggons unterwegs befinden.

Nach den eingegangenen Berichten haben im Osten die eingemieteten Kartoffeln durch den ausnahmsweise starken und anhaltenden Frost auf vielen Gütern gelitten, das Aussortieren ist bei den mangelnden Arbeitskräften und der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit nicht immer so möglich, als wie es im Interesse einer ordnungsmäßigen Lieferung geschehen sollte. Es ist deshalb bei der Abnahme etwas Nachsicht erforderlich, und erscheint es daher zweckmäßig, bei geringfügigen Mängeln lieber auf berechtigte Ausstände zu verzichten, als durch viele Beschwerden und Verweigerungen den Lieferanten die Ausführung der Aufträge zu erschweren und dadurch die gesamte Lieferung zu verzögern oder unmöglich zu machen. Bei genügendem Entgegenkommen, sowohl von seiten der Lieferanten im Osten sowie auch der hiesigen Empfänger, und möglichster Sparsamkeit bei der Aussaat ist zu erwarten, daß die heranzuschaffenden Mengen Saatgut ausreichen und, wenn auch infolge der kalten Witterung etwas verzögert, so doch noch rechtzeitig zur Saat eintreffen.

Hamburger Fremdenblatt
24./IV. 1917

209

Hamburgs Versorgung mit Saatkartoffeln.

Von den Landherrenschaften wird uns geschrieben: „Es besteht vielfach die Auffassung, daß durch die Landherrenschaften, denen die Vermittlung von Saatkartoffeln für das hamburgische Staatsgebiet obliegt, die Einfuhr von Saatkartoffeln gehindert worden und dadurch die Versorgung Hamburgs mit Saatkartoffeln beeinträchtigt sei. Diese Meinung geht jedoch von falschen Voraussetzungen aus. Die Versorgung mit Saatkartoffeln ist gemäß der Bundesratsverordnung vom 16. November 1916 dahin geregelt, daß einem jeden Bundesstaat ein bestimmtes Kontingent zugewiesen ist und zwar mit der Maßnahme, daß ein jeder Zentner Saatkartoffeln, der in diesem Bundesstaat von irgend jemand eingeführt wird, auf dieses Kontingent angerechnet wird. Das Reich hat ferner die Landwirtschaftskammer für Mecklenburg angewiesen, die das Kontingent für Hamburg darstellende Menge Kartoffeln zu liefern. Hieraus folgt, daß die hamburgischen Behörden nicht ohne weiteres jedermann erlauben können, Saatkartoffeln einzuführen. Die Erlaubnis kann vielmehr immer nur unter der Bedingung geschehen, daß die einzuführenden Kartoffeln nicht auf das hamburgische Kontingent zur Anrechnung gebracht werden. Denn andernfalls würde die Versorgung aller übrigen hamburgischen Erzeuger zugunsten des Einführenden gekürzt werden. Einfuhrscheine mit der Bedingung, daß die eingeführten Mengen nicht auf das hamburgische Kontingent angerechnet werden, werden von den Landherrenschaften jedermann erteilt, der glaubwürdig darlegen kann, daß er tatsächlich Kartoffeln einzuführen in der Lage ist. Handelt es sich um große Mengen, so haben die Landherrenschaften fernerhin die Bedingung daran geknüpft, daß die Sendungen zunächst ihnen zur Verfügung zu stellen sind. Dies geschieht, damit die Landherrenschaften nötigenfalls einen Teil der Sendungen für die allgemeine Verteilung in Anspruch nehmen können, damit nicht ein einzelner übermäßig bevorzugt wird. Nur für die Einfuhr aus Mecklenburg haben die Landherrenschaften stets sehr ungern Einfuhrgenehmigungen erteilt, weil die mecklenburgischen Behörden die Landherrenschaften halten wissen lassen, daß sie Aufkäufe außerhalb des Kontingents nicht dulden würden.

Noch ein weiterer Grund erschwert die Einfuhr von Saatkartoffeln durch Privatpersonen, nämlich der Umstand, daß jeder eingeführte Zentner Saatkartoffeln außerdem auf die in den hamburgischen Staat eingeführten Speisekartoffeln in Anrechnung gebracht wird. Jede Einfuhr durch einen einzelnen kürzt also auch noch die allgemeinen Speisekartoffelrationen.

Das vom Reich für Hamburg festgesetzte Kontingent Saatkartoffeln wird voll geliefert werden. Die Schwierigkeiten in der Versorgung Hamburgs mit Kartoffeln beruhen darin, daß das Kontingent trotz aller hamburgischen Vorstellungen vom Reich nicht in ausreichender Höhe festgesetzt werden konnte."

Vossische Zeitung

25./IV. 1917

210

Einschaltung der Getreidehändler?

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Der Leiter des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, zeigt auch der Kaufmannschaft gegenüber seine ihm im allgemeinen nicht abzusprechende Vorurteilslosigkeit, die bei dem Aufbau unseres Kriegswirtschaftssystems leider nicht geherrscht und zu den Mißgriffen und Mißerfolgen viel beigetragen hatte. Durch die sofortige Wiedereinschaltung des kaltgestellten Großhandels ist, so lange der Krieg dauert, nichts wieder gut zu machen. Man hat, statt die Kaufleute zu organisieren, und ihre wertvollen Leistungen und Erfahrungen dem Staate und der Volksversorgung dienstbar zu machen, aus Beamten und vielfach unerfahrenen Helfern die Kriegsgesellschaften errichtet. Es sind ihnen wohl auch Kaufleute beigeordnet, allermeist aber in dienenden, nicht in den ausschlaggebenden Stellungen, und so ist das, was kommen mußte, gekommen. Man suchte durch Verordnungen zu erreichen, was nur durch richtige Gewinnabmessungen der einzelnen Produkte zueinander zu ermöglichen war, man zog nicht die gewaltige Ernährungkonkurrenz zwischen Mensch und Tier unter jetzigen Verhältnissen in Betracht, und glaubte die wahre Weisheit darin gefunden zu haben, daß man die Preise des Getreides, besonders des Brotgetreides, nur um die Hälfte des Friedenspreises erhöhte, während man die Preise des Fleisches um das Vier- und Fünffache steigen ließ. Der dadurch erweckte Tri die Fleischerzeugung möglichst hochzuhalten, war die Hauptursache für alle die trüben Erfahrungen, die wir bisher mit dem Verschwinden unserer Ernten, gleichgültig, ob sie für die einzelnen Feldfrüchte groß oder klein waren, gemacht haben und noch täglich machen

Es ist schwer, wenn nicht unmöglich, während der Kriegszeit die einmal durchgeführte Organisation umzustoßen, und man wird auch dem jetzigen Leiter der Kriegsernährungswirtschaft, der ohnehin nicht omnipotent ist, kaum einen Vorwurf daraus machen können, daß er nur mit den einmal vorhandenen Organen rechnen und wirtschaften kann. Immerhin ist ihm die Erkenntnis nicht abzusprechen, daß er den Wert des kaufmännischen Beirats anerkennt, und daß er für solchen mehr als vorher gesorgt hat. Aber auch der gute Wille, die fast vollständig kalt gestellten Kaufleute wieder heranzuziehen, zeigt sich jetzt, mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. Die Handelskammern sind aufgefordert, anzugeben, wieviel Kaufleute des Getreide- und Produktenfaches unbeschäftigt sind, und die Firmen werden in diesen Tagen entsprechende Fragebogen auszufüllen erhalten, die die Unterlage für die Entschließungen geben sollen. In der Hauptsache handelt es sich um die Händler der großen Städte, da die der Provinzstädte meist als Ober- und Unterkommissionäre, Verteiler etc. zu erheblichem Prozentsatz im Dienste der Gesellschaften beschäftigt sind und guten, teilweise reichlicheren Verdienst als im Frieden haben. Die Absicht geht dahin, die Kaufleute der Großstädte in irgend einer Weise bei der demnächst erfolgenden Neuregelung des Wirtschaftsdienstes für das neue Erntejahr einzuschalten. Ob und in welcher Weise das gelingen wird, ist bis jetzt nicht erkennbar.

Für die wachsende Erkenntnis, daß es ohne den Handel nicht geht, hat übrigens auch die letzte Woche einige Beispiele gebracht. So war bekanntlich den Sämereifirmen der Handel in Saathülsenfrüchten nur in der Weise gestattet, daß sie in Abhängigkeit von landwirtschaftlichen Genossenschaften und diesen untergeordnet den Vertrieb ausführen durften; wogegen sich die Händler sträubten. Es machte sich dies ganz besonders für den Umsatz in Wicken und Lupinen, gerade in diesem Jahre zwei der wichtigsten Anbaufrüchte für unsere Landwirte, fühlbar. Die Folge war, daß die Verbraucher in höchst unregelmäßiger Weise ihren Bedarf decken konnten. Man hat nunmehr den direkten Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern den Samenhändlern wieder freigegeben und damit ihrem Widerstreben, sich unter die Aufsicht der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu stellen, Rechnung getragen.

Auch beim Hafer zeigt sich ein ähnlicher Versuch, mit Hilfe des Handels wenigstens bei einem Teile des Verkehrs in diesem Artikel geordnete Verhältnisse zu schaffen. Seitdem das Saathafergeschäft in Gang gekommen war, hat das Angebot von Hafer für die Nährmittelfabriken fast ganz aufgehört, so daß diese Mangel an Rohmaterial hatten. Die Ursache war, daß für Saathafer wesentlich höhere Preise als für Industriehafer bezahlt werden durften. Die Reichsmittelfutterstelle glaubte Abhilfe dadurch zu schaffen, daß sie darauf aufmerksam machte, daß alle nicht wirklichen Saatgutwirtschaften nur den gewöhnlichen Höchstpreis des Futterhafers für Saatware nehmen durften. Die Folge war, daß nur noch die für die höheren Saatpreise berechtigten Wirtschaften mit Angebot von Saatware herauskamen, daß diese knapper wurde, ohne daß Industriehafer dadurch mehr herausgekommen wäre. Jetzt hat man den Preiszuschlag für Kommissionär und Handel zum Erzeugerhöchstpreis des Industriehafers erhöht, in der Hoffnung, daß es den Händlern gelingen wird, mehr Material für die Nährmittelindustrie zu schaffen. Daß dies gelingen wird, solange das Saatgeschäft mit seinen wesentlich höheren Preisen noch anhält, bleibt aber zweifelhaft. Man hat die Preise für Industriehafer wohl im Verhältnis zum Futterhafer, nicht aber zum Saathafer reguliert, und da bei den diesmaligen meist schönen Haferqualitäten die Mehrzahl der Verkaufsware sich zu Saatzwecken eignet, so besteht bei den Erzeugern eine erklärliche Abneigung, ihre Ware für den mit dem billigeren Preise bedachten Zweck herzugeben. Allerdings ist der Höchstpreis für Futterware noch niedriger als für den Nahrmittelhafer, aber der Futterhafer ist zwangsweise abzuliefern und bis jetzt sind die davon erfaßbaren Mengen durchaus nicht im Verhältnis zu der großen Ernte gewesen.

Pester Lloyd
25/IV. 1917

212

(Die Höchstpreise für Getreide und Industrieerzeugnisse.) In der heute unter dem Vorsitz des Magnatenhausmitgliedes Alexander v. Bujanovics gehaltenen Direktionssitzung des Landes-Agrikulturvereins gelangte die Frage der nächstjährigen Getreidehöchstpreise zur Erörterung. Direktor Julius v. Rubinek legte den Beschluß des delegierten Preisbestimmungskomitees vor, wonach eine außerordentliche Verbandssitzung des Vereins einberufen werde, in der die Frage der Höchstpreise für Getreide und Industrieprodukte gemeinsam verhandelt werden soll. Der Ausschuß stimmte diesem Antrag zu und beschloß, diese Versammlung im Monat Mai zu halten. Direktor Rubinek unterbreitete sodann einen Beschlußantrag über die Getreidehöchstpreise und forderte deren Erhöhung in dem Maße, daß die effektiven Produktionskosten gedeckt erscheinen. Gleichzeitig müssen auf der ganzen Linie, zum mindesten aber bei den landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln Höchstpreise auch für Industrieprodukte fixiert werden. Wären diese Maßregeln gleichzeitig nicht durchzuführen, soll der freie Verkehr wieder hergestellt werden. Die Begründung dieses Antrages betont, daß auch im Vorjahre der Höchstpreis für Weizen um k 6 niedriger bemessen wurde, als es der Verein beantragt hatte. Nach den Bemerkungen des Geheimen Rates Ignaz Darányi, der Mitglieder Ernst Eber, Nikolaus v. Oßtroluczky und Gaston Gaál wurde der Beschlußantrag angenommen.

Die Zeit 25./IV. 1917

Die Weizen-Weltnot.

Die großen Produktionsgebiete, die durch große Ausfuhren die europäischen Konsumländer in normalen Zeiten versorgen, sind in Europa bekanntermaßen Rußland und Rumänien, überseeisch Australien, Kanada und Indien als offizielle Bezugsquellen Englands die Vereinigten Staaten von Amerika und Argentinien für alle anderen importbedürftigen Staaten in Europa. Der Bedarfsversorgung entsprechend verteilen sich die fertigen Ernten auf die beiden Jahreshälften, indem die Einheimsung von Australien mit Neuseeland und Argentinien in den Januar, von Ostindien in den Februar fällt, während alle sonstigen Erträgnisse aus in der mittleren Zone liegenden Gegenden sich auf die Monate Juni bis inklusive August ausdehnen. Im allgemeinen ist festzustellen, daß irgendwo auf der Erde in jedem Monat eine Ernte reif wird.

Wir gehen jetzt einer neuen Ernte entgegen, und da kann und soll nicht geleugnet werden, aus doppelten Gründen mit — großer Besorgnis. Zuerst werden allüberall die Bestände, die bis dahin erübrigen werden, ganz ungewöhnlich gering sein und kaum bis zur Gebrauchsfähigkeit neuer Produkte ausreichen. Zum zweiten ist die Witterung, ebenso allgemein, seit Wochen und Monaten so ungewöhnlich, daß zu jeder Voraussage der Ergiebigkeit nach optimistischer Richtung vorläufig jegliche Grundlage mangelt. Man muß sich angesichts der langen Kühle und unaufhörlichen Niederschläge oder anderer ungünstiger elementarer Zufälle lediglich an die Hoffnung klammern, daß doch endlich in Kürze der Sommer siegreich sein werde, ebenso um bisherige Schäden oder Verspätungen zu heilen, wie die heurige Produktion zu gutem Ende zu bringen. Nach den großen Ausfällen in den Kriegsjahren kämen günstige Ergebnisse im heurigen Jahre sehr zurecht und wären ganz besonders beiden Mittelmächten in den ihnen zur Verfügung stehenden eigenen und besetzten Territorien zu wünschen.

Zu den ersten Bedingungen der menschlichen Ernährung gehören Brotfrüchte, Kartoffeln und Fleisch und als Reserben Mais sowie die verschiedenen Nebenartikel, also alle Hülsenfrüchte, Hirse, Buchweizen (Heidekorn) u. dgl., ferner alle Obst- und Gemüsegattungen. In die vorderste Reihe ist seit Jahren Weizen gerückt, dessen Konsum und infolgedessen auch dessen Erzeugung in der gesamten Kulturwelt dementsprechend eine immer größere Ausdehnung erzielt hat. Die zweite Brotfrucht, Roggen (Korn), findet hauptsächlich in Norddeutschland Verwendung en masse, wenn aber Weizen und Roggen Minderausfälle liefern, wird und muß die Sommerfrucht Mais herangezogen werden, die sonst nur für Futter- oder industrielle Zwecke in Gebrauch genommen wird.

Die extremen Preise an den amerikanischen Börsen sind nicht allein der Ausdruck der gegenwärtigen Marktlage, sondern kennzeichnen nicht weniger die Zukunftsaussichten der Welternte, bei denen Oesterreich-Ungarn und Deutschland natürlich in Folge der Blockade drüben gar nicht in Betracht gezogen werden. Australien und Argentinien haben gelegentlich ihrer Ernte in den letzten Wochen in Weizen nicht viel über eine halbe Durchschnittsernte gewonnen, welch letzteres Land ja darum die Ausfuhr ebenso aber wohl auch, weil die Chancen für Mais (im Mai fällig) keine günstigen sind, verboten hat. Kanada leidet jetzt noch immer unter Frösten, und wenn seine Frühjahrsaussaat spät erfolgt, steht es vor der Gefahr, daß wegen früher Kälte seine Saaten nicht völlig reifen können. Bei alledem ist für die Bedarfsdeckung noch gar nicht in Betracht gezogen, daß die Ueberseebezüge für die europäischen Bedarfsstaaten wegen Mangel an Tonnage und der durch die Unterseeboote nicht bloß gefährdeten, sondern auch infolge hoher Frachten und Assekuranztarife enorm verteuerten Verschiffungen sehr problematisch sind. Nebstdem leiden Frankreich und England heuer unter für diese Westländer außergewöhnlich schlechtem Wetter, und die russische Ernte, von der noch wenig bekannt geworden ist, wurde zunächst für das eigene Land bereits beschlagnahmt. Ueberdies kann speziell England aus Mangel an Feldarbeitern und wegen früherer Verwandlung von Wiesen und Weiden zu Jagdgründen, trotz aller dahingehenden Anstrengungen, für diese Kampagne keine sonderliche Erhöhung seiner Produktion erreichen und bleibt mit seinem Mindestkonsum von 95 bis 100 Millionen Meterzentner Weizen auf fremde Zufuhren im Ausmaß von etwa 75 Prozent angewiesen. Wenn in den Vereinigten Staaten von Amerika der Frühjahrsweizen ebenso versagt wie nach den bisherigen Berichten der Winterweizen, so droht in den auf Zuflüsse von außen angewiesenen Ländern längstens im Herbst eine Versorgungskrisis. Nach den bisherigen Schätzungen verspricht der Winterweizen nicht mehr als 117 Millionen Meterzentner, gegen 131 im Vorjahre und durchschnittlich 180 Millionen Meterzentner in 1915 und 1914. Der Eigenverbrauch Nordamerikas beträgt etwa 170 Millionen Meterzentner, heuer wahrscheinlich mehr: der Frühjahrsweizen müßte also einen Ertrag von mindestens 58 Millionen Meterzentner liefern, um für die eigene Versorgung genügendes Material bereitzustellen. Im Durchschnitt der Jahre 1905 bis 1914 betrug das Ergebnis 65 Millionen Meterzentner Springweizen. Erwähnt sei noch, daß der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weizenweltversorgung in den Wirtschaftsjahren 1914/15 und 1915/16 63, beziehungsweise 40 Prozent betrug, einschließlich Kanadas sogar 77, beziehungsweise 81 Prozent! In Friedenszeiten braucht Europa 160 bis 170 Millionen Meterzentner fremden Weizen, und im Kriege wird der Zuschußbedarf sicher nicht weniger als 140 Millionen Meterzentner ausmachen, obwohl Deutschland als Käufer wegfällt.

In Oesterreich-Ungarn und Deutschland, die ausschließlich mit den eigenen Mitteln zu rechnen haben, geschieht seitens aller Zivil- und Militärbehörden zur Förderung der Feldarbeiten, zur Hebung der Produktion das möglichste. So dankenswert das anzuerkennen ist, so ist es doch wiederum nur selbstverständlich bei den großen Interessen, die in der heimischen genügenden Versorgung für das Durchhalten auf dem Spiele stehen. Da die Ernährungsorgane der Mittelmächte künftig besser Hand in Hand arbeiten werden, dürfte auch das eine vorteilhafte Vorbedingung für gegenseitige Aushilfe werden. Nach mehr als dreimonatigem strengen Winterwetter ist der Eintritt normalerer Witterung für den Felderstand ein dringendes Bedürfnis, denn weder können sich die Herbstsaaten, also die Brotfrüchte, sonst in gehöriger Weise entwickeln, noch können die umfangreichen Arbeiten für den ohnehin schon arg verspäteten Anbau der ebenso wichtigen Frühjahrsartikel durchgeführt werden.

Reichspost Abendbl
26./IV. 1917

Die Ernte der Schüler in Wien.

Der n.-ö. Landesschulrat hat folgende Zuschrift an Bgm. Dr. Weiskirchner gerichtet: „Aus den Mitteilungen der Bezirksschulinspektoren Wiens geht hervor, daß Schüler und Schülerinnen der Wiener Volks- und Bürgerschulen in den Jahren 1915 und 1916 mehr als 220.000 Quadratmeter bisher brachliegenden Bodens innerhalb des Weichbildes der Stadt Wien urbar gemacht und mit Gemüse, namentlich mit Kartoffeln, Kraut, Kohl und Bohnen, bepflanzt haben, wodurch im Jahre 1916 ein Ernteertrag von über 221.000 Kilogramm und 215.000 Einzelstücke von Gemüsen erzielt wurde. Eine solche für die körperliche Ausbildung und die staatsbürgerliche Erziehung der heranwachsenden Großstadtjugend überaus wichtige und schon in ihren äußeren Erfolgen sehr ersprießliche Betätigung der Schüler und Schülerinnen war aber nur möglich, weil die Gemeinde Wien auf die Initiative Eurer Exzellenz hin in opferfreudiger Weise diesen Zweig der Jugendfürsorge auf das tatkräftigste unterstützt und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln derart gefördert hat, daß die Pflege des Gemüsebaues durch die Wiener Schuljugend auch in Hinkunft als ständige Fürsorgeeinrichtung gesichert erscheint. Der n.-ö. Landesschulrat erachtet es daher für seine Pflicht, Eurer Exzellenz als dem Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für die so großzügig durchgeführte, dem Wohle der Schuljugend gewidmete Fürsorgetätigkeit auf dem Gebiete des Gemüsebaues im Stadtgebiete Wien den besonderen Dank des Landesschulrates auszusprechen und die Bitte daran zu schließen, auch weiterhin die Erziehungsarbeit der Schule tatkräftig zu fördern. Der Statthalter: Bleyleben m. p."

Reichspost
27./IV. 1917

Die Maispreispolitik der Kriegs-Getre deverkehrsanstalt.

Zu der von uns kürzlich gebrachten Mitteilung des schönen Maisgeschäftes einer Südtiroler Gemeinde (die Gemeinde, angeblich Auer bei Bozen, hatte auf bisher brachgelegenem Feld Mais angebaut, für das ihr die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt bei der Ablieferung den Höchstpreis von Kr. 28.— auszuzahlen erklärte, der dann, als die Gemeinde den Mais selber brauchte, ihr einen Maispreis von Kr. 49.20 aufrechnete!) geht uns folgende Darstellung der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt zu:

In den letzten Tagen sind durch die Zeitungen Notizen aus Tiroler Blättern gegangen, worin Beschwerde gegen die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt in der Richtung erhoben wird, daß sie den von den Landwirten um den Preis von Kr. 28.— per Meterzentner gekauften Mais den Mühlen, beziehungsweise Approvisionierungsstellen mit Kr. 49.20, ja in einem Falle sogar mit Kr. 60.— in Rechnung stelle. Die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt legt selbstverständlich größten Wert darauf, die Sache klarzustellen und richtet sonach an die geehrte Redaktion das Ersuchen, nachstehenden kurzen Darlegungen gefälligst Raum zu geben. Die Versorgung Tirols mit Mais erfolgt beinahe ausschließlich aus ungarischen Zuschüben. Dieser Mais wird der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt in der ungarischen Aufgabestation mit Kr. 57.— per Meterzentner angerechnet. In Tirol wird der Mais an die Approvisionierungsstellen, beziehungsweise Mühlen mit Kr. 59.04 abgegeben. Die Differenz von rund Kr. 2.— reicht selbstverständlich nicht aus, um die dazwischenliegenden Fracht- und sonstigen Spesen zu decken, so daß also aus dieser Anrechnung ein nicht unerheblicher Verlust für die Anstalt resultiert. Nun weisen vereinzelte Gemeinden in Tirol doch auch Ueberschüsse an Mais auf, die von der Zweigstelle der Anstalt um den vorgeschriebenen Preis von Kr. 28.— gekauft werden. Ein Unterschied zwischen dem Mahlprodukt aus ungarischem und aus im Lande gewonnenen Mais kann aber selbstverständlich nicht gemacht werden, da sonst Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet wäre, und es ergibt sich daher in vereinzelten Fällen (es handelt sich bisher im ganzen um 39 Wagen) in der Tat eine ansehnliche Spannung zugunsten der Anstalt, die indessen durch die oben erwähnten Verluste weitaus überwogen wird.

Wer nun diese letztere Preisdifferenz allein in Auge hat, der wird mit Recht geneigt sein, der Anstalt hieraus einen schweren Vorwurf zu machen. Und, wenn gar dieselbe Gemeinde, die Mais abgegeben hat, solchen wieder zu beziehen gezwungen ist, dann wird es doppelt schwer sein, dem Landwirte die Sache aufzuklären. Die Anstalt hat sich denn auch schon bemüht, in diesen Grenzfällen Erleichterung eintreten zu lassen. Leider ist die Formel hiefür nicht so leicht zu finden, da die Schwierigkeit im System der staatlichen Bewirtschaftung liegt. Dieses erfordert naturgemäß die Gleichheit des Mehlpreises für alle Nichtselbstbesorger, also gleichmäßige Aufteilung der durch die Auslandsbezüge erwachsenen Mehrkosten auf die gesamten zum Verkauf gelangenden Mahlprodukte, während anderseits die Selbstversorger von diesen Mehrkosten nicht getroffen werden. Wo nun die beiden Guppen, Selbstversorger und Nichtselbstversorger, aneinanderstoßen, da wird es immer Grenzfälle dieser Art geben, in welchen die Unbilligkeit, die jede künstliche Scheidung unvermeidlich mit sich bringt, verschärft zum Ausdrucke kommt. Die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt glaubt nach diesen kurzen Ausführungen der Notwendigkeit überhoben zu sein, auf die aus den einzelnen hier erörterten Beschwerden gegen die Gebarung der Anstalt im allgemeinen abgeleiteten Vorwürfe des Näheren eingehen zu sollen. Der Präsident: Schoncka.

*

Es ist durch vorstehende Darlegung wohl beiläufig erklärt, wieso es kommt, daß Maisproduzenten für ihr Produkt, wenn sie es an die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt abliefern, den Höchstpreis von 28 Kronen erhalten, aber 49 Kronen 20 Heller und mehr dafür zahlen müssen, wenn sie von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt Mais beziehen oder ihren eigenen Mais behalten wollen, aber erträglicher wird das Uebel, das nach Abhilfe schreit, dadurch, daß man seine Ursache (den ungarischen Maispreis und das „System der staatlichen Bewirtschaftung") kennt, durchaus nicht. Es mag schwer gehen und Kopfzerbrechen machen, aber es muß einfach gehen, daß man die Selbstversorger dafür nicht bestraft, daß sie erzeugen und sich selbst und andere versorgen. Ein „System", das eine Einschränkung der Lebensmittelproduktion zur Folge haben muß, statt sie in der nachdrücklichsten Weise zu fördern, kann unmöglich das richtige System sein, jetzt weniger denn je. Es gibt gar nichts Wichtigeres, Dringenderes, Notwendigeres als die Förderung der Produktion. Dem müssen alle anderen Rücksichten untergeordnet werden. Vor allem müssen die Mittel zum Leben beschafft werden. Wenn dies nicht gelingt, sind die schönsten Systeme für die Katz.

Fremdenblatt

Abendbl
27./IV. 1917

215

Preisbestimmungen für Saatkartoffeln.

Nach einer Verordnung des Ackerbauministeriums im Einvernehmen mit dem Amt für Volksernährung vom 15. d. kann für Kartoffeln der Besitzer auf Grund des der Kriegsgetreideverkehrsanstalt vorzulegenden Angebotes des Käufers außer dem mit der Verordnung vom 12 August 1916, R. G. Bl. Nr. 256, für überklaubte Kartoffeln festgesetzten Höchstpreise bis 15. Mai 1917 einen Zuschlag bis 5 Kronen für 100 Kilogramm beanspruchen.

Arbeiterzeitung
27./IV. 1917

216

Wie die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt amtiert.

Zu den Mitteilungen, die wir am 20. April veröffentlicht haben, erhalten wir von dem Präsidenten Schonka folgende Zuschrift:

„In der Arbeiter-Zeitung ist nach Tiroler Blättern die Beschwerde gegen die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in der Richtung erhoben worden, daß sie den von den Landwirten um den Preis von 28 Kronen für den Meterzentner gekauften Mais den Mühlen oder Approvisionierungsstellen mit 49·20 Kronen, ja in einem Falle sogar mit 60 Kronen in Rechnung stelle. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt legt selbstverständlich größten Wert darauf, die Sache klarzustellen, und richtet sonach an die geehrte Redaktion das Ersuchen, nachstehenden kurzen Darlegungen gefälligst Raum zu geben.

Die Versorgung Tirols mit Mais erfolgt beinahe ausschließlich aus ungarischen Zuschüben. Dieser Mais wird der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in der ungarischen Aufgabestation mit 57 Kronen der Meterzentner angerechnet. In Tirol wird der Mais an die Approvisionierungsstellen oder Mühlen mit 59·04 Kronen abgegeben. Die Differenz von rund 2 Kronen reicht selbstverständlich nicht aus, um die dazwischenliegenden Fracht- und sonstigen Spesen zu decken, so daß also aus dieser Anrechnung ein nicht unerheblicher Verlust für die Anstalt resultiert. Nun weisen vereinzelte Gemeinden in Tirol doch auch Ueberschüsse an Mais auf, die von der Zweigstelle der Anstalt um den vorgeschriebenen Preis von 28 Kronen gekauft werden. Ein Unterschied zwischen dem Mahlprodukt aus ungarischem und aus im Lande gewonnenem Mais kann aber selbstverständlich nicht gemacht werden, da sonst Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet wäre, und es ergibt sich daher in vereinzelten Fällen (es handelt sich bisher, im ganzen um 39 Wagen) in der Tat eine ansehnliche Spannung zu Gunsten der Anstalt, die indessen durch die obenerwähnten Verluste weitaus überwogen wird.

Wer nun diese letztere Preisdifferenz allein im Auge hat, der wird mit Recht geneigt sein, der Anstalt hieraus einen schweren Vorwurf zu machen. Und wenn gar dieselbe Gemeinde, die Mais abgegeben hat, solchen wieder zu beziehen gezwungen ist, dann wird es doppelt schwer sein, dem Landwirt die Sache aufzuklären. Die Anstalt hat sich denn auch schon bemüht, in diesen Grenzfällen Erleichterung eintreten zu lassen. Leider ist die Formel hiefür nicht so leicht zu finden, da die Schwierigkeit im System der staatlichen Bewirtschaftung liegt. Dieses erfordert naturgemäß die Gleichheit des Mehlpreises für alle Nichtselbstversorger, also gleichmäßige Aufteilung der durch die Auslandsbezüge erwachsenen Mehrkosten auf die gesamten zum Verkauf gelangenden Mahlprodukte, während andererseits die Selbstversorger von diesen Mehrkosten nicht getroffen werden. Wo nun die beiden Gruppen, Selbstversorger und Nichtselbstversorger, aneinanderstoßen, da wird es immer Grenzfälle dieser Art geben, in welchen die Unbilligkeit, die jede künstliche Scheidung unvermeidlich mit sich bringt, verschärft zum Ausdruck kommt."

Dazu ist zu bemerken, daß es für die Getreide-Verkehrsanstalt vielleicht notwendig sei, so zu rechnen, daß aber für die Landwirte und Gemeinden, die diese Rechnung trifft, die Sache natürlich unbegreiflich bleibt. Sie sollen den Mais, den sie nicht abgeliefert haben, der Verkehrsanstalt theoretisch verkaufen und ihn theoretisch von ihr wieder zurückkaufen und bei dem theoretischen Rückkauf einen beträchtlichen Nutzen bezahlen: daß sie das begreifen sollen, scheint uns wirklich zu viel verlangt und wir stimmen bei, „daß es doppelt schwer sein wird, den Landwirten die Sache aufzuklären".

Reichspost
28./IV. 1917

217

Wetter und Landwirtschaft.

Man schreibt uns:

Der Laie muß gegenwärtig, wenn er den verschiedenen Auslassungen in der gegnerischen Presse Glauben schenkt, unbedingt zur Ueberzeugung kommen, daß es keinen einzigen Erwerbszweig gibt, durch welchen sich mühloser Geld und Geldeswert verdienen läßt, als durch den Betrieb der Landwirtschaft. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint dies fast so, anders liegen allerdings die Verhältnisse, wenn die Sachlage objektiv beurteilt wird. Ein Umstand, welcher fast nie gewürdigt wird, ist der Einfluß der Witterungsverhältnisse auf den landwirtschaftlichen Betrieb. Das äußerst ungünstige Frühjahrswetter im heurigen Jahr bietet hiefür ein typisches Beispiel. Während in normalen Jahren Mitte März fast in allen Kronländern der Anbau begonnen hat und Ende März oder Anfang April fertig war, kann heuer hievon nicht die Rede sein. Die Anbauarbeiten schreiten heuer nur langsam fort und müssen vielfach unterbrochen werden, da eintretende Schneefälle und anhaltender Regen ein Arbeiten auf den Feldern unmöglich machen. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn behauptet wird, daß es noch Gegenden gibt, in welchen der Anbau überhaupt erst beginnen soll. Es ist daher gewiß nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß der n.-ö. Landeskulturrat gelegentlich seiner Stellungnahme gegen die Einführung der Sommerzeit, als einen der Gründe für die Berechtigung seines Standpunktes, eben auf den Umstand verwiesen hat, daß der Landwirt, infolge seiner Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen, sich an eine bestimmte Arbeitszeit nicht halten kann, sondern jede Minute ausnützen muß, wenn er den an ihn gestellten Forderungen gerecht werden will.

Frankfurter Zeitung

28./IV. 1917

218

Ein Aufruf des Bundes der Landwirte.

N Berlin, 27. April. (Priv.-Tel.) Mit einem Aufruf an die Landbevölkerung tritt der engere Vorstand des Bundes der Landwirte hervor. Es wird darin hervorgehoben, daß entsprechend der Kürzung der Brotration um 25 Prozent auch bei den Selbstversorgern eine Kürzung hat eintreten müssen, während eine Erhöhung des Fleischgenusses der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht gewährt werden konnte, da man annahm, daß ihnen ein Aequivalent durch die Hausschlachtungen schon gewährt sei. Diese Maßnahme sei dadurch veranlaßt worden, daß sich bei der letzten Bestandsaufnahme des Brotgetreides ein erheblicher Ausfall ergeben habe. Die Maßnahme drängte den leitenden Kreisen nach ihrer Angabe die Annahme auf, daß der Ausfall nur durch umfangreiches Verfüttern von Getreide entgegen den Bestimmungen veranlaßt sein könne. Dazu komme, daß auch der Gerstenbestand die Vermutung erweckt habe, daß größere Mengen Gerste in den Wirtschaften zur Verfütterung verwandt worden seien, als diesen zugestanden habe. Der Bund der Landwirte ist nun zwar überzeugt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung die gegebenen Verordnungen unbedingt eingehalten habe, sollten aber doch Landwirte die gegebenen Verordnungen überschritten haben, so sei das aufs äußerste zu beklagen. Durch ein solches Handeln würden diese Landwirte dazu beitragen, ihre Berufsgenossen in ein falsches Licht zu bringen und unschuldig schwersten Vorwürfen auszusetzen. Dann heißt es weiter in dem Aufruf:

„Die Not der Stadt ist sehr hoch gestiegen. Ein Teil der Bevölkerung ist wohl in der Lage, sich durch Schleichhandel Nahrungsmittel in größerem Umfange zu besorgen. Die große Menge aber hat diese Möglichkeit nicht und leidet daher schwer, da sie mit geringen Mengen auskommen muß, so auch diese oft nur schwer erstehen kann. Gerade die gegen festes Gehalt Angestellten und der Mittelstand leiden unter diesen Verhältnissen besonders."

Dann werden die Landwirte aufgefordert, sich durch keinerlei Anerbietungen zum Schleichhandel verführen zu lassen. Die Landwirte müssen auch die Verordnungen, ganz gleich, ob sie sie für berechtigt halten oder nicht, wie bisher streng durchführen. Mit reinem Gewissen müssen die Landwirte dastehen schon aus dem Grunde, weil die Landwirtschaft über den Krieg hinaus erhalten bleiben muß. Aus diesem Grunde müsse auch die Landwirtschaft mit dem Bewußtsein in die Friedenszeit hinübergehen können, ihre Pflicht getan zu haben, damit sie nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch moralisch erneut das Recht beanspruchen könne, den Schutz zu empfangen, der notwendig sei, um sie in Deutschland für alle Zeiten als die Grundlage unseres Staatswesens leistungsfähig und kräftig zu erhalten.

Neues Pester Journal 219
29./IV. 1917

Der Saatenstand und die landwirthschaftlichen Arbeiten.

Unterredung mit dem Ackerbauminister Ghillány.

Ackerbauminister Baron Ghillány empfing gestern einen unserer Redakteure, dem er sich über die Aussichten der neuen Ernte sowie über die im Zuge befindlichen landwirthschaftlichen Arbeiten folgendermaßen äußerte:

Auf die Frage, ob das rauhe Wetter großen Schaden anrichtete, antwortete der Minister:

Da zufolge des späten Frühjahrsanbruches die Vegetation kaum noch vorgeschritten ist, kann von einem Schaden nicht gesprochen werden, doch ist es zweifellos, daß das Wetter auf die Feldarbeiten störend einwirkte und die Eröffnung der Weiden ebenso verzögert, wie die von der Milchwirthschaft sehnlichst erwartete erste Heumahd, die vom Standpunkte der besseren Milchproduktion nöthig ist.

Erfolgten in der letzten Zeit Verfügungen, welche den Landwirthen das Wirthschaften erleichtern?

Während der vorigen Woche habe ich im Einverständniß mit dem Finanzminister aus dem gesperrten Spiritus 55,000 Hektoliter zu Zwecken der landwirthschaftlichen Arbeiten zu Maximalpreisen mit der Weisung zur Verfügung gestellt, daß diese im Verhältniß der bebauten Flächen von den Behörden an die Gemeinden vertheilt werden, wobei strenge darauf zu sehen ist, daß jeder Berechtigte in den Besitz des Spiritus gelange. Dies ist eine große Begünstigung für die Landwirthe, da sie auf diese Weise bei entsprechendem Preise zu dem für die landwirthschaftlichen Arbeiten unumgänglich nothwendigen Spiritus kommen, während der Spiritus angesichts der verminderten Produktion heute aus freier Hand überhaupt nicht erhältlich ist. Ebenso wurde während der letzten Woche das zur zweiten Besprengung nothwendige Kupfervitriol angewiesen, dessen Abtransport bereits im Zuge ist.

Kämpfen die Landwirthe mit großen Schwierigkeiten bei den Anbauarbeiten?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir bei der verminderten Anzahl des zur Verfügung stehenden Menschen- und Zugthiermaterials unsere Felder nur mit der größten Kraftanstrengung und einem vom patriotischen Gefühl durchdrungenen starken Willen bewirthen können, aber der ungarische Landwirth leistet auch auf diesem Gebiete seiner Pflicht Genüge und die Arbeit fließt, von den durch das ungünstige Wetter hervorgerufenen Hindernissen abgesehen, rüstig fort und steht nahe ihrer Beendigung.

Fremdenblatt

3./I. 1917

2

Die Versorgungsschwierigkeiten des Vierverbandes.

Die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte" berichtet über eine Unterredung ihres Sofioter Vertreters mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten und Minister des Innern Herrn Dr. W. Radoslawow. Ministerpräsident Dr. Radoslawow äußerte sich da in sehr bemerkenswerter Weise über die Versorgungsschwierigkeiten des Vierverbandes und über die staatliche Organisation der Kriegsernährung des Vierbundes. Wir entnehmen dem genannten Blatte das Nachstehende:

Aeußerungen des Ministerpräsidenten Dr. Radoslawow.

Die feindlichen Länder sind in ihren Nahrungsmitteln, und vornehmlich in Brotgetreide, in hohem Maße auf die Zufuhr aus dem Auslande angewiesen und von ihr abhängig; infolge dessen ist es unter diesen Umständen mehr als fraglich, ob es ihnen, zumal beim Mangel einer gesunden Organisation, gelingen wird, die Preise, welche im Ausland zu bezahlen sind, zu begrenzen. Dies wird wahrscheinlich nicht einmal in den englischen Kolonien möglich sein. So hat sich z. B. Kanada um die englischen Preisvorschriften nicht im geringsten geklimmert, sondern das Getreide dorthin befördert, wo die höchsten Preise erzielt wurden. Unter solchen Verhältnissen sind nur die ökonomisch kräftigen Bevölkerungsschichten vor Not gesichert, die arme Bevölkerung dagegen muß entweder zu überaus hohen Preisen kaufen oder verhungern. Amerika hat die Bildung der englischen Monopolkommission, welche die Versorgung der drei großen Hauptgebiete: Großbritannien, Frankreich und Italien, in die Hand genommen hatte, mit einer mächtigen Hausse und Kartellbildung beantwortet. Dadurch wird die Importkommission gezwungen, zu Preisen zu kaufen, welche die amerikanischen Farmer diktieren. Wenn man die Transportschwierigkeiten und die Gefahren durch die U-Boote, die mit dem Getreidetransport verbunden sind, berücksichtigt, kann man die Besorgnisse des Vierverbandes bei seiner mangelhaften Organisation verstehen. Deshalb wurden kürzlich dem englischen Handelsamt weitgehende Vollmachten erteilt, den Verbrauch von Lebensmitteln nach deutscher Art zu beschränken, Höchstpreise festzusetzen, Bestandesaufnahmen usw. vorzunehmen, und es wird sich nun zeigen, was England auf diesem Gebiete zu leisten vermag. In Frankreich und besonders in Italien legt die Regierung schon seit längerer Zeit auf jede importierte Tonne Weizen einen gewissen Betrag als Staatsbeihilfe zu. Und die französische Regierung hat vor nicht langer Zeit ebenfalls eine Prämie von 30 Frank per Tonne neuer Weizenanbaufläche den Landwirten versprochen, um im Jahre 1917 eine einigermaßen ausreichende Ernte zu erhalten. In Italien, wo man nicht nur unter dem Mangel an Getreide, dessen Import wegen der hohen amerikanischen Preise und der um 400 bis 600 Prozent verteuerten Frachten stockt, sondern auch unter der um 30 Prozent verschlechterten Valuta, besonders empfindlich leidet, hat man bereits ein Einheitsbrot zu backen begonnen, um den Konsum zu reduzieren. Auch das nicht „blockierte" England hat schon eine Mischung von Weizen- und Maismehl eingeführt und Kuchenbackverbote erlassen. Alle diese Maßnahmen zeigen, wie groß die Ernährungssorgen im Vierverband, trotzdem er nicht blockiert ist, geworden sein müssen.

Man hat das Defizit für das laufende Erntejahr zwischen Ertrag und Verbrauch auf 20 bis 30 Millionen Quarters berechnet. Großbritannien allein hat noch bis Ende des Erntejahres einen ungedeckten Einfuhrbedarf von etwa 22 Millionen Quarter, dessen Befriedigung in der Hauptsache ein bedeutendes Frachtenproblem darstellt, da England unter allen Umständen diesmal auf Bezüge aus Australien und Indien angewiesen bleibt, während noch bei der Vernichtung von etwa 10 Prozent des englischen Schiffsraumes für direkte Kriegsfahrten annähernd nur 40 Prozent der Friedenstonnage für die Ein- und Ausfuhr in England in Betracht kommen. Ein sichtbares Zeichen für die schlechte und mangelhafte Organisation und für die allgemeine Unzufriedenheit in England war die letzte Kabinettskrise.

Bei uns im Vierbunde liegen die Dinge ganz anders. Alle unter einer genialen Führung stehend, beseelt von einer Idee, und überzeugt von der Gerechtigkeit unserer Sache, schreiten unsere tapferen Soldaten und edlen Waffenbrüder von Sieg zu Sieg. Die Einnahme von Bukarest beweist nicht nur die Macht und die Expansionskraft der vier verbündeten Nationen, sondern sie spricht deutlich auch für die planmäßige Durchführung und Leitung des großen Werkes, die uns zum Ziel und zu positiver Entscheidung führen wird. Mit der Eroberung von zwei Drittel fruchtbaren rumänischen Landes steht der Vierbund ganz gewaltig besser da, als der Vierverband. Mit Hilfe der vorgefundenen Getreidevorräte Rumäniens wird sich die Versorgung des Vierbundes für immer gründlich bessern. Schon das in den eroberten Gebieten vorhandene Schlachtvieh, mehr als 140.000 Waggons, wird für die regelmäßige Versorgung der verbündeten Armeen für länger als zwei Jahre ausreichen.

Außerdem ist nicht zu vergessen, daß außer dem Schlachtvieh in Rumänien noch ungefähr 350.000 bis 420.000 Waggons an Getreide und anderen Versorgungsmitteln vorhanden sind. Diese ungeheuren Quanten von Nahrungsmitteln werden die Kriegsernährung der Zentralmächte ganz bedeutend besser stellen, als die Versorgung der Entente.

* * *

Zunahme der Getreidenot der Entente.

Immer mehr häufen sich die Anzeichen, daß die Ententeländer, sie, welche die Zentralmächte aushungern wollten, nunmehr selbst von Getreidenot bedroht sind. In den „Mitt. des Vereines der Getreidehändler der Hamb. Börse" schreibt Henry P. Newman darüber u. a.: Die Ernten in den europäischen Konsumländern sind, in Frankreich und England unter besonders ungnstigem Erntewetter, noch schlechter als ursprünglich angenommen, ausgefallen. Italien hat, bei einer leidlichen Weizenernte, zufolge seiner gänzlich verunglückten Maisernte ein enormes Defizit. Die Ernten in den Ausfuhrländern der nördlichen Halbkugel — Vereinigte Staaten und Kanada — sind jetzt beendet und sind so schlecht ausgefallen, daß man in ersterem Lande, in dem die Anbaufläche von Weizen jetzt wieder erheblich zurückgegangen ist, zum Schutze der eigenen Versorgung an ein Getreideausfuhrverbot denkt und schon jetzt, ein bisher beispielloses Vorkommen, Mais aus Argentinien einführt.

Die Ernteaussichten der südlichen Halbkugel — Erntebeginn im Jänner—Februar — haben sich in dem wichtigsten, weil den Konsumländern am nächsten gelegenen Argentinien fabelhaft verschlechtert. Starke Trockenheit vernichtete bereits die Leinsaatfelder. Die Weizenaussichten sind nur im Süden der Republik ziemlich gut zu nennen, überall sonst, immer laut englischen Kabelberichten, direkt schlecht. Die Aussichten für die erst im April-Mai reifende Maisernte sind schlecht, und man rechnet mit einem so kleinen Resultat, daß auch dort die Idee eines Ausfuhrverbotes erörtert wird, zumal der eigene Bedarf in Argentinien infolge der durch die Trockenheit ausgefallenen Heuernte beträchtlich gesteigert wird. In Indien sind die Aussichten bis jetzt, bei günstigem Monsun, nicht schlecht; immerhin kann Indiens Ausfuhr unter den jetzigen Verhältnissen niemals eine maßgebende Rolle spielen. Australien wird bei einer allerdings 10 Prozent kleineren Anbaufläche und eine normale, noch keineswegs gesicherte Entwicklung des Korns vorausgesetzt, einen Ausfall von 25 Prozent gegen das Vorjahr, immerhin aber mit den Restanten der letzten großen Ernte einen ziemlich erheblichen Exportüberschuß haben, dessen Verwertung aber infolge der ungeheuer langen Reisedauer der Schiffe sowohl der Regierung des Commonwealth wie derjenigen Großbritanniens böses Kopfzerbrechen macht. Die Dardanellen und damit die Kornkammern Rußlands und Rumäniens bleiben, wie jetzt auch die Engländer wissen müssen, der Entente verschlossen.

Angesichts dieser Verhältnisse ist der Entschluß der englischen Regierung, die Einfuhr und Verteilung — übrigens unter Heranziehung des Fachhandels — selbst in die Hand zu nehmen, begreiflich, in Anbetracht der englischen Tradition übrigens ein ebenso einschneidender Entschluß wie z. B. die Einführung des Dienstzwanges. Um Leben und Tod, um Beschaffung des Quantums, „Regardleß of Price", geht es und um Heranschaffung desselben, hin durch alle Fährnisse der See mittelst einer längst nicht mehr ausreichenden Handelsflotte. So versteht man die englische Befürchtung, daß unter diesen Umständen bald Zeiten eintreten werden, in denen man die jetzigen hohen Preise als lächerlich billig betrachten wird, und so zeigt sich der Ausblick für uns an sich nicht ungünstig.

In England selbst gesteht man zu, daß es viel schlimmer in diesem als im vergangenen Jahre ist, wenn Schiffe mit Weizen torpediert werden, und das besonders unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Nordamerika die Verladung seines Exportüberschusses jetzt schon nahezu beendet hat und die Entente nun auf die etwa zweieinhalbmal so viel Frachtraum, infolge der langen Reisen, in Anspruch nehmenden kommenden Ernten der südlichen Halbkugel — speziell Australiens — angewiesen ist. Wir betonen nochmals als wichtigstes Argument, daß die Entente im vorigen Jahre 80 Prozent ihrer gesamten Weizeneinfuhr aus Nordamerika beziehen konnte und daß der Höhepunkt der damaligen Verschiffungen erst im November und den folgenden Monaten lag, während in diesem Jahre das in seinen Vorräten im Juli total erschöpfte England sofort alles, was es in Nordamerika fassen und verschiffen konnte, aufnahm und dafür jetzt von Nordamerika nichts mehr erhalten kann.

In jedes entlegenste Dorf muß es dringen, daß die schlechte Getreide-Welternte — allein der Minderertrag Nordamerikas gegen voriges Jahr ist 31 Millionen Tonnen (3 Millionen Eisenbahnwaggons), eine Zahl, die man noch besser erfaßt unter dem Gesichtspunkte, daß die gesamte deutsche Getreideernte 1915 22 Millionen Tonnen (2,200.000 Eisenbahnwaggons) war — in jedes entlegenste Dorf muß es dringen, daß dadurch eine Lage für unsere Feinde geschaffen ist, die im Frühjahr 1917 verzweifelt werden und uns als Lohn für die Tapferkeit draußen und daheim den vollsten Sieg bringen kann.

Das Wetter im Jahre 1916.

Die Ursachen der Weltmißernte.

Der Weltkrieg, der nun hoffentlich bald der Geschichte angehören wird, hat uns wirtschaftlich namentlich durch das Knapperwerden der Nahrungsmittel heimgesucht, das natürlich in erster Linie den feindlichen Absperrungsmaßregeln zuzuschreiben war. Letztere hätten aber nie so wirksam werden und ähnliche Knappheitszustände nicht auch in den Feindesländern eintreten können, wenn sich dem Krieg nicht ein zweiter Feind der Menschheit zugesellt hätte: der Mißwachs.

Wie jetzt mehr und mehr bekannt wird, sind die drei Kriegsjahre für die meisten Länder schwache Erntejahre gewesen, speziell das Jahr 1916 aber hat so großen Gebieten dürftigen Ernteertrag, wo nicht ausgesprochenen Mißwachs, gebracht, wie kaum ein andres Jahr seit Einführung der Welternteachweise.

Die alte Volksmeinung von dunkeln Zusammenhängen zwischen Krieg und Mißwachs hat sich also wieder einmal bestätigt, und man greift wohl nicht fehl, wenn nun zur allgemeinen Erklärung der schwachen Ernten der letzten Jahre wieder zunächst eine alte Ansicht heranzieht. Jene nämlich, die der Geschichte von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren zugrunde liegt. Wir sehen ja an unsern Obstbäumen, daß Jahre reichen Fruchtsegens, die stärkere Erschöpfung der Säfte hinterlassen, ziemlich regelmäßig mit Jahren schwachen Ertrages abwechseln. Aehnliches wird auch bei den Getreidearten der Fall sein. Diese haben im letzten Menschenalter so vorwiegend gute oder mittlere Erträge geliefert, und schwache Ernten waren so selten und lokal beschränkt, daß es wahrlich nicht wundernehmen kann, wenn Boden und Saatkorn einmal eine Pause machten. Diese ist ja nun hoffentlich überstanden, und die nächsten Ernten werden voraussichtlich wieder reicher.

Speziell der Mißwachs des Jahres 1916 hat aber eine ganz besondere, für Mitteleuropa ziemlich sicher nachzuweisende Ursache: den außerordentlichen Gang der Witterung des Jahres und besonders des Winters 1915/16.

Der vorige Winter hatte nicht seinesgleichen in zwei Menschenaltern und war in Wien so mild, daß die beiden Hauptwintermonate Dezember und Jänner höhere Temperatur aufwiesen als ein normaler März. Daraus ergeben sich natürlich tiefgreifende Störungen der Winterruhe der Vegetation. Mitte Jänner, wenn die Kälte am intensivsten sein und ein dicker Schneepelz den Boden bedecken soll, wehten Frühlingslüfte über üppig wuchernden Rasen, in den Anlagen standen zahlreiche Gesträuche beblättert, in den Gehölzen des Wiener Waldes blühten die Weiden, die Korneltirsche, die Anemonen.

Die Städter beachteten diese außerordentlichen Erscheinungen wenig oder faßten sie nur als eine niedliche Seltsamkeit des Naturverlaufes ins Auge. Der erfahrene Landmann aber sah bekümmert, wie das Getreide, statt sich unter einer Schneedecke ausgiebig zu bewurzeln und dadurch Kraft für ein energisches Frühlings- und Sommerwachstum zu sammeln, vorzeitig in die Halme schoß.

Zum Glück tat ein verhältnismäßig kühler Nachwinter (Februar) der abnormen Wintervegetation zeitweilig Einhalt. Aber schon der sehr warme März förderte die vorzeitige Entwicklung neuerdings, und nun war das Unheil schon geschehen. Hoch- und Spätfrühling, obwohl normal temperiert und niederschlagreich, sahen vorwiegend dünne Halme, und noch ehe der sehr kühle Juni verstrichen war, betrachteten die Bauern mit Sorge die dürftig entwickelten, körnerarmen Aehren.

Im Hochsommer bildete sich dann zwischen unserm ostalpinen Klimabezirk und Ungarn ein durchgreifender Witterungsgegensatz aus. Jenseits des Leithagebirges brütete anhaltende Hitze über den Fluren und fiel nur selten etwas Regen, zu uns griff das heiße Wetter nur vorübergehend über, und wir hatten in allen drei Sommermonaten zu niedrige Temperatur bei zu reichlichem Niederschlag. Speziell im Juli schädigten zwei nur durch einen einzigen regenfreien Tag getrennte zehn- und achttägige Regenperioden die Ernte und störten die Erntearbeiten.

Etwas wärmer als im Vorjahr war der Juli 1916 trotzdem geworden, und auch der August unterschritt nicht in solchem Maße sein Temperaturnormale wie der außerordentlich kühle August 1915. Für den Weinstock war er aber doch viel zu kalt, und als im September ein kühler Frühherbst anschloß, begruben die Winzer auch ihre letzten Hoffnungen. Die Menge des Ertrages war in vielen Weingegenden schon durch die Pilzkrankheiten, die der kühle, nasse Sommer begünstigte und die man mangels Kupfervitriols nicht genügend bekämpfen konnte, verringert worden. Nun zeigte sich, daß auch die Güte des „1916ers" viel zu wünschen übrig lassen werde, und man half sich durch — ganz enorme Preiserhöhungen. Das schöne, warme Wetter vom 6. bis 14. Oktober kam der Ausreife der Trauben nicht mehr zustatten, da fast überall die Lese schon vorher beendet worden war.

Die Grünvegetation, das heißt den Rasen und das Laub der Bäume, hatte die kühle, nasse Sommerwitterung selbst in der Stadt bis in die ersten Septembertage ausnehmend frisch erhalten. Als nun aber ein Wechsel trockener Föhn- und windiger Regentage folgte, zeigte sich, daß die Vegetation infolge ihres abnorm frühen Beginnes doch stark „ausgelebt" war. Der Blütenfall vollzog sich ruckweise und so rasch, daß es gar nicht zur richtigen Entfaltung des Herbstbuntes kam, und früher als sonst trat sowohl die teilweise als die gänzliche Winterkahlheit ein. Als aber um Allerseelen nur mehr die letzten Laubreste im Gezweige hingen, vollzog sich die im Oktober bereits leise angedeutete Umstellung des Witterungscharakters. Vom Juni bis einschließlich September war es viel zu kühl gewesen, der November überraschte durch [illegible] und verbesserte noch in letzter Stunde die Temperaturbilanz des mit 30. November schließenden meteorologischen Jahres.

Im Vergleich zum November ergaben die Jahre 1915 und 1916 folgenden Wärmegang (Grade Celsius):

	Normal	1915	1916
Dezember	— 0·2	2·—	4·9
Jänner	— 1·9	1·8	4·9
Februar	0·3	1·1	1·3
Winter	— 0·6	1·6	3·7
März	4·1	3·2	3·4
April	9·8	9·7	9·7
Mai	15·3	15·—	15·1
Frühling	9·7	9·3	10·7
Juni	18·6	19·2	15·8
Juli	20·3	18·5	19·1
August	19·6	16·7	18·—
Sommer	19·5	18·1	17·6
September	15·6	13·—	13·5
Oktober	10·—	8·—	9·7
November	3·5	2·6	6·3
Herbst	9·8	7·9	9·8
Jahr	9·6	9·2	10·5

Einem um 4·3 Grad zu warmen Winter steht also ein um fast zwei Grad zu kühler Sommer, einem dank dem sehr warmen März um einen Grad zu warmen Frühling ein normaler Herbst gegenüber.

Das Vorstehende in dem meteorologischen Ziffernbilde bleibt der abnorm warme Winter. Er läßt auch das mit Unfruchtbarkeit geschlagene Jahr im ganzen als warmes Jahr erscheinen, obwohl sieben Monate desselben zu kühl gewesen sind.

Die Niederschlagsverhältnisse gestalteten sich im Vergleich zu 1915 und zum Normalen wie folgt:

	Normal		1915		1916	
			Niederschlags-			
	Tage	Menge	Tage	Menge	Tage	Menge
Winter	38	112	41	145	46	153
Frühling	39	166	37	161	45	225
Sommer	40	211	49	284	49	299
Herbst	36	134	41	192	47	122
Jahr	153	623	168	782	187	799

	Die Sonnenscheindauer betrug in Stunden		
	Normal	1915	1916
Winter	194·4	137·5	144·1
Frühling	541·4	526·5	526·5
Sommer	753	730·9	707·6
Herbst	353·8	312	321
Jahr	1842·6	1706·9	1699·2

Ausgenommen den Herbst waren also alle Jahreszeiten niederschlagreich, und das Jahr 1916 zählt zu den eminent nassen Jahren; alle Jahreszeiten brachten auch zu wenig Sonnenschein, so daß das Jahr im ganzen als sehr trüb bezeichnet werden muß.

Mit einem sehr trüben und zugleich sehr milden Dezember hat nun auch das meteorologische Jahr 1917 begonnen, obwohl angesichts des Umstandes, daß von 1908 bis 1915 alle Dezember mild gewesen sind, ein kalter Christmonat zu gewärtigen war. Die längste Reihe milder Dezember seit 1775 war bisher die sechsjährige von 1823 bis 1828. Der Dezember 1916 aber ist der achte milde Christmonat seit 1908. Die Weihnachten waren ostermäßig, und im Wiener Wald blühten die Primeln.

Der abnorme Gesamtcharakter, welcher die Witterung der Kriegsjahre kennzeichnete, scheint also noch fortzudauern.

R. E. Petermann.

Vossische Zeitung 8.I.1917

8 8

Die englische Landwirtschaft und der Krieg.

Von
Dr. Hermann Levy,
Professor an der Universität Heidelberg.

Es ist begreiflich, daß heute, wo England mehr und mehr von der Furcht einer kommenden Hungersnot geplagt wird, das Problem der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung die englische Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigt. Lange Jahrzehnte hindurch ist hiervon in England nicht die Rede gewesen. Seit den großen Agrarkrisen in den 80er Jahren und zu Beginn der 90er Jahre galt als Motto für die englische Landwirtschaft nicht die möglichst starke Massenproduktion, sondern vielmehr die Ersetzung derjenigen landwirtschaftlichen Produktionszweige, welche von ausländischem Wettbewerb am stärksten bedroht erschienen, wie Getreidebau und reguläre Fleischerzeugung, durch Verfeinerungsindustrien der Landwirtschaft wie: hochwertige Viehzucht, Obst und Gemüsebau, Geflügelzucht, Eierproduktion, Käse- und Rahmgewinnung usw.

Heute haben alle jene letztgenannten in England als Qualitätsproduktionen ausgebildeten Zweige der Landwirtschaft ein recht „unwirtschaftliches" Aussehen erhalten. Denn wie seit den 70er Jahren, d. h. seit dem Sinken der Brot- und Fleischpreise und auf Grund derselben die Erzeugnisse jener landwirtschaftlichen „Neben"-produktionen zu Artikeln des Massenkonsums in England werden konnten, so sind sie jetzt bei den exorbitanten Brot-, Mehl- und Fleischpreisen, die ihresgleichen seit den Tagen Napoleons nicht erlebt haben, wiederum zum Luxus geworden. Dieser Luxus muß aber vom Standpunkt auch der englischen Kriegswirtschaft unbedingt bekämpft werden. Der Krieg hat in England das bisherige Leitmotiv der Landwirte umgekehrt: Quantitäten gilt es jetzt wieder zu erzeugen; die Qualität und die Differenzierung der Erzeugnisse ist eine Frage von sekundärer Bedeutung geworden, weil es an Vorräten gerade der Stapelgüter für den Konsum der großen Massen mangelt. In seiner Rede vom 20. 12. 16 hat der neue Landwirtschaftsminister, Mr. Prothero, der ehemalige Bewirtschafter der Güter des Herzogs von Bedford, knapp und deutlich von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung gesprochen: „es kann von den Getreide- und Kartoffelfeldern Britanniens abhängen, ob in diesem Kriege der Sieg verloren geht oder gewonnen wird."

Diese Notwendigkeit der Produktionssteigerung von Getreide und Kartoffeln trifft die englische Landwirtschaft nicht nur unerwartet, sondern sie läuft geradezu allen letztjährigen Tendenzen der englischen Agrarentwicklung zuwider. Unter dem Drucke sinkender, später zumindest niedriger Preise ist die Selbstversorgung Großbritanniens an Brotgetreide auf rund ¼ seines Jahresbedarfs gesunken. Dazu ist England Futtermittelimportland großen Stils; die Maiseinfuhr betrug im Jahre 1913 allein ca. 2,4 Millionen Tonnen, die Einfuhr von Gerste und Hafer zusammen weitere 1,5 Millionen Tonnen. Trotz der enorm hohen Kriegspreise — englischer Weizen kostete Anfang Dezember 1916 ca. 78/— per Quarter (217,7 Kilogramm) gegen 31/— am 1. Januar 1914, Gerste 65/— gegen 26/—, Hafer 49/— gegen 18/—, Kartoffeln pro Tonne 225— gegen 70—, — ist die agrarische Produktion Englands im Kriege stark zurückgegangen, woran nicht nur das schlechte Wetter, sondern vor allem auch die verminderte Anbaufläche (nach den amtlichen Angaben vom Herbst von 2,17 Millionen Acres im Jahre 1915 (1 Acre = 0,45 Hektar) auf 1,91 Millionen Acres im Jahre 1916 zurückgegangen, die Schuld trägt.

Die Ursachen für diese von allen englischen Wirtschaftspolitikern mit größter Sorge beobachtete Abwärtsentwicklung der englischen Landwirtschaft liegen auf technischem und organisatorischem Gebiete. Was die technischen Kriegssorgen der englischen Landwirtschaft anlangt, so bestehen sie sowohl hinsichtlich der Produktion wie des Absatzes. Die menschliche Arbeitskraft und die agrikulturchemische Nährkraft sind durch die Kriegsverhältnisse der Bodenbestellung in weitestgehendstem Maße entzogen worden. Der „Statist" kam vor einiger Zeit in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, daß von den 1 266 000 in der Landwirtschaft tätigen Personen (nebst männlichen Angehörigen) 678 200 eingezogen seien. In der „Liverpool Post" vom 26. Dezember wird die Ansicht eines Sachverständigen mitgeteilt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die nächste Ernte auf allen Produktionsgebieten um ⅓ geringer ausfallen werde als in diesem

Lloyd

17/I. 1917

14

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft im Getreideverkehr.

Budapest, 16. Januar.

Der Augenblick erscheint für die Behandlung dieses Themas recht wenig geeignet. Die Maßlosigkeit dessen, was die Entente angeblich als ihre Friedensbedingungen angesehen wissen will, läßt ja für den Augenblick scheinbar jede Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges illusorisch erscheinen. Allerdings kann man auch der Meinung sein, daß gerade diese Maßlosigkeit, die beinahe an Wahnwitz grenzt, das Ende der Schreckensherrschaft, welche England über seine Verbündeten ausübt, beschleunigen werde. Wie dem aber auch sei, jedenfalls kann es nicht überflüssig sein, vielmehr als durchaus geboten erscheinen, schon während der Dauer des Krieges die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Ueberganges zur Friedenswirtschaft zu erörtern, um damit die Ansichten zu klären und diesen Uebergang vorzubereiten. Gegenwärtig ist sozusagen unser gesamtes Wirtschaftsleben staatlich reglementiert und durch die bestehenden zahlreichen Zentralen beherrscht. Zwar ist die landwirtschaftliche Produktion selbst nicht monopolisiert, wohl aber die Inverkehrsetzung der gewonnenen Produkte. Das gilt im allgemeinen so ziemlich für alle Produkte der Land- und Forstwirtschaft, vor allem aber für das Getreide, das nicht nur nach seiner Menge und seinem Wert, sondern auch nach seiner Wichtigkeit für die Ernährung unserer Bevölkerung an allererster Stelle steht.

Kein Zweig unseres Wirtschaftslebens ist durch die Monopolisierung so schwer getroffen wie der Getreidehandel. Ein Unstern hat es gewollt, daß gerade die drei Kriegsjahre mit einer Serie schwacher Ernten zusammenfielen. Es hätte im Augenblick keinen Zweck, zu erörtern, wieweit diese schwachen Ernten lediglich auf unglückliche Zufälle, d. h. durchaus ungünstige Witterungsverhältnisse, und wieweit auf Fehler und Unterlassungen unserer Landwirte zurückzuführen sind. Das Thema von der Unzulänglichkeit unserer landwirtschaftlichen Produktion und der Notwendigkeit der Steigerung ihres Ertrages hat ja schon eine ganze Literatur gezeitigt und wird, dessen sind wir gewiß, eine gründliche Aenderung in den Verhältnissen unserer landwirtschaftlichen Erzeugung zur Folge haben. Ob lediglich diese ungünstigen Ernteverhältnisse die Notwendigkeit einer staatlichen Regelung des Getreideverkehrs zur Folge gehabt haben, oder ob diese Notwendigkeit wegen der langen Dauer des Krieges unter allen Umständen eingetreten wäre, läßt sich nicht entscheiden. Wir haben es ja während dieser Kriegsjahre mit jedem System versucht. Mit dem freien Handel ohne Einschränkung, mit dem freien Handel unter Preismaximierung, mit der Requisition ohne Monopol, mit dem Monopol bei freiem Einkauf durch die Kommissionäre zu fest bestimmten Einheitspreisen und schließlich jetzt mit der Monopolisierung, verschärft durch Requisition. In der Natur der Sache liegt es, daß keine dieser verschiedenen Verkehrsformen unter den gegebenen Umständen Befriedigung hervorrufen konnte und daß es also keinen Zweck hätte, darüber zu rechten, was zu tun oder was zu unterlassen gewesen wäre. Allerdings gilt dies eben nur für die Kriegszeit; für die Zeit des Friedens, die ja doch kommen muß, gilt es nicht.

In einem Rundschreiben, das der Präsident des Kriegsernährungsamtes in Berlin kürzlich an sämtliche Bundesregierungen gerichtet hat, werden die Mängel der zentralistischen Regelung des Nahrungsmittelverkehrs offen dargelegt und zugegeben. Allerdings mit einer wichtigen Einschränkung. Herr von Batocki ist der Meinung, daß das nur für diejenigen Massenbedarfsgegenstände gilt, die nach ihrer Beschaffenheit rascher verderblich und infolgedessen schwer zu bewirtschaften sind. Getreide rechnet er nicht zu diesen Artikeln und nimmt es daher ausdrücklich aus. Nichtsdestoweniger aber gibt er ganz im allgemeinen zu, daß die Hilfe des sachkundigen Handels bei der Nahrungsmittelversorgung nicht entbehrt werden kann. Das wurde übrigens auch bei uns in einer langen Reihe amtlicher Aeußerungen, nicht zum wenigsten klar und entschieden in Parlamentsreden des Ministerpräsidenten Grafen Tißa, zum Ausdruck gebracht, und es besteht kein Zweifel darüber, daß keine staatliche Organisation die Vorzüge des freien Handelsverkehrs erreichen und ersetzen kann.

Wenn man sich für die staatliche Regelung des Verkehrs in irgendwelchen Artikeln des Massenverbrauches entschließt, so können dafür nur zwei alternative Gesichtspunkte maßgebend sein: entweder die Sicherstellung der ungestörten Versorgung oder das fiskalische Interesse des Staates.

Der erstere dieser Gesichtspunkte kommt in der gegenwärtigen Monopolisierung des Getreideverkehrs zum Ausdruck. Man glaubte, die Ernährung der Bevölkerung angesichts der Unzulänglichkeit unserer eigenen Ernten und der Unmöglichkeit ausreichenden Imports nur durch eine zentrale Regelung der Verteilung des vorhandenen, beziehungsweise des erreichbaren Materials sichern zu können. Für die Zeit des Friedens kommt dieser Gesichtspunkt selbstverständlich nicht in Betracht. Darüber kann besonders nach den Erfahrungen der Kriegszeit kein Zweifel bestehen. Der instinktive Trieb, sich in materiellen Dingen gegen jeden Zwang zu sträuben, ist zu tief in der Empfindung der Menschen im allgemeinen und unserer bäuerlichen Bevölkerung ganz im besonderen eingewurzelt, als daß man den Wunsch hegen könnte, diesen Zwang ohne Notwendigkeit oder selbst ohne Zweckmäßigkeit auch auf die Friedenszeit auszudehnen. Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß der freie private Verkehr, wenn diesem sonst kein Hindernis und kein zwingender Grund entgegensteht, psychologisch unvergleichlich besser geeignet ist, die Volksernährung sicherzustellen, als das Monopol. Außerdem ist der Apparat des freien Handels einerseits und der freien Selbstversorgung andererseits zweifellos besser geeignet, die Verteilung und Versorgung des Gesamtverbrauches bis in die kleinsten Adern und Aederchen des Gesamtkörpers der Bevölkerung zu ermöglichen, als eine Organisation, die von einer Zentralstelle aus die Gesamtversorgung zu regeln hat.

Bleibt also der zweite, der fiskalische Gesichtspunkt. Der ist leider ein sehr schwerwiegender Faktor und wird es umso mehr werden und bleiben, je länger der Krieg dauert und je größer die Schuldenlast ist, die der Staat durch den ihm aufgenötigten Selbstverteidigungskrieg auf sich zu nehmen gezwungen wird. Aber auch dieser Gesichtspunkt ist nicht geeignet, einen so folgenschweren Eingriff in das ganze System unserer Volksernährung und Volkswirtschaft zu rechtfertigen. Wir wissen ja, daß England diesen furchtbaren Krieg nur zum Zwecke der Vernichtung unseres Handels und unseres Wohlstandes angezettelt hat; ist es denkbar, daß wir selbst das vollenden, was England, wie wir hoffen, ohne Erfolg angefangen hat? Der größte Teil unseres Handels, der einzige wirklich große Handel, den wir besitzen und der nach Zeugnissen anerkannter volkswirtschaftlicher Autoritäten des Auslandes eine große Höhe der Vollendung erreicht hat, ist ja eben unser Getreidehandel. Ist es also denkbar, daß wir selbst diesen einzigen wirklichen großen Handelszweig unseres Staates vernichten sollten? Ganz abgesehen davon, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Lasten des Krieges gerade auf diejenigen zu überwälzen, die den schwächsten und am wenigsten tragfähigen Teil unserer Bevölkerungsschichten bilden und bei denen der relativ größte Teil des Gesamterwerbes auf Nahrungsmittel im allgemeinen und auf Brot ganz im besonderen verwendet wird. Ueberdies ist es zweifellos, daß gerade das fiskalische Interesse bei einer Monopolisierung des Getreides schon mit Rücksicht auf die berufliche Schichtung unserer Bevölkerung bei uns keine Befriedigung finden könnte. Eine Monopolisierung des Getreidehandels erscheint also nach all diesen Erwägungen und Gesichtspunkten unmöglich, und das Problem kann lediglich darin bestehen, wie der Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft zu vollziehen sein wird. Mit der Untersuchung dieser Frage wollen wir uns in weiterfolgenden Besprechungen befassen.

Hamburger Fremdenblatt
19. IV. 1917

20

Heranziehung von Stecklingen aus der Kartoffelpflanze.

Herr Gartenbaudirektor Tutenberg hat es für richtig gehalten, gegen die Einwände, die ich in der letzten Monatsversammlung des Gartenbauvereins gegen seinen Vorschlag, das Stecklingsverfahren im größten Maßstabe zur Vermehrung des Kartoffelsaatgutes zu benutzen, erhoben habe, mehrfach in scharfer Weise öffentlich sich auszusprechen (vgl. „Hamburger Fremdenblatt" Nr. 12 B und Nr. 15 B). Die Art, wie er glaubt, mit den ihm gemachten Einwänden fertig zu werden, zwingt mich, meinerseits zu seinen Bemerkungen kurz Stellung zu nehmen, da es sich um eine sehr ernste und wichtige Frage handelt, bei der jede Voreiligkeit und jeder Mangel an Kritik recht erheblich schaden können, so gute Absichten auch zugrunde liegen mögen.

Herrn T. ist es noch immer nicht klar geworden, daß die Einwände, die ihm in der genannten Sitzung von mir und von den erfahrensten Praktikern gemacht wurden, sich gar nicht gegen das Stecklingsverfahren als solches richten, sondern gegen die Art, mit der seine Anwendung im allergrößten Maßstabe empfohlen wird, ohne daß die Sicherheit gegeben ist, daß das Verfahren unter den gegenwärtigen Umständen in so großem Maßstabe durchgeführt werden kann. Gegen das Verfahren an sich, das längst bekannt und in der Praxis der Saatzuchtanstalten bewährt ist, hat keiner der Gegner des Herrn T. überhaupt etwas gesagt. Es handelte sich also gar nicht um die Frage, ob das Stecklingsverfahren möglich oder gut sei, da diese Frage längst mit ja beantwortet ist, sondern um die Frage, ob es sich zur Anwendung im großen unter den gegenwärtigen Umständen eignet. Diese Frage hatte ich in meinem Gutachten nach gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse und durchaus unter Zugrundelegung der von Herrn T. selbst in seinem Bericht gemachten Angaben verneint, und der Vortrag des Herrn T. im Gartenbauverein war nicht geeignet, die Befürchtung zu zerstreuen, daß hier für ein an sich gutes, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Anwendung im großen ungeeignetes Verfahren Reklame gemacht werde.

Es ist an dieser Stelle schon aus Raumgründen nicht möglich, die Bedenken im einzelnen anzuführen. Daher sei nur kurz angedeutet, daß sie sich in der Hauptsache gründeten auf eine Berechnung der für die Durchführung des Stecklingsverfahrens im großen erforderlichen Mengen an Gewächshäusern, Mistbeeten, Töpfen, Kohlen, Dünger, Arbeitskräften, Fuhrwerken usw. und den bestehenden großen, ja unüberwindlichen Schwierigkeiten, alles das zu beschaffen. Dazu kommen noch andere Einwände, auf die indessen hier nicht eingegangen werden kann.

Ehe man nun die große Verantwortung auf sich nimmt, ein solches Verfahren zur Durchführung im größten Maßstabe zu empfehlen und seine Durchführung gegebenenfalls mit Gewalt zu erzwingen, muß man sich selbstverständlich genau überlegt haben, wie allen den genannten Schwierigkeiten zu begegnen ist. Daher schloß ich mit der Frage an Herrn T., wie es ihm gelungen sei, ihrer Herr zu werden. Herr T. ist bis heute die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben. Es ist undenkbar, daß er sich nicht die sehr erheblichen Schwierigkeiten vergegenwärtigt hat, ehe er die bekannten Maßnahmen ergriff. Um so unverständlicher ist es, daß er uns nicht mitteilt, wie sie zu überwinden sind. Mit dem zum mindesten überflüssigen Hinweis auf das „bekannte unpraktische und kostspielige Verfahren botanischer Gärten" ist nicht viel getan; dazu ist die Sache denn doch zu ernst.

Erfahrungen über die Anwendbarkeit des Stecklingsverfahrens liegen im großen nicht vor, wohl aber über seine Verwertbarkeit im kleinen. Da kann es, richtig gehandhabt, großen Erfolg haben und sollte nach Möglichkeit ausgenutzt werden. Aber es handelt sich dabei eben immer nur um — im Verhältnis zu unserem Gesamtkartoffelbedarf — ganz kleine Mengen, die mit unverhältnismäßig großen Kosten gewonnen werden können, und es ist ganz ausgeschlossen, daß die Durchführung des Verfahrens im gärtnerischen Betrieb die Saatkartoffelknappheit beseitigen oder gar zur „Verfünfzigfachung" unseres Saatgutes führen könnte. Trotzdem habe ich in meinem Berichte nicht einmal bezweifelt, daß das Verfahren auch im großen unter Umständen mit Erfolg durchgeführt werden könne, freilich aber unter normalen Verhältnissen, d. h. wenn Heizungsmaterial Arbeitskräfte, Dünger, Fuhrwerk usw. unbeschränkt zur Verfügung stehen. Bis jetzt ist aber der Versuch im großen noch nicht gemacht worden, und solange das nicht geschehen ist und also keine Erfahrungen über seine praktische Durchführbarkeit vorliegen, bleibt die Anwendung des Verfahrens schon unter normalen Verhältnissen, ganz gewiß aber unter den schweren Verhältnissen des Weltkrieges ein Experiment. In diesem Sinne hatte ich bemerkt, daß unter den gegenwärtigen abnormen Verhältnissen dringend davor gewarnt werden müsse, allzu viel von dem jetzt so kostbaren Saatgut für ein Experiment zur Verfügung zu stellen, da sonst leicht mehr Saatgut vergeudet, als gewonnen werden könne.

Zum Schluß meiner Darlegungen war ich noch kurz auf die naiven theoretischen Vorstellungen eingegangen, die Herr T. in seinem Vortrag entwickelt hatte, und hatte seine Ansicht von der Ueberflüssigkeit der „toten" Mutterknolle angegriffen. Wie ich seinen Bemerkungen im „Fremdenblatt" entnehme, sind meine Auseinandersetzungen spurlos an Herrn T. vorübergegangen, und er spricht von der „längst in der Praxis überholten Theorie der Mutterkartoffel, die an den botanischen Gärten weiter gelten mag". Nun, es hat wohl keinen Zweck, mit Herrn T. darüber zu streiten, und es ist wohl an sich auch recht belanglos, welchen theoretischen Vorstellungen der Herr Gartenbaudirektor huldigt. Wenn aber aus einer unzulänglichen Theorie weittragende Schlüsse für die Praxis gezogen werden, so ist das doch nicht unbedenklich. Davor nochmals zu warnen, halte ich für meine Pflicht.

Herr T., an dessen bester Absicht niemand zweifelt und gezweifelt hat, vergißt in seinen Entgegnungen, wie mir scheint, daß auch seine Gegner von den gleichen Absichten beseelt sind, und daß sie vor der kritiklosen Anwendung des Stecklingsverfahrens aus ähnlichen Gründen warnen, aus denen er sie empfiehlt. Es würde für die weitere Klärung der hochwichtigen Angelegenheit recht förderlich sein, wenn Herr T. sich davon überzeugen wollte, daß man den dringendsten Wunsch und das eifrigste Bestreben, dem Vaterlande sich nützlich zu erweisen, haben und dennoch — oder vielmehr gerade deswegen — in der vorliegenden Angelegenheit sein Gegner sein kann.

Professor Dr. H. Winkler,
Direktor des Botanischen Gartens.

Pester Lloyd 19./I. 1917

Die Versorgung Europas mit künstlichen Düngemitteln und ihre Bedeutung für die Ernteaussichten der nächsten Jahre.

Von **Professor Dr. H. Großmann.**

Berlin, 16. Januar.

Wenn man sich ein ungefähres Bild von den zukünftigen Ernten machen will, so darf man niemals den Einfluß der Witterungsverhältnisse auf die Ernteergebnisse vernachlässigen, da ja selbst bei sorgsamster Bestellung der Aecker unter Umständen alle vom Landwirt aufgewandte Mühe und Sorgfalt durch ungünstiges Wetter vernichtet werden kann, wie Beispiele aus der Gegenwart und der Vergangenheit wiederholt gezeigt haben. Sieht man aber einmal von diesen menschlicher Einwirkung unzugänglichen Verhältnissen ab, so ergibt sich doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die Aussicht auf verminderte Ernteergebnisse in den nächsten Jahren, die in vielen Ländern allein infolge der seit dem Kriege wesentlich eingeschränkten Erzeugung und Verwendung von künstlichen Düngemitteln zu erwarten sind. Das Problem der Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, das heute jeder Staat für sich so gut als möglich zu lösen bestrebt ist, stellt aber eines der wichtigsten Probleme der Weltwirtschaft für die nächsten Jahre dar. Unter den heutigen Umständen ist jedenfalls allein schon auf Grund der unzureichenden Versorgung zahlreicher Gebiete mit Kunstdünger kaum auf eine wesentliche Erweiterung des Nahrungsspielraums für viele Länder zu rechnen, denn schon die bisherige Periode des Weltkrieges hat die unumstößliche Wahrheit der Liebigschen Lehren aufs deutlichste bewiesen, daß nur bei sachgemäßer Zuführung ausreichender Mengen von Pflanzennährstoffen, selbst unter günstigen Witterungs- und Bodenverhältnissen und bei guter Bearbeitung des Bodens, befriedigende Ernteergebnisse erzielt werden können. Fehlt ein einziger jener Pflanzennährstoffe, deren wichtigste bekanntlich Kali, gebundener Stickstoff und Phosphorsäure sind, entweder vollständig, oder ist die Menge des einen mineralischen Nährstoffes als unzureichend anzusehen, so muß der Ertrag naturnotwendig zurückgehen. Fast alle Länder Europas leiden aber heute, vom Standpunkt des Agrikulturchemikers angesehen, unter einer unzureichenden Versorgung mit mindestens einem dieser unentbehrlichen Stoffe, die ja in verschiedenen Formen zur Anwendung gelangen können.

Die statistische Abteilung des Internationalen Landwirtschaftsinstituts zu Rom hat auch während des Weltkrieges halbjährliche Uebersichten über den Weltverkehr mit Kunstdüngemitteln und Pflanzennährmitteln in den wichtigsten Kultursprachen herausgegeben und allein schon dadurch dokumentiert, daß man in Rom noch ein Gefühl dafür hat, daß es selbst im Weltkriege europäische und weltwirtschaftliche Fragen gibt, die alle Länder angehen. Der letzte Bericht des Instituts, dessen Angaben naturgemäß nicht so vollständig sind wie die früheren, der aber trotzdem als wichtiges Material über die Produktion, den Verbrauch und die Preise von künstlichen Düngemitteln sehr wichtig erscheint, zeigt nun in geradezu erschreckender Weise den in den Ententestaaten und in den neutralen Ländern fast allgemeinen Rückgang der Erzeugung und des Konsums an Düngemitteln, und diese Tatsache bildet leider eine wesentliche Unterstützung für jene Anschauung, daß auch in den nächsten Jahren, selbst wenn der Krieg früher zu Ende gehen sollte, als vielfach vorausgesetzt wird, in den Ländern, die nicht über ausreichende Mengen Kunstdünger verfügen, eine gewisse Knappheit auf dem Gebiete der Ernährung vorhanden sein wird.

Betrachtet man die Verhältnisse in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn, über die in dem erwähnten Bericht aus Rom verhältnismäßig wenige Angaben aus neuerer Zeit wiedergegeben sind, so ist zuzugeben, daß eine gewisse Knappheit auf dem Gebiete der phosphorsäurehaltigen Düngemittel bestanden hat, und auch der Verbrauch an gebundenem Stickstoff in der deutschen Landwirtschaft hinter dem Verbrauch der früheren Friedensjahre anfänglich zurückgeblieben ist. Diese Knappheit hatte jedoch in keinem Falle einen so großen Umfang angenommen, daß man von irgendeiner Bedrohung der Bodenergiebigkeit für die Zukunft sprechen konnte. Als Ersatz für das gegenwärtig weniger benützte Superphosphat dient jetzt die gemahlene Thomasschlacke, die ja schon seit vielen Jahren in großem Umfange in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn Verwendung gefunden hat. Ferner zieht man jetzt in Deutschland und in den besetzten Gebieten mit Erfolg früher weniger benützte phosphorsäurehaltige Mineralien zur Herstellung von Superphosphat heran. Schon vor dem Kriege bestand ja eine beträchtliche Einfuhr an belgischen Phosphaten, die sich jetzt im Kriege noch gesteigert hat. Die ständig fortschreitende Ergiebigkeit der nach verschiedenen synthetischen Verfahren arbeitenden Fabriken, deren künftige Friedensleistungen in England bereits große Furcht erweckt haben, im Vereine mit der von jeher in Deutschland besonders leistungsfähigen Kokerei und Gasindustrie, wird trotz der großen Ansprüche der Munitionsfabriken an Salpetersäure bereits im kommenden Frühjahr vollkommen ausreichende Mengen an gebundenem Stickstoff zu landwirtschaftlichen Zwecken bereitstellen können. Daß ferner die Landwirtschaft Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns auch im übrigen der kommenden Frühjahrsbestellung mit Vertrauen entgegensehen dürften, hängt andererseits mit jenem unerschöpflichen Reichtum an Kalisalzen zusammen, deren Fernbleiben die Landwirtschaft der Gegner Deutschlands umso stärker schädigen muß, je länger der Krieg dauert. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Kalisalzen ist natürlich für Deutschland und für die Neutralen keine Frage der Produktionsmöglichkeit, sondern im wesentlichen, wie es der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki einmal mit vollem Recht bezeichnet hat, ein Verkehrsproblem, dessen Lösung bereits sichergestellt ist.

Was aber die Lage der Landwirtschaft in Deutschland noch günstiger erscheinen läßt, das ist die durch die systematische Schulung der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeigeführte langjährige Gewöhnung an den umfangreichen Verbrauch künstlicher Düngemittel und überhaupt der auch vom englischen Landwirtschaftsministerium mehrfach zugegebene technische Hochstand des Landwirtschaftsbetriebes in Mitteleuropa. In dieser Beziehung stehen zweifellos viele Gebiete Frankreichs und Rußlands noch weit hinter Deutschland zurück, während in England die Verhältnisse im ganzen nicht so ungünstig liegen, wenn man die Friedenswirtschaft den Betrachtungen zugrunde legt. Im Jahre 1916 scheint aber auch in England eine ganz wesentliche Verschlechterung der Lage eingetreten zu sein, wie aus verschiedenen offiziellen und privaten Veröffentlichungen hervorgeht. Selbst wenn man aber auch energisch versuchen würde, die englische Produktion an pflanzlichen Nahrungsmitteln wesentlich zu steigern, was bekanntlich jetzt unternommen werden soll, so würde dieser Plan doch kaum so vollkommen verwirklicht werden können, daß die Bevölkerung Englands der nächsten Zeit ohne große Sorgen entgegensehen könnte. England versucht übrigens heute bereits auf die ältesten Methoden zurückzugreifen, um nur seinen Kalibedarf zu decken. Man hat vorgeschlagen, den Seetang an der schottischen Küste (Kelp) auf Kalisalze zu verarbeiten, was selbst im Großbetrieb praktisch unmöglich erscheint und keine wesentliche Linderung der Kalinot herbeiführen könnte. Auch die Versorgung der englischen Landwirtschaft mit Salpeter und schwefelsaurem Ammoniak ist vielfach unzureichend gewesen.

Wie traurig die landwirtschaftlichen Verhältnisse in vielen Gebieten Rußlands liegen, ist auch von russischen Autoren so häufig geschildert worden, daß hierauf nicht näher eingegangen zu werden braucht. Der Verlust Polens und Kurlands und die ungeheueren Blutopfer, die besonders die Kreise der kräftigen Landbevölkerung getroffen haben, müssen hier im Verein mit der gänzlich unzureichenden Versorgung des Landes mit Kunstdünger zu einer um so stärkeren Schwächung der russischen Agrarproduktion führen, je länger der Krieg dauert. Aber auch in Frankreich wird die kommende Zeit voraussichtlich ebenso wie die beiden letzten Jahre sehr geringe Ernteergebnisse bringen. Schon die Tatsache an sich, daß die Gewinnung von Superphosphat im Jahre 1915 nur 600.000 Tonnen betrug gegenüber 1,920.000 Tonnen im Jahre 1913, daß die Ablieferungen der französischen Verkaufsvereinigung für schwefelsaures Ammoniak im Jahre 1916 nur ein Viertel der Ablieferungen im Jahre 1913 betrugen, und daß auch die verhältnismäßig geringen Mengen an Kalkstickstoff, die in Frankreich hergestellt werden, ausschließlich für den Staatsbedarf für den Herbst 1916 wie für das Frühjahr 1917 vorbehalten sind, läßt die großen Gefahren für die Zukunft der französischen Landwirtschaft erkennen. Daß in Frankreich zumeist nur sozialistische Zeitungen neben den von der größten Oeffentlichkeit weniger beachteten, durchaus sachlich geleiteten Fachzeitschriften nachdrücklichst auf diese Verhältnisse hinweisen, während der größte Teil der Sensationspresse des Tages darüber mit Eleganz hinweggleitet, vermag die Tatsache selbst nicht aus der Welt zu schaffen.

Aber auch die neutralen Staaten haben in den letzten Jahren, soweit sie nicht selbst über die notwendigen Rohstoffe verfügen, oder auf synthetische Weise Düngemittel herstellen können, wie vor allem Norwegen, unter dem Ausfall von Kunstdünger stark zu leiden gehabt. Das gilt besonders auch für Holland und für die Schweiz, die nur mit großen Schwierigkeiten auf dem Wege der Kompensation von beiden kriegführenden Parteien eine gegenüber dem Friedensverbrauch wesentlich geringere Menge an künstlichen Düngemitteln haben erlangen können; es gilt aber auch für die Vereinigten Staaten, die zwar nicht an dem Mangel an Salpeter und Phosphaten, wohl aber unter dem Fehlen der deutschen Kalisalzeinfuhr gelitten haben. Daß die bisherigen Versuche, aus den verschiedenartigsten amerikanischen Rohstoffen Kalisalze im großen zu gewinnen, nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt haben, ist trotz aller Reklameartikel einzelner Tageszeitungen von sachverständiger Seite niemals ernstlich bestritten worden. Amerika leidet aber auch unter der Unmöglichkeit, seine Rohphosphate, die einen wichtigen Ausfuhrartikel einzelner Südstaaten bilden, wie früher in Europa abzusetzen. Betrug doch allein der Rückgang der amerikanischen Rohphosphatverschiffungen im Jahre 1915 fast 600.000 Tonnen gegenüber dem Jahre 1913, und auch im ersten Halbjahr 1916 ist ein weiterer erheblicher Rückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in Höhe von 20 Prozent zu verzeichnen.

Faßt man alle diese Tatsachen zusammen, so ergibt sich, welch großes Interesse die zur Entente gehörigen und die neutralen europäischen Länder, aber auch die Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges in absehbarer Zeit haben. Dauert der Krieg noch viele Monate oder gar Jahre, so muß die Ergiebigkeit des Bodens in diesen Ländern und in vielen außereuropäischen Ländern schließlich eine so starke Schwächung erfahren, daß Jahre angestrengtester Arbeit notwendig sein werden, um selbst der durch den Krieg so furchtbar dezimierten Bevölkerung eine mehr als physiologisch ausreichende Ernährung zu gewährleisten. Mitteleuropa freilich, das große Mengen Kunstdünger selbst erzeugt und das den bisher allein vorhanden gewesenen Mangel an Superphosphat inzwischen behoben hat, kann den Ertrag seines Bodens weiter steigern und den Ernährungsschwierigkeiten in den anderen Ländern ohne Sorge um die Sicherstellung seiner eigenen Ernährung zusehen.

Pester Lloyd 23. I. 1917

28

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft im Getreideverkehr.

Budapest, 22. Januar.

Der deutsche Unterstaatssekretär Michaelis, Vorsitzender des Kuratoriums der Reichsgetreidestelle in Berlin, hielt Anfang Dezember einen Vortrag, der sich mit den Möglichkeiten des Ueberganges von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft in Getreide befaßte. Er gab dabei dem Gedanken Ausdruck, daß die staatliche Regelung des Getreideverkehrs auch nach dem Friedensschluß noch auf Jahre hinaus bestehen bleiben müßte, und ließ auch die Möglichkeit offen, daß es überhaupt bei der Monopolisierung verbleiben werde. Er begründete dies mit dem Hinweis auf die große Schuldenlast, die das Reich infolge des Krieges aufhäufen mußte und die es nötig gemacht habe, neue, größere Einnahmequellen zu erschließen. In einem später erschienenen Artikel, den er in der Vossischen Zeitung über den gleichen Gegenstand veröffentlichte, hat der Unterstaatssekretär den fiskalischen Zweck des Monopols nicht wieder angedeutet. In diesem Artikel wird vielmehr lediglich darauf hingewiesen, daß die Rücksichten auf den Stand der Valuten und die nach dem Kriege zu erwartenden großen Transportschwierigkeiten zweifellos auch nach dem Kriege noch eine Knappheit an Material zur Folge haben werden. Man werde deshalb damit rechnen müssen, daß man sich „für eine geraume Zeit, vielleicht für mehrere Jahre, mit einer weiteren Beschränkung des Verbrauches, mit einer Rationierung der wichtigsten Lebensmittel" abzufinden habe. Deutschland werde „auch in den kommenden Friedensjahren zunächst fast ausschließlich auf das angewiesen sein, was in seinen eigenen Grenzen an Lebensmitteln hergestellt wird".

All das kann nur mit großem Widerspruch aufgenommen werden. In der Einleitung seines erwähnten Zeitungsartikels bringt Herr Michaelis vor allem selbst in einigen lapidaren Sätzen einen sehr bedeutenden Teil dessen, was gegen das Monopol vom allgemeinen und vom besonderen Standpunkt vorgebracht werden kann, zum Ausdruck. Dieser Teil seiner Anführungen lautet: „Die zwangsweise Erfassung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel ist eine große Last. Wir sind gründlich von dem Gedanken geheilt, daß durch eine staatliche Verteilung de Lebensmittel gerechte Zustände herbe geführt werden können. Jede Rationierur von Lebensmitteln trägt die Gefahr der Ungerechtigke in sich. Die Berücksichtigung der individuellen Bedür nisse ist nicht bis zum letzten möglich. Selbst wenn wi uns bemühen, gerecht abzustufen, den Schwerarbeitern und der heranwachsenden Jugend mehr zu geben als der anderen Bevölkerung, wenn wir den Unterschied zwische Stadt und Land machen und die Selbstversorger etwa besser stellen als die vom Staate Versorgten: es bleiben stets Ungerechtigkeiten; der eine bekommt für seinen Bedarf zu wenig, der andere hat übrig. Dazu kommen nur all die den gewöhnlichen Sterblichen unverständlichen Folgen der rückhaltlosen Erfassung aller Bestände. Es wird dem Landwirt unverständlich bleiben, warum ihm auch das minderwertige, das feuchte, das ausgewachsene, das zerschlagene Getreide genommen werden muß, das doch in Friedenszeiten ohne weiteres dem Vieh gegeben wird, und warum er statt dessen teuere andere Futtermittel kaufen muß. Die Landwirte werden stets darunter leiden, daß sie alles Getreide, das sie nicht selbst verzehren, abliefern und damit die hievon gewonnene Kleie aus der Hand geben müssen usw."

Wie man sieht, ist in diesen Sätzen wenn nicht alles, so doch ein großer Teil dessen enthalten, was vom Standpunkt der Staatsverwaltung, der Produzenten und der Konsumenten gesagt werden kann. Alles steht wohl nicht darin. Es findet sich zum Beispiel darin kein Hinweis auf die hohen Brotpreise, welche von dem Gedanken des Monopols unzertrennlich sind. Weiter fehlt in diesen Ausführungen jeder Hinweis auf die Existenzmöglichkeiten derjenigen zahlreichen Angehörigen des Handels, die sich bisher mit dem Getreidehandel, als dem größten Welthandelsartikel, befaßt haben und die in Deutschland mit 80.000 bis 100.000 Personen beziffert werden. Ueber diese zahlreichen Existenzen, deren Vernichtung zugleich den Entgang größerer Steuerleistungen und größerer Einnahmen für den Post- und Telegraphenverkehr und dazu die Proletarisierung vieler Angehörigen des Mittelstandes bedeuten würde, läßt sich natürlich auch nicht ganz gleichmütig hinweggehen, wenn auch leider die Tatsache besteht, daß Einzelschicksale selbst in größerer Anzahl gegenüber dem großen Schicksal der Gesamtheit nur leicht ins Gewicht fallen. Wir möchten uns auch mit diesem Gesichtspunkte, der in einer Eingabe des „Bundes Deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futter- und Düngermittelhändler" eingehend behandelt wurde, nicht weiter befassen und uns damit begnügen, lediglich die sachlichen Argumente des Herrn Michaelis zu betrachten.

Zur Frage der deutschen Valuta glauben wir ganz im allgemeinen, daß gerade Deutschland mit Hilfe seiner nach dem Kriege wieder zu erhoffenden industriellen Ausfuhr am schnellsten in der Lage sein wird, seine Valuta in Ordnung bringen zu können. In eine eingehendere Diskussion dieses Punktes möchten wir an dieser Stelle nicht eintreten. Bezüglich der Transportfrage aber können wir uns auf die Autorität des vorsitzenden Direktors der Hamburg-Amerika-Linie Albert Ballin berufen. Wie wir bereits berichtet haben, äußerte sich Herr Ballin in der Täglichen Rundschau über das Problem der Uebergangswirtschaft. Im Gegensatz zu der allgemeinen Auffassung, also auch zu der des Herrn Michaelis, ist Herr Ballin der Ansicht, daß die Schiffsraumfrage in der Uebergangswirtschaft eine untergeordnete Rolle spielt. Wird der Friede dem freien Spiel der Kräfte den Weg wieder öffnen und ist die Welthandelsflotte ihren Friedensaufgaben zurückgegeben, so wird nach einigen Monaten viel mehr Schiffsraum dem Weltverkehr zur Verfügung stehen als er erfordert. Ballin begründet diese Annahme mit den Schwierigkeiten und Hemmungen, die den Umfang des Weltverkehrs in der ersten Periode nach dem Kriege wesentlich verringern werden und nennt als solche Umstände die mangelnde Ausfuhr, die hohen Frachten, die teuren Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel und die ungünstigen Wechselkurse. Für Oesterreich-Ungarn ist das Problem, nach Ansicht Ballins, einfacher als für Deutschland, da die Verhältnisse in der Seeschiffahrt der Monarchie wesentlich einheitlicher seien. Da aber der Bezug über deutsche Häfen für die Monarchie immer eine erhebliche Rolle gespielt hat, ist diese an der Lösung, die das Problem in Deutschland finden wird, gleichfalls interessiert. Die verbündeten Reiche haben ein großes Interesse daran, daß die Schiffahrt baldmöglichst ihre freie Tätigkeit wieder aufnehmen könne, da sie es ist, die am raschesten und wirkungsvollsten zur Wiederherstellung einer günstigen Zahlungsbilanz beitragen kann. Für die Zukunft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist der schnelle und möglichst ungehemmte Wiederaufbau ihrer Linienschiffahrt von einschneidender Bedeutung. Die freie Schiffahrt und einen Teil der Tonnage der festen Linien wird man verständigerweise in eine Gemeinschaft bringen und unter Aufsicht eines Regierungskommissärs ihre Selbstverwaltung so wenig wie möglich antasten. Die Seeschiffahrt muß ihre alte Arbeit möglichst rasch und ungehemmt wieder aufnehmen können. Man darf sie über das allernotwendigste Maß hinaus nicht in Fesseln schlagen. Die Hauptaufgabe nach dem Kriege liegt in der großzügigen Förderung des Exports, da nur eine stark gesteigerte Ausfuhr die in völlige Unordnung geratene Valuta wieder einem normalen Stand zuzuführen vermag.

Diesem Gedankengang des Herrn Ballin glauben wir unsererseits nichts hinzufügen zu sollen. Herr Michaelis hat in seinen Erörterungen weiter noch darauf hingewiesen, daß die Ernten nicht nur in allen Nachbarländern, sondern auch in Amerika sehr zurückgegangen sind. Dies letztere ist in dem Sinne, wie es Herr Michaelis meint, nicht zutreffend. Richtig ist nur, daß die Ernten in der ganzen Welt, namentlich auch in den überseeischen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien und selbst in Australien, in diesen Jahren beträchtliche Minderergebnisse liefern. Es ist aber nicht richtig, daraus weitergehende Schlußfolgerungen zu ziehen. In den kriegführenden Staaten mögen die Minderergebnisse teilweise auch auf mangelhaftere Bearbeitung und Düngung der Felder zurückzuführen sein. In den überseeischen Staaten, die vom Kriege nicht unmittelbar berührt waren, ist dies aber durchaus nicht der Fall. Dort sind die diesjährigen schwächeren Ernten lediglich eine zufällige Erscheinung, die Folge ungünstiger Witterungsverhältnisse, was ja am besten durch den Hinweis auf die vorjährigen großen Ernten in den Vereinigten Staaten, Argentinien und ganz besonders in Australien bewiesen ist. Es kann also heute noch keineswegs gesagt werden, daß wir in der nächsten Kampagne mit schlechteren Ergebnissen in den überseeischen Ländern zu rechnen haben. Wohl aber darf man darauf hinweisen, daß die Produkte der nächsten Ernte, falls der Krieg bis dahin zu Ende ist, für unseren Wettbewerb leichter zugänglich sein werden, weil die Reduktion der englischen Tonnage die Ententeländer nötigen dürfte, ihre Bezüge in einem langsameren Tempo zu bewerkstelligen. Schließlich kann auch noch bemerkt werden, daß die Notwendigkeit von Rationierung in den ersten Jahren nach dem Krieg, wie sie Herr Michaelis meint, durchaus nicht auch die Notwendigkeit einer Monopolisierung des Handels bedeutet. Der freie Handelsverkehr läßt sich, wenn wirklich ein Bedürfnis für die Einteilung der Rationen bestehen sollte, ganz gut mit der vorläufigen Beibehaltung der Mehl- und Brotkarten vereinbaren. Denn für die Verbrauchsregelung genügt es ja, durch die Brotkarten dafür vorzusorgen, daß niemand für seinen Konsum mehr anschafft, als ihm zugestanden wird. Die Neigung zum „Hamstern" dürfte im Frieden, namentlich bei hohen Preisen, stark abnehmen. Und wenn einer oder der andere es doch zuwege bringen sollte, sich auf irgendeinem Nebenweg ein paar Kilogramm Mehl über seine Berechtigung hinaus anzuschaffen, so wird das im Frieden die Interessen der Gesamtheit nicht in so hohem Maße berühren, um die Lähmung der Berufstätigkeit von Hunderttausenden zu rechtfertigen, besonders wenn man sich vor Augen hält, wie unvergleichlich billiger der freie Handel arbeitet.

Neues Wiener Tagblatt
25. II. 1917

30

Die Zurückdrängung des Getreidehandels im Kriege.

Die Entwicklung der Marktverhältnisse im Verlauf des Krieges hat, wie bekannt, die Schaffung von Kriegszentralen auf den verschiedensten Gebieten des Warenumsatzes zur Folge gehabt, Einrichtungen, die als eine unabweisbare Notwendigkeit erschienen, um den Marktverkehr und die Preisbildung, wo es immer angängig ist, der staatlichen Beaufsichtigung und Regulierung zu unterordnen. Als unvermeidliche Konsequenz ergab sich die Zurückdrängung des Handels, welcher sich in normalen Zeiten zur Förderung des Warenverkehres in der Richtung einer legitimen Preisgestaltung als unentbehrlich erweist und eine volkswirtschaftlich durchaus begründete Funktion erfüllt, sofern die Handelsorganisationen und jeder einzelne darauf achten, spekulative Ausschreitungen sowie schädliche Preisexzesse nach unten und oben nicht aufkommen zu lassen. Diese letztere bedauerliche Erscheinung konnte, wie jeder Tag beweist, während des Krieges keineswegs ausgeschaltet und unmöglich gemacht werden, wogegen gerade der ehrliche, berufsbewußte Handel sich in seiner Existenz bedroht sieht. Anläßlich der gestrigen Konstituierung der Wiener Produktenbörse für das laufende Jahr kamen neuerdings die Klagen des in der Börse organisierten Getreidehandels zum Ausdruck, wobei gleichzeitig nicht unterlassen wurde, jede Gemeinschaft mit jenen Elementen zurückzuweisen, welche durch ungehörige Betätigung während des Krieges und gewissenlose Ausnützung einer sich darbietenden Konjunktur das Ansehen des soliden Handels untergraben und ihm schweren Schaden zufügen. In der Ansprache des Vorsitzenden in der gestrigen konstituierenden Versammlung der Produktenbörse, ersten Vizepräsidenten Kommerzialrates Kohn, wurde ausgeführt:

Die Hoffnungen, die wir alle hegten und denen der Herr Präsident zu Beginn des Vorjahres von dieser Stelle Ausdruck gab: die Hoffnung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden und auf die Wiederkehr normaler Verhältnisse, auf Wiederbelebung und Kräftigung des Handels in landwirtschaftlichen Produkten und der damit zusammenhängenden industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion, haben sich leider nicht verwirklicht, ja ihre Erfüllung erscheint durch die Ereignisse der allerletzten Zeit aufs neue in die Ferne gerückt. Dennoch dürfen und müssen wir die Zuversicht festhalten, daß die edle Friedensinitiative unsres jungen Herrschers, die wie ein Lichtblick das Düster der Gegenwart erhellte, segensreiche Früchte tragen wird. Gegen alle Widerstände muß sich der Gedanke Bahn brechen, daß die lebende Generation und mit ihr die Zukunft der europäischen Völker nicht durch endloses Blutvergießen zerstört werden, daß die geistige und wirtschaftliche Kultur von Jahrhunderten nicht einem wütenden Vernichtungskampfe zum Opfer fallen darf.

Wie der Soldat im Felde mit ungeminderter Begeisterung seine schwere Pflicht erfüllt, haben auch wir im Hinterland die Entbehrungen, die uns der Krieg auferlegt, die Beschränkungen unsrer Erwerbstätigkeit und Lebensführung als ein hartes, aber unvermeidliches Opfer zu ertragen. Leider müssen wir uns auch mit dem Gedanken abfinden, daß manche aus der Notwendigkeit des Augenblickes entstandene kriegswirtschaftliche Maßnahme ihren Zweck besser hätte erfüllen, empfindlich fühlbare Härten hätten vermieden werden können, wenn an der bewährten Ueberlieferung festgehalten worden wäre, daß bei einschneidenden wirtschaftlichen Verfügungen die Sachkunde, kaufmännische Erfahrung und die altbewährten Organisationen der beteiligten Interessentenkreise ausgiebig verwertet werden sollen. Hierin haben die an der Börse für landwirtschaftliche Produkte vereinigten Wirtschaftsgruppen besonderen Anlaß zu berechtigten Klagen. Durch eine kaum noch übersehbare Vielzahl von Verbotsnormen und Beschlagnahmsverordnungen — in die Ordnung und System zu bringen eine der wichtigsten Aufgaben des Ernährungsamtes bilden wird — ist, bis auf einen verschwindenden Rest, das ganze einstige Gebiet des börsenmäßigen Handels dem freien Verkehr entzogen, und soweit noch eine Betätigung der Kaufmannschaft grundsätzlich zulässig ist, wird sie auf Schritt und Tritt durch lokale Ausfuhrverbote, Durchfuhrverbote, Transporteinstellungen gehemmt.

Mit Bedauern müssen wir auch feststellen, daß der solide, legitime Handel, der altansässige Kaufmannsstand, sich entmutigt nahezu gänzlich vom Markte zurückgezogen hat und das Gebiet seiner legitimen Betätigung Elementen überlassen muß, die, durch den Krieg ans Tageslicht und in die Höhe gebracht, die Aussichten der Konjunktur bedenkenlos ausnützen und mit dem Odium ihrer durchaus nicht einwandfreien Tätigkeit den soliden Handel belasten. Gegen diese Zustände im großen wirksam anzukämpfen, scheiterte bisher an der Macht der Verhältnisse. Dennoch werden wir, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft unsre Pflicht erfüllen, indem wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln der Regierung und der Oeffentlichkeit klarzumachen suchen, daß die Erhaltung eines leistungsfähigen, pflichtbewußten Kaufmannsstandes, des unentbehrlichen Bindegliedes zwischen Erzeugung und Verbrauch und seiner in arbeitsreichen Jahrzehnten geschaffenen Einrichtungen zu den wichtigsten Aufgaben auch der Kriegswirtschaftspolitik gehört. Wenn der heißersehnte Friede errungen ist und mit ihm der freie Wettbewerb auf offenem internationalem Markte wiederkehrt, darf die ungestörte, zeitgerechte und bestmögliche Verwertung der Ueberschüsse der heimischen Erzeugung, die klaglose Bedarfsversorgung der konsumierenden Bevölkerung nicht daran scheitern, daß nur mehr die Ruinen des einstigen, wohlorganisierten Handels vorhanden sind.

* * *

In der gestern unter Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Kommerzialrates M. Kohn stattgefundenen konstituierenden Sitzung der Börse für landwirtschaftliche Produkte wurden mit Stimmeneinhelligkeit gewählt: zum Präsidenten Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller; zum ersten Vizepräsidenten Kommerzialrat Moritz Kohn, Firma M. Kohn, Wien und Crajova; zum zweiten Vizepräsidenten Kommerzialrat Franz Marzy, freiherrlich Drasche'scher Zentralinspektor, Wien; zum dritten Vizepräsidenten Kommerzialrat Johann Breunig, k. u. k. Hofbäcker; zum Kassenverwalter Börsenrat Ludwig Schwitzer, Kaufmann, Teilhaber der Firma H. Schwitzer u. Söhne, Wien.

Westungarischer-Grenzbote
28./I. 1917
38 9/28

Schurken.

Man errichte wieder Galgen im Lande!

In der alten Zeit, die im Zeichen des Statariums stand, erhoben sich überall diese Zeichen einer überstrengen Gerichtsbarkeit. Wir verurteilten sie, wir forderten ihre Entfernung und es war ein Triumph der neuen Zeit, daß sie fielen und nur dann errichtet wurden, wenn man sie nötig hatte. Es scheint aber, daß dieser Krieg, der so viele außerordentliche Erscheinungen gezeitigt hat, uns auch den Galgen wieder zu einem vertrauten Wegweiser auf allen Straßen machen soll. Wir werden dahin gelangen, zu fordern: errichtet mehr Galgen!

Um fünfzig Millionen seien in der letzten Zeit Waren verschiedener Art von den Händlern nach Wien verschleppt worden, erzählte man uns vor einigen Tagen. Zu Wasser und zu Lande ging der Transport durch Wochen und Monate und niemand hat ihn gesehen, niemand erkannte, was hinter diesem ungewöhnlichen Winterverkehr auf der Donau steckte. Und jetzt wird bekannt, daß auch ungeheure Mengen Baumwollwaren in den Möbelwagen von bekannten Budapester Spediteuren nach Wien geschmuggelt worden sind. Man schacherte diese Waren im ganzen Lande zusammen, meist auf dem Wege des Hausier- und Trödelhandels und zahlte dann für die Miete eines Möbelwagens bis zu 800 und auch 1000 Kronen, um sie außer Land zu bringen, wo diese alten Tuchreste und Fetzen in Fabriken zu neuem Tuch und Stoff verarbeitet werden dürften. Der Wert dieser Baumwollwaren soll allein bei 25 Millionen Kronen betragen. Die Schädigung des Landes, die durch diese Verschleppung verursacht wurde, ist eine gar nicht zu berechnende, denn es gibt zurzeit kaum einen kostbareren Stoff als Baumwolle. Der Gewinn aus diesem Handel von Patentpatrioten, der enorm ist, bedeutet eine Schädigung der gesamten Bevölkerung, denn wir werden die Ware, die aus diesen Rohstoffen erzeugt werden wird, um den zehnfachen Preis wieder zurückkaufen müssen. Was aber wird die Strafe der Händler sein? Man wird ihren Gewinn nicht kontrollieren und auch den Schaden nicht ziffermäßig feststellen können, den sie angerichtet haben. Die Gesetzesparagraphe werden sich als unzulänglich erweisen für eine gerechte Sühne gegenüber solchen Lumpereien.

Das Schlimmste aber, das uns in diesem Kriege treffen konnte, ist die Enthüllung, daß unsere Feinde sich mit Getreide ernähren, das auf ungarischem Boden gewachsen ist. Es gibt eine Gaunerbande im Lande, die einer solchen Tat des Vaterlandsverrates fähig war! Aber es gibt keine Galgen, an die man die Schurken hängen könnte Und der Reichstag ist beisammen und schwätzt und schwätzt. Er beschäftigt sich wohl auch mit den Trinkgeldern, die die Abgeordneten da und dort einstecken, wenn sie den Militärbehörden gewisse Lieferanten empfehlen, schließlich aber wird jeder für einen Gentleman erklärt, weil alle Parteien die gleiche Butter auf den Köpfen haben. Und es war nichts. Dieser Reichstag horcht nicht auf, wenn etwas so Ungeheuerliches festgestellt wird, wie dieser Getreideschmuggel nach Italien? Er unterbricht nicht die Sitzung und beschließt aus dem Stegreif ein Kriegsgesetz gegen Verbrecher, wie sie jetzt in Ersekujvar abgefaßt wurden? Auch diese Halunken setzt man bloß fest und verweist ihre Sache auf den gemächlichen Prozeßweg, wie die eines beliebigen Pferdediebes? Mehrere hundert Waggon ungarisches Getreide sind durch einen zwei Jahre andauernden Schmuggel als Zementwaren und Roßkastanien von Ersekujvar über Nyitra durch

Pester Lloyd
28./I. 1917

40

Kulturaufgaben in Rumänien und im Gebiete des Vierbundes.

Von Dr. Karl Wolff,
Mitglied des Magnatenhauses.

Budapest, 27. Januar.

Um der Bevölkerung des Vierbundes Brot zu sichern — mag der Krieg auch noch so lange dauern —, muß dem Anbau die größte Förderung zuteil werden. Der Anbau von Nahrungsmitteln, von Weizen, Mais, Kartoffeln, Gemüse usw. ist für die Sicherung des endgültigen Sieges ebenso wichtig wie die Erzeugung von Munition, die Fabrikation und Verwendung von Dampf- und Motorpflügen ebenso erforderlich wie die von Kanonen und Maschinengewehren, die Bereitstellung von Saatgut ebenso nötig wie die von Schießpulver, der Ackerbauminister von derselben Bedeutung wie der Munitionsminister. Dies gilt sowohl für die Stammländer der Vierbundmächte als auch für die von ihren siegreichen Truppen besetzten Okkupationsgebiete. Unter den letzteren steht Rumänien, das Land des Weizens und des Petroleums, obenan.

Was den Weizen- und Maisbau anbelangt, so erzeugt Rumänien, auch bei seinen zurückgebliebenen Bodenbearbeitungs- und Bewirtschaftungsmethoden, weit über den Bedarf seiner erbgesessenen Bevölkerung hinaus Getreide in Hülle und Fülle, und es ist in Europa eines der ersten Weizenexportländer. Es muß auch Exportland bleiben, aber nur für die Staaten des Vierbundes während des Krieges und vielleicht auch längere Zeit nach dem Kriege. Die Jahresproduktion von Weizen betrug — wir entnehmen diese Daten dem vom rumänischen Ministerium für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Domänen herausgegebenen Buche „Rumänien 1866 bis 1906 (Bukarest 1907) — während der Periode 1901 bis 1905 durchschnittlich 26,738.047 Hektoliter, im Jahre 1906 40,126.507 Hektoliter usw. Das mittlere Erträgnis eines Hektars erreichte in der Periode 1902 bis 1906 18·3 Hektoliter, im Vergleiche zu anderen, minder fruchtbaren Ländern Mittel- und Westeuropas, wo der Durchschnittsertrag des Hektars 20 bis 22 Hektoliter übersteigt, viel zu wenig. Durch sorgsamere Bearbeitung des Bodens, durch ausgedehntere Benützung des Dampf- und Motorpfluges, durch bessere Auswahl des Saatkornes, durch reichlichere Verwendung des Stall- und des künstlichen Düngers läßt sich die Produktion weiter steigern, und es könnten den Vierbundländern größere Exportmengen des rumänischen Getreides zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Anbauflächen Rumäniens können vermehrt werden. Ihre Zunahme in diesem Jahrhundert ist schon respektabel. Das Ackerland bedeckte in der Periode 1901—1905 durchschnittlich 5,236.332 Hektar, das ist 39·68 Prozent der Gesamtfläche des Landes; hievon entfallen auf Weizenfelder 1,681.467 Hektar (= 12·82 Prozent der Landesfläche?) und 2,089.573 Hektar (= 15·92 Prozent der Landesfläche) auf die Maiskultur, während das Ackerland im Jahre 1860 nur 2,494.220 Hektar (= 19·90 Prozent der Gesamtfläche) umfaßte. Trotz dieser bedeutenden Fortschritte, die nicht verkleinert werden sollen, darf nicht übersehen werden, daß noch große, wüst liegende Gebiete in Rumänien der Kultur erschlossen werden können. Das gilt vor allem von den ausgedehnten Sumpfgebieten an der Donau und ihren Nebenflüssen. Am linken Donauufer, unterhalb des Eisernen Tores bis zum Schwarzen Meere, breitet sich ein Sumpfboden von 891.232 Hektar aus. Davon sind 432.187 Hektar Seen, Sümpfe und Röhricht, 459.045 Hektar Ueberschwemmungsgebiet und allein 740.977 Hektar (= 83 Prozent) Staatseigentum; das Ueberschwemmungsgebiet umfaßt am Sereth 98.632, am Pruth 83,014, am Barlad 30.143, an der Moldau 16.619 Hektar usw. Allein an der Donau und an den Flüssen der Moldau ist die Ueberschwemmungsfläche 1,137.992 Hektar (= 8·6% der Landesfläche), wozu noch das Sumpf- und Inundationsgebiet an den Nebenflüssen der Donau in der Kleinen und Großen Walachei hinzukommt. Im großen ganzen sind die kleinen Anfänge, welche der rumänische Staat in den letzten Jahren zur Entsumpfung gemacht hat, von keinem Belange. Wie große Flächen — abgesehen von den Seen — können durch Schutzdämme gegen Ueberschwemmungen gesichert, durch Kanäle und Gräben zur Ableitung des Sumpfwassers, durch Ausbrennen des Röhrichts der Kultur dienstbar gemacht, zu fruchtbaren Aeckern, Wiesen und Weiden umgewandelt, die Gesundheitsverhältnisse durch die Beseitigung der ständigen Fieberherde verbessert werden. Wie leicht können gerade die großen Staatsländereien in den Sumpfgebieten zu neuem Siedelungsland, zu Bauernland umgestaltet werden, für welches ebenso wie für eine Million Hektar, die durch Enteignung eines Teiles des übergroßen Latifundienbesitzes der Bojaren gegen entsprechende, durch den Wertzuwachs amortisierbare Entschädigung in Bauernlose parzelliert werden können, die Anwärter unter den rumänischen Bauern der Walachei und Moldau, des Banats und Siebenbürgens, eventuell Kolonisten aus anderen Gegenden sich in reicher Anzahl melden würden.

Man wende dagegen nicht ein, daß diese Kultivierungsarbeit auf zu weite Sicht gestellt sei, daß sie die voraussichtliche Dauer der Okkupation des Landes und die nur auf das Schnellerreichbare zu richtenden Aufgaben der Okkupationsverwaltung übersteigen werde und daher ganz außer Betracht bleiben müsse. Abgesehen davon, daß das Schicksal Rumäniens ungewiß und die Frage: ob es weiterhin noch ein selbständiges Königreich sein wird, unentschieden ist, darf die Rücksicht auf den provisorischen Charakter und die Dauer der Okkupationsregierung die Inangriffnahme der Kultivierungsarbeit nicht hemmen, um so weniger, als die Kosten derselben aus den reichen Hilfsquellen des Landes bezahlt werden können und bezahlt werden müssen. Mag Rumänien auch nach dem Kriege wieder einen eigenen König erhalten, so wird es noch lange Zeit brauchen, bis die großen Schäden, welche der rumänische Verrat den Vierbundmächten an Gut und Blut, der meuchlerische Ueberfall Siebenbürgens, die Verheerung im eigenen Lande, die Zerstörung fremden Eigentums — man denke nur an den auf 400 Millionen Lei geschätzten Schaden der Privatbesitzer im Petroleumgebiet —, zugefügt hat, ersetzt sein werden. Der Ersatz und die Arbeit für die Leistung desselben werden unter der Kontrolle der Okkupationsverwaltung, auch neben einem neuen König, bestehen müssen; daher wird auch die Dauer der Okkupationsverwaltung voraussichtlich eine lange sein.

Eine der schwersten Aufgaben bildet die Nutzbarmachung des 47 Quadratmeilen großen Donaudeltas. Ein bedeutender Teil dieser Sumpf- und Röhrichtwildnis kann nach den von rumänischer Seite gepflogenen Untersuchungen durch Dämme gegen die häufigen Ueberschwemmungen geschützt und durch Ableitung der Wässer trocken gelegt werden, während der andere Teil dauernd unter Wasser bleiben und Seen für Fischzucht bilden könnte. Die Durchführung dieser Kultivierungsarbeit übersteigt die finanzielle Kraft Rumäniens, fällt aus dem Rahmen der Okkupationsverwaltung heraus und gehört, da sie mit der Erhaltung der Wassertiefe des Sulinaarmes, der Ausdehnung der Großschiffahrt auf den Georgskanal und Kiliaarm und überhaupt mit dem großen Komplex der Fragen der Donauregulierung zusammenhängt, in den Wirkungskreis der Donaukommission, die ihren Sitz naturgemäß in Budapest haben muß. Die Uferstaaten, welche, nach Ausscheidung der donaufremden Pariser Vertragsmächte, England, Frankreich und Italien, allein berechtigt sein müssen, die Donaukommission zu bilden und zu denen Rußland nach seiner Zurückdrängung von der Donaumündung in Zukunft hoffentlich nicht mehr gehören wird, werden nach einem einheitlichen Plane die großen Fragen der Herstellung einer Großschiffahrtstraße von den Donaumündungen bis Regensburg, der Nachregulierung am Eisernen Tore, der Vertiefung der Fahrrinnen, der Kanalverbindung der Vertiefung der Fahrrinnen, der Kanalverbindung und die Kosten teils allein, teils in Gemeinschaft zu tragen haben.

Ein sehr beachtenswerter Vorschlag ist diesbezüglich vom Regierungsrat Dr. Frielingshaus gemacht worden, der die Schaffung eines gemeinsamen Zoll- und Wirtschaftsfonds der Zentralmächte empfiehlt. In diesen Fonds würden die mit einer halben bis einer Milliarde Kronen gewiß nicht zu hoch geschätzten Zollerträge der Vierbundmächte fließen, die unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der Staaten in der Zollfestsetzung wohl auf die Verwendung ihrer Zölle für andere als wirtschaftliche Zwecke verzichten müßten, aber dafür eine reiche Quelle für eine großzügige, der sonst unvermeidlichen Erschöpfung der Steuerkraft entgegenarbeitende Volkswirtschaft sich erschließen würden. Aus einem solchen Fonds könnten die Baukapitalien, Unterstützungsgelder und billige Darlehen für Investitionen, wie Donauregulierung, Bau von Kanälen, von Brücken von internationaler Bedeutung, zum Beispiel einer den Bosporus überspannenden oder das bulgarische und rumänische Schienennetz bei Korabia an der Donau verknüpfenden Eisenbahnbrücke, die Verbindung der europäischen und asiatischen Küste bei Konstantinopel durch einen unterirdischen Tunnel, die Bewässerung Mesopotamiens, die Unterstützung von Seeschiffahrtlinien usw. gewährt werden. Der Einzelstaat kann über seine Zollfondseinlage, insofern sie für gemeinsame Investitionen nicht beansprucht wird, für eigene wirtschaftliche Zwecke, wie Straßen, Eisenbahnen, Flußregulierungen, Bergbau- und Erdölunternehmungen usw., selbständig verfügen.

Ein gemeinsamer Zoll- und Wirtschaftsfonds würde die Vierbundmächte auch nach dem Kriege mit einem festen Band, ohne Beeinträchtigung der Souveränität der Einzelstaaten, zusammenhalten. Für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses wird schon die nach dem Friedensschlusse fortdauernde Wühlarbeit der Raubstaaten der Entente unter ihrem englischen Häuptling sorgen; speziell Ungarn wird auch nach dem Kriege auf die unter der Asche fortglimmenden dakorumänischen und großserbischen Aspirationen ein scharfes Auge behalten müssen. Nur große Kulturleistungen des Vierbundes im Frieden werden den Feinden allmählich die Giftzähne ausbrechen.

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen.

Das zweite Getreidesemester.

Bekanntermaßen fielen die europäischen Ernten im Vorjahr mehr oder weniger unbefriedigend aus. Die Folge davon ist, daß die Knappheit an Getreidematerialien in allen Staaten unseres Erdteils immer stärker zur Geltung gelangt. Die beiden Mittelmächte, die seit Beginn des Weltkrieges von allen überseeischen Zufuhren abgeschnitten sind, erhielten in der Zwischenzeit einige Zuflüsse aus den besetzten russischen Gebieten und aus Rumänien, welches Land, bis zu seiner Beteiligung am Kriege, größere Lieferungsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossen hat. Die lange Dauer des Krieges und die Ungewißheit der Zukunft haben letztgenannte Staaten zur Organisation des Verbrauches bestimmt, und so schwierig die Durchführung aller einschlägigen Maßregeln auch ist und so schwerwiegend die Beschränkungen für die Konsumenten im Hinterland sind, haben sie bislang über die größten Nöte hinweggeholfen und werden, da die Zügel immer stärker angezogen werden, sicher auch das Durchhalten bis zur neuen Ernte ermöglichen.

In ungünstigerer Lage sind die feindlichen Staaten, also vornehmlich England, Frankreich und Italien, und mit ihnen die neutralen Länder Europas, denen hauptsächlich Norwegen, Schweden und Holland zuzuzählen sind. Diese Länder sind alljährlich auf große Bezüge aus fremden Produktionsgebieten angewiesen, womit es heuer aber aus mehrfachen Gründen seine Schwierigkeit hat. In erster Reihe haben nicht nur die amerikanischen Unionstaaten mit Kanada, sondern auch die erst 1917 erntenden Staaten Argentinien und Australien eine um 50 Prozent schlechtere Ernte als im Vorjahr eingebracht. Sie sind daher sämtlich nur insoweit exportfähig, als aus den Rekorderträgen des Vorjahrs Vorräte erübrigt werden konnten. Diese alten Bestände wiegen jedoch um so leichter, als der Verbrauch im allgemeinen gerade für Zerealien während des Krieges eine erhebliche Vermehrung erfahren hat. In zweiter Reihe kommt aber ferner für alle importbedürftigen Staaten Europas auf der Gegenseite nicht nur der Wegfall Rußlands und Rumäniens in Betracht, sondern auch der von den ungünstigen Ernteverhältnissen erzwungene Preishochstand aller einschlägigen Fruchtgattungen. Dieser Hochstand der Preise, unter denen die überseeischen Exportstaaten selbst zu leiden haben, erfährt eine weitere, bedeutsame Verstärkung durch die exorbitanten Seefrachttarife aus Mangel an Laderaum. Ob die indische Ernte, die im März-April fällig wird, einige Erleichterung, wenigstens für England, bringen wird, kann bezweifelt werden, da die Nachrichten über die Ernteaussichten vorerst widersprechend lauten.

In Chicago ist dieser Tage am Terminmarkt für Mais die Dollarnotiz erreicht und zeitweilig überschritten worden. Die Maishausse hängt zum Teil wenigstens mit den europäischen Verhältnissen zusammen, da die Zumischung von Maismehl zum Brot in England und das Erntedefizit von Mais in Italien großen Bedarf verursachen. In Argentinien ist die Maisernte in dem dafür wichtigen Norden des Landes durch Trockenheit bedroht, und da in den Vereinigten Staaten Amerikas die Ernteergebnisse von Mais auch schwache waren, steigert sich immer mehr das Interesse für den Artikel. Das Defizit der Welternte an Futtergetreide, das für die Staaten, exklusive Oesterreich-Ungarn und Deutschland, gewichtig in Betracht kommt, ist bekanntermaßen noch größer als an Brotgetreide.

Bedeutsam ist die Nachricht, daß seitens der amerikanischen Union, und zwar von den pazifischen Häfen, nach Australien Gebote für Weizen gemacht worden sind, die alle Aussichten haben, zu Abschlüssen zu führen. Damit scheint sich zu erfüllen, daß die Amerikaner zu viel exportiert haben und dieses Mehr vom Ausland holen müssen, womit sie Konkurrenten der Europäer, namentlich der Ententeländer, werden. Die Situation wird solcherart in den europäischen Ländern, vornehmlich aber in den Ententestaaten, immer schwieriger, und die Eingriffe der Regierungen werden immer nachdrücklicher, um der intensiven amerikanischen Spekulation, die ganz allein den Weltmarkt beherrscht, ein Paroli zu bieten. Wenn die Notlage der Importländer nicht noch größer ist, so besteht die Rettung in den Reserven aus der großen Ernte von 1915, aber bei alledem könnte im besten Falle von Nord- und Südamerika, von Australien und von Indien bis zum August auf einen Versand von 9¾ bis 10 Millionen Tonnen, wozu sich vielleicht noch aus Rußland über Archangelsk und aus verschiedenen kleinen Gebieten, möglicherweise gegen Ende Juli auch aus den Erstlingen der neuen amerikanischen Ernte größere Posten, alles zusammen etwa eine Million Tonnen, gesellen, so daß nicht mehr als 11 Millionen Tonnen im äußersten Falle an Weizen für den Weltbedarf zur Verfügung stehen, gegenüber einem Bedarf bei normalen Verhältnissen von 14 Millionen, der sich nur durch die äußerste Einschränkung und Streckung des Brotes auf 12 Millionen Tonnen ermäßigen ließe. Bei alledem würde eine Erschöpfung der Vorräte in der Welt eintreten, wie sie praktisch kaum durchführbar erscheint.

Die nächste Ernte ist, bei der Aufräumung aller Bestände, direkt eine Schicksalsfrage, und diese Frage bleibt offen bis in den August dieses Jahres. Ganz besondere Anstrengungen für die heurige und auch für die Ernte des Jahres 1918 macht England, das schon für das Wirtschaftsjahr 1917/18 Höchstpreise festgesetzt hat, die für Weizen 60 sh., für Hafer 38 sh. pro Quarter und für Kartoffeln 115 bis 130 sh. pro Tonne, je nach der Zeit der Lieferung, be-

Volkswirtschaft.

Landwirtschaftliche Mehrproduktion — eine Organisationsfrage.

Von **Béla Balkányi.**

Budapest, 1. Februar.

Die Notwendigkeit, die Staatseinkünfte zu erhöhen, war schon oft ein wirksamer Ansporn zur Erhöhung der Produktion. Es ist allgemein bekannt, daß der aufgeklärte Absolutismus der theresianischen und der josefinischen Zeit den Bauer in erster Reihe als Steuerzahler und nur dann als Menschen erkannte. Eine bedeutende Steigerung der Produktion ist auch in manchen Produktionszweigen, die der Konsumsteuer unterworfen sind, mit der Veränderung des Steuersystems Hand in Hand gegangen. Das fiskalische Interesse hat schon in manchen Produktionszweigen zu einer strammen Organisation der Gütererzeugung geführt. Es wäre daher irrtümlich, wenn wir außer den beiden Hauptfaktoren der landwirtschaftlichen Mehrproduktion, der Verbreitung der landwirtschaftlichen Fachkenntnisse und der Herbeischaffung des Betriebskapitals, die, jede für sich, die größte Aufmerksamkeit beanspruchen, auch einem dritten Faktor: der staatlichen Organisation der Produktion, nicht die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.

Daß wir auf diese erhöhte Produktion angewiesen sind, beweist hinreichend die Notwendigkeit, die Staatseinkünfte zu vermehren. Daß wir dazu auch imstande sind, beweisen die gewaltigen Unterschiede in den Produktionsergebnissen der höchst sorgsam bewirtschafteten und der extensiv bearbeiteten Felder. Wenn Einzelne imstande sind, ihre Erzeugung durch Tiefackerung, durch öfteres Durchlockern des Bodens, durch reichliche Benützung von Stalldünger und chemischen Düngemitteln, durch Samenauswahl, durch das Einschalten von Zwischenproduktion zu vermehren, so muß diese Möglichkeit — wenigstens theoretisch — allen gegeben sein. Es kommt lediglich auf Organisation, Kapital und Fachkenntnisse an. Von diesen Faktoren hängt die Vermehrung unserer landwirtschaftlichen Gütererzeugung ab. Den größten Nachdruck sollte man unseres Erachtens auf die Organisationsfrage legen. Daß man mit Kapital und Fachkenntnissen die Produktion vermehren kann, steht außer Zweifel. Aus diesem Können sollte jedoch ein Müssen werden, es dürfte nicht mehr allein vom freien Entschluß, vom individuellen Gutdünken der Einzelnen abhängen, welche Früchte sie aus ihrem Besitze herauszuwirtschaften geneigt sind. Eine Einschränkung der individuellen Freiheit ist in dieser Hinsicht ebenso am Platze, wie heute niemand mehr eine Verletzung der individuellen Freiheit darin erblickt, daß der Herr nicht mehr, wie im klassischen Altertum, über Leben und Tod seines Dieners frei verfügen kann.

Die wirtschaftspolitische Auffassung der liberalen Schule lautet, jeder ist in seinem eigensten Interesse bestrebt, das höchste Ergebnis aus seinem Betriebe herauszuholen. Die Tatsachen widersprechen jedoch dieser Auffassung. Nicht der größte Güterertrag von seinem Felde ist jedermanns Wunsch. Der Besitzer will in seinem eigensten Interesse nur den möglichst größten privatwirtschaftlichen Ertrag, das höchste Reineinkommen mit so wenig Mühe und Opfern erreichen, als dies überhaupt möglich ist. Nicht mehr Weizen, mehr Milch und Fleisch ist das Losungswort eines jeden praktischen Landwirtes, sondern ein höheres Einkommen aus seinem Gute. Ein Unternehmen, welches immer es auch sei, das Einstellen von Vieh, der Kauf von Maschinen oder Geräten, das Mieten eines Dampfpfluges usw. ist für den Besitzer nur dann lohnend, wenn er mit dieser Neuanlage nicht nur auf seine Kosten kommt, sondern auch die Aussicht hat, für seine Mühe und Opfer einen Gewinn zu erreichen. Die beiden Möglichkeiten, Mehrproduktion und Mehrgewinn, sind keinesfalls identisch. Es kann eine Mehrproduktion vom volkswirtschaftlichen Interesse ungemein wichtig sein, deren Zweckmäßigkeit dem Besitzer aus privatwirtschaftlichem Standpunkte sehr fragwürdig erscheint.

Es wurde daher von radikaler, jedoch dem Wirtschaftsleben fernstehender Seite die Idee aufgeworfen, daß man in der Landwirtschaft auch den Produktionszwang einführen sollte, damit der Besitzer gezwungen sei, aus seinem Felde auch gegen seinen Willen einen größeren Ertrag herauszuholen. Daß ein Produktionszwang in dem Sinne möglich ist, daß ein Ladenbesitzer seinen Laden nicht zusperren darf, daß ein Gutsbesitzer sein Feld ackern muß, steht außer Zweifel, daß jedoch ein Produktionszwang auch in dem Sinne möglich wäre, daß ein Besitzer gezwungen werde, Kredit in Anspruch zu nehmen, Fachkenntnisse zu erwerben, die Milchwirtschaft oder die Viehmastung einzuführen, kann man sich nicht leicht vorstellen. Eine Mehrproduktion, die gleichzeitig auch eine Zwangsproduktion sein soll, ist unseres Erachtens eine Unmöglichkeit.

Den Gegensatz, der nicht unbedingt vorhanden sein muß, der jedoch — zwischen Produktionsinteresse und Produzenteninteresse — vorhanden sein kann, kann man nur durch weitgehende Organisation und durch eine zielbewußte Mehrproduktionspolitik ausschalten. Die freie Verfügung des Besitzers über seinen Grund und Boden soll weiter aufrecht bleiben. Der heilige Bürokratius soll niemand vorschreiben, wie er und was er zu produzieren hat. Doch gibt es Möglichkeiten, den Besitzer für seine Bemühungen, eine größere Fechsung aus der Erde hervorzubringen, zu belohnen, für seine Opfer zu entschädigen. Es ist eine Politik denkbar, die den Besitzer nicht juristisch, sondern wirtschaftlich zwingt, mehr zu erzeugen.

Auf offenem Markte gab es bis jetzt keinen Preisunterschied zwischen einem Produkte, das höchst extensiv,

10 Heller
in Wien.
Montagmittagsblatt 8 h

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 60 h,
monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen:
Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn:
Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Bazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58344
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83128
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Lacknergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

tung

sterreich.

hr nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Arbeiterzeitung

Halbschlächtigkeit und Versäumnis.

Die ersten Monate des Kalenderjahres sind auch in Friedenszeiten der Volksernährung nicht günstig, zumal wenn ein harter Winter zur mageren Küche die frostige Stube fügt. In diesem Jahresanfang gestaltet sich die Lebensmittelversorgung besonders schwierig. Anhaltender Frost von unerwartet langer Dauer hat die an sich viel zu geringen Kohlenvorräte der Städte rasch gelichtet, Waggons und Fuhrwerk sind spärlich, auch an Arbeitskräften wie an Kraft für Arbeit fehlt es. Die dicke Eisdecke behindert den Fischfang und verscheucht das gezüchtete Gartengemüse von den Märkten, die harten Fröste verbieten jeden Kartoffeltransport und selbst das Oeffnen der Mieten. Ein Vorurteil für die Mieten hat unsere Städte an der Lagerung von Kartoffeln in Kellern verhindert, obschon eine solche Aufbewahrung jeder Landwirt, der über kühle und trockene Keller verfügt, weitaus vorzieht. All diese Umstände vereinigen sich, um uns einen „Winter des Mißvergnügens" zu bereiten, wie ihn die Lebenden selten durchlebt haben.

Wären diese Umstände die einzigen, so müßten wir uns auf Beschwerden gegen die Naturgewalten beschränken, und diese sind müßig und entnerven bloß ohne jeden Nutzen. Es gibt indessen auch Beschwerden, die fruchtbar sind, weil sie auf Aenderung der Dinge, Verbesserung der Methoden und Belehrung der Menschen abzielen und hinwirken. Sie betreffen Versäumnisse — man stellt sie mit Nutzen fest, weil sie, in aller Freiheit erörtert, in Hinkunft verhütet werden. Man denke nur an den jetzigen Kartoffelmangel. Als im Herbst das aufgestellte lückenlose Kartoffeltransportprogramm über den Haufen geworfen worden war durch das Unwetter, die Verspätung der Einbringung, durch das Ausbleiben der Anfuhr zur Abgangsstation, wo die leeren Waggons vergebens warteten, als das Uebel schon erkannt war, beriet das neue Direktorium des neuen Volksernährungsamtes sofort die Kartoffelfrage und gab den Rat, zwar noch an frischen Kartoffeln zu verfrachten, was anging, zugleich aber für die Kartoffeltrocknung auf jede Weise vorzusorgen: sowohl im Herkunftsgebiet wie in den Konsumzentren, wo Vorrichtungen zur sofortigen Trocknung gefrorener einlangender Kartoffeln eingerichtet werden sollten. Die gefrorene Kartoffel geht nämlich nicht zugrunde, wenn sie sofort im Auftauen auch getrocknet wird. Man konnte damals und noch lange später im Volksernährungsamt zu keinem Entschluß kommen. Von manchen Seiten wurde ins Feld geführt, daß das Publikum die frische Kartoffel halt doch viel lieber habe, daß Kartoffelschnitten und Kartoffelscheiben halt doch kein sehr schmackhaftes Nahrungsmittel seien, daß die Sache doch auch viel Geld koste. Heute aber wäre ganz Wien höchst zufrieden, wenn es solche Schnitten und Scheiben hätte!

Niemals hat man in der überlangen Zeit des Regimes Stürgkh der Trockenindustrie die gebührende Beachtung gezollt und nur zwei überaus milde Winter haben dieses Regime vor dem Offenkundigwerden dieses Versäumnisses verschont. Jetzt im dritten Kriegsjahr brechen die Uebel auf. Es ist uns ganz einerlei, wo die Schuld liegt, am damaligen Ackerbauministerium, das die Trocknung nicht betrieb, oder am Finanzministerium, das die Geldmittel verweigerte, oder an beiden. Genug daran, wir traten in diesen Winter ohne ein ganzes System von Trockenanlagen ein, und als das Volksernährungsamt seine Wirksamkeit aufnahm, fehlte es auch ihm noch geraume Zeit an Entschlußkraft. So haben wir denn jetzt die Kartoffelkrise.

Es ist nur ein Beispiel für viele. Eben jetzt werden, wie schon gemeldet, die behördlichen Requisitionen des Brotgetreides in Niederösterreich abgeschlossen und ihr Ergebnis ist allen Volkskreisen bekannt, man braucht also darüber nicht zu reden. Der aufgebotene Apparat war endlich kraft- und eindrucksvoll. Aber wenn man die Entschlossenheit aufgebracht hätte, gleich nach der Ernte die Hälfte, ja nur ein Viertel der Energie aufzubieten, so hätte man das Doppelte, das Vier- und Zehnfache leichter erzielt. Umsonst haben im jetzt verschollenen Kriegsgetreidebeirat unsere Vertreter gefordert, man soll das abfuhrpflichtige Getreide sofort abführen oder wenigstens abwägen und absondern, damit es als Staatseigentum deutlich erklärt und seine Verwendung als strafgesetzlich zu ahndendes Eigentumsdelikt empfunden werde. Aus Verängstigung vor agrarischem Aufbegehren hat man es nicht getan. Umsonst hat man in jenem Beirat gefordert, daß man auch die Selbstversorger auf Wochenrationen an Brot und Mehl setze, damit sie nicht versucht werden, bis zum Mai aufzuessen, was sie bis zum August benötigen — wer wird dann die Versorgung der Selbstversorger übernehmen? Man hat das aus gleichem Grunde nicht getan und gegen das Verfüttern und Aufessen nichts vorgekehrt. All die vorgeschlagenen Maßregeln wären milder gewesen als das, was heute geschehen muß, was jetzt nicht mehr oder wenigstens schwer in einfacher Weise zu bewerkstelligen ist. Das Landvolk mag sich jetzt bei jenen seiner Vertreter bedanken, die ihm das Lot ersparen wollten und damit das Pfund geopfert haben. Mit dieser kleingeistigen Rücksichtsmeierei hat das Regime Stürgkh vom ersten Tage an unser ganzes Getreideregime belastet und leichter ist ein großer und arger Teufel auszutreiben als der Geist kleinlicher Bedenklichkeit!

Schlimmer noch steht es mit der Vieh- und Fleischfrage, in der volle zwei Jahre ganz versäumt worden sind und heute noch der übermächtige Einfluß des Ackerbauministeriums den Abbau der für den Ackerbau selbst wie für die ganze Ernährungspolitik ruinös hohen Viehpreise hindert und jede Verbrauchsregelung vereitelt. In diesem Punkte halten wir noch so weit zurück, daß nicht einmal das Uebel noch gesehen, geschweige denn zugegeben wird, und das wird solange währen, bis eines Tages die Folgen über uns alle und über die Landwirte hereinbrechen werden. In dem Wettkampf um die Ackerfrucht und den Ackerboden, der heute zwischen Mensch und Haustier tobt, bleibt das Haustier Sieger: Erst verzehrt es, was der Acker an Brotfrucht getragen, dann nimmt es den Acker in Beschlag und fordert den Anbau von Futtermitteln. So überhegen wir auf Kosten des Menschen seit geraumer Zeit den Viehstand. Die Bourgeoisie — in der Zeit der Fremdwörterflucht könnte man das Wort auch mit „fleischessende Klasse" übersetzen — fühlt sich bei dem System reichlichen Vorbehaltgenusses ganz wohl und spricht in ihrer Presse von der gebieterischen Notwendigkeit eines Wirtschaftswandels nicht. So wird der Zustand fortgeschleppt, bis eines Tages die Ackerfrucht alle ist. Wir werden dann lange noch nicht am Rande sein, denn dann wird eben der Viehstand auf Grund niederer Preise und einer Verbrauchsregelung herhalten müssen und der gemeine Mann wird eben Fleisch essen alle Tage! Den Körnerboden wird eben dann schlecht und recht wiederherzustellen haben das letzte Mittel, der Anbauzwang! Die Landwirte werden ihre kurzsichtige Politik dann bezahlen durch Schaden und durch Zwangspflicht.

In großen Dingen gibt es eben kein schlimmeres Laster als Halbschlächtigkeit. Mit halbschlächtiger Rücksichtsmeierei haben sich unsere Gemeinden als Freunde der Gastwirte aufgespielt, indem sie ihnen bei der Brotverrechnung solange durch die Finger sahen, bis ihnen die Brotabgabe ganz ver-

Volkswirtschaft

[illegible] und kaufmännische Interessen.

Der Frühjahrsanbau.

Im Verlaufe des Weltkrieges konnte jedermann die Wichtigkeit der Getreide-, ja der gesamten Bodenproduktion kennenlernen. Hing doch die Ernährung von der heimischen Ernte ab, da die beiden Mittelmächte von Importen durch die kriegerische Konstellation völlig ausgeschlossen wurden. Zudem wollte es das Geschick, daß gerade in dieser Kriegszeit, die die Ernten von 1914, 1915 und 1916 umfaßt, bald in den Brotfrüchten, bald in allen Futtergewächsen nur Mindererträge eingebracht werden konnten, um die Lage noch bedrohlicher zu gestalten. Die mannigfachsten Maßregeln waren nötig, um auf Basis rationeller Organisationen den Lebensunterhalt in den primitivsten, aber unbedingt nötigsten Lebensmitteln zu beschaffen, und nur mit dem Hineinfinden der Bevölkerung in die weitestgehenden Einschränkungen war das Durchhalten bislang möglich. Auch das Vieh, das im übertragenen Wirkungskreis zu einem großen Teil menschlicher Ernährung dient, litt unter dem Mangel in qualitativer und quantitativer Beziehung und damit nochmals die Gesamtheit.

Nun gelangen wir in Kürze in das Vorstadium der neuen, der heurigen Ernte, die nicht minder bedeutsam die Zukunft entscheiden helfen wird. Der Anbau der Winterfrüchte, also von Weizen und Roggen, noch vorher von Raps, konnte im Herbst unter günstigen Bedingungen geschehen und wurde in um so ausgedehnterem Umfang vollzogen, als mildes Wetter lange genug anhielt, um allen dafür zur Verfügung stehenden Boden in beiden Reichshälften zur Bearbeitung heranzuziehen. Reichliche Feuchtigkeit ließ die Pflanzen kräftig einwurzeln, und als sich im Januar starke, ja ungewöhnliche Fröste einstellten, waren ihnen reichliche Schneefälle vorausgegangen, die den Saatenstand vorzüglich deckten und schützten. Mit Aufwand aller Kräfte wurden alle Feldarbeiten geleistet und nicht bloß im eigenen Gebiet des Vierbundes, sondern auch in dem okkupierten feindlichen Anbauareal, das, da inzwischen ein großer Teil Rumäniens dazu gekommen ist, solcherart eine gar nicht unbeträchtliche Zunahme gegen das Vorjahr erfahren hat. Gelangen die Felder glücklich aus dem Winter und erzielen wir in der Monarchie zumindest eine Durchschnittsernte, so ist bei der Drosselung des Verbrauches in den Brotfrüchten die heimische Ernährung schon für die nächste Periode gesichert. Selbst über etwaige mäßige Auswinterungen oder lokale Ueberschwemmungen im Frühjahr braucht man im Falle nicht allzusehr zu erschrecken, da etwaige Schäden durch Frühjahrsanbau repariert werden können.

Die Landwirtschaft hat im Kriege erhöhte Pflichten, und die Behörden werden bei den nun bevorstehenden Frühjahrsanbauarbeiten unbedingt ebenfalls weitestgehende Unterstützung leisten und Feldarbeiter, eventuell Gefangene, Gespanne, nötiges Saatgut beistellen, um auch beim Frühjahrsanbau jeden Fleck Kulturland in Verwendung zu nehmen. Im März, bis dahin ist ja mit Rückkehr normaler Frühjahrstemperatur zu rechnen, sollen diese Arbeiten mit der Aussaat von Gerste und Hafer ihren Anfang nehmen, in einer etwas späteren Zeitperiode kommen in Oesterreich von den Massenartikeln Kartoffeln, in Ungarn Mais an die Reihe. Wenn diese Hauptfruchtgattungen der Erde übergeben sind, kommen dann alle Arten Hülsenfrüchte (Erbsen, Linsen, Bohnen), ferner Hirse, Haidekorn, Mohar und derlei verschiedene Spezialartikel mehr dran, denn alle diese Produkte sind nötig, entweder der menschlichen Ernährung zu dienen, oder um die Viehhaltung, die ja zu der menschlichen Subsistenz nicht zum wenigsten beiträgt, sicherzustellen.

Hat die Landwirtschaft bei uns und in Deutschland, wie es zu erwarten ist, ihre Pflicht getan und damit auch ihren eigensten Interessen gedient, so hängt alles weitere von dem Gang der Witterung ab. Welchen unbedingten Einfluß das Wetter ausübt, hat die jüngste Vergangenheit bewiesen. Sind doch die Defizite der Ernten der letzten Jahre ausschließlich Wetterunbilden zuzuschreiben. Bald war es zu kalt, wenn es warm sein sollte, bald zu heiß, wenn Kühle angezeigt gewesen wäre, oder es war zu trocken, und ebenso unzeitig fielen allzureiche Niederschläge. Das Erntejahr 1915/16 war in dieser Beziehung ein außergewöhnlich unglückliches, weil

Vossische Zeitung
17. II. 1917
63

Der neue Wirtschaftsplan für die Ernte 1917.

Höhere Getreidepreise. — Herabsetzung der Viehpreise. — Das Programm der landwirtschaftlichen Hochschullehrer.

In diesen Tagen waren in Berlin eine größere Anzahl Hochschullehrer für landwirtschaftliche Betriebslehre versammelt, um angesichts der entscheidenden Bedeutung, die der Förderung und richtigen Verwendung der landwirtschaftlichen Erzeugung gebührt, zu der Frage der künftigen Preisgestaltung Stellung zu nehmen. In den einzelnen Beratungen, an denen die Professoren Aereboe-Breslau, Brinkmann-Bonn, Fröhlich-Halle, Gisevius-Gießen, Hansen-Königsberg, Hollmann-Berlin, Kirchner-Leipzig, Schnieder-München, v. Seelhorst-Göttingen, Wagner-Weihenstephan, Warmboldt-Hohenheim teilnahmen, wurde im Interesse einer gesunden Entwicklung unserer Landwirtschaft vor allem die Stetigkeit der Preise gefordert. Diese Forderung hat zur Aufstellung einer Reihe bemerkenswerter Leitsätze geführt, die alle einschlägigen Fragen volkswirtschaftlich bis ins Einzelne behandeln. Wir lassen zunächst die Leitsätze folgen:

I. Im allgemeinen:

Das erste Ziel ist die möglichste Vermehrung der Bodenerzeugnisse durch volle Sicherung der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Der Aufrechterhaltung, oder womöglich Vermehrung der Gesamterzeugung sind durch den Mangel an erfahrenen Betriebsleitern, durch die Knappheit der menschlichen und tierischen Arbeitskräfte und des Kunstdüngers enge Schranken gesetzt.

Das Recht und die Pflicht der Kommunalverbände, zur Bestellung geeignetes Land, das der Besitzer nicht bestellen kann oder will, anderweit bebauen zu lassen, muß beibehalten werden. Ein darüber hinausgehender Anbauzwang verbietet sich bei der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes. Er würde im Kriege noch verhängnisvoller wirken als im Frieden.

Für die Ernährung der Tiere dürfen Körner und Hackfrüchte in ländlichen und städtischen Betrieben nur in soweit beansprucht werden, wie es nach Deckung des unbedingten menschlichen Ernährungsbedarfes möglich ist. Unter den Tieren geht das Arbeitsvieh vor. Schafe und Rinder müssen in solcher Zahl gehalten werden, wie es zur wirtschaftlichen Ausnutzung der nicht oder nicht mehr für menschliche Nahrung geeigneten Bodenerzeugnisse zweckmäßig ist. Die tierische Höchsterzeugung kann nicht durch möglichst große Bemessung, sondern durch richtige Abgrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden. Die Schweinehaltung erschwert am meisten die Verhinderung widerrechtlicher Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel. Die Anpassung der Schweinezahl an die dafür verfügbare Futtermenge ist also unter Berücksichtigung des Weide- und Abfallfutters besonders wichtig.

Die vorstehenden Ziele sind nicht nur durch Zwangseingriffe, sondern in erster Linie durch eine sachgemäße Preisgestaltung für alle Erzeugnisse des Bodens und der Tierhaltung zu erreichen. Die jetzige Preisgestaltung hat sich im Laufe der Kriegszeit in völlig unrichtiger und auf die Dauer verhängnisvoller Richtung entwickelt. Indem man bei niedriger Preisfestsetzung von Brotgetreide und Kartoffeln die Preisentwicklung der tierischen Erzeugnisse, vor allem des Fleisches, zu lange frei laufen ließ und erst spät durch Höchstpreise regelte, hat sich das falsche und verhängnisvolle Preisverhältnis entwickelt, dessen alsbaldige Berichtigung notwendig ist.

Die gesamte Preisbemessung muß so erfolgen, daß das Hauptziel, die Beschaffung möglichst ausreichender Nahrungsmittel für die Menschen, erreicht wird. Sie ist derart zu gestalten, daß auch für Betriebe in besonders ungünstiger natürlicher und wirtschaftlicher Lage, sowie für die von Frauen geleiteten, von Arbeitskräften stark entblößten Betriebe, eine die Lebensfähigkeit gewährleistende Rente sich ergibt. Daß dabei besonders günstig liegende Betriebe eine höhere Rente als unbedingt notwendig wäre, erzielen, ist unvermeidlich.

Eine höhere Festsetzung der gesamten Preislage, als hiernach erforderlich, ist unzulässig. Die freie Preisbildung für einzelne wirtschaftliche Haupterzeugnisse ist unmöglich, weil sie für weite Volkskreise zur unerträglichen Ueberteuerung führen muß. Die Politik des Anreizes ist zu verwerfen. Nur der Anbau besonders notwendiger und im Frieden zurücktretender Früchte (Oelfrüchte, Hülsenfrüchte, Gespinstpflanzen) ist zur Deckung des Mindestbedarfs durch verhältnismäßig günstige Preisbemessung zu fördern.

II. Im einzelnen:

Die verschiedenen Preis- und Ablieferungsbedingungen für Hafer und Gerste sind betriebs- und volkswirtschaftlich unberechtigt. Sie benachteiligen die ohnedies in ihrer Leistungsfähigkeit am meisten gefährdeten ärmeren Bodenarten und müssen durch gleiche Behandlung beider Fruchtarten beseitigt werden. Die jetzige Preishöhe ist ungefähr beizubehalten. Der Roggen- und Weizenpreis ist dieser Preishöhe anzupassen.

Hiernach sind folgende Getreidepreise für die nächste Ernte angemessen, zur Erreichung der unter 5 aufgestellten Ziele aber auch unbedingt erforderlich:

für Roggen	260	M.	je	Tonne,	bisher	220 M.
„ Weizen	300	„	„	„	„	260 „
„ Gerste	270	„	„	„	„	320 „
„ Futtergerste	260	„	„	„	„	280 „
„ Heereshafer	270	„	„	„	„	270 „
„ Hafer	260	„	„	„	„	270 „

Die heute geltenden Preise erscheinen für Hülsenfrüchte angemessen. Für Oelsaaten erscheinen die für den Herbst festgesetzten Preise angemessen.

Unter Berücksichtigung eines Roggenpreises von 260 Mark ist ein Zuckerrübenpreis von 40 Mark zu niedrig, ein solcher von 50 Mark je Tonne angemessen. Der Zwang zum Anbau einer bestimmten Fläche führt nicht zum Ziel.

Der diesjährige Kartoffelpreis ist zur Aufrechterhaltung der Erzeugung ungenügend. In Westdeutschland steht er zum Teil noch unter dem Friedenspreis der Winterkartoffel. In Ostdeutschland ist er zwar erheblich höher als dieser, aber er berücksichtigt nicht voll die schweren Nachteile, die dort die Ablieferung der normalerweise zur Aufrechterhaltung der eigenen Wirtschaft erforderlichen Kartoffeln den meisten östlichen Betrieben bringt. Angemessen erscheint für ganz Deutschland ein Mindestpreis von 100 Mark die Tonne im Herbst mit der Berechtigung der Landeszentralbehörden, in Gebieten mit besonders hohen Friedenskartoffelpreisen den Preis in angemessenen Grenzen darüber hinaus zu erhöhen. Im ganzen Reiche ist den Landeszentralbehörden die Regelung der Frühjahrskartoffelpreise zu überlassen.

Reichliche Gemüsepreise sind schon bei dem großen Arbeitsbedarf dieser Früchte geboten. Eine Gefährdung des Anbaues anderer nötiger Früchte durch Gemüsebau ist nicht zu befürchten, im Gegenteil ist eine möglichste Ausdehnung des Gemüsebaues erwünscht.

Kohlrüben (Wruken) und Runkelrüben werden überwiegend zur Verfütterung im eigenen Betriebe erzeugt. Ein Höchstpreis muß aber zur Vermeidung unerwünschten Wettbewerbs mit Kartoffeln und Zuckerrüben festgesetzt werden. Angemessen erscheinen folgende Preise ab Hof mit der Möglichkeit der [illegible]en Preiserhöhung für bestimmte Gebiete wie bei Kartoffeln:

Wruken (Kohlrüben, Steckrüben)	30	Mk.	je	Tonne,	bisher	50 Mk.
Futterrüben	25	„	„	„	„	36 „
Futtermöhren	40	„	„	„	„	80 „

Ein mäßiger Preis für die käuflichen Kraft- und Ersatzfuttermittel, nötigenfalls mit Reichszuschüssen, ist nötig, um die großen Schwankungen in den Kosten der Hervorbringung der Vieherzeugnisse zu vermeiden.

Die Preise für Schlachtrinder sind im Vergleich zu den Preisen der Bodenerzeugnisse zu hoch. Dadurch ist auch eine vom landwirtschaftlichen Standpunkt bedenkliche Steigerung der Preise für Zucht- und Magervieh hervorgerufen. Da für dieses Höchstpreise nicht durchführbar sind, kann die Minderung dieser Preise nur mittelbar durch Herabsetzung der Schlachtviehpreise erfolgen. Ein verhältnismäßig hoher Preisstand ist trotzdem beizubehalten, weil durch Wegfall eiweißreicher Kraftfuttermittel eine starke Verminderung und Verteuerung der Erzeugung eingetreten ist. Gegenüber dem heutigen mittleren Höchstpreis von 195 Mark für den Doppelzentner erscheint ein mittlerer Preis für Schlachtrinder von 165 Mark angemessen.

Die Preise für Schlachtschafe sind aus den gleichen Gründen zu hoch. Da die Schafhaltung, insbesondere des dringenden Wollbedarfs wegen, der Förderung und Ausbreitung bedarf, müssen die jetzigen Wollpreise für mindestens drei Jahre zugesichert werden. Für Schlachtschafe ist ein mittlerer Höchstpreis von 165 Mark für den Doppelzentner angemessen.

Auch die Schweinepreise sind zu hoch. Die Herabsetzung der jetzt geltenden Preise der Schlachtschweine unter 80 Kilogramm um 20 v. H., über 80 Kilogramm um 25 v. H. erscheint geboten.

Die Fettschmilchpreise sind infolge der außerordentlichen Knappheit eiweißreicher Futtermittel in den meisten Gebieten erheblich zu niedrig. Die Butterpreise sind im Verhältnis zu den bisherigen Milchpreisen, wenn man den höheren Wert der Magermilch in Betracht zieht, verhältnismäßig hoch. Die Frischmilchpreise bedürfen daher einer erheblichen Erhöhung, die allerdings erst zur Winterfütterungsperiode einzutreten braucht, da im Sommer die Erzeugungskosten durchschnittlich erheblich niedriger sind. Unter Berücksichtigung des höheren Wertes der Magermilch ist der Butterpreis so festzusetzen, daß die Milchverwertung bei Butterherstellung nicht vorteilhafter als beim Frischmilchverkauf wird. Hiernach ist für das Berliner Preisgebiet 30 Pfennig ab Hof für 1 Liter Vollmilch angemessen.

Für die übrigen Gebiete haben die Landeszentralbehörden eine angemessene Heraufsetzung der Milchpreise vorzunehmen.

* * *

Das sehr Bemerkenswerte an diesen Grundsätzen ist, daß sie für unsere gesamte Kriegsernährungsorganisation im gewissen Sinne einen Wechsel des Systems bedeuten. Werden sie in die Tat umgesetzt, so wird zum erstenmal die staatliche Aufsicht und Regulierung des Ernährungswesens für das ganze Reich einheitlich und an der Wurzel anpackend versucht. Diese Absicht kommt zweifellos einer seit langem deutlich sichtbaren Strömung im ganzen Volke entgegen, die an dem bisherigen System Einheitlichkeit und Konsequenz vermißte. Was bisher durch Hunderte von Verordnungen angestrebt, leider aber nur zum Teil erreicht wurde, glich allzu oft dem Versuch, das Pferd von hinten aufzuschirren. Die Ernährungspolitik, die zunächst vom Bundesrat allein, später vom Kriegsernährungsamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat getrieben wurde, war — und das ist bei der Neuheit und großen Schwierigkeit des ganzen Problems durchaus verständlich — von dem Wunsch beherrscht, bald der Stimmung in diesem, bald der Stimmung in jenem Teil der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die Wirtschaftspolitik geriet durch den Einfluß dieser Gefühlspolitik mehr und mehr auf die Bahn, die einzelnen Gebiete des Ernährungswesens für sich zu regulieren, ohne der Rückwirkung der Verordnungen auf das Ganze Rechnung zu tragen.

Wenn der neue, jetzt vorgeschlagene Weg diese Grundfehler beseitigen will, so wird die Kritik nicht an Einzelheiten geübt werden, sondern nur fragen können: Ist grundsätzlich anzunehmen, daß der neue Weg zum Ziele führt? Es kommt darauf an, dem deutschen Boden so viel für den Menschen geeignete Nahrungsmittel abzuringen als irgend möglich ist. Alles übrige sind Gesichtspunkte zweiter Ordnung. Auch die deutsche Landwirtschaft wird bei verständigem Zusammenarbeiten aller maßgebenden Faktoren zweifellos in der Lage sein, mit gleicher Vorbildlichkeit wie die deutsche Industrie dem Reiche das wirtschaftliche Durchhalten zu ermöglichen, mag der Krieg auch noch so lange dauern.

Die Gutachter gehen von der zutreffenden Erkenntnis aus, daß das bisherige System der Preisfestsetzung — mit ethischen Forderungen ist diesem Problem schlechterdings nicht beizukommen — dazu führen mußte, daß für die menschliche Ernährung nutzbare Erzeugnisse, wie Brotgetreide, Kartoffeln, Milch usw., zur Viehfütterung verwendet wurden. Die neue Organisation will dem dadurch steuern, daß die Getreidepreise heraufgesetzt, die Viehpreise dagegen gekürzt werden. Dieses System erhöht für den Landwirt den Anreiz, sein Getreide vornehmlich der menschlichen Ernährung unmittelbar zuzuführen, da die Verfütterung geringeren Erlös bringen würde. Führt dieses System zum gewünschten Erfolg, so darf auch nicht ins Gewicht fallen, ob etwa ein Teil der Erzeuger, begünstigt durch den Boden und eine besonders leistungsfähige Bewirtschaftung, einen höheren Verdienst erzielt, als die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse es rechtfertigen. Man kann es durchaus der späteren Steuergesetzgebung überlassen, den Ausgleich zu schaffen, der eine gerechte Verteilung der Kriegslasten auf alle Schichten der Bevölkerung, soweit das irgend möglich ist, herbeiführt.

Man könnte einwenden: Den Gutachtern kommt es allein auf die Verschiebung der Preisrelation zwischen Getreide und Vieh an. Würde es da nun nicht genügen, die Getreidepreise bei der bisherigen Höhe zu lassen, die Viehpreise aber zu ermäßigen? Da jedoch hervorragende Sachverständige, deren Persönlichkeit Objektivität verbürgt, der Ueberzeugung sind, daß die bisherigen Getreidepreise die Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe in Frage stellen, so wird man sich auch mit der Erhöhung der Getreidepreise abfinden müssen.

Allerdings kommt man ja bei allem guten Willen, die Richtigkeit des neuen Wirtschaftsprinzips anzuerkennen, nicht um die Tatsache herum, daß für die breite Masse das Resultat eine Erhöhung der Aufwendungen für Lebensmittel sein wird. Es ist deshalb nicht ohne Interesse, wenigstens annähernd festzustellen, welche Wirkung die neue Preisstellung für den Haushalt des Einzelnen haben wird. Wie uns von berufener Seite mitgeteilt wird, würde, soweit die bisher vorliegenden Unterlagen eine Berechnung möglich machen, die Erhöhung des Brotgetreidepreises, auf die jetzt verteilte Wochenmenge an Brot umgerechnet, eine Mehrausgabe von etwa 9 Pfennig pro Kopf und Woche ausmachen. Dagegen wird die Herabsetzung der Viehpreise die jetzt gültige Wochenmenge an Fleisch um durchschnittlich 10 bis 15 Pfennig verbilligen. Praktisch wird allerdings zu berücksichtigen sein, daß nicht der gleichen Bevölkerungszahl, die durch die Erhöhung des Brotpreises belastet wird, die Ermäßigung der Fleischpreise zugutekommt.

Eine andere Frage, die im Zusammenhang mit diesem Wechsel unseres Kriegsernährungssystems dringend der Erörterung bedarf, ist die, ob sich gegen den ungesetzlichen Handel mit Fleisch nicht noch wirksamere Mittel, als die bisher angewandten, finden ließen. Denn daß im besonderen die im Schleichhandel gebotenen und geforderten außerordentlich hohen Preise den landwirtschaftlichen Erzeuger verführten, Vieh auf Kosten der Getreideerzeugung zu züchten, kann kaum bezweifelt werden.

Ob der neue Vorschlag uns von den Schwierigkeiten und Mängeln, die sich namentlich in den letzten Monaten verschärft haben, befreien wird, vermag niemand mit Sicherheit vorauszusagen. Sie scheinen aber immerhin so bedeutsam, daß man wünschen muß, der Leiter des Kriegsernährungsamtes Herr v. Batocki werde sie eingehend prüfen. Wir glauben zu wissen, daß Herr v. Batocki den Grundzügen dieses neuen Wirtschaftsplanes mit größter Sympathie gegenübersteht und ihn durchzuführen gedenkt. Es dürfte sich lediglich um Abänderungen der Preisfestsetzungen im einzelnen handeln.

Berner Bund
17./II. 1917

64

Hebung der landwirtschaftlichen Produktion

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement teilt mit:

Durch Beschluß vom 16. Februar 1917 ladet der Bundesrat die Kantonsregierungen ein, alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, um die landwirtschaftliche Produktion, besonders in Feld- und Gartenfrüchten, zu heben. Zu dem Zwecke werden ihnen die nötigen Kompetenzen übertragen. So werden sie ermächtigt, nicht bebautes oder schlecht bewirtschaftetes Land zwangsweise in Pacht zu nehmen und dasselbe entweder auf Rechnung des Kantons zu bebauen oder Gemeinden, Genossenschaften, gemeinnützigen Unternehmungen oder auch Privaten zur Benützung zu überweisen. In gleicher Weise können die kantonalen Behörden zur Erhöhung der Produktion, besonders in Feld- und Gartenfrüchten auch Kulturland, das in anderer Weise verwendet wird, in Zwangspacht nehmen. Ferner werden sie und die Gemeindebehörden ermächtigt, Pachtverträge über Land, das den Kantonen oder Gemeinden gehört, vorübergehend in ihrer Wirkung zu sistieren oder ganz zu lösen, um dieses in rationeller Weise im Interesse der Lebensmittelversorgung zu verwenden. Es muß darnach getrachtet werden, möglichst allen zur Anpflanzung geeigneten Boden für die Lebens- und Futtermittelproduktion nutzbar zu machen.

Der Bundesratsbeschluß ermächtigt die Kantonsregierungen ferner, zur Bestellung der von öffentlichen Gemeinwesen bebauten Grundstücke, sowie zur Einbringung der Ernte alle geeigneten Personen aufzubieten und die Einwohner zu gegenseitiger Hilfeleistung zu verpflichten. Sie können auch die erforderlichen Geräte, Maschinen, Gespannzeuge und Arbeitstiere zu diesem Zwecke requirieren und verwenden.

Die Kantonsregierungen werden durch den Bundesratsbeschluß eingeladen, dafür zu sorgen, daß Landwirtschaftsbetriebe, deren Weiterführung zufolge Militärdienst oder Krankheit des Inhabers in Frage gestellt ist, in richtiger Weise bewirtschaftet werden. Ferner werden sie ermächtigt, über die Verwertung der Abfälle im Haushalte und in landwirtschaftlichen Betrieben geeignete Vorschriften zu erlassen, damit diese für die Viehfütterung, die Düngung oder für andere Zwecke nutzbar gemacht werden.

Die Kantonsregierungen können die ihnen erteilten Befugnisse auf die Gemeindebehörden übertragen.

Dem schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement erteilt der Bundesratsbeschluß die Ermächtigung, gemeinsam mit den Kantonsregierungen und gemeinnützigen Vereinigungen, die Belehrung und Aufklärung der Bevölkerung zu organisieren, um diese auf dem Wege der Freiwilligkeit zu einer Einschränkung des Konsums und zu einer Vermehrung der Produktion an Lebensmitteln zu veranlassen; Vorschriften über die Feldbestellung aufzustellen und den Kantonen und Gemeinden vorzuschreiben, daß gewisse Minimalflächen mit Getreide, Kartoffeln und Gemüse anzubauen sind; Maßnahmen zu treffen, um die Beschaffung, Abgabe und Verteilung von Saatgut, Pflänzlingen, Dünger und andern Hilfsmitteln zu sichern; Vorschriften aufzustellen über die Pflege und Ernte der Kulturen, die Bekämpfung von Pflanzenschädlingen, die Aufbewahrung und Haltbarmachung der Felderzeugnisse, sowie von Nahrungsmitteln aller Art, ferner über die Behandlung und Verwertung von Abfällen in industriellen und gewerblichen Betrieben. Das Volkswirtschaftsdepartement erhält die Ermächtigung Beiträge an einzelne Leistungen auszurichten, die Kantone und Gemeinden, sowie gemeinnützige Vereinigungen machen, um den Anbau von Lebensmitteln, besonders für Bedürftige zu erleichtern.

Zuwiderhandlungen gegen den Bundesratsbeschluß oder die vom schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement oder von Kantonen und Gemeinden erlassenen Verfügungen werden mit Buße bis auf 5000 Franken oder mit Gefangenschaft bis auf 3 Monate bedroht.

Eigener Einsicht und dem Rate ihrer Führer und der Behörden folgend, hat die schweizerische Landwirtschaft seit Kriegsausbruch die Erzeugung von Bodenprodukten für den menschlichen Konsum, insbesondere Kartoffeln und Getreide, freiwillig ausgedehnt. Die derzeitigen unsichern Verhältnisse in der Nahrungsmittelzufuhr aus dem Auslande machen eine weitere Vermehrung der einheimischen Lebensmittelproduktion zur zwingenden Notwendigkeit. Diese soll, wie bisher, in erster Linie durch Belehrung und Aufklärung auf dem Wege der Freiwilligkeit angestrebt werden. Es ist zu hoffen, daß sich jedermann des Ernstes der Lage bewußt ist und mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften mithelfen wird, um die Nahrungsmittelversorgung des Landes sicherzustellen. Wo es hiezu am guten Willen fehlen sollte, gibt der Bundesratsbeschluß den Behörden die Mittel in die Hand, das Nötige vorzukehren.

Aber nicht nur die landwirtschafttreibende Bevölkerung, sondern jedermann hat heute die Pflicht, sein möglichstes dazu beizutragen, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Durch eine sparsame Lebenshaltung, sowie durch Sammeln und zweckmäßigste Verwendung aller zur Fütterung oder Düngung geeigneten Abfälle aus Garten und Küche kann die nicht Landbau treibende Bevölkerung sich selbst und dem ganzen Lande nützen.

* * *

Die Bedeutung dieses Beschlusses läßt sich in den Ausdruck „Zivildienstpflicht" zusammenfassen. Als erster neutraler Staat greift die Schweiz zu dem außerordentlichen Mittel, die Volksernährung durch direkten Eingriff in den landwirtschaftlichen Betrieb, verbunden mit einem bestimmten Produktionszwang, der auf Land und Leute gelegt wird, zu sichern. Ein Zeichen des Ernstes der Zeit!

Als der „Bund" letzten Sommer unter Hinweis auf die gewaltigen, brachliegenden oder ungenügend ausgenützten Bodenwerte die Frage aufwarf, ob man auf die Dauer um „eine Art neuzeitlichen Flurzwanges" herumkomme, da wurde uns von landwirtschaftlicher Fachseite die lächelnde Belehrung zuteil, daß der Bauer heute, wie jeder Gewerbetreibende, Kaufmann sei, der seinen Betrieb trotz dem Kriege nach den internationalen Marktverhältnissen einrichten müsse. Die Vermehrung des Ackerbaues könne unter keinen Umständen vorgeschrieben werden; sie sei nur im Rahmen der landwirtschaftlichen Interessen anzustreben.

Seither hat die Erkenntnis, daß die allgemein volkswirtschaftlichen Interessen den Ausschlag geben müssen, die größten Fortschritte gemacht. Der Einsicht der landwirtschaftlichen Führer verdanken wir jene Beratung vom 1. Februar, die als Vorläufer des heutigen Beschlusses des Bundesrates anzusehen ist. Am 1. Febr. tagten im Ständeratssaal unter Vorsitz des Bundespräsidenten die kantonalen Landwirtschaftsdirektoren, Vertreter des schweizerischen Bauernverbandes, der Armeeleitung und der an der Lebensmittelversorgung des Landes besonders interessierten Abteilungen des Militär- und des Volkswirtschaftsdepartements. Diese Konferenz mahnte eindringlich „zur höchsten Anstrengung aller Kräfte im Dienste der einheimischen Nahrungsmittelproduktion", verlangte „eine weitere Ausdehnung des Ackerbaues", appellierte an die freiwillige Mitarbeit, machte aber auch schon die Anregung, es möchte den Gemeindebehörden Kompetenzen eingeräumt werden, um das erforderliche Land nötigenfalls zwangsweise in Pacht zu nehmen und bedürftigen Familien zur Anpflanzung abzutreten; gewisse Feldarbeiten möchten im Gemeindewerk und unter Mitwirkung der Schulen verrichtet werden.

Der Beschluß des Bundesrates geht weit über diese Wünsche hinaus. Er sieht, wo Einsicht und Freiwilligkeit nicht ausreichen, einen Eingriff in bestehende Pachtverträge vor, hat bereits die landwirtschaftliche Arbeitspflicht im Auge und stellt öffentlich-rechtliche Bestimmungen über die Verwendung von beweglichem und unbeweglichem Privateigentum auf. Das ist in der Tat der „neuzeitliche Flurzwang"! Der Umstand, daß in erster Linie an die Initiative der Bürger appelliert und sogar für gewisse Fälle eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt wird, ändert daran nichts.

Die Durchführung dieser großen Aktion wird den Kantonen überlassen. Immer mehr werden sie in die außerordentlichen Aufgaben der Zeit hineingezogen. Alles kann der Bundesrat nicht tun. Aber gerade in der Frage der rationellen Verwertung des Bodens für die Volksernährung wird die kantonale Aktion notwendigerweise Stückwerk bleiben. Denn die Schule zieht erst dann annähernd aus ihrem Boden, was darin liegt, wenn sie auch landwirtschaftlich ein geschlossenes Produktionsgebiet wird, wenn die Produktion in jedem einzelnen Landesteil so eingerichtet wird, wie sie es nach dem Bedürfnis nicht eines besonderen Kantons, sondern des ganzen Schweizervolkes wünschen muß. Und das setzt voraus, daß die Anordnungen über die Bebauung des Bodens von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus

hen. Man sagt uns, in der erwähnten Konferenz vom 1. Februar habe schon der Vertreter von Uri ähnliche Ansichten geäußert.

Was nützt es beispielsweise, wenn der Kanton Bern seinen Ackerbau bis auf die Berge hinaufführt, während die Ostschweizer immer noch die fettesten Talgründe als Weide benützen, Stockwiesen und Allmenden zwischen Weinbergen liegen bleiben? Ist es nicht klar, daß jedes Grundstück ohne Rücksicht darauf, in welchem Kanton es liegt, für die Kultur verwendet werden muß, für die es sich am besten eignet? Gewiß hätte die Durchführung dieser einfachen Wahrheit große Verschiebungen zur Folge — der Ostschweizer würde eben wieder zum Pflug greifen müssen, und auch der Oberländer. Aber das ist ja gerade der Beweis dafür, wie weit wir neben die Bedürfnisse der Eigenversorgung hinausgewirtschaftet haben.

Die Aufgabe ist erst dann gelöst, wenn: 1. festgestellt wird, wieviel Ackerfläche die Schweiz nach ihren Bedürfnissen und unter Wahrung des nötigen Milchertrages bedarf;

2. diese Ackerfläche im ganzen Lande auf die für den Anbau geeignetsten Grundstücke verteilt wird.

Wir verkennen nicht, daß diese ideale Lösung großen, nicht zuletzt auch baulichen Schwierigkeiten begegnet. Der Ackerbauer braucht weit mehr Haus und Dach als der Hirte. Es mußte jetzt verlangt werden, was im Frühjahr durchgeführt werden kann. Trotzdem ist es nicht müssig, immer wieder auf das Ziel hinzuweisen, dem wir zustreben müssen, das wir zu Beginn des Krieges in der leichtherzigen Hoffnung, daß bald wieder alles im alten Geleise laufen werde, nicht sehen wollten, das sich aber nachgerade jedermann aufdrängen muß.

Wir nehmen den Beschluß des Bundesrates als den ersten großen Schritt nach diesem Ziele hin, einen Schritt, den das ganze Volk mitgehen muß, wenn es sein eigenes Interesse versteht. Mit dem Verweis auf den baldigen Frieden, der es nicht lohne, die Landwirtschaft ernstlich auf den Krieg einzustellen, wird nun wohl aufgeräumt werden. Wer weiß denn, wann der Frieden kommt und was der Frieden bringt? Wer kann heute die Vernichtung fruchtbarsten Bodens, der sich vor dem Kriege selbst genügen konnte, und wo jetzt alles aus der Tiefe heraus untereinandergewühlt ist und wer kann ihre Wirkung auf die künftigen internationalen Marktverhältnisse abschätzen?

Klagen über leichtfertiges Manövrieren auf angepflanzten Aeckern gehören bei uns hoffentlich endgültig zur Vergangenheit!

Tägliche Rundschau
19./11. 1917

68

Der Kampf der Ackerschollen.

Eine Rede Dr. Helfferichs im Landwirtschaftsrat.

In der 45. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates im Herrenhaus am Sonnabend hielt Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Helfferich nachstehende Rede:

Meine Herren! Ihre diesjährige Tagung fällt in einen Zeitabschnitt so schicksalsschwer und weltentscheidend, wie er in der ganzen Menschheitsgeschichte kaum jemals einem Geschlecht beschieden war. Das ungeheure Ringen steigert sich in nie geahnter Anspannung aller körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu dem Endkampf, der Völker hebt und niederwirft und den kommenden Jahrhunderten die Bahn vorschreibt.

In diesem Kampf auf Leben und Tod ist der Landwirtschaft eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung zugewiesen. Der Hungerkrieg, von England, dem „Hüter der Zivilisation und Menschlichkeit", gegen uns heraufbeschworen, hat dem deutschen Volk von Anbeginn klar vor Augen geführt, daß es mit seiner Landwirtschaft steht und fällt. Der Brite, als er den Hunger gegen uns aufrief, glaubte sich hoch erhaben über jeder Nahrungssorge. Er hat umgelernt. Vor wenigen Wochen hat der britische Landwirtschaftsminister das Wort ausgesprochen: „Der Krieg wird auf dem britischen Acker entschieden."

Dieses Wort wollen wir festhalten. Es zeichnet den Wandel der Dinge. Vor Jahresfrist noch durfte England wähnen, es könne die Aecker der ganzen Welt mit ihren unbegrenzten Möglichkeiten gegen den deutschen Acker aufbieten. Heute sieht sich England vor einer neuen, in seiner ganzen Geschichte unerhörten Lage. Der überseeische Boden schwindet unter seinen Füßen.

Die weiten Gefilde, aus denen der Brite wie aus dem unermeßlichen Meer glaubte schöpfen zu können, die Vereinigten Staaten und Kanada, Argentinien, Indien und Australien — sie sind in diesem Jahr mit einer schweren Mißernte geschlagen. Wo im Vorjahre 56 Mill. To. Weizen geerntet wurden, kamen jetzt nur 36 Millionen herein. Vor Jahr und Tag war der Einfuhrbedarf unserer Feinde durch den Ueberschuß der Erzeugungsländer weit überdeckt; heute stehen England, Frankreich und Italien bei ungewöhnlich knappen Eigenbeständen vor

einem uneutrinnbaren Fehlbetrag.

Im vorigen Erntejahr konnte England mehr als 3 Zehnteile seines Einfuhrbedarfs aus den nächstgelegenen überseeischen Ueberschußgebieten beziehen, aus den Vereinigten Staaten und Kanada; jetzt liegt ein großer Teil des für die Verschiffung verfügbaren Getreides bei unseren Antipoden in Australien und braucht für den Transport zu unseren Feinden die dreifache Zeit, das heißt den dreifachen Frachtraum wie der Transport von Nordamerika.

Und diese knappen Zufuhrmöglichkeiten werden eine weitere Einschränkung, werden eine entscheidende Hemmung erfahren durch die Sperre, die unsere U-Boote Tag für Tag wirksamer um das seegewaltige England legen. Wir haben gewägt und haben gewagt. Wir sind des Erfolges sicher und werden uns den Erfolg nicht entwinden lassen, durch nichts und von niemandem! Schon ist die Schiffahrt, die Britanniens Inseln mit der Welt verbindet, auf einen Gefahrpunkt herabgedrückt: der Raum der in britischen Häfen angekommenen Schiffe war im Dezember 1916 nur noch 2,2 Millionen Nettotonnen gegen 4,2 Millionen im Monatsdurchschnitt des letzten Friedensjahres. Schon sind Englands Reservebestände an den wichtigsten Dingen, die es zum Leben und Kriegführen braucht, soweit ausgeschöpft, daß es mehr denn je auf regelmäßige, sichere und reichliche Zufuhren angewiesen ist. Den in seinen Grundfesten bereits erschütterten Bau des britischen Weltreichs trifft unsere an Zahl und Leistungsfähigkeit

gewaltig vermehrte U-Boot-Flotte

ohne Unterlaß mit wuchtigen und unbarmherzigen Schlägen, bis der Tag gekommen sein wird, den jedes deutsche Herz glühend ersehnt. Schon heute aber sind wir dem Wort des englischen Landwirtschaftsministers nahe: England sieht sich mehr denn je auf die eigene Scholle angewiesen. Der britische Acker steht gegen den deutschen Acker.

Es müßte ein schlechter deutscher Landwirt sein, dem bei diesem Kampf das Herz nicht höher schlägt, der nicht die felsenfeste Ueberzeugung hat, daß wir auf diesem Boden siegen müssen. Wir wollen gewiß nicht, wie das die Staatsmänner des feindlichen Verbandes zu tun pflegen, große Worte machen und Tatkraft und Können unserer Gegner unterschätzen. Sicher wird auch der britische Landwirt das Aeußerste leisten, um den Lebensnotwendigkeiten seines Landes zu genügen, sicher wird auch der englische Verbraucher Einschränkungen und Entbehrungen auf sich nehmen. Aber die Leistungsfähigkeit der britischen Landwirtschaft muß an den Grenzen versagen, die ein Jahrhundert wirtschaftspolitischer Entwicklung gezogen hat.

Im Vertrauen auf seine Seeherrschaft hat England sein Wirtschaftsleben und insbesondere seine Volksernährung auf die überseeische Zufuhr aufgebaut. Deutschland dagegen hat in seiner Wirtschaftspolitik die Förderung der auswärtigen Handelsbeziehungen vereinigt mit der Erhaltung und Stärkung der Kräfte der heimischen Erzeugung. In den Gesamtwerten unserer Einfuhr und Ausfuhr sind wir im Lauf der letzten Jahrzehnte England nahe gekommen. Aber wir haben dabei unsere Landwirtschaft nicht verkümmern lassen, wir haben vielmehr unsere Eigenproduktion insbesondere an den wichtigsten Nährfrüchten in noch stärkerem Verhältnis gesteigert als unserer großen Volksvermehrung entsprach. Wir standen in der Volksernährung, als der Krieg ausbrach, mit 66 Millionen Einwohnern unabhängiger und sicherer da, als 25 Jahre zuvor mit einer Bevölkerung von nicht ganz 50 Millionen.

Wie der deutsche Acker zum englischen steht, dafür will ich Ihnen nur wenige schlagende Zahlen nennen:

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, lieferte vor dem Krieg eine normale Ernte an Brotgetreide in Deutschland etwa 230 Kg., in Großbritannien und Irland nur wenig mehr als 30 Kg., eine normale Ernte an Getreide insgesamt ergab in Deutschland rund 400 Kg., in England nur rund 130 Kg. auf den Kopf.

An Kartoffeln ernteten wir mehr als 650 Kg., die Engländer nur etwa 150 Kg. pro Kopf.

Dazu kommt unser Zuckerrübenbau, der in Friedensjahren fast ebensoviel für die Ausfuhr frei ließ, wie unser heimischer Verbrauch ausmachte; England hat uns auf diesem Felde überhaupt nichts entgegenzustellen.

Unser Bestand an Rindern betrug etwa 320 Stück auf 1000 Einwohner, in England nur etwa 260 Stück. Unser Schweinebestand pro 1000 Einwohner war etwa 370 Stück gegen wenig mehr als 80 Stück in England. Nur an Schafen und Ziegen war uns England stark überlegen.

Die deutsche Landwirtschaft hat in den zwei Kriegsjahren, die hinter uns liegen, gezeigt, daß sie auch unter den schweren Verhältnissen des Krieges in rastloser und harter Arbeit im Aufgebot aller Kräfte von Mann und Frau ihre große Aufgabe zu erfüllen vermag. Wir haben der Welt den Beweis erbracht, daß wir mit dem Eigenen bei sparsamer Wirtschaft auskommen können. England dagegen braucht für drei Viertel bis vier Fünftel seines Bedarfs an Brotgetreide Zufuhren aus dem Ausland. Nach neueren Daten ist England, das den Ackerbau durch die Weidenwirtschaft hat verdrängen lassen, für die Deckung seines Bedarfs an Butter mit nahezu zwei Dritteln, an Fleisch mit zwei Fünfteln auf das Ausland angewiesen.

Wenn England also nach eigenem Bekenntnis sich auf

das Schlachtfeld der Ackerscholle

gedrängt sieht, so dürfen wir das ohne Ueberhebung als einen Erfolg in der Gesamtentwicklung des Krieges verzeichnen, als einen Erfolg, der uns dem entscheidenden Siege um einen gewaltigen Schritt näher bringt.

Aber, meine Herren, die günstigen Aussichten, die uns das neue hoher See unsere U-Boote die Wacht halten, während sie, allen Unbilden und Gefahren trotzend, in unerbittlicher Entschlossenheit und unermüdlichem Kampf den eisernen Ring des Todes um unseren stärksten und bittersten Feind enger und enger ziehen, darf und wird die Heimat nicht rasten. Ich bin überzeugt, daß alles, was von den Taten unserer Brüder draußen zu Wasser und zu Lande Tag für Tag an unsere Ohren dringt, für uns alle in der Heimat, vor allem auch für die deutschen Landwirte und Landfrauen, ein stets neuer Ansporn zu höchster Anspannung aller Leistungen ist.

Sie werden heute über den Wirtschaftsplan für das neue Erntejahr beraten. Sie dürfen überzeugt sein, daß Sie bei der Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten jede nur mögliche Unterstützung und Förderung finden werden in Ihren Bestrebungen, die Erzeugung zu erhalten und zu heben. Wir sind uns darüber klar, daß wir mit der Förderung der Produktion nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch den wohlverstandenen Interessen der Verbraucher dienen. Ich weiß, es gibt auf diesem Gebiet stark umstrittene Punkte. Ihre Erörterung wird das aufs neue bestätigen. Die Notwendigkeit des Erfassens und Verteilens der Erzeugnisse stößt oft genug hart zusammen mit der Notwendigkeit der Produktionsförderung. Beider Erfordernisse zu versöhnen, nicht nur durch Gesetz und behördliche Vorschriften, sondern auch durch Einsicht und guten Willen von Erzeugern und Verbrauchern, das ist die große Aufgabe, deren Lösung uns Ihre Verhandlungen, wie ich zuversichtlich hoffe, näher bringen werden.

Aber, meine Herren, bis zur nächsten Ernte ist noch ein weiter und nicht ganz leichter Weg. Auch der beste Wirtschaftsplan für das nächste Jahr, auch die zäheste Arbeit und Aufopferung des Landwirts für die kommende Ernte enthebt uns nicht der ehernen Notwendigkeit, für eine Reihe von Monaten mit dem Vorhandenen auszukommen. Wir haben die Gewißheit, daß unsere Bestände ausreichen, wenn überall die gebotene Sparsamkeit waltet, nicht nur bei den Verbrauchern, bei denen sich die Sparsamkeit durch die knappe Zuteilung von selbst erzwingt, sondern auch bei den Erzeugern, die von den Früchten der eigenen Scholle leben. Die Bevölkerung der Städte und Industriebezirke, die Millionen ohne eigene Scholle, haben

Wochen schwerer Entbehrungen

hinter sich. Ihre ohnedies knappen Rationen wurden durch den harten Frost, der wochenlang die Zufuhren sperrte, auf das empfindlichste eingeschränkt. Sie haben die Entbehrungen mit bewundernswerter Einsicht und Zähigkeit ertragen, im Bewußtsein, daß Durchhalten die erste Voraussetzung des Sieges ist. Das sind die Hände, die unseren Brüdern draußen im Feld und auf der See die Waffen schmieden, die in harter Arbeit unter Tag und vor dem Feuer, an Drehbank und Schraubstock, in Fabriksaal und Schreibstube für den Krieg ihre Arbeit verrichten, eine Arbeit, ebenso hart und ebenso wichtig wie die Arbeit des Landwirts. Es gilt, ihre Arbeitskraft durch ausreichende Ernährung zu erhalten. Diese Pflicht, diese Notwendigkeit muß Tag und Nacht einem jeden vor Augen stehen, der in der glücklichen Lage ist, über den eigenen knappen, dem Kriege angemessenen Bedarf hinaus über eigene Bestände zu verfügen. Wer gibt, was er irgend entbehren kann, der hilft, unsere Schlachten schlagen; wer zurückhält, der hilft dem Feind. Wir sind auf dem Wege, planmäßig durch eine über das ganze Land zu erstreckende Organisation die Ablieferung der entbehrlichen Erzeugnisse zu befördern. Aber die besten Maßnahmen und die vollkommenste Organisation kann nur dann wirksam werden, wenn alle in Stadt und Land von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß es jetzt ums Ganze geht, daß von jedem das Höchstmaß an Leistungen und Opfern verlangt werden muß, um in dem großen Entscheidungskampf den Sieg zu erringen.

Meine Herren! Ich weiß, daß Ihre Verhandlungen von diesem Verständnis getragen sein werden. Ich bin überzeugt, daß Sie alles tun werden, was in Ihrer Kraft liegt, um dieses Verständnis überall draußen im Land zu fördern und zu steigern. Die deutsche Landwirtschaft wird den Kampf mit dem britischen Acker im rechten Geist, in voller Tatkraft und im entschlossenen Opferwillen durchkämpfen, denn sie wird mit unserer Industrie, mit unserem Heer, mit unserer Flotte das Letzte und Beste an die große Entscheidung setzen.

Wenn alle ihre volle Schuldigkeit tun — und der Deutsche tut seine Schuldigkeit —, dann werden wir das Jahr 1917 zur Weltenwende gestalten, dann wird das Jahr 1917 die britische Seetyrannei brechen und dem deutschen Volke die Tore einer freien und großen Zukunft aufmachen.

Hamburger Fremdenblatt
20. II. 1917

69

Landwirtschaftliche Produktionsregelung?

Von Dr. A. H. Hollmann,
Professor an der Königlichen Landwirtschaftlichen Hochschule, Berlin.

Zur vielerörterten Frage des landwirtschaftlichen Produktionszwanges geben wir nachstehend die Ansicht eines angesehenen Fachmannes wieder, der außer den Verhältnissen der deutschen Landwirtschaft auch die des Auslandes, zumal der beiden typischen Agrarstaaten Rußland und Dänemark, studiert hat. Seine temperamentvollen Aeußerungen scheinen uns beachtenswert, auch wenn wir uns selbst ein abschließendes Urteil, in welchem Umfang Produktionsberatung und Produktionskontrolle durchführbar und wünschenswert sind, vorbehalten.
Schriftleitung.

Nachdem die Erörterungen über die Möglichkeit eines Produktionszwangs für die Landwirtschaft in der Fachpresse längst verstummt sind und der totgeborene Gedanke durch die entschiedene Ablehnung im preußischen Herrenhause endgültig begraben zu sein scheint, ist es fast unbegreiflich, daß er immer noch in Laienkreisen spuken geht und in dieser oder jener Verkleidung in der Tagespresse aufs neue dem Publikum vorgestellt wird. Man darf sich nicht wundern, daß die praktische Landwirtschaft und ihre Fachpresse, die in diesen Zeiten alle Hände voll zu tun haben, solche unmöglichen Projekte nachgerade mit einer gewissen Gereiztheit abtun oder mit Stillschweigen übergehen, namentlich, wenn dabei gleichzeitig Animosität gegen die Landwirtschaft und jene Ueberlegenheit einer durch keinerlei praktische Erfahrung beengten Phantasie zum Ausdruck kommt.

Produktionszwang oder Produktionsregelung sind in der Landwirtschaft nichts neues. Die deutsche Landwirtschaft hat über ein Jahrtausend lang unter solchem Zwang gearbeitet in dem mittelalterlichen System der Dreifelderwirtschaft und des Flurzwanges. Das System wirkte — bei geringer Bevölkerungsdichtigkeit und einem allgemeinen intellektuellen Tiefstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung — befriedigend. Die Anbaufläche des Getreides war vor Verminderung geschützt, der Bedarf an Brotfrucht einigermaßen gesichert. Aber das an sich wenig leistungsfähige System hemmte die Entwicklung des einzelnen Betriebes und verhinderte dadurch eine Steigerung der Produktion. Deshalb mußten die Fesseln schließlich gesprengt werden, schon allein infolge der Zunahme der Bevölkerung. Wie sich diese Sprengung durch die Agrarreform zu Anfang des vorigen Jahrhunderts vollzog und wie sich aus dem Zwangssystem dieser primitiven Dreifelderwirtschaft der moderne individualistische Betrieb der Landwirtschaft entwickelt hat, ist bekannt; jedenfalls das sollte ein jeder Wissen, daß die deutsche Landwirtschaft heute auf derselben Bodenfläche das Vielfache der Menschenmenge ernährt, die das Dreifelderspstem mit seinem Zwang dürftig und unsicher ernährte. Die gewaltige Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft ist natürlich den Fortschritten der Wissenschaft zu danken, aber die Anwendungsmöglichkeit der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse und damit die Entwicklung der Wissenschaft selbst ist doch in letzter Linie zurückzuführen auf die Befreiung des Bodens und der landwirtschaftlichen Produktion, die dem einzelnen Betrieb erlaubte, die Früchte anzubauen und in dem Verhältnis und der Reihenfolge anzubauen, die gerade seinen natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen entsprechen.

Wir haben heute in Deutschland 5,7 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, die, theoretisch betrachtet, alle verschieden wirtschaften müssen, wenn sie die höchstmögliche Ausnutzung der Produktionsfaktoren erlangen sollen. Das ist das Ergebnis jener historischen Entwicklung, an der Tausende von Intelligenzen in Theorie und Praxis gearbeitet haben und die, von Freund und Feind anerkannt, das höchstmögliche landwirtschaftlicher Produktion leistet. Und nun erscheinen in der Not der Zeit, wo die deutsche Landwirtschaft bei Mangel an Rohstoffen, an Arbeitskräften, an Zugtieren unter Anspannung aller geistigen und körperlichen Kräfte wirtschaftet, einige phantasiereiche Köpfe auf der Bildfläche, die frei von aller historischen Ueberlieferung und praktischen Kritik, den Produktionszwang für die Landwirtschaft entdeckt haben. Landwirte und ihre Organisationen erklären den Gedanken für undurchführbar und jeden Versuch, die Produktion gesetzlich festzulegen, für verhängnisvoll. Aber der Gedanke taucht immer wieder auf und ist nicht tot zu kriegen. Die ablehnende Stellungnahme der Landwirte wird schließlich als beschränkte Halsstarrigkeit oder gar als gemeine Gewinnsucht ausgelegt, die mit dem Bebauungsplan des deutschen Bodens Spekulation treibe.

Neuerdings hat, der „Westfälischen Zeitung" zufolge, der Oberbürgermeister von Bielefeld in der Stadtverordnetensitzung die Grundzüge eines „Reichswirtschaftsplanes" entwickelt, den er dem Kriegsernährungsamt zu unterbreiten beabsichtigt. Rosemeyer schlägt folgende Regelung vor: „Jede Provinz muß für Kartoffeln und auch andere Produkte eine bestimmte Fläche bestellen, auf der voraussichtlich im Mittel eine bestimmte Menge geerntet werden kann. Die Provinz verteilt diese Mengen unter die Regierungsbezirke, diese wieder unter die Landratsämter und diese unter die Gemeinden. Die Gemeindevorsteher schreiben, unter Mithilfe der Gemeinderäte, jedem Grundbesitzer vor, wieviel Land er mit Kartoffeln und anderen Pflichtsaaten bestellen muß."

Das klingt ungefähr wie ein Kochrezept aus Friedenszeiten, wo man aus vollen Schubladen schöpfte: Man nimmt so und so viel Morgen Land, stellt so und so viele Zugtiere und Arbeiter hin, nimmt so und so viele Zentner Saatkartoffeln und tut so und so viel von dem nötigen Dünger dazu; dann hackt man ein bißchen hier und da und es kommt — so Gott will — in gewünschter Menge die Kartoffel heraus. Kostenpunkt Nebensache. Wenn die Herren Organisatoren das alles zur Verfügung stellen können, so wird jeder Landwirt eine solche Regelung mit Dank begrüßen. Nun sieht es aber leider heute in vielen landwirtschaftlichen Betrieben aus wie im Küchenschrank der Hausfrau; manche Schubladen sind leer und in anderen ist nur noch ein kleiner Restbestand, da gilt es eben zu rationieren und Ersatzstoffe zu finden und aus dem Vorhandenen ein brauchbares Gericht herzustellen. Wenn heute jemand durch Gesetz den deutschen Hausfrauen vorschreiben wollte, daß sie zu Mittag Ochsenschwanzsuppe, Rinderbraten und Reispudding auf den Tisch setzen solle, so würde er vermutlich nach Dalldorf kommen. Aber daß 5,7 Millionen Landwirtschaftsbetriebe mit den allerverschiedensten Wirtschaftsdispositionen durch ein Gesetz veranlaßt werden können, ohne Rücksicht auf Boden und Klima, Wirtschaftsplan, Fruchtfolge, Düngung, Saatgut, Arbeiterverhältnisse Pflichtsaaten in bestimmter Menge anzubauen, für die in so und so vielen Betrieben die Voraussetzungen fehlen und unter keinen Umständen zuwege gebracht werden können, das glaubt man. Dazu soll ein bürokratischer Apparat in Bewegung gesetzt werden, dessen Rädersurren einem erfahrenen Statistiker einfach den Atem nimmt, namentlich wenn man bedenkt, daß das alles bis zur Frühjahrsbestellung erledigt sein soll. — Herr Rosemeyer hat augenscheinlich seinen Plan weder nach dieser noch nach der praktischen landwirtschaftlichen Seite bis in die letzten Konsequenzen durchdacht. Er beginnt am verkehrten Ende mit seinem Gedankengang. Wäre er vom richtigen Ausgangspunkte, nämlich von den Verhältnissen des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes ausgegangen, so würde er nicht nur bald bemerkt haben, daß der Plan undurchführbar ist, sondern er würde auch erkannt haben, daß seine Besorgnis wegen eines Rückganges der Kartoffelanbaufläche ziemlich unbegründet ist.

Wir haben in diesem Jahre Mangel an Kartoffeln. Dafür ist weder die mißverstandene Bundesratsverordnung über eine angebliche Herabsetzung der Saatmenge auf 8 Zentner pro Morgen, noch der durchaus praktische Ratschlag der Zerschneidung der Pflanzkartoffeln bei Mangel an Saatgut, noch sonstige Sündenböcke und „grüne Tische" verantwortlich zu machen, sondern der „grüne Tisch" ist in diesem Falle der liebe Himmel, der die Feuchtigkeit des Sommers allzu „schematisch" verteilt hat, zum Segen für das Getreide zwar, aber ohne Rücksicht auf die Kartoffeln. Einige Prozent Anbaufläche mehr oder weniger spielen bei der Kartoffel keine Rolle; es wäre gar nicht schlimm, wenn einige Prozent der Kartoffelfläche mit hochwertigeren Früchten angebaut würden, wo Boden, Düngungs-, Arbeits- und Saatgutverhältnisse es erlauben. Aber im allgemeinen ist die Kartoffelfläche durch die natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen und den Wirtschaftsplan des einzelnen Betriebes bestimmt. Wenn auch der Preis für die Kartoffel meines Erachtens zu niedrig oder vielmehr nicht im richtigen Verhältnis zu anderen Produktenpreisen festgesetzt ist und daher alles andere als eine Förderung des Kartoffelbaues bedeutet, so wird doch dadurch allein eine wesentliche Verringerung der Anbaufläche nicht bewirkt. Wenn eine solche eintreten sollte, so kann das nur geschehen infolge des Fehlens wesentlicher Voraussetzungen, über die der einzelne Landwirt nicht Herr ist, z. B. infolge des Fehlens an Saatgut. Viel kann das nicht sein; wer praktische Landwirte kennt, der weiß, daß sie ihr Saatgut nicht herausgeben, es sei denn, daß man's ihnen abgezwungen und Ersatz zum Frühjahr zugesagt hat.

Man darf aber darüber beruhigt sein, daß, selbst wenn hier und da die Pflanzkartoffeln ausbleiben sollten, die Flächen nicht für die Produktion verloren gehen. Allerdings muß dringend davor gewarnt werden, daß nicht etwa, wie im vorigen Jahr, an Eisenbahndämmen, in städtischen Parkanlagen und Sandgruben, auf neu umgebrochenen Heideländereien, Spiel-, Exerzier- und anderen

Tägliche Rundschau
21. II. 1917.
71

Organisation für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte.

Der preußische Minister des Innern hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, über die Organisation für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte einen Erlaß an die nachgeordneten Behörden gerichtet, in dem es heißt:

Wie die aus den verschiedenen Landesteilen eingehenden Berichte und sonstigen Nachrichten erkennen lassen, ist die Organisation für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte bei dem Erzeuger und deren Weiterleitung in manchen Kreisen, Bezirken und Provinzen noch nicht so durchgebildet, daß die Lieferung aller nicht für die Ernährung der ländlichen Bevölkerungskreise selbst unbedingt erforderlichen Nahrungsmittel in die Bedarfsgemeinden gewährleistet ist. Teils fehlt es an Einrichtungen, welche die Ablieferung erleichtern und fördern, teils macht sich ein vielgestaltiges Nebeneinander von Organisationen für die verschiedenen Erzeugnisse geltend, durch welche ein unnötiger Aufwand von Kräften und eine Unklarheit über den im Einzelfall einzuschlagenden Weg verursacht wird. Es würde verfehlt sein, im jetzigen Augenblick durch eine durchgreifende Neugestaltung der Organisation im Interesse einer äußerlichen Vereinheitlichung Veränderungen vorzunehmen und hierdurch bestehende, gut wirkende Einrichtungen in ihrem Wirken zu hemmen. Die Frage der Organisation bedarf aber zunächst in jedem einzelnen Kreise einer eingehenden Nachprüfung nach der Richtung hin, ob sie den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen und dem derzeitigen Stande unserer Ernährungswirtschaft angepaßt ist, und ob nicht durch Neuschaffungen und Verbesserungen größere Wirksamkeit erzielt werden kann.

Daß im Kreise alle Fäden der Organisation in der Person des Landrats zusammenlaufen, entspricht der altbewährten preußischen Ueberlieferung und muß als oberster Grundsatz festgehalten werden.

Es ist Pflicht des Landrats, auch bei der stärksten Steigerung der Arbeitslast dafür zu sorgen, daß er den Ueberblick über den großen Zusammenhang der Ernährungsfragen nicht verliert und die persönliche Fühlung mit den Kreiseingesessenen aufrechterhält. Das bedingt eine Entlastung im laufenden Geschäft, welche nur dadurch ermöglicht werden kann, daß unter seiner Oberleitung und Verantwortung ein Teil der Aufgaben vertrauenswürdigen und befähigten Männern aus dem Kreise zur Bearbeitung übertragen wird. Wo geeignete Persönlichkeiten hierfür fehlen, wird es Sache der Regierungspräsidenten sein, auf solche aus anderen Kreisen aufmerksam zu machen. Hierbei wird vielfach auf Persönlichkeiten aus benachbarten Städten zurückgegriffen werden können, die sich in selbständigen kaufmännischen Stellungen bewährt haben, da gerade die kaufmännische Erfahrung für die den Kreisen erwachsenen Kriegsaufgaben von großer Bedeutung ist. Durch das Hilfsdienstpflichtgesetz werden solche Persönlichkeiten freigemacht und zur Verfügung gestellt werden. Die Bildung einer Kreiskommission, in welcher der Landrat der Vorsitzende, der eigentliche Leiter der stellvertretende Vorsitzende ist, wird vielfach die geeignete Form für ein derartiges Zusammenarbeiten bieten. Von ausschlaggebender Bedeutung ist, daß sich in jedem Kreis eine finanzkräftige, bewegliche, nach kaufmännischen Grundsätzen geleitete Organisation findet, auf welche der Landrat, ohne mit der Kleinarbeit der laufenden Geschäftsführung belastet zu sein, einen hinreichenden Einfluß ausübt, um die Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses zur Geltung zu bringen. Werden die Geschäfte unmittelbar von der Kreiskommunalkasse abgeschlossen, so müssen kleinliche kommunalaufsichtliche Bedenken gegebenenfalls zurückgestellt werden.

Wenn es die Aufgabe dieser Kreisgeschäftsstellen sein soll, möglichst alle eben entbehrlichen auf dem Lande gewonnenen Erzeugnisse zu erfassen, so muß die unmittelbare Fühlung mit jedem einzelnen Landwirt gewonnen werden. Der Erzeuger, der im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet wird, seine oft auch für ihn und für die Erhaltung seiner Wirtschaft wertvollen Erzeugnisse abzugeben, kann mit Recht erwarten, daß ihm die Erfüllung dieser Pflicht so leicht wie möglich gemacht wird. Er wird diese Pflicht nur dann freudig erfüllen, wenn er die Ueberzeugung hat, daß die entnommenen Nahrungsmittel auch unverzüglich und ohne dem Verderben ausgesetzt zu sein,

dem Verbraucher zugeführt werden.

Die hierzu notwendigen Anstalten zu treffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kreisgeschäftsstellen. In dieses Gebiet fällt auch die Sorge für planmäßiges Einsammeln und Abholen, die Beschaffung der notwendigen Gefäße und die Fürsorge für die Ermöglichung und Ausnutzung der schnellsten Transportwege. Bei größeren Lieferungen ist gegebenenfalls die Abfuhr zur Bahn zu organisieren. Bei Getreide und Kartoffeln wird die Kriegswirtschaftsstelle die Gestellung von militärischen Gespannen beantragen können. Wo dem Kreise Lieferungen auferlegt sind, müssen diese auf die Gemeinden verteilt und bis auf den einzelnen Wirtschaftsbetrieb nach individueller Kenntnis der Verhältnisse umgelegt werden. Erfüllung über das Geforderte hinaus muß Ehrenpflicht werden.

An Vorhandenes, insbesondere das Genossenschaftswesen, ist in der Regel anzuknüpfen, es muß den besonderen Aufgaben der Kriegswirtschaft angepaßt und auf breiteste Grundlage gestellt werden.

Die Lage unserer Volksernährung ist so, daß alles, was zur menschlichen Ernährung geeignet ist, seine Abnehmer findet, daß sich überall planmäßiges Sammeln und Erfassen in größeren Mengen lohnen wird. Jede Feldfrucht auch von geringerem Nährwert, die dazu dienen kann, die Kriegskost etwas abwechslungsreicher zu gestalten, wird, wenn sie in frischem Zustande dem Verbraucher zugeführt wird, freudig begrüßt werden. Immerhin wird eine Abstufung nach der Bedeutung und Wichtigkeit des Nahrungsmittels nach sorgfältiger Erwägung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreises erforderlich sein.

Leitender Gesichtspunkt des ganzen Geschäftsbetriebes der Kreisorganisation soll nicht das privatwirtschaftliche Interesse der Gesellschaft oder der Kreiskommunalkasse, sondern das volks- und kriegswirtschaftliche Interesse des Landes sein. Das schließt nicht aus, daß bei den geschäftlichen Unternehmungen Ueberschüsse verbleiben. Diese müssen möglichst wieder zur unmittelbaren und mittelbaren Verbesserung und Ausbreitung der Sammel- und Erfassungstätigkeit verwendet werden. Eine mittelbare Förderung auf diesem Gebiete wird auch

in der Verbesserung der Verkehrsgelegenheiten

zu erblicken sein. Die gesamte Bevölkerung wird um so mehr zur freudigen Mitarbeit an den gestellten Aufgaben bereit sein, je mehr sie davon überzeugt ist, daß etwaige Ueberschüsse dem Kreise als solchem zugute kommen. Auch hinsichtlich der den Angestellten zu zahlenden Gehälter darf in der Zeit der Kriegsteuerung nicht übertriebene Sparsamkeit angewendet werden; gute Ergebnisse müssen durch ein Prämiensystem anerkannt, Wuchergewinne einzelner aber durchaus vermieden werden. Es wird eine wesentliche Aufgabe des Landrats sein, die Arbeitsfreudigkeit aller in der Organisation amtlich oder außeramtlich, entgeltlich oder unentgeltlich tätigen Kräfte anzuspornen und zu erhalten.

Eine solche Geschäftsabteilung könnte an Kreise oder Kreisgesellschaften Vorschüsse geben, könnte Verbindung mit größeren Geldinstituten (Preußenkasse) anknüpfen und sich zu einer zentralen Geldausgleichstelle für die gesamten Lebensmittelgeschäfte einer Provinz entwickeln. Wo aber bestehende Institute bereits diese oder ähnliche Funktionen ausüben, wird es dabei zu belassen sein.

Mehr noch als bisher muß in den einzelnen Landesteilen an der Aufklärung und Belehrung insbesondere auch der ländlichen Bevölkerung gearbeitet werden. Den vielfachen Klagen, daß der einzelne nicht mehr in der Lage sei, die Fülle der Verordnungen zu kennen und zu beachten, muß die Berechtigung entzogen werden. Was der einzelne Landwirt von den geltenden Bestimmungen unbedingt wissen muß, läßt sich, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Kreises zugeschnitten, in kurzer gemeinverständlicher Form zusammenfassen, wie dies in einzelnen Kreisen in mustergültiger Weise geschehen ist.

Das völlige, durch den Frost bedingte Aufhören der Kartoffelsendung macht in zahlreichen großen Städten eine Verteilung von Ersatzmehl erforderlich, durch die unsere nur noch schwachen greifbaren Getreidevorräte aufs äußerste angespannt werden. Um einigermaßen Deckung zu erlangen, hat bereits die Ablieferung von Hafer ausgesetzt werden müssen. Aller Voraussicht nach wird die endgültige Erschöpfung unserer Kartoffelvorräte gewisse Zeit vor Einbringung der neuen Ernte eintreten. Dann muß wieder mit Brotgetreide durchgeholfen werden. Jede Verfütterung von Brotgetreide bedeutet unter diesen Umständen eine schwere Gefahr für die Allgemeinheit. In den kommenden besonders schweren Frühjahrsmonaten muß die oben in Umrissen dargelegte Organisation in allen Kreisen bereits in voller Wirksamkeit sein, damit alle auf dem Lande entbehrlichen Nahrungsmittel den städtischen Verbrauchern restlos zugeführt werden.

Die landwirtschaftliche Woche.

Erster deutscher Kartoffeltag.

Der erste deutsche Kartoffeltag wurde gestern mittag in Berlin im Meistersaal abgehalten. Die Tagung galt der augenblicklich im Vordergrund der Volksernährung stehenden Kartoffelfrage. Es handelte sich darum, zu untersuchen, auf welche Weise unsere Kartoffelerzeugung verbessert und gesteigert werden kann. Den Vorsitz führte Geheimer Oekonomierat Säuberlich-Gröbzig als Vorsitzender des Aufsichtsrats der vor einiger Zeit gegründeten „Deutschen Kartoffelbau-Gesellschaft". Es waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen anwesend, die Reichskartoffelstelle war durch Dienstgeschäfte verhindert, einen Vertreter zu entsenden.

Ministerialdirektor Graf Keyserlingk begrüßte im Namen des Landwirtschaftsministers die Versammlung und hob die Bedeutung der Arbeiten der Kartoffelbau-Gesellschaft hervor. Daß wir den Kartoffelbau auf eine so bedeutende Höhe gebracht haben, verdanken wir seiner wissenschaftlichen Behandlung, dem auch diese Vereinigung sich gewidmet hat. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, daß nicht nur jetzt, sondern auch nach dem Kriege die Kartoffel eine viel größere Rolle in der deutschen Volkswirtschaft spielen wird als bisher. So ist es uns beispielsweise eine sehr dringliche Kriegslehre, daß wir uns in der Versorgung mit Futtermitteln weit mehr als bisher vom Auslande unabhängig machen müssen. Auf diesem Gebiete wird auch der Kartoffel in Zukunft eine große Aufgabe zufallen. Hier bieten sich noch Möglichkeiten, die bisher nur in geringem Maße ausgenutzt worden sind, besonders die Kartoffeltrocknerei gewinnt eine zunehmende Bedeutung. Der Herr Landwirtschaftsminister wünscht, daß auch diese Tagung dazu beitragen möge, den so ungemein wichtigen Kartoffelbau zur Sicherung unserer Volksernährung zu fördern. (Lebhafter Beifall.) — Hierauf folgten Vorträge, die sich mit der Förderung des Kartoffelbaus beschäftigten. Professor Dr. Eckenbrecher-Berlin berichtete über die Ergebnisse der Anbauversuche der deutschen Kartoffelkulturstation im Jahre 1916. Weitere technische Vorträge hielten Dr. Störmer-Stettin, Professor Dr. Gerlach-Bromberg und Geheimer Regierungs- und Geh. Baurat Professor Dr. Krüger-Berlin.

Die Hebung der deutschen Milchwirtschaft.

Der Deutsche Milchwirtschaftliche Verein hielt eine Gesamtausschuß- und Mitgliederversammlung ab, die sich mit den Fragen der Steigerung unserer Milchwirtschaft beschäftigte. Die Lage der Milchwirtschaft in Deutschland wurde als nicht besonders glänzend bezeichnet. Geheimer Hofrat Prof. Dr. Kirchner-Leipzig untersuchte in einem längeren Vortrage, was geschehen müsse, um die deutsche Milchwirtschaft im Kriege wie in Friedenszeiten leistungsfähig zu gestalten. Wir haben 11 Millionen Kühe in Deutschland, die jährlich 22 Milliarden Liter Milch liefern im Gesamtbetrage von 2⅔ Milliarden Mark, unter Zugrundelegung des Stallpreises vor dem Kriege. Die Milchwirtschaft erzielt also fast annähernd denselben Ertrag wie unsere Körnererzeugung. Leider haben wir in unseren Stallungen noch immer zu viel Kühe, die das Futter und die Pflege nicht lohnen. Bei der Futterknappheit ist es notwendiger als je, mit den Futtermitteln aufs sparsamste umzugehen und sie aufs äußerste auszunutzen. Das bedingt, daß alle mangelhaften Milchkühe ausgemerzt und eine, wenn auch kleinere Zahl, dafür aber ergiebige durchgehalten wird. Nicht die Zahl der Kühe, sondern deren Eigenschaften als Milchkühe sind ausschlaggebend. Hier erwächst allen Landwirten eine ernste vaterländische Pflicht, ihre Milchhaltung auf den höchsten Stand zu bringen. Es sind die milchhaltigen und gesunden Kühe solange wie möglich zu erhalten und möglichst zur Nachzucht zu verwenden. Sehr wichtig ist die Ernährung der Kühe. Der Rückgang in der Vollmilchlieferung liegt, was immer wieder gegenüber den Klagen der Städte betont werden muß, in der Futterknappheit und vor allem in dem Fehlen der stark eiweißreichen Futtermittel. Es muß eine volle Ausnutzung aller in der eigenen Wirtschaft erzeugten Futterwerte und Abfälle Platz greifen. Heute geht vieles verloren. Vor allen Dingen ist eine Erhöhung der Erträge der zu Futtermitteln bebauten Flächen zu erstreben. Durch zweckmäßige Düngung usw. läßt sich nicht nur mehr Heu erzeugen, sondern auch ein höherer Nährwert desselben. Auf dem Wege der Zuchtwahl muß es bei Klee und anderen Futterpflanzen gelingen, die Ernteerträge in ungeahnten Mengen zu erhöhen, wie das bekanntlich auf anderen Gebieten schon längst gelungen ist. Wenn wir imstande wären, unsere Heuernte nur um ein Viertel zu erhöhen, so würden wir damit 820 000 Kühe ein Jahr lang ernähren können. Wir würden pro Kopf der Bevölkerung jährlich 47 Liter Milch oder 1,7 Kg. Butter oder 3,4 Kg. Käse gewinnen. Denselben Erfolg können wir durch eine Erhöhung des Ertrages von Klee und anderen Futterpflanzen um ein Viertel erzielen. Wir würden damit die Einfuhr von Butter und Käse zum größten Teil überflüssig machen. Diese Zahlen sind keineswegs zu hoch gegriffen. Man muß bedenken, daß bei Getreide und Kartoffeln die Ertragssteigerung die Hälfte ausmacht.

Der heutige Preis der Frischmilch ist gegenüber den aus ihr gewonnenen Produkten zu niedrig. Der Rückgang in der Zufuhr von Vollmilch liegt nicht zum geringen Teil darin, daß die Viehhalter eine höhere Verwertung der Milch bei Verarbeitung zu Butter und Magermilch erzielen können.

Der Geschäftsführer Georgs-Kiel stellte eine Reihe von Leitsätzen auf für Maßnahmen, um den Molkereien mehr Milch zuzuführen. Er verlangt die Kürzung der gesetzlich festgelegten Vollmilchernährungsfrist für Kälber von 6 auf 5 Wochen, die ohne Gefährdung der Aufzucht durchgeführt werden kann. Die möglichste Beibehaltung der augenblicklich vorhandenen Zahl der Milchkühe in den landwirtschaftlichen Betrieben sollte Ehrenpflicht eines jeden Besitzers sein, unter Berücksichtigung der örtlichen und provinziellen Verhältnisse. Die zwangsweise Lieferung sämtlicher Milch an die Molkereien sollte gesetzlich geregelt werden. Die angemessene Bezahlung der Milch ist eine Notwendigkeit, durch die die Viehbesitzer angeregt werden müssen, ihre gesamte Milch an die Molkereien abzuliefern.

Versammlung der deutschen Zuckerrüben-Interessenten.

Im Architektenhause fand Dienstag nachmittag eine Versammlung der „Vereinigung zur Hebung des Zuckerverbrauchs zugleich Vertretung der Interessen des Zuckerrübenbaues" statt, zu der die Reichs- und Staatsverwaltung eine Anzahl von Vertretern entsandt hatte, so der Staatssekretär des Innern den Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr. Böhnisch, der Landwirtschaftsminister den Reg.-Rat v. Hippel, der Finanzminister den Geh. Ob.-Finanzrat König. Weiter waren erschienen Ob.-Reg.-Rat Lenze für das Kriegsernährungsamt, Landrat Graf v. Wartensleben für die Reichszuckerstelle, endlich ein Vertreter des Reichsmarineamts.

Den Jahresbericht erstattete v. Campe, der Geschäftsführer der Vereinigung. Mehr als je ist der deutsche Zuckerrübenbau jetzt im Kriege gefährdet: das war die Ueberzeugung, mit der man aus dem vergangenen Jahre schied. England wird wahrscheinlich nach dem Kriege alles tun, um die deutsche Zuckerindustrie vom Weltmarkte auszuschließen; sie wird sich darum in erster Linie auf den inneren Markt stützen müssen. Eine erhöhte Zuckererzeugung ist heute eine Lebensfrage für Deutschland, sowohl für technische Zwecke, als auch für den Ersatz von Fett. Für Rüben und Zucker sind die heutigen Preise ungenügend und nicht geeignet, die Erzeugung zu steigern. Mit Zwangsanbau und ungenügenden Preisen würde man jedenfalls auch in Zukunft die Erzeugung nicht fördern, sondern gefährden zum Schaden des Vaterlandes.

In einem eingehenden Vortrage verbreitete sich dann Geh. Rat Prof. Dr. Aereboe-Breslau über den deutschen Zuckerrübenbau während des Krieges und nach dem Kriege. In seinen praktischen Ausführungen zeigte er, wie es gegenwärtig besonders darauf ankomme, die Erzeugung anzupassen dem Mangel an Arbeitskräften und an Dünger. Auch die Preise sollten so gestaltet werden, daß die Verfütterung an das Vieh nicht im Interesse der Landwirte liegt. Wichtig wird sein, wie sich der Osten zu unserem Zucker stellen wird. Weiter muß alles getan werden, um den Zuckerverbrauch im Inlande zu heben. Unter den weiteren Forderungen, die der Redner aufstellte, befanden sich u. a. solche auf dauernde Freigabe des Rübenbrennens, Herabsetzung oder Aufhebung der Verbrauchsabgabe, Umgestaltung des Lohnwesens. — In einem Mitbericht legte Amtsrat Dieckmann-Heimburg a. H. allen Nachdruck auf die Beschaffung von Arbeitskräften, wofür jedes Mittel eingesetzt werden muß. — Eine rege Aussprache folgte. Die Versammlung, die unter Leitung des Kaufmanns Max Jacoby-Danzig stand (die Vereinigung umfaßt Landwirtschaft, Industrie und Handel), beschloß einmütig, die Staatsregierung nochmals in letzter Stunde zu bitten, den Zuckerrübenpreis auf 3 M. und den Rohzuckerpreis auf 26 M. zu erhöhen.

Die diesjährige Obstversorgung.

Die gestern Nachmittag im Architektenhaus vom Deutschen Pomologenverein veranstaltete gut besuchte Versammlung der deutschen Obstzüchter gestaltete sich zu einer bemerkenswerten Aussprache zwischen den Vertretern des deutschen Obstbaues und dem neuen Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat v. Tilly. Direktor Möller vom Provinzialobstgarten Diemitz bei Halle sprach über die schädlichen Wirkungen der vorjährigen Verordnungen auf den deutschen Obstbau und Obsthandel. Er übte an diesen Maßnahmen scharfe Kritik; sie seien im letzten Grunde darauf zurückzuführen, daß in den Zentralstellen keine Männer von Sachkenntnis sitzen und daß auch die berufenen Sachverständigen nicht gehört worden seien. Da wir im nächsten Erntejahr aller Erfahrung nach nicht auf die vorjährige gute Apfel- und Pflaumenernte werden rechnen können, sei eine besonders gute Obstbewirtschaf-

Vossische Zeitung
21./II. 1917
73

Bessere Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte.

Errichtung von Kreis-Kriegsgesellschaften.

Der Errichtung von Kriegswirtschaftsämtern, die der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion dienen sollen, folgt jetzt ein Erlaß des Ministers des Innern, der Wege zur genaueren Erfassung dieser Produktion angibt. Nachdem der Minister auf die schon oft erörterten Mängel der Organisation hingewiesen hat, fährt er fort:

Es würde verfehlt sein, im jetzigen Augenblick durch eine durchgreifende Neugestaltung der Organisation im Interesse einer äußerlichen Vereinheitlichung Veränderungen vorzunehmen und hierdurch bestehende gut wirkende Einrichtungen in ihrem Wirken zu hemmen. Die Frage der Organisation bedarf aber zunächst in jedem einzelnen Kreise einer eingehenden Nachprüfung nach der Richtung hin, ob sie den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen und dem derzeitigen Stande unserer Ernährungswirtschaft angepaßt ist, und ob nicht durch Neuschaffungen und Verbesserungen größere Wirksamkeit erzielt werden kann.

Daß im Kreise alle Fäden der Organisation in der Person des Landrats zusammenlaufen, entspricht der altbewährten preußischen Ueberlieferung und muß als oberster Grundsatz festgehalten werden. Das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl des Landrats muß herhalten und gestärkt werden. Alles unnötige Reglementieren und die Arbeitsfreudigkeit hemmende Eingreifen ist zu vermeiden. Andererseits muß da, wo die volle Erkenntnis von dem Ernst der Lage und der Wichtigkeit der Aufgaben etwa fehlen sollte, mit Entschiedenheit eingeschritten werden. Wenn dem einzelnen nach der ungeheuren Anspannung der jahrelangen Kriegsarbeit die Kräfte des Körpers oder der Nerven versagen, so muß nötigenfalls eine Beurlaubung oder anderweite Besetzung der Stelle erfolgen. Wenn Gefahr ist, daß der Landrat unter der Arbeitslast den Ueberblick über den großen Zusammenhang der Ernährungsfragen verliert, soll ein Teil der Aufgaben vertrauenswürdigen und befähigten Männern aus dem Kreise übertragen werden. Wo geeignete Persönlichkeiten hierfür fehlen, wird es Sache der Regierungspräsidenten sein, auf solche aus anderen Kreisen aufmerksam zu machen. Hierbei wird vielfach auf Persönlichkeiten aus benachbarten Städten zurückgegriffen werden können, die sich in selbständigen kaufmännischen Stellungen bewährt haben, da gerade die kaufmännische Erfahrung für die den Kreisen erwachsenen Kriegsaufgaben von großer Bedeutung ist. Durch das Hilfsdienstpflichtgesetz werden solche Persönlichkeiten freigemacht und zur Verfügung gestellt werden. Die Bildung eines Kreiskommissions, in welcher der Landrat der Vorsitzende, das eigentliche Leiter der stellvertretende Vorsitzende ist, wird vielfach die geeignete Form für ein derartiges Zusammenarbeiten bieten. Erscheint es angebracht, den betreffenden Geschäftskreis mehr von der amtlichen Stelle zu lösen, so bietet sich die Form der G. m. b. H. mit dem Landrat als Vorsitzenden des Aufsichtsrats und einem oder mehreren, die laufenden Geschäfte erledigenden Geschäftsführern. Auch bestehende genossenschaftliche Organisationen können als privatrechtliche Rechtsträger in Frage kommen. Privatfirmen, insbesondere Banken, die sich als Geschäfts- oder Finanzstellen für den Kreis bewährt haben, sollen gleichfalls nicht ausgeschlossen sein. Von ausschlaggebender Bedeutung ist allein, daß sich in jedem Kreis eine finanzkräftige, bewegliche, nach kaufmännischen Grundsätzen geleitete Organisation findet, auf welche der Landrat, ohne mit der Kleinarbeit der laufenden Geschäftsführung belastet zu sein, einen hinreichenden Einfluß ausübt, um die Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses zur Geltung zu bringen. Werden die Geschäfte unmittelbar von der Kreiskommunalkasse abgeschlossen, so müssen kleinliche kommunalaufsichtliche Bedenken gegebenenfalls zurückgestellt werden.

Wenn es die Aufgabe dieser Kreisgeschäftsstellen sein soll, möglichst alle eben entbehrlichen auf dem Lande gewonnenen Erzeugnisse zu erfassen, so muß die unmittelbare Fühlung mit jedem einzelnen Landwirt gewonnen werden. Der Erzeuger, der im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet wird, seine oft auch für ihn und für die Erhaltung seiner Wirtschaft wertvollen Erzeugnisse abzugeben, kann mit Recht erwarten, daß ihm die Erfüllung dieser Pflicht so leicht wie möglich gemacht wird. Er wird diese Pflicht nur dann freudig erfüllen, wenn er die Ueberzeugung hat, daß die entnommenen Nahrungsmittel auch unverzüglich und ohne dem Verderben ausgesetzt zu sein, dem Verbraucher zugeführt werden. Die hierzu notwendigen Anstalten zu treffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kreisgeschäftsstellen.

An das durch die natürlichen Lebensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung Gegebene wird anzuknüpfen sein. Schulen bilden vielfach geeignete Sammelstellen für Eier, Molkereien solche für Gemüse. Pfarrer und Lehrer sind als Helfer zu gewinnen. Wo dem Kreise Lieferungen auferlegt sind, müssen diese auf die Gemeinden verteilt und bis auf den einzelnen Wirtschaftsbetrieb nach individueller Kenntnis der Verhältnisse umgelegt werden. Erfüllung über das Geforderte hinaus muß Ehrenpflicht werden.

Bei jedem einzelnen Nahrungsmittel muß der gesamte Weg vom Erzeuger bis zum Verbraucher durchdacht und planmäßig geleitet werden. Auf jedem Gebiet muß der Großkonsument (Stadtgemeinde oder die mit der Bewirtschaftung betraute amtliche Stelle), der einen Lieferungsvertrag abschließen will, eine leistungsfähige Organisation der Erzeuger vorfinden.

An Vorhandenes, insbesondere das Genossenschaftswesen, ist in der Regel anzuknüpfen, es muß den besonderen Aufgaben der Kriegswirtschaft angepaßt und auf breiteste Grundlage gestellt werden. Die Erfahrung, die Warenkunde, die Kenntnis der Personen und Wirtschaftsverhältnisse, die der eingeführte Handel besitzt, werden nutzbar zu machen sein. Der letztere kann vor allem auch bei der Abbeförderung und Verteilung der Waren von wertvoller Hilfe sein. Die Lage unserer Volksernährung ist so, daß alles, was zur menschlichen Ernährung geeignet ist, seine Abnehmer findet, daß sich überall planmäßiges Sammeln und Erfassen in größeren Mengen lohnen wird.

Leitender Gesichtspunkt des ganzen Geschäftsbetriebs der Kreisorganisation soll nicht das privatwirtschaftliche Interesse der Gesellschaft oder der Kreiskommunalkasse, sondern das volks- und kriegswirtschaftliche Interesse des Landes sein. Das schließt nicht aus, daß bei den geschäftlichen Unternehmungen Ueberschüsse verbleiben. Diese müssen möglichst wieder zur unmittelbaren und mittelbaren Verbesserung und Ausbreitung der Sammel- und Erfassungstätigkeit verwendet werden. Die gesamte Bevölkerung wird um so mehr zur freudigen Mitarbeit an den gestellten Aufgaben bereit sein, je mehr sie davon überzeugt ist, daß etwaige Ueberschüsse dem Kreise als solchem zugute kommen. Auch hinsichtlich der den Angestellten zu zahlenden Gehälter darf in der Zeit der Kriegsteuerung nicht übertriebene Sparsamkeit angewendet werden; gute Ergebnisse müssen durch ein Prämiensystem anerkannt, Wuchergewinne einzelner aber durchaus vermieden werden.

Der Erlaß gibt weiter Richtlinien für die Tätigkeit der Bezirks- und Provinzialinstanz, um ein Durch- und Gegeneinanderarbeiten der einzelnen Stellen zu verhüten, und führt dann aus:

In ständiger Fühlung mit den Lebensmittelstellen wird ein allgemeines Referat vorhanden sein müssen, welches für die Bearbeitung aller Fragen über die nichtrationierten Lebensmittel und für die Förderung der auf die Erfassung der Lebensmittel gerichteten Kreistätigkeit zuständig ist. In manchen Fällen kann es angebracht erscheinen, dieser Stelle gegebenenfalls in Verbindung mit anderen Geschäftsträgern in dem Bezirk oder der Provinz eine privatrechtliche Geschäftsabteilung anzugliedern, welche über solche Nahrungsmittel, bei denen eine völlige Zwangsbewirtschaftung noch nicht eingerichtet ist, Geschäfte abschließt oder vermittelt. Eine solche Geschäftsabteilung könnte auch an Kreise oder Kreisgesellschaften Vorschüsse geben, könnte Verbindung mit größeren Geldinstituten (Preußenkasse) anknüpfen und sich zu einer zentralen Geldausgleichstelle für die gesamten Lebensmittelgeschäfte einer Provinz entwickeln. Wo aber bestehende Institute bereits diese oder ähnliche Funktionen ausüben, wird es dabei zu belassen sein.

Mehr noch als bisher muß in den einzelnen Landesteilen an der Aufklärung und Belehrung insbesondere auch der ländlichen Bevölkerung gearbeitet werden. Den vielfachen Klagen, daß der einzelne nicht mehr in der Lage sei, die Fülle der Verordnungen zu kennen und zu beachten, muß die Berechtigung entzogen werden. Was der einzelne Landwirt von den geltenden Bestimmungen unbedingt wissen muß, läßt sich, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Kreises zugeschnitten, in kurzer gemeinverständlicher Form zusammenfassen, wie dies in einzelnen Kreisen in mustergültiger Weise geschehen ist. Das wichtigste aber ist nicht die Kenntnis der Strafgesetze, sondern die von der Notwendigkeit größtmöglichster Ablieferung durchdrungene Gesinnung.

Das völlige durch den Frost bedingte Aufhören der Kartoffelsendungen macht in zahlreichen großen Städten eine Verteilung von Ersatzmehl erforderlich, durch die unsere nur noch schwachen greifbaren Getreidevorräte aufs äußerste angespannt werden. Um einigermaßen Deckung zu erlangen, hat bereits die Ablieferung von Hafer ausgesetzt werden müssen. Aller Voraussicht nach wird die endgültige Erschöpfung unserer Kartoffelvorräte gewisse Zeit vor Einbringung der neuen Ernte eintreten. Dann muß wieder mit Brotgetreide durchgehalten werden. Jede Verfütterung von Brotgetreide bedeutet unter diesen Umständen eine schwere Gefahr für die Allgemeinheit. In den kommenden besonders schweren Frühjahrsmonaten muß die oben in Umrissen dargelegte Organisation in allen Kreisen bereits in voller Wirksamkeit sein, damit alle auf dem Lande entbehrlichen Nahrungsmittel den städtischen Verbrauchern restlos zugeführt werden können.

Den Herren Oberpräsidenten sowie den Regierungspräsidenten und den Landräten, so schließt Herr v. Loebell seinen Erlaß, mache ich zur ernstesten Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um dieses Ziel zu erreichen.

Pester Lloyd

21. II. 1917

74 21

Landwirtschaftliche Mehrproduktion.

Von Baron Adolf Kohner.

Budapest, 20. Februar.

Es ist jedenfalls zeitgemäß, daß in der öffentlichen Meinung die Frage der landwirtschaftlichen Mehrproduktion zur Diskussion gestellt ist und es kann der Sache nur förderlich sein, wenn das Problem durch gegenseitige Aufklärung von allen Seiten beleuchtet wird. Ich möchte die Frage zunächst in zwei Teile gliedern, denn die Lösung hängt von zwei Faktoren ab. Der eine Faktor ist die rationelle Wirtschaft, der andere eine richtige und zielstrebige Bodenpolitik.

In erster Reihe wäre eine richtige Begriffsbestimmung der Mehrproduktion zu bewirken. In dem Sinne, wie dieser Begriff nunmehr zum Schlagworte geworden, scheint er mir viel zu weit gefaßt, denn so könnte er auch die Produktion einer tunlichst großen Menge landwirtschaftlicher Produkte ohne Rücksicht auf deren Gestehungskosten bedeuten. Ich möchte also den Begriff enger bestimmen und von rationeller Mehrproduktion sprechen. Nach dem Kriege werden wir, um unsern Platz in der Weltwirtschaft behaupten zu können, bestrebt sein müssen, unsere Handelsbilanz durch Warenausfuhr zu verbessern. Allein diese Warenausfuhr wird nur dann von tatsächlichem Nutzen für unsere Volkswirtschaft sein, wenn der Herstellungspreis für den Produzenten nutzbringend ist. Zunächst werden wir uns davor hüten müssen, die Produktion solcher landwirtschaftlichen Artikel künstlich zu fördern, die nicht natürliche Produkte ihrer Ursprungsgegend sind. Der Wert eines landwirtschaftlichen Produktes setzt sich aus drei Faktoren zusammen. Diese drei Faktoren sind: das Grundkapital der Produktion, die Zinsen des auf die Produktion entfallenden Betriebskapitals und der Arbeitslohn. Wenn der Preis der Produktion in dem Ertrag pro Joch nicht die Summe dieser drei Komponenten übersteigt, dann ist die Berechnung falsch und die Produktion für das Land verlustbringend. Um ein Beispiel anzuführen: Wenn in magerem Sandboden durch allerlei künstliche Mittel Zuckerrübe von ziemlicher Qualität und Quantität produziert werden könnte, so wäre das Endergebnis dennoch ein volkswirtschaftlicher Verlust. Die gleiche Erfahrung haben wir, wie Graf Emerich Károlyi sehr richtig bemerkte, auch bei gewissen, auf künstlichem Wege mit Hilfe einer Subventionspolitik gezüchteten Industrien gemacht; folglich gilt es, darauf zu achten, daß wir nicht auch bei der Landwirtschaft in den gleichen Fehler verfallen.

Es fragt sich nun, wie erreicht man das große Ziel, rationell, also möglichst wohlfeil, tunlichst viel zu produzieren. Meines Erachtens bedarf es hiezu einer Entwicklung in dreifacher Richtung, und zwar in wissenschaftlicher, industrieller und — horribile dictu — kommerzieller Richtung. Auf die Wissenschaft sind wir angewiesen, um all das zu erkennen und in einer unseren spezifischen Verhältnissen angepaßten wissenschaftlichen Weise auszunützen, was die Forscherarbeit der landwirtschaftlichen Wissenschaft des Auslandes zusammengetragen hat. Die landwirtschaftliche Wissenschaft der höher entwickelten Länder trägt den Stempel der örtlichen Verhältnisse an sich. Die deutsche Wissenschaft ist anders gerichtet als die englische. Darum wird die landwirtschaftliche Wissenschaft des Auslandes bei uns nur mit großer Vorsicht zu rezipieren sein. Wir in Ungarn werden bestrebt sein müssen, unsere spezifische landwirtschaftliche Wissenschaft zu schaffen. Kein Opfer kann zu groß sein, das wir zur Erreichung dieses Zieles bringen. Die Mittel hiezu sind die folgenden: Eine große, zentrale landwirtschaftliche Universität, die die Strahlen ihrer Geistesarbeit auf eine tunlichst große Anzahl landwirtschaftlicher Hoch- und Mittelschulen verbreiten soll; in weiterer Abstufung möglichst viele landwirtschaftliche Volksschulen und überdies die in tunlichst breiten Kreisen zu vollziehende Verbreitung der Ergebnisse der gelehrten Forschung und der wissenschaftlichen Erfahrung durch Vermittlung der landwirtschaftlichen Vereine und der Landwirtschaftsklubs. Hiezu kommt dann noch die Belebung des Interesses an der landwirtschaftlichen Wissenschaft sowohl durch eine entsprechende Fachpresse wie auch durch eine ständige Rubrik der Tagesblätter, in der die Errungenschaften der agronomischen Wissenschaften popularisiert würden, und schließlich Hand in Hand mit all diesen Einrichtungen die Errichtung von Mustergütern, die wissenschaftlich, aber gleichzeitig auch aus dem Gesichtspunkte der Rentabilität auf entsprechender Stufe zu stehen hätten.

Auf industrielles Verständnis und auf dessen Entwicklung wäre aus dem Grunde Gewicht zu legen, weil wir tunlichst dahin zu streben haben, daß wir nicht unsere Rohstoffe, sondern deren feinste Endprodukte ausführen. Nur dann kann das Land eine wirkliche und durchgreifende Verbesserung seiner Valuta erzielen, wenn es Fertigware, also nicht Getreide, sondern Mehl, auch nicht Mehl, sondern eher Makkaroni und Mehlspeise zur Ausfuhr bringt; nicht lebendiges Borstenvieh, sondern eher Fett, feinen Schinken, Salami; nicht rohes, leicht verderbliches Obst, sondern Kompott, Jam, Dörrfrüchte. Gleichzeitig müssen wir streben, unsere Produkte derart zu konservieren, daß wir nicht auch weiterhin genötigt sind, gewisse Artikel wegen ihrer Verderblichkeit auf einmal und sofort auf den Markt zu werfen, sondern nach entsprechender Konservierung in einer Weise, die uns in den Stand setzt, die Preisgestaltung auf dem Markte bestimmend zu beeinflussen. Ich denke hiebei in erster Reihe an die Kälteindustrie. Vor dem Kriege besaß Rußland dreihundert Kühlhäuser, wir alles in allem ein einziges. Ich verweise auch noch auf die Trocknungsmethoden, ein Gebiet, auf dem wir noch am Anfang des Anfanges stehen; auf die Trocknung von Kartoffeln und Gemüse. Unabsehbar ist die Menge der Produkte, die heute verloren gehen, während sie auf solche Art gerettet und verwertet werden könnten.

Schließlich aber müssen wir in unserer Landwirtschaft kommerziell denken lernen. Ich weiß, daß manche diesen Rat bedenklich finden werden. Eines der Uebel, unter denen wir leiden, besteht eben darin, daß bei uns allzu viele die Landwirtschaft als Herrenberuf betrachten. Und doch kann gesagt werden, daß bei uns von einer Mehrproduktion nur dann die Rede sein kann, wenn die Auffassung in das allgemeine Bewußtsein übergegangen sein wird, daß die Landwirtschaft kein Zeitvertreib, sondern ein Geschäft, sogar ein schwieriges Geschäft ist. Mehr als bei irgendeinem anderen produzierenden Beruf muß bei jeder Handlung und Entschließung des Landwirtes der Rechenstift maßgebend sein. Sparsamkeit und häufig das schonungslose Beiseiteschieben der Passion, andererseits Unternehmungsmut ist zur erfolgreichen Betreibung der Landwirtschaft erforderlich. Das Hauptziel ist nicht, ein prächtiges Zuchttier zu erzielen oder dem Boden Rekordernten abzunötigen, sondern die unter den gegebenen Umständen erreichbare höchste Bodenrente zu erreichen. In die Mentalität unserer Landwirte gilt es den Sinn für den Nettonutzen einzuimpfen. Und nicht in letzter Reihe wird man unsere Landwirte an genaue Buchführung gewöhnen müssen, damit sie in die Lage kommen, sich selbst jeden Augenblick über den jeweiligen Stand ihrer Betriebe und über deren Rentabilität ein klares Bild zu geben, was heutzutage an sehr vielen Stellen lediglich auf Grund des Gefühls, im besten Falle an der Hand eines Kassenbuchauszuges geschieht. Wenn diese drei Prinzipien in das Bewußtsein unserer Landwirte eindringen, dann werden wir eine Mehrproduktion haben. Man darf aber nicht glauben, daß die Mehrproduktion ein rascher Prozeß sein wird. Mit Geld und Arbeitskraft lassen sich ganz große, sogar Mammutindustrien gleichsam wie durch einen Zauberschlag improvisieren. Die landwirtschaftliche Melioration aber ist ein allmählicher Prozeß, dessen Früchte langsam reifen. Die Aufzucht einer Kuh nimmt vier bis fünf Jahre in Anspruch. Die Reinigung des Bodens von schädlichem Unkraut ungefähr ebensoviel Zeit. Die Dränage eines Mittelgrundbesitzes ist die Arbeit langer Jahre. Nebst den erwähnten Faktoren bedarf es auch noch der Geduld und hauptsächlich einer stillen, zähen Arbeit, die allenfalls sich mit dem Gedanken abfindet, für die kommende Generation zu arbeiten.

Die Hauptaufgabe des Staates in der Verwirklichung dieses großen Zieles möchte ich hauptsächlich in den großen Linien der Wirtschaftspolitik erblicken. Ich denke hiebei in erster Reihe an die Entwicklung unseres Straßen- und Eisenbahnnetzes. Wer gleich mir Gelegenheit hatte zu erfahren, welche unglaublich vorteilhafte Umwandlung die Landwirtschaft des Alföld überall dort erfuhr, wo tadellose Kunststraßen angelegt wurden, kann in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel hegen. Auch ein systematisch angelegtes Netz von Feldbahnen wird zweckdienlich sein, wo der Bau von Kunststraßen wegen der teuern Zufuhr des Steinmaterials zu hohe Kosten erfordert. Wenn es nicht anders geht, wird dies auf Grundlage der Zwangsgenossenschaften durchzuführen sein, wie seinerzeit die Wasserregulierungsgesellschaften. Auch die Frage des Kunstdüngers kann die staatliche Fürsorge unter ihre schirmenden Fittige nehmen. Insbesondere bei den kleinen Landwirten wird hiebei darauf zu achten sein, daß der Kunstdünger rationell und nur dort und so zur Anwendung gelangt, wo und wie davon ein kalkulierbarer Erfolg mit Sicherheit zu erwarten ist. Mit drakonischer Strenge müßte durch die Gesetzgebung die Ausrottung des schädlichen Unkrautes und der Parasiten angeordnet werden. Die entsprechende Bodenverbesserung wäre durch Dampfpfluggenossenschaften anzustreben. Die veredelten Getreidearten wären zweckmäßig zu propagieren und deren Zucht mit allen Mitteln zu fördern. Ich könnte noch auf zahlreiche Verfügungen solcher Art hinweisen, für die es auch bisher nicht an Verständnis fehlte, die aber durch den Mangel an entsprechender Propaganda und an hinreichendem Interesse bisher in primitivem Zustande liegen. Zum Schlusse sei nur noch bemerkt, daß die soziale Propaganda mit jedem erdenklichen Mittel gefördert werden müsse.

Nach alldem möchte ich nun auf den wirtschaftspolitischen Teil des Problems übergehen. In dieser Hinsicht sind in der öffentlichen Diskussion scharf präzisierte Fragen aufgeworfen worden. Ich werde bemüht sein, auf diese Fragen derart zu antworten, daß ich unter völliger Außerachtlassung meiner persönlichen politischen Anschauungen die vorteilhafteste volkswirtschaftliche Lösung suche. Dem Staate steht zweifellos das Recht zu, den kirchlichen und weltlichen Großgrundbesitz — den letzteren, wofern er fideikommissarischer Natur ist — in bezug auf die Betriebsmethode zu beeinflussen. Von diesem Rechte macht er auf dem Gebiete der Forstwirtschaft auch Gebrauch. Ebenso wie der Staat eine rationelle Forstwirtschaft fordert, kann er auch von diesen Grundbesitzern einen rationellen Betrieb mit entsprechendem Betriebs- und Investitionskapital und mit tadellosem Wirtschaftsbeamtenkorps fordern. Wenn der Besitzer diesen Anforderungen entspricht, was bei obligatorischer regelmäßiger Buchführung durch eine Kontrolle des Wirtschaftsganges festgestellt werden kann, so ist ja das Ziel erreicht. Falls aber der Besitzer keine Neigung dazu haben, oder falls er nicht über die Mittel verfügen sollte, die entsprechende Betriebsmethode einzuführen, so wäre seine Wirtschaft auf Grund einer staatlichen Verfügung in entsprechender Weise zu verpachten. Ob dies dann in der Form kleiner, mittlerer oder Großpachtungen stattfinden soll, werden die Lokalumstände, die Populations- und Kulturverhältnisse zu bestimmen haben.

Die zweite Frage lautet: Welche Betriebsform soll gekräftigt werden, um die praktische Mehrproduktion zu sichern, der Großgrundbesitz in eigener Regie oder die kapitalsstarke Pachtwirtschaft, oder der mittlere Grund-

Landesversammlung der Landwirte.

Budapest, 22. Februar.

Im großen Saale des alten Abgeordnetenhauses fand heute die vom Bund der Landwirte einberufene Landesversammlung der Landwirte statt. Dieser wohnten die aus allen Teilen des Landes herbeigeströmten Landwirte in so großer Zahl bei, daß der Beratungssaal und die Galerien dicht gefüllt waren und viele Hunderte Teilnehmer die Präsidentenestrade umstanden. Großes Aufsehen erregte es unter den erschienenen Landwirten, daß die angemeldeten Regierungsvertreter fernblieben. Die Debatten wurden außerordentlich scharf geführt. In allen Tonarten wurden die Regierungsverordnungen als antiagrarisch kritisiert und der Regierung wurde vorgeworfen, die Interessen der Landwirtschaft hintanzusetzen. Besonders scharf rückte man den Getreidehöchstpreisen zu Leibe und mit größter Erbitterung behandelte man die Weigerung der Regierung, die Höchstpreise für Industrieprodukte festzustellen. Die Versammlung klang in der Drohung aus, die Landwirte hätten heute ihr letztes Wort gesprochen. Leihe die Regierung ihren heute kundgegebenen Wünschen und Forderungen nicht Gehör, so werde sich der Lanwirtebund direkt an die Stufen des Thrones um Abhilfe wenden.

Die Beratungen nahmen folgenden Verlauf:

Die Versammlung wurde durch den Präsidenten Geheimen Rat Ignaz Darányi eröffnet. Neben ihm nahmen auf der Estrade Platz: die Geheimen Räte Graf Aurel Dessewffy und Graf Theodor Zichy, Direkor Stefan Bernáth und Sekretär Dr. Karl Schandl. Ferner waren anwesend: Fürst Nikolaus Esterházy, Graf Josef Mailáth, Graf Stefan Bethlen, Graf Rafael Zichy, Markgraf Georg Pallavicini, Graf Emil Dessewffy, Graf Moritz Esterházy, Graf Aladár Széchényi, Graf Ladislaus Somssich, Graf Theodor Batthyány, Graf Aladár Zichy, Graf Alexander Andrássy, Baron Géza Papp, Baron Dr. Friedrich Korányi, Béla Mezössy, Johann Pirkner, Nikolaus Oßtroluczky, Oskar Joánka, Árpád Szentiványi, Julius Rubinek, Zoltán Szilassy und viele andere. Ganz besonders groß war die Zahl der erschienenen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses.

Die Begrüßung des Königs.

Präsident Darányi verweist darauf, daß der Landwirtebund zum ersten Male seit der Thronbesteigung Sr. Majestät sich zu einer Beratung versammle. Das erste Wort der Landwirte solle daher an den König gerichtet werden, in der Hoffnung, daß Se. Majestät nicht nur den Weltkrieg siegreich beenden, sondern auch der ungarischen Nation und ihrer Landwirtschaft zu neuer Blüte verhelfen wird. Auf Antrag des Präsidenten wurde sodann beschlossen, an Se. Majestät folgendes Begrüßungstelegramm abzusenden:

„An die Kabinettskanzlei Sr. kais. und apost. königl. Majestät, Wien.

Der Verband ungarischer Landwirte, dem 1900 Genossenschaften und 600 landwirtschaftliche Klubs angehören, hat in seiner seit der ruhmvollen Krönung Ew. Majestät heute stattfindenden ersten Generalversammlung den Beschluß gefaßt, Ew. Majestät mit ungeteilter Begeisterung huldigungsvoll zu begrüßen. Unser Verein vertritt in erster Reihe die Hunderttausende der kleinen Landwirte, die mit ererbter Tapferkeit für den Thron Ew. Majestät und das Vaterland kämpfen; die Daheimgebliebenen aber kämpfen mit ebensolcher Ausdauer tausend Schwierigkeiten zum Trotz für die Sicherung der Produktion und für die Vereitelung des von unseren Feinden gegen uns gerichteten grausamen Aushungerungskrieges. In diesem doppelten Kampfe blicken wir mit unverbrüchlicher Zuversicht, Treue und Anhänglichkeit zu Ew. Majestät empor und empfehlen in huldigender Ehrfurcht die ungarische Landwirtschaft und ihre berechtigten Interessen der allerhöchsten Unterstützung und Verteidigung Ew. Majestät.

Ignaz Darányi, Präsident.
Stefan Bernáth, Direktor."

Sodann wurde beschlossen, auch an die Königin Zita ein Begrüßungstelegramm abzusenden.

Sodann verlas Direktor Stefan Bernáth die Liste der erschienenen Delegationen. Von seiten des Finanzministers war Staatssekretär Gabriel Madarassy, von seiten des Handelsministers Staatssekretär Julius Vargha als Regierungsvertreter angemeldet, sie sind aber nicht erschienen. Es haben 35 landwirtschaftliche Vereinigungen und mehr als hundert Bauernvereine und Genossenschaften ihre Delegierten entsendet.

Geheimer Rat Graf Aurel Dessewffy beantragt, die ersten beiden Punkte der Tagesordnung, die sich mit der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion, den Getreidepreisen und der Maximierung der Industrieprodukte befassen, gemeinsam zu verhandeln, welcher Antrag angenommen wurde.

Sodann hielt Präsident Geheimer Rat Dr. Ignaz Darányi folgende Eröffnungsrede:

Eröffnungsansprache des Präsidenten Dr. Ignaz Darányi.

Präsident Dr. Ignaz Darányi befaßte sich in seiner Eröffnungsrede zunächst mit der Frage der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Ernährungspolitik der Regierung sei einseitig und scheine durch den Gesichtspunkt der augenblicklichen Notwendigkeit bestimmt. Das Volksernährungsamt sei zu spät und mit zu sehr beschränktem Wirkungskreis organisiert und vor eine unmögliche Aufgabe gestellt. Der Frühjahrsanbau sei von großen Schwierigkeiten bedroht, und es fehle der Einklang zwischen der Art und Weise der Requisitionen und der verspätet ins Werk gesetzten Verteilung des Frühjahrssaatgutes. Bedenkt man, daß in vielen Gegenden des Landes die Landwirte es mit unzufriedenen Dienstboten, Arbeitern und Kriegsgefangenen zu tun haben, so entfalte sich ein betrübendes Bild. Schon jetzt müßte man mit der größten Energie sich mit der Sicherstellung der Erntearbeiten befassen. Jeder verlorene Tag bedeute unwiederbringlichen Zeitverlust. Die Zentralen, an ihrer Spitze die Kriegsproduktenaktiengesellschaft, befriedigen weder die Ansprüche der Produzenten, noch diejenigen der Konsumenten. Der Weizenbau höre auf, ein nutzbringendes Unternehmen zu sein. Die Höchstpreise decken kaum noch die steigenden Gestehungskosten. Der Weizenpreis sollte im richtigen Verhältnis zum Mehlpreise festgesetzt werden. Diese Disparität schädige den Landwirt ebenso wie den Verbraucher. Auch die Festsetzung von Höchstpreisen für Industrieartikel sei dringend. Diese Forderung sei nicht eine einseitige agrarische Forderung. Der Städtekongreß habe sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Die Regierung lasse es an der erforderlichen Energie gegenüber den großen Kartellen, den großen Preistreibern, den großen Unternehmern fehlen. Die österreichische Industrie diktiere uns ungehemmt ihre Preise und störe dadurch das wirtschaftliche Gleichgewicht, auf dem der Ausgleich beruht.

Der Redner geht sodann auf die Fragen der Bodenpolitik über. Diese müsse auf zwei Pfeilern ruhen. Der nationale Gesichtspunkt ist der eine Pfeiler, der soziale Gesichtspunkt der andere. Die Leitung der Bodenpolitik sei eine staatliche Aufgabe. Die Regierung aber stelle sich auf den Standpunkt des non possumus. Sie habe mit der Altruistenbank eine bescheidene Initiative ergriffen, aber diese Anstalt habe die an sie geknüpften Hoffnungen infolge ungenügender Unterstützung nur zum geringen Teil erfüllt. Die Vorschläge des Senatspräsidenten Dionys Sebes scheinen an zuständiger Stelle keinen Anklang zu finden. Dagegen sehe man, wie die Banken die größte Agilität auf diesem Gebiete entfalten. Es scheint, daß das Bankkapital sich ganz auf den Grundbesitz werfen will. Der Vorwurf, daß die ungarische Landwirtschaft nicht genug produziere, sei unberechtigt. Mit Deutschland und Oesterreich könne man unsere Verhältnisse nicht vergleichen. Die deutsche Landwirtschaft genieße schon seit langer Zeit den Zollschutz und den Veterinärschutz, den wir zu spät eingeführt haben. Auch vergesse man, daß bei uns die Vorkämpfer der genossenschaftlichen Idee tausend Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Wo waren damals die Kreise, die jetzt die ungarischen Landwirte angreifen und die jetzt schon sich den Kopf darüber zerbrechen, wie die Ackerbauproduktion nach dem Kriege bevormundet werden sollte? Der Verband fühlt, daß in dieser Frage Hunderttausende hinter ihm stehen. Es darf nicht sein, daß die Untätigkeit des Staates auf bodenpolitischem Gebiete das Schicksal dieser Hunderttausenden während ihrer Abwesenheit durch andere entscheiden lasse. Die Rede schließt mit den Worten: Wir verleben schwere Tage, aber verzagen dürfen wir nicht. Wir müssen mannhaft ausharren bis zum Siege. Die Nation steht mit ihren Verbündeten vor einer letzten Kraftanstrengung. Sein oder Nichtsein, das ist jetzt die Frage. Unsere Klagen und Beschwerden wollen wie für später zurückstellen. Tapfer kämpfen in den Schützengräben, hart arbeiten im Hinterland, — das sei jetzt der Wahlspruch der ungarischen Landwirte.

Die Tagesordnung.

Es folgt die Verhandlung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung: Die Sicherung der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion. Als Referent fungierte Gustav Szomjas. Er bezeichnet die Lage der Landwirtschaft als sehr kritisch. Bei der Herausgabe der Regierungsverordnungen sollte man in erster Reihe darauf bedacht sein, die Landwirtschaft möglichst wenig zu behindern. Statt dessen sind die Verordnungen so kompliziert und verworren, daß der einfache Landwirt sich absolut nicht zurechtfindet. Die Regierungsverordnungen werden sozusagen aus einem Maschinengewehr in endloser Reihe herausgefeuert und dabei Strafsanktionen angewendet, die für die Landwirte beleidigend sind. Was die Höchstpreise und Prämien betrifft, seien diese ganz verfehlt. Ganz besonders scharf kritisiert Redner die Zentralen, die gewöhnliche Erwerbsgenossenschaften sind und den größten Wucher treiben. So bald eine Zentrale kreiert wird, verschwindet die betreffende Ware. Die Landwirte müssen ihre Produkte unverfälscht, in bester Qualität den Zentralen abliefern, aber niemand kontrolliert, in welchem Zustande die fertigen Fabrikate zurückgeliefert werden. Typisch für den Mißerfolg der Tätigkeit der Zentralen sei die Kleiezentrale, die den Landwirten entweder überhaupt keine Ware oder in unverwendbarer Qualität liefert. Was die Requirierung betrifft, so hat man damit weit über das Ziel geschossen, denn man hat vielfach auch das Saatgut und die konventionsmäßig für das Gesinde bestimmte Menge requiriert. Redner kritisiert sodann das Gebaren der Kriegsprodukten-A.-G., namentlich das Vorgehen bei der Verteilung des Sommerweizensaatguts. Auch die Bilanz der Kriegsprodukten-A.-G. beweist, daß den Landwirten viel zu große Lasten auferlegt wurden. Sodann tritt der Referent dafür ein, daß nach deutschem Muster die obligatorische Zivildienstpflicht angeordnet und alle vom Militärdienst befreiten Landwirte auch im Interesse des öffentlichen Wohles wirken.

Was den Handel betrifft, sind die Landwirte keine Feinde des anständigen Handels, sie müssen aber dagegen protestieren, daß man einem Produktionszweig alle Lasten aufbürdet, dem andern aber alle Vorteile zuwendet. Nach alledem unterbreitet der Referent folgende Resolution:

Die Generalversammlung spricht aus, daß die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion durch einseitige Maßnahmen ernstlich gefährdet werde. Eine Revision der einschlägigen Regierungsverordnungen sei notwendig, wobei die Interessen der Produktion in erster Reihe vor allen anderen Interessen zu respektieren sind, zu diesem Zwecke müsse die Meinung der landwirtschaftlichen Organisationen angehört und berücksichtigt werden. Auch bei den Requirierungen soll der Hauptgesichtspunkt die Sicherung der Fortsetzung der Produktion sein. Die eigenen Bedürfnisse des Landwirtes, seines Gesindes, seiner Arbeiter, der Kriegsgefangenen und der Schnitter, die Versorgung der Tiere muß indes gesichert sein. Die Organe der Requirierung sollen von Amts wegen verpflichtet sein, einen eventuellen Rekurs der Produzenten zu Protokoll zu nehmen. Derartige Rekurse sollen außertourlich nach Anhörung der Partei erledigt werden. Es ist ferner notwendig, die Betriebszentralen zu reduzieren und diese Gesellschaften zu einer detaillierten Verrechnung zu veranlassen. Die Kriegsprodukten A.-G. möge verpflichtet werden, bei der Auswahl der die Requirierung besorgender Organe mit größter Strenge vorzugehen. Die Kommissionäre der Gesellschaft mögen die angebotenen Vorräte sofort übernehmen, außerdem soll ihnen gegenüber größere Kontrolle geübt werden. Die Regierung möge den Kleiebedarf der Armee kontingentieren und den verbleibenden Rest den Landwirten zurückgeben. Zur Sicherung des Saatgutes möge die Regierung die von der Kriegsprodukten A.-G. beschlagnahmten Vorräte, dem Bedarf entsprechend, freigeben.

Die Generalversammlung protestiert dagegen, daß das Getreide der kleinen Landwirte billiger übernommen werde und daß das Reineinkommen der über landwirtschaftlichen Produkte verfügenden Zentralen zu anderen Zwecken als zur Förderung der Landwirtschaft verwendet werden. Die Regierung möge dafür Sorge tragen, daß die Verwaltungsorgane, sowie die Eisenbahn- und Finanzorgane die landwirtschaftliche Produktion mit aller Kraft fördern und bei der Beistellung der notwendigen Materialien rasch handeln. Die Generalversammlung fordert weiters, daß das Kriegsernährungsamt für die Bedürfnisse der Dorfbewohnerschaft in erster Reihe auf dem Wege der Konsumgenossenschaften Sorge trage. Die im Besitze des Militärs befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, Feldbahnen und Transportmittel mögen nach dem Krieg zugunsten der Landwirtschaft zurückgestellt werden. Unter Rücksichtnahme auf die ernsten militärischen Interessen ist ferner eine glattere Abwicklung der auf die Beurlaubungen bezüglichen Verordnungen des Honvédministers wünschenswert. Zum Schluß führt die Resolution aus, daß die Landwirte, die in diesem Krieg ihre Pflicht erfüllen, die Verantwortung für eventuelle Störungen in der Produktion auf die Exekutivgewalt wälzen müssen, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt werden.

Der nächste Referent Abgeordneter Johann Wittmann behandelt die Frage der gerechten Feststellung der Getreide- und Mehlpreise und der Preismaximierung der Industrieprodukte. Der Referent führt aus, daß auch die Landwirte Südungarns die vom Landwirtebund eingeleiteten Aktionen voll und ganz unterstützen. Es sei notwendig, daß alle Landwirte zusammenhalten, denn nur so sei es möglich, der Regierung wirklich zu imponieren. (Allgemeiner Beifall.) Was die Frage der Getreidepreise betrifft, ist diese in letzter Zeit so eingehend erörtert worden, daß Redner sich nicht in Wiederholungen einlassen will. Dasselbe gilt von der Preismaximierung der Industrieprodukte. Dennoch will Redner nur ein Beispiel anführen. Im Komitat Arad hatte die Requirierung von Getreide von neun Bezirken nur in dreien einen Erfolg aufzuweisen. Wie bedürftig dort die kleinen Landwirte sind, dafür spricht ein vom Redner verlesener Ausweis über die landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse einer solchen Kleinwirtschaft, die auf 10 Joch eigenem und 30 Joch gepachtetem Boden wirtschaftet. Es stehen da den Einnahmen von k 9600, die Redner detailliert verliest, Ausgaben von k 10.928 gegenüber. Ebenso wie dieser kleine Landwirt, zahlen andere auf ihre landwirtschaftlichen Betriebe darauf. Redner behauptet, die Getreidehöchstpreise seien für den Landwirt gerade zu ruinös. Er müsse den Weizen um k 40 der Mühle verkaufen und diese erhalte k 90, also das Doppelte für das Mehl. Auch sonst seien die Preise der Industrieprodukte für die Landwirtschaft ganz unerschwinglich. Der Referent legt sodann eine Resolution vor:

Die Resolution weist darauf hin, daß der Ungarische Landwirteverband bereits seit zwei Jahren bei der Regierung die Maximierung der Preise der Industrieartikel urgiert. Der Landwirteverband hat die Regierung auch ersucht, die für die Landwirtschaft notwendigen Industrieartikel zu maximieren. Der Ministerpräsident hat dies jedoch in seinem letzten Reskript verweigert, weshalb sich die außerordentliche Generalversammlung jetzt an das Parlament wendet. Wenn die Maximierung nicht rasch erfolgt, hört die Möglichkeit der Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion auf und die Landwirte lehnen die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ab.

Mit Rücksicht darauf, daß zwischen den Getreide- und den Mehlpreisen zugunsten der Mühlen eine ungerechtfertigt große Differenz besteht, erachtet es die Generalversammlung für notwendig, ein gerechteres Verhältnis herzustellen und das große Gewinstplus, das die Mühlen unrechtmäßig einnehmen, zwischen Konsumenten und Prooduzenten zu verteilen. Da auch das Preisverhältnis zwischen Mais und Fett ungerecht ist, wäre eine derartige Lösung zu treffen, daß zwischen Produzenten und Konsumenten dasjenige Einnahmsplus zu verteilen wäre, durch das gegenwärtig die in der Hand des mobilen Kapitals befindliche Unternehmung und die Vermittlung Produzenten und Konsumenten ausnützen.

Bei der Feststellung der Höchstpreise für Industrieartikel möge die Regierung auch für die Kontrolle der kartellierten Fabriken und Industrieunternehmungen sorgen, beziehungsweise Requisitionen zu dem Zwecke vornehmen lassen, damit die maximierten Industrieartikel im Verhältnis zu dem zur Verfügung stehenden Rohmaterials produziert werden, und Oesterreich uns als Entgelt für das ihm unsererseits zum Maximalpreise überlassene landwirtschaftliche Produktionskontingent, ein entsprechendes Kontingent maximierter Industrieartikel sichere.

Pfarrer Stefan Margorin bemängelt, daß die Landwirte noch immer die gleiche Behandlung vermissen, die man anderen Berufszweigen angedeihen läßt. Er führt eine lange Liste der maximierten Produkte der Landwirtschaft an. Diese Preise gelten nur so lange, bis die Produkte sich bei dem Landwirt befinden. Dann beginnt aber die Preistreiberei, der Wucher. Dazu stellt die Regierung alle Mittel der Ausnahmsverfügungen zur Verfügung. Redner beklagt, daß die Zensur jene Artikel nicht zu veröffentlichen gestattet, die sich mit der Notlage der Landwirtschaft befaßt.

Abgeordneter Béla Mezössy bestreitet, daß die heutige Beratung einseitige politische Ziele verfolge, denn der Landwirtebund vertrete nur berechtigte und allgemeine Interessen der Landwirtschaft. Es sei heute nur beabsichtigt, jene dringenden Verfügungen zu urgieren, ohne welche die Landwirtschaft nicht imstande sei, weiter ihren Beruf auszuüben und die ganze Verantwortung werde die Regierung belasten, wenn man auch jetzt noch die unaufschiebbaren Verfügungen unterlasse. Es werden keine einseitigen Landwirteinteressen vertreten, dennoch müsse laut gefordert werden, daß mandie Getreidepreise in gerechter Weise festsetze. Indem man gegen den Wucher mit den Industrieprodukten Stellung nimmt, schützt man die Millionen heimgebliebene Bevölkerung. Der Ministerpräsident habe diese Forderung in einem barschen Reskript als unmöglich hingestellt. Dagegen müsse

Pester Lloyd

23. IV. 1917

78

Die Klagen der Landwirte.

Budapest, 22. Februar.

Die vom Bund Ungarischer Landwirte heute veranstaltete Monsterversammlung der Landwirte bot ein sonderbares Bild. Wer eine sachlich und ernst geführte Debatte, gewichtige und unumstößliche Argumente, maßvolle und kluge Reden erwartete, wurde schwer enttäuscht. Was man vernahm, waren mit sehr geringen Ausnahmen leidenschaftliche Ausfälle und wuchtige Anklagen gegen die Regierung, maßlose Angriffe gegen den Handel, Verdächtigungen gegenüber den Banken und Klagen über die Tätigkeit der Zentralen. Jeder Referent, jeder Redner wiederholte dasselbe Klagelied, daß unserer Landwirtschaft die unerhörteste Vergewaltigung zuteil wird. Es wurden Klagen und Beschwerden ohne Ende vorgebracht, jedwede Regierungsverordnung als ein Attentat gegen die Interessen der Landwirtschaft hingestellt, in aller Form die schwersten Drohungen gegen die Regierung ausgestoßen und behauptet, die Landwirtschaft sei bei uns bereits so notleidend, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb heute einen exorbitanten Verlust ergibt.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Legion der heute Angegriffenen in Schutz zu nehmen. Am wenigsten bedarf die Regierung fremder Fürsprecher, sie wird gewiß Gelegenheit finden, die schweren Anklagen der heutigen Versammlung zu widerlegen. Wäre nur ein ganz minimaler Teil der Anwürfe stichhaltig, so wäre es undenkbar, daß die der Regierungspartei angehörenden und aus der Grundbesitzerklasse hervorgegangenen Abgeordneten, deren Zahl doch recht stattlich ist, eine Regierung unterstützen würden, die unserer Landwirtschaft solches Unrecht zufügt, und noch dazu, wie so mancher Redner behauptet hat, direkt in böswilliger und feindseliger Weise. Auch die zu Dutzenden an den Pranger gestellten Banken, Zentralen und Personen mögen sich selbst verteidigen. Wir haben niemand gefragt, was über die vorgebrachten Anklagen vom Standpunkt der Angeklagten aus zu entgegnen ist. Doch beim bloßen Zuhören vernahmen wir selbst Dissonanzen und Ungereimtes in solcher Zahl, wir hörten von einzelnen Rednern so falsche Angaben, so krasse Unwahrheiten, daß wir zum Schluß an den Ernst der vorgebrachten Klagen sehr stark zu zweifeln wagten. Gewiß hat manche Regierungsverfügung für die Landwirte schwere Nachteile gebracht, aber kein Redner warf heute die Frage auf, ob unter den obwaltenden außerordentlichen Verhältnissen diese Verfügungen nicht unerläßlich waren. Ohne jede Kritik oder Einwendung wurde jede Klage und Behauptung hingenommen, entfesselte jeder Angriff laute Beifallsstürme. Niemals hat noch eine Landwirteversammlung ein solches Maß von Bitterkeit, Aufregung und Leidenschaft gezeigt wie die heutige Tagung. Und wenn wir uns die schweren Anklagen näher besehen, sie der volltönenden Phrasen und wirksamen Schlagworte entkleiden, in welche sie die Redner gehüllt haben, zerrinnt so manches wuchtige Wort, manches schwerwiegende Argument gegenüber von Tatsachen und der sachlichen Kritik.

Nur aufs Geratewohl greifen wir aus der Debatte einige krasse Beispiele heraus.

Einer der Referenten, Abgeordneter Johann Wittmann, klagte, der Landwirt müsse seinen Weizen zum Maximalpreis von k 40 hergeben, die Mühlen jedoch erhalten für das verkaufte Mehl k 90. Ein anderer Redner, Pfarrer Stefan Margorin, sagte sogar, der Verkaufspreis der Mühlen sei über k 100. Beide vergaßen nur hinzuzufügen, daß der von ihnen erwähnte Mühlenpreis sich nur auf das aus dem Getreide gewonnene Nullermehl bezieht. Laut Regierungsverordnung Z. 2370/1916 dürfen aber die Mühlen nur 15 Prozent Nullermehl erzeugen, sodann 20 Prozent Kochmehl und zumindest 55 Prozent Brotmehl. Kochmehl aber kostet zirka k 60 und das Brotmehl sogar nur k 41 bis k 42. Referent Wittmann wirft demnach leichtfertig die Klage hin: den Landwirten nimmt man den Weizen für k 40 fort und für das Mehl zahlt man dann den Mühlen mehr als das Doppelte. Er verschweigt auch, daß die Kleie, die 20 Prozent des Getreides beträgt, den Landwirten zu k 20 pro Meterzentner zurückgeliefert wird.

Um bei den Mühlen zu bleiben, hat auch Herr Gaston Gaál eine ganz falsche Anklage erhoben. Er bemängelte, daß den Mühlen vier Prozent für Verstaubung bewilligt sind, wodurch zum Beispiel die Budapester großen Mühlen täglich 110 Meterzentner Mehl widerrechtlich zurückhalten. Der Redner weiß nun nicht, daß die vierprozentige Verstaubung nur den technisch recht primitiv ausgestatteten kleinen Lohnmühlen zugebilligt wurde, die großen Handelsmühlen dagegen dürfen für die Verstaubung nur zwei Prozent anrechnen. Herr Gaston Gaál weiß auch nicht, daß die großen Mühlen wegen Warenmangels seit Monaten kaum an ein bis zwei Tagen der Woche arbeiten, also nicht täglich die von ihm aufgestellte Menge von Mehl sich widerrechtlich aneignen können. Wozu wäre aber auch eine solche große Menge von Mehl zu verwenden, wenn kein Sack ohne Transportzertifikat versendet werden kann und die strenge Kontrolle der Behörde jeden solchen Mißbrauch gewiß bald enthüllen würde?

Referent Wittmann legte auch eine genaue Bilanz eines kleinen Landwirts vor. Posten für Posten sind dort Einnahmen und Ausgaben angeführt. Zum Schluß ergibt sich das sonderbare Resultat, daß dieser bedauernswerte Mann 1058 Kronen auf seine Wirtschaft draufzahlt. Dieser Behauptung steht im krassen Widerspruch die Tatsache gegenüber, daß bei sämtlichen Provinz-Geldinstituten die Landwirte die ältesten Schulden zurückzahlen. Verbindlichkeiten, die erst binnen vielen Jahren ratenweise zu tilgen wären, Wechsel, Hypotheken, Schuldscheine lösen die Landwirte ein. Sie sind überdies die größten Einleger der Sparkassen, zeichnen in patriotischer Weise die Kriegsanleihen mit großen Beträgen. Jedermann weiß bei uns, welchen Reichtum die Landwirte infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise eingeheimst haben, jede Provinzsparkasse konstatiert das in ihrem Jahresbericht, und die Redner der heutigen Landwirteversammlung bestritten das einstimmig!

Gegen die Zentralen wurde in weidlichster Weise losgezogen. Niemand fragte aber, was die zu jeder Zentrale ermittierten Regierungsvertreter tun. Kann man diesen in Bausch und Bogen die Anklage ins Gesicht schleudern, daß sie ihre Kontrollpflicht in gröbster Weise vernachlässigen? Jede Zentrale darf nur fünf Prozent ihres Einkommens als Dividende ausschütten, der Ueberschuß des Einkommens gebührt Wohlfahrtszwecken nach Bestimmung der Regierung. Dennoch wurden sämtliche Zentralen als Wucherinstitutionen und Erwerbsgenossenschaften hingestellt. Die Angriffe gingen so weit, daß man sogar die eigenen landwirtschaftlichen Institutionen nicht verschonte. Die Genossenschaft Ungarischer Landwirte wurde wegen der Ankäufe von Saatwicke angerempelt, der Kleinhandel, weil er beim literweisen Verschleiß von Petroleum zu viel verdiene, einer Großbank wurde vorgeworfen, sie besorge die Verteilung von Kupfervitriol, die Gebarung der Kriegsprodukten-A.-G. wurde von jedem Redner in schärfster Weise kritisiert, kurz, es gab Klagen, Jammer, Angriffe und Verdächtigungen ohne Ende, und damit die Versammlung im schrillsten Mißton ausklinge, folgte zu allerletzt noch eine Resolution des wildesten österreichischen Hetzapostels der Agrarier, des Herrn v. Hohenblum, die alte abgedroschene Forderungen neuerlich auftischt.

Die wahren Freunde der ungarischen Landwirtschaft können sich des heutigen Tages der agrarischen Offensive wohl kaum freuen. Man erwartete eine würdige ernste Kundgebung und was man vernahm, war wüstes und maßloses Geschimpf und haltlose Anklagen ohne Ende.

*

Zum Schlusse der heutigen Landwirte-Versammlung wurde noch ein Antrag des Ehrenmitgliedes Alfred Reichsritters Simitsch von Hohenblum, des Präsidenten der österreichischen agrarischen Zentralstelle, vorgelegt. Er lautet wie folgt: In Erwägung, daß die gefährlichsten Viehseuchen, wie die bösartige Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche, Schweinepest, Geflügelcholera usw., sehr häufig zu uns aus Ländern eingeschleppt wurden, deren Viehbestände mit genannten Krankheiten verseucht sind und deren Veterinärwesen auf der niedrigsten Stufe der Entwicklung steht; in Erwägung, daß auch die so gefährliche Rinderpest nach offiziellen Berichten in sehr ausgebreitetem Maße in der Türkei herrscht, letztere aber im offenen Viehverkehr mit ihren Nachbarländern steht und die wenigen, meist nur auf dem Papier stehenden Beschränkungen desselben durch den dort in großem Umfange betriebenen Viehschmuggel vollkommen umgangen werden, die Einschleppung der Rinderpest aber mit der gänzlichen Vernichtung unserer gesamten Viehzucht gleichbedeutend wäre; in weiterer Erwägung, daß erfahrungsgemäß noch nach jedem Kriege zahlreiche Viehseuchen zu uns und sogar in das Deutsche Reich eingeschleppt wurden; in Erwägung, daß voraussichtlich nach dem Kriege die Veterinärverhältnisse in jenen Ländern, die bezüglich einer größeren Vieheinfuhr in unsere Monarchie hauptsächlich in Betracht kommen könnten, noch viel desolatere sein dürften, als dies früher der Fall war; in fernerer Erwägung, daß sich das Deutsche Reich auch in Zukunft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Einfuhr von lebendem Vieh abschließen wird, und in Erwägung endlich, daß, wenn wir die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Auslande im Ausgleiche und in den neuen Handelsverträgen als zulässig erklären, das Deutsche Reich unserem Vieherport dahin alle möglichen Hindernisse bereiten und dadurch das Bestreben nach einer wirtschaftlichen Annäherung der österreichisch-ungarischen Monarchie an das Deutsche Reich vollkommen hinfällig würde, — wird einstimmig beschlossen, die ungarische Regierung aufzufordern, in den Ausgleich mit Oesterreich und in die neuen Handelsverträge keine Bestimmung aufzunehmen, durch welche die Einfuhr von lebendem Vieh aus verseuchten oder seuchenverdächtigen Ländern ermöglicht wird.

Die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Auslande erscheint überhaupt nur auf Grund von Fall zu Fall zu erteilender Einfuhrbewilligungen in vollem Einvernehmen der beiden Regierungen statthaft. Eine im Ausgleich zwischen Ungarn und Oesterreich etwa in Aussicht genommene Erhöhung der Viehzölle würde kein nur halbwegs entsprechendes Gegengewicht gegen die unsere gesamte Viehzucht durch das Zugeständnis der Einfuhr von lebendem Vieh bedrohenden Gefahren darstellen. Ein derartiges Zugeständnis würde nicht nur zum Verfall der ungarischen und österreichischen Landwirtschaft führen, sondern auch den gänzlichen Ruin unserer gesamten Volkswirtschaft zur Folge haben, da unter solchen unsicheren Verhältnissen die im Interesse der Gesamtbevölkerung mit allen Mitteln anzustrebende Hebung unserer heimischen Viehzucht und eine vom Ausland unabhängige Versorgung unseres inländischen Fleischbedarfes unmöglich gemacht würde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Fremdenblatt
1./III. 1917

98

Wien, 1. März.

In England soll die Sonntagsruhe für die Landwirtschaft aufhören. Eine tiefeingreifendere Umwälzung in den britischen Sitten als die Nichteinhaltung der Sonntagsruhe kann man sich nicht vorstellen, denn nirgends wird nicht nur das Gesetz, sondern auch durch jahrhundertelange Tradition strenge das Gebot beobachtet, daß der Mensch am siebenten Tage der Woche ruhen soll. Nun aber kommt die Nachricht, daß von allen Kanzeln Englands die landwirtschaftlichen Arbeiter aufgefordert werden, auch am Sonntag im Schweiße ihres Angesichtes das Erdreich zu bebauen und gleichzeitig hören wir, daß auch bei Nacht im Scheine der Azetylenbeleuchtung der Pflug geführt werden soll und daß Frauen für die Landarbeit rekrutiert werden. Abschaffung der Sonntagsruhe, ununterbrochene Tag- und Nachtarbeit, Heranziehung der Frauen zur Landwirtschaft — das sind vorläufig die Mittel, welche England gegen die Gefahr des noch vor einigen Wochen so verhöhnten U-Bootkrieges in Anwendung bringt. Es scheint also doch, daß sich in Großbritannien die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, es könnten bedeutende Störungen in der Ernährung des Volkes durch die deutsche Seesperre eintreten und daß kein allzu großes Zutrauen auf wirksame maritime Gegenmaßregeln herrscht. In letzter Stunde nun soll ein jahrhundertlanges Versäumnis gutgemacht werden, soll England in einen ackerbautreibenden Staat verwandelt, sollen Weidegründe in Kornfelder umgeschaffen werden. Auf seine unbedingte Seeherrschaft pochend und vertrauend, hat England die Pflege seines Bodens vernachlässigt und weil es glaubte, keinen Rivalen auf dem Meere fürchten zu müssen, hat es sich in vollständige Abhängigkeit von seiner ungestörten Seezufuhr begeben. Kaum ein Drittel des britischen Grund und Bodens dient dem Ackerbau. Ausgedehnte Weiden bedecken die Ländereien, auf denen früher Korn sproß, große Strecken dienen als Jagdgrund oder als Parks für die Vergnügungen weniger Tausender von Menschen. Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen, daß eines der Ereignisse, welches für das englische Volk seinerzeit eine befreiende Wohltat war und im höchsten Maße dazu beigetragen hat, den fabelhaften Reichtum Groß-

Die Zeit
8./III. 1917

Neue Getreidepolitik.

Wird die künftige Aera, wenn einmal wieder Friede eingekehrt sein wird, allgemeine große wirtschaftliche Veränderungen im Gefolge haben, so wird diese Umwälzung auf dem Gebiet von Getreide in ganz besonderem Maße zum Durchbruch gelangen. Vor Beginn des Krieges bestand bei den Agrariern aller Länder eine ausgesprochene Furcht vor Ueberproduktion, und damit einhergehend Angst vor einem Sinken der Preise aller Produkte. War es doch die Furcht, die vor Jahren zu der Abschließung vieler Staaten durch prohibitive Zölle führte und damit häufig Knappheit an Verbrauchsmaterial hervorrief, sobald die Ernten den Durchschnittsertrag in Brotfrüchten oder Futtermitteln nicht erreichten, fremde Importe jedoch nicht im erwünschten Umfang möglich waren.

Die drei Kriegsjahre, die bald in den Konsumgebieten, bald in den Produktionsländern entweder in den Weltartikeln Weizen oder Mais und in den verschiedenartigen Futtererzeugnissen große Defizite brachten, führten nicht bloß zu der Erkenntnis, daß jeder einzelne Staat zur Sicherung seines Konsums niemals genug erzeugen kann, sondern daß auch naturgemäß bei dem stetig steigenden Verbrauch und der Unsicherheit des Ernteausfalles in jedem Jahr nicht genug für die Sicherung allgemeiner Mehrproduktion geschehen kann. Gerade die heurige Kampagne liefert die tiefernste Begründung, das Möglichste zu tun, um künftigen Notlagen vorzubeugen, die wohl ohne Krieg und Absperrung der Meere nicht so kritisch wären, immerhin aber auch Sorgen um Versorgung und für die breite Masse erschreckende Teuerung gebracht hätten. Man soll von den geplanten Bestrebungen der Erhöhung der Produktion nicht eine plötzliche Massenerzeugung erwarten; man wird im Gegenteil froh sein dürfen, wenn der Mehranbau zunächst zu einer gewissen Lagerbildung führen und im Verlauf Schritt mit der Zunahme der Bevölkerung und des Konsums halten wird. Von den Plänen der Regierungen in England, Frankreich und Italien, Festsetzung hoher Preise und deren staatliche Garantie für mehrere Jahre, um die Landwirte für verstärkten Anbau zu gewinnen, ist kaum ein Heil für die nächste, viel weniger für die weitere Zukunft zu erhoffen. Das System bedarf andauernden Fleißes und Benützung aller einschlägigen Hilfsmittel, den Boden immer leistungsfähiger zu gestalten.

Wenn man den Verkehr und den Handel auf dem weitverzweigten Gebiet der Getreideproduktion wieder freigeben wird, dürfte man sich bald überzeugen, daß jeweilig der Ertrag der Welternte und der darauf beruhende Konsum, der sich in Angebot und Frage — ohne spekulative Treibereien — naturgemäß auslöst, am besten preisbestimmend und preisregulierend sind. Die Zölle können immer nur entsprechenden lokalen Einfluß haben. Daß das Getreide zu einem Weltartikel geworden ist, datiert erst aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo die amerikanische Union in den Wettbewerb um die Versorgung Europas eintrat. In früheren Jahren konnte jedes Land seinen Getreidebedarf an Brotfrüchten aus eigener Produktion decken, nur England war auch damals schon auf die fremde Zufuhr angewiesen. Da im Verlauf der letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts der Konsum Europas durch das Anwachsen der Bevölkerung immer mehr zugenommen hat, dehnte sich auch die überseeische Produktion aus, aber auch die bisher als Kornkammer ihres Weltteiles geltenden Gebiete Südrußlands und der Balkanstaaten brachten sich durch die vermehrte Ausfuhr zur Geltung. In Ungarn dagegen haben sich die Verhältnisse durch Zunahme des eigenen Konsums und des Bedarfszuschusses an Oesterreich in entgegengesetzter Richtung verschoben, so daß seit etwa zwanzig Jahren nur mehr bei sehr günstigen Ernteresultaten das Auslangen mit der eigenen Produktion gefunden werden kann, sehr häufig aber Importe aus dem Zollausland nötig sind. Zu den großen Erzeugungsstätten kamen sukzessive Kanada, Argentinien, Australien und Indien hinzu, da die kolossale Verschiebung der Verkehrsmöglichkeiten die fernsten Weltgegenden zugänglich machte und zu Masseverschiebungen von Weizen, Mais usw. führte. Diese überraschenden Umstände erzeugten im alten Europa zeitweilig die Furcht vor der Ware, aber die Erscheinungen im Weltkrieg, die stellenweise immer größere Notlagen brachten, haben nicht nur die Furcht vor zuviel Verbrauchsartikeln beseitigt, sondern im Gegenteil das Verlangen nach Hervorbringung mehr einschlägiger Produkte erzeugt. Die Witterungselemente, das hat man gerade im letzten Jahre drastisch erfahren, sind ein so unsicherer Faktor für das Wachstum und das Gedeihen, daß man nirgends mit bestimmten Erträgen bis zur Sicherung der Ernte rechnen darf, vielmehr gut tut, die Gefahren nicht außer acht zu lassen, denen die Arbeit des Landmannes von der Einsaat bis zur Fruchtreife ununterbrochen ausgesetzt ist. Wie gewaltig sich die Situation im Welthandel in den letzten fünfzig Jahren geändert hat, ergibt die Tatsache, daß Europa gegen damals (10 bis 15 Millionen Meterzentner) dermalen einen regulären Zuschußbedarf von 140 bis 150 Millionen Meterzentner hat, in Ausnahmsfällen aber auch darüber.

Am wenigsten haben sich in der ganzen Zeitperiode die Verhältnisse bezüglich Roggens (Kornfrucht), und zwar sowohl hinsichtlich des Anbaues als auch des Konsums, geändert. Roggen hat seine große Bedeutung in Norddeutschland behalten, spielt aber nur noch eine Rolle in Oesterreich und Rußland, da ansonsten überall Weizen zur beherrschenden Brotfrucht geworden ist. Ganz großartig ist die marktliche Entwicklung des Futtergetreides vor sich gegangen. Namentlich der Verbrauch von Mais gelangte zu einer ungeahnten Ausdehnung. Noch vor fünfzig Jahren waren Rumänien, Bessarabien und Bulgarien die alleinigen Versorger des europäischen Bedarfes, während Ungarn mäßige Mengen zeitweilig nach Deutschland sendete. Amerika produzierte wohl viel, fand aber dafür in seinen großen Schweinemästereien gewinnbringende Verwendung, so daß für den Export nach Europa nur bei außergewöhnlich großen Ernteresultaten lohnende Mengen übrigblieben. Demgegenüber ist seit etwa zwanzig Jahren Argentinien in den Vordergrund getreten, und seine Ausfuhrmenge beträgt in den letzten Jahren im Durchschnitt zirka 40 Millionen Meterzentner pro Jahr. Nächst Mais hat sich Futtergerste zu einem kolossalen Artikel durchgesetzt, wovon Südrußland allein 40 bis 50 Millionen Meterzentner zum Export bringt.

Aus den Ausführungen ist ersichtlich, welche enorme Ausdehnung der Getreidehandel in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts genommen, und da seine weitere Entwicklung unaufhaltsam ist, stehen dem Getreidewelthandel nach dem Kriege zweifellos noch ganz bedeutende Erweiterungsmöglichkeiten bevor. Im Zeichen des Weltverkehrs werden immer mehr alle Sorgen des Konsumenten um Beschaffung von Getreide, als dem wichtigsten und unbedingtesten Nahrungsmittel für Mensch und Nutzvieh, schwinden. Aber auch vor der Vermehrung der Produktion brauchen die Produzenten nicht mehr zu erschrecken und die unberechtigten Preisdevalvationen nicht fürchten, denn soweit die fortgesetzte Zunahme des Konsums den Ausgleich nicht schafft, bringt ihn die Natur selbst durch den alljährlichen Wechsel der Ernteergebnisse zuwege.

Hamburger Fremdenblatt
9./III. 1917

Landwirtschaftlicher Anbauzwang.

‡ Selbst unserer Zeit, mit ihren großen geistigen und moralischen Verpflichtungen, ist es nicht gelungen, den ewigen Widerstreit zwischen Stadt und Land verstummen zu machen. Im Gegenteil, es scheint, als ob er sich während der Kriegszeit noch verschärft hätte, durch die Auffassung der Städter, daß das Land die Notlage der Städte, die durch ihren gesteigerten Bedarf an Bodenfrüchten mehr als je auf die Erzeugung des Inlandes angewiesen sind, ausbeute. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß der Kartoffelbau vor allem so stark zurückgegangen sei, und daran auch das Land schuld sei, durch Einschränkung der Anbaufläche. Auch die deutschen Gewerkschaften haben in ihrer bekannten Eingabe an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt geglaubt, diesen Vorwurf erheben zu dürfen. Wer sich jedoch nur einigermaßen mit den Ernährungsfragen des letzten Jahres befaßt hat, wird wissen, und die Gewerkschaften hätten sich das nicht erst von dem Landwirtschaftsminister sagen lassen brauchen, daß die Anbaufläche für Kartoffeln um rund 21 000 Hektar zugenommen hat. Wenn wir 1916 trotzdem gegen die 53 Millionen Tonnen 1915 nur etwa 27 Millionen Tonnen Kartoffeln ernteten, so lag es an der Knappheit und Minderwertigkeit des Saatgutes sowohl als in der das Wachstum ungünstig beeinflussenden Witterung. Weiter aber auch im wesentlichen an dem Mangel an Dungstoffen. Neben den 21 000 Hektar aber, die die Landwirtschaft 1916 mehr in den Kartoffelanbau einbezogen hatte, kommt nun noch das von den Städten hergegebene Gelände für den Kleinanbau. Aber schon in der Beiratssitzung des Kriegsernährungsamtes im Januar erklärte Herr v. Batocki, daß die Bestellung von Baustellen, Exerzierplätzen und ähnlichem Oedland fast durchweg mit einem Mißerfolg geendet habe. Wir könnten zufrieden sein, wenn es uns gelänge, mit den vorhandenen Arbeitskräften und Düngemitteln den gesamten brauchbaren Boden zu bestellen.

Durch die Einziehung vieler Landleute zum Heeresdienst sind der Landwirtschaft die tüchtigsten Kräfte entzogen. Die Bewirtschaftung, geleitet von der Landfrau, ausgeübt von Kriegsgefangenen, leidet unter der Abwesenheit des Bauern selbst ungemein. Hieran wird auch ein Anbauzwang nichts zu ändern vermögen, der hätte nur Sinn, wenn ausreichende Hilfskräfte, ausreichende Düngemittel zur Verfügung gestellt würden. Aber auch das hieße den Teufel, der ja doch nun einmal nichts um Gottes Willen tut, mit Belzebub austreiben. Wann wäre je eine Arbeit ertragreich gewesen, die unter dem eisernen Gebot eines Zwanges steht, und wann wäre eine solche Arbeit nicht von der freien Betätigung überlegen aus dem Felde geschlagen worden? Für die Landwirte kamen aber auch die Schwierigkeiten der Anfuhr in Frage, denn die Bahnhöfe liegen doch nicht für jeden Bauer so günstig, daß ihm nur geringe Kosten durch die Anfuhr erwachsen. In der Stadt werden für die Abfuhr 60 bis 80 Mark täglich für einen Wagen gezahlt, während der Bauer für die Anfuhr so gut wie nichts bekommt. Daß sich unter diesen Umständen die Landwirte mit der Anfuhr nicht so beeilen, wie es die Versorgung der Städte erheischt, ist klar, und ist, wenn auch nicht entschuldbar, so doch begreiflich. Es ist ganz schön, zu sagen, daß einer die Last des andern trage, es darf aber nicht dazu führen, den einen zu ungunsten des andern ungerecht zu belasten. Wenn, wie beabsichtigt, für die diesjährige Kartoffelernte höhere Preise gezahlt werden, so wird sich dieser Mißstand schon heben und erfreulichere Ergebnisse in der Versorgung der Städte zeitigen.

Es ist verkehrt, zu sagen, daß wir experimentieren, wir lernen nur aus jedem Tag mehr, und die Erfahrungen von heute, konnten wir natürlich nicht schon gestern verwenden, da wir sie gestern ja noch nicht hatten. Unsere Kornernte war auch überschätzt worden, sie wurde aber auch durch die ungleichmäßige Preisbemessung der einzelnen Körnerfrüchte beeinflußt; hier wird die annähernde Gleichstellung der Preise Abhilfe schaffen, da die Landwirte keinen Grund mehr haben werden, das Korn zu bauen, das den höchsten Preis erzielt, sondern das für ihren Boden ertragreichste. So wird der von den Konservativen eingebrachte Antrag zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung im Preußischen Abgeordnetenhaus: der Nahrungsmittelerzeugung in der einheimischen Landwirtschaft jede nur mögliche Förderung zuteil werden zu lassen, mit der Produktionsförderung von jeher betraute sachkundige Behörden den erforderlichen Einfluß zu gewähren und alle Maßnahmen einer Zwangsbewirtschaftung zu unterlassen; ungeteilte Anerkennung aller Einsichtigen finden müssen.

Der Verfütterung von Kartoffeln und Körnerfrüchten, die man wegen Mangels einer durchgreifenden Aufsicht, die bei der Riesenziffer der landwirtschaftlichen Betriebe auch nicht durchzuführen ist, doch nicht ganz wird verhindern können, sollen auch die Heraufsetzung der Preise für Kartoffeln und Körnerfrüchte und eine Herabsetzung des Viehpreises entgegenwirken.. Der gleichen Maßnahme dient die vom Preußischen Zentralviehhandelsverband mit Zustimmung des Kriegsernährungsamtes aufgehobene Preisstaffelung für Kälber und Einführung des Einheitspreises von 80 Mark für den Zentner Lebendgewicht. Man ging dabei, von dem Standpunkt aus, daß der Landwirt kein Interesse daran habe, ein Kalb länger als nötig zu halten, wenn der Preis für das Tier, wie schwer es auch sei, nach Gewicht berechnet, der gleiche sei. Für Schweine über 100 Pfund, auch wenn sie ein Gewicht von 180 bis 200 Pfund nicht erreichen, wird aus denselben Gründen der Höchstpreis für Schlachtschweine im Gewicht von 180 bis 200 Pfund bezahlt, um den Landwirten ein Abstoßen der zwar schlachtunreifen Tiere, deren Durchbringung aber bei nicht vorhandenem erlaubten Futter nur bei Verfütterung von Brotgetreide und Kartoffeln möglich wäre, zu erleichtern.

Eine Erhöhung der Preise für das Brotgetreide, wie sie das Gutachten der Professoren der landwirtschaftlichen Hochschulen unter gleichzeitiger Herabsetzung der Viehpreise vorsieht, wird den Städtern nicht angenehm in die Ohren klingen. Ebensowenig die Erhöhung der Kartoffelpreise. Was hilft aber alles, wenn wir nicht anders zum Ziele gelangen? Sicherer ist dieser Weg jedenfalls, als der landwirtschaftliche Produktionszwang, für den merkwürdigerweise sich die sonst jeder Zwangsvorschrift abholden Gewerkschaften einsetzen. Auch dem Landwirt muß werden, was ihm gebührt. Wenn auch die Regierungsbezirke Trier und Aachen bereits den Produktionszwang für die Landwirte angeordnet haben, so wird man ja sehen, sofern er aufrecht erhalten wird, was sehr die Frage ist, da die Verordnung ohne Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums erlassen ist, was sich dabei herauswirtschaftet. Freier Landanbau und freier Handel, das sind immer noch die starken Anker unseres Wirtschaftslebens.

Die Herabsetzung der Viehpreise muß aber auch eine Herabsetzung des Schlachtviehpreises im Gefolge haben, denn, wie Landwirtschaftsminister v. Schorlemer im Abgeordnetenhaus ausführte, liegt eine Steigerung des Viehpreises bis zum Schlachtviehpreis um 100 Prozent, wie von der „Frkf. Ztg." festgestellt wurde, nicht in den Schwierigkeiten der Versorgung und der Unkostenerhöhung begründet. Auf keinen Fall aber dürfen die Maßnahmen wieder zu einem Schweinemorden, wie das berüchtigte des Jahres 1915, führen. Denn dann lieat die Gefahr nahe, daß wir die Rindviehbestände anareifen müssen und damit unsere Milchversorgung gefährden.

Noch ist alles in Fluß; wie sind, wie der Staatskommissar für Ernährungsfragen, Dr. Michaelis, sagte, in diesem Jahr vor gan„ schwierige grundlegende Maßnahmen gestellt, wenn wir durchhalten wollen. Aber wie diese Schwierigkeiten auch seien, sie dürfen nicht dazu führen, daß die Städte sich dem Land rettungslos ausgeliefert glauben. Die Herzen aller müssen geeint werden in dem Gefühl, daß jetzt nur Einmütigkeit zum Ziele führen kann, und wenn der Sieg errungen ist, dann werden Stadt und Land eingesehen haben, daß es sich nicht des Hühnchens lohnte, das man noch miteinander rupfen zu müssen vermeinte.

Neue Freie Presse
11./III. 1917

Ernährungsfragen.

Von Dr. Franz Eulenburg.
Professor an der Universität Leipzig.

Leipzig, im März.

Das Ernährungsproblem im Kriege hat ein doppeltes Gesicht: das eine ist die Erzeugung von Lebensmitteln, das andere die Verteilung der Vorräte. Man sollte meinen, daß die Reihenfolge der Maßnahmen, die sich mit der Versorgung abgeben, eine sehr einfache sei. Zuerst muß man möglichst viele Nahrungsmittel haben, um deren gerechte Verteilung zu angemessenen Preisen vornehmen zu können. Denn von der Menge des Vorhandenen hängt nun einmal letzten Endes alles andere ab: sowohl der Preis der Waren wie die Nachfrage nach Ersatzgütern, endlich die Möglichkeit einer Zuteilung überhaupt. Man hat aber um das erste Problem sich anfangs überhaupt wenig gekümmert, vielmehr umgekehrt überwiegend der Verteilung seine Aufmerksamkeit zugewendet und diese zu regeln versucht. Von amtlichen Stellen wie in den Denkschriften ist wiederholt diese Frage als die wichtigste hingestellt worden. In ihr glaubte man lange den Schlüssel für das Ernährungsproblem im Kriege gefunden zu haben. Beides ist gleicherweise irrig, wie man jetzt deutlich erkennt. Allerdings lag es aus mehreren Ursachen sehr nahe, so zu verfahren und zunächst die Verteilung in die Hand zu nehmen. Vor allem war es der langgenährte Glaube, daß die deutsche Landwirtschaft imstande sei, das Volk selbst hinreichend mit Lebensmitteln versehen zu können, der das Erzeugungsproblem zurücktreten ließ. Noch im Anfange des Krieges ist dies wiederholt verkündet worden. Wenn das wirklich der Fall wäre, dann ist freilich das Problem relativ sehr einfach und die Verteilung wäre wirklich die Hauptaufgabe. Aber jene Annahme trifft eben in keiner Weise zu. Sodann waren durch Abschneidung von der fremden Einfuhr die Versorgungsgebiete für viele Gegenden stark verschoben. Der deutsche Westen erhält im Frieden seine Nahrungsmittel zum größten Teil von der See, während der Osten dafür umgekehrt exportiert. Da das nun unmöglich geworden war, mußte hier also ein Ausgleich geschaffen, Ueberschuß- und Zuschußgebiete ins Einvernehmen gesetzt werden.

Nicht minder aber macht die Versorgung einzelner Gebiete, vor allem der Großstädte Schwierigkeiten. Denn die Bevölkerung Deutschlands konzentriert sich einmal in den Industriegebieten der Rheinlande, Schlesiens und Sachsens, die zum Teil keine ausreichende Landwirtschaft besitzen, sodann in den Großstädten, die ebenfalls von weit her sich versorgen müssen. Es handelt sich um eine Bevölkerung von etwa 25 Millionen, die besondere Maßregeln nötig machen, während die größere Hälfte an sich ausreichend versehen ist. Dazu kam allerdings noch ein anderes stärkstes Interesse hinzu: das war die Gestaltung der Preise. Die Preise gingen beim Fehlen besonders der Futtermittel sprunghaft in die Höhe. Zuerst bei der Futtergerste, die von Anfang an in erheblichem Maße fehlte, dann aber auch bei allen anderen Waren. Denn es besteht notwendig ein innerer Zusammenhang der Preise untereinander. Wird das eine Nahrungsmittel knapp, dann wirft sich die Nachfrage auf ein anderes, das als Ersatz dienen kann und dieses wird dann ebenfalls teurer werden. Die Verbraucher, also die Mehrzahl der Bevölkerung, sehen mit Notwendigkeit nur die eine Seite der Sache, nämlich die Steigerung der Preise. Sie drängen auf deren möglichste Niedrighaltung und verlangen amtliche Einschreitung gegen den „Wucher". Anderseits ist es freilich richtig, daß die Spekulation die Marktlage und die Abschließung von fremder Zufuhr gehörig ausnutzte. Sie hielt die Waren länger zurück und steigerte dadurch die Preise noch mehr, als es an sich nötig wäre. So griff man denn an diesem Punkte vor allem energisch ein und suchte durch Höchstpreise der Steigerung Einhalt zu tun, um die Konsumenteninteressen zu wahren und die Lebenskosten in erträglicher Höhe zu halten. So wurden nach und nach für die meisten Lebensmittel Höchstpreise festgesetzt.

Bald aber erkannte man die gänzliche Unzulänglichkeit dieses Vorgehens. Denn Höchstpreise an sich, wenn nicht auch zugleich die Nachfrage normiert wird, sind ja nicht aufrechtzuerhalten oder gewähren doch in keiner Weise die Sicherheit der Versorgung, auf die es in erster Linie ankommt und ankommen muß. Die freie Nachfrage eilt vielmehr bei niedrigen Preisen dem beschränkten Angebot voran. Die Waren werden dann knapper oder verschwinden überhaupt von der Bildfläche; das hat sich unzähligemal wiederholt. So schritt man denn zur Rationierung der Lebensmittel in Form des Kartensystems, das allmählich immer mehr Waren umfaßte: Brot und Fleisch, Zucker und Kartoffeln, Rüben und Marmelade, Seifen und Milch usw. Dadurch erst konnte man die Nachfrage in feste Grenzen bannen und die Preise eventuell tatsächlich festhalten. Es ist unendlich viel Arbeit auf diese Verteilung verwendet worden und eine Menge Organisationen wurden geschaffen. Sie gipfeln in dem Kriegsernährungsamt, mit dessen Errichtung man sich sehr viel versprach. Es hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: einmal müssen die Zuschußgebiete, besonders die Städte, immer rechtzeitig ihren Anteil für die einzelnen Nahrungsmittel erhalten. So wurde die ganze Lebensmittelbeschaffung zentralisiert und jede Stadt bekam per Kopf durch die einzelnen Stellen aus den Ueberschußgebieten eine bestimmte Menge zugewiesen. Das bereitet bei der Zerstreutheit der Produktion, der räumlichen Entfernung der Versorgungsgebiete vom Absatz, dem teilweisen Fehlen der Transportmittel und notwendigen Arbeitskräfte schon nicht geringe Schwierigkeiten. Sie wird vielfach im Publikum verkannt und zu gering veranschlagt. Anderseits sucht das Kriegsernährungsamt aber auch durch gerechte Preisnormierung eine zu rasche Steigerung der Preise zu hemmen. Dem dienen die örtlichen und zentralen Preisprüfungsstellen, die einheitlich funktionieren. In einer Stadt wie Leipzig sind nicht weniger wie 800 Personen in den verschiedenen Organisationen zur Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel tätig. Das Publikum sieht auch hier nur die Ergebnisse und findet, daß die Preise trotzdem kolossal gestiegen sind — für Obst und Gemüse, aber auch für Milch und Fleisch. Die Verbraucher sind nur allzu leicht geneigt, alle Preissteigerungen auf künstliche Machenschaften und Wucher zurückzuführen, sei es der Landwirtschaft, sei es des Handels.

Aber man wird sagen müssen, daß die erhöhten Preise zum guten Teil nur der Ausdruck der objektiven Verhältnisse sind, daß tatsächlich die Produktivität der Landwirtschaft gesunken und damit deren Kosten gestiegen sind. Vor allem hat die Verkleinerung des Ertrages notwendig eine Erhöhung der Preise für die einzelnen Stücke zur Folge. Wenn zum Beispiel der Ertrag der Milchkühe auf den dritten Teil zurückgeht, so muß bei den enorm gestiegenen Futtermittelpreisen auch der Wert für den Liter Milch noch mehr steigen, da die erhöhten Gestehungskosten sich auf einen kleineren Ertrag verteilen. Auch hier macht es unendliche Mühe, den stets sich vollziehenden Aenderungen der einzelnen Preiselemente entsprechend Rechnung zu tragen, denn es mußten Einheitspreise wenigstens für die einzelnen Orte geschaffen werden, um das Rationierungssystem durchführen zu können. Die gleichmäßige Rationierung aber war das Ziel der ganzen Versorgung. Die Absicht war gewiß eine sehr löbliche. Der soziale Gedanke herrschte dabei vor, daß jeder Volksgenosse das gleiche Recht auf auskömmliche Nahrung hat. So war das allerindividuellste Bedürfnis, das der Nahrung, im Kriege der Sozialisierung verfallen. Das Wohl der ganzen Nation verlangte diese Rücksichtnahme auf die Bevölkerung und die unteren Schichten. Das hat man also durch all die Methoden der Höchstpreispolitik, der zentralisierten Zuweisung, der Beschlagnahme und Rationierung zu erreichen, unternommen. Das Ergebnis aber ist keineswegs befriedigend. Die Klagen und Anklagen erheben sich allerorten und richten sich vor allem gegen die einzelnen Aemter und Ministerien, die durch verkehrte Maßnahmen an allem schuld sein sollen. Zweifellos sind auch erhebliche Fehler gemacht worden, wie das beständige Herumexperimentieren und Aendern der Politik beweisen. Man hat einerseits die Verbraucher nicht befriedigt, anderseits die Erzeuger vielfach vor den Kopf gestoßen und auf falsche Bahnen gedrängt, ohne doch die Preissteigerung hindern zu können und ohne eine entsprechende Menge von Nahrungsmitteln zur Verfügung zu stellen. Aber es sind eben enorme, in der Sache liegende Schwierigkeiten zu überwinden.

Allerdings hatte man der anderen Seite des Ernährungsproblems, der Erzeugung von Nahrungsmitteln selbst, weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt; indem man die Verteilung und die Preise allein im Auge hatte, übersah man, daß es auf die Menge und deren Hebung ankommt. So wird man denn reichlich spät umkehren und einige neue Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen müssen. Es kommt in erster Linie auf Erhöhung der Produktion und auf die Zunahme der zur Verfügung stehenden Verteilungsmengen an. Dem hat sich alles andere unterzuordnen, auch die Preise. Es war schon vordem öfter (so von Calwer) an der ganzen Höchstpreispolitik Kritik geübt worden, indem man vor allem auf die Notwendigkeit des Anreizes zur Produktion hinwies. Dieser Anreiz hat aber zur Voraussetzung den wirtschaftlichen Egoismus und läßt sich durch Verordnungen nicht erzwingen, da es auf eine wirtschaftliche Kalkulation dabei ankommt. Es muß eben vorteilhafter sein, viel herzustellen, als wenig, vorteilhafter, kalorienreiche Produkte zu erzeugen als kalorienarme, also zum Beispiel den Zucker, der weit ertragreicher per Hektareinheit ist, als Getreide oder Kartoffeln. Der freien Betätigung, die das in jedem Falle Zweckmäßigste auswählt, muß wiederum genügender Spielraum gelassen werden, um ein Maximum von Produkten und Mehrwerten zu erhalten. Darüber dürften wir uns freilich klar werden, daß die Struktur und Beschaffenheit der deutschen Landwirtschaft der Produktion von selbst gewisse Grenzen setzt. Wir müssen uns auch klar sein, daß wir vieler Produktionselemente durchaus nicht Herr sind — so vor allem nicht des Ernteausfalles, der sich in seinen Wirkungen durchaus nicht im voraus berechnen läßt und alle Voraussagen über den Haufen werfen kann.

Nun hat im letzten Erntejahr vor allem die Kartoffel völlig versagt. Die Angaben über die Höhe der Ernte schwanken, denn die Mieten können erst im Frühjahr geöffnet werden, da bei der großen Empfindlichkeit der Kartoffel sonst ein Erfrieren zu befürchten ist. Aber für 1916 nimmt man ein abnorm ungünstiges Ergebnis, etwa die Hälfte der Normalernte, an. Unsere bisherigen Ernteschätzungen haben sich überhaupt als unrichtig, und zwar allgemein als zu hoch erwiesen. Das bezieht sich ebenso auf Getreide wie auf Kartoffeln und Futtermittel. Dazu kommt aber, daß jedenfalls ein natürlicher Rückgang der Produktion aus Mangel an Arbeitskräften, an Gespannen und ausreichender Düngung eingetreten ist. Somit entbehrt die früher festgesetzte Ration der sicheren Unterlagen und man hat sich entschließen müssen, die Kartoffelrate von 1 Pfund per Tag und Kopf auf ¾, beziehungsweise ½ Pfund herabzusetzen. Allerdings wird nicht zu leugnen sein, daß trotz aller Verbote auch unsere Höchstpreispolitik mit dazu geführt hat, viele Kartoffeln zu verfüttern; bei der Preisgestaltung des Viehes war das vorteilhafter, als ihr Verkauf auf dem Markt. Dasselbe mag auch vielfach beim Getreide der Fall gewesen sein. Denn zu niedrige Preise für ein Lebensmittel führen unmittelbar zu einer unrationellen Verwendungsart. Mit anderen Worten der Preis für Vieh war relativ zu hoch und verleitete zu einer zu starken Aufzucht und Durchhalten. Der Preis für Getreide und Kartoffeln war entsprechend zu niedrig bemessen, da sich die Verhältnisse durch die Kartoffelknappheit eben verschoben hatten. Was sonst bei freier Marktgestaltung fast von selbst durch den Ausgleich fremder Einfuhr geschieht, muß jetzt durch die mühseligen und schwerfälligen Maßnahmen der Verwaltung erreicht werden, die meist zu spät kommen. Es ist tatsächlich sehr viel Rindvieh durchgehalten worden, das zweckmäßigerweise geschlachtet wäre. Dadurch könnte dann das zurückbleibende Vieh besser ernährt werden und es würde ein Teil der Futtermittel unmittelbar für menschliche Nahrung übrigbleiben. Dasselbe wird zum Teil auch von den Schweinen Geltung haben, die viel Kartoffeln aufzehren und sie dadurch dem menschlichen Konsum entziehen. Hätte man eine normale Kartoffelernte gehabt, so wäre das nicht so schlimm gewesen und die Aufzucht des Viehes wäre ganz gut durchführbar gewesen. So ertönt nun jetzt die Forderung, die Viehpreise herabzusetzen, um zum Schlachten anzureizen. Dafür sollen die Getreide- und Kartoffelpreise erhöht werden, um deren Anbau und die Bereitstellung für den menschlichen Konsum vorteilhafter zu machen.

Aber man läuft hier sehr leicht Gefahr, aus der Scylla der Kartoffelvermehrung in die Charybdis der Viehknappheit zu verfallen. Denn wir brauchen anderseits Fette in erheblichem Umfange: Es sind die Heizstoffe des menschlichen Körpers, die in unseren Breiten nicht entbehrt werden können. Milch, Butter, Käse müssen in möglichst großem Umfange produziert werden, um die nötige Wärme zu geben, um dem Brot, Gemüse, Fleisch den unentbehrlichen Zusatz zu bieten. Wie läßt sich das erzielen? Der Landwirtschaftsbetrieb ist keine Fabrik. Er läßt sich nicht an einem Orte konzentrieren, sondern bedarf der Verteilung durch das ganze Land. Für solche Betriebe aber, die von der Bahn entfernt liegen, ist ein Transport zum Absatzmarkt schwierig und zum Teil unmöglich, mindestens aber verteuert er die minderwertigen Waren wie die Kartoffel. Das trifft nun

Tägliche Rundschau
13./III. 1917
116

Rumänien, unser Schutz gegen den Hungerkrieg.

Von kgl. Forstmeister Pelissier.

„Ganz Rumänien, besonders aber das Hügelland, könnte in einen Garten verwandelt werden; bei rationeller Kultur könnte dort eine bäuerliche Familie von 1½ Hektar leben." So steht zu lesen auf S. 131 der Schrift: „Die Agrarverfassung Rumäniens, ihre Geschichte und ihre Reform" von Dr. Dimitrie Jonescu aus dem Jahre 1909. So lautet das Urteil eines Eingeborenen und Sachverständigen über ein Land, das zu etwa zwei Drittel seiner Ausdehnung mit seinen besten Gebieten in unsere Hand gefallen ist. Können wir da noch im Zweifel sein, was wir mit diesem Lande zu tun haben, angesichts der steigenden Knappheit der Lebensmittel bei uns? Gewiß nicht. Wir müssen dieses Land für hervorragend geeignet halten zu einer Erzeugung der uns fehlenden Lebensmittel. Es kommen dafür in Betracht die üppigere Vegetationsperiode, die infolge dessen früheren Ernten, die weitaus bessere Ausnutzungsmöglichkeit durch unsere Arbeitstätigkeit, durch unsere Methoden und Geräte.

Jonescu gibt die kulturfähige Bodenfläche auf 7 968 296 Hektar an, darunter sind angebaut 6 129 099 Hektar. Davon gehören 34 v. H. den Betrieben über 100 Hektar an, 66 v. H. denjenigen unter 100 Hektar. Eine solche Fläche ernährt selbst in Kriegszeiten die Bevölkerung und gewährt bei rationeller Bewirtschaftung unzweifelhaft einen ganz bedeutenden Ueberschuß. Auf die Bevölkerung haben wir selbstverständlich nur wenig Rücksicht zu nehmen. Sie mag sich einschränken, ebensogut wie wir dies tun müssen, und wenn sie Not leidet, so hat sie es ihrem leichtfertigen Eintritt in den Krieg zu verdanken. Was aber für uns erste Pflicht sein muß, das ist die Sorge für unser eigenes Volk. Das soll und darf keinen Hunger leiden! Und wenn uns England durch seine Blockade, durch die Vergewaltigung der Neutralen in einen Notstand gezwungen hat, so halten wir uns schadlos an den eroberten Ländern. Das ist unser gutes Kriegsrecht. Das ist unsere Pflicht gegenüber unseren tapferen, heldenhaften Kämpfern draußen, gegenüber ihren Angehörigen daheim. Allgemeine völkerrechtliche oder gar humanitätsduselige Gefühle haben gegenüber dieser natürlichen, normalen und kraftvollen Auffassung der Kriegslage unbedingt zurückzutreten. Für unsere Frauen und Kinder, unsere Verwundeten und Genesenden haben wir zu sorgen, und dazu soll uns Rumänien eben recht sein. Dort muß die äußerste landwirtschaftliche, gartenwirtschaftliche und tierzüchterische Tätigkeit unverzüglich einsetzen.

Die Ausführung kann nicht auf große Schwierigkeiten stoßen. Gründliche Bodenbearbeitung, sorgfältiges Pflügen in Verbindung mit dem Fruchtwechsel werden uns hohe Erträge sichern, auch ohne starke Düngermengen. Gerade die Kartoffel wird dort jungfräulichen Boden finden und daher ihre Erträge lohnend gestalten. Die rasche Entwicklung aller Früchte im dortigen Klima sichert eine frühe Ernte. Das ist gerade, was wir brauchen. Wir haben in der Heimat die Ungunst des Klimas stark in Rechnung zu stellen bei unserer Ernteerwartung. Sollte uns 1917 ein Jahr beschert werden nach Art seines Vorgängers, dann gehen wir ernstesten Sorgen entgegen, zumal die Kartoffelanbaufläche bei uns schwerlich ihre normale Ausdehnung wird erreichen können aus Saatgutmangel. Um so mehr Ursache haben wir, beizeiten einen Rückhalt an Rumänien zu suchen. Der Körnerbau dort, namentlich wenn ein Teil der Fläche für Hafer und Gerste bestimmt wird, läßt unzweifelhaft gute Erträge erwarten. Was an Wiesenerträgen fehlen sollte, kann die Weidegelegenheit ersetzen. Größtes Gewicht muß auf die Erziehung von Gartenfrüchten aller Art gelegt werden. Was die Viehzucht betrifft, so kann sie sich nur auf Milchvieh und Schlachtware erstrecken. Für die uns so überaus dringend nötige Schafzucht ist reichlich Raum. Aber auch der Aufzucht von Schweinen, nötigenfalls mit besserem, aus Deutschland oder Ungarn stammendem Zuchtmaterial, sollte größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. In den rumänischen Waldungen bietet sich eine vorzügliche Ge-

Morgenblatt.

eichspost.

s Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—
Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 5.—
vierteljährlich . . . . „ 14.50
halbjährlich . . . . . „ 29.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—
Für Deutschland:
viertelj. Kreuzbandsend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
viertelj. Kreuzbandsend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 14 h
Sonn- und Feiertage . . . 16 „
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „

ien, Mittwoch, den 14. März 1917 XXIV. Jahrgang

bewaffneter amerikanischer das gesperrte Seegebiet.

ernde Geschützkämpfe auf der Karsthochfläche

Mazedonische Front: Zwischen Ochrida- und Prespasee griffen französische

„Mamaliga!"

Von Otto v. Gerstner.

Als Kind im südlichen Siebenbürgen hörte ich tagtäglich dieses Wort aus dem Munde der damals noch sogenannten Walachen, während die Sachsen dafür den Namen „Valukes" hatten. Der Kreislauf der Dinge brachte es mit sich, daß ich später auch die dritte Benennung für den gleichen Gegenstand kennen lernte, nämlich: „Polenta"! Was mir aber weder damals noch später in den Sinn kam, war, daß sich nach Ablauf von Jahrzehnten die Kunst der Kriegführung recht lebhaft mit der „Mamaliga" beschäftigen würde.

Ernst und gemessen zieht die Strategie ihre Kreise, einfach und unveränderlich in ihren Grundzügen macht sie sich alle Errungenschaften und Fortschritte des menschlichen Geistes zunutze. Die Erfindung des Schießpulvers hat alle Formen der Kriegführung geändert und mit Staunen erleben wir in unseren Tagen, welchen Einfluß die technischen Wissenschaften auf die kriegerischen Ereignisse zu Wasser und zu Land genommen haben. Andere Zeiten, andere Mittel; das Wesen bleibt unverändert. Und so ist es unvermeidlich, daß in der Kriegführung manches Schlagwort, welches die Gegenwart beherrscht, später verblaßt und zuletzt als unverwendbar in die Rumpelkammer wandert. Im Dreißigjährigen Kriege noch hieß es: Der Krieg muß den Krieg ernähren! Die kleinen Heere von damals machten dies möglich, aber sie sogen auch den Landstrich aus, in welchem sie gerade den Krieg führten.

Die heutige Strategie überrascht uns durch ihre Vorliebe für Volksernährungssachen und man weiß, welch großes Gebiet dieser Zweig des menschlichen Wissens in sich schließt: Landwirtschaft in allen Belangen, Industrie und Handel, Lebensmittel jeder Art und, fehlt das eine, jeden möglichen Ersatz, kurz die Reihe ist unabsehbar. Durch diese Art der Kriegführung wird das Durchhalten zur höchsten Höhe der Wissenschaft erhoben und für die Zukunft wird keine Kunst annähernd so schwierig sei als die, für jeden möglichen Kriegsfall vorbereitet zu sein!

Und so drängt sich die Frage von selbst auf: War Rumänien, welches zuletzt in den Krieg eingetreten ist, also Zeit genug zur Ueberlegung hatte, auch Zeit genug hatte, aus fremden Erfahrungen Nutzen zu ziehen, für den Kampf hinreichend vorbereitet? Oder taumelte es ahnungslos, die Schwere des Entschlusses und der Folgen gar nicht erwägend, einem Abgrunde zu, welcher, nicht das Land, wohl aber die führenden Kreise, verschlingen sollte? Die nachfolgende Schilderung wird es dem Leser ermöglichen, sich ein klares Urteil über das Verschulden Rumäniens an seinem Verhängnis zu bilden. Die Angaben rühren von einem hervorragenden Führer und Freund seines Volkes und ebenso loyalen Bürger unseres Reiches her. Die Schlußfolgerungen aus dem klaren und gewissenhaft zusammengetragenen Stoff habe ich gezogen. Ich lasse die mir gemachten Angaben, welche ich mit großem Danke empfangen habe, hier folgen:

Von den 10,558.819 Hektar produktiven Bodens in Rumänien standen 1905 im Eigentum

der Krone	129,555
des Staates	1,403.298
der Gemeinden und Stiftungen	575.791
und von Privatleuten	8,650.175

und zwar gehörten unter den letzteren:

den großen Grundbesitzern mit einem Besitz von mehr als 100 Hektar	4,016.445 Hektar
den mittleren Grundbesitzern (10 bis 100 Hektar	1,480.085 „
und der Bauernschaft	3,163.645 „

Der Großgrundbesitz verteilte sich auf 5385 Betriebe, die im Eigentum von nicht ganz 2000, vorwiegend griechischen Familien, ferner der mittlere Besitz auf 38.723 und der bäuerliche auf 925.939 Betriebe, so daß auf die im Mittel fünfköpfige Bauernfamilie nur 3 Hektar oder pro Kopf 0·6 Hektar ohne Nutznießungsanteil an Weide und Wald entfielen. Da der Ertrag dieser kleinen Fläche zur Ernährung nicht ausreichte, sank der Konsum des Maismehles, der nahezu ausschließlichen Nahrung des rumänischen Bauern, von 200 Kilogramm im Jahre 1864, dem Zeitpunkt der Cuzaschen Bauernbefreiung, auf 146 Kilogramm im Jahre 1903, ohne daß der Mais durch ein anderes Nahrungsmittel ersetzt worden wäre. Die Folgen dieser Verhältnisse sind: eine allgemeine Unterernährung des Bauern, sinkende Widerstandsfähigkeit gegen Erkrankungen und eine außerordentlich große Sterblichkeit. Im reichen Rumänien mit einer jährlichen Durchschnittsernte von 80 Millionen Hektoliter Getreide hungern buchstäblich 10% der Bevölkerung! Dieser ungesunden Sachlage entsprechend sind auch die Wohnungsverhältnisse. Nach den Ergebnissen einer in 164 größeren Landgemeinden vorgenommenen Untersuchung bestanden:

2.2% der Wohnungen aus Erdhütten,
3.3% aus Stroh und Mist,
42.9% aus Rutengeflecht,
22.1% aus Batzenbauten,
21.3% aus Holz,
7.8% aus Ziegel und
0.4% aus Stein.

Weitaus die meisten umfaßten nur einen Raum von weniger als 50 Raummeter. Die Wohnungsverhältnisse der rumänischen Bauern sind daher elend, tatsächlich

Die Fürsorge für die neue Ernte

Von

Domänenpächter **K. Schneider** (Hof Kleeberg b. Hachenburg).

I.

Im Jahre 1894 schrieb der damalige preußische Ministerialdirektor Thiel im Mentzelschen landwirtschaftlichen Kalender einen Aufsatz über die Frage: „Kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren?" An der Hand der Statistik wies er nach, was die Landwirtschaft damals erzeugte, was wir verbrauchten, wieviel wir noch vom Auslande einführten, und um wie viel demnach die Durchschnittserträge der einzelnen Kulturpflanzen gesteigert werden müßten, um vom Auslande unabhängig zu werden. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Hektarerträge bei Roggen um 138 Kg., bei Weizen um 316 Kg., bei Gerste um 290 Kg., bei Hafer um 53 Kg., bei Erbsen um 62 Kg. gesteigert werden müßten, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Von 1894 bis 1914 sind diese Mehrerträge zum Teil weit überholt worden, und trotzdem war noch eine bedeutende Einfuhr notwendig. Das erklärt sich leicht daraus, daß in diesem Zeitraum von 20 Jahren auch die Bevölkerung Deutschlands sich um rund 15 Millionen vermehrt hat, und daß die Lebensansprüche der Bevölkerung von Jahr zu Jahr gewachsen sind.

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion lautet auch jetzt im dritten Kriegsjahr ganz allgemein die Parole, damit die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk allein ernähren kann. Es muß offen ausgesprochen werden, daß diese Produktionssteigerung großen Schwierigkeiten begegnet. Es fehlt vor allem an künstlichem Stickstoffdünger, dem wichtigsten Pflanzennährstoff, es fehlt der Saatgutwechsel in dem Umfang, wie er in Friedenszeiten sich eingebürgert hatte, es fehlt an den besten geübten Arbeitskräften, hie und da fehlt es auch an Gespannkräften und manchen landwirtschaftlichen Betriebsstoffen, und doch gilt es, das scheinbar Unmögliche möglich zu machen, das „tägliche Brot" für das Volk zu schaffen, damit der Krieg bis zum siegreichen Ende durchgefochten werden kann. Ein Produktionszwang, wie er von manchen Theoretikern vorgeschlagen war, wäre das ungeeignetste Mittel auf diesem Wege. Nur der Appell an die freiwillige Anspannung aller Kräfte kann zum Ziel führen. Auch heute gilt noch, was Thiel in seinem oben erwähnten Aufsatz von 1894 schrieb: „Wenn die rechte Lust und Liebe zu solchem gemeinnützigen Wirken den ganzen Stand der Landwirte durchdringt und sich in allen seinen Vereinen und genossenschaftlichen Einrichtungen offenbart, und wenn hierzu dann noch die Ueberzeugung kommt, daß, wie jeder Besitz, so ganz besonders der Besitz von Grund und Boden nicht nur Rechte gibt, sondern auch Pflichten auferlegt, und daß gerade in jetziger Zeit es eine Pflicht der Landwirtschaft ist, zu Nutz und Frommen des ganzen Volkes dem Boden die höchstmöglichen Erträge abzugewinnen, dann werden auch alle wünschenswerten landwirtschaftlichen Fortschritte zu erreichen sein. Dann, aber auch nur dann, wenn sich jeder Landwirt bewußt bleibt, daß sein Besitz nicht eine beliebig nutzbare oder zu vernachlässigende Sache, sondern geradezu ein öffentliches Amt ist, wird die Landwirtschaft die sicherste Grundlage des ganzen Volkslebens bleiben.

Kein praktischer Landwirt kann leugnen, daß es, ganz allgemein gesprochen, in der Landwirtschaft auch heute noch während des Krieges eine Menge Dinge zu verbessern gibt, die zur Steigerung der Produktion, zur Sicherung der Ernte beitragen können. Man soll nicht immer jammern über das, was fehlt, sondern unentwegt arbeiten an dem, was noch verbessert werden kann. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen. Was Thiel 1894 schrieb: „Der fleißigste und tüchtigste Landwirt und der dümmste und faulste können Jahre lang die nächsten Nachbarn sein, ohne sich gegenseitig zu beeinflussen", das trifft leider in vielen Gegenden auch heute noch zu. Es gelingt dem rastlos vorwärtsstrebenden Landwirt einer Gegend nur selten, die Umgegend auf den Bahnen des Fortschrittes so schnell mit sich zu reißen, wie es wünschenswert wäre. Es muß als eine Erkenntnis der Kriegszeit offen ausgesprochen werden, daß an der geistigen Förderung des Kleinbauernstandes in der Vergangenheit zu wenig gearbeitet worden ist. Die Folge davon ist, daß er sich nicht so rasch umdrehen und den veränderten Zeitverhältnissen anpassen kann, wie es die Not der Zeit erfordert. Auch während des Krieges müßte von berufenen Vertretern mehr für die Beratung und Aufklärung auf dem flachen Lande geschehen. Wo bliebe unsere Armee, wenn sie nicht rechtzeitig durch Offizierskurse sich die notwendigen Führer heranbildete? Diese Einrichtung hätte man sich für die „Heimarmee" unbedingt zum Vorbild nehmen müssen. Es wäre leicht möglich, in jedem Kreise von Zeit zu Zeit Vertreter aus den Dörfern zusammenzurufen, um mit ihnen die Forderungen des Tages zu besprechen, damit diese nachher auf den Dörfern für deren Verbreitung Sorge trügen. So gut man jetzt ein Heer von Propagandarednern für die Kriegsanleihe auf das Land schickt, hätte man auch sachverständige Praktiker für die Aufklärung in landwirtschaftlichen Tagesfragen organisieren müssen. Der fortgeschrittene Praktiker hat während der Kriegszeit eine Menge Erfahrungen gesammelt, die zum Teil ganz neu sind, aber nur sehr schwer Allgemeingut auch der kleinen Betriebe werden. Das gedruckte Wort kann das lebendige Wort, das von einer Vertrauen erweckenden Persönlichkeit ausgeht, nie ersetzen. Nach den Anordnungen des Kriegsamts sind jetzt auf allen Dörfern Wirtschafts-Kommissionen gebildet worden, die für eine sorgfältige Bodenbestellung und Sicherung der Ernte usw. Sorge tragen sollen. Mit dem Amt kommt nicht ohne weiteres der Verstand! In besonderen Kursen müßten diese Kommissionen für die beste Erfüllung ihrer Aufgabe ausgebildet werden. Etwa entstehende Kosten könnten aus den Ueberschüssen der Viehhandelsverbände leicht gedeckt werden.

Der Mangel an Dünger muß in diesem Jahre in erster Linie durch eine sorgfältige Bodenbearbeitung ersetzt werden. Daß dies möglich ist, weiß die Praxis lange. Das Hacken des gedrillten Getreides z. B. kommt bis zu einem gewissen Grade einer Stickstoffdüngung gleich. Je mehr wir der atmosphärischen Luft mit ihren Boden aufschließenden Kräften Eingang in den Boden verschaffen, um so mehr kommen die schwer löslichen Nährstoffe des Bodens zur Wirkung. Alle technischen Fortschritte in der Bodenkultur müssen in diesem Jahre zur Anwendung gelangen. Für die Verbreitung der diesem Zweck dienenden Ackerkulturgeräte darf nichts versäumt werden. Wo einzelne Geräte, wie Säemaschinen, Cambridgewalzen, Federzahneggen, Saatgutreinigungsmaschinen und dergleichen mehr nicht in genügender Menge beschafft werden können, muß für gemeinschaftliche Ausnutzung vorhandener Maschinen und Geräte Sorge getragen werden. In der Verwendung von Mist und Jauche liegen neuere Erfahrungen vor, die für die Steigerung der Ernten von größter Wichtigkeit sind. Es ist z. B. erwiesen, daß Jauche, sofort untergepflügt, doppelt und dreifach so gut wirkt, als wenn sie nur, wie allgemein üblich, über das Land gefahren wird.

Ueber den Stand des Wintergetreides läßt sich zur Zeit noch kein abschließendes Urteil fällen. Die starken Fröste der letzten Wochen haben die Entwicklung außerordentlich zurückgehalten, doch kann ein warmer Frühlingsregen bekanntlich Wunder wirken. Der Landwirt wird sein Augenmerk darauf richten müssen, daß die Winterkruste, sobald der Boden genügend abgetrocknet ist, mit Egge und Walze gebrochen wird, damit die Saaten sich freudig entwickeln können. Durch Kopfdüngung mit Ammoniak-Superphosphat und schwefelsaurem Ammoniak können schwache Saaten wesentlich gekräftigt werden. Kalkstickstoff eignet sich zur Kopfdüngung auf die lebende Pflanze nicht, sondern muß vor der Frühjahrssaat dem Boden einverleibt werden.

Da in manchen Gegenden die Feldarbeiten im Herbst nicht beendet werden konnten, wird sich die Frühjahrsbestellung, besonders in Anbetracht des langen Winters sehr zusammendrängen. Es müssen deshalb für diese Zeit der Landwirtschaft genügend Arbeits- und Gespannkräfte zur Verfügung gestellt werden. Das Zivil-Hilfsdienstgesetz ist bis jetzt eigentlich nur der Industrie zugute

ung
25. III. 1917 167
25

Frankfurter Zeitung
27. III. 1917 152

Die Fürsorge für die neue Ernte

Von

Domänenpächter K. Schneider (Hof Kleeberg b. Hachenburg).

II. *)

Nach den Wettervoraussagen von Hinselmann, „Mond und Wetter im Jahre 1917" (Verlag von M. H. Schaper, Hannover) die durchaus ernst zu nehmen sind, haben wir 1917 wieder mit ziemlich vielen Regenfällen zu rechnen. Es muß deshalb beizeiten Sorge dafür getragen werden, daß eine gute Ernte, die nach feuchten Vorsommern zu erwarten ist, nicht durch die Ungunst der Witterung verdirbt. Das nasse Jahr 1912 und das nasse Erntewetter in 1915 sollten uns stets zur Warnung dienen. Die Technik der künstlichen Trocknung, die im verflossenen Jahre in der deutschen Landwirtschaft in beachtenswertem Umfange in Aufnahme gekommen ist, muß mit allen Kräften weiter ausgebaut werden, um uns vor Ernteverlusten zu bewahren. Es kommt jetzt nicht darauf an, wie hoch die Trocknungskosten sich belaufen, sondern daß nichts verdirbt. Die „Allestrockner" haben unstreitig eine große Zukunft und bilden ein Hauptmittel, die Volksernährung zu sichern. Man kann auf einer 4-Felderdarre 100 bis 125 Zentner Heu aus Gras, Klee usw. gewinnen ohne, daß auch nur ein Blättchen verloren geht. Das in jugendlichem Zustande künstlich getrocknete Grünfutter ist bedeutend nährstoffreicher und verdaulicher als vom Wind und Sonne getrocknetes Futter. Durch Anwendung der künstlichen Trocknung kann sich deshalb die Landwirtschaft vollständig unabhängig vom Kraftfutterzukauf machen. Klee und Luzerne vor der Blüte künstlich getrocknet und gemahlen, können auch in der Schweinezucht die russische Futtergerste, Mais und dergl. ersetzen. Auf den „Allestrocknern" kann aber auch bei ungünstigem Wetter Getreide in ungedroschenem und gedroschenem Zustand schnell getrocknet und gerettet werden, sodaß kein Verlust an Brotgetreide stattfindet. Durch die künstliche Trocknung kann das ganze sogenannte Herbstgrünfutter, wie Grummet, Serradelle, Stoppelklee, Rübenblätter usw. in das wertvollste Futter verwandelt werden, während dies früher großen Teils überhaupt nicht ausgenutzt wurde. Ferner können durch Trocknen von allen Obstarten und Gemüse, Kartoffeln, Möhren, Kohlrüben usw. enorme Verluste verhütet werden, die man früher alljährlich in Kauf nehmen mußte. Da die wasserreichen Produkte keine weite Axenfracht erlauben, müssen in Zukunft möglichst viel „Allestrockner" in allen Landesteilen aufgestellt werden. Auch unser rollendes Bahnmaterial wird eine große Entlastung dadurch erfahren, weil es nicht mehr notwendig sein wird, Wasser „spazieren zu fahren".

Bei dem Kapitel Ernteſicherung muß ein Systemwechsel in der Bewirtschaftung der leicht verderblichen Ernteprodukte, wie Kartoffeln, Steckrüben, Möhren usw. gefordert werden. Namentlich die Kartoffel ist ja je länger der Krieg dauert, man darf wohl sagen, das wichtigste Lebensmittel geworden. So sehr sich die Bewirtschaftung des Brotgetreides durch die Reichsgetreidestelle bewährt hat, so schlecht hat die Bewirtschaftung der Kartoffel funktioniert. Die Ursache der diesjährigen Kartoffelknappheit liegt unseres Erachtens nicht allein in der geringen Kartoffelernte des letzten Herbstes, sondern an dem falſchen Bewirtſchaftungsſyſtems, denn auch nach der Rekordkartoffelernte 1915, hat schon im Frühjahr 1916 ein empfindlicher Mangel ein. Die Kartoffel eignet sich zur Bewirtschaftung von einer Zentrale in Berlin aus absolut nicht. Die enormen Verluste durch Verfaulen, die schon bei der Versorgung der westlichen Großstädte mit Frühkartoffeln anfing, sollte doch endlich zu denken geben. Was nutzt es uns Landwirten, mit allen Mitteln der Kunst eine gute Kartoffelernte zuwegezubringen, wenn wir nachher zusehen müssen, wie sie durch falsche Maßnahmen massenhaft verderben. Bei dem jetzigen System fehlt die verantwortliche Persönlichkeit zwischen Erzeuger und Konsument. Die Kommissionäre in den Kreisen, die eine feste Besoldung erhalten, und an dem weiteren Verbleib der Kartoffeln gar nicht interessiert sind, können den interessierten Händler nie ersetzen. Der Kartoffelhandel ist wohl das schwierigste Geschäft, das im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten existiert. Es ist ein großer Fehler, daß man die durch Jahrzehnte lange Erfahrungen gesammelten Kenntnisse des reellen Kartoffelhandels vollständig ausgeschaltet hat. Wir reden nicht dem freien Spiel der Kräfte das Wort, denn die arme Bevölkerung muß vor Wucherpreisen geschützt werden. Aber beim freien Kartoffelhandel mit Höchſtpreiſen wären die enormen Verluste an dem wertvollen Nahrungsmittel sicher vermieden worden. Den Bauern hat oft das Herz geblutet, wenn sie zusehen mußten, wie mit den Kartoffeln, die sie mit saurem Schweiß gezogen hatten, schon bei der Verladung umgegangen wurde, wenn sie sicher voraussahen, daß sie sich für die menschliche Ernährung umsonst geplagt hatten. Man sollte doch bedenken, daß das Interesse für die Steigerung der Produktion durch solche Fehler nicht gehoben wird. Zur Fürsorge für die neue Ernte gehört also nicht nur die Hervorbringung von möglichst viel Nahrungsmitteln, sondern auch die Lösung der Frage, wie bewahren wir die Ernte vor dem Verderben zwischen Erzeuger und Verbraucher.

Die Durchhaltung der Viehbeſtände, insbesondere des Rindviehs, verursachte im letzten Winter keine so großen Schwierigkeiten wie im vorhergegangenen, denn das Jahr 1916 hatte uns eine reiche Futterernte in Heu, Grummet, Stroh und Herbstfutter gebracht. Die Kraftfuttermittel fehlten allerdings fast ganz, sodaß ein Rückgang der Milchproduktion leicht erklärlich ist. Die Beschlagnahme der Kohlrüben und Futtermöhren für die Zwecke menschlicher Ernährung haben ebenfalls bei der Verminderung der Milchleistung mitgewirkt. Die Schweinemast ist wesentlich zurückgegangen und wird voraussichtlich in den nächsten Monaten noch weiter zurückgehen. Die Viehzüchter in allen Landesteilen werden, durch die vom Krieg geschaffene Lage genötigt, die Ernährung ihrer Viehbestände wieder auf einer natürlichen Basis aufzubauen. Die Zeiten der reichlichen Kraftfutterfütterung sind auf lange hinaus vorüber. Unser Heil müssen wir in der Parole: „Rückkehr zur Natur" suchen. Den besten Ausweg aus der Notlage bietet die intenſive Weidewirtſchaft, wobei ich das Wort intenſiv betone als Gegensatz gegen den überlebten extensiven Weidebetrieb. Im neuzeitlichen Weidebetrieb kommt man sehr gut ohne Kraftfutter aus, ohne daß die Leistungen des Viehs hinsichtlich Wüchsigkeit, Milchergiebigkeit und Mastfähigkeit zurückgehen. Die Weideernährung ist in noch viel größerer Ausdehnung möglich als man im allgemeinen annimmt. Oberster Grundsatz dabei muß nur sein, daß die Weide so gut gedüngt und gepflegt wird, daß eine möglichst kleine Fläche zur reichlichsten Ernährung von einem Stück Vieh ausreicht. Am meisten sind die Schweinebestände vermindert worden, denn die Schweinehaltung liegt hauptsächlich in den Händen der kleinen Besitzer, die früher gewöhnt waren, ihre „Lieblinge" mit Kartoffeln, Milch und Getreideschrot zu füttern. Daß man die Schweine vom 5. Lebensmonat ab ausschließlich auf Klee- und Grasweiden ernähren kann, wie dies in größeren Schweinezuchtbetrieben längst geschieht, ist den kleinen Betrieben kaum bekannt. Wir können aber unsere Schweinezucht überhaupt nur dann durch den Krieg hindurchhalten, wenn die Erkenntnis von der Möglichkeit der Schweineernährung auf besonderen Schweineweiden zum Allgemeingut aller Schweinehalter wird. In dieser Hinsicht tut noch sehr viel Aufklärung not. Die Viehhandelsverbände könnten sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie aus ihren zum Teil riesigen Ueberschüssen Mittel aufwendeten, um die Einführung des Schweineweidebetriebs zu fördern.

Da unsere Viehbestände eine Verringerung erfahren haben, ist nicht zu befürchten, daß eine größere Futterfläche als in Friedenszeiten zur Futterproduktion erforderlich ist, im Gegenteil dürfte eher eine Verringerung zu Gunsten der Hervorbringung menschlicher Nahrungsmittel eintreten. Es gilt nur, in diesem Jahr darauf hinzuwirken, daß die vorhandenen Wiesen und sonstigen Futterflächen so gedüngt und gepflegt werden, daß sie möglichst reiche Ernten hervorbringen. Zur Sicherung der Heuernte, die durch anhaltendes Regenwetter so leicht verdirbt, müssen die verschiedenen Arten von Heutrockengeſtellen noch mehr verbreitet werden. Die Allgäuer „Heinzen", die Hiefeln und Kleereiter, auf denen man tatsächlich während einer Regenperiode das Heu trocknen kann, sind noch viel zu wenig verbreitet. Es ist ja bequemer, einen Mißerfolg im Betrieb der Ungunst der Witterung zuzuschreiben, als beizeiten für Einrichtungen zu sorgen, die das Unglück verhüten.

Im Westen Deutschlands fehlt es vielfach an den notwendigen Saatkartoffeln, um die frühere Anbaufläche zu bepflanzen. Es wird an ihrer Stelle Kohlrüben, Möhren und Gemüse anzubauen sein. Die Streckung des Kartoffelsaatgutes durch Stecklingszucht, wie sie von Landes-Oekonomierat Siebert empfohlen worden ist, sollten sich alle Gärtnereibesitzer angelegen sein lassen, damit wenigstens für die Gärten in den Städten Pflanzgut zu haben ist. An Frühkartoffeln wird voraussichtlich großer Mangel eintreten. Der Anbau von Mairüben und anderen Wurzelgewächsen, die frühzeitig geerntet werden können, kann deshalb überall sehr empfohlen werden.

Es darf nicht unterlassen werden, an dieser Stelle wieder die Großſtädte auf die Ausnützung ihrer düngkräftigen Abwäſſer im Interesse der Volksernährung hinzuweisen. Gewiß ist die Anlage von Rieselfeldern besonders durch die durch den Krieg bedingten Hemmnisse nicht im Handumdrehen zu schaffen, aber diese höchst wichtige Frage sollte als eine der dringendsten Aufgaben für die Zukunft in allen kanalisierten Städten bearbeitet werden. Die Großstädte können mit Hilfe ihrer Abwässer einen so großen Anteil der für ihre Einwohnerschaft erforderlichen Lebensmittel produzieren helfen, daß Ernährungsschwierigkeiten ausgeschlossen wären. Wir werden auch nach Friedensschluß noch lange Jahre alle erdenklichen Hilfsmittel ausnützen müssen, um unser Volk genügend zu ernähren, und die Großstädte können durch Beteiligung an der Produktion sehr viel zur Ueberbrückung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land beitragen.

Läßt es sich nach allem oben Gesagten auch nicht leugnen, daß wir im Jahre 1917 noch mit manchen Schwierigkeiten hinsichtlich Sicherstellung der Volksernährung zu kämpfen haben, so muß ein jeder doch nach dem Wort aus „Faust" handeln:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß."

*) Vergleiche Erstes Morgenblatt vom 25. d. Mts.

Produktionszwang und Produktionsförderung.

Von den mancherlei Mängeln, an denen unsere Ernährungspolitik im Kriege leidet, ist nicht der geringste der, daß sie sich bisher in allzu einseitiger Weise um die Regelung des Konsums, um die Aufbringung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel bewegt hat, daß sie mit Einschränken des Verbrauchs, mit Rationieren, Rayonieren, Requirieren, Preiseinschränkungen, Beschaffung von Ersatzmitteln u. s. w. das Drauskommen zu finden sucht, auf eine Steigerung der Produktion aber viel zu wenig bedacht war. Je länger aber der Krieg dauerte, je enger sich der Ring der Feinde um die Mittelmächte schloß und je ausschließlicher wir mit dem Fortschreiten der Absperrung auf die Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft verwiesen wurden, um so gebieterischer wurde die Notwendigkeit, über das bloße Verteilen des Gegebenen hinaus auch an die Mehrung der im Lande erzeugten Nährstoffe durch Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion zu denken. Neben dem Verteilungsproblem hat so im Laufe der Zeit das Produktionsproblem immer größere Wichtigkeit gewonnen, und daß man ihm in Oesterreich so lange nicht die notwendige Beachtung geschenkt hat, bekommen wir hart genug zu verspüren. Es ist wirklich auffallend, eine wie untergeordnete Rolle in den wahrhaftig nicht unbeträchtlichen Erörterungen und den weiß Gott ebenfalls nicht unbeträchtlichen obrigkeitlichen Maßnahmen die Produktionspolitik bei uns spielt. So groß die Masse der Verordnungen und organisatorischen Einrichtungen ist, die sich mit der Verteilung beschäftigen, so geringfügig sind die Maßregeln, die darauf abzielen, unsere Landwirtschaft zur Gewinnung erhöhter Erträge anzuhalten. Mit ein paar Aufrufen an die Bevölkerung „Bauet Gemüse!“ ist ja schließlich nichts getan . . .

Es ist bekannt, daß die österreichische Landwirtschaft in hohem Grade rückständig ist. Hält sie doch stellenweise sogar noch an der altehrwürdigen Dreifelderwirtschaft, dieser Errungenschaft der Merowingerzeit, fest! Ihre Erträge sind weit geringer als die, welche der Bauer des Deutschen Reiches seiner Scholle abzuringen versteht. Diese Rückständigkeit läßt sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen beseitigen, sie ist ein altes und bleibendes Problem unserer Agrarpolitik und wird den Krieg noch manches Jahr überdauern. Denn was hier vor allem not tut, ist, den österreichischen Bauer mit besserer allgemeiner und Fachbildung auszurüsten und zu intensiverer Ausnützung des Bodens anzuleiten. Das aber ist eine Arbeit, die nicht in Jahren, sondern nur in Jahrzehnten geleistet werden kann und deren Früchte nicht mit der Schnelligkeit reifen, die wir jetzt nötig haben.

Wie aber können wir zu jener raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität gelangen, die ein so dringendes gesellschaftliches Bedürfnis ist?

In Deutschland, wo man mit denselben Nahrungssorgen zu kämpfen hat wie bei uns und wo man sehr zum Unterschied von uns sich eingehend auch mit dem Produktionsproblem der Ernährung befaßt, und das nicht nur in der Stille landwirtschaftlicher Körperschaften, sondern auch in öffentlichen Vertretungskörpern (was bei uns freilich nicht möglich ist), in Zeitschriften und Tageszeitungen — in Deutschland bildet unter anderem auch der Gedanke eines Produktionszwanges den Gegenstand mannigfacher Erörterungen.

Der Produktionszwang im eigentlichen Sinne ist, wie Professor Wygodzinski im fünften Heft der vom Berliner Kriegsernährungsamt herausgegebenen „Beiträge zur Kriegswirtschaft“ darlegt, wohl zu unterscheiden von den ähnlichen Begriffen des „Arbeitszwanges“, „Anbauzwanges“ und „Lieferungszwanges“. Der Produktionszwang ist umfassender und einschneidender als diese; durch ihn soll den Landwirten sowohl die Art als auch die Menge der anzubauenden Feldfrüchte und des zu züchtenden Viehes vorgeschrieben werden. Die Pflicht, den Gesamtbedarf der Bevölkerung, der sich mit annähernder Genauigkeit feststellen läßt, zu befriedigen, wäre wie eine Umlage der ganzen heimischen Landwirtschaft aufzuerlegen, dergestalt, daß jedes Gut ein seiner Größe und Leistungsfähigkeit entsprechendes Kontingent an ganz bestimmten Erzeugnissen tierischer und pflanzlicher Art herzustellen und nach Abzug der für den eigenen Bedarf erforderlichen Mengen an die Gesamtheit abzuliefern hätte. Dies das Wesen des Produktionszwanges.

Von unserem Standpunkt ergeben sich gegen einen derartigen Zwang zur Produktion samt den dazu gehörigen Eingriffen in das freie Verfügungsrecht des einzelnen Landwirtes keine grundsätzlichen Bedenken. Die Frage ist nur, ob man auf diesem Wege auch zu dem gewünschten Erfolg gelangen kann.

Aus dem agrarischen Lager wird gegen den Vorschlag des Produktionszwanges lauter Widerspruch erhoben. Der Inhalt der gemachten Einwendungen ist im wesentlichen dieser: Die Industrie, die es mit mechanischen Arbeitsprozessen zu tun hat, läßt sich einem Produktionszwang leicht unterwerfen, die Landwirtschaft aber, die auf dem Zusammenwirken von Mensch und Natur beruht und von dieser mit allen ihren unberechenbaren und unbeherrschbaren Launen abhängig ist, setzt jedem Zwang den stärksten Widerstand entgegen. Sie ist zu sehr vom Zufall beherrscht: Witterung, Pflanzen- und Tierkrankheiten, Tierschäden u. s. w machen ihren Ertrag außerordentlich schwankend und ungewiß. Andere natürliche Umstände wie die große Verschiedenheit des Bodens selbst innerhalb ganz enger Gebiete, die zuletzt angebaute Frucht und dergleichen mehr bereiten der Abschätzung der Leistungsfähigkeit eines Gutes weitere Schwierigkeiten. Auch die an die Naturvorgänge anknüpfende menschliche Arbeit ist einer Zwangsregelung und Beaufsichtigung viel schwerer zugänglich als die Industriearbeit, bei der sich Leistung, guter und schlechter Wille in der Regel leicht beurteilen lassen. Ob der Boden gründlich bearbeitet, ob gründlich gedüngt, ob das Vieh entsprechend gewartet wird oder nicht, ist für den Ertrag von ausschlaggebender Bedeutung, aber für den Außenstehenden kaum erkennbar. Ein etwaiger böser Wille — passive Resistenz gegen den Produktionszwang! — ließe sich darum nicht überwinden. Mit all diesen Schwierigkeiten noch nicht genug, kommt auch der enge Zusammenhang in Betracht, der zwischen den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft, insbesondere zwischen Vieh und Boden, besteht. Das Vieh gibt dem Boden die nötigen Düngermassen sowie Arbeitskraft, der Boden spendet dem Vieh die Nahrung. Die dabei bestehenden Verhältnisse lassen sich nicht willkürlich verändern. „Viehhaltung und Anbau müssen aufeinander abgestimmt sein“. Es besteht zwischen den einzelnen Zweigen eines Betriebes ein inniges Verflochtensein und organisches Zusammenwirken, das ihn zu einem ungeeigneten Gegenstand für obrigkeitliche Eingriffe macht. Die zu seiner Leitung erforderliche intime Kenntnis seiner Eigenheiten und Einzelheiten läßt sich durch nichts ersetzen, auch nicht durch den weitläufigen Organisationsapparat, der zur Durchführung des Produktionszwanges unerläßlich wäre.

Das etwa sind die wichtigsten Einwendungen, die gegen den Produktionszwang erhoben werden, und es wäre Selbsttäuschung, wollte man ihnen nicht bedingte Richtigkeit zuerkennen. Es ist wahr, daß der landwirtschaftliche Ertrag wechselnd, ungewiß und vom Zufall abhängig ist und daß darum der einzelnen Wirtschaft nicht eine im voraus genau bestimmte Menge zur Ab-

der Kultur zugeführt und für die Volksernährung nutzbar gemacht werden.

Noch wichtiger vielleicht als die räumliche Erweiterung des Kulturlandes wäre die Erhöhung der Intensität unserer landwirtschaftlichen Betriebe. In gewöhnlichen Zeitläuften konnte man sich darauf beschränken, mit Ratschlägen, Anempfehlungen, Belehrungen u. s. w. den zahlreichen ertragmindernden Rückständigkeiten der österreichischen Landwirtschaft an den Leib zu rücken, in unserer gegenwärtigen Lage aber, wo ebenso rasch wie kräftig zugegriffen werden muß, darf man nicht zögern, gegen gewisse dieser Rückständigkeiten auch mit Gewalt, mit schneidig durchgeführten Geboten und Verboten einzuschreiten. Man denke nur an unsere Dreifelderwirtschaft und an die mangelhafte technische Ausrüstung der österreichischen Landwirtschaft. Auch eine Einflußnahme auf die Auswahl des Saatgutes wäre, wo sie wünschenswert ist, bei dem großen Umfang, den die staatliche Bewirtschaftung der Körnerfrucht bereits angenommen hat, ohne Schwierigkeiten möglich. Vermittlung von Arbeitskräften (Kriegsgefangenen), von Arbeits- und Zuchtvieh, von Düngmitteln, wo sie etwa mangeln, von Maschinen sind weitere zweckmäßige Mittel der Produktionsförderung, die Erfolg versprechen, aber nicht genügend ausgenützt sind.

Die planmäßige Anwendung aller dieser Maßregeln, die nicht weniger als eine regelrechte Kriegswirtschaftspflege auf dem Gebiet der Landwirtschaft bedeutete, wäre allerdings an eine Voraussetzung geknüpft: an die Voraussetzung eines weiteren Zubaues zu dem schon so ausgedehnten Organisationapparat, der sich im Dienst unseres Ernährungswesens abmüht, an die Schaffung von Wirtschaftsämtern. Von Wirtschaftsämtern, die sich nicht wie die gegenwärtigen Organe unserer Agrarverwaltung als die Vertreter der Produzenteninteressen betrachten, sondern als die Sachwalter der Produktion, als Vertreter der großen konsumierenden Masse und, was in diesem Falle dasselbe ist, als Vertreter der durch den agrarischen Eigennutz schwer beeinträchtigten öffentlichen Interessen. Solche mit behördlicher Autorität ausgestattete, am besten aus Laien und Beamten zusammengesetzte und bezirksweise errichtete Aemter mit dem angezeigten Aufgabenkreis würden ein weites Feld ersprießlichen Wirkens vor sich finden.

Doch wie immer, mit oder ohne eigene Organisation in Angriff nehmen soll man die Sache der Produktionsförderung samt dem Produktionszwang, soweit er möglich und nützlich ist, auf jeden Fall und mit aller Tatkraft und Beschleunigung. Wir brauchen die Früchte dieser staatlichen Produktionspolitik jetzt im Kriege und wir werden sie nach dem Kriege nicht missen können. Sie ist sowohl Arbeit für den Augenblick wie für eine fernere Zukunft.

Vossische Zeitung
5. IV. 1917
163

eitung. 1917
5 April

Baustellen für Landwirtschaft.

Von

Geheimrat Hans Riese, Berlin.

Bald nach Beginn des Weltkriegs, als die Engländer verkündeten, daß sie ihr Ziel weniger durch die Waffen als durch Aushungern des deutschen Volkes erreichen wollten, wurde vom Schutzverbande für deutschen Grundbesitz die Anregung gegeben, das in Berlin und seiner nächsten Umgebung vorhandene Baustellenland der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Der Gedanke fiel auf fruchtbaren Boden und erregte insbesondere auch im Ministerium für Landwirtschaft reges Interesse. Nach einigen vorbereitenden Besprechungen wurde zur Gründung einer gemeinnützigen Genossenschaft geschritten, die unter der Firma „Landwirtschaftliche Verwertung von Baugelände, E. G. m. b. H.", am 25. Februar 1915 in das Genossenschaftsregister eingetragen worden ist. Zu den Gründern der Genossenschaft gehören die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, der Schutzverband für deutschen Grundbesitz, die gewerkschaftlichen Organisationen, die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung, mehrere Terraingesellschaften sowie Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und des Zweckverbandes Groß-Berlin.

Ein Aufruf an die Baulandeigentümer hatte vollen Erfolg. Es wurden der Genossenschaft zunächst für das Erntejahr 1915 etwa 1000 Morgen Oedland kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die einzelnen Geländeabschnitte wurden durch landwirtschaftliche Sachverständige untersucht und zunächst alle Flächen ausgesondert, die der Beschaffenheit des Bodens wegen zum landwirtschaftlichen Anbau zu wenig geeignet waren, daß es sich nicht gelohnt hätte, Saatgut für sie zu verwenden. Nach dieser sachverständigen Prüfung der Gelände verblieben rund 400 Morgen, die sich auf siebenzehn örtlich voneinander getrennte Stellen rund um Berlin verteilen. Das größte, der Genossenschaft zur Verfügung gestellte Gebiet liegt auf der Westseite des Tempelhofer Feldes. Einige Grundstücke, die schon seit längerer Zeit als Schrebergärten benutzt waren, wurden den alten Parzelleninhabern überlassen. Alle übrigen Flächen wurden in eigener Regie der Genossenschaft durch Motorpflug urbar gemacht, gedüngt und mit Kartoffeln bestellt. Die Gelände wurden sodann in Abschnitten von 400 Quadratmeter durch Vermittelung von Vertrauensleuten für einen Jahrespreis von 25 M. an Kleinpächter abgegeben, die die Pflege des Landes und das Abernten übernahmen.

Das annähernd 100 Morgen große Gebiet des ehemaligen Teltowsees wurde zum Anbau hergerichtet und unter Mitwirkung von ehrenamtlichen Helferinnen mit Kohl, Gemüse und Tomaten bestellt.

Das Ergebnis der landwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1915 war befriedigend. Wenn auch die Ernte an einzelnen Stellen namentlich infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse zu wünschen übrig ließ, so konnte doch auf dem Kartoffelland ein durchschnittlicher Ertrag von 60 Zentner auf den Morgen erzielt werden. Der Wert der auf dem Teltowseegelände hervorgebrachten Gemüse belief sich auf rund 46 000 M. Die Ernte wurde teils an Großabnehmer abgegeben, teils im Kleinverkehr untergebracht.

Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1915 war weniger günstig. Die Genossenschaft hatte zwar von vornherein mit einem erheblichen Verlust gerechnet. Handelte es sich doch um ein Gebiet, auf dem Erfahrungen im Großbetriebe bisher nicht gesammelt worden sind. Der buchmäßige Verlust übertraf aber doch die Erwartungen; er erreichte eine Höhe von über 160 000 M.

Dank dem Entgegenkommen einiger Gläubiger war es trotz des finanziellen Schwierigkeiten möglich, den Betrieb fortzusetzen. Es kam darauf an, im volkswirtschaftlichen Interesse die Produktion von Nahrungsmitteln ohne Rücksicht auf die Kostenfrage zu vermehren. Die Genossenschaft entschloß sich, die Betriebsart im Erntejahr 1916 zu ändern und hierbei die im Vorjahre gesammelten Erfahrungen zu verwerten. In eigener Regie wurde mit Unterstützung des Oekonomierats Schurig lediglich das Teltowseegelände weiter bewirtschaftet. Alle übrigen der Genossenschaft zur

Die Zeit
5./IV. 1917

164

Umgestaltung der Viehverwertungsgesellschaft.

Auf gemeinnütziger Grundlage.

Amtlich wird verlautbart:

Schon im Vorjahre, als infolge außerordentlicher Verhältnisse, insbesondere eines durch den Kriegsbedarf an Vieh exorbitant gestiegenen Geschäftsumsatzes, die Allgemeine österreichische Viehverwertungsgesellschaft einen namhaften Reingewinn erzielte, hat das Ackerbauministerium das ihm gegenüber der Gesellschaft zustehende Aufsichtsrecht benützt, um ihr hinsichtlich der Verwendung der nach Verzinsung des Kapitals und der notwendigen Dotierung der Reservefonds verbleibenden Ueberschüsse aus diesem Reingewinn Direktiven zu erteilen.

Das Ackerbauministerium vertrat im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien den Standpunkt, daß das schon bei Gründung der Gesellschaft aufgestellte Prinzip der Gemeinnützigkeit und der Verbindung des Viehabsatzes mit den Approvisionierungsaufgaben auch bezüglich der Verwendung dieses Reingewinnes praktisch zur Durchführung gelangen müsse.

Als daher die Generalversammlung der Gesellschaft in diesem Sinne anstatt der Ausschüttung einer Superdividende die Vortragung des Ueberschusses von rund 4·4 Millionen Kronen auf neue Rechnung beschloß, wurde vom Vertreter des Ackerbauministeriums die Erklärung abgegeben, daß dieser Ueberschuß zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Viehverwertung und Approvisionierung zu verwenden sei. Auch der Vertreter der Gemeinde gab eine analoge Erklärung im Interesse der Fleischversorgung der Stadt Wien ab.

Im Laufe des letzten Jahres sind nun alle Vorbereitungen getroffen worden, um diese derart programmatisch festgestellte Verwendung des erwähnten Ueberschusses gleichzeitig mit der Ausarbeitung eines großzügigen Planes zur Schaffung einer unter der Aufsicht der Regierung stehenden, der billigeren Fleischversorgung der Konsumenten dienenden gemeinnützigen Gesellschaft für Vieh- und Fleischverkehr zu verbinden.

Um auf dem Bestehenden aufzubauen und nicht erst eine neue Gesellschaft gründen zu müssen, wurde eine Umgestaltung der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungsgesellschaft als der zweckmäßigste Weg zur raschen Erreichung der im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Ziele in Aussicht genommen. Wenn auch die Allgemeine österreichische Viehverwertungsgesellschaft immer als eine gemeinnützige gedacht war, erschien sie doch bisher nur durch einen dem Ackerbauministerium ausgestellten Revers und die auf Grund desselben ihr jeweils erteilten Direktiven an diese Prinzipien gebunden. Sie mußte daher zum Zweck ihrer Umgestaltung auf eine auch formell für immer gesicherte gemeinnützige Basis gestellt werden.

Das Ackerbauministerium hat kraft des ihm zustehenden Aufsichtsrechtes in einem an die Gesellschaft gerichteten Erlaß die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangt. Diese soll nicht nur beschließen, den auf neue Rechnung vorgetragenen Ueberschuß des Jahres 1915, der sich nach Abzug der zu begleichenden Steuern auf ungefähr 1·5 Millionen Kronen reduzieren dürfte, der Regierung zur Verfügung zu stellen, sondern sie soll auch gewisse Aenderungen der Statuten vornehmen.

Eine Statutenänderung soll vor allem in dem Sinne erfolgen, daß aus dem Reingewinn der Gesellschaft nach Dotierung des Reservefonds nur eine Verzinsung des Kapitals bis zu höchstens 1 Prozent über dem Bankzinsfuß gestattet ist, dagegen alle Ueberschüsse auch in künftigen Jahren wieder der Regierung zur Verfügung zu stellen sind.

Auch wird in die Statuten bei den Bestimmungen über die Zwecke der Gesellschaft, die übrigens schon bisher eine Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der Approvisionierung enthielten, noch ein Zusatz aufgenommen werden, der ausdrücklich eine Bedachtnahme auf die Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch und Fett hervorgebt. Außer den erwähnten Statutenänderungen soll noch durch entsprechende Fassung anderer Bestimmungen das Aufsichtsrecht der Regierung und ihre Kongerenz auf die Geschäfte der Gesellschaft prägnanter gestaltet werden, welchem Zweck auch eine unter Beteiligung der Regierung erfolgende Erhöhung des Gesellschaftskapitals zu dienen bestimmt ist.

Das Ackerbauministerium wird dafür sorgen, daß der erwähnte Betrag von rund 1·5 Millionen Kronen sowie noch weitere, durch Erhöhung des Aktienkapitals einfließende Beträge die neue Gesellschaft für Vieh- und Fleischverkehr in die Lage versetzen, moderne, rationell eingerichtete Anlagen für ihren Betrieb zur Verfügung zu haben. Es ist an die Herstellung von modernen Schlacht- und Kühlanlagen sowie von Fettwerken gedacht, ferner später auch an den schon vor dem Kriege geplant gewesenen Zucht- und Nutzviehmarkt, der insbesondere eine wesentliche Verbesserung der Beschaffung von Milchvieh für Wien ermöglichen soll.

Die Gesellschaft soll schon jetzt und auch in Zukunft zur Durchführung aller Maßnahmen herangezogen werden, die der minder bemittelten Bevölkerung, insbesondere in Wien, den Bezug billigeren Fleisches und Fettes sicherstellen sollen.

Die derart auf neue Grundlage gestellte und unter maßgebender Einflußnahme der Regierung stehende Gesellschaft wird als eine umfassende und systematisch fortzubildende Organisation an der Durchführung der auf dem Gebiete des Vieh-, Fleisch- und Fettabsatzes zu zu lösenden Aufgaben mitzuarbeiten haben. Sie wird nach Ausgestaltung aller geplanten Einrichtungen eine für die Approvisionierungspolitik der Regierung wertvolle Institution darstellen und durch tunlichst unmittelbare Verbindung der Vielproduktion und Viehverwertung mit der Schlachtung und Fleischausschrotung unter Bedachtnahme auf eine zweckmäßige Verwertung der Nebenprodukte eine Verbilligung des ganzen Geschäftsvorganges sicherstellen.

* * *

Die Viehverwertungsgesellschaft, zu deren Gründern und Konzessionären bis auf die Depositenbank ausschließlich öffentliche Körperschaften zählten und die daher von Anfang an als gemeinnützige Institution gedacht war, hat bekanntlich für das Jahr 1915 einen Gewinn von 5·3 Millionen Kronen erzielt, dessen enorme Höhe im Verhältnis zum Aktienkapital von 1·5 Millionen Kronen seinerzeit das größte Aufsehen hervorrief und in der Oeffentlichkeit allgemeine Entrüstung verursachte. Die Diskussion über den Zusammenhang dieser Riesengewinne mit der Fleischteuerung, die von der „Zeit" angeregt wurde, hat so große Dimensionen angenommen, daß sich die Regierung und die Gemeinde Wien veranlaßt sahen, mit Erklärungen zugunsten der Gesellschaft einzugreifen und eine gründliche Aenderung der ganzen Konstruktion der Gesellschaft in Aussicht zu stellen. Einen greifbaren Erfolg hatte die damalige Diskussion darin zu verzeichnen, daß der Gesellschaft untersagt wurde, den 5 Prozent des Kapitals von 1·5 Millionen Kronen übersteigenden Gewinn an die Aktionäre zu verteilen. Vielmehr sollten die erübrigenden 4·4 Millionen Kronen nach Abzug der Kriegsgewinnsteuer für Einrichtungen zur Verbesserung der Approvisionierung der großen Städte, namentlich Wien, verwendet werden. Schon damals, Ende Mai 1916, wurde angekündigt, daß Verhandlungen über die zu treffenden Maßnahmen zwischen den zuständigen Behörden und der Gesellschaft gepflogen werden, aber heute erst, nach dem Urteilsspruch im Prozeß Krasny, wird von der Umwandlung der Gesellschaft in eine vollkommen gemeinnützige Unternehmung Mitteilung gemacht. Wenn sie auch spät erfolgt, so ist doch noch immer diese Umwandlung als zeitgemäß zu begrüßen, da die Versorgung der Bevölkerung mit so wichtigen Nahrungsmitteln, wie Fleisch und Fett, durch ein auf Gewinn berechnetes Unternehmen absolut unzulässig wäre.

Die Frühjahrsarbeiten des Schrebergärtners.

Die Natur ist heuer in der Entwicklung um mehr als einen Monat zurück. Das ist mitbestimmend gewesen, daß der Anbau in den Schrebergärten bisher nicht erfolgen konnte, weil der Schnee bis vor wenigen Tagen lag, die Regen immer wieder die Bodenfeuchtigkeit mehrten und die kalten Nächte das Wachsen hinderten. Es war vergeblich, sich zu bemühen, den Boden in Ordnung zu bringen, weil er kalt und klebrig blieb. Nun aber gilt es rasch alles Versäumte einzuholen, vor allem einen geeigneten Platz so vorzubereiten, daß er Ernte bringen kann. Das Ernährungsamt hat eine Aufforderung bekanntgemacht, daß jeder heuer Gemüse bauen soll, der es vermag. Wer vermag das? Viele hätten den Wunsch, aber sie wissen nicht, wo sie sich die Saatkartoffeln beschaffen, woher sie den Gemüsesamen nehmen sollen. Nur wenige Samensorten sind im Handel zu haben und diese nur zum vier- bis achtfachen Preise gegen früher. Manches bekommt man überhaupt nicht. Nur ein Bruchteil der Ansprüche auf Kartoffeln wird erfüllt werden können, weil so viel Ueberschuß über den Bedarf, der jetzt nicht zu decken ist, nicht da sein wird. Das soll jeden zur Vorsicht veranlassen, der sich etwa ohne Kenntnis darauf einläßt, einen großen Anbauplatz zu mieten, um ihn dann nicht bebauen zu können.

Welcher Platz eignet sich für den Anbau? Vor allem ein Grund, der nicht sumpfig, nicht steinig und nicht ganz schattig ist. Wo die Sonne nicht hinkommt, wächst nichts oder nur wenig. Aus Steinboden lassen sich keine annehmbaren Erträge herausholen. Zu nasser Boden kann zuweilen trockengelegt werden, wenn man in Abständen von einigen Metern Rinnen gräbt, die tief genug sind, und diese zu einer Grube leitet, in der ein Wasserfaß versenkt wird. Es dient dann gleich zum Bewässern in trockenen Tagen. Um die Pflege der Pflanzen überwachen zu können, soll der Anbauplatz nicht zu weit von einer Verkehrslinie oder von der Wohnung des Schrebergärtners entfernt liegen, weil er sonst nicht täglich gießen und nachsehen kann. Ohne schriftliches Uebereinkommen soll man sich auf die Miete des Grundes nicht einlassen. Wer es vermag, sichere sich für einige Jahre den Platz, damit seine Arbeit ihm dann später zugute kommt. Man erkundige sich, was vorher darauf angebaut wurde. Wuchsen mehrere Jahre ohne Düngung **Kartoffeln** auf dem Platze, dann wird man solche ohne neuerliche Düngung kaum anbauen können. Kunstdünger ist jetzt entweder nicht zu haben oder sündteuer.

Wie kann man Dünger ersetzen? Tierischer Dünger steht jetzt nur selten dem Schrebergärtner zur Verfügung. Er muß sich daher um Ersatz umsehen. Den findet er außerhalb der Stadt an Bachgräben oder im Walde. Allerdings ist es da besser, sich vorher bei den Eigentümern dieser Stellen zu vergewissern, ob dagegen kein Einwand erhoben wird. Es sollte durch Verordnung erlaubt werden, daß jeder derartige Abfallstoffe verwenden kann, die sonst nutzlos zugrunde gehen. Seit dem Herbst liegen im Walde und an den Bachrändern Blätter in Mengen. Man rafft sie zusammen, versucht sie am Orte, wo sie eingegraben werden sollen, zu verkrümeln, und benützt sie dann als Dünger. Wer solche Blätter im Herbste sammeln und trocken einbringen konnte, vermag sie jetzt im Mistbeet zum Treiben als Dünger zu verwenden, weil sie bei ihrer Zersetzung Wärme frei werden lassen. Auch der von Wiesen zusammengeräumte Mist kann diesem Zwecke dienen, unter Umständen auch Pferdemist von der Straße, den man aber jetzt nicht allzu leicht bekommt. Noch einfacher ist es, den **Bachschlamm** zu benützen, den man, nachdem er aus dem Bachbett herausgeräumt und an dem Ufer ablaufen gelassen wurde, am Orte der Verwendung ausbreitet und ihn untergräbt. In der Sonne wird er steinhart. Man müßte ihn danach zerbröckeln. Früher konnte man aus dem Haushalt auch Gemüseabfall als Dünger verwenden, der gegenwärtig nicht zur Verfügung ist.

Ohne Dünger wird man gewöhnlich nur magere Erträge erzielen. Nur dort, wo eine alte Grasnarbe einige Jahre unberührt wuchs, dient auch sie als Dünger.

Wie wird der Boden bearbeitet? Das Umstechen erfordert einige Uebung. Die Grasnarbe wird gewendet, damit sie und der ausgebreitete Dünger unter den Boden kommen. Man gräbt in einer Reihe und legt jeden Spaten Erde nicht wieder in die Stelle, wo sie ausgehoben wurde, sondern vor die Spatengrube auf die Erde darauf. Es entsteht dann eine tiefere Randlinie, die deutlich erkennen läßt, wo man schon gearbeitet hat. Sobald ein kleiner Platz umgestochen ist, zerkleinert man mit einem Stahlrechen die Schollen und ebnet sie, bis alles gleichmäßig ist, damit in der Sonne die Erde nicht zu harten Klumpen wird. Lehmboden läßt sich sonst schwer bearbeiten. Man vermengt ihn mit feiner Kohlenasche, aus der die Koksstücke ausgeklaubt sind, oder mit Flußsand.

Ist der ganze Platz umgestochen, dann legt man nach einem vorher gemachten Plan **Beete** an, die nicht länger als zwei bis drei Meter und nicht breiter als ein bis anderthalb Meter sein sollen. Sie dürfen nicht übermäßig hoch aufgeschichtet werden, um ihr Austrocknen zu vermeiden. Die Zwischenwege sollen nicht breiter sein als ein Fuß, damit nicht zu viel Raum verloren geht. Stehen schmale Bretter zur Verfügung, dann benützt man sie als Beetabgrenzung.

Was soll man anbauen? Für **Kartoffeln** ist es noch zu früh, solange nicht die Frostzeit vorbei ist. Vor Anfang Mai oder Mitte Mai wird man sich heuer kaum daran wagen können, weil die Blätter sonst dem Frost zum Opfer fielen, wenn sie zu früh hervorkommen. Zunächst sollen **Gemüse** gebaut werden, die rasch Ertrag liefern, wie **Spinat, Salat, Erbsen, Radieschen.** Bietet sich die Möglichkeit, dann lege man ein **Treibbeet** an. Eine Grube von 1 bis 2 Meter Länge, 1 Meter Breite und $^3/_4$ Meter Tiefe wird ausgehoben, mit Randbrettern ausgekleidet und mit einem alten Glasfenster bedeckt, das schräg wie ein Dach aufgelegt wird, damit der Regen abläuft. In ein bis zwei handhohen Lagen bringt man Pferdedünger und Erde abwechselnd in diese Beetgrube, tritt jede Erdlage fest und hat nach drei solchen Lagen ein Mistbeet, in dem man Treibsalat und anderes Gemüse früher bekommt als sonst. An sehr heißen Tagen muß gelüftet werden, wenn die Sonne die Pflänzchen auszutrocknen droht, die immer feucht haben müssen. Während kalter Nächte muß das Glasdach mit Strohmatten oder anderem bedeckt werden, um das Auskühlen zu hindern. In einem solchen Mistbeet bekommt man alles um drei bis vier Wochen früher als im Freien. Was das jetzt, in der Zeit, wo Gemüse das wichtigste Lebensmittel wurde, bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden.

Das Mistbeet dient zugleich dazu, Samen anzubauen und die gewonnenen Pflänzchen erst dann auf die Beete auszusetzen. Ins Mistbeet sät man jetzt alle Kohlsorten, Sellerie, Neuseeländer Spinat, Lauch, Thymian und anderes. Unmittelbar ins Freie bringt man auf ein Saatbeet, das mit Täfelchen mit Aussaatangaben besteckt und auf dem in **Rillen** gesät wird: Weißkraut, Rotkraut, Kohl, Kohlrabi, Blumenkohl, Kohlrüben, gelbe und rote Rüben, Radieschen und Rettiche, Schwarzwurzel, Kopfsalat, Zichorie, Zwiebeln, Lauch, Erbsen. Bohnen sind frostempfindlich. Man sät sie deshalb erst später aus, zumeist Ende April. In der Regel nimmt man von allen Samen, die ausgeworfen werden, auf den Quadratmeter nicht mehr als ein bis drei Gramm. Nur von Spinat etwa acht, von Bohnen zehn, von Erbsen zwanzig Gramm. Die **Erbsen** und die **Bohnen** werden zumeist in Grübchen zu drei bis fünf Stück gelegt, die einen Abstand von zehn bis dreißig Zentimeter haben. Jede Reihe soll von der anderen beiläufig dreißig bis vierzig Zentimeter abstehen. Der Abstand von Zwiebeln ist zwölf bis fünfzehn Zentimeter. Sie verlangen festen Boden, der Same darf nur aufgestreut, dann untergebracht und festgetreten werden. Gegen Mitte oder Ende des Monats kann man viele Pflänzchen schon aussetzen. Man härtet sie gegen die kalte Luft ab durch öfteres Oeffnen des Mistbeetes. Die meisten Gemüsesorten erfordern Abstände von 20 bis 50 Zentimeter. Nach dem Aussetzen ist sofort und dann jeden Abend gut zu gießen, wenn die Sonne im Sinken ist. Dann hält die Nässe die Nacht durch. Kommen sehr kalte Nächte, dann streut man Gras oder Laub über die empfindlichen Pflänzchen. Salat, Spinat, Bohnen und Erbsen baut man alle zwei bis drei Wochen von neuem an, weil man dann immer wieder Nachwuchs erzielt. Alles auf einmal kann man ja zumeist nicht verwenden, obwohl sich heuer dafür genug Abnehmer finden werden. Manche Gemüsepflänzchen kauft man beim Gärtner und setzt sie aus. Man erspart dann die Mühe, die das Mistbeet macht. Doch dürften die Preise für Pflänzchen heuer so hoch sein, daß sich auch dieser Weg nicht lohnend erweisen wird. Nur wenn man keinen Samen hat und es nicht anders geht, wird man ihn wählen, weil man jetzt für ein Pflänzchen fast ebensoviel auslegen muß als später für eine ausgewachsene Pflanze auf dem Markte.

Ordnung, Aufmerksamkeit, fleißiges Gießen und liebevolle Pflege der Pflanzen werden ihre Betreuung diesmal gewiß lohnend machen.

Reichspost 14./III. 1917

180

Unsere Schuljugend und der Frühjahrsanbau.

Von W. Sey,
k. k. Schulrat in Leitmeritz.

Der dritte Kriegswinter, der allzu hart und allzu lange geherrscht hat, ist endlich der wärmenden Frühlingssonne gewichen. Die Zeit kommt, da die durchwinterten Schollen dringend nach Pflug und Saatkorn rufen. In der Stille der Feldfluren vollzieht sich unser Schicksal ebenso wie draußen in dem Kampfgetöse der weiten Schlachtfelder; denn von dem Erträgnisse der heurigen Ernte, der vierten im Kriege, hängt ein Stück unserer Zukunft, vielleicht unser politisches Dasein ab. Unser militärisches Uebergewicht haben wir einer Welt von Feinden seit Anfang des Krieges gezeigt; es handelt sich nur noch darum, daß wir durch Erzeugung einer ausreichenden Menge von Nahrungsmitteln in der Landwirtschaft den schändlichen Aushungerungsplan unserer Feinde zunichte machen. Es muß dem Boden abgerungen werden, was ihm abgerungen werden kann. Der Frühjahrsanbau wird sich aber in diesem Jahre schwieriger gestalten als bisher. Mangel an Dünger und Saatgut, mindere Leistungsfähigkeit der Bespannung und der bereits abgenützten Ackergeräte, hauptsächlich aber Not an Arbeitskräften — lauter notwendige Folgen des langen Krieges — erschweren diesmal wesentlich die Wirtschaftsführung.

Um der Gefahr, die der Feldbestellung infolge des Mangels an Arbeitskräften droht, zu begegnen, müssen alle Kräfte herangezogen werden, die noch frei sind. Das sind die Kräfte unserer Jugend. Wenn diese Kräfte für die Landwirtschaft entsprechend mobilisiert werden, dann kann damit eine außerordentliche Hilfe geleistet werden. Es gibt ja so viel Arbeiten auf dem Felde, im Garten und im Hofe, die der Jugendliche mit den schwachen Kräften ebenso gut wie der Erwachsene, ja manchmal noch besser, verrichten kann. Solche Arbeiten sind beispielsweise: das Auslesen und Legen der Kartoffeln, das Hacken, Jäten und Steineablesen, das Verziehen der Rüben, später eine ganze Reihe von Erntearbeiten. Da diese Arbeiten nicht ununterbrochen aufeinander folgen, können in den Pausen die jugendlichen Feldarbeiter den gewohnten Unterricht genießen. Zu den angeführten Arbeiten ist nicht allzu große Körperkraft und Geschicklichkeit erforderlich. Freilich Anleitung und wenigstens kurze Einübung ist für die ungelernten, zu körperlicher Arbeit ungeschickten Kinder nötig. Anfängliche Nachsicht und Geduld seitens der Landwirte und deren Frauen würden hier Wunder wirken. Die Fälle, daß die jungen gebildeten Leute, die sich zu Beginn des Krieges in der ersten Begeisterung der Landwirtschaft zu Tausenden zur Verfügung gestellt haben, vielfach als minder brauchbar abgewiesen wurden, werden sich heute sicherlich nicht mehr in dem Maße wiederholen. Die zwingende Not wird auch auf diesem Gebiete bescheidener machen.

In Würdigung dieser Umstände haben die Landesschulbehörden über Erlaß des Unterrichts- und des Ackerbauministeriums an die Bezirksschulräte und die Direktionen der Mittelschulen, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten neuerlich Weisungen erteilt, nach welchen diese Unterbehörden auch heuer die erforderlichen Erleichterungen im Schulbesuche eintreten zu lassen haben, damit die Mitwirkung der Schuljugend und der Lehrkräfte bei der Durchführung der Frühjahrsarbeiten unter allen Umständen gesichert werde. Danach haben die Ortsschulräte hinsichtlich der älteren Jahrgänge der schulbesuchenden Jugend an den Volks- und Bürgerschulen alle gewünschten Enthebungen solcher Schüler vom Schulbesuche für die Zeit des Bedarfes an Arbeitskräften anstandslos zu bewilligen und wo dies erforderlich wäre, den Unterricht in den betreffenden Klassen ganz entfallen zu lassen. Bezüglich der Mittelschulen sind die Direktionen ermächtigt, auf Ansuchen der Eltern oder auf Wunsch der Feldbestellungs- und Erntekommissionen und Gemeindevertretungen überall für die Zeit der Mithilfe bei den landwirtschaftlichen Arbeiten vom Schulbesuche zu befreien, wobei sie Vorsorge zu treffen haben, daß für die Schüler nicht etwa daraus der Verlust eines Schuljahres entstehen könnte.

Die unter diesen Modalitäten angeordnete Heranziehung der Schuljugend zu Frühjahrsarbeiten hat sich im Vorjahre als ausreichend erwiesen. Nun entsteht aber die Frage, ob dies auch heuer bei der Not an Arbeitskräften, die sich durch Nachmusterungen und Einrückungen inzwischen in so hohem Maße verschärft hat, noch der Fall sein wird und ob diesmal die Verfügung nicht eine halbe Maßregel bedeuten wird. Der Grundton der hier zitierten Verordnungen ist auf Freiwilligkeit gestimmt. Von einem Zwange ist darin kaum die Rede. In Deutschland dagegen scheint man von der Notwendigkeit einer strammen Organisation der hier in Frage stehenden Aktion durchdrungen zu sein. Davon zeugen die von maßgebenden Persönlichkeiten gemachten diesbezüglichen Vorschläge sowie die seitens der Behörden bereits ergriffenen Maßnahmen. Man verlangt nichts Geringeres als die Schaffung eines Jugendhilfsdienstgesetzes. Vor einigen Tagen hat der Landtagsabgeordnete Schuldirektor Dr. Seyffert, unterstützt von Hofrat Dr. Müller-Lenhartz, in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" unter dem Titel „Ein Hilfsdienstgesetz für die deutsche Jugend" die Grundzüge eines solchen Gesetzes veröffentlicht. Die wichtigsten Punkte dieser Vorschläge sind: Es ist ein Gesetz zu erlassen, durch das die Jugend, die männliche und die weibliche, soweit sie nicht durch häusliche Arbeit vollbeschäftigt oder gewerblich tätig ist, in den Dienst der Landwirtschaft gestellt wird. Dem Gesetze untersteht die gesamte Jugend vom 13. bis zum 18. Lebensjahre. Das Gesetz gilt vorläufig bis zur Einbringung der Kartoffelernte und umfaßt die Kinder des vorletzten und letzten Volksschuljahres und die der höheren Klassen der höheren Schulen. Sie sind auf ein halbes Jahr von der Schule zu befreien. Die freiwerdenden Lehrkräfte werden dem Gesetze als Aufsichtspersonen und Pfleger mit untergestellt. In jedem Orte ist eine Stammrolle für die dienstpflichtigen Jungmannen anzulegen. Eine örtliche Behörde, zu der auch Eltern und Vertreter der Schulen gehören, übernimmt die Aushebung. Befreit sind die jungen Leute, die daheim oder in einem Berufe im Dienste der Allgemeinheit beschäftigt sind, dann Kranke und krankhaft Schwächliche. Den Ausgleich zwischen Bedarf und Angebot regelt die zu dem Zwecke eingesetzte Landes- oder Provinzialbehörde. Zum Amte der mit behördlicher Gewalt ausgestatteten Pfleger sind zuerst freigewordene Lehrkräfte zu berufen. Sie haben die Jungmannen zu beaufsichtigen und zwischen diesen und den Arbeitgebern zu vermitteln; sie unterstehen unmittelbar der Landesbehörde. Die Jungmannen sind von den Dienstgebern, ganze Abteilungen von den Gemeinden angemessen zu verpflegen, das sind die Grundzüge der Seyffertschen Gesetzesvorschläge.

Dr. Seyffert hält seine Vorschläge für durchführbar, da alle Einwendungen und Gegengründe durch die eiserne Notwendigkeit besiegt werden. Er warnt die Behörden vor dem größten aller Organisationsfehler, vor der Halbheit; denn nur ein Gesetz, das Freiwilligkeit und Zwang in richtiger Weise mischt, könne die sich erhebenden Widerstände besiegen. Von der deutschen Regierung wird eine weitgehende Heranziehung der Schuljugend zu landwirtschaftlichen Arbeiten bereits in die Wege geleitet. Unter anderen hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes bei den Landesregierungen angeregt, die Studierenden der Landwirtschaft an den landwirtschaftlichen Hochschulen, Akademien und Universitätsinstituten sowie Zöglinge der Ackerbauschulen zur landwirtschaftlichen Betriebsleitung heranzuziehen und die Studierenden der Technischen Hochschulen und Polytechniken nach Möglichkeit zur Bedienung landwirtschaftlicher Maschinen einzustellen. — Nun stehen wir vor der Frage: Ist es notwendig, daß auch bei uns in Oesterreich an die Schaffung eines besonderen Hilfsdienstgesetzes für die Jugend geschritten werde, um genügende Arbeitskräfte für den Feldanbau bereitzustellen oder genügen die von unseren Behörden bereits getroffenen, eingangs zitierten Maßnahmen? Eine zuverlässige Antwort auf diese so überaus wichtige Frage können nur die Behörden geben, welche die Feld- und Wirtschaftsbestellung zu überwachen haben.

Eine an die bestehenden Feldbestellungs- und Erntekommissionen zu stellende oder bereits gestellte Anfrage muß Klarheit darüber verschaffen, ob man mit den vorhandenen Arbeitskräften das Auslangen finden wird oder nicht. Lautet die Antwort bejahend, dann um so besser; es kann uns nur freuen, wenn die Schule nicht noch mehr unter den Kriegsnotwendigkeiten leide. So tief wir es auch beklagen müssen, daß infolge der bereits getroffenen Maßnahmen einzelne Kinder der Schule entzogen werden, so halten wir dies doch nur für das kleinere notwendige Uebel. Fällt aber die Antwort verneinend aus, erkennen die berufenen Organe die Gefahr, daß die Feldbestellung unter dem Mangel an Arbeitskräften leiden wird, als allzu groß an, dann müssen die verantwortlichen Stellen einen ähnlichen Weg einschlagen, wie man ihn in Deutschland zu betreten gedenkt, gleichviel ob gewisse Härten im einzelnen entstehen. Alle anderen Bedenken, selbst die der Eltern und der Schule, müssen schweigen, wenn es sich darum handeln sollte, daß wir vielleicht der Früchte der mit so viel Opfern auf den Schlachtfeldern errungenen Siege im letzten Augenblicke wegen einer schlechten Ernte als Folge mangelhaften Feldanbaus verlustig werden müßten. Auf ein bereitwilliges Entgegenkommen unserer Jugend kann man dabei mit Bestimmtheit rechnen. Sie wird stolz sein, in dieser schweren Zeit für das Vaterland arbeiten zu können und sie wird freudig bereit sein, das Brot mit anbauen zu helfen, das gerade die Jugend so schwer entbehren kann.

Reichspost

22./IV. 1917.

204

Schlechte Aussichten für die Getreideversorgung unserer Gegner.

Zu den bedeutungsvollsten Erscheinungen des Weltkrieges gehört es, daß er andauernd neue wirtschaftliche Kalamitäten schafft, unter denen die ganze Welt, Freund, Feind und Neutrale, in gleicher Weise zu leiden haben. Bei Ausbruch des Krieges sorgte England durch seine Blockade dafür, daß zunächst die Mittelmächte die Schattenseiten einer auf immer starke Einschränkung hinzielenden Ernährungspolitik zu kosten bekamen. Erst allmählich, und zwar unter dem Druck der zunehmenden Frachtraumnot begann das Problem der Lebenshaltung auch bei den Gegnern aktuell zu werden; freilich in ganz anderem Sinne als bei uns. Die Preise, die man in London für Weizen und Roggen zahlte, gingen verhältnismäßig bald über die in Wien und Berlin geltenden Höchstpreise hinaus; dafür sorgten schon die enorm hohen Frachtraten. Der englische Arbeiter mußte für seine Mahlzeiten erheblich mehr ausgeben, wie in Friedenszeiten. Er verdiente aber in der Munitionswerkstatt weit mehr wie früher, und was die Hauptsache war: er bekam für Geld so viel er wollte. Von einer Nahrungsmittelkrise, so wie bei uns, konnte in England in den ersten zwei Kriegsjahren überhaupt nicht die Rede sein, zumal es ein unverdientes Schicksal wollte, daß sowohl die Union wie Kanada im Jahre 1915 wahre Rekordernten einheimsten, die jede Gefahr einer unzulänglichen Getreideversorgung Englands einfach ausschlossen.

Eine allgemeine Verschlechterung der Lage trat erst im Jahre 1916 ein, das durch eine ausgesprochene Weltmißernte gekennzeichnet ist. Nach einer Statistik des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes in Rom, in der die Ernten der Mittelmächte natürlich unberücksichtigt blieben, weist die Weizenernte des Jahres 1916 im Verhältnis zur Ernte von 1915 einen Fehlbetrag von über 25% auf. Sie ist im Verhältnis zum Durchschnittsertrag der letzten fünf Jahre um rund 12½% schlechter. Zieht man die Ernten Rußlands und Rumäniens, welche für den Welthandel gegenwärtig nicht in Frage kommen, noch ab, so ergibt sich für die nördliche Erdhälfte ein Fehlbetrag von 37 Mill. Meterzentnern, wozu noch die 26 Millionen Meterzentner kommen, die gewöhnlich aus den tropischen Ländern eingeführt wurden. Um diesen Fehlbetrag von 63 Millionen Meterzentnern auszugleichen stehen, in Argentinien und Australien im besten Falle 50 Millionen Meterzentner zur Verfügung. Diese 50 Millionen, die das Landwirtschaftsinstitut in Rom ausweist, sind jedoch eine recht problematische Ziffer und kein Mensch weiß, wie groß die Zahl der in Australien lagernden Tonnen Weizen ist, die das Themseufer überhaupt sehen werden. Der Vernichtungskrieg der U-Boote und die Frachtraumnot bereiten den australischen Weizentransporten auf jeden Fall kaum zu überwindende Schwierigkeiten und damit ist der stärkste Eckpfeiler in der englischen Getreideversorgung bedroht, denn von Nordamerika ist bis zur nächsten Ernte nur mehr wenig, von Argentinien überhaupt nichts mehr zu erwarten. In dem zuletzt genannten Lande haben katastrophale Witterungsverhältnisse eine seit Jahrzehnten nicht dagewesene Mißernte mit sich gebracht, und was nicht durch die Dürre zugrunde ging, wurde zu einem großen Teil durch die Heuschrecken vernichtet. Unter solchen Umständen blieb der argentinischen Regierung nichts anderes übrig, als die Ausfuhr von Getreide und Mehl rundweg zu verbieten, um so dem Lande die nötigen Vorräte zu erhalten. Für unsere Gegner im Westen und Süden bedeutet dieses Ausfuhrverbot einen schweren Schlag. Argentinien war in Friedenszeiten eines der wichtigsten Getreideexportländer, das durchschnittlich 2½ bis 3½ Millionen Tonnen Weizen, 2½ bis 3 Millionen Tonnen Mais, 0·8 bis 1 Million Tonnen Leinsaat und rund 800.000 Tonnen Hafer zur Ausfuhr brachte. Die Mißernte von 1916/17 entzieht also im Verein mit dem Ausfuhrverbot unsern Gegnern eine Getreidemenge, zu deren Verschiffung annähernd 6 Millionen Registertonnen an Schiffsraum notwendig wären, und zu deren Versenkung die U-Boote unter Annahme einer monatlichen Durchschnittleistung von 750.000 Tonnen eine Zeit von 8 Monaten brauchten. Das Schicksal ist so auf der La-Plata-Linie der beste Mitarbeiter der U-Boote geworden, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird auch auf der nordatlantischen Linie (zwischen New-York und London) die Natur den U-Boot-Mannschaften die Arbeit in diesem Jahr wesentlich erleichtern. Nordamerika hatte schon im Vorjahre eine Mißernte und muß trotzdem für diesen Sommer mit einem noch ungünstigeren Ernteergebnis rechnen. Dabei ist die Union gegenwärtig bereits derart von Vorräten entblößt, daß sich nach fachmännischer Berechnung die Brotrationierung kaum umgehen läßt. Die amerikanische Landwirtschaft, die an Leute- und Kalimangel leidet, hat jetzt genug zu tun, wenn sie den heimischen Bedarf hinreichend decken will. Von einer derartigen Unterstützung unserer Gegner wie anno 1914 und 1915 kann heuer, vom U-Boot-Krieg ganz abgesehen, überhaupt nicht die Rede sein. Amerika konnte im Monat März l. J. nur mehr 424.000 Tonnen Weizen und Mehl (gegen 850.000 Tonnen im Vorjahre) zur Ausfuhr bringen, und was bisher seit Beginn des Erntejahres 1916/17 die amerikanischen Häfen verließ, stellt sich nur auf 4·95 Millionen Tonnen gegen 6·85 Mill. Tonnen im Vorjahre. Also ein Minus von rund 2 Millionen Tonnen, und dabei hat sich Amerika zu Englands Gunsten mehr verausgabt als im Interesse der Ernährung seiner eigenen Bevölkerung gelegen ist. Der durch die hohen von Engländern gezahlten Preise künstlich gesteigerte Getreideexport hat eine Knappheit an Vorräten und Kurse an der Produktenbörse erzeugt, wie sie bisher in der Geschichte der Vereinigten Staaten noch nie dagewesen sind. Am 13. d. wurden in Chikago für ein Bushel Weizen 241 Cents (d. i. rund 430 Kronen per Tonne) bezahlt, gegen nur 77⅛ Cents am 30. Juni 1914, dem Datum des Kriegsbeginnes. Dieses außerordentliche Hinaufschnellen des Weizenpreises erklärt sich zum Teil aus der bereits erwähnten Knappheit in den Beständen, noch mehr aber aus den ungünstigen Berichten über den Stand der Saaten, die unter den abnormen Witterungsverhältnissen stark gelitten haben. Die letzte amtliche Schätzung des Ackerbaubureaus in Washington lautet auf einen Stand von nur 68·4%. Dies ist die weitaus niedrigste Ziffer, welche je am 1. April für Winterweizen ausgegeben wurde. Sie bleibt um volle 14·9% hinter der Schätzung vom 1. April vorigen Jahres zurück, das bekanntlich eine ungenügende Ernte, um nicht zu sagen Mißernte brachte. Auch für Winterroggen lautet die amtliche Schätzung niedriger wie in den Vorjahren. Nachstehende Tabelle mag die Ziffern der letzten Jahre vergleichsweise wiedergeben:

Winterweizen		Winterroggen
63·4%	1917	86%
78·3%	1916	87·8%
88·6%	1915	89·5%
95·6%	1914	91·3%

Auf Grund des Regierungsberichtes wird jetzt der Ernteertrag pro 1917 auf 430 Millionen Bushels geschätzt, gegenüber einer tatsächlichen Ernte von 482, bezw. 655 und 684 Millionen Bushels in den Jahren 1916, 1915 und 1914. Wenn diese Schätzung nur einigermaßen richtig ist, so kann für das Erntejahr 1917/18 an eine Weizenausfuhr aus den Vereinigten Staaten überhaupt nicht gedacht werden. Das bedeutet die Ausschaltung des größten Weizenlieferanten der Erde, der in den beiden ersten Jahren des Krieges mit 52, bezw. 57% an den Weltgetreideverschiffungen beteiligt war und der in die Kerbe sprang, als Rußland anfangs Juli 1914 mit einem Schlage aus der Reihe der Getreideexportländer ausgeschaltet wurde. In England und Frankreich, wo nur 60 Prozent der normalen Anbaufläche bestellt sind, kennt man die Lage am Weltgetreidemarkt sehr wohl. Daher die Anbauprämien in Frankreich, daher auch die immer lauter werdenden Kassandrarufe aus England, wo man die Gefahr einer Welthungersnot nahen sieht.

*

Aus Amsterdam wird gemeldet: Das „Allgemeen Handelsblad" bespricht die ungünstigen Ernteberichte des Landwirtschaftsbureaus in Washington und führt im Anschluß daran über die allgemeine Lage am Weltgetreidemarkte u. a. folgendes aus. In Kanada ist die angebaute Getreidefläche infolge Mangels an Arbeitskräften, da die Einwanderer ausbleiben und ein Teil der männlichen Bevölkerung unter Waffen steht, um 18 Prozent kleiner als im vergangenen Jahre. Außerdem beläuft sich auf Grund der neuesten amtlichen Veröffentlichungen die Durchschnittsstandziffer des neuen Anbaues auf nur 76 Prozent gegen 88 Prozent im Jahre 1916 und 97 Prozent im Jahre 1915. Auch diese Kornkammer wird daher dieses Jahr wohl verschlossen sein. In England, Frankreich, und Italien sind die Ernteaussichten ebenso wie bei uns infolge des schlechten Winters und des Mangels an Kunstdüngemitteln und Arbeitskräften ungünstig. Wenn nicht Wunder geschehen, so wird man daher mit einem ganz erheblichen Mangel an Brotgetreide zu rechnen haben. Nur Britisch-Indien und Australien werden vielleicht erheblichere Weizenvorräte nach Europa ausführen können, doch bei dem fühlbaren Schiffsraummangel, der durch den deutschen Tauchbootkrieg noch von Tag zu Tag verschlimmert wird, ist es nahezu unmöglich, daß genügend Schiffe zur Abholung des Getreides vorhanden sein werden. Unter den vorstehend bezeichneten Umständen muß doch wohl auf allen Seiten der starke Wunsch lebhaft werden, den verhängnisvollen Kampf nicht bis zum bitteren Ende fortzusetzen.

Hamburger Fremdenblatt
24./IV. 1917
24
208

Deutschland baut auf seine Bauern!

Von Rudolf Strat.

Jetzt ist die Zeit da, wo der deutsche Bauer sein Bestes tun und sein Bestes geben muß! Sein Bestes geben von dem, was er hat! Sein Bestes tun in dem, was er ist! Das Vaterland verlangt es!

Das Vaterland hat eine Front im Feld und eine Front auf den Feldern. Dort donnert das Geschütz, hier geht still der Pflug. Aber beide beschirmen Deutschland. Vor der Gefahr draußen: dem Feind. Vor der Gefahr drinnen: dem Mangel am Nötigen. Der Landmann, der daheim hilft, hilft draußen mit, und eben wieder dadurch schützt er daheim sich selbst.

Sich selbst? Was hat die Lebensmittelverteilung im Vaterland mit dem Krieg in Feindesland zu tun? Viel mehr, als der flüchtige Blick ahnt.

Wißt ihr, wie solch eine ausgebaute Feldstellung im heutige Kriege ausschaut? Eine schier unüberwindlich scheinende Festung von Stacheldraht, Wolfsgruben, Minen, elektrischen Kabeln, Maschinengewehren, giftigen Gasen, langen Gewehrreihen, feuerspeienden Panzer-Autos, Flammenwerfern, Handgranaten, Luft-Torpedos — solch eine Hölle muß dein Sohn draußen, deutscher Landmann, dein Mann draußen, deutsche Frau vom Land, stürmen, und er tut es mit deutschem Mut und deutschem Zorn, sobald ein Sturm möglich ist. Aber möglich ist der Sturm erst, wenn unsere Artillerie ihr vorbereitendes Werk getan und die feindliche Stellung mit ihrem Feuerhagel kurz und klein getrommelt hat. Zum Feuerhagel aber braucht sie Granaten, Granaten in Massen, Granaten zu Hunderttausenden, Granaten, die viele Eisenbahnzüge füllen. Die Granaten macht der berußte Mann daheim, der vor dem feurigen Ofen steht und seinen Hammer über dem rotglühenden Erz schwingt. Seine Arbeit ist schwer und hart. Die Granaten machen die Frauen und Mädchen daheim, die an langen Tischen sitzen und die Geschosse glätten und mit Sprengladung füllen. Ihre Arbeit ist ungesund und lebensgefährlich. Sie alle brauchen zu ihrem Werk starke Muskeln und gute Nerven. Die hat der Mensch nur, wenn er etwas zu essen hat. Dies Essen muß dem Rüstungsarbeiter durch den Landmann gesichert werden. Kein anderer kann dem Arbeiter die Nahrung liefern, damit jener dem Heer die Waffen liefert. Der deutsche Bauer, der dem Rüstungsarbeiter Speck und Brot schafft, hält zugleich die Vaterhand über den eigenen Sohn im Feld. Die deutsche Landfrau, die ihre Eier und Butter dem Kommunalverband schickt, steht schützend vor ihrem eigenen Mann im Schützengraben.

Und geht es zum Sturm, so stehen neben euren Lieben vom Lande auch feldgraue Kameraden aus der Stadt. Einer ist auf den andern angewiesen. Eines jeden Schicksal hängt vom Nachbarn ab. Gleiche Stimmung muß alle beseelen! Aber wenn der Krieger aus der Stadt sich denken müßte: „Während ich hier mit der Handgranate in der Faust wider Wilde und Welsche und Engländer meine Pflicht tue, haben Frau und Kinder daheim in der Stadt nicht genug zu essen" — da würdest du sofort sagen, deutscher Bauer: „Nein! Das hat der Kamerad aus der Stadt nicht verdient! Das darf nicht sein!"

Und wird dein Sohn, dein Mann beim Sturm verwundet und kommt in die Heimat, so pflegen ihn deutsche Frauen mit dem roten Kreuz am Arm. Ihnen liegt wahrhaftig nichts am Essen. Aber essen müssen sie, um gesund zu bleiben. Und wenn sie selbst gesund bleiben, machen sie auch deinen Sohn wieder gesund. Du siehst: du hilfst immer nur wieder dir selbst, wenn du so viel Lebensmittel in die Stadt ablieferst, wie du irgend entbehren kannst — an alle, die dort für das Vaterland arbeiten — die Männer in gereiften Jahren, die nicht mehr mit ins Feld konnten, die Frauen, die an die Stelle der Männer im Feld traten. Unnütze Arbeit tut keiner von ihnen mehr! Da kannst du dich darauf verlassen! Dafür sorgt das Zivildienstpflichtgesetz, das in den Städten und über all nur noch Arbeit duldet, die dem ganzen deutschen Volk frommt.

Aber sieht es denn in den Städten wirklich so ernst aus? Wir wollen offen und ehrlich sagen: Ja! Es müssen unbedingt mehr Lebensmittel in die Städte und Industriebezirke! Sie müssen hinein! Es tut bitter Not! Sonst ist dort die Ernährung aufs schwerste gefährdet und damit die Munitionsherstellung, und das schiebt zum mindesten unnütz den Sieg und Frieden hinaus und damit auch den Tag, an dem du, deutscher Bauer, deutsche Landfrau, deinen Sohn und Mann wieder heim nennst und heil daheim weißt. Und das ist doch dein Sehnen und Gebet!

Der diese Zeilen schreibt, nennt selbst deutschen Grund und Boden sein eigen und bebaut ihn. Und wohnt im Winter in der großen Stadt und weiß, wie es dort aussieht. Aus eigener Kenntnis beider Dinge, aus tiefster Ueberzeugung, im vollsten Gefühl der Verantwortlichkeit wiederhole ich: Es ist Gefahr im Verzug, schwerste Gefahr, wenn den großen Städten und Industriebezirken nicht geholfen wird! Noch ist es Zeit! Noch ist Hilfe möglich. Aber sie muß rasch kommen, sie muß reichlich kommen, sie muß überall hin kommen! Wird das versäumt, — und auf jeden einzelnen auf dem Lande und seinen guten Willen kommt es jetzt an, — dann könnten Folgen eintreten, die keinen schwerer treffen als den deutschen Landmann. Denn er kann sein Haus und Acker nicht auf den Buckel nehmen und wegtragen! Deutschlands Schicksal ist sein eigenes.

Ich habe im Winter 1914/15 an der Front in Ostpreußen die Kosaken am Werk gesehen. Blut, Brand, Mord und Schrecken in blühenden deutschen Gefilden. Ich bin durch die Ruinen deutscher Dörfer gegangen, in denen nichts Lebendes mehr war als ein paar Ratten. Ich habe das verhungerte Vieh gesehen, dem die Kalmücken das Maul mit einem Strick zubanden, damit es vor der heugefüllten Krippe verrecke. Ich habe die Berge von verbranntem Getreide in den eingeäscherten Gutshöfen geschaut, die Grabstätten der elend gemordeten Greise, Frauen und Kinder! So geht's, wenn der Asiate im Land ist. Der Sudanneger, der Marokkaner, all das Völkergesindel im Westen würden es nicht anders machen, wenn sie kämen. Du weißt gar nicht, deutscher Mann und deutsche Frau daheim, vor was dich die Tapferkeit unserer Heldenheere bewahrt hat! Das weiß nur der, der diesen furchtbaren Krieg draußen mit eigenen Augen sah. Gott sei Dank, sie kommen nicht herein, die Feinde! Sie können nicht kommen, werden nicht kommen, so lange draußen noch ein Mündungsblitz aus deutschem Gewehr und Geschütz zuckt. Aber dies Gewehr und Geschütz muß geladen sein, wenn es den Feind schrecken soll. Laden aber kann es nur der Munitionsarbeiter daheim!

Sage nicht: Er wird schon seine Schuldigkeit tun, auch wenn es bei ihm mit der Nahrung hapert! Gewiß, der deutsche Munitionsarbeiter tut sein äußerstes. Ehre diesen Männern! Ehre nicht nur ihrer Pflichttreue, sondern auch ihrer stillen Opferwilligkeit im Entbehren. Aber diese Opferwilligkeit hat ihre Grenzen in den Gesetzen der Natur. Ein leerer Magen macht die Hand matt und unsicher. Das weiß der Ackerknecht und Scheunendrescher. Und wieviel Verhängnis bringt erst in der Munitionsfabrik eine unsichere Hand! Ein winziges Luftbläschen im Stahlguß, und das Geschützrohr kann beim Schuß springen und deinen Sohn, deinen Mann, deinen Bruder draußen mit zerreißen. Ein wenig Gewicht mehr auf der einen Längshälfte der Granate, und sie kommt aus der Bahn trotz bestens Zielens!

Darf das vorkommen? Kann das vorkommen? Nein! Es kommt nicht vor und wird nicht, solange unsere Arbeiter arbeitsfähig bleiben! Aber das und vieles andere würde, ohne ihre Schuld, vorkommen, wenn sie bei zu geringer Nahrung ihre Arbeitsfähigkeit zum Teil verlieren würden. Und büßen müßten dafür unsere Helden draußen. Munitionsarbeiter müssen des Lebens Notdurft bekommen. An jeder Granate hängt Deutschlands Leben, Zukunft und Ehre und damit auch das Schicksal des deutschen Bauern.

In diesem Sinn muß der Landwirt jetzt auch die neue Bestandsaufnahme ansehen. Es ist ihm nicht leicht. Ich weiß es und weiß aus eigener Erfahrung, wie einem zu Mut ist, wenn einem der Gendarm in den Kartoffelkeller steigt! Aber es muß sein! Das Vaterland braucht es! Jede Empfindlichkeit, jede Rücksicht auf das eigene Ich wäre jetzt ein Verbrechen. Es handelt sich ja jetzt auch nicht nur darum, etwa noch verborgene Vorräte zu entdecken, sondern auch vor allem, eben durch die Zuziehung des Militärs, dem Städter die sichere Gewißheit zu geben, daß draußen nichts verheimlicht und versteckt wird. Wenn er erst einmal fest davon überzeugt ist, daß draußen und drinnen mit gleichem Maße gemessen ist, dann trägt er auch die Entbehrungen leichter, weil er sie willig trägt.

Denn auch bei aller Opferwilligkeit wird die nächste Zeit recht knapp sein. Aber wir werden sie durchhalten! Wir können es! Müssen es! Dafür steht vor uns der schönste Lohn: der Sieg! Der Sieg an den Fronten draußen ist uns sicher, wenn die Fronten der Heimat nicht versagen, wenn jeder daheim seine Pflicht tut. Es gibt keinen Judas in deutschen Landen. Und am wenigsten unter deutschen Bauern.

Neue Freie Presse
25./IV. 1917

Getreidemangel und Möglichkeit von Höchstpreisen in Amerika.

Die Getreideversorgung der Feindesländer.

Wien, 24. April.

Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist wohl der Kriegszustand erklärt, bis jetzt ist aber noch kein Schuß gefallen; die Mannschaften sind in Amerika noch nicht einmal ausgehoben, welche zu Wasser und zu Land kämpfen sollen. Ja noch mehr: Noch sind die Vorbereitungen zur Ausrüstung der Zukunftsarmee nicht in Angriff genommen und schon übt der Kriegszustand auf das gesamte Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten einen tiefgreifenden Einfluß aus. Hiebei ist nicht an die Botschaft Wilsons gedacht, die eine Umwälzung aller Grundsätze verlangt, auf welchen heute das amerikanische Wirtschaftsleben beruht. Wohl aber kommen ganz überraschende Nachrichten über die Vorgänge auf den amerikanischen Getreidemärkten. Man erwartet daselbst stündlich die Festsetzung von Getreidehöchstpreisen und das Verbot des Zeitgeschäftes in Getreide- und Mahlprodukten; man spricht sogar von der Möglichkeit, daß zum mindesten der zwischenstaatliche Handel in Getreide und Mehl dem privaten Verkehr entzogen und eine bundesstaatliche Organisation an dessen Stelle zu treten hat. Rasch trachten noch die Spekulanten den aus der Preissteigerung der letzten Wochen gezogenen Gewinn in Sicherheit zu bringen. Es finden Zwangsrealisierungen statt, welche zur Folge haben, daß auffallenderweise die Kurse der amerikanischen Getreidebörsen an den Tagen zurückgehen, an welchen besonders ungünstige Nachrichten über den Saatenstand vorliegen. Man spricht davon, daß die großen Getreidespekulanten ihre Geschäfte abwickeln, und alle Anzeichen sind dafür vorhanden, daß grundlegende Veränderungen im Getreideverkehr durch den Krieg zu gewärtigen sind.

Welches sind die tieferen Ursachen dieser Befürchtungen? Amerika ist oder war doch zum mindesten das größte Getreideexportland. Bis 200 Millionen Meterzentner und mehr in den verschiedenen Getreidegattungen und Mehl wurden oft ausgeführt, und der Wert der Getreideverschiffungen überstieg oft 1 bis $1^1/_2$ Milliarden Dollar. Kann ein Krieg, noch dazu ein Krieg, der denn doch viele tausend Meilen weit vom amerikanischen Festlande geführt werden soll, solche eingreifende Verschiebungen herbeiführen, daß von Beschlagnahme der Ernte, von Mehl- und Brotrayonierungen ernstlich gesprochen wird? So seltsam dies klingen mag, die gegenwärtigen Verhältnisse sind derartige, daß sie solche Maßnahmen als außerordentlich wahrscheinlich erscheinen lassen. Denn während noch vor wenigen Tagen der voraussichtliche Ertrag des Winterweizens mit 525 Millionen Bushel geschätzt wurde, lautet die jetzige Taxation auf 430 Millionen Bushel. Das wäre sogar um 52 Millionen Bushel weniger als im Vorjahre, in welchem die Ernte unterhalb des Mittels blieb und um mehr als 220, beziehungsweise 260 Millionen Bushel weniger betrug als in den beiden vorangegangenen Jahren. Dazu kommt noch, daß der Frühjahrsanbau unter sehr ungünstigen Verhältnissen vonstatten gegangen ist: auch hier ist mit einem Rückgang, jedenfalls aber nicht mit einem solchen Ertrag zu rechnen, daß dieser Ausfall in Winterweizen wettgemacht werden könnte. Man kann heute schon als sicher annehmen, daß selbst bei weiterer günstiger Witterung die amerikanische Ernte dieses Jahres die des Vorjahres kaum übersteigen, vielleicht hinter derselben zurückbleiben wird, wobei in Erinnerung gebracht werden muß, daß die letztjährige Ernte die schlechteste des letzten Dezenniums war.

Heute steht schon soviel fest, daß die Getreidevorräte in den Vereinigten Staaten am Ende der Kampagne derartig zusammengeschmolzen sein werden, wie dies vielleicht noch niemals der Fall war. Sie waren an und für sich nach den letzten statistischen Ausweisen sehr geringe, sind aber weiter dadurch verringert, daß die Militärverwaltung größere Anschaffungen gemacht hat und überdies der Export, wenn auch in sehr vermindertem Maßstabe, doch noch immer angehalten hat. Der Versuch, argentinischen Weizen für Nordamerika zu kaufen, ist infolge des argentinischen Weizenausfuhrverbotes gescheitert. Der Konsum wird daher mit Ungestüm auf die Ergebnisse der neuen Ernte greifen. Wenn sich die bisher im Umlauf befindlichen ungünstigen Taxationen als richtige Vorschätzungen erweisen werden, kann nur der infolge des Krieges sicherlich gesteigerte amerikanische Inlandbedarf durch die Ernteerträge in Weizen Deckung finden, keinesfalls werden Exportüberschüsse aber zur Verfügung stehen. Deshalb wird sich in Amerika die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffes im Interesse des heimischen Konsums ergeben. Die Bevölkerung wird die hohen Preise nicht ruhig hinnehmen, der Appell Wilsons an die Farmer und Händler wird wohl kaum von Wirkung sein, und so wird ein staatlicher Eingriff wohl erfolgen müssen. Die Befürchtungen des amerikanischen Getreidehandels scheinen deshalb begründet, und wenn nicht die Ernte die Erwartungen weit übertrifft, wird auch in Amerika das System der Beschlagnahme und Verbrauchsrayonierung seinen Einzug halten.

Daß derartige Ereignisse nicht ohne starke Rückwirkung auf die Getreideversorgung der Länder der Entente bleiben können, ist selbstverständlich. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Länder der Entente sowie die neutralen Staaten in der Regel einen Importbedarf von 160 bis 170 Millionen Meterzentner Weizen haben, der wohl auf 130 bis 140 Millionen Meterzentner, jedoch nicht darunter, herabgedrückt werden kann. Dieses Defizit ist in Friedensjahren durch die Donauländer, Rußland, Australien und Indien, hauptsächlich aber durch Nord- und Südamerika gedeckt worden. Solange der Krieg währt, bleiben die Zufuhren aus Rußland und den Donauländern, namentlich aus Rumänien, für die Entente ausgeschaltet, die Deckung kann nur aus Nord- und Südamerika, Australien und Indien erfolgen. Hiebei kommen infolge der Jahreszeiten, in welchen die Einbringung des Getreides in den verschiedenen Ländern sich vollzieht, für die Monate September bis inklusive Januar nur die nordamerikanischen Ernten in Betracht. In Kanada sollen zwar noch Exportüberschüsse zur Verfügung stehen, aber selbst wenn man dies annimmt, ist höchstens mit einem Export von 30 bis 40 Millionen Meterzentner zu rechnen, welcher kaum genügt, um den Importbedarf des ersten Halbjahres zu decken. Bei solchen Verhältnissen würde jedenfalls schon zu Ende Januar und Anfang Februar auch bei guten Ernteergebnissen in den europäischen Ländern eine große Schwierigkeit in der Versorgung eintreten müssen, und selbst wenn die Ernten in der südlichen Hemisphäre glänzend ausfallen, könnten dieselben absolut nicht hinreichen, um den europäischen Bedarf, insolange Rußland und die Donauländer vom Weltverkehr ausgeschaltet sind, auch nur halbwegs zu decken. Eine höchst ungünstige Prognose! Dabei ist aber noch die Gefahr des Unterseebootkrieges ganz außer acht gelassen und wird damit gerechnet, daß die überseeischen Zufuhren sich halbwegs glatt vollziehen können. Verschärft wird die Situation noch weiter dadurch, daß in Frankreich der Anbau stark zurückgegangen ist, die Wintersaaten ungünstig stehen und der Sommetanbau großen Schwierigkeiten begegnet. Auch in den neutralen Ländern, deren Bedarf doch auch in Frage kommt, sind die Ernteaussichten höchst ungünstig.

Fassen wir noch einmal das Ergebnis dieser Betrachtungen zusammen, welche auf einem einwandfreien Ziffernmaterial beruhen, so kommen wir zu dem Schlusse, daß die Getreide- und Mehlversorgung der westlichen Ententestaaten, Italiens sowie aller neutralen Staaten Europas, welche ausnahmslos Getreideimportländer sind, in der kommenden Kampagne auf Schwierigkeiten stoßen müssen, wenn der Weltgetreideverkehr nicht vollkommen frei ist, sondern durch die kriegerischen Verwicklungen unterbunden bleibt. Das Gespenst einer Welthungersnot soll durchaus nicht an die Wand gemalt werden. Denn bei den heutigen Verkehrsmitteln gibt es, wenn der Weltverkehr frei und offen ist, eine Welthungersnot nicht mehr. Dann werden aus allen Ecken und Enden der Welt die Vorräte herausgeholt, und es gibt neben den sichtbaren Beständen noch so viele unsichtbare, daß hieraus die Not eines Jahres gebannt werden kann. Haben wir es doch erlebt, daß in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, welche vom Weltverkehr vollkommen abgeschlossen sind, in allen Artikeln Vorräte auftauchen, die alle Erwartungen und statistischen Berechnungen übertrafen. Wird aber der Weltverkehr nicht von allen Banden, die ihn heute einengen, befreit, so besteht für Frankreich, England, Italien und die neutralen Staaten keine Möglichkeit, das Einfuhrdefizit von 40 bis 50 Millionen Meterzentner — denn so hoch wird dasselbe sich belaufen — zu decken. Gegenüber solchen Ziffern versagen alle Streckungs- und Ersparungsmaßnahmen. Und dann werden auch die Neutralen mitzureden haben, die in ihrer Lebenshaltung ebenso bedroht erscheinen wie die Mächte der Entente. Hiebei wird es nicht möglich sein, den Unwillen der Neutralen gegen Deutschland zu lenken, denn die Weizennot ist nicht eine Folge des Unterseebootkrieges, sondern der Aufeinanderfolge zweier ungünstiger nordamerikanischer Ernten; bei allen Fortschritten der Wissenschaft, Technik und landwirtschaftlichen Kultur erweist sich die Ungunst des Wetters als ein unüberwindlicher Faktor, gegen welchen der vereinigte Wille der Entente und der Vereinigten Staaten nicht anzukämpfen vermag.